Vossische Zeitung
17/IX. 1915.

Die Klagen des Kleinhandels.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, die Organisation des Groß-Berliner Kleinhandels, hatte die Ladengeschäftsinhaber gestern abend zu einer Versammlung im großen Saal des Lehrervereinshauses berufen, um die durch den Krieg hervorgetretenen Mißstände im Kleingewerbe zu beleuchten. Der Generalsekretär des Bundes Gustav Bergmann wandte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der Kleinhändler es sei, dem die hohen Preise zur Last fielen. In einer Versammlung von Kleinhändlern sei es nicht nötig, erst noch an Hand der Einkaufspreise zu beweisen, daß diesem Stande ein Warenwucher gar nicht möglich sei. Vielmehr nehme die Teuerung bereits in den Kreisen der Produzenten und Großhändler ihren Ursprung, besonders bei den Spekulanten, denen vor dem Kriege der Handel mit Nahrungsmitteln viel zu niedrig gewesen sei. Bei dieser Lage der Dinge könne der Kleinhandel die Bundesratsverordnung vom 23. Juli mit ihren Strafandrohungen für übermäßige Preisforderungen nur begrüßen. Bedauerlich sei nur die Unklarheit der Verordnung, da niemand wisse, was denn nun „übermäßige" Preise seien; vergeblich habe der Bund bei den maßgebenden Stellen um Aufklärung gebeten. Erfreulich sei es daher, daß die Stadt Berlin jetzt eine Kommission zur Ueberwachung der Nahrungsmittelpreise eingesetzt habe, in der nach einiger Mühe auch der Kleinhandel den ihm zustehenden Platz erhalten habe. Die Tätigkeit dieser Kommission werde Klarheit über die Meinung der Bundesratsverordnung schaffen. Der Kleinhändler dürfe von den im Preis gestiegenen Waren einen Gewinn nehmen, der dem vom früheren Preise genommenen prozentualiter entspreche; auch die Erhöhung der Spesen und besonders das Fallen des Umsatzes dürfe mit hineinverrechnet werden. Eine entsprechende Entschließung wurde angenommen.

Darauf wandte man sich dem Nahrungsmittelhandel der Gemeinden zu. Generalsekretär Bergmann meinte, den Gemeinden sei es natürlich ein leichtes, billige Preise zu stellen, da sie große Massenkäufe vorgenommen hätten, als die Preise noch niedrig waren; aber trotzdem sei der eigentliche Zweck dieser Maßnahmen nicht erreicht worden. Weder sei eine Preissteigerung verhindert worden — der Redner gab Beispiele, daß manche Städte die Steigerung einfach mitmachten und hohe Gewinne erzielten — noch sei die gewünschte Versorgung des ärmeren Teiles der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln eingetreten, noch endlich hätten sich die neugeschaffenen städtischen Handelsstellen der Aufgabe gewachsen gezeigt, wie die Tausende Zentner verdorbener Kartoffeln und die schlechte Ware, die manche dieser Organisationen an die Gewerbetreibenden abgebe, zeigten. Diese Maßnahmen, die so ganz über die Interessen des Kleinhandels hinweggingen, schädigten im letzten Grunde die Allgemeinheit sowohl durch die dabei vorkommenden Verluste, als durch die Schwächung der Ladengeschäftsinhaber, die ja auch Steuern zahlten und von denen viele Hausbesitzer lebten. Die Versammlung sprach sich dann in einer zweiten Entschließung gegen die Ausdehnung des Warenhandels der Gemeinden aus; die Bundesratsverordnung vom 23. Juli sei ein genügender Schutz der Konsumenten gegen wucherische Preise. Vor allem wandte sie sich aufs schärfste gegen die geplante Beibehaltung dieser Maßnahmen auch nach dem Kriege. Jedenfalls aber dürften die Städte ihre Waren nicht im freien Verkauf an jedermann abgeben, sondern nur an die wirklich Bedürftigen, und beim Vertrieb müsse der Kleinhandel zugezogen werden.

Reichspost Abendbl.
17/IX. 1915

* **Das Bäckerschutzgesetz.** Das Wiener sozialdemokratische Organ erzählt heute eine lange Räubergeschichte über das Bäckerschutzgesetz, deren Zweck es ist zu zeigen, daß die einzigen Freunde des Arbeiterschutzes die sozialdemokratischen Abgeordneten seien, während die bürgerlichen Parteien, natürlich voran die Christlichsozialen, von „Haß" gegen die Arbeiterinteressen erfüllt seien. Es zeigt von wenig Geschmack, jetzt der Bevölkerung solch abgestandenen Kohl sozialdemokratischer Mandatspolitiker aufzuwärmen, zumal der Hauptangriff des Blattes sich „zufällig" gegen den unbequemen christlichsozialen Sozialpolitiker Dr. Drexel richtet, der natürlich in seiner sibirischen Gefangenschaft weder sich verteidigen noch auch nur vermuten kann, daß er in seiner Heimat inzwischen zur Zielscheibe kläglicher Angriffe gemacht wird. Die Bevölkerung hat jetzt dringendere Sorgen als die nie ruhenden Mandatsschmerzen reklamebedürftiger „Junisieger", weshalb wir die Erwiderung auf die lange Räubergeschichte der „A.-Z." sehr kurz fassen können: Tatsache ist, daß nahezu alle Arbeiterschutzgesetze im Deutschen Reiche wie in Oesterreich gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter zustandegekommen sind, und Tatsache ist ferner, daß der Widerstand gegen die Vorlage über den Bäckerschutz natürlich nicht im angeblichen „Haß" der bürgerlichen Parteien gegen die Bäckerarbeiter seinen Grund hat, sondern darin, daß die Bäckermeister erklärten, die Vorlage bedeute in der vorliegenden Form den Ruin ihres Gewerbes. Die bürgerlichen Parteien sind nun der bescheidenen Ansicht, daß der Arbeiterschutz nicht gleichzeitig Gewerberuin sein müsse oder auch nur dürfe, sondern daß beide, Arbeiterschaft und Gewerbestand, des Schutzes teilhaftig werden sollen und k ö n n e n. Für das gegenseitige Ausspielen und Verhetzen der Stände gegeneinander, für die Klassenkampfhetzerei im Interesse gewisser Mandatspolitiker besteht in der Bevölkerung keine Neigung, dieser Schwindel hat ein Ende. Alle haben ein Recht zu leben, a l l e n gehört das Vaterland, das sie jetzt gemeinsam mit ihrem Blute verteidigen. So liegen die Dinge.

Arbeiterzeitung
17./IX. 1915

Bäckerschutz in Deutschland und in Oesterreich.

Am 25. August wurde in der Haushaltskommission des deutschen Reichstages von Angehörigen der verschiedensten Parteien eine Resolution beantragt, die dahinzielt, daß die Nachtarbeit im Bäckergewerbe auch nach dem Kriege verboten bleibe. Die Resolution ersuchte die Regierung:

1. Dem Reichstag eine Denkschrift zu unterbreiten über die Erfahrungen mit dem Nachtarbeitsverbot im Bäckergewerbe während des Krieges;

2. das Nachtarbeitsverbot im Bäckergewerbe in zweckentsprechender Form durch Bundesratsverordnung auch für die Friedenszeit bestehen zu lassen.

Gegen die Absicht, diese Resolution zu beschließen, hatte sich der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania" mit einer Petition gewendet, in der er zwar den Wunsch aussprach, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien im Frieden wieder gestattet werde, aber doch für den Fall, daß sein Wunsch nicht erfüllt werde, den Verwaltungsbehörden das Recht zubilligen wollte, den örtlichen Verschiedenheiten angemessen die Ruhezeiten den Verhältnissen entsprechend festzusetzen. Uebrigens wurde festgestellt, daß nicht alle Innungen im Deutschen Reiche für das Verbot der Nachtarbeit sind.

In der Kommissionssitzung gab der Staatssekretär Dr. Delbrück namens der Regierung die Erklärung ab, daß diese der Sache bereits nähergetreten sei und beabsichtige, das Nachtbackverbot weiter bestehen zu lassen; über die Art und Weise der Ausführung müsse er sich das Weitere vorbehalten. Der Antrag wurde in der Kommission und am nächsten Tage auch im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Nicht viel mehr als zwei Wochen sind seither verstrichen und es wird bereits gemeldet, daß das Reichsamt des Innern die Vorlage fertiggestellt hat, in der die Nachtarbeit im Bäckergewerbe in der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten wird. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die fachmännischen Organisationen zu hören, und für die nächste Zeit ist schon eine Konferenz von Vertretern dieser Organisationen im Reichsamt des Innern in Aussicht genommen, wobei die neue Vorlage als Grundlage dienen soll.

Inzwischen hat sich aber angesichts der Entschlossenheit, mit der die Regierung für den Bäckerschutz eintrat, ein Umschwung in den Anschauungen der Bäckermeister vollzogen und in der am Dienstag in Berlin abgehaltenen Versammlung der Bäckergehilfen konnte der Vorsitzende eine Zuschrift des Zweckverbandes der Bäckerinnungen verlesen, in der erklärt wird, daß fast alle Vertreter der Groß-Berliner Bäckerinnungen auf dem Boden der neuen Regierungsverordnung stehen und bei der Behörde für sie eintreten werden.

So geht man in Deutschland in Fragen des Arbeiterschutzes vor. Wie ganz anders in Oesterreich! Welchen Leidensweg hier jeder noch so geringfügige Arbeiterschutz durchmachen muß, hat man an dem Schicksal des Bäckerschutzgesetzes sehen können, das wir zum Vergleich erzählen wollen.

Schon im Jahre 1909 haben die Sozialdemokraten (die Abgeordneten Muchitsch, Widholz und Smitka) den Entwurf eines Bäckerschutzgesetzes vorgelegt, aber dieser scheiterte schon im Ausschuß. Am 1. März 1910 referierte Ausobsky im Sozialpolitischen Ausschuß über den Entwurf. Aber sofort wendete sich der Deutschnationale Stölzel gegen ihn, der erklärte, das Gesetz werde das Kleingewerbe zugrunde richten, und noch energischer der Christlichsoziale Drexel, dessen christlicher Sozialismus in dem Argument gipfelte, das Tempo der Arbeiterschutzgesetzgebung dürfe nicht galoppmäßig sein. Um das „Tempo" zu verlangsamen, das heißt das Gesetz zu verschleppen, beschloß die bürgerliche Mehrheit auf Antrag Drexels, zuerst vom Arbeitsbeirat und vom Gewerberat Gutachten einzuholen. Es folgten dann eine Enquete des Arbeitsstatistischen Amtes und Beratungen der Beiräte und der Erfolg war, daß das Gesetz bis zur Auflösung des Hauses unerledigt blieb.

Im neuen Hause brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten Silberer, Muchitsch, Widholz und Smitka am 27. Juli 1911 den Gesetzentwurf nochmals ein. Aber im Volkswirtschaftlichen Ausschuß versprach die Regierung, über die Sache selbst eine Vorlage einzubringen, und verlangte, der Ausschuß möge bis dahin mit der Verhandlung des sozialdemokratischen Antrages warten. Dieses Versprechen erfüllte sie auch am 10. Juni 1912. Diese Regierungsvorlage blieb jedoch nicht nur weit hinter den Forderungen der Sozialdemokraten zurück, sondern sogar hinter dem Beschluß des Arbeitsbeirates, der bereits ein Kompromiß zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer darstellte. Aber die Unternehmervertreter im Parlament waren auch mit dem, was die Regierung den Bäckergehilfen als Schutz zubilligen wollte, und was weit weniger war, als was diese schon selbst durch die Kraft ihrer Organisation errungen hatten, noch immer nicht beschwichtigt. Sie wollten jeden Bäckerschutz verhindern. Der Christlichsoziale Wohlmeyer und der Nationalverbändler Einspinner erhoben zunächst Einspruch gegen die Zuweisung des Gesetzes an den Ausschuß, und so mußte das Haus am 10. Februar 1913 die erste Lesung beginnen. Die Christlichsozialen Loser und Brandl machten kein Hehl daraus, was sie mit der Regierungsvorlage beabsichtigten. Das beste Mittel, die Regierungsvorlage zu begraben, war natürlich, sie in einen Ausschuß zu bringen, in dem ein christlichsozialer Obmann die Wünsche der Christlichsozialen erfüllen konnte. Die Sozialdemokraten beantragten, die Vorlage, wie im vorigen Parlament, wieder dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zuzuweisen. Das erschien den Christlichsozialen und ihren nationalverbändlerischen Freunden eine Gefahr für das unbeschränkte Recht der Bäckermeister und Fabrikanten auf Ausbeutung der Bäckergehilfen, denn im Volkswirtschaftlichen Ausschuß war der Sozialdemokrat Dr. Ellenbogen der Obmann, der den Ausschuß zur Arbeit anhielt. Deshalb beantragten sie, die Vorlage nicht diesem, sondern dem Sozialpolitischen Ausschuß zuzuweisen, in dem der Christlichsoziale Schöpfer die Obmannstelle innehatte. Professor Schöpfer, ein echter Vertreter des modernen „christlichen Sozialismus", erfüllte denn auch, was man ihm zugemutet hatte. Zuerst berief er wochenlang den Ausschuß nicht ein. Als dann endlich am 4. Juni die Beratung der Vorlage begann, setzten die Christlichsozialen mit der Obstruktion ein. Der Abgeordnete Brandl hielt eine Obstruktionsrede, die einen Teil der Sitzung vom 4. Juni und die ganze Sitzung vom 14. Juni ausfüllte, und erklärte, er werde auch in der nächsten Sitzung noch weitersprechen. Diese Sitzung fand vor den Sommerferien nicht mehr statt und so war die Vorlage wieder verschleppt.

Arbeiterzeitung
17./IX. 1915

II
5

Bäckerschutz in Deutschland und in Oesterreich.

Am 15. Oktober, also nach vier Monaten, sollte endlich wieder eine Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses stattfinden. Aber der Ausschuß war nicht beschlußfähig. Von den Christlichsozialen war niemand erschienen als der Obstruktionsredner Brandl, der seine Rede fortsetzen wollte; auch von den Nationalverbändlern fehlte die Mehrheit. Am 22. Oktober fand dann die nächste Sitzung statt. Professor Schöpfer eröffnete nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, die Verhandlung über das Bäckerschutzgesetz, sondern er ließ, ohne daß ein Antrag gestellt worden wäre, über die Umstellung der Tagesordnung debattieren. Als sich die Sozialdemokraten gegen diese Art der Geschäftsleitung wendeten, beantragte der Nationalverbändler Einspinner die Absetzung des Bäckerschutzgesetzes von der Tagesordnung. Um nur ja keinen Zweifel darüber zu lassen, welchem Zweck die ganze Komödie diene, die er mit Herrn Schöpfer aufführte, berief er sich auf den — Reichshandwerkertag in Komotau, der „erklärt" habe, daß sich die Gewerbetreibenden das Gesetz nicht gefallen lassen könnten. Das Gesetz dürfe nicht zustande kommen. Erst als die Sozialdemokraten ihnen klarmachten, welche Folgen das für die anderen Ausschüsse haben müßte, ließen die Herren von ihrem Treiben ab. Am 29. Oktober sollte endlich die Spezialdebatte beginnen; aber nun wurde wieder auf Antrag Einspinners beschlossen, das Gesetz einem Unterausschuß zuzuweisen, der binnen vier Wochen Bericht erstatten solle. Der Christlichsoziale Wohlmeyer hatte auch das noch nicht für genügend gehalten und beantragt, die Vorlage der Regierung mit dem Wunsche zurückzustellen, eine Umarbeitung vorzunehmen. Erst als darüber unsere Genossen namentliche Abstimmung verlangten, zog er seinen Antrag zurück. Im Unterausschuß hoffte Herr Einspinner, das Gesetz rasch umzubringen. Denn dieser bestand aus fünf Zünftlern, zwei Sozialdemokraten und einem polnischen Großgrundbesitzer. Die Herren gingen auch sofort an die Totengräberarbeit. Das Gesetz sollte so verschlechtert werden, daß aus dem Bäckerschutz ein Bäckertrutz werde. Zuerst ließen sie die vier Wochen verstreichen, ohne die Arbeit auch nur zu beginnen. Endlich am 27. November traten sie in die Beratung ein und sofort wollten sie einen der vielen Verschlechterungsanträge beschließen, die von den Scharfmacherorganisationen ausgearbeitet worden waren, einen Antrag, der selbst den bestehenden Rechtszustand verschlechterte. Der Antrag ging dahin, daß sich die Bestimmungen über die Arbeitszeit nur auf die Broterzeugung beziehen sollten, andere Arbeiten nicht eingerechnet werden, so daß also die Arbeitszeit praktisch ganz unbeschränkt wäre. Selbst der Regierungsvertreter Sektionschef Mataja mußte ihnen ins Gesicht sagen, daß das Gesetz dadurch ganz sinnlos würde. An demselben Tage hielt der Verband der Bäckermeister Wiens eine Versammlung ab, in der der Abgeordnete Parrer namens der Christlichsozialen die Erklärung abgab, daß diese dem Bäckerschutzgesetz mit aller Rücksichtslosigkeit entgegentreten werden. Da die Christlichsozialen übrigens ankündigten, daß sie durch das Gesetz auch den seit 1895 bestehenden Ersatzruhetag der Bäcker aufheben wollen, stellten die Sozialdemokraten im Sozialpolitischen Ausschuß den Antrag, daß der Ausschuß selbst, ohne einen Bericht des Unterausschusses abzuwarten, das Gesetz berate, sobald der in Beratung stehende Gegenstand erledigt sei. Dieser Antrag wurde auch angenommen. Dazu kam es aber nicht mehr, denn mittlerweile wurde das Haus vertagt und dann geschlossen, und damit war der Bäckerschutz verhindert.

Das ist die Geschichte eines Arbeiterschutzgesetzes in Oesterreich; aber es ist im Grunde die Geschichte aller! Sie zeigt uns vor allem eine aufreizende Einsichtslosigkeit der Unternehmer — die sich, angesichts der Auffassung, die die meisten bürgerlichen Abgeordneten von ihrem Mandat haben, zu der Forderung steigert, daß das Maß des sozialpolitischen Fortschritts von ihr allein bestimmt werde. Von dieser Einsichtslosigkeit sticht das Verhalten der deutschen Bäckermeister, die ihre wirklichen Interessen doch auch zu wahren wissen, wohltuend ab. Dann erkennen wir in dem Haß gegen das bescheidene Arbeiterschutzgesetz, das doch die im Arbeiterschutz niemals zu stürmisch gewesene Regierung vorgeschlagen hat, den arbeiterfeindlichen Geist jener deutschbürgerlichen Parteien, die die Vorspiegelung des Volklichen am dreistesten betreiben.

Tägliche Rundschau 19/IX. 1915.

Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 23. September eine Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel beschlossen, die eine Ergänzung der bestehenden Vorschriften über Höchstpreise, gegen übermäßige Preissteigerung usw. darstellt. Nach der neuen Verordnung haben die Behörden unzuverlässigen Personen den Betrieb des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs zu untersagen. Der Reichskanzler und die Landeszentralbehörden können ferner den Beginn eines derartigen Handelsbetriebes von einer Erlaubnis abhängig machen. Bei der Feststellung der Tatsachen, die die Unzuverlässigkeit dartun, sind Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise, gegen übermäßige Preissteigerung usw. besonders zu berücksichtigen.

Die Wirksamkeit der genannten Vorschriften wird ferner dadurch erheblich gesteigert, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung und gegen einzelne Bestimmungen des Höchstpreisgesetzes nunmehr neben Gefängnis auch die schwere Strafe der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zugelassen ist. Auch kann bei den erwähnten Zuwiderhandlungen gegen das Höchstpreisgesetz die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt gemacht werden, wie dies in der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung bereits vorgesehen ist.

Arbeiterzeitung
21./IX. 1915

9

Eine gerechtfertigte Mahnung an die Zünfte. Der Magistrat hat nunmehr sämtlichen Gewerbegenossenschaften in speziellen Zuschriften den neuesten Erlaß des Handelsministeriums gegen Preistreibereien durch Gewerbetreibende bekanntgegeben. Die Zuschriften machen auf die besondere Fürsorge, welche die Gesetzgebung den Gewerbegenossenschaften, dem organisierten Gewerbestand angedeihen ließ, aufmerksam und behaupten, diese Fürsorge dürfe ein einwandfreies geschäftliches Verhalten der Gewerbetreibenden als das Ergebnis ihrer Bemühungen erwarten. Eine zielbewußte Betätigung der Gewerbegenossenschaften auf dem ihnen gesetzlich vorgezeichneten Gebiet der wirtschaftlichen Kooperation und die ihnen auferlegte Pflicht, für einen loyalen Geschäftsbetrieb der Mitglieder Sorge zu tragen, versetzten die gesetzlichen Organisationen des Gewerbestandes in die Lage, auf ihre Angehörigen den entsprechenden Einfluß zu nehmen. — Die guten Absichten des Magistrats in Ehren, aber die Zünfte sind Vertretungen der Interessenten, sie sind, um bildlich zu sprechen, das Rind im Klee oder der Bock im Garten. Man beachte also die hohe Weisheit unserer Gewerbegesetzgebung, welche die Interessenten mit dem schweren Seelenkonflikt zwischen der eigenen und der fremden Tasche belastet!

Frankfurter Zeitung
22./IX. 1915

228

Zur Förderung der deutschen Welthandelsinteressen.

(Drahtmeldung.)

wtb. Berlin, den 21. September.

Die im Kriegsausschuß der Deutschen Industrie vereinigten zentralen Industrieverbände veranstalteten heute eine Besprechung über die Aufgaben der vom Kriegsausschuß bei Beginn des Krieges gegründeten Außenhandelsabteilung. Das Referat erstattete der Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, Professor Harms. Nach eingehender Erörterung wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die Ausschüsse des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nehmen mit Befriedigung Kenntnis von den umfangreichen und erfolgreichen Arbeiten, die die Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie seit Kriegsbeginn leistete, deren Ergebnisse in den gedruckten Mitteilungen des Kriegsausschusses regelmäßig veröffentlicht worden sind, soweit sie weiteren Kreisen förderlich sein könnten.

Die Ausschüsse der beiden Verbände sind der Ansicht, daß die zahlreichen vom feindlichen Auslande ergriffenen Maßnahme zur systematischen Verdrängung und Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs nach dem Kriege eine zielbewußt organisierte Förderung der deutschen Ausfuhr wie überhaupt der deutschen Welthandelsinteressen erfordert, um hierdurch die durch den Krieg herbeigeführten Schädigungen abzuwenden. Sie billigen daher und begrüßen die vorbereitenden Schritte, die seitens der Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens auf dem Gebiete des Außenhandels unternommen und in Aussicht genommen worden sind. Die Versammlung hält die Weiterentwicklung der Außenhandelsabteilung nach dieser Richtung dringend geboten und bekundet die Absicht, mit den anderen wirtschaftlichen Verbänden und sonstigen Instituten, die an den auf diesem Gebiete sich ergebenden Aufgaben mitzuarbeiten berufen und gewillt sind, in Verbindung zu treten, um auf diesem Wege den weitverzweigten am Außenhandel beteiligten vaterländischen Interessen möglichst in vollem Umfange gerecht zu werden. Diese Exportförderungsbestrebungen werden aber nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn ihnen die weitestgehende staatliche Unterstützung seitens der inländischen Reichsbehörden und auswärtigen deutschen Reichsvertretungen zuteil wird. Eine weitere Behandlung dieser Fragen wird seitens des Vorsitzenden des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie gegebenenfalls in besonders zu bildenden Kommissionen unverzüglich in die Wege geleitet werden.

Tägliche Rundschau
22./IX. 1915

9

Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Die im Kriegsausschuß der deutschen Industrie vereinigten zentralen Industrieverbände veranstalteten gestern eine Besprechung über die Aufgaben der vom Kriegsausschuß bei Beginn des Krieges gegründeten Außenhandelsabteilung. Das Referat erstattete der Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, Professor Dr. Harms.

Nach eingehender Erörterung wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt: Die Ausschüsse des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nehmen mit Befriedigung Kenntnis von den umfangreichen und erfolgreichen Arbeiten, die die Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie seit Kriegsbeginn geleistet hat und deren Ergebnisse in den gedruckten Mitteilungen des Kriegsausschusses regelmäßig veröffentlicht worden sind, soweit sie weiteren Kreisen förderlich sein konnten.

Die Ausschüsse der beiden Verbände sind der Ansicht, daß die zahlreichen vom feindlichen Auslande ergriffenen Maßnahmen zur systematischen Verdrängung und Ausschaltung des deutschen Wettbewerbes nach dem Kriege eine zielbewußt organisierte Förderung der deutschen Ausfuhr wie überhaupt der deutschen Welthandelsinteressen erfordern, um hierdurch die durch den Krieg herbeigeführten Schädigungen abzuwenden.

Sie billigen daher und begrüßen die vorbereitenden Schritte, die seitens der Außenhandelsabteilung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens auf dem Gebiete des Außenhandels unternommen und in Aussicht genommen worden sind. Die Versammlung hält die Weiterentwicklung der Außenhandelsabteilung nach dieser Richtung hin für dringend geboten und bekundet die Absicht, mit anderen wirtschaftlichen Verbänden und sonstigen Instituten, welche an den auf diesem Gebiete sich ergebenden Aufgaben mitzuarbeiten berufen und gewillt sind, in Verbindung zu treten, um auf diesem Wege den weitverzweigten am Außenhandel beteiligten vaterländischen Interessen möglichst in vollem Umfange gerecht zu werden.

Diese Exportbeförderungsbestrebungen werden aber nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn ihnen weitestgehende staatliche Unterstützung sowohl seitens der inländischen Reichsbehörden, wie der auswärtigen deutschen Reichsvertretungen zuteil werden wird.

Die weitere Behandlung dieser Fragen wird seitens der Vorsitzenden des Kriegsausschusses der deutschen Industrie gegebenenfalls in besonders zu bildenden Kommissionen unverzüglich in die Wege geleitet werden.

Fremdenblatt Abendbl.
24./IX. 1915

10

Fernhalten Unzuverlässiger vom Handel.

Eine Verordnung des deutschen Bundesrates.

K. **Berlin**, 23. September. Der Bundesrat beschloß in seiner heute abgehaltenen Sitzung eine Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel. Die Verordnung stellt eine Ergänzung der bestehenden Vorschriften über den Höchstpreis gegenüber der übermäßigen Preissteigerung dar. Nach der neuen Verordnung haben die Behörden unzuverlässigen Personen den Betrieb des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfes und des Kriegsbedarfs zu untersagen. Der Reichskanzler und die Landeszentralbehörden können ferner den Beginn eines derartigen Handelsbetriebes von einer Erlaubnis abhängig machen. Bei der Feststellung von Tatsachen, die die Unzuverlässigkeit dartun, sind Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise und gegen eine übermäßige Preissteigerung besonders zu berücksichtigen. Die Wirksamkeit der genannten Vorschriften wird ferner dadurch erheblich gesteigert, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung und gegen einzelne Bestimmungen des Höchstpreisgesetzes nunmehr neben Gefängnis auch die schwere Strafe der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zugelassen ist. Auch kann bei der erwähnten Zuwiderhandlung gegen das Höchstpreisgesetz die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht werden, wie dies in der Verordnung gegen die übermäßige Preissteigerung bereits vorgesehen ist.

Vossische Zeitung
25./IX. 1915

Das deutsche Genossenschaftswesen im Kriege.

Am 10. September tagte in Berlin der Gesamtausschuß des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes. Nach dem Bericht des Anwalts Dr. Crüger arbeitet das deutsche Genossenschaftswesen mit einem Betriebskapital von 772,3 Mill. M. eigenem Vermögen und 5346,2 Mill. M. fremden Geldern. Die geschäftlichen Leistungen der bestehenden 36 032 Genossenschaften sind auf 35 Milliarden Mark zu schätzen. Deutschland hat das reichhaltigste und vielseitigste Genossenschaftswesen unter allen Ländern. Das deutsche Genossenschaftswesen hat die ersten zwölf Kriegsmonate ausgezeichnet überstanden. Der Ansturm der Gläubiger, der in den letzten Julitagen eingesetzt hatte, hörte fast plötzlich mit dem Ausbruch des Krieges auf. Die Genossenschaften haben eine starke Widerstandskraft gezeigt, und haben dann während des Krieges in vollem Umfange ihre Aufgaben erfüllt. Wenn Deutschland ohne Moratorium hat durchkommen können, so ist dies ganz wesentlich dem vortrefflich geregelten Kreditwesen zu verdanken und dabei nicht zuletzt den Kreditgenossenschaften des gewerblichen Mittelstandes in Stadt und Land. Die wirtschaftliche Kraft des deutschen Genossenschaftswesens zeigt sich u. a. auch darin, daß es sich an den ersten beiden Kriegsanleihen mit 660 Millionen Mark beteiligte. Die Bilanzen für 1914 weisen eine starke Liquidität auf, die Geldflüssigkeit ist bis jetzt eine außerordentlich große geblieben. Man hat aber auch eine vorsichtige Dividendenpolitik getrieben und starke Reserven gebildet. Unter den Tausenden von Genossenschaften hat es natürlich auch Verluste gegeben, aber eher waren diese geringer, denn stärker als in Friedenszeiten.

Sehr bedeutungsvoll ist die Tätigkeit der Konsumvereine gewesen, die sich vielfach als starke wirksame Hilfe für Staat und Gemeinde bei der Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gezeigt haben. Besonders beachtenswert ist, daß die Konsumvereine auch während des Krieges an dem Grundsatz der Barzahlung festgehalten haben. An Schwierigkeiten hat es natürlich nicht gefehlt, teils infolge der Hindernisse bei Heranschaffung der Waren, teils weil verschiedene Warengattungen ausgingen und durch andere ersetzt werden mußten. Es ist ganz überraschend, wie auch die Konsumvereine unter Leitung einfacher Arbeiter sich den neuartigen Verhältnissen angepaßt haben. Kündigungen der Mitglieder in großem Umfange sind nicht festzustellen. Es ist im Gegenteil eher ein Mitgliederzufluß zu beobachten.

Der Anwalt Dr. Crüger hob hervor, daß die Gegner der Konsumvereine einen schweren Fehler begehen, wenn sie auch weiterhin glauben, für sich einen Vorteil zu gewinnen durch den Kampf gegen die Konsumvereine. Der Handel müßte aus den Erfahrungen der letzten Monate die Notwendigkeit starker Organisation erkannt haben. Jetzt fangen auch der Kleinhandel, der Getreidehandel an, sich zu organisieren. In der Zukunft wird die Organisation noch eine weit bedeutendere Stellung einnehmen, als vor dem Kriege. Dies hat auch das Handwerk erkannt. Was der Allgemeine Deutsche Genossenschaftsverband vor Jahren gefordert, wird jetzt ausgeführt: die wirtschaftliche Organisation des Handwerks. In erster Reihe erstrebt man jetzt die Organisation, um das Handwerk für die Uebernahmen von Heereslieferungen geeignet zu machen. Aber die Zeit nach dem Kriege wird noch weitere große staatliche Bestellungen bringen. Die Behörden sind zweifellos geneigt, das Handwerk entsprechend zu berücksichtigen, aber man verlangt Arbeitsvereinfachung für die Arbeit gebenden Behörden durch eine Art der Anbietung der handwerkerlichen Leistungen, die die bisher bestehenden Mängel ausschließt.

In eine besonders günstige Lage ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gekommen. Die Warenbezugs- und Absatzgenossenschaften sind vielfach an die großen Organisationen, die für die Lebensmittelversorgung geschaffen sind, angeschlossen. Zweifellos hat auch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen die Durchführung der Organisationen oftmals erleichtert.

Durchaus erfreulich ist auch das Bild, das das Baugenossenschaftswesen bietet. Freilich ist man in der Fortsetzung der Bautätigkeit vorsichtig gewesen. Die Baugenossenschaften haben ihre ganze Kraft eingesetzt, um sich und die Mitglieder vor ernsten Schwierigkeiten zu bewahren.

Der Gesamtausschuß faßte nach Vorlage des Anwalts Dr. Crüger eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Der eine Beschluß legt die Richtlinien fest, die für die Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden gelten sollen. Ein weiterer Beschluß stellt Grundsätze auf, die der Bildung von Kreditorganisationen für die Befriedigung des Hypothekarkredits als Grundlage dienen sollen. Ferner wünscht der Gesamtausschuß die gesetzliche Regelung eines Konkursabwendungsverfahrens schon jetzt während des Krieges.

Vossische Zeitung
25/IX. 1915

Kriegsfragen des Handwerks.

Der Hansa-Bund hatte zu heute vormittag nach dem Hause des Vereins Deutscher Ingenieure gegenüber dem Reichstage zu einer Kriegskonferenz für das deutsche Handwerk eingeladen.

Aus allen Teilen des Reiches waren Handwerksmeister, Vertreter von Handwerkskammern und Handwerkerorganisationen der Einladung gefolgt. Geheimrat Rießer wies in seinen Begrüßungsworten auf die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes hin. Diese Konferenz habe auch den Zweck, die wirtschaftlichen Grundlagen des Landes zu stärken. Die Verhandlungen leitete Obermeister Markus-Berlin. Den einleitenden Vortrag hielt der Reichstagsabgeordnete Obermeister Bartschat-Königsberg über „Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerksmeister und Handwerksgesellen". In seinen Ausführungen vertrat er den Standpunkt maßgebender Orthopäden, wie z. B. des Prof. Dr. Biesalski, daß es heute keine Krüppel mehr gebe, jeder Verstümmelte sei imstande, zu arbeiten und sein Brot selbst zu verdienen. Reich, Staat, Kommunen, Heeresverwaltung und das Rote Kreuz bemühten sich, in jeder Weise die Kriegsbeschädigten zu fördern. Man finde aber oftmals einen passiven Widerstand bei den Kriegsbeschädigten, weil sie annehmen, sie würden die Rente verlieren, wenn sie wieder arbeitsfähig würden. Nach den Beschlüssen des Reichstages, die allerdings noch nicht Gesetzeskraft hätten, die aber sicherlich die Zustimmung des Bundesrats erhalten werden, sei diese Befürchtung hinfällig, denn danach soll die Rente nur dann wegfallen, wenn der Kriegsbeschädigte eine jährliche Einnahme von mehr als 4000 M. erlangt hat oder eine solche von 6000 M., wenn er zum Unterhalt einer Familie verpflichtet ist.

Der Vortragende verlangte eine möglichst schnelle Entlassung der Kriegsbeschädigten aus dem Heere, damit sie möglichst schnell sich beruflich betätigen können und nicht bei ihrer Untätigkeit im Heere infolge ihrer Beschädigung Zeit zum Grübeln über ihre Lage haben. Jetzt verginge meist eine sehr lange Zeit, bis die Formalitäten der Entlassung erledigt seien. Eine Aenderung der Meisterprüfungsordnung zugunsten der Kriegsbeschädigten sei vielleicht zu erwägen. Sehr wichtig sei die Berufsbewertung für die Kriegsbeschädigten, damit jeder an seinen Platz komme. Wo Lazarette seien, müßten Ortsausschüsse für die Berufsberatung eingesetzt werden, in denen vor allem Handwerker und Industrielle sitzen müßten. Ehrenpflicht der Arbeitgeber und Arbeiter sei es, mit den Kriegsbeschädigten jederzeit zusammenzuarbeiten; man müsse immer bedenken, daß sie für das Vaterland und damit auch für Handwerk und Industrie ihre Gliedmaßen geopfert haben. Obwohl der Abg. Bartschat sich als Freund der inneren Kolonisation bekannte, warnte er doch davor, nichtlandwirtschaftlich tätig gewesene Kriegsbeschädigte auf dem Lande ansiedeln zu wollen und sie womöglich mit einer einmaligen Summe abzufinden. Der Vortrag, der reichen Beifall fand, und dem man in der Diskussion weiteste Verbreitung wünschte, schloß mit dem Ausruf, daß man die Kriegsbeschädigten aus Almosenempfängern zu Steuerzahlern machen muß und vor allem machen kann.

In der Besprechung betonte man, daß man den Kriegsbeschädigten durch Lichtbilder oder durch Besuch der betreffenden Ausbildungsanstalten zeigen müsse, was man auch als verstümmelter Mensch leisten kann. Malermeister Kruse-Berlin warnte davor, die Kriegsbeschädigten als Lohndrücker zu benutzen, wie es in Berlin im Baugewerbe geschehen sei. Den Hausbesitzern seien hier billige Arbeitskräfte an Kriegsbeschädigten gestellt worden, und die noch wenig vorhandene Arbeit im Baugewerbe sei den Handwerkern weggenommen worden. Hierzu bemerkte Obermeister Rahordt, daß im Tischlergewerbe in einem Nachtrag zum Tarifvertrag die Beschäftigung und Vermittlung von Kriegsbeschädigten als ein gutes tarifliches Recht konstruiert worden sei. Auch habe man sich da über die Bezahlung dieser Leute geeinigt.

Tägliche Rundschau
25./IX. 1915

13

Handwerker-Kriegskonferenz.

(Eigener Bericht.)

Vom Hansabunde einberufen, tagte heute im Hause des Vereins deutscher Ingenieure in der Sommerstraße eine „Kriegskonferenz für das deutsche Handwerk", zu der etwa 50 Herren von auswärts und aus Berlin erschienen waren. Gegen ½11 Uhr eröffnete Geh. Justizrat Prof. Dr. Riesser, der Vorsitzende des Hansabundes, die Verhandlungen mit einem Blicke auf die Lage des deutschen Volkes, wobei er mit großer Genugtuung auf das großartige Ergebnis der dritten Kriegsanleihe hinwies. Die Leitung der Verhandlungen übernahm Obermeister Markus-Berlin. Von der Berliner Handwerkskammer war erschienen Obermeister Rahardt. — Den ersten Vortrag hielt Reichstagsabg. Obermeister Bartschat-Königsberg über die Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerksmeister und Handwerksgesellen. Er äußerte sich sehr zustimmend über die vom Reichstage beschlossene Kriegsbeschädigten-Fürsoge und besonders auch über die Bestimmung, daß Rentenabzüge erst dann stattfinden sollen, wenn der Verdienst des Beschädigten 4000 M. (bei Unterhaltsverpflichtung sogar erst 6000 M.) übersteigt. Es ist zu hoffen, daß der Bundesrat hierzu sein Ja sagen wird. Dann sollte man die Kenntnis dieser wichtigen Bestimmung aber möglichst verbreiten, damit nicht die Beschädigten etwa den Antrieb verlieren, sich wieder dem alten oder einem neuen angepaßten Berufe zuzuwenden. Der Redner zählte dann die verschiedenen besonders vom Handwerke für Handwerker zu ergreifenden Fürsorgemaßregeln auf. Es wird sich dabei in erster Linie darum handeln, den Beschädigten bei Meisterprüfungen entgegenzukommen, sie in Lehrkursen und Lehrwerkstätten auszubilden, an jedem Orte eine Stelle für Berufsberatung einzurichten, der aber nicht nur Professoren, sondern auch Männer des praktischen Lebens angehören müssen, ferner eine gute Arbeitsvermittlung zu organisieren, und endlich in jeder Beziehung den Beschädigten zur Seite zu stehen. Die Handwerkskammern sollten darin noch mehr tun. Es darf nicht vorkommen, daß Handwerker ihren im Felde stehenden Berufsgenossen inzwischen die Lehrlinge abspenstig machen. Die hilfsbereite Stimmung muß auch nach dem Kriege anhalten. Von einer Ansiedlung städtischer Handwerker auf dem Lande verspricht sich der Redner nichts, wenn sie die Landwirtschaft nicht verstehen. In der

Besprechung

teilte Fischer-Berlin vom Gastwirtsverband Erfahrungen aus der Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Die in den Berliner Lazaretten liegenden Verwundeten wollen meist nicht mehr aus Berlin heraus und dann möglichst auch alle in kaufmännischen Berufen tätig sein. Solche Wünsche sind natürlich nicht zu erfüllen und auch vom Standpunkte des Handwerks nicht zu verteidigen. — Obermeister Kniest-Kassel bemerkte, daß die erstaunlichen Erfolge mit Hilfe der Ersatzglieder bei den Handwerkern die Lust gestärkt haben, die Beschädigten für den alten Beruf wieder vorzubereiten und aufzunehmen. — Malermeister Kruse-Berlin sprach den dringenden Wunsch aus, daß in den maßgebenden Organisationen auch Handwerker Einfluß haben müssen, sonst geschieht es — wie leider schon jetzt —, daß das Handwerk einen großen Zuzug von Lohndrückern erhält. — Reg.-Rat Professor Dr. Leidig-Berlin meinte, daß angesichts eines sich recht stark breitmachenden Dilettantismus auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge doch eine Art von Zentralisation notwendig sein werde. — Obermeister Rahardt-Berlin antwortete darauf, daß nach Mitteilungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg bereits die Zusammenfassung aller jetzt oft auseinandergehenden Fürsorgebestrebungen in einer Hauptstelle im Gange sei. Die neulich durch die Presse gegangenen Vereinbarungen über die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in der Berliner Holzindustrie empfahl er zu weiterer Nachahmung, wo es möglich ist. — Nach weiterer Einzelbesprechung hielt Abg. Bartschat sein Schlußwort. Das Handwerk werde seinen verwundeten Genossen auch nach dem Kriege ein warmes Herz und Dankbarkeit bewahren.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Handwerksmeister.

Fremdenblatt
28/IX. 1915

14

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Das Permanenzkomitee beschäftigte sich in seiner am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung mit der Zirkularverordnung des k. u. k. Kriegsministeriums vom 4. September d. J., womit erläuternde Weisungen zur kaiserl. Verordnung über Militärlieferungsverträge erlassen wurden, und nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß zumindestens jene seinerzeit zur kaiserl. Verordnung gestellten Anträge, die im Verordnungswege zu verwirklichen waren, tatsächlich berücksichtigt wurden. Es wurde ferner beschlossen, die übrigen Anträge, welche auf eine Abänderung der kaiserl. Verordnung selbst abzielten, sofort wieder aufzugreifen, wenn sich dies mit Rücksicht auf die Handhabung der Verordnung als notwendig erweisen sollte. Schließlich gab das Permanenzkomitee seinem Danke an das Justizministerium und das Handelsministerium für die erfolgreiche Mitwirkung in dieser Angelegenheit lebhaften Ausdruck.

Der Bericht über die Enquete, betreffend das am 17. September 1915 erlassene neuerliche Moratorium für Galizien und die Bukowina wurde mit dem Bedauern zur Kenntnis genommen, daß für die Entscheidung dieser auch für den Kreditverkehr so wichtigen Frage offensichtlich nicht so sehr wirtschaftliche, als politische Momente als ausschlaggebend erachtet wurden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf den Geschäftsverkehr mit Russisch-Polen, der zwar noch immer zahlreichen Schwierigkeiten unterworfen ist, die jedoch dank dem Entgegenkommen der berufenen militärischen Stellen nach und nach möglichst behoben werden. Das Permanenzkomitee nahm einen bezüglichen Bericht, sowie Mitteilungen über die gegenwärtigen Möglichkeiten, Außenstände in den unter österreichischer und deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands einzutreiben, sowie über den Post- und Reiseverkehr und die Organisation des Gerichtswesens in den besetzten Gebieten zur Kenntnis. Hierauf beschäftigte sich das Permanenzkomitee mit den gegen feindliche Staaten erlassenen Zahlungsverboten, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge, um den mehrfachen, in kaufmännischen Kreisen bestehenden Zweifeln zu begegnen, eine entsprechende Klarstellung vorzunehmen. Die bereits wiederholt vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Erweiterung des Lastentransportes durch die städtischen Straßenbahnen wurden neuerlich aufgenommen, und so wurden die Mitteilungen des Vizebürgermeisters Hierhammer beifällig aufgenommen, wonach die Gemeinde Wien in dieser Frage das weitgehendste Entgegenkommen erweise und die Straßenbahnen in starkem Maße besonders für die Beförderung von Kohle herangezogen werden.

Weitere Verhandlungsgegenstände bildeten gewisse Schwierigkeiten des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande, die Fahrtverweigerung des Wiener Platzfuhrwerkes, die Abschreibung der Hauszinssteuer für infolge Einrückung landsturmpflichtiger Personen gesperrte Betriebe, sowie die Frage der Errichtung von Mieter-Darlehenskassen.

Neues Wiener Tagblatt
30./IX. 1915

Die künftige Handelspolitik.

Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Gestern nachmittag fand im Stadtratssitzungssaal eine außerordentlich stark besuchte Sitzung der ersten Sektion der handelspolitischen Kommission (Sektion für allgemeine handelspolitische Fragen) statt, auf deren Tagesordnung die Erörterung der Frage unsrer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reich und zu Ungarn stand.

Der Präsident der handelspolitischen Kommission Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Versammlung, gab bekannt, daß Bergrat Ritter von Gutmann und Generaldirektor Günther sich entschuldigt haben, und gedachte in pietätvollen Worten des ersten Vorsitzenden dieser Sektion Vizebürgermeister Dr. Porzer. Die Versammlung hatte sich zum Zeichen der Ehrung von den Sitzen erhoben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner leitete nun die Verhandlungen mit folgenden Ausführungen ein:

Als im Jahre 1913 der Kammerpräsident von Schoeller und ich die handelspolitische Kommission ins Leben riefen, war es unsre Absicht, jene Fragen zur öffentlichen Diskussion zu stellen, welche sich aus der kommenden Neuregelung unsrer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland und aus der Neuordnung unsrer Verhältnisse zu Ungarn ergaben. Wir gingen von der Auffassung aus, daß die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien als die größte Stadtgemeinde der Monarchie, aber ebenso auch als das Zentrum der kommerziellen, industriellen und gewerblichen Interessen Oesterreichs, an diesen Fragen in besonders eigenartiger Weise Stellung zu nehmen habe. Wenn es einer Bestätigung dieser unsrer Auffassung bedurft hätte, wurde sie durch die Zeit des Krieges gebracht. In dieser schweren Zeit, welche die Gemeindeverwaltung Wiens und die gesamte Bürgerschaft der Hauptstadt vor neuartige Verhältnisse und ungewohnte Aufgaben stellte, zeigte sich so recht, wie sehr wir in der Ordnung dieser Verhältnisse, in der Erfüllung dieser Aufgaben von unsrer handelspolitischen Gesetzgebung und von unsern Vereinbarungen mit Ungarn abhängig sind.

Zunächst hatten nun allerdings die kriegerischen Ereignisse zur Folge, daß die Handelspolitische Kommission für jene ruhige Friedensarbeit, welche wir ihr bei ihrer Schaffung zugedacht hatten, weder Ruhe noch Muße gefunden hatte, und wir mußten diese Hauptfragen, für die sie eigentlich gegründet wurde, zunächst zurückstellen. Insbesondere erfuhren auch die in mehreren Sitzungen begonnenen Arbeiten der mit Handelsverträgen und Ausgleichen befaßten ersten Sektion, die noch kurz vor Kriegsausbruch getagt hatte, eine Unterbrechung. Allerdings bedeutete dies nicht die vollständige Lahmlegung der gesamten Kommission; insbesondere jene ihrer Sektionen, welche sich mit den Fragen der Lebensmittelversorgung zu befassen hat, hat seit Jahresfrist eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und vielleicht als einzige größere Beratungskörperschaft in ständigen, fast wöchentlich wiederholten Sitzungen getagt. Das reiche Material, das ihre Beratungen zu Tage förderten, die zahlreichen Vorschläge, die sie erstattet, gaben der Gemeinde Wien und ihren Funktionären manche Richtschnur für ihr Verhalten und dürften in einzelnen Punkten auch bei den einschlägigen Maßnahmen der Regierung nicht ganz unbeachtet geblieben sein.

Die Grundlagen unsrer Wirtschaftspolitik.

Gerade die Tätigkeit dieser Sektion zeigte aber immer wieder, wie notwendig es ist, auf die eigentlichen Grundlagen unsrer Wirtschaftspolitik, das ist auf unser handelspolitisches System und auf den Ausgleich mit Ungarn, zurückzugehen, wozu noch kommt, daß der Ablauftermin des Ausgleiches inzwischen näher herangerückt ist und auch sonst die Diskussion der wirtschaftlichen Kreise sich intensiv mit künftiger Handelspolitik zu befassen beginnt.

Daher haben wir uns erlaubt, die erste Sektion der Handelspolitischen Kommission, der die Behandlung der Handelsverträge und des Ausgleiches zugewiesen ist, zu dieser Sitzung einzuberufen, zunächst zu einer allgemeinen Erörterung dieser Gegenstände auf Grund der geänderten Verhältnisse, soweit diese heute bereits zu übersehen sind. Es ist klar, daß wir ein abschließendes Urteil über unsre zukünftige Handelspolitik während der Dauer des Krieges nicht fällen können, da wir die endgültigen Ergebnisse dieses Krieges nicht voraussehen können. Aber ebenso klar ist es, daß an eine einfache Fortsetzung unsrer bisherigen Handelspolitik nach dem Krieg nicht zu denken ist, sondern daß wir mit den weittragendsten Veränderungen der Weltwirtschaft als solcher und der Beziehungen der Staaten untereinander zu rechnen haben, deren Richtlinien sich heute bereits vielfach ankündigen.

Die Verständigung unsrer Feinde.

Wir sehen bereits, daß sich unter den uns feindlichen Staaten handelspolitische Verständigungen anbahnen, die gegen die Zentralmächte auch in der Zeit nach dem Weltkriege gerichtet sind und den gegenwärtig geführten Wirtschafts- und Handelskrieg unter Umständen fortsetzen sollen. Wir dürften annehmen, daß die Lehren dieses Krieges über die notwendige weitestgehende Selbstversorgung der einzelnen Völker den imperialistischen Gedanken nicht nur in England, sondern auch bei den andern Welt- und Großmächten wesentlich haben erstarken lassen. Das sind Veränderungen, die auch unser handelspolitisches Verhalten in Zukunft beeinflussen müssen. Dazu kommt auf der andern Seite, daß nunmehr auch für alle möglichen handelspolitischen Neugestaltungen freie Bahn geschaffen wurde. Alte Verträge, die uns nach allen Seiten gebunden haben, sind zerrissen, der Frankfurter Frieden und seine bekannte Meistbegünstigungsklausel ist beseitigt und auch unser andrer Bundesgenosse, die Türkei, wird durch diesen Krieg aus der Abhängigkeit alter Traktate und Kapitulationen endgültig befreit und für eine moderne Ordnung seiner Beziehungen zum Auslande geeignet gemacht werden. Wie werden wir nun den auch nach dem Krieg drohenden wirtschaftlichen Gefahren die Stirn bieten, wie werden wir uns die dauernde Wohlfahrt unsres Wirtschaftslebens sichern können, wie werden auch wir in Zukunft unsre Versorgung mit den notwendigen Rohstoffen und Lebensmitteln und den Absatz unsrer Erzeugnisse gewährleisten?

Verständigung mit unsern Bundesgenossen.

Es scheint mir heute bereits festzustehen, daß wir gegenüber den wirtschaftlichen Weltmächten, die schon bestehen oder die uns die Zukunft bringen wird, isoliert in eine sehr gefährliche Lage geraten würden. Wir werden uns daher in erster Linie mit unsern Bundesgenossen, namentlich aber mit dem Deutschen Reiche, zu verständigen haben und trachten müssen, das politische und militärische Einvernehmen, das bisher zu so glänzenden Ergebnissen geführt hat, auch auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen. Zunächst zum Zwecke wirtschaftlicher Abwehr und Verteidigung, aber auch zur gemeinsamen Nutzbarmachung der Früchte, die uns dieser gemeinsam geführte Krieg bringen soll. Wir werden uns mit unsern militärischen Bundesgenossen bei

Neues Wiener Tagblatt
30/IX. 1915

Die künftige Handelspolitik.

Zeiten einigen müssen über Grundsätze und Ziele jener wirtschaftlichen Expansion, insbesondere nach dem Südosten und den darüber hinausgehenden Gebieten, der unsre vereinigten Heere mit ihrem heldenmütigen Ringen Tor und Wege eröffnen wollen. Wie die Verständigung mit Deutschland geschehen soll, ist eine jener Fragen, die heute bereits wenigstens in den Grundzügen erörtert und deren verschiedene Möglichkeiten schon heute diskutiert werden können, wenn auch, wie ich eingangs bemerkt habe, ein endgültiges Urteil über unsre gesamte handelspolitische Arbeit noch nicht abgegeben werden kann.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Die Frage nach der zukünftigen Gestaltung unsrer Verhältnisse zum Deutschen Reiche ist daher eine jener Fragen, mit der nach meiner Ansicht die geehrte Sektion sich zunächst befassen sollte. Die zweite Frage, die streng genommen, schon früher oder wenigstens gleichzeitig mit dieser ihrer Erledigung zuzuführen wäre, ist jene der Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn.

Die Regelung unsres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn ist sicherlich Voraussetzung, ja Grundbedingung der Erneuerung unsrer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Sie ist aber in so vielfacher und inniger Verknüpfung mit dieser, daß sie nicht allein gelöst werden kann, sondern immer nur in entsprechender Beziehung zu dem, was die beiden Staaten hinsichtlich ihrer zukünftigen Außenhandelspolitik wünschen und anstreben.

Es ist nun klar, daß, wenn wir heute, wie früher erwähnt, hinsichtlich unsrer Außenhandelspolitik eine volle Uebersicht noch nicht gewinnen können, wir auch ein abschließendes Urteil über die im Ausgleiche zu erledigenden Fragen nicht abgeben können. Ebenso klar ist es aber auch hier wieder, daß die großen und gewaltigen Veränderungen, die das Bild der wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten untereinander nach dem Kriege zeigen wird, auch in unsern zukünftigen Vereinbarungen mit Ungarn eine Reihe wichtiger Veränderungen und Ergänzungen mit sich bringen wird.

Vielleicht wird schon unser Zolltarif ein wesentlicher Bestandteil unsres Ausgleiches mit Ungarn, der auf die bisherige kontinentale Vertragspolitik zugeschnitten war, die eine oder andre wichtige Aenderung erfahren müssen, um den neuen Verhältnissen gerecht zu werden. Etwaige territoriale Veränderungen und Neuordnungen im Süden der Monarchie müßten zweifelsohne wichtige Abänderungen der verkehrspolitischen Abmachungen mit Ungarn hinsichtlich der nach dem Balkan führenden Bahnen nach sich ziehen, die bekanntlich einen wichtigen, viel diskutierten Gegenstand des Ausgleiches bildeten. Auch die großen staatsfinanziellen Fragen, welche die Riesenkosten des Krieges, der Aufwand für eine ausreichende Invalidenfürsorge mit sich bringen, werden sich in dem zukünftigen Ausgleichswerke widerspiegeln. Endlich wird die Frage der Dauer eines zukünftigen Ausgleiches nur im Zusammenhange mit der Regelung unsrer auswärtigen Verhältnisse, und zwar, wie wir hoffen, im Sinne der dauernden Herstellung guter Beziehungen zu dem Schwesterstaate, erledigt werden können.

Es ist also begreiflich, daß angesichts der großen Neugestaltungen, die in dem künftigen Ausgleichswerk berücksichtigt werden sollen, es weder für uns noch für die Ungarn noch für den Gesamtstaat von Nutzen, ja daß es sogar ein großer Fehler wäre, wenn wir uns heute wechselseitig die Hände binden würden, mit denen wir auch nach außen geben und empfangen, uns zu verteidigen oder anzuschließen haben werden.

Man wird einer geschickten Staatskunst nicht vorgreifen dürfen, die die Dinge so führt, daß die dauernde und endgültige Regelung unsres Verhältnisses zu Ungarn auch alle die Neuerscheinungen mit berücksichtigen kann, welche die endgültige Erledigung der großen Krisis Europas und der Welt mit sich bringen wird. Aber indem wir diesen Gedanken klar zum Ausdruck bringen, brauchen wir auch auf diesem Gebiete inzwischen die Hände nicht müßig in den Schoß zu legen, sondern können uns, gestützt auf unsre älteren und jüngeren Erfahrungen, und soweit sich die Richtlinien neuer Gestaltungen bereits am Horizont abzeichnen, auch mit dieser wichtigsten Frage, der möglichst glücklichen, beide Teile befriedigenden Neugestaltung unsres Verhältnisses zu Ungarn, befassen.

Niemand hat ein größeres Recht darauf, über diese Dinge rechtzeitig und aufmerksam gehört zu werden, wie Sie, meine verehrten Anwesenden. Mögen Sie nun vom Standpunkt der Erzeugung, des Handels oder des Verbrauches aus interessiert sein, das eine steht fest: Sie sind diejenigen, welche daran interessiert sind und deren zukünftiges Wohl und Wehe von der glücklichen Lösung dieser Fragen abhängt. Sie besitzen Einblick in diese Dinge, Sie haben reiche, geschulte Erfahrung und sind daher berufen, sich über den Gegenstand auszusprechen. Dies um so mehr in einer Zeit, in der es wenige Tribünen gibt, auf welchen die berufenen Vertreter der Bevölkerung zum Worte kommen können.

Soweit die Gemeinde Wien in Frage kommt, und ich bin überzeugt, auch die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, werden wir die uns durch das Gesetz eingeräumte Stellung dazu benützen, um nach Kräften Ihren berechtigten Forderungen und Wünschen auch bei den maßgebenden Regierungsstellen zum Gehör zu verhelfen. Mit dieser Zusicherung bitte ich nunmehr die geehrten Damen und Herren, in die Erörterung der von mir erwähnten Hauptfragen, die Gestaltung unsres zukünftigen Verhältnisses zum Deutschen Reich und die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn, einzugehen und eventuell auch über einen bezüglichen Arbeitsplan der Sektion schlüssig zu werden. (Lebhafter Beifall.)

Fremdenblatt
30/IX. 1915

Handelspolitische Kommission.

Gestern fand eine Sitzung der 1. Sektion der Handelspolitischen Kommission (Sektion für allgemeine handelspolitische Fragen) statt, auf deren Tagesordnung die Erörterung der Frage unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reiche und zu Ungarn stand.

Der Präsident der Handelspolitischen Kommission Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Versammlung und leitete die Verhandlungen mit Ausführungen ein, in denen er u. a. ausführte: Als im Jahre 1913 der Kammerpräsident v. Schoeller und ich die Handelspolitische Kommision ins Leben riefen, war es unsere Absicht, jene Fragen zur öffentlichen Diskussion zu stellen, die sich aus der kommenden Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande und aus der Neuordnung unserer Verhältnisse zu Ungarn ergaben. Zunächst hatten nun allerdings die kriegerischen Ereignisse zur Folge, daß die Handelspolitische Kommission für jene ruhige Friedensarbeit, welche wir ihr bei ihrer Schaffung zugedacht hatten, weder Ruhe noch Muße gefunden hatte und wir mußten diese Hauptfragen, für die sie eigentlich gegründet wurde, zunächst zurückstellen. Insbesondere erfuhren auch die in mehreren Sitzungen begonnenen Arbeiten der mit Handelsverträgen und Ausgleich befaßten ersten Sektion, die noch kurz vor Kriegsausbruch getagt hatte, eine Unterbrechung. Allerdings bedeutete dies nicht die vollständige Lahmlegung der gesamten Kommission; insbesondere jene ihrer Sektionen, welche sich mit den Fragen der Lebensmittelversorgung zu befassen hat, hat seit Jahresfrist eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und vielleicht als einzige größere Beratungskörperschaft in ständigen, fast wöchentlich wiederholten Sitzungen getagt. Das reiche Material, das ihre Beratungen zutage förderten, die zahlreichen Vorschläge, die sie erstattet, gaben der Gemeinde Wien und ihren Funktionären manche Richtschnur für ihr Verhalten und dürften in einzelnen Punkten auch bei den einschlägigen Maßnahmen der Regierung nicht ganz unbeachtet geblieben sein.

Es ist klar, daß wir ein abschließendes Urteil über unsere zukünftige Handelspolitik während der Dauer des Krieges nicht fällen können, da wir die endgiltigen Ergebnisse dieses Krieges nicht voraussehen können. Aber ebenso klar ist es, daß an eine einfache Fortsetzung unserer bisherigen Handelspolitik nach dem Kriege nicht zu denken ist, sondern daß wir mit den weittragendsten Veränderungen der Weltwirtschaft als solcher und der Beziehungen der Staaten untereinander zu rechnen haben, deren Richtlinien sich heute bereits vielfach ankündigen.

Wir sehen bereits, daß sich unter den uns feindlichen Staaten handelspolitische Verständigungen anbahnen, die gegen die Zentralmächte auch in der Zeit nach dem Weltkriege gerichtet sind und den gegenwärtig geführten Wirtschafts- und Handelskrieg unter Umständen fortsetzen sollen. Alte Verträge, die uns nach allen Seiten gebunden haben, sind zerrissen, der Frankfurter Frieden und seine bekannte Meistbegünstigungsklausel ist beseitigt und auch unser anderer Bundesgenosse, die Türkei, wird durch diesen Krieg aus der Abhängigkeit alter Traktate und Kapitulationen endgiltig befreit und für eine moderne Ordnung seiner Beziehungen zum Auslande geeignet gemacht werden. Wie werden wir nun den auch nach dem Kriege drohenden wirtschaftlichen Gefahren die Stirne bieten? Es scheint mir heute bereits festzustehen, daß wir gegenüber den wirtschaftlichen Weltmächten, die schon bestehen oder die uns die Zukunft bringen wird, isoliert in eine sehr gefährliche Lage geraten würden. Wir werden uns daher in erster Linie mit unseren Bundesgenossen, namentlich aber mit dem Deutschen Reiche, zu verständigen haben und trachten müssen, das politische und militärische Einvernehmen, das bisher zu so glänzenden Ergebnissen geführt hat, auch auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen. Zunächst zum Zwecke wirtschaftlicher Abwehr und Verteidigung, aber auch zur gemeinsamen Nutzbarmachung der Früchte, die uns dieser gemeinsam geführte Krieg bringen soll. Wir werden uns mit unseren militärischen Bundesgenossen beizeiten einigen müssen über Grundsätze und Ziele jener wirtschaftlichen Expansion, insbesondere nach dem Südosten und den darüber hinausgehenden Gebieten, der unsere vereinigten Heere mit ihrem heldenmütigen Ringen Tor und Weg eröffnen wollen. Wie die Verständigung mit Deutschland geschehen soll, ist eine jener Fragen, die heute bereits wenigstens in den Grundlagen erörtert und deren verschiedene Möglichkeiten schon heute diskutiert werden können, wenn auch, wie ich eingangs bemerkt habe, ein endgiltiges Urteil über unsere gesamte handelspolitische Arbeit noch nicht abgegeben werden kann.

Die zweite Frage, die streng genommen, schon früher oder wenigstens gleichzeitig mit dieser ihrer Erledigung zuzuführen wäre, ist jene der Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn. Die Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn ist sicherlich Voraussetzung, ja Grundbedingung der Erneuerung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Sie ist aber in so vielfacher und inniger Verknüpfung mit dieser, daß sie nicht allein gelöst werden kann, sondern immer nur in entsprechender Beziehung zu dem, was die beiden Staaten hinsichtlich ihrer zukünftigen Außenpolitik wünschen und anstreben. Vielleicht wird schon unser Zolltarif ein wesentlicher Bestandteil unseres Ausgleiches mit Ungarn, der auf die bisherige kontinentale Vertragspolitik zugeschnitten war, die eine oder andere wichtige Aenderung erfahren müssen, um den neuen Verhältnissen gerecht zu werden. Etwaige territoriale Veränderungen und Neuordnungen im Süden der Monarchie müßten zweifelsohne wichtige Abänderungen der verkehrspolitischen Abmachungen mit Ungarn hinsichtlich der nach dem Balkan führenden Bahnen nach sich ziehen, die bekanntlich einen wichtigen, vieldiskutierten Gegenstand des Ausgleiches bildeten. Auch die großen staatsfinanziellen Fragen, welche die Riesenkosten des Krieges, der Aufwand für eine ausreichende Invalidenfürsorge mit sich bringen, werden sich in dem zukünftigen Ausgleichswerke wiederspiegeln. Endlich wird die Frage der Dauer eines zukünftigen Ausgleiches nur im Zusammenhange mit der Regelung unserer auswärtigen Verhältnisse, und zwar wie wir hoffen, im Sinne der dauernden Herstellung guter Beziehungen zu dem Bruderstaate erledigt werden können. Es ist also begreiflich, daß es sogar ein großer Fehler wäre, wenn wir uns heute wechselseitig die Hände binden würden, mit denen wir auch nach außen geben und empfangen, uns zu verteidigen oder anzuschließen haben werden.

Niemand hat ein größeres Recht darauf, über diese Dinge rechtzeitig und aufmerksam gehört zu werden wie Sie, meine verehrten Anwesenden. Sie besitzen Einblick in diese Dinge. Soweit die Gemeinde Wien in Frage kommt, und ich bin überzeugt, auch die Wiener Handelskammer, werden wir die uns durch das Gesetz eingeräumte Stellung dazu benützen, um nach Kräften Ihren berechtigten Forderungen und Wünschen auch bei den maßgebenden Regierungsstellen zum Gehör zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet hierauf die Debatte.

Neues Wiener Tagblatt
30./9. 1914.

18

* **(Die Dividende der Konsumvereine und die Hilfsaktion.)** Aus Konsumvereinskreisen werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Von verschiedenen Seiten wurde in diesen Tagen der Vorschlag gemacht, man möge den Hilfsaktionen, die zugunsten der vom Kriegszustand schwer betroffenen Bevölkerungsschichten eingeleitet sind, größere Summen dadurch verschaffen, daß die Mitglieder von Konsumvereinen auf die ihnen nach Ablauf des Geschäftsjahres zustehenden Gewinnanteile (Dividende) verzichten. Die Dividende war nach diesen Vorschlägen sofort pro 31. Juli zu berechnen und zur Auszahlung zu bringen. Diese Vorschläge entstammen ohne Zweifel der ehrlichsten und lobenswertesten Hilfsbereitschaft. Sie sind aber leider aus juristischen und wirtschaftlichen Gründen **nicht** durchführbar. Vom juristischen Stadpunkt wäre es unzulässig, eine Gewinnverteilung per 31. Juli vorzunehmen, weil der Rechnungsabschluß statutarisch geregelt ist und nicht willkürlich zu einem beliebigen Termin vorgenommen werden darf. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aber wäre es für die Konsumvereine gegenwärtig geradezu unverantwortlich, den rechnungsmäßigen Gewinn des ersten Halbjahres zur Verteilung zu bringen. Sind doch die wirtschaftlichen Aussichten für das zweite Halbjahr noch derart ungeklärt, daß kein vorsichtiger Unternehmer es wagen dürfte, seinen Geschäftsbetrieb im gegenwärtigen Moment durch eine Auszahlung von Gewinnanteilen der Barmittel zu entblößen. Daß infolge des Moratoriums auch den Konsumvereinen der Verkehr mit den Geldinstituten, mit welchen sie ihre Geschäftsverbindung haben, unterbunden ist und somit die zur Auszahlung der Dividende erforderlichen Barmittel gar nicht behoben werden könnten, sei nur nebenbei hinzugefügt. Nach Ablauf des Geschäftsjahres, zu Beginn 1915, wenn das Endergebnis des schwierigen Wirtschaftsjahres vorliegt, wird sicher jeder Konsumverein gern bereit sein, über Wunsch jedes einzelnen Mitgliedes den diesem gebührenden Gewinnanteil einem zu bezeichnenden Hilfsfonds zuzuweisen.

Arbeiterzeitung
1/X. 1915

19

„Ladenhüter."

Von Julius Kalisti.

„Die Industrie befindet sich in der Periode eines sehr großen Ausverkaufs, sie kann gewissermaßen ihre Ladenhüter abstoßen." Geprägt wurden diese Worte in der Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (Berlin), deren Aufsichtsratsvorsitzender, Dr. Walter Rathenau, diesen seinen Bemerkungen noch hinzufügte, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zwar keine Ladenhüter hätte, immerhin aber auch bei ihr eine Liquidation der Bestände in weitgehendem Maße gelungen sei. In der Tat wird es kaum eine Industrie geben, die nicht vermocht hätte, alte Bestände, deren Verwertbarkeit nur als sehr gering angesehen wurde, in recht gewinnbringender Weise zu verwerten. Das hat für zahlreiche Unternehmungen zu besonders starker Steigerung der Rentabilität während des Krieges geführt, aber neben den schon erzielten Gewinnen erwachsen den beteiligten Firmen und darüber hinaus ganzen Gewerben aus dem radikalen Ausverkauf großer Mengen alter Materialien, die oft nur als störender Ballast empfunden worden waren, sicherlich späterhin noch mancherlei Vorteile, wenn erst die Betriebe wieder in alter Form eine unbeschränkte Tätigkeit aufnehmen können. Von einem Fachblatt der Textilindustrie wurde die Möglichkeit oder der Zwang, alte, jahrelang brachliegende Restbestände aufzuarbeiten und nutzbar zu machen, als Quelle so reichlicher Verdienste bezeichnet, daß der Schaden, den Verbote und Beschränkungen der Textilindustrie bringen, für manchen Textilzweig dadurch schon im voraus zum guten Teil ausgeglichen wird. Da haben zum Beispiel, fährt das Blatt fort, teure Kunstgarne, sagen wir Mohairknoten, bereits die fünfte Inventur oder noch mehr mitgemacht, jetzt endlich konnten sie zu guten Preisen verkauft werden, sie wurden zu schweren Decken verarbeitet, und eine besondere Appretur hat vermocht, diese ursprünglich starren, unangenehmen Gewebe jo weich und elastisch zu machen wie das beste Flanelltuch. Andere Kunstgarne, zum Beispiel Woll- und Streichgarnnoppen, sind in gleicher Weise verarbeitet worden, vielfach aber hat man sie auch zu neuen Garnen umgesponnen. So wie die Spinnereien und Zwirnereien haben auch die Webereien ihre Garnrestbestände ausgearbeitet oder sie haben sie umarbeiten lassen, wo dies erforderlich und möglich war.

Aus der Mobilisierung der Bestände, zu der sich die Zentralmächte infolge der Unterbindung der Zufuhren genötigt sahen, sind also auch Vorteile erwachsen, die am allerwenigsten aber von unseren Gegnern vermutet wurden. In England mehren sich die Stimmen, die auf diese ungewollten Folgen der britischen Politik hinweisen. Die Erwartung, die Zentralmächte an der Beschaffung unentbehrlicher Kriegsmittel zu verhindern, erwies sich als eitler Traum. Besonders die Kupferversorgung mußte nach der Meinung Englands unmöglich werden; es erschließen sich aber für die Kupfergewinnung immer neue Wege. So berichtet die „Rundschau für Installation und Blechindustrie" über die Kupferbeschaffung aus Blitzableitern. Es ist nicht schwierig, sagt das Blatt, die kupfernen Blitzableitungen abzunehmen und abzuliefern. Obwohl es recht viel Arbeit macht, Blitzableiter zu installieren, die Stützen zu befestigen und die Anschlüsse herzustellen, ist das Lösen der Leitungen in den Haltern und das Aufrollen der Leitungen doch schnell zu besorgen. Wenn mit diesem Abmontieren im ganzen Deutschen Reiche bald begonnen würde, könnten nach einer verläßlichen Berechnung etwa fünf Millionen Kilogramm Kupfer aus Blitzableitungen gewonnen werden. Es ergibt sich nun die Frage: was soll an die Stelle der entfernten Ableitungen aus Kupfer treten, damit die betreffenden Gebäude gegen Blitzschlag gesichert bleiben? Die Antwort darauf lautet: Leitungen aus verzinktem Eisen. Sie sind nicht nur ebenso zweckmäßig wie kupferne, sondern besser als diese. Schon seit fünfzehn Jahren wird von allen Autoritäten auf dem Gebiet des Blitzableiterwesens und besonders von dem Verband deutscher Elektrotechniker angestrebt, dem Eisen als Blitzableitermaterial wieder die Stelle zu verschaffen, die es schon vor Jahrzehnten einnahm. Eisen ist billiger; es können daher, bei gleich hohen Kosten, mehr Ableitungen hergerichtet werden, was, weil so dem einschlagenden Blitz mehr Wege zum Abgleiten zur Erde geboten werden, die Zündungsgefahr durch Blitz soweit wie erreichbar, verringert. Eisen ist schwerer schmelzbar als Kupfer; die bessere elektrische Leitungsfähigkeit des Kupfers gegenüber Eisen hat nicht die Wichtigkeit, die ihr lange Zeit hindurch irrtümlich zugeschrieben wurde. Der Blitz — ein Hochspannungsstrom leichter Intensität — hat nicht das Bestreben, dem galvanischen Strome gleich den vollen Leiter zu „durchfließen". Er bleibt vielmehr, aus experimentell erwiesenen Gründen, auf der Oberfläche der Ableiter und bevorzugt daher gerade solche von möglichst großer Oberfläche. Aus diesem Grunde gleitet die Blitzentladung am besten, das ist zumeist spurlos, an den Dachrinnen und Abfallrohren zur Erde. Obwohl diese aus leicht schmelzbarem Zinkblech sind, findet doch kein Schmelzen statt, weil eben der Ausgleich auf ausgedehnterer Metallfläche vor sich geht. Die Regenrinnen und Abfallrohre sind daher die besten, gleichsam natürlichen Blitzableitungen und dürfen nie unberücksichtigt bleiben bei Herstellung einer Blitzschutzanlage. Großflächige besondere Ableitungen aus Eisen werden am zweckmäßigsten aus verzinktem Bandeisen hergestellt. Dieses Material dient daher auch am besten als Ersatz der „einzuschlachtenden" wertvollen Kupferleitungen. Das Preisverhältnis zwischen Kupfer und Bandeisen ist für die Auswechslung besonders günstig.

Auf einer ganzen Reihe von Gebieten wird sich der Ersatz von Kupfer durch Eisen, zu dem man sich jetzt entschloß, auch weiterhin behaupten. Nach den verschiedensten Zeugnissen liegt bei zahlreichen Produkten, die neuerdings aus Eisen hergestellt werden, gar kein Anlaß vor, wieder zu Kupfer zurückzukehren, selbst wenn sich die Kupferversorgung wieder in normaler oder gar überreicher Weise vollzöge. Volkswirtschaftlich ist dieser Vorgang von nicht geringer Bedeutung, es ist das die Ausschaltung großer, vom Ausland bezogener Kupfermengen durch einheimisches Eisen. Für den Prozeß der Ablösung von Kupfer durch Eisen häufen sich die Vorschläge förmlich. Kürzlich hat der Verein Berliner Klavierstimmer eine Eingabe an die Metallmobilmachungsstelle des preußischen Kriegsministeriums gerichtet, worin er den Vorschlag macht, die Kupferfrage dadurch zu lösen, daß das Reich die Klaviersaiten in sämtlichen in Deutschland befindlichen Pianos beschlagnahmt und herausnehmen läßt. Dadurch würde neben der glücklichen Lösung der Kupferfrage gleichzeitig für die in Not geratenen Klavierstimmer lohnender Arbeitsverdienst geschaffen werden. Der Verein macht in seiner Eingabe gleichzeitig darauf aufmerksam, daß man als Ersatzmittel für den Kupferdraht zum Bespinnen der Baßsaiten Eisendraht nehmen könne. Während die Eingabe von der Voraussetzung ausgeht, daß in Deutschland etwa 16 Millionen Klaviere vorhanden sind und jedes Instrument vier bis fünf Kilo Kupferdraht enthält, erklärt die „Zeitschrift für Instrumentenbau", die Gesamtzahl der in Deutschland befindlichen Klaviere sei nach Angaben von kompetenter fachmännischer Seite auf höchstens drei bis vier Millionen Stück und das Kupferquantum in einem Klavier auf etwa zweieinhalb bis drei Kilogramm zu beziffern. Aber ganz abgesehen von diesen Irrtümern der Eingabe, meint die „Zeitschrift für Instrumentenbau", würden nicht Klaviertechniker genug vorhanden sein, um eine solche Aufgabe auch nur innerhalb zehn Jahren durchzuführen, denn auf dem Lande, wo sich doch die größte Anzahl von Klavieren befindet, würde die Ausführung der Maßregel ganz unmöglich sein; außerdem müßte sich das auf diese Weise gewonnene Kupfer außerordentlich teuer stellen. Anhänger des Vorschlages der Klavierstimmer, gegen den aus den Kreisen der Klavierfabriken eine Gegeneingabe unternommen worden ist, dürften sich besonders unter den Nachbarn klavierbesitzender Mitbürger finden. Ernstlich ist aber wohl noch nicht in Erwägung gezogen worden, auf die Klaviersaiten zurückzugreifen. Doch zeigt in jedem Falle die Erörterung, daß beträchtliche Kupferbestände vorhanden sind, an die niemand vorher gedacht hat.

Vossische Zeitung
2./X. 1915.

Irreführungen der Handelsstatistik.

Von

Dr. Bruno Heinemann - Berlin.

Allgemein bekannt ist, daß unser Außenhandel in beträchtlichem Umfange seinen Weg über Belgien und die Niederlande nimmt und die bedeutende Stellung Antwerpens und Rotterdams im Welthandel zum größten Teil auf der Entwicklung des deutschen Hinterlandes beruht. Weniger bekannt dürfte sein, in welchem Umfange diese Beziehungen in der Handelsstatistik anderer Länder, besonders mancher Balkanstaaten, in Erscheinung treten.

Für das Jahr 1911 — in den späteren Jahren wurde der Handel infolge der Balkankriege aus den normalen Bahnen gedrängt — verzeichnete die rumänische Handelsstatistik folgende Ausfuhrziffern:

Belgien	263 468 000 Lei	(213 409 000 ℳ)
Holland	76 907 000 „	(62 295 000 „)
Oesterreich-Ungarn	62 874 000 „	
England	55 980 000 „	
Italien	49 592 000 „	
Frankreich	48 879 000 „	
Deutschland	33 008 000 „	(26 736 000 „).

Der erste Blick auf diese Zahlen zeigt den Einfluß, den die Durchfuhr durch Belgien und Holland nach dem deutschen Zollgebiet auf die handelsstatistischen Aufzeichnungen ausübt. Hinzu kommt, daß auch ein allerdings verhältnismäßig geringer Teil rumänischer Güter über Oesterreich-Ungarn und Italien zu uns gelangt. Dementsprechend verzeichnet die deutsche Handelsstatistik, die auf die richtige Erfassung der Herkunftsländer besondere Sorgfalt verwendet, im Jahre 1911 eine Einfuhr von 107,9 Millionen Mark aus Rumänien. In Wirklichkeit übersteigt die rumänische Ausfuhr nach Deutschland auch noch diese Zahl beträchtlich, so daß das Deutsche Reich der Hauptabnehmer der rumänischen Erzeugnisse ist. Weizen ist die wichtigste Ausfuhrware Rumäniens, die über die Donauhäfen Galatz und Braïla und den Seehafen Konstanza auf dem Seewege und dann den Rhein hinauf nach Mannheim geht, das der Haupthandelsplatz für rumänisches Getreide in Deutschland ist. Zwei andere rumänische Ausfuhrartikel, die Petroleumprodukte Naphtha und Benzin, kommen zum großen Teil die Donau aufwärts zu uns.

Im gleichen Jahre betrug der Wert unserer Ausfuhr nach Rumänien 91,4 Millionen Mark, entsprach ungefähr unserer Ausfuhrziffer nach Spanien und übertraf z. B. den Wert unserer Ausfuhr nach Australien und Neuseeland zusammen. Unsere Ausfuhr nach Rumänien ist in den letzten Jahren entsprechend der wesentlichen Rolle des deutschen Kapitals im rumänischen Wirtschaftsleben und des ausschlaggebenden Einflusses unserer Bezüge aus Rumänien sehr stark im Steigen. Diese engen wirtschaftlichen Beziehungen haben, wie wir aus den verschiedensten Anzeichen erkennen konnten, nur geringen Einfluß auf Rumäniens politische Haltung ausgeübt; noch immer herrscht in Rumänien die lateinische Phrase. Trotzdem werden sie Wert und Einfluß für die Zukunft behalten.

Auch in der bulgarischen Ausfuhrstatistik steht Belgien an der Spitze, und das Deutsche Reich, wiederum der Hauptabnehmer des betreffenden Staates, erscheint erst an vierter Stelle. Die Ausfuhrzahlen für 1911 lauten:

Belgien	53 789 000 Frs.	(43 031 000 ℳ)
Türkei	29 209 000 „	
England	24 236 000 „	
Deutsches Reich	22 911 000 „	(18 329 000 „)
Griechenland	12 649 000 „	
Frankreich	11 119 000 „	
Oesterreich-Ungarn	10 567 000 „	
Holland	2 210 000 „	

Die Verhältnisse liegen hier ähnlich wie bei der rumänischen Ausfuhr, mit der Abweichung, daß ein großer Teil der bulgarischen Ausfuhr bisher über türkische und griechische Häfen ging und diese Länder daher in der bulgarischen Ausfuhrstatistik stark hervortreten. Die deutsche Handelsstastitik verzeichnet für das Jahr 1911 nur eine Einfuhr von 10,6 Millionen Mark aus Bulgarien. Sicherlich ist der Anteil des deutschen Zollgebietes an der bulgarischen Ausfuhr größer und übertrifft mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit den aller anderen Länder. Nur der Umstand, daß die bulgarischen Ausfuhrartikel in großen Mengen mehrere Durchfuhrländer hintereinander zu durchfahren haben, hat eine genaue handelsstatistische Erfassung verhindert.

Der Wert unserer Ausfuhr nach Bulgarien betrug 1911 ungefähr 24 Millionen Mark; nach der bulgarischen Statistik belief sich im gleichen Jahre die Einfuhr aus dem Deutschen Reiche auf ungefähr 31,8 Millionen Mark. Die Abweichung der deutschen und bulgarischen Statistik erklärt sich zum Teil daraus, daß zum Wert der deutschen Ausfuhrwaren in den Bestimmungsländern Fracht- und Verladekosten, Speditions- und Versicherungsgebühren hinzuzurechnen sind und vielfach eine an und für sich höhere Bewertung stattfindet. Auch spielt Oesterreich-Ungarn als Durchfuhrland für unsere Ausfuhr nach Bulgarien eine gewisse Rolle in der statistischen Aufnahme. Während die Rohstoffe des Balkans zum weitaus größten Teile den Seeweg gehen, benutzen unsere Ausfuhrwaren als Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse mehr den Schienenweg. Oesterreich-Ungarn und Deutschland stehen in der bulgarischen Einfuhrstatistik mit 24 pCt. und rund 20 pCt. an erster Stelle. Die Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und den Zentralmächten waren, wenn man von den Kriegsjahren absieht, außerordentlich stark steigend, eine Entwicklung, die sich nach dem Kriege wahrscheinlich in erhöhtem Maße fortsetzen wird.

In Rußland geht man mit der Behauptung krebsen, daß Rußland durch den deutschen Handel und die deutsche Industrie wirtschaftlich „ausgebeutet“ würde, und sucht diese Behauptung damit zu begründen, daß die Zahlen der russischen Einfuhr aus Deutschland nach der russischen Statistik beträchtlich höher sind, als die Ausfuhr aus Rußland nach Deutschland. Die Ziffern der deutschen Statistik ergeben das umgekehrte Bild, nämlich, daß wir von Rußland weit mehr beziehen als dahin ausführen; sie treffen ungefähr das Richtige. Die russische Statistik berücksichtigt in ihren Anschreibungen bei der Ausfuhr nur den Löschungshafen und bei der Einfuhr nur den Verschiffungsort des betreffenden Transportdampfers. Der Seeweg von den Häfen des Schwarzen Meeres nach Rotterdam und Antwerpen ist aber für die Ausfuhr der südrussischen Agrarprodukte wie des Petroleums des Kaukasus von erheblicher Bedeutung. Andererseits gibt die russische Einfuhrstatistik die Fabrikate anderer Länder, die auf dem Schienenwege durch Deutschland nur durchgefahren werden oder durch die außerhalb des deutschen Zollgebietes liegenden Freihafengebiete gehen, als deutsche Waren an.

Nebenbei bemerkt, brauchen wir uns durch die englische Schiffahrtsstatistik nicht täuschen zu lassen, wenn sie immer wieder angibt, daß in der letzten Woche so und soviel Schiffe mit dem und dem Tonnengehalt in den englischen Häfen ein- und ausgelaufen, von den deutschen U-Booten aber nur so und soviel vernichtet worden wären. Es ist leicht erklärlich, daß bei der reichen Gliederung und Ausdehnung der englischen Küsten sowie der stark entwickelten Küstenschiffahrt viele Fahrzeuge mehrfach gezählt werden und sich auf diese Weise kein richtiges Bild über den Einfluß der U-Boottätigkeit gewinnen läßt.

Frankfurter Zeitung

5./X. 1915.

Fürsorge für aus dem Kriege heimkehrende Gewerbetreibende.

N Berlin, 1. Oktbr. (zens. Bln.) Der Gesamtausschuß des allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes hat sich mit der Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden beschäftigt. Er erklärt es, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, für Pflicht der Allgemeinheit, den aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden, die nicht allein aus eigener Kraft festen Boden gewinnen können, zu helfen. Zwei Wege sollen dem Ziel dienen: Gewährung von Darlehen an den Gewerbetreibenden, damit dieser die Selbständigkeit wiedergewinnen kann, oder, wo dieser Weg nicht gangbar, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Unter Umständen würde es überhaupt erwünscht sein, dem Gewerbetreibenden, der lange Zeit draußen im Felde gestanden, erst Gelegenheit zur Arbeitsbetätigung zu bieten. Pflicht der einzelnen Bundesstaaten sei es, die nötigen Mittel bereitzustellen. Sie seien für die Schaffung der notwendigen Einrichtungen zuständig. Die künftige Entschädigung der Bundesstaaten durch das Reich bleibe vorbehalten. Der Grundgedanke der Hilfsaktion solle sein, zu verhindern, daß der Mittelstand infolge des Krieges Einbuße an selbständigen Existenzen erleidet. Es solle aber nicht in jedem Fall die Hilfe zur Wiedereröffnung eines eingestellten oder zur Begründung eines neuen Betriebes führen. Zwergbetriebe und Betriebe, denen die Bedingungen für die künftige Entwicklung fehlen, lägen nicht im Interesse der Allgemeinheit und ebensowenig im Interesse der Unterstützten Es müsse daher die Möglichkeit offen bleiben, dem Gewerbetreibenden eine seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu verschaffen. Zur Durchführug dieser Hilfsaktion seien Bezirke zu bilden, nicht zu große, mit einem „Ausschuß zur Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden selbständigen Gewerbetreibenden, der aus Mitgliedern der Regierung, der Gemeinden, der Handwerkskammern und Genossenschaftsverbände besteht. Für enge Verbindung mit dem den neuen Verhältnissen entsprechend auszubauenden Arbeitsnachweis sei Sorge zu tragen. Von der Kriegskreditkasse für den deutschen Mittelstand, e. G. m. b. H., in Berlin werde erwartet, daß sie sich durch entsprechende Maßnahmen auf gleiche, auch nach dem Kriege bestehende Bedürfnisse einzurichten sucht. Ferner hat der Gesamtausschuß Vorschläge des Anwalts gebilligt, die sich auf eine Regelung der Befriedigung des Hypothekenkreditbedürfnisses beziehen. Die Vorschläge gehen davon aus, daß ein geordnetes Taxwesen der Wertbestimmung zugrundegelegt wird. Eine Gesundung des Hypothekenkreditwesens verlange ausreichende Gelegenheit für die Beschaffung von Amortisationskredit. Die Frage der Beschaffung zweiter Hypotheken lasse sich nicht loslösen von der Frage der ersten Hypothek. Die Hypothekenbanken müßten die entsprechenden organisatorischen Einrichtungen alsbald vornehmen. Die Errichtung einer Pfandbriefanstalt sei zu empfehlen. Kommunale (oder in größeren Bezirken) Einrichtungen müßten gebildet werden, um die Beschaffung zweiter Hypotheken zu erleichtern. Die Gründung eines Hypothekenbankvereins öffentlich-rechtlichen Charakters sei zweckmäßig. Erwünscht sei, daß die Kreditinstitute (Banken und Kreditgenossenschaften) die Vermittlung von Hypotheken als besonderen Geschäftszweig betreiben.

Aus den Beschlüssen, die für den gewerblichen Mittelstand von Bedeutung sind, ist sodann noch hervorzuheben der Beschluß, der eine Ergänzung der Geschäftsaufsicht durch Regelung des Konkursabwendungsverfahrens verlangt. Betont wird dabei, daß ein dringendes Bedürfnis vorliege, so daß schon im Wege der Kriegsgesetzgebung die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen erlassen werden sollen.

Arbeiterzeitung
7./X. 1915

22

Die Erwerbsteuer der Konsumvereine.

Ein altes Mittel der Zünftler, die Konsumvereine zu schikanieren und so indirekt die Konsumenten für den Versuch der Selbsthilfe und ihrer Emanzipation vom Privathändler zu strafen, ist die Androhung hoher Steuern. Ginge es nach ihnen, so wären alle Konsumvereine längst zu Tode besteuert. Die reaktionäre Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte hat ihnen immerhin mehr Entgegenkommen erwiesen, als billig ist.

Die Konsumenten vereinigen sich in ihrer Genossenschaft, um gemeinsam einzukaufen, um so Unkosten und den Aufschlag des Privathändlers zu ersparen. Diese Ersparnis heben sie nicht hellerweise sofort bei jedem gekauften Artikel ein, sie lassen sie zunächst stehen und zahlen einstweilen den Artikel zum Tagesmarktpreis, am Ende des Jahres heben sie die Erübrigung als Rückvergütung des vorläufig zu viel Gezahlten ab. Denn bis zum Jahresende sammeln sich die Heller zu Kronen an und mit dem größeren Betrag kann die Hausfrau etwas anfangen, während sich die kleinen Beträge verkrümelt hätten. Jeder Konsumverein ist so zugleich ein Sparverein. Eine seltsame Zumutung an die Gesetzgebung, eine Spareinrichtung für kleine Leute mit Sondersteuern zu verfolgen.

Soviel ist den Zünftlern allerdings gelungen, daß die Gesetzgebung heute schon die gemachte Ersparnis der Konsumenten behandelt wie den Erwerbsgewinn eines Unternehmers! Man tut das, obschon es offensichtlich ungerecht ist, was folgende zwei Erwägungen lehren. Erstens: Wenn ein großer bürgerlicher Haushalt seine Waren nicht im Detail bezieht, sondern im großen eindeckt, so macht er die gleiche Ersparnis — er müßte also ebenso besteuert werden. Zweitens: Die Privathändler geben in unlauterem Wettbewerb mit den Konsumvereinen Rabattmarken aus, die an Stelle der Rückvergütung stehen — die Rabattbeträge müßten aus dem gleichen Rechtsgrund in die Erwerbsbesteuerung eingerechnet werden. Beides geschieht nicht, also ist die Erwerbsteuer, welche die Rückvergütung trifft, eine schikanöse Ausnahmsbesteuerung des organisierten Konsums.

Nichtsdestoweniger haben sich die Konsumvereine im allgemeinen mit dem Unrecht vorläufig abgefunden, da es nun einmal zurzeit nicht zu ändern ist, solange der Zünftlergeist unsere Volksvertretung beherrscht. Zuweilen versucht trotzdem ein Verein auf eigene Faust, ob der Vernunft nicht eine Bresche gebahnt werden könnte, und führt den Rechtsstreit durch. Unterliegt er dann, so jubelt die Zünftlerpresse wie in dem folgenden, von der „Deutschösterreichischen Gewerbekorrespondenz" mitgeteilten Falle:

Der Verwaltungsgerichtshof hatte unlängst auf Grund einer Beschwerde eines Konsumvereines die Entscheidung gefällt, daß die Rückvergütungen, welche Konsumvereine ihren Mitgliedern für die bei ihnen gekauften Waren gewähren, als Reingewinn anzusehen und daher in die Besteuerungsgrundlage für die Bemessung der Erwerbsteuer nach dem zweiten Hauptstück einzubeziehen sind. Als Beschwerdeführer trat der Konsumverein der Bergarbeiter zu Wolfsegg gegen die Finanzlandesdirektion in Linz wegen Vorschreibung der Erwerbsteuer auf. — Der genannte Konsumverein verkauft Waren sowohl an Mitglieder als auch an Nichtmitglieder; zum Einkaufspreis an die Mitglieder, zu erhöhten Preisen an Nichtmitglieder. Die Verrechnung an die Mitglieder geschieht in der Art, daß die eingekauften Waren in ein Büchel eingetragen und den Mitgliedern sieben Prozent von der Gesamtsumme gutgeschrieben und bei Jahresschluß ausbezahlt werden. Dieser Vorgang hat den Zweck, um die nicht im vorhinein bestimmbaren Preisermäßigungen zu fixieren, und den, um die Konsummitglieder zum Sparsinn zu erziehen, indem sie sich auf diese Art zum Jahresschluß im Besitz eines größeren Betrages sehen. Dieser Vorgang wurde bis zum vorigen Jahre — obzwar er der Steuerbehörde bekannt war — nicht beanstandet; im vorigen Jahre erklärte die Steuerbehörde, und zwar im Instanzenzug der Finanzlandesdirektion Linz, daß diese sogenannten „Warenbonifikationen" den bilanzmäßigen Ueberschüssen der betreffenden Jahresbilanz hinzuzurechnen und somit bei der Erwerbsteuerbemessung in Betracht zu ziehen seien. Die Steuerbemessung erstreckte sich rückwirkend auf mehrere Jahre! Gegen diese Anschauung richtete sich die vertretene Beschwerde, in der geltend gemacht wurde, daß hier von einem bilanzmäßigen Ueberschuß keine Rede sei, auf die Vergütung habe das Mitglied in jedem Falle ein statutenmäßiges klagbares Recht, und zwar auch dann, wenn ein Reingewinn überhaupt nicht erzielt werde. Der Regierungsvertreter erwiderte, es handle sich hier um einen Reingewinn der „Unternehmung", denn die Art und die Zeit der Ausbezahlung an die Mitglieder auf Grund der Vereinbarungen kommen für die rechtliche Qualifikation überhaupt nicht in Betracht, sondern es handle sich lediglich um die Tatsache, daß dieser den Mitgliedern ausbezahlte Ueberschuß einen Teil des Reingewinnes bilde.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde des Konsumvereines als unbegründet abgewiesen, weil die Rückvergütungen, die den Mitgliedern einer Genossenschaft nach Maßgabe des Geschäftsstandes zuerkannt werden, nicht abzugsfähig sind.

In diesem Falle tritt das Unangemessene solcher Besteuerung ganz kraß zu Tage, weil den Mitgliedern ein klagbarer Anspruch auf die Rückvergütung eingeräumt ist, der Verein also gar nicht in den rechtlichen Besitz des Uebererlöses kommt; der Verein wird besteuert für etwas, was ihm juristisch gar nicht zugeflossen ist! Das mag wohl der Grund sein, warum die Steuerbehörde bisher nicht zugegriffen hatte.

Neue Freie Presse
15./X. 1915

23

Die Industrie im Dienste der Kriegführung in Oesterreich.

Daß unsere Industrie und manches Gewerbe den durch die Kriegführung an sie gestellten Anforderungen in glänzender Weise ensprechen und quantitativ und qualitativ mehr leisten, als man vielleicht erwartete, ist eine allbekannte Tatsache und bildet einen hervorstechenden Charakterzug unserer Zeit. Das Direktorium des Technischen Museums für Industrie und Gewerbe in Wien, dessen innere Ausgestaltung rüstig fortschreitet, hat den Beschluß gefaßt, in den einzelnen Gruppen des Museums kriegstechnische Darstellungen zwecks Veranschaulichung der technischen Großtaten zu schaffen. Diese Aufgabe würde einem militärtechnischen Sonderausschuß obliegen, den selbstverständlich nur der Kriegsminister einsetzen und fördern kann. Auf Grund eines vom Direktorium des Museums gefaßten Beschlusses begab sich eine Deputation, bestehend aus dem Großindustriellen Hugo v. Root und dem Vorsitzenden des Direktoriums Geheimen Rat Dr. Wilhelm Exner, zum Kriegsminister, um ihm dieses Projekt vorzutragen und um dessen Genehmigung und eventuelle nachhaltige Förderung zu bitten. Der Kriegsminister empfing die Deputation am 7. d., folgte mit Interesse den Ausführungen des Sprechers der Deputation Hugo v. Root und sagte schließlich unter prinzipieller Billigung dieses Planes zu, daß er die geeigneten Verfügungen treffen werde, um ihn der Realisierung zuzuführen. Dadurch wird das Technische Museum in seinem vollen Aufbau, der Zeitgeschichte Rechnung tragend, die Lücken verschmerzen können, die in den bisherigen Zusagen von Beiträgen durch den Krieg entstanden sind.

Fremdenblatt

16./X. 1915

Gewerbevertreter beim Ministerpräsidenten.

In einer Aussprache in wirtschaftspolitischen Fragen fanden sich gestern als Vertreter zentraler gewerblicher Verbände die Herren Joh. Alfr. Breuer, Martin Georg Giugno, Anton Krebs, Bernhard Ludwig, Leopold Lustig und Josef Stary beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ein.

Nach eingehender mündlicher neuerlicher Darlegung, in welcher ebensowohl das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn, wie jenes zu den Auslandsstaaten erörtert wurde, übergab zunächst der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Oesterreichs Herr Bernhard Ludwig dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift dieses Verbandes. Ebensolche Eingaben wurden dem Ministerpräsidenten namens des deutsch-österreichischen Gewerbebundes und des Reichshandwerkerrates überreicht. An die Erläuterung der geäußerten Wünsche schloß sich eine angeregte Diskussion, an der sich der Obmann des Wiener Gewerbegenossenschaftsverbandes Herr Josef Stary und die übrigen Vertreter der Gewerbeverbände lebhaft beteiligten.

Der Ministerpräsident, der auf das Vorgebrachte in längerer Rede reflektierte, informierte die erschienenen Herren unter Hinweis auf seine erst vor wenigen Tagen einer anderen wirtschaftspolitischen Abordnung gegenüber abgegebenen Erklärungen über den derzeitigen Stand und die voraussichtliche weitere formale Behandlung der berührten Fragen, mit deren intensivem vorbereitenden Studium die Regierung befaßt sei. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, die der Ministerpräsident mit der Versicherung schloß, dafür eintreten zu wollen, daß dem Wunsche der vertretenen Verbände nach Anhörung ihrer Meinung in den bezeichneten Wirtschaftsfragen, vorbehaltlich der hiefür zu ermittelnden Form, im geeigneten Zeitpunkte Rechnung getragen werde. Den übergebenen Denkschriften der Verbände sicherte er aufmerksame Prüfung und sorgfältige Würdigung zu.

Fremdenblatt
18./IX. 1915

25

Lebensmittelfürsorge für die Festbesoldeten des Staates.

Wir erhalten folgenden Aufruf: Die gefertigten deutschen Vereine der staatlich Festbesoldeten in Böhmen beabsichtigen in nächster Zeit die Gründung eines deutschen Lebensmittelmagazines für Böhmen mit dem Sitze in Prag und Zweigniederlassungen in deutschböhmischen Städten.

Der zu gründenden Ein- und Verkaufsgenossenschaft m. b. H. können mit dem Anteilbetrage von 10 Kronen beitreten: Alle Mitglieder des „Vereines der deutschen Staatsbeamten in Böhmen", des „Vereines der deutschen Staatsangestellten in Böhmen", des „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenvereines", des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner" sowie alle aktiven und im Ruhestande befindlichen k. k. Staatsbeamten, Staatslehrpersonen, k. k. Staatsbediensteten (Unterbeamte und Diener), k. k. Staatsbeamte, Staatsbahnunterbeamte und Diener, soferne sie dem deutschen Volksstamme in Oesterreich entstammen.

Die Gründung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft wird unter Unterstützung der k. k. Regierung erfolgen.

Provisorische Beitrittserklärungen, bezw. die Anteilsbetrage sind an den „Verein der deutschen Staatsbeamten in Böhmen", Prag, 2. Bez., Stephansgasse 40, sowie an den „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenverein, Sekretariat für die Sudetenländer", Prag, 2. Bez., Stephansgasse 40, zu richten.

Mit treudeutschem Gruße

Verein der deutschen Staatsbeamten in Böhmen, Verein der deutschen Staatsangestellten in Böhmen, Deutsch-österreichischer Eisenbahnbeamtenverein (Sekretariat für die Sudetenländer, Prag), Reichsbund deutscher Eisenbahner Oesterreichs.

Im Auftrage des vorbereitenden Komitees: Adolf Bilek.

Vossische Zeitung
18/V. 1915

18
26

Die Sorgen des Einzelhandels.

Der vom Hansabund eingesetzte Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des Deutschen Einzelhandels hielt heute (Montag) im Sitzungssaal des Hansabundes eine stark besuchte Tagung ab. Der Vorsitzende des Ausschusses, Eisenführ, beschäftigte sich in einleitenden Worten mit den Angriffen, die man gegen den Handel in der Oeffentlichkeit erhoben habe.

Abgesehen von Einzelerscheinungen gewisser Geschäftemacher habe der Handel sich von einer Uebervorteilung durchaus ferngehalten. Die öffentliche Meinung sei aber dennoch dem Handel nicht günstig gestimmt und darauf seien auch die Maßnahmen von Behörden zurückzuführen, die dem großen Publikum den Eindruck noch verstärken mußten, daß der Handel schuld an den Mißständen sei. In Wirklichkeit liege die Ursache dafür auf einem ganz anderen Gebiet. Die Aufgabe des Ausschusses sei nun, nachzuweisen, daß dem redlich vorwärts strebenden Handel eine Schuld nicht treffe. Der Ehrenschild des deutschen Kaufmanns ist fleckenlos und rein. Nachdrücklich verurteilt auch der Kaufmannsstand alle Verfehlungen Einzelner, die darauf ausgegangen sind, in wucherischer Weise Nutzen aus der Notlage der Zeit zu ziehen. Wir verlangen aber, daß diese unsere Haltung anerkannt wird und als selbstverständlich geachtet wird und daß man gegen uns nicht ungerechte Vorwürfe erhebt Wir fassen unsere Bestrebungen zusammen in dem Ruf nach Gerechtigkeit. Neben diesen Aufgaben hielt der Ausschuß es auch für seine vornehmste Aufgabe, daran mitzuwirken, daß die unheilvollen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, geheilt werden und er hat deshalb die Fürsorge für die kriegsbeschädigten Angestellten an die Spitze seiner diesmaligen Beratungen gestellt.

Der Geschäftsführer Zeiplin hob hervor, daß der Ausschuß in den Fragen der Lebensmittelteuerung, der Beschlagnahme und der Ausschaltung des Handels bei Kriegslieferungen nach Kräften bei den in Frage kommenden Ministerien und Behörden für die Interessen des Handels eingetreten sei. Leider sei man vielfach auf eine dem Handel zum mindesten gleichgültige, häufig aber auch feindliche Stimmung gestoßen. Es habe sich daher beim Hansabund ein neuer Großhandelsausschuß gebildet, der gemeinschaftlich mit dem Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des Einzelhandels alle Fragen wahrnehmen soll, bei denen es sich um gemeinsame Standesinteressen, häufig auch um die Standesehre des Handelsstandes handele. Erfolge hat der Ausschuß bei der Preisprüfungsstelle gehabt, wo es ihm gelang, nachträglich noch als seinen Vertreter Professor Dr. Leidig hineinzubringen. Bei der Frage der Beschlagnahme gelang es ebenfalls, einiges zu erreichen. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß unter dem Zeichen des Burgfriedens die Grundlage geschaffen werden möchte für einen engeren Zusammenschluß und für ein besseres Verständnis zwischen den Interessen des Einzelhandels und der Konsumenten.

Als erster Redner behandelte Regierungsrat Prof. Dr. Leidig die Frage der Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Detailgeschäften. Es handelt sich um das wichtige Problem, wie in verhältnismäßig kurzer Zeit die Millionen der heimkehrenden Krieger wieder in das Wirtschaftsleben hineingeführt werden können, ohne daß wirtschaftliche Störungen hervorgerufen und ohne daß der Einzelne unter Nachteilen zu leiden haben werde. Diese gewaltige Aufgabe kann nur durch ein Zusammenarbeiten aller Berufsstände und mit Hilfe des deutschen Organisationstalentes gelöst werden.

Es komme in Frage, zu prüfen, ob das Geschäft, das vielfach unter dem Kriege schwer gelitten haben werde, auf gesunden Grundlagen aufgebaut sei. Bei zahlreichen anderen Kriegsteilnehmern sei aber die Notwendigkeit eingetreten, das Geschäft zu schließen. Hier handele es sich um den Wiederaufbau der Existenz. In beiden Fällen werde die Oeffentlichkeit helfen müssen. Leidig legte der Versammlung folgende Entschließung vor:

> Für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Kleinhandelsgeschäften wird in zahlreichen Fällen eine Fürsorge notwendig oder doch zweckmäßig sein. Die Fürsorge wird sich auf die Berufsberatung, in geeigneten Fällen auch auf Gewährung von billigem und bequemem Kredit zu erstrecken haben. Die Mithilfe der Gemeinden und des Staates wird erforderlich sein. In erster Linie ist diese Fürsorge aber eine vornehme Aufgabe der freien und gesetzlichen Organisationen des Handels. Als gesetzgeberische Fürsorgemaßnahme kann erwogen werden, während der Uebergangszeit nach dem Kriege die Neuerrichtung von Einzelhandelsgeschäften von der Bejahung des Bedürfnisses abhängig zu machen.

An diese Frage knüpfte sich eine längere Besprechung. — Schmerfahl-Hamburg pflichtet Prof. Leidig darin bei, daß der Staat eingreifen müsse. Wenn der Kriegsteilnehmer sein Geschäft wiedereröffnen wolle, dann werde an ihn sofort die Frage nach flüssigen Geldmitteln herantreten, in erster Reihe die Frage der Mietezahlung. Auch darin habe Prof. Leidig recht, daß eine Gefahr der Ueberfüllung des Berufs zu befürchten sei. Von den bisher befragten Kriegsbeschädigten haben 90 Prozent geäußert, daß sie Beamte werden möchten, um lebenslänglich versorgt zu sein; die übrigen wollten Kaufleute werden. Die Aufmerksamkeit müsse auch auf die Konsumentenkonkurrenz gelenkt werden, die darauf hinziele den Zwischenhandel auszuschalten. So habe sich ein Frauenbund für Konsumenteninteressen gebildet, der dieses Ziel verfolge. — Auch andere Redner äußerten sich ähnlich.

Vossische Zeitung
19/X. 1915

27

Sorgen des Einzelhandels.

Der vom Hansabund eingesetzte Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Einzelhandels beendete gestern seine Tagung.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung über Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Detailgeschäften entstand eine lebhafte Auseinandersetzung darüber, ob für eine Uebergangsfrist eine Beschränkung der Gewerbefreiheit durch Berücksichtigung der Bedürfnisfrage anzustreben sei.

Im Anschluß daran wurde die schon erwähnte Entschließung von Professor Leidig mit Aenderungen angenommen. U. a. heißt es jetzt:

„Die materielle Hilfe der Gemeinden und des Staates, sowie von Industrie und Großhandel ist erforderlich." Ferner wurde noch die Forderung eines Kriegsurlaubs für selbständige Detaillisten eingeschaltet. Dagegen wurde an Stelle des letzten Absatzes, der die Einführung der Bedürfnisfrage anregt, in der Besprechung gesagt, daß für die übrigen in der Besprechung angeregten Punkte, nämlich über den erleichterten Lieferantenkredit, dann auch besonders über die Frage der Gewerbeberatungsbeamten und über die Bekämpfung der Mißstände durch Eröffnung wilder Detailhandlungen während der Kriegszeit namentlich in den durch den Krieg beschädigten Provinzen zum Nachteil der Kriegsteilnehmer, ein Ausschuß eingesetzt werde.

Darauf sprach Kaufmann Heinrich Grünfeld, Vorsitzender des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte, über „Fürsorge für die kriegsbeschädigten Angestellten aus Detailgeschäften": In eingehenden Ausführungen gab er ein Bild von den bisher getroffenen Maßnahmen und kam zu dem Schluß, daß der deutsche Einzelhandel in voller Würdigung der Pflichten seines Berufs und im Interesse seiner Angestellten bereitwilligst zu seinem Teil bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeiten will. Der Redner stellte eine Reihe von Grundsätzen auf, deren Berücksichtigung er von den Berufsvereinigungen und den einzelnen Firmen erwarte. In der Aussprache gab Reichstagsabg. Stresemann seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das Publikum in erster Reihe erzogen werden müsse, den mit dem Kriegsehrenzeichen geschmückten Kriegsbeschädigten, die als Verkäufer tätig seien, alle nötige Rücksicht entgegenzubringen. Man müßte die Damen auch der höheren Gesellschaftsschichten schon jetzt darauf hinweisen, daß sie mit dieser Rücksichtnahme eine Ehrenpflicht erfüllen. (Lebh. Zustimmung.) Man solle sich von vornherein dem Publikum nicht zu sehr beugen.

Sälzer-Hannover sprach über die Beteiligung des Detailhandels an Heereslieferungen. Er legte dar, daß der vom Kriegsministerium bisher eingenommene Standpunkt, wonach der Detailhandel grundsätzlich von der Beteiligung an Heereslieferungen auszuschließen sei, in den beteiligten Kreisen berechtigten Widerspruch erregt habe.

An den Vortrag knüpfte sich eine sehr eingehende Aussprache, in der von den verschiedensten Seiten über die Ausschaltung des legitimen Handels lebhafte Klage geführt wurde, während man anderseits die parasitären Erscheinungen, die die Heeresaufträge an sich zu reißen suchten, entschieden verurteilte.

Ueber den Lebensmittelhandel in seiner Bedeutung und Wirkung sprach Kaufmann Riel-Berlin, der Vorsitzende des Vereins der Berliner Kolonialwarenhändler. Es sei falsch, anzunehmen, daß der Handel die Preise diktiere, er registriere sie nur. Der Vortragende besprach eingehend, mit welchem Risiko der Lebensmittelhandel verknüpft sei, wies darauf hin, daß eine gesunde Spekulation zum Wesen des Handels gehört, bestritt aber die Berechtigung der in steigendem Maße gegen den Lebensmittelhandel erhobenen Vorwürfe, er treibe Wucher.

Zum Schluß beschäftigte sich die Tagung mit der „Beschlagnahme von Rohstoffen und Fertigfabrikaten". Auch hier wurde Stellung genommen gegen die dem Detailhandel gemachten Vorwürfe.

Fremdenblatt
23./X. 1915

28

* (Der „Christkindlmarkt".) Die abnormen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse hätten beinahe heuer das Zustandekommen des seit 1772 bestehenden Nikolo- und Weihnachtsmarktes Am Hof gefährdet. Die Kosten der Aufstellung der Verkaufsbuden, die hohen Holzpreise, die erhöhten Lohnforderungen und der Mangel an Arbeitern und Fuhrwerk haben das Zustandekommen des Marktes in Frage gestellt. Bei der vorgestrigen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins der märktebesuchenden Kaufleute wurde beschlossen, für diesmal erhöhte Baukosten zuzugestehen, so daß die Abhaltung des Marktes wieder gesichert ist. Auch das Anbringen von 3000 Reklamestreifen in den Wagen der elektrischen Straßenbahn wurde wie alljährlich beschlossen. Die Aufstellung der Buden beginnt heuer wegen Mangels an Arbeitern bereits am 24. d., also eine Woche früher als sonst.

Fremdenblatt
23./I. 1915

I

29

Die Gewerbe-Inspektion im Jahre 1914.

Der Zentral-Gewerbeinspektor hat nunmehr den Bericht über die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren im Jahre 1914 erstattet. Neben den regelmäßigen Dienstesobliegenheiten sind dem Gewerbe-Inspektionsdienste infolge der Kriegsverhältnisse neue, mit umfangreichen Arbeiten verbundene Aufgaben erwachsen. Die Gewerbeinspektoren waren bemüht, trotz des durch militärische Einberufungen um nahezu ein Viertel verminderten Personalstandes und der mitunter schwierigen Verkehrsverhältnisse auch diesen im besonderen Interesse der Heeresverwaltung gelegenen, an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Insgesamt wurden 30.187 (1913: 38.276) Betriebe besucht. Von den im ganzen Inspektionsbereiche bestehenden 16.232 fabriksmäßigen Anlagen sind 9728 (12.029) einer Inspektion unterzogen worden. Der neuerliche starke Rückgang in der Zahl der Arbeiterkonflikte steht sicher auch mit den Kriegsverhältnissen in ursächlichem Zusammenhange. Im Berichtsjahre wurden nur 204 (332) Streiks, 17 (20) Aussperrungen und 50 (48) noch vor dem eigentlichen Ausbruche beigelegte Arbeitskonflikte angemeldet.

Die wirtschaftliche Depression, die sich im Jahre 1913 in verschärfter Form fühlbar gemacht hatte, hielt zum Teil auch in der ersten Hälfte des Jahres 1914 an. Wiewohl viele Gewerbeinspektoren darin übereinstimmen, daß infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die industrielle und gewerbliche Bautätigkeit auch vor Kriegsausbruch eine beschränkte war, so zeigen Vergleiche, daß in der ersten, normalen Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahre sich doch bereits eine Besserung geltend machte. Die Gewerbeinspektoren von Zara und Teschen weisen übrigens ausdrücklich darauf hin und berichten, daß vor Eintritt der Kriegsereignisse eine ziemlich rege Baulust hinsichtlich gewerblicher Anlagen bemerkbar war. Dem gegenüber heben die Berichterstatter von Laibach, Reichenberg, Budweis und Kremsier als besonders auffällig hervor, daß in diesen Aufsichtsbezirken während des ganzen Berichtsjahres überhaupt keine größeren gewerblichen Neuanlagen geschaffen, bezw. in Betrieb genommen wurden.

Der Ausbruch des Kriegs hatte allerorts eine gänzliche Unterbindung des Unternehmungsgeistes zur Folge, so daß, wie die Gewerbeinspektoren von Wien V, Wiener-Neustadt, Salzburg, Zara, Trient, Prag II, Reichenberg, Tetschen, Teplitz, Karlsbad, Pardubitz, Olmütz, Troppau und Teschen besonders bemerken, von einer nennenswerten Gründungstätigkeit im zweiten Halbjahre der Berichtsperiode überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die industrielle Bautätigkeit erstreckte sich in diesem Zeitraume fast ausschließlich auf Zu- und Umbauten, deren ein nicht unwesentlicher Teil durch die Betrauung einer Reihe von Unternehmungen mit umfangreichen Heereslieferungen notwendig geworden sein dürfte.

Aber nicht bloß nach der vorstehend angedeuteten Richtung hin wirkte der Kriegsausbruch hemmend, sondern sein Einfluß ging mehrfach sogar so weit, daß bereits in Ausführung begriffene industrielle Bauten mit Eintritt des Kriegszustandes eingestellt wurden, bezw. im Laufe des Jahres nicht mehr fertiggestellt werden konnten.

Das treffendste Bild über die industrielle Bautätigkeit während des Berichtsjahres geben übrigens die nachstehenden Zahlen und deren Vergleich mit den korrespondierenden des Vorjahres. Neu errichtet, bezw. in Betrieb gesetzt wurden in der Berichtsperiode 523 größere Betriebsanlagen, bezw. Fabriken gegen 670 im Vorjahre. Die Zahl der im gleichen Zeitabschnitte erweiterten Betriebe beträgt 391 gegenüber 560 im Jahre 1913. Die betreffenden Zahlen des Berichtsjahres bleiben also hinter den zugehörigen des Vorjahres in dem einen Falle um 147, im anderen um 169 zurück. Diese Tatsache ist umsomehr als ein Beweis für das durch die Kriegsereignisse erfolgte Zurückgehen der Unternehmungslust zu werten, als der weitaus größte Teil der Neugründungen und Erweiterungen in der ersten Hälfte des Berichtsjahres erfolgt ist. Es ist daher der Schluß nicht von der Hand zu weisen, daß bei einem normalen Verlaufe des ganzen Berichtsjahres die Zahl der Neuanlagen und Erweiterungen die zugehörige Zahl des Vorjahres nicht unwesentlich überstiegen hätte.

Die Gesamtzahl der in 30.137 besuchten Betrieben angetroffenen Arbeiter betrug 1,038.540. Betrachtet man die Aufteilung dieser Arbeiter nach Geschlechts- und Alterskategorien, so zeigt sich, daß die Verwendung Jugendlicher zurückgegangen ist und die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte zugenommen hat. Diese letztere Erscheinung war allgemein, ganz besonders aber in den textilindustriellen Aufsichtsgebieten, so in Trautenau und Reichenberg, wahrnehmbar. Diese Steigerung der Frauenarbeit vollzog sich nicht nur auf dem bisher hauptsächlich weiblichen Hilfspersonen vorbehaltenen Arbeitsgebieten, sondern es war wiederholt auch nötig, für sonst nur von Männern verrichtete Arbeiten Frauen heranzuziehen, so auch bei den Erdarbeiten der Wasserstraßenbauten. Der Rückgang in der Verwendung Jugendlicher mag darin seine Begründung finden, daß namentlich im ersten Halbjahre wegen des schlechten Geschäftsganges allerorten, insbesonders aber in der für die Arbeit der Jugendlichen besonders maßgebenden Textilindustrie (A. B. Reichenberg und Trautenau) auf die mehr einer Aushilfe gleich kommenden Mitarbeit dieser Arbeiter in weiterem Maße als sonst verzichtet werden konnte.

Fremdenblatt
23./X. 1915

I
30

Die Gewerbe-Inspektionen im Jahre 1914

Auch jene Industrien, die sich in den ersten sieben Monaten des Jahres einer günstigen Konjunktur und eines sich stetig steigernden Beschäftigungsgrades erfreuten, hatten unter dem jähen Ausbruch des Krieges zuerst schwer zu leiden. Das plötzliche Aufhören fast des gesamten Exportes, die Stornierung von Aufträgen, insbesondere aus dem feindlichen Auslande, die Ausfuhrverbote für verschiedene Waren und Halbfabrikate, die Einstellung des Güterverkehres und die damit in Verbindung stehende Unmöglichkeit der Beschaffung von Kohle und Rohstoffen sowie des Abtransportes der erzeugten Waren, die Einberufung von Unternehmern, Beamten, Betriebsleitern, Werkführern, qualifizierten Arbeitspersonen und Hilfsarbeitern zur militärischen Dienstleistung, die Einbeziehung von Pferden, Fuhrwerken und Autos für militärische Zwecke, die Schwierigkeit der Geldbeschaffung und die Wirkungen des Moratoriums mußten selbstverständlich das gesamte industrielle und gewerbliche Erwerbsleben für die erste Zeit in schwerster Weise beeinflußen. Von einer auffallenderen und länger andauernden Arbeitslosigkeit kann aber im allgemeinen nicht die Rede sein. In einer Reihe von Gebieten fanden die in der Industrie brotlos gewordenen Arbeiter während der Dauer der Krise in der Landwirtschaft und in Bergbaubetrieben lohnende Beschäftigung, in welchen Wirtschaftsgebieten infolge der zahlreichen militärischen Einberufungen ein Mangel an Arbeitskräften herrschte. Wie die Berichterstatter von Wien und Budweis besonders bemerken, wurde von den Unternehmern insbesondere größerer Betriebe selbst unter großen Opfern alles daran gesetzt, um ihre Fabriken in Gang zu halten und solcherart ihren Arbeitern wenigstens eine beschränkte Verdienstmöglichkeit zu bieten. In weit höherem Maße machte sich die Arbeitslosigkeit in Vorarlberg geltend. Dortselbst ist aber — wie weiter unten des näheren ausgeführt wird — diese betrübende Erscheinung darauf zurückzuführen, daß ein ganzer Industriezweig, der die Haupteinkommensquelle der Bevölkerung bildet, notleidend wurde. Eine schwer fühlbare Arbeitslosigkeit machte sich ferner noch in einzelnen böhmischen Glaszentren bemerkbar.

Aber schon einige Wochen nach Kriegsausbruch trat auf fast allen Gebieten der Industrie eine wesentliche Aenderung zum Besseren ein. Gab schon die Wiedereröffnung des Güterverkehres auf den Eisenbahnen sowie bei den Binnenschiffahrtsunternehmungen und zum Teil auch bei der Küstenschiffahrt einer ganzen Reihe von gewerblichen Betrieben die Aktionsfähigkeit wieder, so trat eine entschiedene Besserung infolge der Vergebung von umfangreichen direkten und indirekten Heereslieferungen ein. Und speziell gelegentlich der Vergebung dieser Lieferungen offenbarte die Industrie insofern ein hohes Maß von Anpassungsfähigkeit, als es, wie die Gewerbeinspektoren von Wien, Wiener-Neustadt, Triest, Zara, Teplitz, Pilsen, Mährisch-Ostrau, Troppau und Teschen berichten, einer großen Zahl von Betrieben, die infolge der Kriegsereignisse notleidend geworden wären, in kürzester Zeit gelang, durch Neuanschaffung von Maschinen und Betriebseinrichtungen sowie durch Aenderung des Betriebsverfahrens Arbeiten zur Deckung des Heeresbedarfes übernehmen zu können und solcherart ihrer Arbeiterschaft eine lohnende Beschäftigung zu bieten. Manche Industriezweige waren in einem solchen Maße mit Aufträgen für das Heer versorgt, daß sie nicht nur den Arbeiterstand über das Normale hinaus erhöhen, sondern auch in 2 Schichten, bezw. mit Ueberstunden arbeiten mußten. Die Folge dieser intensiven Inanspruchnahme eines großen Teiles von Industrie und Gewerbe war ein mehrfach recht empfindlich fühlbarer Mangel insbesondere an qualifizierten Arbeitern.

Eine weitere Besserung der Arbeitsgelegenheit ergab sich im Herbste durch die Eröffnung vieler Kampagnebetriebe der Nahrungsmittelindustrie, insbesondere von Zuckerfabriken.

Frankfurter Zeitung
1/XI. 1915

Frankfurt, 1. November.

In dem bulgarischen Hafen Vidin ist ein ungarischer Dampfer eingetroffen — die Donau ist wieder frei! Das ist eine Meldung von Inhalt und Bedeutung, die all unsere Feinde aufhorchen machen wird. Der Verkehr zwischen den Mittelmächten und ihrem tapferen Bundesgenossen ist dadurch gesichert, ebenso der militärische wie der wirtschaftliche. So kommt die Einfahrt des Dampfers in Vidin an symbolischer Kraft jener Begegnung mit der bulgarischen Offizierspatrouille gleich, die die erste Verbindung zwischen den verbündeten Heeren auf serbischem Boden herstellte. Wie jene nur der Vorbote der festgeschlossenen und unüberwindlichen Phalanx war, so ist die Ankunft des ersten Dampfers die Verkündigung dauernder, gegenseitig erwünschter, durch keine fremde Macht mehr gestörter wirtschaftlicher Beziehungen. Bulgarien hat sein erstes Kriegsziel, das in der Denkschrift klar bezeichnet worden ist, mit der es sich vor Kriegsbeginn an sein Volk wendete, heute schon erreicht. Die Aushungerungspolitiker, die Mitteleuropa durch Abschneidung von jedem Verkehr niederzuringen hoffen, haben eine neue, schwere Niederlage erfahren; unsere tapferen Truppen haben uns in der Donau eine Wasserstraße zurückgegeben, deren verkehrspolitische Bedeutung durch die in Europa sich vollziehenden Veränderungen noch gewaltig ansteigen muß.

Seit Kriegsbeginn war diese Straße gesperrt. Sind unsere Feinde objektiven Erwägungen zugänglich, so können sie aus dieser Tatsache mancherlei entnehmen, was für sie wenig erfreulich ist. Denn wir konnten sie ohne Not so lange gesperrt lassen. Es war nicht nötig, sie gewaltsam zu öffnen und zu diesem Zwecke eine besondere, wenn auch unzeitgemäße Offensive gegen Serbien zu beginnen. Es war nicht nötig, weder für die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn, noch für die Versorgung der Türkei mit Kriegsmaterial. Die Türkei, die in diesem Kriege so Außerordentliches geleistet hat, sie brachte auch das Erstaunlichste fertig, indem sie für die harten und anspruchsvollen Dardanellenkämpfe die erforderliche Munition in ausreichendem Maße selbst herstellte. In der Tat eine bewundernswerte Kraft! Das schließt natürlich nicht aus — und ihre Feinde haben damit zu rechnen! — daß sich nunmehr die Versorgung der Türkei noch reichhaltiger und vielseitiger gestalten wird. Aehnlich verhält es sich mit dem Nahrungsmittelbedarf der Zentralmächte. Für uns ist die Eröffnung des Donauweges auch heute keine absolute Notwendigkeit, aber eine große Annehmlichkeit und eine Tatsache von moralischem Gewicht. Wir gehen in den zweiten Kriegswinter nicht mit Quantitätssorgen für unsere Volksernährung, aber wir werden mit Freuden eine Preisregelung durch eine erleichterte Zufuhr begrüßen. In Bezug auf die Mengen sind wir, was die notwendigen Lebensmittel betrifft, zum mindesten nicht schlechter gestellt als im Vorjahr. Wir verfügen über eine reiche Kartoffelernte und ebenso ist die Menge des eingebrachten Getreides durchaus beruhigend. Wir haben im Vorjahr sparsam gewirtschaftet und sind in das neue Verbrauchsjahr mit erfreulichen Vorräten eingetreten. Dazu kommt die recht bedeutende Vergrößerung unserer Ernteflächen im Osten und Westen auf vorsorglich bestelltem okkupiertem Gebiete. Auch unser Schweinebestand ist nach der neuesten Zählung im Aufstieg. Reichen also würden wir auch unter den schwierigsten Verhältnissen, aber die Preis-Entwicklung ist nicht mit der Sorgfalt geregelt worden, die wir gewünscht hätten. Hier nun wird sich die Donau-Eröffnung als segensreich erweisen können, vor allen Dingen dann, wenn die zuständigen Stellen von Anfang an scharfes Augenmerk auf die Preise werfen, wenn sie aus den wilden Spekulationen, wie sie z. B. im Vorjahr in Rumänien sich abspielten, rechtzeitig die richtigen Lehren ziehen. Der Weg nach Bulgarien und der Türkei, über die Türkei aber auch nach Vorderasien ist uns wieder offen. Damit ist die Einfuhr einer Fülle verschiedenartiger Waren wieder möglich, nicht nur von Nahrungsmitteln, sondern auch von Bedarfsartikeln.

Es versteht sich von selbst, daß wir bei unseren Einkäufen unsere Bundesgenossen in allererster Linie berücksichtigen. Von allen Balkanstaaten hat Bulgarien diese Verhältnisse am ersten erfaßt. Seine Vorräte sind bedeutend. Es verfügt über reiche Ernten und über eine bedeutende Viehzucht, auf deren Ausfuhr sein jetziger Wohlstand und dessen ungehemmte Weiterentwicklung beruht. Es hat 1911 an lebenden Tieren für 8,3 Millionen Lëi, an tierischen Nahrungsmitteln für 18,1 Millionen, an Getreide und Mehl für 129,4 Millionen, an Häuten für 3,6 Millionen und an Rohstoffen für Textilwaren für nahezu 7 Millionen Lëi ausgeführt. An Eiern, die uns heute besonders erwünscht sind, erhielten wir in dem genannten Jahre aus Bulgarien allein für 13,6 Millionen. Auch die Butterausfuhr Bulgariens ist nicht unbedeutend und läßt sich bei dem starken Viehbestand sicher steigern. Ebenso stellt sich die Ausfuhr der Türkei an Rohstoffen auf 542 Millionen Piaster und an Nahrungsmitteln auf 685 Millionen. Darunter befindet sich Tabak und Olivenöl, auch gewisse Metalle, die wir zur Zeit ganz gut aufnehmen können, kommen aus beiden Ländern in Betracht, was sich heute schon im Preisstand fühlbar macht. Da nun das Mittelmeer für den Warenverkehr noch geschlossen ist, ist der Donauweg und damit der Absatz nach den Zentralmächten nicht bloß ein natürlicher Ausdruck des Bündnisverhältnisses, sondern auch der durch die äußeren Verhältnisse bedingte. Auch unsere Landwirtschaft wird diesen Verkehr mit Freuden begrüßen, da er ihr das verspricht, was sie augenblicklich am sehnlichsten wünscht, nämlich Futtermittel. Ihre Produktion wird durch die offene Donau gleichfalls erleichtert, sie wird durch sie in die Lage versetzt, reichlicher und billiger Fleisch wie Fett zu erzeugen.

Die neue Periode, in die wir damit eintreten, hat aber zugleich noch für ein weiteres, am Donauverkehr beteiligtes Land große Bedeutung. Das ist Rumänien. Dort sind die Verhältnisse ähnlich wie in Bulgarien; zwei reiche Ernten stehen zur Verfügung. Der rumänische Bauer braucht Geld und er muß fürchten, daß sein Getreide verdirbt, wenn es nicht in den Verkehr gebracht wird. Aber Rumänien ist insofern in einer anderen Lage als Bulgarien, als es sein Getreide größtenteils schon hätte verkaufen können, wenn das nicht durch ein System spitzfindiger Maßregeln seines Finanzministers vereitelt worden wäre. Herr Costinescu hat sich über die wirtschaftliche Lage der Mittelmächte gründlich getäuscht. Er war der Meinung, er könne sie für Rumänien tributpflichtig machen, wenn er nicht überhaupt im Interesse der Entente den Getreideabsatz verhindern wollte. Rumänien hat die beste Zeit für seinen Handel bereits verpaßt und wir können es ruhig seinen Landwirten überlassen, zu welchen Maßregeln sie ihre Regierung veranlassen; für uns ist das nach Oeffnung der Donau noch weniger als vorher eine entscheidende Frage. Wir brauchen eine Versorgung aus Rumänen nicht und wenn wir auch bereit sind, mit ihm wie mit jedem anderen Lande Handel zu treiben, so lehnen wir es doch ganz entschieden ab, uns irgendwelchen rigorosen Bedingungen zu unterwerfen. Wir wollen es gern unterlassen, heute noch auf die einzelnen Maßnahmen des Herrn Costinescu im einzelnen einzugehen oder die ganz unglaublichen Anforderungen zu erörtern, die den Verkehr erschweren sollten und ihn, wie die Ausfuhrzölle, noch erschweren. Es war notwendig, daß dem ein Ende bereitet worden ist. Wer mit uns Handel treiben will, der muß die Dinge in Deutschland so nehmen, wie sie sind: unsere Vorräte sind in keiner Hinsicht erschöpft und was wir brauchen, ist in der Hauptsache die Preisregelung. Anforderungen, die geeignet wären, die Preise nach oben zu beeinflussen, lehnen wir rundweg ab. Es wird also lediglich Sache Rumäniens sein, ob es geneigt ist, im Interesse seiner Landwirtschaft den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen oder nicht; wir können es abwarten!

Frankfurter Zeitung
8./XI. 1915

8
32

Die Neuorganisation des Handwerks.

Im Abendblatt unserer Nummer 265 vom 24. September haben wir auf die sehr beachtenswerten Bestrebungen aufmerksam gemacht, das Handwerk zur Uebernahme größerer insbesondere öffentlicher Aufträge durch Zusammenschluß in Lieferungsverbänden tauglich zu machen. Dieser Versuch erscheint insofern aussichtsreicher als frühere, als ihn der Ausschuß des Handwerks- und Gewerbekammertages nach eingehender Prüfung dem Handwerk eindringlich empfiehlt. Der Geschäftsführende Ausschuß des Tages veröffentlicht nunmehr in weiterem Verfolg dieser Bestrebungen, wie wir aus den „Blättern für Genossenschaftswesen" ersehen, einen Arbeitsplan für die Durchführung der Neuorganisation. Er steckt ganz richtig zwei Arbeitsgebiete ab, 1. die Organisation zur korporativen Arbeitsübernahme, 2. die Arbeits- und Auftragsbeschaffung. Als leitenden Grundsatz stellt er danach auf: die Gruppierung der Kräfte zur gemeinschaftlichen Arbeitsübernahme und auf der anderen Seite die Inanspruchnahme dieser Kräfte durch die Bereitstellung entsprechender Arbeitsmöglichkeit durch die staatlichen Beschaffungsstellen. Ziel sei, alle in Betracht kommenden Gewerbezweige einheitlich und straff zusammenzufassen. Die Handwerkskammern werden deshalb aufgefordert, sich mit den vereinbarten Richtlinien eingehend zu befassen und dadurch eine feste Grundlage für die weitere Arbeit zu schaffen.

Verfehlt wäre es, ziel- und wahllos überall Lieferungsvereinigungen zu gründen. Der Anfang soll da gemacht werden, wo bereits Anzeichen für die zur organisatorischen Zusammenfassung notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. Bereits bestehende gewerbliche Genossenschaften sollen entsprechend ausgebaut werden. Es soll mit der unteren Organisation begonnen und zu Bezirksorganisationen fortgeschritten werden. Insbesondere wird geltend gemacht, daß und warum die Lieferungsvereinigungen neben den Innungen notwendig sind. Obermeisterlage werden zur Aufklärung angeregt.

Das Handwerk muß dann durch seine Vertretung (die Kammern und den Kammertag) „alle Hebel in Bewegung setzen, um in möglichst umfangreicher Weise sich seine Beteiligung an öffentlichen Großaufträgen zu sichern". Auch zu diesem Zwecke werden die einschlägigen Gesichtspunkte dargelegt.

Die Zeit
12./XI. 1915

33

Die Forderungen der Industriellen.

Die drei zentralen industriellen Verbände, der Bund österreichischer Industrieller, der Industrielle Klub und der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs, haben sich mit einer Eingabe an die Regierung gewendet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiterschaft bei den gegenwärtigen Verhältnissen kaum in der Lage ist, sich die allernotwendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Die industriellen Unternehmungen waren bemüht, ihrer Arbeiterschaft das Durchhalten zu ermöglichen. Eine unmittelbare Fürsorge ist jedoch in den städtischen Zentren nicht möglich, und die Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen versagen, wenn die Möglichkeit, den Bedarf zu decken, nicht vorhanden ist. Die industriellen Verbände halten es daher für ihre Pflicht, im Interesse ihrer Arbeiterschaft die Regierung auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Verhältnisse aufmerksam zu machen und dringendst die Durchführung von Maßregeln zu erbitten, durch die die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel sichergestellt und deren Preise auf einen Stand zurückgeführt werden, der auch den Arbeitern das Auskommen ermöglicht.

Als das Wichtigste in dieser Hinsicht erachten die industriellen Verbände eine Vereinheitlichung der Organisation in der gesamten Versorgung sowohl mit Lebens- wie auch Futtermitteln, einer Organisation, die sich in gleicher Weise auf die behördliche Requisition der Vorräte, wie auch auf die Verteilung derselben erstrecken müßte und die mit der notwendigsten Exekutivgewalt ausgestattet wäre. Nicht durch die Festsetzung von Höchstpreisen, sondern nur durch die staatliche Beschlagnahme aller Vorräte kann eine gleichmäßige Versorgung der gesamten Bevölkerung zu auskömmlichen Preisen erreicht werden. Hierzu ist aber auch notwendig, daß die Beschaffung der erforderlichen Menge von Nahrungs- und Futtermitteln sichergestellt wird.

Die zentralen Verbände treten nachdrücklichst dafür ein, daß die Einheit auf militärischem Gebiete auch auf die Versorgung der Bevölkerung Oesterreichs und Ungarns übertragen und ein einheitlicher wirtschaftlicher Haushalt mit einer einheitlichen und gleichartigen Verteilungsorganisation geschaffen werde.

Fremdenblatt
14./XI. 1915

Zentralverband der Industriellen Oesterreichs.

Die drei zentralen industriellen Verbände, der Bund österreichischer Industrieller, der Industrielle Klub und der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs haben sich schon vor längerer Zeit mit einer Eingabe an die Regierung gewendet, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiterschaft bei den gegenwärtigen Verhältnissen nur schwer in der Lage ist, sich die allernotwendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Die industriellen Unternehmungen waren bemüht, zum Teil mit großen finanziellen Opfern, ihrer Arbeiterschaft das Durchhalten zu ermöglichen. Eine unmittelbare Fürsorge ist jedoch in den städtischen Zentren nicht möglich und die Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen versagen, wenn die Möglichkeit, den Bedarf zu decken, nicht vorhanden ist. Die industriellen Verbände halten es daher für ihre Pflicht, im Interesse ihrer Arbeiterschaft die Regierung auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Verhältnisse aufmerksam zu machen und dringendst die Durchführung von Maßregeln zu erbitten, durch welche die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel sichergestellt und deren Preise auf einen Stand zurückgeführt werden, der auch den Arbeitern das Auskommen ermöglicht.

Als das Wichtigste in dieser Hinsicht erachten die industriellen Verbände eine Vereinheitlichung der Organisation in der gesamten Versorgung sowohl mit Lebens- wie auch Futtermitteln einer Organisation, die sich in gleicher Weise auf die behördliche Requisition der Vorräte, wie auch auf die Verteilung derselben erstrecken müßte und die mit der notwendigen Exekutivgewalt ausgestattet wäre. Nicht durch die Festsetzung von Höchstpreisen, sondern durch die staatliche Beschlagnahme aller Vorräte kann eine gleichmäßige Versorgung der gesamten Bevölkerung zu auskömmlichen Preisen erreicht werden. Hiezu ist aber auch notwendig, daß die Beschaffung der erforderlichen Menge von Nahrungs- und Futtermitteln sichergestellt wird. Da die österreichischen Länder schon in normalen Zeiten gegenüber dem ungarischen Staatsgebiete ein bedeutendes Ernährungsdefizit aufweisen, und jetzt außerdem die Armee bei Beschaffung der Lebensmittel in unverhältnismäßiger Weise auf das österreichische Staatsgebiet angewiesen ist, schließlich Galizien und Bukowina nicht nur kein Getreide in die Westländer Oesterreichs senden konnten, sondern die letzteren nicht unbeträchtlich für die Ernährung der galizischen Bevölkerung in Anspruch genommen wurden, ist Oesterreich noch mehr als in Friedenszeiten auf die Versorgung aus den Ueberschüssen der ungarischen Ernte angewiesen. Ungarn hat jedoch mit der bekannten Einführung der Transportbewilligung die Ausfuhr aus Ungarn unmöglich oder zumindest von dem Ermessen der ungarischen Regierung abhängig gemacht, ja es hat nicht einmal den zugesagten Verbindlichkeiten zur Lieferung von Lebens- und Futtermitteln — es sind noch 600.000 Meterzentner Mais rückständig — Genüge geleistet. Ausfuhrverbote und Ausfuhrschwierigkeiten stehen aber mit dem Geiste der Ausgleichsgesetze im Widerspruche.

Die zentralen Verbände treten nachdrücklichst dafür ein, daß die Einheit auf militärischem Gebiete auch auf die Versorgung der Bevölkerung Oesterreichs und Ungarns übertragen und ein einheitlicher wirtschaftlicher Haushalt mit einer einheitlichen und gleichartigen Verteilungsorganisation geschaffen werde.

Die Schaffung einer zentralen Einkaufsstelle durch das k. k. Ministerium des Innern wird begrüßt und gewünscht, daß dieser Unternehmung seitens aller staatlichen Organe die erforderliche Unterstützung zuteil werde. Die zentralen Verbände erhoffen eine baldige Verwirklichung ihrer Anregungen.

Fremdenblatt 16./XI. 1915

I
35

Bund österreichischer Industrieller.

(Generalversammlung.)

Wie alljährlich, vereinigte auch die am 13. d. im Festsaale des Hauses der Industrie in Wien abgehaltene neunzehnte Generalversammlung des Bundes die Industriellen aus allen Teilen des Reiches zu einer Besprechung der aktuellen wirtschaftlichen Fragen.

Der Vorsitzende Präsident Kommerzialrat Vetter begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Vertreter des Bundes ungarischer Fabriksindustrieller, die Herren Direktionsmitglied Dr. Franz Chorin junior und Generalsekretär Reichsrats-Abgeordneten Dr. Gratz, bringt eine aus Berlin eingetroffene Begrüßungsdepesche des Deutschen Bundes der Industriellen zur Kenntnis, in welcher die Ueberzeugung zum Ausdrucke gebracht wird, daß die Zukunft den beiden Verbänden noch ein innigeres Zusammenarbeiten bringen werde als bisher, und führt fortfahrend aus:

Wenn unseren Waffen der Sieg beschieden ist, gebührt auch ein Teil des Lobes der Bevölkerung des Hinterlandes, und sicher nicht in letzter Linie der Industrie, die es verstanden hat, sich rasch und energisch dem einzigen Zweck des Krieges anzupassen, wobei das Lob nicht bloß den Unternehmern, sondern auch den Angestellten und Arbeitern der Industrie gilt, die mit voller Erkenntnis der Bedeutung ihrer Arbeit für den Kriegszweck ihr bestes Können, ihre ganze Arbeitskraft einsetzen! Einmal hat es sich doch gezeigt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftliche große Interessen haben. Möge diese in schwerer Zeit gewonnene Einsicht ihre Nachwirkung auch im Frieden zeitigen! Interessengegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter werden nie verschwinden, wohl aber mag die in dieser ernsten Zeit durchgedrungene Erkenntnis von der Gemeinsamkeit großer Interessen auf die Art der Austragung dieser Interessenkonflikte in Zukunft mildernd und ausgleichend wirken.

Der Umwandlungsprozeß unserer Friedens- in die Kriegsindustrie vollzog sich selbstredend nicht ohne gewisse Schwierigkeiten, die vielleicht sogar manchmal durch die Kompliziertheit unseres Verwaltungsapparates noch vermehrt wurden.

Wir wollen hoffen, daß die blutigen Lehren des Krieges denn doch nicht ohne Nachwirkung geblieben sind, und daß bei den Ausgleichsverhandlungen der Grundsatz zur Richtschnur dienen muß, daß der Ausgleich zwischen beiden Reichshälften nur dem einen Ziele dienen kann und darf, die wirtschaftliche Machtstellung der Monarchie zu fördern. Wir wissen zwar heute, daß die Gefahr eines überstürzten Abschlusses des Ausgleiches nicht besteht, aber dennoch müssen die Vorarbeiten hiezu mit Ernst in Angriff genommen werden. Die Aufrechterhaltung des einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebietes, eine Sicherung der Verkehrsfreiheit mit demselben ist nicht etwa bloß eine egoistische Forderung der österreichischen Industrie, sondern die Grundlage der zukünftigen wirtschaftlichen Machtstellung unseres Reiches. Unteilbar und untrennbar müssen beide Reiche nicht bloß äußerlich in der Gesamtmonarchie, sondern auch innerlich im Wirtschaftsgebiete vereinigt bleiben. Der Krieg wird aber in seinen Folgen nicht bloß eine Veränderung der Landkarte Europas, sondern auch der handelspolitischen Gruppierung unbedingt nach sich ziehen. Es ist heute schon zum Gemeinplatz geworden, daß diese handelspolitische Umgruppierung die unbedingte Folge nach sich ziehen muß, daß das politische Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland und vielleicht auch zwischen seinen anderen Verbündeten durch eine wirtschaftliche Annäherung an die verbündeten Reiche eine notwendige Ergänzung erfahren muß, wenn die Erfolge unserer Waffen auch in Zukunft für die Erfolge unserer friedlichen Arbeit nutzbar gemacht werden sollen. Wir sind heute noch absolut unorientiert, welche Stellung die Regierung in dieser wichtigen Frage einnimmt. Umso notwendiger ist es, daß die nächsten Interessenten der österreichischen Industrie sich nicht bloß über die Ziele, sondern auch über die Mittel zur Erreichung derselben volle Klarheit zu verschaffen suchen, und wenn wir hiebei vielleicht mit unseren Berufsgenossen aus dem Deutschen Reiche nicht bloß zur Einigung über das Ziel, sondern auch über den Weg gelangen, wird diese Einigung vielleicht ein Mittel sein, nicht bloß um viele Schwierigkeiten zu beseitigen, sondern auch, um die endlich erhoffte Initiative der Regierung anzuregen.

Neben diesen großen Zukunftsfragen steht aber für die Gegenwart eine andere wichtige Frage auf der Tagesordnung, das ist die Teuerungsfrage. Wir wollen und werden durchhalten bis zum endlichen Siege, auch wir im Hinterlande trotz aller Schwierigkeiten. Sie zu beseitigen ist Aufgabe der Verwaltung.

Groß wird die Aufgabe der Organisation erst beim Wiederaufbau unserer Friedenswirtschaft sein. Weder wir, noch unsere Verbündeten sind aus Machtgier oder Eroberungslust in den Krieg gezogen. Wir wollen uns nur behaupten und die Machtsphäre unseres Staates sichern, damit die friedliche Arbeit in ihr gedeihen und die kulturelle Entwicklung des Vaterlandes fortschreiten kann. Bis der Krieg, will's Gott, glücklich beendigt sein wird, dann beginnt die ernste Friedensarbeit, dann soll dem Segen der Waffen der Segen der Friedensarbeit folgen. Hiebei nach Kräften mitzuwirken, wird Aufgabe der industriellen Organisation sein, und somit schließe ich mit dem Danke an unsere Mitglieder, die in schweren Zeiten bei uns ausgeharrt, und mit der Bitte, bleiben Sie uns treu, wenn wir an die große Aufgabe des Aufbaues unserer Wirtschaft im Sinne des Friedens gehen. (Beifall und Händeklatschen.)

Sektionschef Dr. Brosche, Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, überbrachte die herzlichsten Grüße seiner Organisation und hob den Gedanken hervor, daß es in dieser schweren Zeit mehr noch als je die Aufgabe der industriellen Organisation sei, die industriellen Interessen zum Ausdruck zu bringen. Diese Aufgabe wurde von den zentralen

Fremdenblatt
16./XI. 1915

Bund österreichischer Industrieller.

Verbänden gemeinsam geleistet. Es bestand eine materielle Einheit, wenn auch keine formelle. Letztere herbeizuführen wird nach dem Kriege das Bemühen aller sein müssen. Die Organisationen haben den Burgfrieden bewahrt und gemeinsam gearbeitet. Redner schöpfe daraus die Hoffnung, daß die gemeinsame Arbeit den Krieg überdauern und aufrecht erhalten bleiben werde für die schweren Aufgaben, welche der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft an die Industrie stellen werde. (Beifall.)

Der Vizepräsident des Bundes Dr. Singer erstattet den Kassenbericht, Herr Eduard Spohn den Revisionsbericht, welche beide genehmigt werden.

Namens des Wahlkomitees beantragt Ingenieur Josef Kurz die ausscheidenden Zentralausschußmitglieder wieder zu wählen. Zur Neuwahl in den Zentralausschuß werden vorgeschlagen die Herren: Kommerzialrat Otto Beck (Fa. Wilhelm Beck & Söhne, Wien), kais. Rat Oskar Berl (Fa. D. Berl, Wien), Dr. Julius Finze (Fa. Finze & Co., Graz), Kommerzialrat Emil Fürth (Leykam-Josefsthaler Papierfabriks-A.-G., Wien), Adolf Holzhausen (Buchdruckerei A. Holzhausen, Wien), Fritz Mendl (Fa. Heinr. & Fritz Mendl, Wien), Ferdinand Neureiter (Siemens-Schuckert-Werke, Wien), Zdenko Wertheimer (Firma Max & John Schiff Nachf., Wien). Die Anträge des Wahlkomitees werden einstimmig angenommen.

Nach Absolvierung der Tagesordnung entwickelte sich eine freie Diskussion.

Ungarischer Ausgleich und Wirtschaftsbund mit Deutschland.

Abgeordneter Friedmann, Vizepräsident des Bundes, gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß nach Erklärungen aus Ungarn der Gedanke einer voreiligen Bindung durch frühzeitige Verlängerung des Ausgleiches fallen gelassen zu sein scheint und erhebt die Forderung, daß die Gemeinsamkeit der Handelspolitik und des Wirtschaftsgebietes der zwei Staaten der Monarchie dauernd sichergestellt werde. Auch die Erfahrungen der Vergangenheit und dieses Krieges heischen dies dringend. Redner geht im Zusammenhange mit dieser Frage auf das Thema der künftigen handelspolitischen Beziehungen der beiden Kaiserreiche ein. Schließlich beantragt Redner namens des Präsidiums des Bundes nachstehende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde.

Die Resolution über Ausgleich und Wirtschaftsbund.

Die heute tagende Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller ist der Ueberzeugung, daß ein endgiltiger Abschluß eines Ausgleiches mit Ungarn, so sehr auch eine baldmöglichste Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zur anderen Reichshälfte erwünscht wäre, derzeit unmöglich erscheint. Sie ist wohl der Ansicht, daß die Vorbereitungsarbeiten unverzüglich aufgenommen werden sollen.

Dringend geboten erscheint die sofortige Fühlungnahme mit dem Deutschen Reiche über die Frage der zukünftigen Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen der Monarchie zu Deutschland. Die österreichische Industrie steht hiebei auf dem Standpunkte, daß ein inniges Wirtschaftsbündnis zwischen den beiden verbündeten Reichen unter Bedachtnahme auf unsere besonderen volkswirtschaftlichen Interessen anzustreben wäre, durch welches die Gemeinsamkeit der Handelspolitik vertragsmäßig festgelegt wird. Hiebei wäre wünschenswert, daß die Neuregelung unseres handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche in der Weise erfolge, daß die Angliederung anderer Staaten an den zu schließenden Wirtschaftsbund der Zentralmächte vorgesehen und somit die Grundlage für einen mitteleuropäischen Wirtschaftsblock festgelegt wird.

Die Mängel der Approvisionierung.

Hieran schließt sich eine Diskussion der Approvisionierungsfrage und die Versammlung beschließt sodann einstimmig folgende Resolution:

Die Resolution über die Approvisionierungsfrage.

Die am 13. November d. J. im Saale des Industriehauses tagende Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller erwartet von der Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung durchgreifende, den ganzen Komplex der Volksernährung umfassende Maßnahmen. Die Generalversammlung geht von der Ansicht aus, daß hiebei zur Vermeidung von Verzögerungen und Kompetenzerschwernissen und Konflikten eine straffe Zentralisation notwendig ist und vor energischeren Requisitionen als bisher nicht zurückgescheut werden darf. Die außerordentliche Lage und die für Kriegsdauer geltenden Rechtsanschauungen gestatten nicht nur, sondern fordern gegebenenfalls einen energischen Eingriff in die Privatsphäre zugunsten der Allgemeinheit. Hiebei dürfte aber zwischen Oesterreich und Ungarn kein Unterschied bestehen. Es müßten dem Wesen des Ausgleiches und dem Grundsatze der Gemeinsamkeit entsprechend Oesterreich und Ungarn für die Lebensmittelversorgung ein gemeinsames Gebiet bilden, in welchem die Verkehrsfreiheit nicht unterbunden werden darf, um der einen Reichshälfte zum Nachteile, der anderen irgend welche Vorteile bei der Lebensmittelbeschaffung oder bei der Verwertung der Produkte zu bieten.

Die Versammlung fordert daher die Regierung auf, Preisbildungskommissionen zum Schutze des Konsumenten sowie des loyalen Verkäufers unverzüglich ins Leben zu rufen.

Neue Freie Presse Abendbl
16./XI. 1915
I
37

Der Bund der Industriellen über wichtige Wirtschaftsfragen.

Wien, 16. November.

Samstag fand im Festsaale des Hauses der Industrie die Generalversammlung des Bundes der Industriellen zu einer Besprechung der aktuellen wirtschaftlichen Fragen statt.

Als Gäste wohnten der Versammlung unter anderen bei: Präsident Dr. Mataja, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Statthaltereivizepräsident Dr. Tuls, in Vertretung des Eisenbahnministers Ministerialrat v. Pichler, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern; die Herrenhausmitglieder Freiherr v. Beck, Freiherr v. Czedik, Faber, Graf Hardegg, v. Root, Ruß; die Reichsratsabgeordneten Brandl, Erb, Friedmann, Freiherr v. Hock, Keller, Kemetter, Ofner, Heilinger, Pantz, Waber; von den Handelskammern: Wien: die Vizepräsidenten Kitschelt und Dr. Hammerschlag; Brünn: Landtagsabgeordneter Grünfeld; Eger: Regierungsrat Dr. Chudaczek; Reichenberg: kaiserlicher Rat Kind; Salzburg: kaiserlicher Rat Gessele; Troppau: Landtagsabgeordneter Hatschek; von den industriellen Verbänden: Zentralverband der Industriellen Oesterreichs: Sektionschef Dr. Brosche und Dr. Schneider; Industrieller Klub: Friedrich v. Pacher, A. G. Raunig; Gremium der Wiener Kaufmannschaft: Leopold Langer, Dr. Brichta; Niederösterreichischer Gewerbeverein: Ernst Krauß; Wiener Börsekammer: Börserat Steinhübl; Zentralverband der Kaufleute Oesterreichs und Wiener Kaufmännischer Verein: Kaiserlicher Rat Binzl; Niederösterreichische Ingenieurkammer: Professor Dr. Ingenieur R. Saliger; Börse für landwirtschaftliche Produkte: Kommerzialrat M. Kohn; Zentralverein der Architekten: Ingenieur Gärber und Oberbaurat Viktor Stedek; Verein reisender Kaufleute: Direktor Körner; Industriellenvereinigung: Vizepräsident Dr. Viktor Graetz, Elektrotechnischer Verein: Ingenieur A. Marx; Gewerblicher ständiger Ausschuß: Moritz Weidner; Verein der österreichischen Malzfabrikanten: Präsident kaiserlicher Rat Schindler; Verein der österreichischen Zementfabrikanten: Zentraldirektor Julius Bellak, Benno Jokl, Theodor Pierus, Dr. J. Seligstein; Deutschösterreichischer Gewerbebund: Rudolf Bottoli; Verein der Wirkwarenfabrikanten Oesterreich-Ungarns: Adolf Mautner und Alfred Reiser; Schutzverband alpenländischer Brauereien: Dr. Robert Richter; Verband österreichischer Exporteure: Karl Friedrich Weiß; Zentralverein der Schokolade- und Zuckerwarenfabrikanten: kaiserlicher Rat Adolf Schwarz; Reichsverband der Baugewerbetreibenden: Präsident Ingenieur Viktor Fiala und Dr. O. v. Hornberg; Reichsverband österreichischer Buchdruckereibesitzer: Friedrich Jasper; Fachschriftstellerverband: Frau Misa; Verband der österreichischen Flachs- und Leineninteressenten: Dr. Ernst v. Stein; von der Lederzentrale A.-G.: Gustav Pollak; Metallzentrale A.-G. Ingenieur Seligmann; Futtermittelzentrale: Kammerrat Fritz Mendl, und andere.

Ansprache des Präsidenten Vetter.

Der Vorsitzende Präsident Kommerzialrat Vetter begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Vertreter des Bundes ungarischer Fabriksindustrieller, Direktionsmitglied Dr. Franz Chorin jun. und Generalsekretär Reichstagsabgeordneten Dr. Gratz, bringt eine aus Berlin eingetroffene Begrüßungsdepesche des Deutschen Bundes der Industriellen zur Kenntnis, in welcher die Ueberzeugung zum Ausdrucke gebracht wird, daß die Zukunft den beiden Verbänden noch ein innigeres Zusammenarbeiten bringen werde als bisher. Er besprach die gewaltigen militärischen und politischen Erfolge, das Zusammenwirken von Industrie und Arbeiterschaft und fuhr dann fort: Die allernächste Zukunft wird die Lösung wichtiger Fragen erfordern, welche nur dann richtig erfolgen kann, wenn die besten Kreise unseres Vaterlandes einträchtig zusammenwirken und die Regierung an alle Arbeiten orientiert und gestärkt durch die Beratung der Interessenten und Fachkreise herantritt. Sie wissen ja davon, daß die nächste Zeit eine Neuregelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zur anderen Reichshälfte bringen kann. Wir wollen hoffen, daß die blutigen Lehren des Krieges denn doch nicht ohne Nachwirkung geblieben sind und daß bei diesen Verhandlungen in beiden Reichshälften der Grundsatz zur Richtschnur dienen muß, daß der Ausgleich zwischen beiden Reichshälften nur dem einen Ziele dienen kann und darf, die wirtschaftliche Machtstellung der Monarchie zu fördern. Wir wissen zwar heute, daß die Gefahr eines überstürzten Abschlusses des Ausgleiches nicht besteht, aber dennoch müssen die Vorarbeiten hiezu mit Ernst in Angriff genommen werden. Die Aufrechterhaltung des einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebietes, eine Sicherung der Verkehrsfreiheit mit demselben ist nicht etwa bloß eine egoistische Forderung der österreichischen Industrie, sondern die Grundlage der zukünftigen wirtschaftlichen Machtstellung unseres Reiches. Der Krieg wird in seinen Folgen nicht bloß eine Veränderung der Landkarte Europas, sondern auch der handelspolitischen Gruppierung unbedingt nach sich ziehen. Es ist heute schon zum Gemeinplatz geworden, daß diese handelspolitische Umgruppierung die unbedingte Folge nach sich ziehen muß, daß das politische Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland und vielleicht auch zwischen seinen anderen Verbündeten durch eine wirtschaftliche Annäherung an die verbündete Reiche eine notwendige Ergänzung erfahren muß, wenn die Erfolge unserer Waffen auch in Zukunft für die Erfolge unserer friedlichen Arbeit nutzbar gemacht werden sollen. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich muß ebenso ins Volksbewußtsein eindringen, wie heute schon der Fortbestand unseres politischen und militärischen Bündnisses als selbstverständlich, sowohl vom deutschen Volke wie von den Völkern unserer Monarchie erkannt worden ist. Wir sind heute noch absolut unorientiert, welche Stellung die Regierung in dieser wichtigen Frage einnimmt. Um so notwendiger ist es, daß die nächsten Interessenten der österreichischen Industrie sich nicht bloß über die Ziele, sondern auch über die Mittel zur Erreichung derselben volle Klarheit zu verschaffen suchen und wenn wir hiebei vielleicht mit unseren Berufsgenossen aus dem Deutschen Reiche nicht bloß zur Einigung über das Ziel, sondern auch über den Weg gelangen, wird diese Einigung vielleicht ein Mittel sein, nicht bloß um viele Schwierigkeiten zu beseitigen sondern auch um die endlich erhoffte Initiative der Regierung anzuregen. Neben diesen großen Zukunftsfragen steht aber für die Gegenwart eine andere wichtige Frage auf der Tagesordnung, das ist die Teuerungsfrage. Wir wollen und werden durchhalten bis zum endlichen Siege, auch wir im Hinterlande, trotz aller Schwierigkeiten. Sie zu beseitigen, ist Aufgabe der Verwaltung. Auch hier kann ich erfreulicherweise konstatieren, daß wir immer im vollen Einvernehmen mit den anderen zentralen Verbänden vorgegangen sind, wie sich überhaupt in diesen schwierigen Zeiten Gegensätze der Meinungen nicht ergeben haben und ergeben konnten. Groß wird die Arbeit der Organisation erst beim Wiederaufbau unserer Friedenswirtschaft sein. Weder wir, noch unsere Verbündeten sind aus Machtgier oder Eroberungslust in den Krieg gezogen. Wir wollen uns nur behaupten und die Machtsphäre unseres Staates sichern, damit die friedliche Arbeit in ihr gedeihen und die kulturelle Entwicklung des Vaterlandes fortschreiten kann. Bis der Krieg, will's Gott, glücklich beendigt sein wird, dann beginnt die ernste Friedensarbeit, dann soll dem Segen der Waffen der Segen der Friedensarbeit folgen. Hiebei nach Kräften mitzuwirken, wird Aufgabe der industriellen Organisation sein. (Beifall und Händeklatschen).

Sektionschef Dr. Brosche, Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs, überbrachte die herzlichsten Grüße seiner Organisation und hob den Gedanken hervor, daß es in dieser schweren Zeit mehr noch als je Aufgabe der industriellen Organisation sei, die industriellen Interessen zum Ausdrucke zu bringen. Diese Aufgabe wurde von den zentralen Verbänden gemeinsam geleistet. Es bestand eine materielle Einheit, wenn auch keine formelle. Letztere herbeizuführen wird nach dem Kriege das Bemühen aller sein müssen. Die Organisationen haben den Burgfrieden bewahrt und gemeinsam gearbeitet. Redner schöpfe daraus die Hoffnung, daß die gemeinsame Arbeit den Krieg überdauern und aufrechterhalten bleiben werde für die schweren Aufgaben, welche der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft an die Industrie stellen werde. (Beifall.)

Nach Absolvierung der Tagesordnung entwickelte sich eine freie Diskussion.

Neue Freie Presse Abendbl. 16/XI. 1915

II

38

Der Bund der Industriellen über wirtschaftliche Abmachungen.

Ungarischer Ausgleich und Wirtschaftsbund mit Deutschland.

Abgeordneter Friedmann erhebt die Forderung, daß die Gemeinsamkeit der Handelspolitik und des Wirtschaftsgebietes der zwei Staaten der Monarchie dauernd sichergestellt werde. Redner geht auf das Thema der künftigen handelspolitischen Beziehungen der beiden Kaiserreiche ein. Nur ein inniger Wirtschaftsbund mit gesetzlicher Festlegung der gemeinsamen Handelspolitik könne feste Grundlagen und gesicherte Ausblicke für unseren finanziellen und wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Die Monarchie dürfe nach diesem Kriege nicht handelspolitisch isoliert bleiben. Im besonderen berechtigen uns die jüngsten erfreulichen Ereignisse und Fortschritte auf dem Balkan auch zu wirtschaftlichen Hoffnungen, die wir nicht gegen, sondern nur mit Deutschland erfüllen werden und die dem Donauverkehr und seinem Ausbau eine erhöhte Bedeutung geben. Schließlich beantragt Redner namens des Präsidiums des Bundes nachstehende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

Die heute tagende Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller ist der Ueberzeugung, daß ein endgültiger Abschluß eines Ausgleiches mit Ungarn, so sehr auch eine baldmöglichste Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zur anderen Reichshälfte erwünscht wäre, derzeit unmöglich erscheint. Sie ist wohl der Ansicht, daß die Vorbereitungsarbeiten unverzüglich aufgenommen werden sollen. Dringend geboten erscheint die sofortige Fühlungnahme mit dem Deutschen Reiche über die Frage der zukünftigen Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen der Monarchie zu Deutschland. Die österreichische Industrie steht hiebei auf dem Standpunkt, daß ein inniges Wirtschaftsbündnis zwischen den beiden verbündeten Reichen unter Bedachtnahme auf unsere besonderen volkswirtschaftlichen Interessen anzustreben wäre, durch welches die Gemeinsamkeit der Handelspolitik vertragsmäßig festgelegt wird. Hiebei wäre wünschenswert, daß die Neuregelung unseres handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche in der Weise erfolge, daß die Angliederung anderer Staaten an den zu schließenden Wirtschaftsbund der Zentralmächte vorgesehen und somit die Grundlage für einen mitteleuropäischen Wirtschaftsblock festgelegt wird.

Die Mängel der Approvisionierung.

Abgeordneter Friedmann wendet sich gegen die dem Geiste des Ausgleiches widersprechenden Absperrungsmaßnahmen Ungarns und die arge Benachteiligung Oesterreichs.

Kammerrat Mendl trat dafür ein, alle Energie aufzuwenden, um ein erträgliches Verhältnis zu Ungarn zu schaffen.

Kaiserlicher Rat Berl gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die ungarische industrielle Organisation in der Frage der Lebensmittelversorgung mit den österreichischen Verbänden gemeinsam vorgehen möge.

Reichstagsabgeordneter Dr. Gratz, Direktor des Bundes ungarischer Fabriksindustrieller, wies darauf hin, daß infolge der unzulänglichen Regierungsmaßnahmen in Ungarn dieselben Mängel der Lebensmittelversorgung zu konstatieren waren und sind, als in Oesterreich. In Ungarn habe die Absicht gewiß nicht bestanden, Oesterreich etwas vorzuenthalten. Die Verkehrsbeschränkung habe auch innerhalb Ungarns bestanden. Die industrielle Organisation Ungarns beabsichtige, im Einvernehmen mit den weitesten Konsumentenkreisen eine Aktion wegen der Lebensmittelteuerung zu unternehmen. Die Approvisionierung sei eine gemeinsame Angelegenheit der Industrie beider Reichshälften. Das Gedeihen der österreichischen Volkswirtschaft und der ungarischen hänge voneinander ab. (Lebhafter Beifall.)

Herr Fritz Spohn (Rainfeld) kritisiert die Höchstpreisverordnungen, die nur auf dem Papier stehen.

Die Versammlung beschließt sodann einstimmig folgende Resolution:

Die am 13. d. im Saale des Industriehauses tagende Generalversammlung des Bundes Oesterreichischer Industrieller erwartet von der Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung durchgreifende, den ganzen Komplex der Volksernährung umfassende Maßnahmen. Die Generalversammlung geht von der Ansicht aus, daß hiebei zur Vermeidung von Verzögerungen und Kompetenzerschwernissen und Konflikten eine straffe Zentralisation notwendig ist und vor energischeren Requisitionen als bisher nicht zurückgescheut werden darf. Die außerordentliche Lage und die für die Kriegsdauer geltenden Rechtsanschauungen gestatten nicht nur, sondern fordern gegebenenfalls einen energischen Eingriff in die Privatsphäre zugunsten der Allgemeinheit. Hiebei dürfte aber zwischen Oesterreich und Ungarn kein Unterschied bestehen. Es müßten dem Wesen des Ausgleiches und dem Grundsatze der Gemeinsamkeit entsprechend Oesterreich und Ungarn für die Lebensmittelversorgung ein gemeinsames Gebiet bilden, in welchem die Verkehrsfreiheit nicht unterbunden werden darf, um der einen Reichshälfte zum Nachteile der anderen irgendwelche Vorteile bei der Lebensmittelbeschaffung oder bei der Verwertung der Produkte zu bieten. Die Versammlung fordert daher die Regierung auf, Preisbildungskommissionen zum Schutze der Konsumenten sowie des loyalen Verkäufers unverzüglich ins Leben zu rufen.

Neues Wiener Tagblatt 23./XI. 1915

Die ungarische Ausgleichsordnung und Oesterreichs Handel und Industrie.

Hunderte Millionen, einen beträchtlichen Teil seines mobilen Nationalvermögens, hat Oesterreich im Ausland zu fordern. Jeder Staat regelt die Schuldverhältnisse seiner Bürger autonom. Der Ausländer erfreut sich noch einer besonderen Begünstigung, wenn seine Forderung formell in gleicher Weise behandelt wird, wie der Anspruch eines inländischen Gläubigers. Die Handelsverträge haben diese formell gleiche Behandlung zur Bedingung gemacht. Kein Staat läßt sich aber von einem andern für die Gegenwart, noch weniger für alle Zukunft vorschreiben, wie und nach welchen Grundsätzen das materielle Recht und das Prozeßrecht, dem die Schuldverhältnisse unterliegen, geregelt werden soll. Dieser Rechtszustand erzeugt für den Ausländer eine gewisse Rechtsunsicherheit, die er bei Anknüpfung von Geschäftsverbindungen auf Basis des bestehenden Rechtszustandes mit einer gewissen Risikoprämie einkalkulieren muß. Der Krieg hat viele Kalkulationen, keine aber so umstürzend über den Haufen geworfen wie diese. Noch nie hatte der Auslandsgläubiger im Ausland so schwer die Tatsache empfinden müssen, daß der Schuldnerstaat seine Schuldverhältnisse selbständig regelt und daß der Auslandsgläubiger auf diese Regelung nicht den geringsten Einfluß hat, sondern ihr ebenso oder noch mehr unterworfen ist als den Gesetzen des Staates, dem er selbst angehört. Vor- und Nachteile der nationalen Gesetze treffen ihn gleichmäßig, denn im Inland ist der Kaufmann meistens Schuldner und Gläubiger zugleich, dem Ausland gegenüber tritt er jedoch entweder in der einen oder in der andern Eigenschaft auf. Ihn treffen also als Gläubiger fast nur die Nachteile der ausländischen Gesetzgebung, denn ist er Schuldner an das Ausland, so bleibt er den inländischen Gesetzen unterworfen. Eine vorsichtige inländische Schuldgesetzgebung wird daher auf den Umfang der Forderungen an das Ausland und auf die rechtliche und tatsächliche Eintreibbarkeit ausländischer Forderungen Rücksicht nehmen müssen. Deshalb wurde es beispielsweise als ein Fehler der österreichischen Moratoriumsgesetzgebung angesehen, daß die Verordnungen auf den Abbau in Ungarn, unserm größten Schuldnerstaate, keine Rücksicht nahmen und der Abbau in Oesterreich dem ungarischen nicht angepaßt wurde. Es muß als ein Zeichen der besonderen Kraft des österreichischen Handels und der österreichischen Industrie angesehen werden, daß diese disharmonische Regelung keine besonderen wirtschaftlichen Nachteile gezeitigt hat.

Ein andres Beispiel tiefgreifender Einflußnahme ungarischer Gesetzgebung auf die Handelsbeziehungen mit Oesterreich erlebten wir am 1. Jänner 1915, als die neue ungarische Zivilprozeßordnung in Ungarn eingeführt und der bis dahin bestandene Rechtshilfevertrag mit Oesterreich aufgehoben wurde. Rückwirkend wurden damals alle Forderungen der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels auf eine Rechtsgrundlage gestellt, und den Gläubigern neue Risken auferlegt, die sie bei Eingehen der Schuldverhältnisse nicht kalkulieren konnten. Der Krieg, dessen Folge ein unvermeidlicher Rückgang des normalen Konsums war und der eine unerwartete Verbesserung aller Verkaufskonditionen brachte, hat die Wirkung dieses neuen Gesetzes für die österreichischen Gläubiger abgeschwächt. Seine Wirkungen werden erst geraume Zeit nach Aufhören des Kriegszustandes sich fühlbar machen. Die vor einigen Tagen erschienene ungarische Justizministerialverordnung über den Zwangsausgleich außerhalb des Konkurses jedoch ist eine unmittelbare Folge des Kriegszustandes und dazu bestimmt, die nachteiligen, wirtschaftlichen Einflüsse des Krieges abzuschwächen.

Da nun Oesterreichs Handel und Industrie an ungarische Kaufleute sehr bedeutende Summen zu fordern haben, so muß, wenn die Absicht der Gesetzgeber erreicht wird, die neue Verordnung auch dem österreichischen Handel zum Vorteil gereichen. Das ist auch zweifellos der Fall. Die ungarische Verordnung wird den österreichischen Gläubigern viele Millionen, die in langwierigen Konkursen volkswirtschaftlich unfruchtbar verbraucht würden, retten, sie wird eine große Anzahl von Existenzen der nationalen Volkswirtschaft erhalten und viele Unternehmen mittleren Umfanges sanieren. Zahlreiche Konsumenten der österreichischen Industrie und Abnehmer des inländischen Handels werden vor dem Untergange bewahrt.

In den Grundzügen lehnt sich die ungarische Verordnung an die österreichische Ausgleichsordnung an. Kein Wunder; die gleichen Ursachen haben sie erzeugt, aus demselben Anlaß ist sie ins Leben getreten, auf gleiche Weise ist sie entstanden. Die wirtschaftlichen Umwälzungen des Krieges haben hier wie dort bei einer Anzahl von Wirtschaftssubjekten die Zahlungsunfähigkeit entweder schon zutage gefördert oder den latenten Zustand der Insolvenz hervorgerufen; hier wie dort ist der fortschreitende Abbau des Moratoriums der Anlaß, für den Schuldner einen neuen Weg aus diesem oft unverschuldeten Zustand zu bahnen. In Oesterreich und in dem so konstitutionellen Ungarn ist die Ausgleichsordnung, die doch eine bedeutende Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gläubiger einführt, im Notverordnungswege erschienen. Das ist aber sichtbar dem ungarischen Gesetz zugute gekommen. Es ist kein lahmes Kompromiß zwischen den Agrariern und den Industriellen oder Kaufleuten; es berücksichtigt die Bedürfnisse jedes Standes nach dem besten Ermessen einiger hervorragender Köpfe, die sich in die Materie vertieften.

Die Verordnung geht von anerkannten kaufmännischen Prinzipien aus: die Realisierung einer Forderung durch Konkurse ist die unökonomischeste Art, die gefunden werden kann; es ist die Ultima ratio, die angewendet werden muß, wenn alle Versuche eines Kompromisses gescheitert sind. Vom Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung eines Unternehmens an hat kein Gläubiger mehr Anspruch auf Vollzahlung, weil in diesem Zeitpunkt Vollzahlung einer Forderung den Zahlungsfonds für die übrigen Forderungen noch mehr verringert. Der Anspruch kann nur auf jene Quote gehen, die bei Gegenüberstellung von Passiven und Aktiven gefunden wird. Diese Quote, bedingt durch die wirtschaftliche Lage des Schuldners, wird auf eine möglichst einfache und billige Art durch das Ausgleichsverfahren festgestellt, und zu ihrer Annahme, respektive zum Nachlaß des Restes der Forderungen, kann eine Majorität von zwei Dritteilen der Gläubigerschaft, nach der Summe der Forderungen gerechnet, ein Drittel der Gläubiger zwingen. Dieser Zwang ist aber nur dann zulässig, wenn die Majorität eine einwandfreie ist (Superquotenverbot) und diese sich nicht aus andern Motiven, als rein wirtschaftlichen (Versagung des Stimmrechtes an Verwandte) zur Annahme des Ausgleiches hat bewegen lassen. Auf diese Weise kann der Konkurs, der Gläubigern und Schuldnern, besonders in Ungarn, nur Nachteile brachte, vermieden werden. Selbstredend muß dieses Mittel, das den Schuldnern am 1. Dezember 1915 von der ungarischen Regierung in die Hand gegeben wird, r e d l i c h benützt werden. Mißbräuchen muß anfangs mit besonderer Schärfe entgegengetreten werden, damit sie sich nicht einbürgern.

Im ganzen und großen muß man aber anerkennen, daß die Schöpfer der ungarischen Verordnung sich ebenso den Dank der österreichisch-ungarischen Gläubiger wie der ungarischen Schuldner verdient haben.

Dr. Hermann Oppenheim.

Fremdenblatt
25./XI. 1915

Die Wiener Börsekammer über die künftige Gestaltung unserer Handelsverhältnisse.

Die gestrige Plenarsitzung der Börsekammer wurde von dem Vorsitzenden, Präsidenten Otto v. Seybel, mit folgender Ansprache eröffnet:

Die Ansprache des Präsidenten v. Seybel.

„Unter den vielen Fragen, die der gegenwärtige Krieg aufgerollt hat, betrifft eine der wichtigsten die künftige Gestaltung unserer Handelsverhältnisse. Die Beziehungen zu Ungarn, zu Deutschland und den anderen mit uns verbündeten Staaten greifen so tief in unser Leben ein, daß es vollkommen begreiflich ist, wenn sich alle wirtschaftlichen Verbände und Körperschaften damit beschäftigen und sie von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchten. Die Diskussion, welche anfangs oft unsicher und unklar, zum Teil auch von parteipolitischen Rücksichten beeinflußt war, beginnt allmählich greifbarere Formen anzunehmen und sich immer mehr auf rein sachliche Argumente zu beschränken. Es ist daher nun wohl auch für die Wiener Börsekammer der Moment gekommen, in Wahrung der ihr anvertrauten wichtigen volkswirtschaftlichen Interessen, die sich ebensowohl aus dem Gebiete des Effektenverkehres, wie auch aus dem des Warenhandels ergeben, ihren Standpunkt der Oeffentlichkeit und der Regierung gegenüber zu präzisieren."

Hierauf wurde nachstehende von dem Präsidium vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Die Resolution.

Der Weltkrieg, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, hat in beiden Reichshälften unserer Monarchie ebenso wie in Deutschland immer deutlicher die Ueberzeugung hervortreten lassen, daß das handelspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf eine neue, breitere und bessere Basis gestellt werden müsse. Nicht nur das Band der Blut- und Waffenbrüderschaft sowie der gemeinsamen militärischen Erfolge bringt diese Notwendigkeit der Allgemeinheit immer lebendiger zum Bewußtsein, sondern auch das Verhalten der feindlichen Staaten, deren Streben, sich auch nach dem Kriege den Zentralmächten als handelspolitische Einheit geschlossen gegenüberzustellen, mit unverkennbarer Schärfe zu Tage tritt.

Die erste Voraussetzung für die in dieser Richtung mit Deutschland zu pflegenden Verhandlungen ist aber die Festlegung der dauernden Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn. Erst wenn diese gesichert und nicht mehr von den alle zehn Jahre sich erneuernden mühevollen Ausgleichsunterhandlungen bedroht ist, können unsere künftigen Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reiche geregelt werden. Da jedoch derzeit die endgiltige Ordnung zahlreicher in den Komplex des Ausgleiches mit Ungarn fallender Materien noch nicht möglich ist, weil sich die durch den Krieg bedingten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die erst im Friedensschlusse konkreten Ausdruck finden werden, jetzt nicht einmal in ihren beiläufigen Umrissen überblicken lassen, so empfiehlt es sich dringend, die Unterhandlungen mit Ungarn sobald als möglich in Angriff zu nehmen, den Abschluß der detaillierten Ausgleichsvereinbarungen aber einem späteren hoffentlich nicht allzu fernen Zeitpunkte vorzubehalten, in welchem alle einschlägigen Voraussetzungen klar überblickt werden können.

Hiedurch wird sich die Möglichkeit ergeben, den Ausgleich in einer den Lebensinteressen der beiden Reichshälften entsprechenden Weise dauernd zu gestalten und Vereinbarungen mit Deutschland für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zu treffen, der durch Beiziehung anderer Staaten, insbesondere der Balkanländer, zu ergänzen wäre. Ein solcher Zusammenschluß, welcher sich ebensowohl auf die unter sorgfältiger Berücksichtigung der Verschiedenheit der Produktionsbedingungen festzusetzende gegenseitige Begünstigung der beteiligten Staaten untereinander wie auf eine einverständliche Handelspolitik gegenüber dritten Staaten zu erstrecken hat, wird nicht bloß einer vorausblickender Wirtschaftspolitik, sondern auch dem Volksempfinden entsprechen, welches — bei vollster Wahrung der staatlichen Selbständigkeit — die durch den Krieg geschaffenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge auch über den Krieg hinaus gesichert sehen will.

Diese Resolution wird dem Ministerpräsidenten, dem Finanz- und Handelsminister vorgelegt werden.

Sodann wurde der Budgetentwurf der Kammer pro 1916 genehmigt.

Außerdem wurde beschlossen, dem Ansuchen der seit 10. April 1915 in Liquidation getretenen Brünner Stearinkerzen- und Seifen-Fabrik vormals F. Semmler und H. Frenzel A. G. um Streichung ihrer Aktien im amtlichen Kursblatte Folge zu geben und die dereinstige Löschung dieser Notiz beim k. k. Finanzministerium zu befürworten.

Die Zeit
25./XI. 1915

41

Generalversammlung des Wiener Kaufmännischen Vereins.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten kais. Rates Josef Vinzl jun. fand gestern die Generalversammlung des Wiener Kaufmännischen Vereins statt. Nach Begrüßung der erschienenen Gäste widmete der Vorsitzende dem verstorbenen gewesenen Präsidenten und Ehrenmitglied Hofrat Dr. Migerka einen ehrenden Nachruf und gedachte der im Kriege gefallenen Mitglieder. Wenn man über die wirtschaftliche Konstellation nach Eintritt des Friedens heute auch noch kein bestimmtes Urteil abgeben kann, so könne doch kein Zweifel darüber bestehen, daß dem militärischen Bündnis mit Deutschland auch eine möglichst innige wirtschaftliche Vereinigung mit diesem Reiche folgen müsse. Um diese Vereinbarung herbeizuführen, bedarf es großzügiger Mittel, denen allerdings öfter die Interessen einzelner Gruppen geopfert werden müssen. Solche Opfer können jedoch nur vorübergehender Natur sein, denn es sei zu hoffen, daß durch die Schaffung eines verjüngten und entwicklungsfähigen Oesterreich Handel, Industrie und Gewerbe einen mächtigen Impuls erfahren und anfängliche Verluste reichlich hereinbringen werden. Hierauf erstattete Generalsekretär Mlczoch einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vereins, seiner Unterrichtsanstalten und der ihm angegliederten Abteilungen und der Stellenvermittlung. Der Verein hat sich an der Zeichnung der Kriegsanleihe mit 290.000 Kronen und die an seiner Neuen Wiener Handelsakademie errichtete Sammelstelle mit einem Betrag von 455.000 Kronen, insgesamt also mit 675.000 Kronen beteiligt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten gelangten die neuen Gebührenvorschriften zur Erörterung. Vereinsmitglied Slanski forderte die Vereinsleitung auf, Schritte zu unternehmen, daß durch eine Aenderung der kaiserlichen Verordnung die Versicherungsanstalten in die Lage versetzt werden, die Auszahlung der Versicherungssummen in der bisherigen glatten Weise durchzuführen, wenn sie zur Deckung des Gebührenbetrages einen der Erbgebühr ungefähr entsprechenden Betrag zurückhalten. In der Debatte machte Direktor Konstantin Noske darauf aufmerksam, daß die durch die neuen Gebührenvorschriften bedingte Sperrung von Depots von Wertpapieren, der Guthaben, Bankeneinlagen usw. in zahlreichen Fällen speziell für den Kaufmann noch bedeutsamer sei, als die Erschwerung bei Auszahlung von Versicherungssummen. Er stimme dem gestellten Antrag zu, empfehle jedoch, auch bezüglich der von ihm dargelegten Uebelstände zu wirken. Der Antrag wurde sodann einstimmig angenommen. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurden Kommerzialrat Heinrich Rosenberg zum Vizepräsidenten, die Herren Dr. Gustav Arens, kais. Rat Fischmeister, Generaldirektor Horch, Generalsekretär Dr. Alfred Neumann wieder- und die Herren Direktor Robert Langer und Hugo Kadisch in den Vorstand neugewählt.

Neues Wiener Tagblatt
25./XI. 1915

Die österreichische Industrie und der Ausgleich mit Ungarn.

Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs.

Am 22. d. fand im kleinen Festsaale des Industriehauses unter sehr zahlreicher Beteiligung die diesjährige Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs statt.

Der Vorsitzende Präsident Sektionschef a. D. Dr. Siegmund Brosche wies in seinen Bemerkungen zum Geschäftsbericht darauf hin, daß der Zentralverband im abgelaufenen Jahre in stetem Einvernehmen mit den andern zentralen industriellen Verbänden vorgegangen ist, und bemerkte, daß für die Hinkunft nicht nur eine Aufrechterhaltung, sondern auch eine Ausgestaltung der hergestellten Verbindung zu erhoffen sei. Auch die nächste Zukunft werde der industriellen Organisation ein reiches Feld der Betätigung bieten: der Uebergang zur Friedenswirtschaft, die Ordnung der innerpolitischen Zustände, die Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse zu den verbündeten Staaten und zu den derzeit feindlichen Staaten und schließlich als Voraussetzung hiefür die Ordnung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu Ungarn seien die wichtigsten der bevorstehenden Aufgaben; an allen diesen Fragen sei auch die Industrie beteiligt und werde bei ihrer Lösung mitzuwirken berufen sein. Sie werde ihre Stellung nehmen in Wahrung ihrer berechtigten Interessen, aber auch in dem Bewußtsein der Verantwortung, die sie als einer der Grundpfeiler des Staates trage, geleitet von hingebungsvoller Vaterlandsliebe, in fester Zuversicht und im Vertrauen auf die hohe Weisheit ihres obersten Schutzherrn, unsres Kaisers.

Präsident Vetter dankt im Namen des Bundes österreichischer Industrieller für die erfolgreichen Bemühungen des Vorsitzenden um ein stetes Zusammenarbeiten der zentralen industriellen Verbände und gibt auch seinerseits der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbände in Hinkunft nur unter dem Gesichtspunkt der ihnen anvertrauten Interessenwahrung der Gesamtindustrie die gemeinsame Arbeit fortsetzen und so eine immer enger werdende Verbindung der Organisationen herbeiführen werden.

Vortrag des Dr. v. Licht.

Hierauf erstattete der Verbandsanwalt Reichsratsabgeordneter Dr. Stephan v. Licht ein Referat über „Die Industrie und der Ausgleich". Er führte im Wesen aus: Die Vorarbeiten für die Verhandlungen der Regierungen Oesterreichs und Ungarns, hier bereits unter Mitwirkung der Fachkreise, haben begonnen. Die ungarische Regierung ließ verlautbaren, daß sie während der Kriegsdauer die Entscheidung der Gesetzgebung nicht provozieren, sondern nur in den Hauptpunkten eine Einigung mit der österreichischen Regierung erzielen wolle. Wie weit diese Einigung uns binden soll, ist nicht klar. Betont ist in der Kundgebung das Interesse des ungarischen Staates; um so mehr ist Anlaß für die österreichische Industrie, bestimmt Stellung zu nehmen. Das frühere Zoll- und Handelsbündnis und der gegenwärtige Zoll- und Handelsvertrag, der gleichfalls die einheitliche Zollinie gesichert hat, sollten die Wirtschaftsgemeinschaft und die Verkehrsfreiheit der beiden Staatsgebiete von Zeit zu Zeit festlegen. Es ist dringend notwendig, die stete Wiederkehr der Ausgleichskämpfe aus dem Staats- und Wirtschaftsleben der Monarchie und ihrer beiden Staaten auszuschalten.

Vor allem aber handelt es sich darum, daß die Vereinbarungen über das einheitliche Zoll-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiet auf eine lange Dauer, ungefähr die einer Generation, somit etwa 25 Jahre, gebunden werde. Vom langfristigen Ausgleich war schon vor zehn Jahren die Rede, allerdings unter der Annahme von Zwischenzöllen, die jetzt ebenso wie damals unbedingt abgelehnt werden müssen. Eine Zwischenzollinie würde den Weg nicht allein zur wirtschaftlichen Trennung beschreiten heißen und wäre im vollsten Widerspruche zu dem so feierlich bekonten Grundsatz der Untrennbarkeit und Unteilbarkeit der beiden Staaten der Monarchie. Sie wäre auch gegen das wirtschaftliche Interesse der Bevölkerung der beiden Staaten und stände auch im vollen Widerstreit zu der in beiden Staaten immer mehr sich durchringenden Ueberzeugung, daß die Monarchie mit dem eng verbündeten Deutschen Reich auch wirtschaftlich sich möglichst zusammenschließen solle. Auch bei der Behandlung dieser Frage zeichnen sich bereits nach der langen und eindringlichen Erörterung für die Industrie die Richtlinien ihres Verhaltens in der Betonung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches, um gegen die nach der Beendigung des Kriegszustandes voraussichtlich eintretenden Gruppierungen der großen Wirtschaftsmächte die geeinte Kraft der beiden Mittelmächte und der mit ihnen zu einem mitteleuropäischen Block eingeschlossenen Staaten in die Wagschale werfen zu können. Die grundsätzliche Einigung der beiden Regierungen auf die dauernde Sicherung der Wirtschaftsgemeinschaft der beiden Staaten ist die unerläßliche Voraussetzung, um dem Deutschen Reich gegenüber in der Frage der wirtschaftlichen Annäherung verhandlungs- und vertragsfähig zu sein, da die Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich in jedem Fall für eine längere Dauer als die bisher übliche der Handelsverträge getroffen werden müßten.

Die grundsätzlichen Abmachungen konnten von den beiden Regierungen über die Wirtschaftsgemeinschaft, wie dies auch beabsichtigt zu sein scheint, schon jetzt getroffen werden. In allen Einzelfragen des Ausgleiches jedoch, wie zunächst in der Frage des Zolltarifes, bei denen über allgemeine Festsetzungen hinaus in ganz bestimmte sachliche Erwägungen eingetreten werden muß, können jetzt Vereinbarungen nicht zustandekommen. Es fehlen die Grundbedingungen hiefür, für die erst der Friedenszustand die sicheren Voraussetzungen schaffen kann. Dasselbe gilt von den Fragen der Eisenbahn- und Schiffahrtspolitik, deren Zusammenwirken bei der außerordentlichen Wichtigkeit, die der Donauweg künftighin gewinnen wird, von der größten Bedeutung werden muß. Gerade hier eröffnen sich für unsre Donaumonarchie, die auch den Ueberlandverkehr im neuen Mitteleuropa in erhöhtem Maße gewinnen wird, zumal die Donau-Rhein-Verbindung nunmehr bald eine Tatsache werden dürfte, die größten Ausblicke.

Neues Wiener Tagblatt
25./XI. 1915

II
43

Die österreichische Industrie und der Ausgleich mit Ungarn.

Wenn irgend die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit des wirtschaftlichen Aufbaues der Monarchie deutlich wird, so ist dies im Zusammenhange der großen staatsfinanziellen Fragen der Fall, die nach dem Kriege an Oesterreich und Ungarn herantreten werden. Die Sorge für die Deckung der Kriegslasten im weitesten Sinne des Wortes, die Wiederherstellung der Valuta, die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, die erst recht eine einheitliche und gleichartige gemeinsame Durchführung von seiten der staatlichen Gewalten Oesterreichs und Ungarns erfordern wird, nötigen geradezu zu zusammenfassender, verständnisvoller Arbeit. Hier wird auch das Quotenproblem wieder lebendig werden. Für die Erörterung und Vereinbarung dieser Einzelfragen bietet die gesetzlich festgelegte Ablaufszeit des gegenwärtigen Ausgleiches, das Ende des Jahres 1917, genügenden Spielraum. Sollte aus welchen Gründen immer bis zum gegenwärtigen Ablaufstermin die neue Vereinbarung nicht zustandekommen können, so wird reichlich Zeit gegeben sein, die Vertragsdauer, soweit es notwendig ist, zwischenweilig zu verlängern.

Zum Schlusse seiner Ausführungen hebt der Vortragende hervor, daß die industriellen Vereinigungen zu gemeinsamen Richtlinien ihres Verhaltens sich zusammenschließen und von der Regierung Gelegenheit verlangen sollen, ihre sachlichen Wünsche und Forderungen rechtzeitig und in einer Art vorzubringen, daß sie auch auf Beachtung rechnen können. Wenn die Industrie für die unversehrte Fortführung und für die Ausgestaltung der Wirtschaftsgemeinschaft eintritt, so geschieht dies wohl zunächst für ihr eigenes Interesse, gewiß aber auch für das der Bevölkerung nicht allein Oesterreichs, sondern der Monarchie, deren Wohlfahrt durch die Wirtschaftsgemeinschaft und Verkehrsfreiheit der beiden Staaten in größtem Maße bedingt ist.

Die Diskussion.

An die überaus beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten schloß sich eine längere Diskussion an. Vizepräsident Dr. Heinrich Prieß besprach die Wirkungen der Surtaxe für die österreichische und ungarische Zuckerindustrie sowie sonstige Einzelfragen des Ausgleiches. Er stimmte mit dem Referenten vollkommen darin überein, daß wir schon jetzt bindende Abmachungen über die grundlegenden Ausgleichspunkte, das ist die dauernde Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes und die Gemeinsamkeit der Handelspolitik, verlangen müssen.

Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Herren Dr. Brunner, kaiserlicher Rat Neumann, Kommerzialrat Grab, Kammerrat Weißenstein und Generaldirektor Doktor Schuster beteiligten.

Die Resolution.

Nach einem Schlußworte des Referenten Doktor v. Licht gelangte dann nachstehende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

„Durch ihre geographische Lage, ihre gemeinsame Geschichte, ihre Stellung in der Staatenwelt und die sich glücklich ergänzende Eigenart ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zur engsten Verbindung bestimmt und im gegenwärtigen Weltkriege in treuester Waffenbrüderschaft siegreich bewährt, können die beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie nur in vollkommener Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft zur vollen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kraft und staatlichen Macht gelangen. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, erwartet die österreichische Industrie, daß die unerläßliche Grundlage aller Vereinbarungen über die nach gleichen Grundsätzen zu behandelnden Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns, der Bestand eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes dauernd festgelegt werde. Die grundsätzliche und bindende Einigung der beiden Regierungen über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik kann nicht früh und vollständig genug erfolgen, da dies die Voraussetzung für die Festlegung der Richtlinien des gemeinsamen Verhaltens in der Frage der von der österreichischen Industrie bei voller Wahrung ihrer berechtigten Belange aufrichtig begrüßten wirtschaftlichen Annäherung zum Deutschen Reiche ist. Dagegen ist in den meisten in den Bereich des Ausgleiches gehörigen Einzelfragen vor dem Ende des Kriegszustandes angesichts der mittlerweile kaum erreichbaren vollen Klarheit über die hiefür maßgebenden staats-, wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen eine endgültige Vereinbarung untunlich. Somit wären die eingeleiteten, durchaus notwendigen Vorarbeiten und Vorverhandlungen zu beschleunigen. Da der Ausgleich erst mit Ende des Jahres 1917 abläuft, wären aber endgültige Vereinbarungen der Wiederkehr des Friedenszustandes und der Wiederherstellung des Verfassungslebens in Oesterreich vorzubehalten.

Der Zentralverband fordert, daß die österreichische Industrie in die Lage gelange, ihre die Ausgleichsfragen betreffenden Wünsche rechtzeitig bekanntzugeben und dafür auch an zuständiger staatlicher Stelle unmittelbares Gehör zu finden."

Pester Lloyd
1./XII. 1915

Verlängerung des Gesetzes über die Industrieförderung.

Budapest, 30. November.

Der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingereichte Gesetzentwurf über die Verlängerung der Wirksamkeit des I. Abschnittes des G.-A. III:1907 über die heimische Industrieförderung lautet wie folgt:

§ 1. Die Wirksamkeit des I. Abschnittes des G.-A. III:1907 über die Förderung der heimischen Industrie wird bis zur weiteren Verfügung der Legislative verlängert.

§ 2. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1916 in Kraft. Hinsichtlich dessen Vollzuges sind die im ersten Alinea des § 19 des G.-A. III: 1907 enthaltenen Verfügungen maßgebend.

Budapest, 8. November 1915.

Baron Johann v. Harkányi, m. p.
kön. ung. Handelsminister.

In der Begründung wird ausgeführt, daß der erste Abschnitt des die heimische Industrieförderung regelnden G.-A. III:1907, welcher über die der Industrie zulässigen Begünstigungen verfügt, mit Ende des Jahres 1915 seine Wirksamkeit verliert. Mit diesem frühzeitigen Ablauf dieser Frist haben die Schöpfer des kaum acht Jahre alten Gesetzes seinerzeit bezweckt, anläßlich der für diese Zeit in Aussicht genommenen Ausgleichs- und handelspolitischen Verhandlungen freie Hand zu haben und daß bei der Schaffung eines neuen Gewerbeförderungsgesetzes einerseits die während der Wirksamkeit des alten Gesetzes gewonnenen Erfahrungen zur Verfügung stehen, andererseits auch die Wirkungen der neuen Handelsverträge in Rechnung gezogen werden können. Die guten Konjunkturen, welche in dem Zeitpunkte des Entstehens des Gesetzes geherrscht haben, wurden später durch eine Reihe von Krisen (Annexionskrise, erster und zweiter Balkankrieg) abgelöst, die beiden letzten Jahre aber legte der Weltkrieg brach. Unter solchen Umständen hat auch das unternehmende Kapital sich nicht in solchem Maße bemüht, die zugesicherten Begünstigungen auszunützen, wie man das nach den ersten paar Jahren der Wirksamkeit des Gesetzes erhoffen durfte. In den Jahren 1907—1909 wurden viele Fabriken gegründet, viele haben ihren Betrieb namhaft ausgestaltet, Kleingewerbe und Hausindustrie wandelten neue Wege, doch das ausgesteckte Ziel konnten wir wegen der Kürze der Zeit nicht erreichen. Die erregte Stimmung infolge des Weltkrieges hat nun die Aktualität der handelspolitischen Verhandlungen vorläufig hinausgeschoben und man kann auch noch jene Gesichtspunkte nicht ausstecken, welche bei dem neuen Gewerbeförderungsgesetz in Betracht kommen werden. Die während des Kriegszustandes gewonnenen Erfahrungen, namentlich in bezug auf die neuerdings erwiesene große Bedeutung der Emanzipierung der Produktionsverhältnisse, werden auf diese Gesetzreform von großer Wirkung sein. Schon vor zwei Jahren wurden sämtliche Handels- und Gewerbekammern, sowie die gewerblichen Fachvereine und Interessenvertretungen zur Abgabe von Berichten darüber aufgefordert, welche Vor- und Nachteile sie in bezug auf das Gesetz III: 1907 wahrgenommen haben und welche Wünsche sie hinsichtlich des neuen Gesetzes hegen. Ein großer Teil der Antworten ist bereits eingelaufen, es gibt zahlreiche wertvolle, beherzigenswerte Anregungen, daneben auch Gegenargumente und Einwendungen, aber alle Antworten stimmen in dem Punkte überein, daß es mangels des selbständigen Zollgebietes notwendig sei, die Aktion des Staates nach dieser Richtung mit mächtigeren Mitteln auszugestalten und auf neue Gebiete zu erstrecken. Die Erstreckung der Wirksamkeit des Gesetzes auf unbestimmte Zeit wird dadurch begründet, daß man heute den Zeitpunkt des Eintrittes normaler Verhältnisse nicht vorauszusehen vermag, sondern daß man für die Beschwichtigung der durch die veränderten Verhältnisse verursachten Aufregungen und für die Ausgestaltung der neuen wirtschaftlichen Lage Zeit lassen müsse. Wenn von der Schaffung eines die Industriepolitik für längere Zeit aussteckenden neuen Gesetzes die Rede sein wird, ist es notwendig, nicht nur die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch die Bedürfnisse der neuen wirtschaftlichen Gestaltungen zu überblicken, bis dahin muß man die Ansprüche im Rahmen des alten Gesetzes und des jeweiligen Budgets befriedigen.

Hamburger Fremdenblatt
2./XII. 1915.

45

Hamburg.

Erzeuger und Verbraucher.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in Teuerungszeiten von der großen Masse der Verbraucher Anklagen oft leidenschaftlicher Natur gegen die erhoben werden, auf die sie mit dem Bezug der notwendigen Nahrungsmittel angewiesen sind, die Produzenten und die Zwischenhändler. Berechtigte und sehr oft auch unberechtigte Klagen; denn wer für seinen und seiner Familie Unterhalt drückende Mehraufwendungen zu machen hat, der ist leicht geneigt, auf der Suche nach dem „Schuldigen" über das Maß hinaus zu gehen. — So auch heute; und heute vielleicht noch mehr als bei Teuerungen in Friedenszeiten, weil jetzt bei so vielen auch Sorge und Trauer um liebe Angehörige die Gemüter bedrückt. Wir hören Anschuldigungen über Anschuldigungen wegen wucherischer Ausbeutung der Zwangslage der Verbraucher durch Landwirte, durch Großspekulanten und Kleinhändler, — Anschuldigungen, denen, soweit ihnen ein berechtigter Kern innewohnt, die Regierung durch eine Fülle geeigneter Gegenmaßnahmen den Boden zu entziehen sucht.

Erfreulicherweise mehren sich aber gerade in der letzten Zeit die Anzeichen eines wachsenden Verständnisses zwischen den beiden großen wirtschaftlichen Gruppen und damit einer gerechteren Beurteilung der Schwierigkeiten, die in Zeiten, wie den jetzigen, niemandem erspart bleiben. Auch in Blättern, die durchaus nicht „agrarisch" sind, wird vor den so weit verbreiteten irrtümlichen Anschauungen über Gestehungskosten und Reinertragsverhältnisse bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Jetztzeit gewarnt und darauf hingewiesen, daß die Anschuldigungen, die wegen angeblicher Zurückhaltung notwendiger Nahrungsmittel wider ihre Erzeuger erhoben werden, oft recht wenig begründet sind. Auf der anderen Seite fordern gerade auch die den landwirtschaftlichen Kreisen am nächsten stehenden Parteirichtungen, daß allen unnötigen Verteuerungen der täglichen Bedarfsgegenstände mit größter Entschiedenheit entgegengetreten wird und verurteilen schärfstens die Ausbeutung der gegenwärtigen Lage zum Vorteil einzelner Personen. Landwirte erinnern daran, daß gerade diejenigen Bevölkerungskreise, die auf eine billige Versorgung mit Nahrungsmitteln hoffen, im entscheidenden Zeitpunkt zum großen Teile für den Schutz der Landwirtschaft eingetreten sind und daher heute mit Recht von ihr eine genügende Lebensmittelversorgung erwarten dürfen. An alle Berufsgenossen richten sie deshalb die dringende Mahnung, mit verkaufsbereiten Nahrungsmitteln nicht zurückzuhalten, sondern ihre Zufuhr an den Markt tunlichst zu beschleunigen.

Es darf bei solchen sich mehrenden und hoffentlich von durchschlagendem Erfolg begleitetem Vorgehen erhofft werden, daß Auffassungen innerhalb der verschiedenen Bevölkerungskreise verschwinden, die der einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte, die der Krieg verlangt, nur Abbruch tun können.

Die Zeit 4./XII. 1915

47

Das Wiener Gewerbe im Kriege.

Der Krieg hat im gewerblichen Leben Wiens große Verschiebungen bewirkt. Die geschwächte Konsumkraft der Bevölkerung, der Rohstoffmangel und die vielen Einberufungen haben tiefe Spuren zurückgelassen, die wahrscheinlich nicht so bald zu tilgen sein werden. Der Steuerkataster der Gemeinde Wien führt über alle Gewerbebetriebe genau Buch. Wer eine Werkstatt eröffnen oder einen Handel beginnen will, der ist zur Anmeldung beim Magistrat verpflichtet, wo dann seine Besteuerung durchgeführt wird. Die Steuerbücher wissen daher genau darüber Bescheid, wie es dem Gewerbe geht.

Vom Gesichtspunkt des Steuereinhebers ergibt sich zunächst als hervorstechendste Erscheinung die Tatsache, daß die Zahl der neuen Gewerbeanmeldungen im Kriegsjahr gegen die Friedensmonate um etwa die Hälfte zurückgegangen ist. Wenn in den letzten Friedensjahren durchschnittlich 1000 bis 1200 neue Gewerbetreibende beim Magistrat angemeldet wurden, ist ihre Zahl im Kriege auf 400 bis 600 gesunken. Auf den ersten Blick scheinen diese Ziffern sehr günstig, als das Zeichen eines gewissen Kraftüberschusses trotz aller Kriegsschwierigkeiten. Wenn man aber die vorstehenden Zahlen auf ihre Zusammensetzung prüft, zeigen sich die starken Kriegswirkungen. Es ergibt sich, daß im Frieden die Zahl der neuen männlichen Gewerbeinhaber durchschnittlich doppelt so groß war als die Zahl der Frauen. Heute haben bei den Neuanmeldungen die Frauen an Zahl die Männer erreicht. Die Einberufenen und die Gefallenen werden so durch Frauen ersetzt. Auch das Alter der neuen Gewerbeinhaber ist für die Kriegszeit sehr charakteristisch: die Mehrzahl von ihnen stand früher im Alter zwischen dem dreißigsten und vierzigsten Lebensjahre. Die Dreißig- bis Vierzigjährigen gaben allein jeden Monat gewöhnlich so viel als die Zwanzig- bis Dreißigjährigen und die Vierzig- bis Fünfzigjährigen zusammen. In den letzten Monaten stellten sie nur mehr das gleiche Kontingent wie die zwei anderen angeführten Altersklassen. Die Musterungen haben überall gesiebt und scheinen bei allen drei Stufen den gleichen Prozentsatz Ungeeigneter zurückgelassen zu haben. Die Ziffer ist auf allen drei Stufen die gleiche und auf jeder bedeutend niedriger als im Frieden. Gestiegen ist bloß die Zahl der Gewerbeanmelder zwischen dem fünfzigsten und sechzigsten Lebensjahre. Die Alten, die früher feierten, treten wieder hervor. Und da ihre Zahl gestiegen, die der anderen aber gefallen ist, so bilden sie jetzt einen viel größeren Prozentsatz aller Gewerbeinhaber, als es jemals der Fall war.

Zu den sehr herabgeminderten Neuanmeldungen kommen die beträchtlichen Gewerbeabmeldungen. Derzeit sind im Lebensmittelhandel die stärksten Abgänge zu verzeichnen. Von den rund 3000 Lebensmittelhändlern, die Wien vor Kriegsausbruch zählte, existiert heute ein gutes Fünftel nicht mehr. In der Krisenzeit des vergangenen Frühjahres ist ein Teil abgefallen, die anderen Abmeldungen sind jüngeren Datums. Der Abgang wäre noch viel stärker, wenn nicht an Stelle vieler gesperrter Geschäfte neue erstanden wären. Von den kleinen Greißlern haben sich viele schon im Frieden nur kümmerlich durchgeschlagen. Ihr Kapitalmangel lähmte schon das Geschäft zu einer Zeit, als Waren noch gern auf Kredit geliefert wurden. Seit es keinen Kredit mehr gibt, haben sie sperren müssen. Die Betriebe, die zurückgeblieben sind, gehen aber desto besser, weil sich der Kundenstock jetzt auf weniger Geschäfte verteilt und die höheren Preise bessere Verdienstmöglichkeiten bieten. Neben den Lebensmittelhändlern haben im Frühjahr die Fleischhauer die größten Ausfälle zu verzeichnen gehabt. Die Steigerung der Fleischpreise und der Konsumausfall machten rund ein Fünftel der bestehenden Geschäfte nicht mehr lebensfähig. Nach den Fleischhauern kommen die Bäcker. Hier konnte aber eine ziemlich große Anzahl von Betrieben

nach dem Ende der Weihnachtseinkäufe wieder geöffnet werden.

Neue Freie Presse
5./XII. 1915

Uebersiedlung der Görzer Handelskammer nach Wien.

Wien, 4. Dezember.

Die Handels- und Gewerbekammer in Görz, welche pflichtgemäß bis zur letzten Stunde auf ihrem Posten blieb, um den militärischen Behörden und den Zivilbehörden an die Hand zu gehen, sah sich vor wenigen Tagen in die Notwendigkeit versetzt, ihre Amtstätigkeit in Görz einzustellen, weil einerseits das Kammergebäude durch die feindliche Beschießung arg gelitten hat, anderseits das Geschäftsleben in der beschossenen Stadt fast ganz aufgehört hat. Die Kammer ist infolgedessen nach Wien übersiedelt und hat provisorisch ihren Sitz bei der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, 1. Bezirk, Stubenring Nr. 8—10, aufgeschlagen. Sprechstunde des Kammersekretärs Anton Visiach ist täglich von 11 bis 12 Uhr vormittag.

Neue Freie Presse 5./XII. 1915

Wiener Geschäftsleben im zweiten Kriegsjahr.

Ein Rückblick und eine Umschau.

Wien, 4. Dezember.

Ein amerikanischer Arzt hat auf der Durchreise von Serbien, wo er Chef der amerikanischen Roten-Kreuz-Mission gewesen, zum erstenmal Wiener Pflaster betreten und blieb einige Tage hier, um sich von den Aufregungen und Strapazen der letzten Wochen zu erholen, bevor er die umständlich gewordene Reise nach Amerika antrat. Nachmittags war er in Wien angekommen, nach einem auffrischenden Bad durch die Innere Stadt gebummelt und als er ins Hotel zurückkam, war er fassungslos.

„Himmel," rief er, „sehe ich Spukgeister, träume oder wache ich? Ist das die Hauptstadt eines Landes, das seit sechzehn Monaten nach drei Fronten einen furchtbaren Krieg führt? Dieses Leben in den Straßen, diese blendenden Auslagen, dieser Luxus, diese schönen eleganten Frauen! Wie muß dieses Wien erst sein, wenn Frieden auf Erden herrscht?" Und als nun der Portier auf ihn zutrat und bedauernd erklärte, daß für die Hofoper keine Karte mehr aufzutreiben sei, da schüttelte der Amerikaner den Kopf und murmelte: „Das muß ich drüben erzählen, man wird es kaum glauben wollen."

Ja, Wien lebt, atmet mit kräftigen Lungen, schreitet, während im Norden und Süden, im Osten und Westen um Sein und Nichtsein gerungen wird, seinen Gleichschritt weiter, und nur der ganz Eingeweihte, nur wer ganz unter die Oberfläche schauen kann, merkt gewisse Veränderungen.

Das ist eine der großen Verblüffungen dieses Krieges. Als an einem schwülen Julitag das Wort „Krieg" gellend durch die Straßen gerufen wurde, schien das Leben erschlagen zu sein. Und auch späterhin wollte es einsichern, in Agonie versinken. Wir haben ja heute leider schon eine ganze Spanne Kriegsrückblick, und man muß nur die Erinnerung um ein Jahr zurücklaufen lassen, der Wochen vor den ersten Kriegsweihnachten 1914 gedenken. Das Geschäftsleben stockte damals in bedenklicher Weise. Wer seinen Laden auf Luxus eingestellt hatte, wollte verzagen. Die Inhaber großer Modehäuser, vornehmer Galanteriewarengeschäfte und die Geschmeidehändler waren in ruinöser Stimmung, viele trugen sich ernstlich mit dem Gedanken, auf Kriegsdauer zu schließen. Einer der ersten Wiener Juweliere erzählte um diese Zeit des Vorjahres im Freundeskreise, daß er innerhalb einer Woche ungefähr so viel eingenommen habe, wie seine Monatsrechnung für Elektrizität beträgt. Und Aehnliches hörte man von allen anderen Kaufleuten erzählen, die mit ihren Waren nicht den Bedürfnissen der großen Massen, sondern denen der oberen Zehntausend dienen.

Die Schwarzseher blickten damals mit einiger Berechtigung sehr ernst in die Zukunft. „Wie wird das erst werden," sagten sie, „wenn der Krieg noch ein Jahr dauert?" Und sie sahen im Geiste dunkle Straßen, in denen nichts wahrzunehmen ist als herabgelassene Rollbalken, verdüsterte Menschen und Armut, nichts als Armut.

Also, es ist anders gekommen, und zwar gründlich anders. Millionen von Kronen sind im Inland in Umlauf geblieben, neue Vermögen sind entstanden, über Nacht sind kleine Geschäftsleute, Fabrikanten mit Miniaturbetrieben zu reichen Leuten geworden. Facharbeiter, die im Dienste der Kriegsindustrie tätig sind, haben ungeahnt hohe Löhne, Offiziere, die monatelang ein entbehrungsreiches Leben an der Front geführt haben, bringen auf Urlaub ihre zu stattlichen Summen angewachsenen Kriegsgagen nach Wien.

Wieder steht Weihnachten vor der Tür und mit ganz anderer Stimmung, mit ganz anderer Lebenskraft sieht nach einer Reihe weltgeschichtlich bedeutungsvoller Siege Wien dem Feste entgegen.

Wenn die Wiener Geschäftsleute heute noch Grund zur Klage haben, so sicher nicht deshalb, weil sich die Käufer nicht einstellen, sondern höchstens, weil es ihnen nicht immer möglich ist, die Gunst des Tages auszunützen, da es oft an Material und an Arbeitskräften fehlt. Das Luxusgeschäft, das aber durch das eine wie durch das andere nicht so sehr betroffen wird, bringt den Ausfall des Vorjahres wahrscheinlich reichlich herein. Ein flüchtiger Spaziergang durch die Hauptstraßen der Innern Stadt und durch die Mariahilferstraße zeigt am besten, in welchem Maße sich das Wiener Leben wieder emporgeschwungen hat zur Kauflust und Zuversicht. Die Pelzgeschäfte sind jetzt mit Aufträgen überhäuft und die Nachfrage nach Luxusfellen, nach Edelmarder, Chinchilla, Persianer und sogar nach dem köstlichen Zobel, ist größer als seit vielen Jahren. Wer aber heute seiner Frau einen Weihnachtspelz machen lassen will, muß sich beeilen, denn die meisten Aufträge können erst im neuen Jahr ausgeführt werden. Dasselbe gilt für die Modesalons. Regste Kauflust, Nachfrage nach dem besten Material, das oft sehr schwer zu beschaffen ist. Aber auch die mittleren und kleineren Häuser sind vollauf beschäftigt, und nur dort, wo der weniger bemittelte Bürgerstand seine Bedürfnisse deckt, klagt man über schlechten Geschäftsgang.

Außerordentlich ist das Juwelengeschäft geworden. Agrarier, die nicht Gold für Eisen, sondern Fleisch für Gold geben, mühelos reich gewordene Kaufleute und andere, deren Weizen heute blüht, machen Einkäufe und werden sogenannte unveränderliche Werte, wie Perlenschnüre und Solitäre, der kunstvollen Geschmeidearbeit vorgezogen. Es gibt Leute, die Hunderttausende in Edelsteinen gewissermaßen anlegen. Ein Wiener Stadtjuwelier erzählt, daß dieser Tage ein Herr, dessen Namen er nicht einmal kennt, sich von ihm die kostbarsten Stücke vorlegen ließ und, ohne lang zu feilschen, eine Agraffe aus zwanzig großen Diamanten für hunderttausend Kronen erstand.

Noch trennen uns drei Wochen vom Weihnachtsfest und schon hat das Spielwarengeschäft einen ganz erheblichen Umfang angenommen. Die Nachfrage ist hier stärker als das Angebot, da Deutschlands Spielwarenindustrie heuer nicht so leistungsfähig ist wie sonst und auch der Import mit großen Verzögerungen verbunden ist. Auch in Spielwaren wird die solide teuere Qualitätsware in erster Linie gesucht.

Die zweite Kriegsweihnacht wird also allen Voraussetzungen und allem dem zuwider, was man als selbstverständlich annahm, nicht in einer toten, verkümmerten und verarmten Stadt gefeiert werden, sondern in einer, die sich nicht beugen ließ, die leben will, eben weil ihre Söhne draußen im Felde um das heilige Leben, um das Gedeihen und den Wohlstand der Monarchie kämpfen und bluten. Der amerikanische Arzt wird seinen Landsleuten von diesem Wunder an Lebenskraft und Lebensbejahung erzählen und dadurch manche Legende zerstören. Legenden, erzeugt von unseren Feinden, denen haßerfüllte Wünsche zu Vätern ihrer Gedanken werden.

Arbeiterzeitung
5./III. 1915

1
50

Geschmacklosigkeiten.

In einem trefflichen Artikel im „Zwiebelfisch" wendet sich H. v. W. gegen die Verniedlichung des Weltkrieges durch Zuckerbäcker und Souvenirfabrikanten und nicht minder treffend gegen die Spießer, die das geschmacklose Zeug kaufen, das jene fabrizieren, die mit dem Patriotismus ein Geschäft machen wollen. Er weist darauf hin, daß alle möglichen Heerführer auf Schokolade und auf Zuckergebäck verewigt sind, und wendet sich mit Recht gegen derartige und andere Geschmacklosigkeiten. Den Leuten mit den Zuckerideen, schreibt er, ist nichts mehr heilig, über alles zieht sich allmählich der süßliche Schleim ihrer Einfälle. Pfefferminzplätzchen findest du in explodierenden Bomben, die innen nach „Papiermaché" stinken; aus Hindenburgs Marschallstab rollen Pralinees, in Seeminen verbergen sich harmlose Süßigkeiten mit Himbeerinhalt.

Ganze Warenhäuser aber sind angefüllt mit Sofakissen, auf denen Bilder unserer Heerführer mit ihren Wahlsprüchen aufgenäht sind, werggefüllte Kissen mit der Forderung: „Immer feste druff!" Flüchtig gemachte Kleinplastiken daneben banalisieren bis zur Unerträglichkeit Hindenburgs prachtvollen Kopf und man muß noch froh sein, wenn sie sich nicht bei näherem Hinsehen als Tintenfaß oder Bierkrug oder gar als Federwischer entpuppen.

Wie niedlich ist doch dieser kleine Krieg, wie amüsant und süß wird selbst das Erhabenste, das Schreckensvollste, wenn es in die Pfoten der Souvenirhändler und Zuckerbäcker gerät, die alles mit ihren Einfällen wie mit Zuckerschleim überziehen! Draußen, rings um uns herum in endlosen Reihen, Winters im Schnee, Sommers in Glut, liegen unsere Brüder und Freunde, leiden, entsagen oft dem Nötigsten, halten aus. Tod und Verderben sprüht ohne Unterbrechung ringsum; kein Haus im Lande, kein einziges Menschenherz weit und breit, bei dem nicht Leid und Kummer eingekehrt wären, wieder und wieder, und da sitzen sie geputzt beim Thee oder in der Bar oder im Kabarett. Das Grausen wird ihnen zum unterhaltenden Gruseln, das Leiden der Brüder zum Anlaß kindisch-gemeiner Scherze, die heiligen Waffen unserer blutenden Helden zur Nippsache und zum Spielzeug... Selbst unter der Peitsche des Todes kommt dieser Bande süßer Spießer und ihrer Lieferantensklaven der Ernst nur in der Form clichégewordener Zeitungsphrasen an.

Was für Höllen müssen in der Welt ausbrechen, bis des Spießers Gefühllosigkeit, des Alltagsmenschen Gedankenlosigkeit, des Gesellschaftsfatzken Affigkeit der allereinfachsten Menschlichkeit Platz machen werden, die im Einfachsten wie im Kompliziertesten doch schließlich irgendwo drinnen stecken muß und allein imstande ist, den für saubere Leute so selbstverständlichen Gefühlsakt walten zu lassen, der solche Greuel davonfegen würde wie in einer Windsbraut auf Nimmerwiedersehen!

Da haben die Kommandos jene Postkarten verboten, die eine der gewaltigsten Katastrophen der Weltgeschichte mit einer Flut von Zoten, ekelerregenden Gemeinheiten, unvorstellbaren Dummheiten ohnegleichen begrüßten. Keinem der kriegführenden Völker ist es erspart geblieben, aus diesen bis an die letzten Grenzen niedrigster Gesinnung rührenden Verzerrungen auf einen furchtbaren Tiefstand von Ethik und Geschmack in weiten Volkskreisen schließen zu müssen. In Italien, Frankreich, England sind sie heute noch zu finden! Aber besser ist es deshalb auch bei uns nicht geworden: nur vorsichtiger sind die Verfertiger. Die Gemeinheit nämlich, die sich in Roheit äußert, ist strafrechtlich greifbar, nicht aber die sich in süßlicher Verniedlichung vorsichtig heranschleichende.

Vor mir liegt eine Reihe Postkarten, einem Bilderbuch für Kinder entnommen. Sie sollen also die Kinder erzieherisch beeinflussen, sie, denen unsere Zukunft anvertraut ist. Sie malen den Einfluß des Krieges auf das Spiel der Kinder. Eine der Karten bringt einen Vers vom Roten Kreuz: „Wohltaten ohnegleichen — Erweisen wir im Feld, — Des Roten Kreuzes Zeichen — Ist heilig in der Welt." Darüber das Bild: zwei Bübchen, die auf einer Bahre einen Teddybären tragen; am Boden liegen neben einer Medizinflasche zwei zerbrochene Puppen; einer von ihnen ist der Kopf abgerissen: eine dritte liegt verbunden im Puppenbett. Eine andere Karte zeigt den Abschied bei der Mobilmachung: „Teures Weib, gebiete deinen Tränen! Laß mich ziehen! Mich ruft das Feldgeschrei. Und die Feldpost stillt gar bald dein Sehnen, Bringt die gute Nachricht — portofrei!" Darüber „die kleinen Helden"! „Hei, wie sie so tapfer stehn — der eine hat ein Püppchen auf dem Arme und klopft Mütterchen auf die Schulter, die dasteht und weint, ach so bitter. Aber Brüderlein schwingt schon das Schwert, kühn weht 's Federchen auf dem Papierhelm. Bärchen aber hockt auf dem Boden und weiß nicht, warum alle so traurig sind. Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will. Nicht wahr, ihr

Arbeiterzeitung 5./XII. 1915

II
57

Schönmachkofighaiten.

Bübchen, schon fühlt auch ihr im kleinen Herzchen die Größe unserer Eisernen Zeit?" So oder ähnlich hätte sicher dereinst in aufwallender Begeisterung die „Gartenlaube" oder „Von Haus zu Haus" oder sonst eines dieser „allerliebsten" ekelhaften Familienblättchen das süße Bildchen glossiert.

Diese und ähnliche Karten nun wurden herausgegeben in der furchtbaren Zeit der Sorge um das Ringen in den Karpathen, als die Gefahr noch groß war, daß unser Bundesgenosse dem gewaltigen Anprall der russischen Uebermacht erliegen würde, als ein Zusammenbruch bevorzustehen schien, der eine jahrhundertealte Kultur in Trümmer zu schlagen drohte und Millionen von Menschen unter die Herrschaft Nikolai Nikolajewitsch' schmettern konnte. Da kamen in Wien diese Karten heraus als offizielle Karten des Roten Kreuzes im Verlag des Kriegshilfsbüros des Ministeriums des Innern! Das Ministerium selbst wird kaum dafür verantwortlich zu machen sein. Wer aber ist es, der in diesem Hilfsausschuß als künstlerischer Beirat sitzt und in solch furchtbaren Tagen jedes Gefühls für die Enttäuschung bar war, die unsere aus jener Hölle heimkehrenden Verwundeten beim Anblick solch scherzhafter Wirkung ihrer Leiden und Taten auf die Zurückgebliebenen empfinden müssen?! Aber selbst diesen empfindungslosen Herrn kann man schließlich verstehen: ihm war der gute Absatz Hauptsache, der ja auch dem Roten Kreuz zugute kam, und er wird sich immerhin verteidigen können: die Karten hatten Erfolg und fanden Beifall, gerade diese Art ist beim Publikum beliebt.

Die Anklage muß erhoben werden gegen jene Kreise des Publikums, deren Geschmack und Empfindungsstumpfheit solche Scherze entsprechen, derart entsprechen, daß sie hiefür sogar jene letzten Zehnerln hergeben, die sie ihrem schwer bedrängten Vaterland ohne Gegenleistung nicht geschenkt hätten! Jene Schicht von Leuten ist es, die sich in „guter Gesellschaft" und im Bürgertum zahlreicher finden als beim Volke, die aber zäh zusammenhängen in der ganzen Welt durch die Mittelmäßigkeit, die für alles, was sie tun und lassen, alleinige Richtschnur ist. Diese Mittelmäßigkeit, gepaart mit jener Unechtheit, die allem Nachempfundenen und niemals ganz Durchempfundenen anhaftet, beherrscht ihren Geschmack und ihr Urteil in Dingen der Politik, der Kunst und Literatur, der Wissenschaft. Von jedem haben sie ein Schlagwort oder zwei, das als Ausdruck ihres Urteils genügt. Ihre Sitten in Gesellschaft und Geschäft sind festgelegt seit Urzeiten und leben weiter, obwohl sie längst vermodert sind. Der Kodex ihrer Sitten und Gebräuche ist allem in der Welt gewachsen; kleinen Umfangs ist er und wenig kompliziert, genau wie ihr Wortschatz. Ihr Urteil ist: Ja ja, nein nein; was darüber ist, das ist vom Uebel. Nuancen sind verpönt, Ungewöhnliches wird abgelehnt oder eingekastelt in Register unter „Bös" oder „Häßlich" oder „Unfein" oder, wenn es zwar unverständlich, aber schließlich erträglich ist, unter „Originell". Sie sind ehrbar und korrekt und geben den Ton an im Frieden und im Weltkrieg, im Himmel und in der Hölle, und ihre Seelen sind vertrocknet und auf ewig unfruchtbar wie die Toten in dem Mumienkeller von Palermo. Sie sind der wahre Feind, nicht für uns allein, sie sind es für die ganze Welt, für jedes Volk, das sich nach dieses Blutvergießens schrecklichster Prüfung den großen Aufschwung erhofft, die Reinigung der Menschen, ihres Verkehrs, ihres Strebens und Schaffens. Solange diese Bande, die jedes Fortschritts ewig zäh am Boden klebender Hemmschuh ist, weil sie zum kleinsten Schritt vom glatten Alltagsweg weder die Kraft noch auch nur die geringste Lust hat, nicht mit Pech und Schwefel bekämpft und ausgemerzt wird, solange wird es beim alten bleiben, solange wird die Welt eine „gute Stube" sein oder wieder werden, in der jeder frische Luftzug den Schreckensruf auslöst: „Türen zu — es zieht!"

Und wer es nicht glaubt, daß selbst nach zwölf Monaten dieser seit Jahrhunderten größten Schreckenszeit ganze Menschenschichten unberührt von allem sind, als ob nichts passiert wäre, der höre von ihrer neuesten „originellen Schöpfung". Sie nimmt Rücksicht auf den Fall, daß einer Familie ein lieber Angehöriger im Kriege fällt. Dann stellen sich diese . . . Mumien in die gute Stube eine kleine Nippsache hinein: eine abgebrochene Säule oder einen schwarzen Block vom Aussehen eines Uhrständers. Daran in einem Medaillon das Bild des Gefallenen, unter diesem (natürlich) als Zier das Eiserne Kreuz. Aus Gips. Die Händler, die die Gesinnung ihrer Kunden kennen, stellen es in ihren Fenstern aus, im ganzen Reiche, in Posen ebenso wie in der Kunststadt München, darüber ein Plakat:

ZEITGEMAESS!
TOTENKULT IM ZIMMER!
ZIMMERDENKMAL!
RELIGIOESE ERHEBUNG!

Und diese Greuel werden gekauft! Die Schaufenster zu zerschlagen und diese Produkte der „Andenken"-Industrie unter die Hufe der Pferde zu werfen ist gesetzlich verboten. Menschen, die auf das Schmerzlichste, was Menschenherzen erschüttern kann, den Verlust eines liebsten Menschen, dadurch reagieren, daß sie die Majestät des Todes, ja die des Heldentodes so . . . scherzhaft infam verniedlichen, solche Menschen zu töten ist vom Gesetz mit hohen Strafen belegt! Sie mit geistigen Waffen bekämpfen ist ein Boxen gegen Gummiwände.

Und doch: auch Gummi ist nicht unvergänglich. So werden wir den ewig vergeblichen Kampf weiterführen um des Kampfes selbst willen und nur als Banner die schwache Hoffnung tragen, daß einmal, ganz spät vielleicht einmal, der große Aufschwung der Sitten und des Geisteslebens doch kommen muß.

Die Zeit
8/XII. 1915

52

Das kommende Weihnachtsgeschäft.

In vergangenen Jahren war das Weihnachtsgeschäft jedesmal der Gipfelpunkt des kaufmännischen Lebens. War das Weihnachtsgeschäft gut, dann gab es eine gute Bilanz. Sonst war das Jahr verloren. Der Geschäftsmann kaufte für Weihnachten ein und hielt für die Weihnachtszeit seine besten Reserven zurück. Im Weihnachtsgeschäft mußte die Masse den Gewinn bringen. Die Konkurrenz war drückend, im Preis sowohl wie in der Qualität, und wer da nicht unbedingt Schritt halten konnte, blieb als wirtschaftliche Leiche liegen.

Heuer ist das Weihnachtsgeschäft anders orientiert. Von dem erdrückenden Warenangebot der letzten Friedensjahre ist auf keinem Gebiet etwas zu merken. Galt es früher, das Beste in der reichsten Auswahl vorlegen zu können, so genügt es diesmal, überhaupt Ware zu haben. Und es ist nicht so einfach, zur Ware zu kommen. Besondere Kriegsmaßnahmen haben in einzelnen Industrien die Erzeugung eingeschränkt, um mit den Materialien hauszuhalten. In anderen Industrien wäre die Erzeugung frei. Aber es fehlt an Arbeitern, um große Vorräte vorzubereiten. Fabrikanten und Zwischenhändler, die früher den Detailkaufmann gegen langfristige Kredite mit Waren überschütteten, sind jetzt sehr zurückhaltend. Der Kaufmann, der heute ein großes Schaufenster mit hübschen Dingen füllen will, muß Stück für Stück bar bezahlen. Da schafft man, auch wenn alles ohne Schwierigkeiten und im Ueberfluß zu haben wäre, sehr vorsichtig an, wägt bei jedem Stück Verkaufsmöglichkeiten und Gewinnchancen. Und da es der Konkurrent von nebenan oder gegenüber genau so tut, gibt sich niemand übertriebene Mühe, den Käufern durch ein reiches Warenlager zu imponieren, trachtet niemand mehr, durch besonderen Glanz blenden zu wollen. Man kauft soviel zusammen, als das Geschäftskapital erlaubt und man mit gutem Nutzen anzubringen glaubt. Darüber geht man nicht hinaus, um so mehr als man weiß, daß die Käufer ausgehungert sind.

Diese Verhältnisse bedingen es, daß das kommende Weihnachtsgeschäft in der Hauptsache, soweit es sich um die Weihnachtskäufe der breiten Schichten handelt, ein reines Zweckmäßigkeitsgeschäft sein wird. Was zum Bedarf des täglichen Lebens gehört, wird jetzt schon stark gekauft und wird bis über den Neujahrstag hinaus stark eingekauft werden. Es fehlt aber auch hier überall der besondere Weihnachtszuschnitt. Wer heute in der Innern Stadt oder in der Mariahilferstraße aufmerksam die Schaufenster betrachtet, der findet, daß die Weihnachtshinweise, unter anderen die Bezeichnung „Weihnachtsokkasion", viel seltener sind als früher. Auch der hübsche Weihnachtsaufputz fehlt vielfach. Die Waren liegen geschmackvoll geordnet in den Fenstern. Das Lockmittel bilden heute große Preistafeln, die heuer auch bessere Geschäfte anzubringen nicht verschmähen. Weiß man doch, daß das große Publikum über wenig Geld verfügt, daß die Mittelstandshaushaltungen, die früher für Weihnachtseinkäufe etwas erübrigen konnten, infolge der Teuerung nichts erspart haben. Man weiß auch, daß das Publikum über die Teuerung auf allen Gebieten tief verstimmt ist, daß gar mancher einen dringenden Einkauf aufschiebt, weil er unangenehme Ueberraschungen befürchtet, wenn er in einem Laden nach dem Preis fragt. So sucht man den Käufern entgegenzukommen, indem man die Preise groß anschreibt. Wenn man sonst irgendwo noch andere Anschreibungen sieht, dann handelt es sich meist um die Anpreisung von Liebesgaben, deren Einkauf heuer, wie schon im Vorjahr, einen besonderen Teil des Weihnachtsgeschäftes bildet. Sonst sind noch in den Kliehengeräthandlungen Anschreibungen zu sehen, die Ersatzstücke für die dem Kriegsmetall zum Opfer gefallenen Geräte empfehlen. Schließlich fehlt nicht die Spielwarenindustrie, ohne die ein wirkliches Weihnachtsgeschäft undenkbar ist. Auch sie hat diesmal ihren Kriegszuschnitt. Es wimmelt von Kinderkanonen und Kindergewehren, Säbeln und Tschakos, Lazarettzügen und Roten Kreuzspitälern.

Stärker als sonst scheint der Handel mit kostbaren Nippes und verfeinertem Hausrat vertreten zu sein. Eine ganze Reihe solcher neuer Geschäfte ist in der letzten Zeit erstanden. Sie rechnen mit den neuen Schichten derer, die im Krieg zu Wohlstand kamen, mit den „neuen Millionären", und scheinen dabei gut auf ihre Rechnung zu kommen. Auffallend ist auch der Aufschwung des Juwelengeschäftes, der in den letzten Monaten zu verzeichnen war und um die Weihnachtszeit seinen Höhepunkt erreichen dürfte. Nicht zu übersehen ist, daß trotz Verteuerung des Goldwertes um mehr als ein Drittel die neuen Goldjuwelen eine Tendenz zur Massivität zeigen. Ring- und Kettengold werden dicker geformt als früher, Boutons und Kolliers sind massiver geworden. Daneben gibt die Erzeugung von Kriegsfürsorgeartikeln aus Edelmaterial dem Juwelenhandel noch immer Verdienst.

Stark ist auch die Nachfrage nach Pelzwerk. Im Sommer hatte sich der Pelzhandel schon darauf vorbereitet, billig verkaufen zu müssen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Preise sind gestiegen und die Nachfrage dauert fort.

Die Hauptsache bleibt aber doch das Geschäft mit Massenartikeln. Fehlt auch hier der gewohnte Schwung, werden vielleicht auch die gewohnten Riesenumsätze ausbleiben, die Kaufleute werden gleichwohl auf ihre Kosten kommen.

Die Zeit 9./XII. 1915

Die neuen Millionäre.

Durch die Finanzpresse ging kürzlich die Meldung, der Trust, der die südafrikanischen Diamantlager exploitiert, habe die teilweise Wiederaufnahme der bis nun stillgestandenen Arbeit in den Gruben beschlossen, weil er mit einer neuen lebhaften Nachfrage nach Diamanten rechne, hervorgerufen durch die neuen Reichen, die durch den Krieg zu Geld gekommen sind. Wenn die Meldung nicht richtig sein sollte — sie ist bisher nicht dementiert worden —, so wäre sie sicherlich gut erfunden. Nie noch ist neuer Reichtum in solcher Fülle erstanden, nie noch sind so viele Homines novi, die sich fortan zu den Besitzenden rechnen dürfen, in so kurzer Zeit erstanden wie in diesem Kriege. Das ist auch ganz natürlich. Nie noch sind Kriege mit so ungeheuren Mitteln finanziert worden wie jetzt, und noch nie konnte der Kreis derjenigen, die an der Lieferung von Kriegsmaterial teilnehmen, so groß sein wie heute. In Oesterreich-Ungarn allein sind bisher dreizehn Milliarden an Kriegsanleihe aufgebracht worden. Nehmen wir an, daß der Staat diese dreizehn Milliarden bereits vollständig, und zwar zum allergrößten Teil im Inland ausgegeben hätte, so muß ein großer Teil dieses Geldes in Form von Gewinnen in den Händen der Kriegslieferanten zurückgeblieben sein. Ein „großer Teil" von dreizehn Milliarden ist aber eine so riesenhafte Geldsumme, daß für den einzelnen noch immer ein Vermögen bleibt, wenn sich auch noch so viele darin teilen müssen. Außer den eigentlichen Kriegslieferungen sind aber noch die enormen Zwischengewinne in Betracht zu ziehen, die von Händlern und Produzenten durch die künstliche Teuerung aller Bedarfsartikel erzielt wurden. Es ist schwer zu sagen, wo mehr neue Vermögen gemacht wurden: bei den Kriegslieferungen oder beim Kriegswucher mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die vielen neuen Vermögen im Geschäftsleben vielfach in Erscheinung treten. Die neuen Reichen haben Luxusbedürfnisse, und suchen sie zu befriedigen. Vom Essen angefangen bis zu Kleidung, Wohnung und dem Verlangen nach Schmuck und Amüsement. Auf allen Märkten sind sie zu gewahren. Nichts ist dafür bezeichnender als eine Beobachtung, die hierüber von einem Inhaber eines kleinen, aber eleganten Wiener Geschäftes gemacht wurde, eine Beobachtung, die auf den ersten Blick so geringfügig scheinen könnte, daß man fast geneigt wäre, sie zu übersehen, die aber Bände spricht. Die Tatsache, die sie beinhaltet, ist verbürgt. Das kleine Geschäft, von dem hier die Rede ist, liegt in einer schmalen, aber sehr verkehrsreichen Straße in unmittelbarster Nähe des Stephansplatzes. Es ist so schmal, daß es nur eine Türöffnung hat und in der Länge kaum fünfzehn Schritte mißt. Die Türöffnung muß noch einem kleinen Schaufenster Raum geben. So klein das Ganze ist, so hochmodern ist alles eingerichtet. Es sind ausschließlich Damenmodeartikel, vom kostbaren Pelz angefangen bis zum eleganten Abendkleid und raffinierter Wäsche. Bis vor einem Jahr kaufte hier nur die exklusivste Demimonde ein. Die Kundinnen des Geschäftes sind einander fast ohne Ausnahme bekannt. Kamen einmal drei bei einem Einkauf zusammen, so standen vor dem kleinen Laden auch gleich drei prachtvolle Autos, darunter wenigstens ein Elektromobil. Es kann ohneweiters gesagt werden, daß früher als Käufer außer dieser Art der Demimonde nie ein Mensch das Geschäft betrat, das wir im Auge haben. Das einzige in die Türöffnung eingebaute Schaufenster diente als Abschreckung. Dort war jedesmal ein Auslagstück von so erlesener Pracht, daß Leute mit gewöhnlichen Taschen an ihm rasch vorbeieilten und sich im Gedanken an den vermutlichen Preis bekreuzigten. Seit einiger Zeit ist das alles ganz anders geworden. Noch immer liegt je ein prachtvolles Auslagestück im Schaufenster der Türöffnung. Aber heute gibt es schon recht viele Frauen, die der Gedanke an den Preis nicht schreckt, wenn ihnen das Stück nur gefällt. Frauen, die für eine elegante, schön gearbeitete Bluse dreihundert Kronen ohne viel Bedenken ausgeben. Frauen, denen man ansieht, daß sie noch vor einem Jahre viel, viel billiger einzukaufen gewohnt waren, und daß ihnen auch heute noch die Dessous fehlen, die zu der teuren Bluse gehören. Die Fälle, daß solche Käuferinnen das Geschäft in der Nähe des Stephansplatzes betreten, sind, wie gesagt, nicht selten. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich zurechtzulegen, daß der neue Reichtum im Kriege erstanden ist.

Die feine Konfektion profitiert überhaupt sehr stark von den neuen Reichen. Die Pelzmode war schon lange nicht so üppig wie heuer. Und trotz der Ueppigkeit herrscht gute Nachfrage. Was ein Zeichen ist, daß viele Leute sich neue Pelze zulegen. Die feinen Läden in der Innern Stadt, die fertige Blusen, Schlafröcke, feine Wäsche und teures Schuhwerk verkaufen, finden guten Absatz. Die Kunden sind neue Gesichter, die früher in diesen Geschäften nicht zu sehen waren. Die Nachfrage nach Schmuck und Juwelen ist über alles Erwarten groß. Kein Juwelier war auf diese glänzende Konjunktur gefaßt. Einzelne Wiener Theater haben ein neues Logenpublikum. Es besteht aus Leuten, die erst im Krieg Interesse und Geschmack an Logensitzen gefunden haben. In der Umgebung Wiens hat eine Unzahl von Villen neue Besitzer gefunden. Es sind Leute, die früher mitunter recht bescheiden wohnten. Der Handel mit kostbaren Möbeln, Bildern und Antiquitäten floriert schon seit Monaten wie noch nie. Und die Wiener Antiquitäten- und Bilderhändler, die früher gewöhnt waren, von einem oder zwei Dutzend Stammkunden zu leben, empfangen in ihren Geschäften Menschen, die sie noch nie gesehen haben, die aber gegenüber den alten Kunden den Vorzug haben, daß sie weniger wählen und sogar noch bereitwilliger zahlen.

Als die Kunde von dem neuen Reichtum ruchbar wurde, da hieß es vielfach, die neuen Leute würden es nicht verstehen, ihr Geld zu wahren. Man dachte an das Sprichwort: Wie gewonnen, so zerronnen. Die Vermutung hat sich als unrichtig erwiesen. Die neuen Leute verstehen, soviel man sieht, ihr Geld zu wahren; wie man oft hört, sogar noch zu vermehren, und wie sich auf Schritt und Tritt zeigt: sie verstehen auch zu leben. Das Wort, daß der Mensch sich an nichts so leicht gewöhnt wie an ein gutes Leben, hat sich hier selbstverständlich bewahrheitet.

Neue Freie Presse 12./XII. 1915

Erlebnisse im erschöpften Wien.

Auskunft in den Juwelengeschäften: Verdoppelung des Umsatzes im Vergleiche mit dem Vorjahre. Ergebnis der Nachfrage in den Modegeschäften: Der Umsatz war im November anderthalbmal so groß wie im Vorjahre. Aus den Schuhgeschäften: Die Damenschuhe sind luxuriöser als jemals zuvor. In den großen Warenhäusern: Der Umsatz ist fast so normal wie in den Friedensjahren.

Wien, 11. Dezember.

Die Feindseligkeit gegen den Luxus ist beinahe so alt wie das menschliche Geschlecht. Epikur, der Schöpfer der Glückseligkeitslehre, hat die Genüsse unterschieden in natürliche und notwendige, die wir ohne Schmerzhaftigkeit nicht entbehren können; ferner in natürliche, aber nicht notwendige, wozu der griechische Philosoph auch die Liebe zählt. Der Luxus, die Ueppigkeit, der Prunk und der Glanz sind jedoch nach seinem strengen Urteile weder natürlich, noch notwendig. Wir möchten uns heute in diesen Streit, der durch die Jahrtausende geht, nicht hineinverirren. Der Einfluß des Hasses gegen den überflüssigen Aufwand war nur gering und hat die Sitten wenig verändert. Der Luxus ist nicht selten hinter dem Sarge der Gegner einhergeschritten und war stärker als Gesetze, Kirche und Tadler. Goethe hat mit dem Auge des Dichters seine Dorothea gesehen: Genügsam scheint das Mädchen und tätig und so gehört ihr die Welt an. Genügsam und tätig sind die Mädchen in der heutigen Gesellschaft weit mehr als in irgendeinem Abschnitte der Geschichte. Sie schaffen vom Morgen bis zum Abend, pflegen die Kranken, helfen im Wohltun und sind zum Erhalten der wirtschaftlichen Betriebe oft gar nicht zu entbehren. Wenn aus den Erregungen des Krieges ein großer Dichter herauswachsen sollte, würde er die Dorotheen in den Straßen, in den Schreibstuben, in den Werkstätten und auch in den häuslichen Familienpflichten erkennen und uns mehr erzählen von den genügsamen und tätigen Mädchen, als von armen, mit glänzenden Flügeln umherflatternden Faltern, die in den Gluten der Leidenschaft versinken. Da so viel Entsagung und Hingabe sich uns täglich zeigen, können wir nicht so griesgrämig sein, den jungen Geschöpfen vorzuwerfen, daß ihre Schuhe vielleicht nicht im richtigen Verhältnis zum Einkommen und zum Ernste der Zeit sind und daß der Rock ein bißchen kurz zugeschnitten wird, damit er die hübschen Stoffeinsätze in den Stieseletten nicht verhülle, und daß auch die Bluse teurer ist, als nach den herben Grundsätzen der Sparsamkeit und der gelehrten Einteilung der Genüsse durch Epikur zulässig wäre.

Die Ansichten über den Luxus haben sich durch tiefere Erkenntnisse vom Wesen der Gesellschaft stark geändert. Die Verachtung des rohen Aufwandes ist noch größer als früher. Durch Ueberladung sich auffällig machen, das Geld durch widersinnigen Gebrauch zur Schau tragen, ist geradezu anstößig geworden. Ein Luxus ohne geistigen Zusatz, ohne Verfeinerung durch wirkliches Behagen, durch Komfort oder Kunst wirkt aufreizend. Wenn die Fürstin Dimitri Woronzow Havannazigarren, das Stück zu achtzehn Mark, raucht, der amerikanische Millionär James Norbett in wenigen Monaten mehrere hunderttausend Dollars für seine Unterhaltung verstreut, die Beispiele sind von Bode, haben wir für so niedrigen Geschmack nur Geringschätzung. In dem Luxus unserer Tage sind jedoch mannigfache Elemente vermischt, die nicht einheitlich und gleichartig beurteilt werden können. Der Luxus stößt häufig auf dieselben Gegenströmungen wie der Reichtum, von dem Schopenhauer sagt, er gleiche dem Seewasser; je mehr einer davon trinke, desto größer werde der Durst, genau so wie beim Ruhme. Das Wort ist hübsch zugespitzt, aber der es gefunden hat, bekannte offen seine Freude, daß er in wahrer Unabhängigkeit leben könne. Er sagte, das sei ein unschätzbarer Vorzug, die Loslösung von der dem menschlichen Leben anhängenden Bedürftigkeit und Plage. Nur durch diese Gunst des Schicksals sei man als Freier geboren, und sie erlange den höchsten Wert, wenn das Vermögen dem zugefallen ist, der, mit geistigen Kräften höherer Art ausgestattet, Bestrebungen verfolgt, die sich mit dem Erwerbe nicht wohl vertragen. Der Luxus in der Gegenwart ist jedoch keineswegs bloß die Eigentümlichkeit der Reichen, und seine tiefsten Quellen sind in Stimmungen, die mit den stärksten Triebkräften unserer Gesellschaft zusammenhängen. Er ist Massenerscheinung geworden, weil der Hang zur Gleichheit sich zur herrschenden Macht entwickelt hat. Die Frauen haben das Gefühl, von ihrer Klassenstufe herabzusteigen, wenn sie in der Kleidung und in manchen Lebensgewohnheiten sich auffällig von den Wohlhabenden unterscheiden. Von diesem Gefühle sind alle Stände geleitet, und niemand wird bestreiten, daß in solchen Empfindungen sich etwas regt, was von der Gesamtheit der Einflüsse, unter denen wir leben, kaum losgelöst werden kann. Selbst die Rechnungen über einen sparsamen Haushalt haben Ziffern, deren Ursprung deutlich auf den Drang zur Gleichheit, auf den Wunsch hinweist, sich nicht durch die Form der Kleidung oder durch ähnliche Merkmale von anderen Menschen abzuheben. Das mag früher Luxus gewesen sein, jetzt gehört es beinahe zu den Genüssen und zu den Einkommensverwendungen, von denen Epikur meinte, daß sie natürlich und notwendig seien.

Der Luxus hat als Massenerscheinung auch einen seelischen Grund. Das Schicksal hat der jetzigen Gesellschaft die Pflicht auferlegt, den eigenen Leib zu den schwierigsten Versuchen herzugeben und Antwort auf Fragen zu finden, die uns als Erbteil vieler Geschlechter überkommen sind. Wir haben mehr zu leiden als früher, und deshalb ist auch das Bedürfnis nach einigen erfrischenden Tropfen von Freude und Glück schwerer zu unterdrücken. Freude und Glück, oft mögen sie nur ein farbiges Band im Haare, eine Schleife am Gürtel, ein Ring am Finger, eine Kette um den Hals oder eine Busennadel sein. Vielleicht auch ein Abend im Schauspiel oder einige Stunden in den hellerleuchteten Räumen eines Kaffeehauses, irgend etwas Besonderes, das hinausführt aus der Eintönigkeit des harten Lebenszwanges. Der weise Epikur hätte, wenn er in unserer Mitte gewesen wäre, solchen Verbrauch nicht in die Genüsse eingereiht, die weder natürlich noch notwendig sind. Aber wir müssen im jetzigen Kriege den Luxus unter einem ganz neuen Gesichtspunkte betrachten. Es dürfte wohl einen Luxus der Erschöpfung geben. Wir hören alle Tage, daß Wien und Oesterreich, vom Mangel getrieben, niederbrechen werden. Die Engländer und die Franzosen sind offenbar einem Naturgesetze auf der Spur, daß Männer und Frauen, wenn sie empfinden, daß ihre letzte Stunde durch Erschöpfung sich nähere, schnell zum Juwelenhändler laufen, um sich für den Rest des irdischen Daseins mit kostbaren Steinen, mit Diamanten und Perlen zu schmücken. Während jeder von uns darüber grübelt, welche Ursachen das Wachsen der allgemeinen Verbrauchsmenge im siebzehnten Monat des Krieges erklären, und die Grenze zwischen echter und scheinbarer Wohlhabenheit ziehen möchte, versichern die Feinde, um ihre eigenen Völker zu täuschen, beständig, daß Wien verkümmere.

Die Geschwisterschaft von Krieg und Not ist hierzulande nie geleugnet worden, und der Wiener mit seinem offenen Kopf und dem hellen Sinn wäre solchem Volksbetruge auch gar nicht zugänglich. Das Hinterland hat auch einen Krieg zu führen, oft nicht minder schmerzensreich als der an der Front. Die Lebensgewohnheiten sind verändert und manches wird schwer erreichbar, was täglicher Bedarf ist, den wir früher achtlos wie die Luft hingenommen haben, weil die Befriedigung durch unerschöpfliche Vorräte verbürgt schien. Aber die Berichte der Kaufleute und Industriellen über die Umsätze in den letzten Monaten sind nicht einfach durch den Hinweis auf die Gewinne der Kriegslieferanten und Besitzer von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu erklären. Die vielen Milliarden, die der Krieg verzehrt, haben einen Niederschlag in weiteren Kreisen, der sich fühlbar macht, mögen auch die späteren Folgen für alle Teile des Volkes drückend werden. Die Erfahrungen aus der Geschichte der Umlaufsmittel wiederholen sich, die Anregungen stellen sich ein und der Reiz wirkt. Wie unbegreiflich ist jedoch, daß der Glaube an die Erschöpfung sich noch immer nicht erschöpft! Die Feinde werden doch nicht ernsthaft meinen, daß in einem Volke, dem nach der Einteilung des Epikur die natürlichen und notwendigen Genüsse, der nackte Lebensunterhalt fehlen, die vielbeachtete Neigung entstehen kann, den Ueberfluß auszudehnen. Warum soll jedoch der wunderbare Siegeszug der beiden Kaiserreiche und ihrer Verbündeten nicht ein gesteigertes Lebensgefühl, nicht einen wachsenden Frohmut und nicht ein befestigtes Vertrauen in die Zukunft hervorrufen? Wenn zur Weihnachtszeit die alte Sitte bleibt, Geschenke den Frauen, den Kindern und den Freunden zu rüsten und durch die Stadt sich die Arbeitsamkeit und das Vorkosten des Glückes, zu geben, verbreitet und die Verdrossenheit verscheucht, wäre der kein Menschenfreund, der dieses stille Weben der Freude nicht als Mittel ansähe, uns für die Kriegssorgen tragfähiger zu machen.

Neues Wiener Tagblatt
12./XII. 1915

55

Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben.

Eine kaiserliche Verordnung.

Die Verhältnisse lassen es als notwendig erscheinen, die schweren Folgen des Krieges auf einem der wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete, nämlich jenem der gewerblichen Betätigung, durch Schaffung gewerberechtlicher Ausnahmsnormen zu mildern. Diesem Bedürfnisse trägt eine heute im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" zur Verlautbarung gelangende kaiserliche Verordnung vom 7. d. betreffend Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben Rechnung. Nach den Dispositionen dieser kaiserlichen Verordnung soll den Berufsangehörigen des Gewerbestandes, die während des gegenwärtigen Krieges Militärdienste leisten, diese Zeit beim Antritte von Gewerben und bei Bewerbung um gewerbliche Dispensen in Anrechnung gebracht werden; der gleiche Vorteil wird auch den zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke herangezogenen sowie den zu freiwilligen Arbeits- oder Dienstleistungen für Kriegszwecke verwendeten, dem Gewerbestande angehörenden Zivilpersonen gewährt. Noch weitergehende Begünstigungen räumt die kaiserliche Verordnung den Kriegsbeschädigten ein, indem sie einerseits vorschreibt, daß die in Invalidenschulen verbrachte Zeit als Verwendung im Gewerbe anzusehen ist, anderseits den kriegsbeschädigten Gewerbetreibenden den Uebergang zu andern Gewerben, und solchen Kriegsbeschädigten, die bisher nicht Gewerbetreibende waren, den Antritt von Gewerben erleichtert. Zu diesem Zwecke werden verschiedene Dispensmöglichkeiten vorgesehen.

Eine besondere Fürsorge wird den erblindeten Kriegsbeschädigten zuteil, die beim Antritt des Korbflechter- und des Bürstenbindergewerbes vom Befähigungsnachweise befreit sind.

Die kaiserliche Verordnung enthält auch Bestimmungen, mit denen zugunsten der Hinterbliebenen nach Militärpersonen die bestehenden Vorschriften über die Fortführung von Gewerben für Rechnung der Witwe oder der erberechtigten minderjährigen Nachkommen entsprechend ausgestaltet werden und überdies die Fakultät geschaffen wird, daß unter gewissen Voraussetzungen auch die Aszendenten (Eltern, Großeltern) zur Fortführung von Gewerben zugelassen werden können. Die Verordnung berücksichtigt grundsätzlich Berufsangehörige des Gewerbestandes und stellt, ohne an den Grundlagen des jetzigen Gewerberechtssystems zu rütteln, die Erbringung eines Befähigungsnachweises, wenn auch in einem gegenüber dem bisherigen Rechtszustande restringierten Ausmaße als Regel auf. Die in diesem Rahmen geschaffenen Neuerungen entspringen zeitgemäßen Billigkeitserwägungen, denen keine der wirtschaftlichen Interessentengruppen ihre Würdigung versagen kann.

* * *

Mit Rücksicht auf die bevorstehende umfassende Einberufung älterer Landsturmpflichtiger steht zu befürchten, daß in weit höherem Maße als bisher gewerbliche Betriebe infolge der Einrückung des Gewerbeinhabers eingestellt werden müssen, wodurch nicht nur die wirtschaftliche Lage der Familie des Eingerückten, sondern auch die Aufrechterhaltung der Wirtschaft im Hinterlande gefährdet wird. Um die Fortführung solcher Betriebe während der militärischen Einrückung zu erleichtern und zu ermöglichen, hat der Bürgermeister an den Handelsminister und den Minister für öffentliche Arbeiten das Ersuchen gerichtet, beim Kriegsministerium, beziehungsweise beim Ministerium für Landesverteidigung die Verfügung zu erwirken, daß Gewerbetreibende, die nur zu Hilfsdiensten geeignet befunden werden oder zu diesen oder zu Lokaldiensten herangezogen werden, in der Regel, unbedingt aber dann, wenn dies zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Familien notwendig ist, nur Formationen am Betriebsorte ihres Gewerbes zugewiesen werden und Ansuchen der übrigen um Gewährung kurzfristiger Urlaube bei Eintritt der Hauptzeit in ihrem Betriebe in wohlwollendster Weise behandelt werden.

Kölnische Zeitung
14./XII.1915.

Sitzung der Kölner Handelskammer.

Köln, 14. Dezember.

In der gestrigen Sitzung der Kölner Handelskammer widmete der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Dr. Louis Hagen, der die Sitzung leitete, dem verstorbenen Kommerzienrat Moritz Seligmann einen ehrenden Nachruf, in dem er die Verdienste des Verstorbenen um das deutsche Bank- und Börsenwesen, seinen lautern Charakter und seine vornehme Gesinnung hervorhob.

Darauf wurde der Handelskammer u. a. folgendes mitgeteilt: Die amtliche Handelsstelle deutscher Handelskammern hat der Handelskammer Köln einen Sitz im Beirat der amtlichen Handelsstelle eingeräumt. In Verfolg einer Eingabe der Handelskammer über den Schluß der Fortbildungsschulen der Stadt Köln während des Monats Dezember hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften in den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben die Weihnachtsferien vom 1. Dezember bis 10. Januar festgesetzt werden. Entsprechend einem Antrage der Handelskammer an die Eisenbahndirektion Köln sind die Stationen Köln-Braunsfeld, Köln-Ehrenfeld Jägerstraße und Köln-Ehrenfeld Nebenbahn und Frechen der Köln-Frechen-Benzelrather Eisenbahn in den Norddeutschen-Niederländischen Gütertarif aufgenommen worden. Der Handelskammer sind vertrauliche Mitteilungen über verschiedene Angelegenheiten zugegangen.

Beim Berliner Polizeipräsidium bestehen Bestrebungen zur Verdeutschung fremdsprachiger Bezeichnungen auf Firmenschildern usw. Darnach soll u. a. auch die Bezeichnung „Eau de Cologne“ durch „Kölnisches Wasser“ ersetzt werden. Gegen diese Maßregel ist von den beteiligten Fabrikantenkreisen nachdrücklich Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß es sich bei dem Worte „Eau de Cologne“ nicht um eine sich unangenehm aufdrängende fremdsprachige Namengebung zu Reklamezwecken handele, sondern um eine althergebrachte Bezeichnung, die im Verkehr nicht entbehrt werden kann. Das Wort Eau de Cologne sei ein Gattungsbegriff, wohingegen das Wort Kölnisches Wasser eine Herkunftsbezeichnung darstelle. Das Wort „Eau de Cologne“ sei überdies als Warenzeichen im Inlande und Auslande geschützt und, da es einen Welthandelsartikel betreffe, längst in den Sprachschatz aller fremden Kulturnationen aufgenommen worden. Die Handelskammer schloß sich dieser Auffassung durchaus an und beschloß, gegen die beabsichtigte Verdeutschung vorstellig zu werden. Beim Deutschen Handelstag wird die Handelskammer wegen einer Nachprüfung bezüglich der Zusammensetzung der Reichspreisprüfungsstelle vorstellig werden, damit die berechtigten Interessen aller Geschäftszweige fachmännisch vertreten werden. Der Börsenvorstand erfährt für das Jahr 1916 eine Änderung in seiner Zusammensetzung dahin, daß an Stelle der ausscheidenden Herren Geheimrat Dr. Hagen und Kommerzienrat Heimann die Herren Wilh. J. Weißel, Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins und Siegfried Simon zu Mitgliedern des Vorstandes ernannt werden. Zum Mitglied der Zulassungsstelle für Wertpapiere bei der Börse zu Köln wurde Dr. Georg Solmssen, Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes, zum Mitglied der Sachverständigenkommission für die Effektenbörse Herr Wilh. J. Weißel an Stelle des ausscheidenden Geheimrats Dr. Hagen ernannt. In den Notierungsausschuß zur Feststellung der Börsenpreise an der Börse für das Getreide- und Mehleffektivgeschäft tritt an Stelle des Herrn Jak. Destrée jr. Herr Jean Kaspers, Haus Vogelsang bei Bocklemünd. Über die Wirksamkeit der Handelskammer im Jahre 1915 erstattete der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Hagen, einen eingehenden Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Wenn wir einen Rückblick auf das verflossene Wirtschaftsjahr werfen, in welchem vom ersten bis zum letzten Tage ein Krieg herrschte, der an Größe und Aufwendung aller physischen und materiellen Kräfte seinesgleichen nicht in der Weltgeschichte aufzuweisen hat, so kann uns das Ergebnis mit stolzer Freude und froher Zuversicht erfüllen. Auch jetzt ist die Dauer des Krieges noch gar nicht abzusehen. Die Hoffnungen unserer Feinde, das deutche Wirtschaftsleben zu vernichten, sind gründlich zuschanden geworden, das deutsche Wirtschaftsleben steht am Ende des Jahres gefestigt da, und zielbewußt wird weiter gearbeitet. Der Redner betrachtete dann die Erfolge unserer Lebensmittelversorgungspolitik, unserer Bank- und Anleihepolitik und wies auf die wieder erstarkte Industrie hin. Durch den Krieg hat aber nicht nur die unmittelbar für den Heeresbedarf arbeitende Industrie gewonnen, auch andere Gewerbe haben sich direkt oder indirekt auf den Heeresbedarf eingestellt. Gerade in unserm Handelskammerbezirk war es einer größern Anzahl von Großgewerben möglich, die Heeresverwaltung bei der Beschaffung vieler Ausrüstungsgegenstände äußerst wirkungsvoll zu unterstützen. Industrie und Handel, überhaupt unsere ganze Volkswirtschaft hat eine Anpassungsfähigkeit gezeigt, die wohl niemand ahnen konnte, so daß auch Gewerbe für den Heeresbedarf arbeiten konnten, die vor Beginn des Krieges ganz andern Zwecken dienten. Entsprechend dieser Wirtschaftslage ist an Stelle der Arbeits- und Stellenlosigkeit, wie wir sie gleich nach Beginn des Krieges erlebten, ein Arbeiter- und Angestelltenmangel getreten; vielfach mußte auf weibliche Arbeitskräfte zurückgegriffen werden, selbst in Betrieben, wo man früher schon mit Rücksicht auf die Schwere der Arbeit Frauen zu sehen nicht gewohnt war. Bei dem Steigen der Nachfrage nach Arbeitskräften sind auch die Löhne nicht unbeträchtlich gestiegen. Ausnahmen können das allgemein günstige Bild unseres gesamten Erwerbslebens nicht trüben. An dieser allgemeinen überaus erfreulichen Entwicklung hat auch die Kölner Industrie und Handel regsten Anteil gehabt. Der Redner schloß seinen Bericht wie folgt: „Für die im Amte befindlichen Mitglieder der Handelskammer bleibt es eine Ehrenpflicht, weiterhin ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß auch während des Krieges Handel und Wandel, Industrie, Schiffahrt und jedes Gewerbe die Unterstützung findet, die notwendig ist, damit auch fernerhin unter den Machtmitteln, durch welche wir eine Welt von Feinden bekämpfen, die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes ein mit unserm Heere gleichberechtigter Faktor bleibt. Wir Kölner wollen tagtäglich beweisen, daß wir das Erbe der alten Hansastadt Köln, im Wirtschaftsleben Deutschlands einen ehrenvollen Platz einzunehmen, verständnisvoll von unsern Vorgängern übernommen, in ihrem Sinne fortsetzen und unserer teuren Vaterstadt die Stelle im Rate des Vaterlandes erhalten, die ihr zukommt. Mit tiefer Wehmut nehmen wir vom alten Jahre Abschied, das uns außer zwei bewährten lieben Mitgliedern, den Herren Kommerzienrat Hans Zanders und Paul Kubach, auch unsern Vorsitzenden geraubt hat. Was wir hier und mit uns die gesamte Bürgerschaft an Josef Neven DuMont verloren haben, war mir in der letzten Sitzung anzudeuten vergönnt. Aber von dem scheidenden Jahre können wir uns nicht trennen, ohne noch einmal auszusprechen, daß der Verlust dieses Mannes für uns unersetzlich ist, daß sein Erdenwallen auch gerade bei uns die tiefsten Spuren hinterlassen hat, daß wir alle geloben, ihm nachzuahmen, soweit es nur immer unsere Kräfte gestatten.“

Die militärische Prüfungsstelle für Auslandbriefe in Köln, die sich bisher im Hauptpostgebäude befand, ist nach dem Postamt Köln-Deutz an der Mülheimer Straße in Deutz verlegt worden, wobei zugleich eine Verkürzung der Zeit, innerhalb deren die Briefsachen für die Zensierung eingereicht werden können, vorgenommen worden ist. Da diese Maßregel wegen der Entfernung des Postamts Deutz vom Zentrum der Stadt eine erhebliche Erschwerung im Geschäftsverkehr der kaufmännischen Kreise bedeutet, beschloß die Kammer, die Rückverlegung der Prüfungsstelle und die Aufhebung der Dienststundenverkürzung zu beantragen, die jetzt eine Ablieferung der Briefsachen nach 5 Uhr am Nachmittag, also in einer für die Geschäftswelt besonders wichtigen Zeit, nicht mehr gestattet.

Tägliche Rundschau
15./XII. 1915

58

Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe.

Bittschriften.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe beriet am Dienstag Bittschriften. Eine Bittschrift betreffend Schutz gegen die Einfuhr von Fertigfabrikaten aus uns fehlenden Rohstoffen unmittelbar nach Beendigung des Krieges wurde mit 13 gegen 6 Stimmen der Regierung überwiesen. Eine weitere Bittschrift behandelte die Frage der Preisfestsetzung für beschlagnahmte Militärtuche. Durch das bisherige Verfahren fühlten sich insbesondere die Handelskammern für Aachen und M.-Gladbach zu Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen veranlaßt. Die Preisfestsetzung für die beschlagnahmten Tuche hätte sich in manchen Fällen so gestaltet, daß dadurch die Kosten des Fabrikanten nicht gedeckt würden und diesen bedeutender Schaden erwachse. Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß die Entwicklung der Textilindustrie infolge des Krieges zu mancher minderwertigen Leistung bezüglich der Qualität, zu hoher Preissteigerung und infolgedessen vor einer Reihe von Monaten zu der Maßnahme der Beschlagnahme geführt habe. Der zu diesem Zwecke angesetzte Ausschuß habe feste Grundsätze für Geschäftsführung aufgestellt. Wenn auch in einzelnen Fällen die Handhabung dieser Grundsätze zu Härten geführt habe, so liege doch kein Anlaß vor, die Grnndsätze völlig zu ändern. Die einzelnen Klagepunkte der Eingabe bedürften eingehender Nachprüfung.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums legte im einzelnen die Handhabung der Preisfestsetzung je nach Art, Zusammensetzung, Gewicht, Dehn- und Reißfestigkeit usw. dar. Diese Prüfung sei im großen und ganzen beendet, und es erübrige sich damit eine anderweitige Besetzung und Erweiterung des Ausschusses. Leider habe die Prüfung ergeben, daß die Qualität in vielen Fällen den Anforderungen nicht entspreche, daß die Tuche 50, 60, ja bis zu 100 v. H. Baumwolle enthielten. Auch müsse er darauf hinweisen, welche gewaltigen Gewinne von der Textilindustrie gemacht worden seien. Ein angemessener Verdienst sei in allen normalen Fällen der Industrie zugebilligt worden. Die Notwendigkeit einer Abänderung der Preistabelle könne er nicht anerkennen. — Ein fortschrittlicher Redner führte aus, der Ausschuß sei nicht die Stelle, um einzelne Fälle zu prüfen. Wenn auch hier und da Härten sich herausgestellt hätten, so müsse doch im allgemeinen anerkannt werden, daß der Enteignungsausschuß zweckentsprechend gearbeitet habe. Von einer Vermehrung seiner Mitglieder erwarte er noch kein besseres Ergebnis. — Ein nationalliberaler Redner trat der Anregung des Berichterstatters bei, die Bittschrift von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, und bis zur nächsten Sitzung von den Bittschrifteinsendern ausgiebigeres Material und eine Aeußerung zu den heutigen Erklärungen vom Regierungstisch einzuziehen. Insbesondere unterstützte er dessen Anregung, die Vertreter der in Betracht kommenden zuzuziehen. Das werde zur Beruhigung der einschlägigen Kreise beitragen. — Der Regierungsvertreter erläuterte das Prüfungsverfahren. Die vorliegenden Proben würden geprüft, ohne daß Name und Herkunft des Fabrikanten bzw. Lieferanten bekannt seien. Das müsse doch auch beruhigend wirken. Auf Antrag wurde die Bittschrift von der Tagesordnung abgesetzt.

Weiter befaßte sich der Ausschuß mit einer Bittschrift betr. Preisbildung für die Bemessung der Entschädigung für im besetzten Gebiete beschlagnahmter Waren deutscher und österreichischer Eigentümer. — Die Abstimmung wurde ausgesetzt.

Tägliche Rundschau
15./XII. 1915

59

Tagung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie.

Eine gemeinsame Tagung der in dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie vereinigten Ausschüsse des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen hat heute unter dem Vorsitze des Landrats a. D. Rötger im Gasthaus Adlon zu Berlin stattgefunden.

Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Beratung der zur Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen nötigen Maßnahmen und Besprechung des Entwurfs einer der Reichsregierung einzureichenden Denkschrift, erstattet den einleitenden Bericht Herr Kommerzienrat Dr. Guggenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Es folgten u. a. eingehende, von der Versammlung lebhaft begrüßte Darlegungen des Geh. Legationsrats Dr. Simons vom Auswärtigen Amt über die Gedanken und Arbeiten, die die Reichsregierung auf diesem Gebiete gegenwärtig beschäftigen. Der Vorsitzende, Landrat Rötger, faßt den Inhalt dieser Ausführungen dahin zusammen, daß durch sie das Verlangen des Kriegsausschusses, Behandlung der Angelegenheit in gemeinschaftlicher Arbeit der Interessenten mit der Regierung, unterstützt und unterstrichen werde. So stehe zu hoffen, daß die von der deutschen Industrie einmütig ausgesprochenen Wünsche, wie sie in dem nachstehenden, einstimmig angenommenen Beschlußantrag niedergelegt sind, nicht ungehört verhallen.

Der Beschlußantrag lautet:

Der „Kriegsausschuß der Deutschen Industrie" hat sich in seiner heutigen Versammlung nachdrücklich dahin ausgesprochen, daß neben der bereits durch die Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 angeordneten Anmeldung der feindlichen Vermögenswerte im Inlande alsbald auch eine Feststellung der deutschen Auslandsforderungen stattfinden muß. Die von der Regierung bisher gegebene Zusicherung, daß sie bemüht sein wolle, den Eingang dieser Forderungen durch Wiederherstellung der früheren Rechtsbehelfe zu sichern, wird nach der Ueberzeugung des „Kriegsausschusses" keineswegs ausreichen, den rechtzeitigen und vollständigen Eingang derartiger — für den Bestand mancher Einzelunternehmungen ausschlaggebenden Werte — zu gewährleisten. Angesichts der Tatsache, daß die behördlichen Stellen vor dem Kriege die deutsche Industrie mehrfach aufgefordert haben, dem deutschen Gewerbefleiße neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkte zu erschließen, erscheint es als eine der wichtigsten Pflichten der Verbündeten Regierungen, nunmehr auch für einen wirksamen Schutz der in Frage stehenden Interessen Sorge zu tragen, um damit gleichzeitig die Grundlage für die spätere ungestörte Weiterentwicklung von Industrie, Handel und Schiffahrt zu geben. Auch die Rücksicht auf die Erholung der deutschen Valuta fordert gebieterisch eine Ordnung der deutschen Auslandsforderungen. Der nach dem Kriege notwendige Bezug von Rohstoffen wird ohnedies den ungünstigen Einfluß auf den Stand des Markwechsels noch verschärfen. Der „Kriegsausschuß" unterbreitet daher in einer von ihm vorbereiteten Denkschrift der Regierung den Antrag, daß unter ihrer Führung aus den auf diesem Gebiete erfahrenen Kreisen eine Kommission zur Beratung der zu ergreifenden Maßnahmen eingesetzt werde.

Der Vorsitzende erbittet darauf und erhält die Befugnis, für die endgültige Gestaltung der Denkschrift eine Kommission zu bilden, in die außer dem Referenten Kommerzienrat Dr. Guggenheimer die Herren Frölich, Jordan, Dr. Wandel, Dr. Spitzer berufen werden sollen.

Es folgte der Bericht des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über den vorbereitenden Gesetzentwurf zur Besteuerung der Kriegsgeschäftsgewinne und die künftige Kriegsvermögenszuwachssteuer. Die Versammlung dankte dem Vortragenden durch lebhaften Beifall und Händeklatschen für seine klaren und erschöpfenden Ausführungen. In einer kurzen Aussprache erinnerte der Bankdirektor Geheimrat Müller an das Wort des Präsidenten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Dr. W. Rathenau von dem Wert und der Aufgabe der stillen Reserven. Der Vorsitzende erhielt die Erlaubnis, zur Prüfung der Frage der künftigen Kriegsvermögenszuwachssteuer und behufs rechtzeitiger Darlegung der Wünsche und Interessen der Industrie eine Kommission einzusetzen.

Kölnische Zeitung 18/XII. 1915.

60

Die wirtschaftliche Versorgung der Schweiz.

Zürich, 16. Dez. Die Schwierigkeiten, die der Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln und Rohstoffen durch den Krieg erwachsen sind, haben sich in der letzten Zeit erheblich verschärft und sie bilden die ernste Sorge der verantwortlichen eidgenössischen Behörden. Im Ausland, namentlich in den Vierverbandsstaaten, ist trotz aller Bemühungen von schweizerischer Seite das Mißtrauen gegen de Schweiz, daß sie Durchfuhrland nach einem andern kriegführenden feindlichen Staat sei, nicht geschwunden. Unter diesem Mißtrauen leidet die Schweiz, und Ausfuhrbewilligungen für die Schweiz werden deshalb sehr häufig von dem betreffenden Staat verzögert oder gar nicht erteilt. Einzelne Fälle, wo tatsächlich schweizerische Kaufleute, angelockt durch den großen Gewinn, ins Ausland ausführten, wurden in der inländischen Presse aufgebauscht und nährten das Mißtrauen. Wie kürzlich Herr Schwarz, Mitglied des Verwaltungsausschusses des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, in einem Vortrag ausführte, beging die die schweizerische Kaufmannschaft ferner den großen Fehler, daß sie ihre Eingaben in der Menge einer Ware, die aus dem Ausland bezogen werden sollte. gewöhnlich viel zu hoch hielt; jeder glaubte, das doppelte seines Bedarfs angeben zu müssen, um schließlich etwas zu erhalten. Dadurch häuften sich im Ausland die von der Schweiz verlangten Mengen, und man wurde dort zu dem Schluß verleitet, daß sie unmöglich für den Eigenbedarf der Schweiz bestimmt sein könnten, und man verbot die Ausfuhr ganz. Weiter verleitete die durch die Verschiebung der Reisewege veranlaßte Überlastung des einen oder andern Stapelplatzes dazu, die Durchfuhr in Friedenszeiten und die jetzige nach der Schweiz zu vergleichen, woraus wiederum der Schluß gezogen wurde, daß solche großen Mengen unmöglich für die Schweiz allein bestimmt sein könnten. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es der Schweiz, auf dem Austauschwege von Deutschland 1600 Wagenladungen Kartoffeln zu bekommen, wodurch verhindert wurde, daß in der Schweiz die Kartoffelpreise zu hoch wurden. Von Frankreich wurde die Einfuhr von Öl und Fettwaren ermöglicht, von Österreich diejenige von Zucker (300 Wagenladungen). Schlimmer liegen die Verhältnisse in bezug auf die Einfuhr von Petroleum und Briketts. In Mailand liegen ferner seit mehr als einem Jahre 62 Wagenladungen zu 10 000 Kilogramm Reis, die von den schweizerischen Konsumvereinen gekauft wurden, lange bevor das italienische Reisausfuhrverbot erlassen wurde. Trotz der guten Reisernte und der guten Versorgung mit Lebensmitteln, die Italien im allgemeinen aufweist, war es bis heute nicht möglich, diese Reisvorräte in die Schweiz zu bringen. Die bereits erwähnten neuen Bestimmungen des schweizerischen Bundesrats über die Brotversorgung sind insofern zu begrüßen, als in Weißmehr und Grieß in der Schweiz nur noch kleine Vorräte bestehen, die nicht lange reichen werden. Die ziemlich hohen Fleischpreise werden so lange nicht herabgesetzt werden können, solange es nicht gelingt, aus Amerika oder Australien Schlachtvieh oder Gefrierfleisch zu erhalten; die Preissteigerung von 100 Prozent auf dem Eiermarkt rührt davon her, daß Italien im Monat nur 22 Waggons Eier einführen läßt. Heftig umstritten von Erzeugern und Verbrauchern sind in der Schweiz die Preise der Milch und der Milchprodukte. Der Bundesrat hat heute, wie schon kurz erwähnt, im Nationalrat über diese Verhältnisse Bericht erstattet. Bundesrat Schultheß stellte fest, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen, die im Einverständnis mit den Vertretern der Erzeuger und Verbraucher getroffen wurden, die Milchversorgung des Landes tatsächlich zu Preisen sichergestellt habe, die nicht einmal die Milchpreise von 1912 erreichten, trotz des Rückganges der Milcherzeugung infolge mangelnder Zufuhr von Futtermitteln. Bei der Ausfuhr seien die nötigen Beschränkungen durchgeführt worden, indessen sei eine gewisse Ausfuhr sowohl für die Aufrechterhaltung des schweizerischen Geldkurses als auch für die Wirkung der Einfuhr anderer Waren aus dem Auslande von höchster Bedeutung. Im allgemeinen wird die Lage in sachkundigen Kreisen als sehr unerfreulich betrachtet. Die Vorräte im Auslande werden, je länger der Krieg dauert, desto kleiner, und damit wachsen die Schwierigkeiten, Ausfuhrbewilligungen zu erlangen. Auf die Tätigkeit der jüngst geschaffenen Einfuhrorganisation aus Vierverbandsgebiet setzt man, wie bereits bemerkt, nur mäßige Hoffnungen. Man fürchtet, daß die Tätigkeit des Einfuhrtrusts nicht eine Verbilligung, sondern eher eine Verteurung der Waren zur Folge haben werde.

Neue Freie Presse
19./XII. 1915

61

Gewährung von Urlauben für Kaufleute während des Weihnachtsgeschäftes.

Budapest, 18. Dezember.

Die k. u. k. Militär- und die königlich ungarischen Honveddistriktskommanden wurden von seiten des Kriegsministers, beziehungsweise des Landesverteidigungsministers ermächtigt, mit Rücksicht auf den vor den Weihnachtsfeiertagen gesteigerten Geschäfts- und Handelsverkehr den im Hinterlande aktiven Militär- oder Landsturmdienst leistenden Kaufleuten sowie gewerblichen Angestellten in nachweislich dringenden, die Existenzinteressen gefährdeten Fällen einen Urlaub von längstens acht Tagen zu gewähren.

Neues Wiener Tagblatt
20/XII. 1915

62

* **(Die Werkbund-Verkaufsstelle.)** Die im Gebäude des Grand Hotel eröffnete Verkaufsstelle des Oesterreichischen Werkbundes trägt propagandistischen Charakter. Das Werk jener Künstler und Handwerker, die im Bunde vereinigt sind, soll nun über das Zeitausmaß hinaus, das sonst einer Weihnachtsschau oder Sommerausstellung zur Verfügung steht, dem Publikum zugänglich gemacht werden und Anhänger und Freunde werben. Die Zeit scheint dem Unternehmen günstig. Nicht allein deswegen, weil soviel von dem, was die Träger des Werkbundgedankens erstreben, trotz der Schwierigkeiten nun schon da und dort eingedrungen ist, ohne daß man fast des neuen Gastes gewahr wurde. Dieser will ja auch nicht als eine Modeschöpfung gelten, sondern betont immer, daß er stets da gewesen sei, wo edle Arbeit geleistet wurde. Das hat auch Eduard Leisching in einer lebenswarmen Studie über das franziszeische Zeitalter aufgezeigt, das in Kunst und Industrie allem Scheine aus dem Wege ging, Materialechtheit predigte und die Vergewaltigung des Stoffes verwarf. Und damals wie heute — das ist ein andres förderndes Moment für die Werkbündler — drängte man nach schweren Zeiten zur Vertiefung in der Lebenskultur. Der Geist der Einheit, der den Künstler beseelt, kann da in seiner Wahrheit und Schlichtheit mithelfen. Die neue Verkaufsstelle am Kärntnerring hat daher ein Programm, das über den Rahmen eines Geschäftsladens hinausgeht. Der Arbeitsminister und das ihm unterstellte Gewerbeförderungsamt leihen ihre Unterstützung, um dieser Mittlerstelle zwischen Publikum und schaffenden Arbeitern ihr Werk zu erleichtern. Die Verkaufsstelle ist eine täglich wechselnde Ausstellung, auf deren Ausstattung Meister der Raumkunst ihre liebevolle Sorgfalt verwendet haben. Schwer ist es da, Einzelnes herauszugreifen. Von Zeymers architektonischer Anlage, der Auskleidung mit Peches Tapeten, Soulcks aparten holzgeschnitzten Beleuchtungskörpern oder den beiden Schaufenstern, die Niedermoser ungemein freundlich herrichtete, könnte im besonderen gesprochen werden. Die ausgestellten Stücke, die durchweg von Künstlern und Gewerbetreibenden des Werkbundes herrühren, müssen die Prüfung vor einem Begutachtungsausschusse bestanden haben, ehe sie zum Verkaufe gelangen. All das sind Sicherungsmittel, daß nur das Auserlesenste, das österreichisches Kunsthandwerk zu bieten vermag, in der Werkbundstelle erscheint. Der Verkauf selbst wird von fachkundigen Händen geleitet und man erhält über Künstler und Material unterrichtende Auskunft. Und zwischen Käufer und Verkäufer spinnt sich dann das Band anerkennenden Verstehens, das der Werbearbeit des Werkbundes den Erfolg sichern muß.

Fremdenblatt
22./XII. 1915

Verordnung über Bilanzen der Unternehmungen des Kriegsgebietes.

Eine Ministerialverordnung vom 18. d., die heute im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" kundgemacht wird, verlängert bis zum 30. Juni 1916 die Frist, während der Kaufleute, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige der öffentlichen Rechnungslegung unterworfene Unternehmungen in Galizien, in der Bukowina, in Dalmatien, im Küstenlande oder in den Kreisgerichtssprengeln Rovereto und Trient von der Pflicht zur Aufstellung eines Rechnungsabschlusses befreit sind. Bis zu demselben Tage wird auch die Frist erweitert, für welche die oberste Verwaltungsbehörde Kaufleute und zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Unternehmungen von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses befreien kann, wenn sie in den genannten Gebieten zwar nicht ihren Sitz haben, aber eine Hauptbetriebsstätte besitzen, oder in einem anderen, dem Kriegsschauplatze benachbarten Gebiete entweder ihren Sitz oder eine Hauptbetriebsstätte oder im Zollauslande namhafte Interessen haben. Zur zweiten Gruppe von Unternehmungen gehören nun auch die Eisenbahnunternehmungen, die in den eingangs genannten Ländern und Bezirken ihren Sitz haben; da ihre Linien zum größten Teil im Staatsbetriebe stehen und die Staatsbahnverwaltung die Betriebsrechnung aufstellt, kann bei diesen Unternehmungen die Errichtung der Bilanz in der Regel keinen Schwierigkeiten begegnen.

Neues Wiener Tagblatt
22./XII. 1915

64

Die Technik im Dienste des Krieges.

Am 18. d. hielt Geheimer Regierungsrat Professor Dr.-Ing. A. Riedler (Berlin) im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein einen Vortrag: „Ueber Kriegstechnik". Der Vortragende stellte das nach Umfang und Bedeutung gewaltige Gebiet der Kriegstechnik derart dar, daß zuerst eine Uebersicht der wichtigsten Zwecke der Technik im Dienste des Krieges und der Kriegsvorbereitung gegeben, dann Untersuchungen auf vielen dieser Gebiete im Lichtbilde vorgeführt wurden, die die weite Verzweigung der technischen Mitarbeit erkennen ließen; den Schluß bildete eine Erörterung der Rückwirkungen des Krieges auf die Friedensindustrie.

Zunächst ist die Transportfrage und die Verkehrstechnik von größter Bedeutung. Professor Dr. Riedler gab eine Uebersicht über die Mitwirkung der motorischen Kräfte bei der Mobilisierung — auf den Eisenbahnen durch die Lokomotiven und auf den Straßen durch Kraftwagen —, welche Leistung auf diesen beiden Verkehrswegen in Deutschland allein auf über zwei Millionen Pferdekräfte zu veranschlagen ist. Auch im einzelnen sind die Transportfragen von größtem Einfluß, wie aus den Beispielen der schweren Mörser und ihrer Bewegungsfähigkeit gezeigt wurde. Daran schließt sich die Meldetechnik. Im Kriege 1870 noch ganz unentwickelt, ist diese jetzt durch Telephon, Funkentelegraphie und durch die Fliegertätigkeit zu hoher Vollkommenheit ausgebildet.

Dann besprach Professor Dr. Riedler die Waffentechnik. Sie beruht in ihrer Entwicklung und in ihren Leistungen auf dem immer mehr zunehmenden Gasdruck, der Ausbildung von Rohren von genügender Festigkeit und hochwertigen Metallen. So wurde die Entwicklung der Geschütze bis zu den großen Ringgeschützen und der Feuerwaffen einerseits für Großkaliber, anderseits für Kleinkaliber und der Schnellfeuerwaffen besprochen. Auch die Sprenggeschosse wirken gleichfalls mit immer zunehmendem Gasdruck, zum Beispiel die Gußgranaten und solche aus Stahlguß und aus Preßstahl. In der Waffentechnik ist die Herstellung der Massenerzeugung von Sprenggeschossen und von Geschützen sowie die Gewehrfabrikation hervorzuheben. Auf allen diesen Gebieten ist der Fortschritt der letzten fünfzehn Jahre größer als der der vorangegangenen Jahrhunderte. Dann führte der Vortragende die Kampftechnik vor, einerseits im Schützengraben im Zusammenhang mit hochwertigen sowie auch mit uxr aus dem Stegreif geschaffenen Waffen, wie die Minen-, Flammen- und Gaswerfer, und anderseits die hohe Entwicklung der Artillerie und ihres Steilschusses in verdeckten Aufstellungen, ferner die Kampfschiffe, Unterseeboote, Torpedos, die Kampfwagen, Kampfflugzeuge und andres. Daran schließen sich die Verteidigungstechnik im Schützengraben und die großen Leistungen der Panzertechnik, Minen- und Küstenschutz, ferner die Ersatztechnik zunächst im Dienst des Nachschubes für Heereserfordernisse und als Wiederherstellungstechnik, bezüglich der zerstörten Eisenbahnen, Brücken und Straßen, diese ganz besonders im jetzigen Krieg. Die Wiederherstellungsarbeiten beziehen sich auf jene im Felde, den Ersatz von Kraftwagen und die verschiedene Mitwirkung der Technik in Lazaretten für den Gliederersatz und weiter die Ersatztechnik höherer Ordnung für den Ersatz von Kriegsbedarf, der früher aus dem Ausland bezogen wurde und nunmehr selbständig geschaffen werden muß. Hiefür kommen unter anderm in Betracht der Ersatz für Salpeter, Benzin, Gummi, Wolle, Kupfer und die Herstellung von Salpetersäure aus Ammoniak; Ersatzsprengstoff für den Friedensbedarf, besonders für Bergbaubetriebe, ergab die Sprengtechnik unter Verwendung flüssiger Luft.

In guter Uebersicht zeigte Professor Riedler Einzelheiten aus der Technik des Gummiersatzes mit den erfolgreichen Versuchen, Altgummi zu erneuern und Radreifen mit geringem Verbrauch von Rohgummi herzustellen; weiter führte er die Entwicklung der Benzolindustrie und der Benzolbetriebe für Kraftwagen, insbesondere für Lastwagen, vor, dann die Ersatzbrennstoffe und ihre motorischen Eigenschaften, insbesondere für Flugmotorenbetrieb, und die Schwierigkeiten, die sich bei den höchst gesteigerten Leistungen solcher Betriebe ergaben und erfolgreich überwunden wurden.

Den Schluß bildete eine Uebersicht über den Einfluß der Rohstoffbeschränkung auf die Friedensindustrie, die zur Ausbildung einer höchst entwickelten Spartechnik Anlaß gegeben und jetzt schon große Ersparnisse an teuren Rohstoffen erzielt haben. Der Vortragende kennzeichnete besonders die amtlichen Organisationen zur Regelung des Bedarfes an Sparmaterialien, die Bestrebungen, Metalle und Brennstoffe zu veredeln und dadurch für die Technik wertvoller zu gestalten. Professor Riedler schloß mit dem Hinweis auf die großen Folgen der Kontinentalsperre, deren bedeutendste der Aufschwung wichtiger Industrien in den Ländern der Zentralmächte ist, die früher als rein englische Angelegenheiten angesehen wurden, und er gab einen Ausblick auf die Stärkung der Industrien durch die Kriegsnot und den dadurch hervorgerufenen Zwang, einen Fortschritt zu verwirklichen.

Dem Vortrage, der großen Beifall fand, wohnten bei: FZM. Edler v. Schleyer, Präsident des Patentamtes Dr. Paul Freiherr v. Beck, Prinz Liechtenstein, Geheimer Rat Dr. Viktor Ruß, Geheimer Rat Dr. Exner, die Sektionschefs Dr. Müller, Lauda, Dr. Diwald, Dr. Kautsky, Dr. v. Berger, Spieß, Franz, die Hofräte Marchet, v. Neblinger, Dr. von Kraft, Sklenar, Dr. Sorber, Dr. Emil Müller, von Schromm, Pachnik, Kretschmer, Petschacher, Doktor Gattnar, Herbst, Oelwein, Hochenegg, Stradal, die Ministerialräte Foltz, Fischer, Hirt, Melzer, Opolski, Spitzner, Bartak, Dr. Pollak, Dr. Schima, Brauer, Koechlin, Stadtbaudirektor Goldemund, Reichsratsabgeordneter Friedmann, Kommandant der Luftfahrtruppen Oberst Uzelac, kaiserlicher Rat Krause (Handels- und Gewerbekammer), Generaldirektor Lohnstein, Korvettenkapitän Götting von der deutschen Botschaft, die Oberbauräte Baumann, Koch, Dittes, Nowotny, Grünhut, Zelinka, Knott, Pollak, Rihosek, Wimmer, Mittermeyer, Maresch, Pürzl, Hanisch, Trnka, Oberingenieur Zoller, die Professoren Bach, Halter, Pollak, Drobny, Kirsch, Meter, v. Stockert, v. Leixner, die Direktoren Recsey, Mayer, Zwianner, Firetz, Weber, Menzel, Gebhard, v. Wenusch, Steskal sowie zahlreiche Offiziere der Kraftfahrtruppen und Luftfahrtruppen.

Neue Freie Presse Abendbl.
22./XII. 1915

65

Die Verordnung über Bilanzen während des Krieges.

Wien, 22. Dezember.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht heute die angekündigte Verordnung über die Aufstellung der Bilanzen während des Krieges, die folgendermaßen lautet:

§ 1. (1) Kaufleute, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige der öffentlichen Rechnungslegung unterworfene Unternehmungen, die in Galizien, in der Bukowina, in Dalmatien, im Küstenlande oder in den Kreisgerichtssprengeln Rovereto und Trient ihren Wohnsitz (Sitz) haben, mit Ausnahme der Eisenbahnunternehmungen, sind von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) für die Geschäftsjahre, die seit dem 1. Januar 1914 abgelaufen sind oder ablaufen, bis 30. Juni 1916 befreit. (2) Die Verwaltungsbehörde kann auf begründeten Antrag 1. Kaufleute und Unternehmungen der in Absatz 1 bezeichneten Art, die a) in den in Absatz 1 genannten Gebieten zwar nicht ihren Wohnsitz (Sitz), jedoch eine Hauptbetriebsstätte haben oder b) in einem anderen dem Kriegsschauplatze benachbarten Gebiete ihren Wohnsitz (Sitz) oder eine Hauptbetriebsstätte haben oder c) ihre Geschäfte zum großen Teile in oder mit dem Zollauslande betreiben oder dort erhebliche Teile ihres Vermögens haben, 2. Eisenbahnunternehmungen, die in den in Absatz 1 genannten Gebieten ihren Sitz haben oder bei denen die Voraussetzungen der Z. 1 zutreffen, von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) für die Geschäftsjahre, die seit dem 1. Januar 1914 abgelaufen sind oder ablaufen, bis längstens 30. Juni 1916 entheben. Zur Bewilligung dieser Enthebung ist für Versicherungsgesellschaften das Ministerium des Innern, für Banken und andere Kreditinstitute das Finanzministerium, für Unternehmungen des Berg- und Hüttenbetriebes das Ministerium für öffentliche Arbeiten, für Eisenbahnunternehmungen das Eisenbahnministerium, für sonstige Unternehmungen und für Kaufleute das Handelsministerium berufen.

§ 2. (1) Wenn infolge der Verschiebung des Rechnungsabschlusses (§ 1) dieser für zwei Geschäftsjahre aufzustellen ist, kann die Verwaltungsbehörde (§ 1, Absatz 2) auf begründeten Antrag die Aufstellung nur eines Rechnungsabschlusses für beide Geschäftsjahre bewilligen. Der Gewinn oder Verlust, der sich hiebei ergibt, ist auf beide Geschäftsjahre gleichmäßig zu verteilen. (2) Auf Versicherungsgesellschaften, Eisenbahnunternehmungen und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

§ 3. Zur Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß durch das hiezu berufene Organ steht Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstigen der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, sofern nicht schon das Statut hiefür eine längere Frist bestimmt, eine Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres offen. Ist die Einhaltung dieser Frist infolge des Krieges unmöglich, so kann die Verwaltungsbehörde (§ 1, Absatz 2) auf begründeten Antrag eine Verlängerung bis längstens 30. Juni 1916 bewilligen.

§ 4. Das Ministerium des Innern kann im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien auf begründeten Antrag Unternehmungen der in § 3 bezeichneten Art gestatten, von den statutarischen Bestimmungen über die Art der Berufung, über Ort und Zeit des Zusammentrittes und die Beschlußfähigkeit ihrer Organe, über die Form ihrer Bekanntmachungen und dergleichen abzuweichen, soweit die Einhaltung dieser Bestimmungen infolge des Krieges unmöglich geworden ist.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1916 in Kraft.

Fremdenblatt
24./XII. 1915

Der Zwischenverkehr im dritten Vierteljahr 1915.

Die Ein- und Ausfuhrziffern im Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn gestalteten sich in den Monaten Juli bis September, mit den gleichartigen Ergebnissen des Vorjahres verglichen, folgendermaßen:

	Einfuhr aus Ungarn		Ausfuhr nach Ungarn	
	1914	1915	1914	1915
	Millionen Kronen			
Juli	97·8	86·1	137·7	116·2
August	63·9	109·9	36·3	128·8
September . .	104·9	101·7	83·1	144·3

Im Monat Juli dieses Jahres blieben die Ein- und Ausfuhr naturgemäß hinter den im Juli 1914 erreichten Wertziffern zurück, da ja der Juli des Vorjahres noch in eine Zeit ungestörter Verkehrsentwicklung fiel. Die Monate August und September zeigen hingegen im allgemeinen größere Umsatzziffern als die gleichen Vorjahrsmonate, in welchen sich die nach Kriegsausbruch eingetretene allgemeine Verkehrsstockung auch im Warenaustausche mit Ungarn ziemlich stark fühlbar gemacht hatte.

In den ersten drei Jahresvierteln 1915 zusammengenommen erreichte die Einfuhr aus Ungarn einen Wert von 888,6 Millionen Kronen gegen 873,3 Millionen Kronen in den ersten neun Monaten 1914. Die Ausfuhr belief sich auf 922,2 Millionen Kronen gegen 979,9 Millionen Kronen. Diesen provisorischen Wertergebnissen liegen — insoweit nicht bei einzelnen wichtigeren Artikeln für das laufende Jahr neue Werte erhoben wurden — im allgemeinen die Handelswerte des Jahres 1914 zugrunde und hieraus erklärt sich auch die teilweise Abweichung vorstehender Verkehrsziffern von den bisher bezüglich des Zwischenverkehres im laufenden Jahre veröffentlichten Ergebnissen, denen noch die Handelswerte des Jahres 1913 zugrunde gelegen waren. Es ist selbstredend, daß sich bei vollständiger Durchrechnung mit neuen, der Marktlage des Jahres 1915 entsprechenden Werten für die Ein- und Ausfuhr wesentlich höhere Werte ergeben würden als die obigen provisorisch festgestellten Ergebnisse. Das vorläufige Bilanzergebnis aus unserem Warenverkehr mit Ungarn für die ersten neun Monate des Jahres 1915 ist ein Aktivum von 33,7 Millionen Kronen gegen ein solches von 106,6 Millionen Kronen im gleichen Zeitraume 1914.

Nach den drei Hauptgruppen: Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate gliedern sich die Verkehrsziffern der ersten neun Monate, mit der entsprechenden Jahresperiode 1914 verglichen, folgendermaßen:

	Einfuhr aus Ungarn		Ausfuhr nach Ungarn	
	1914	1915	1914	1915
	Millionen Kronen			
Rohstoffe . .	502·9	621·3	115·8	138·1
Halbfabrikate .	67·0	80·5	141·6	127·1
Ganzfabrikate .	303·4	186·8	722·5	657·0

In der Einfuhr ergibt sich darnach eine wesentlich höhere Wertziffer bei den Rohstoffen. Dieselbe beruht aber nicht auf einer tatsächlichen Mehreinfuhr, da bei den meisten Rohmaterialien ein starker Rückgang der Einfuhr zu verzeichnen ist, sondern nur auf der wesentlich höheren Preislage, die bei einer Reihe wichtigerer aus Ungarn zur Einfuhr gelangender Rohstoffe bereits Berücksichtigung gefunden hat. Die auffällige Wertabnahme der Einfuhr von Ganzfabrikaten betrifft in erster Linie die starke Mindereinfuhr an Mehl. In der Ausfuhr nach Ungarn ergeben sich bemerkenswerte Steigerungen in der Gruppe der Rohstoffe hauptsächlich bei der Ausfuhr von Kaffee und von Kohlen und bei den Ganzfabrikaten bei Zucker, Wein, Baumwollwaren und bei Erzeugnissen der Papierindustrie. Bei den übrigen Industrieartikeln blieb die Ausfuhr vorläufig noch hinter jener im gleichen Vorjahrszeitraume zurück.

Frankfurter Zeitung
25./XII. 1915

G7

Das Wirtschaftsjahr 1915.

Bericht der Berliner Handelskammer.

r Berlin, 24. Dezbr. (Priv.-Tel.) Die Berliner Handelskammer schickt ihrem Tätigkeitsbericht für 1915 einige allgemeine Bemerkungen voraus, worin sie die Zuversicht ausspricht, daß das wirtschaftliche Werk, das in den siebzehn Monaten des Krieges geschaffen worden ist, allen Stürmen der Zukunft standhalten wird. Die Erfahrungen der bisherigen Kriegszeit sprechen dafür. Trotz der furchtbaren, bei allen Völkern eingetretenen Schädigungen sei bei uns die Lage in den meisten Gewerben so befriedigend, wie niemand vor Jahresfrist es erwartet hatte. Von Beginn des Jahres 1915 ab war eine Erhöhung in steigendem Maße wahrzunehmen. Daß verschiedene Zweige eine Ausnahme machten, ist nicht verwunderlich, solche wie das Baugewerbe, hatten auch schon vor dem Kriege mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Ebensowenig kann es auffallen, daß die Unterbindung des Auslandsverkehrs eine Reihe von Unternehmungen zu Einschränkungen ihrer Tätigkeit genötigt hat. Aber diese Ausnahmen können die Züge des Gesamtbildes nicht verwischen. Es bleibt danach die tröstliche Gewißheit, daß die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft gesund geblieben sind.

Die Kammer schildert danach ihre lebhafte Tätigkeit in der Beratung der Militärbehörden, in Fragen der inneren Wirtschaftspolitik (in der sozialen Fürsorge, in der die Summen der ausgezahlten Unterstützungen Mk. 140 722 betrugen), ferner im Arbeitsmarkt, bei Befreiungsanträgen usw. In der Frage der Anmeldung der Forderungen und Guthaben im feindlichen Auslande habe die Kammer von Beginn die Auffassung vertreten, daß bei den Friedensverhandlungen erstrebt werden müßte, allen Deutschen, denen durch die feindlichen Regierungen, die feindlichen Heere oder die Beziehungen der feindlichen Staaten Eigentums- oder Forderungsverluste verursacht worden sind, finanziellen Ersatz hierfür zu verschaffen. Die Kammer sei zu den amtlichen Vorarbeiten zugezogen worden und habe formulierte Vorschläge gemacht derart, daß sie eine umfassendere Auslegung des Begriffs der Kriegsschäden als geschehen für geboten erachte. Dagegen hätte sich die Kammer von einer Anmeldung aller Forderungen und Schulden des feindlichen Auslandes keinen praktischen Nutzen versprechen, sogar manche Nachteile befürchtet. Insbesondere hielt der mit der Reichsregierung von manchen Verbänden angestrebte Ausgleich die feindlichen Forderungen und Schulden für nicht angängig. Die ungeheuer große Zahl von Anmeldungen, die auf Grund der bekannten Vorschriften zu einem erheblichen Teile über sehr hohe feindliche Vermögenswerte und Beträge lautend allein bei der Berliner Kammer eingegangen seien, lassen die Erwartung gerechtfertigt erscheinen, daß die feindlichen Regierungen künftig mehr als bisher die deutschen Privatrec[illegible]achten und Deutschland nicht dazu zwingen werden, über seine bisherigen lediglich der Kontrolle dienenden Maßnahmen hinauszugehen.

Der Bericht schildert die Kriegsentwicklung der Berliner Fondsbörse und sieht in dem vollendeten Erfolge der November-Abwicklung einen glänzenden Beweis der Solidität und Widerstandsfähigkeit unserer Börse. Uebrigens habe die günstige Kursgestaltung zahlreicher Börsenwerte keineswegs, wie teilweise befürchtet worden war, das Ergebnis der Kriegsanleihe beeinträchtigt. Während an der Fondbörse ein lebhafter Verkehr ohne amtlichen Charakter stattfand, sank an der Produktenbörse der dort der Form nach noch aufrechterhaltene amtliche Verkehr infolge der gesetzlichen Maßnahmen, Beschlagnahme und Höchstpreise, zu gänzlicher Bedeutungslosigkeit herab. Ein von der Handelskammer genehmigter Börsenvorstandsbeschluß hat schließlich den tatsächlichen Verhältnissen nachfolgend die amtliche Preisfeststellung auch rechtlich bis auf weiteres abgeschafft. Auch an der Metallbörse herrschte Stillstand. Um so lebhafter seien jedoch die wichtigen Arbeiten gefördert die eine Ausdehnung der Berliner Metallbörse nach dem Kriege und eine Beseitigung der ungerechtfertigten Abhängigkeit des deutschen Metallmarktes von England zum Zwecke haben. Besonderes Interesse wenden die Kammern der Schaffung einer deutschen Notiz für Elektrolnt zu welche die unzuverlässige Londoner Best-Selected Notiz zu ersetzen bestimmt ist. Daß dabei der Berliner Platz hervorragend mitwirke, begründe sich darauf, daß der Handel wie der Verbrauch hauptsächlich hier stattfindet.

Fremdenblatt
30./XII. 1915

68

Verlängerung der Mandatsdauer der Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern.

Infolge der kriegerischen Ereignisse und der hiedurch hervorgerufenen Unmöglichkeit einer ordnungsgemäßen Durchführung von Ergänzungswahlen in die Handels- und Gewerbekammern wurde bereits im Vorjahre durch die kaiserliche Verordnung vom 15. November 1914 die Funktionsdauer jener wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern, deren Mandate gemäß § 6 des Gesetzes vom 29. Juni 1868 betreffend die Organisierung der Handels- und Gewerbekammern, mit 31. Dezember 1914 erloschen wären, bis 31. Dezember 1915 verlängert.

Die Vorbereitung und Durchführung von Ergänzungswahlen in die Handels- und Gewerbekammern ist infolge der Fortdauer der durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse auch im heurigen Jahre unmöglich geworden. Es war daher notwendig, einer Unterbrechung der Beschlußfähigkeit der Handels- und Gewerbekammern vorzubeugen und eine auf vollzähliger Zusammensetzung beruhende Tätigkeit dieser Körperschaften auch nach dem 31. Dezember 1915 sicherzustellen. Durch eine morgen im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" zur Kundmachung gelangende kaiserliche Verordnung wird die Funktionsdauer jener Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern, deren Mandatsdauer bis 31. Dezember 1915 erstreckt worden war, nunmehr um ein weiteres Jahr, d. i. bis 31. Dezember 1916, verlängert.

Arbeiterzeitung 6./I. 1916

Verkehrsgemeinschaft und Handelspolitik.

Nicht nur aus Gründen ihrer Ideologie, sondern auch aus höchst materiellen Gründen verfolgt die Arbeiterklasse seit jeher die Politik der Verkehrsfreiheit. Dem Bourgeois, der nichts als seine Ware und deren Zoll im Kopfe hat, wird es meist recht sauer, sich mit diesem Programm zurechtzufinden, weil er es bloß mit der Schablone „Freihandel oder Schutzzoll" mißt und somit niemals weiß: Sind die Sozialisten also für oder gegen meine Ware, für Freihandel oder Schutzzoll, für oder gegen mich?

Ausgangs- und Zielpunkt des Sozialisten sind eben durchaus andere. Der Bourgeois geht aus von seiner Ware, seinem Kapital, seinem Profit, der Sozialist von den Staaten und Völkern der Erde in ihrer Verbindung. Der Bourgeois geht aus von seinem Sondervorteil, der Sozialist von dem Gesamtinteresse der Völker, von der Verkehrsgemeinschaft der Welt und hält diese als obersten Richtpunkt fest. Nichts kann deutlicher seine guten Gründe dafür erweisen als dieser Krieg. Die Sperrung des Seeverkehrs trifft am furchtbarsten das Proletariat der Mittel- wie der Randmächte, schafft Teuerung hier durch Knappheit und dort durch die hohen Seefrachten und nimmt dem Lohne seine Kaufkraft — die Kapitalistenklasse verdient dabei hier und dort, zum Teil sogar mehr als im Frieden. Der Mangel der Rohstoffzufuhren wie der Warenabfuhren schafft auf der einen Seite Arbeitslosigkeit, auf der anderen Verteuerung des Konsums: Jede Beeinträchtigung der internationalen Verkehrsgemeinschaft schlägt die Arbeiterklasse jedes Landes, jede Verinnigung hebt sie. Gegen die elementare Einsicht, gegen die unmittelbare Anschauung dieses internationalen Zusammenhanges, den der Arbeiter Tag für Tag nicht erdenkt, sondern erfährt, ist alle nationalistische Verhetzung machtlos. Die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der wirtschaftlichen Verkehrsgemeinschaft ist ebenso eines der untersten Bedürfnisse wie der höchsten Ideale des Arbeiters.

Diese Verkehrsgemeinschaft der Gesamtheit nimmt für den Einzelstaat die Gestalt der Verkehrsfreiheit an und insoweit tritt die Arbeiterklasse für diese ein. Sie bezieht sich nicht nur auf die Schlagbäume des Zollsystems gegen Waren, sondern ebensosehr auf die Wander- und Einbürgerungsverbote wider Personen und auf Bewegungshindernisse der Kapitalien, am meisten aber auf Verkehrswege und Verkehrsmittel des Weltverkehrs: der Gegensatz „Freihandel oder Schutzzoll" schöpft ihren Inhalt nicht aus. Sie ist im Grunde am nächsten nicht dem wirtschaftlichen, sondern dem völkerrechtlichen Begriff des freien Verkehrs (Liberum commercium). Andererseits aber liegt das Gewicht nicht auf der Freiheit des Einzelstaates, sondern auf der Verkehrsgemeinschaft aller Staaten, die vorangeht, die dem einzelnen Grenzen und Schranken auferlegen kann. Und insofern trifft die Frage: Seid ihr Sozialisten für Freihandel? das Wesen der sozialistischen Auffassung gar nicht, sie läßt nur die richtigstellende Antwort zu: Wir sind für international geregelte Verkehrsgemeinschaft.

Der Sozialismus hat mit der manchesterlichen Freihandelspropaganda nichts zu tun, die nur ein anarchisches Nebeneinander von juristisch Freien und Gleichen gelten lassen wollte, auch wo das Bedürfnis nach der ordnenden Hand der Gesamtheit schreit. Nicht geleugnet wird, daß die Freihandelsideologen eine der höchsten Ideenerhebungen auf wirtschaftlichem Gebiet vorstellen, aber was real hinter ihnen stand und steht, ist Bank-, Handels- und Industriekapital. Solange der englische Kapitalist in der Bank von England das Herz des Edelmetallmarktes, in den Londoner Kaufhäusern die Herzkammern des Warenmarktes und in den Fabriken Englands die Werkstatt der Welt sieht, ist er Freihändler, denn in der rechtlich so harmlosen Form des Freihandels verhüllt sich die finanzielle, kommerzielle und industrielle Hörigkeit aller anderen Völker. Sobald und soweit London diese Herzkammer und England diese Werkstatt nicht mehr ist, hört der englische Bourgeois auch auf, Freihändler zu sein. Die Formel „Freihandel" verhüllt wie die Formel „Schutzzoll" kapitalistische Interessen, die durchschaut werden müssen, wenn man jene Formeln verstehen will.

Nicht nur zwischen Unternehmer und Arbeiter, Gläubiger und Schuldner, Grundherrn und Pächter, sondern auch zwischen Staat und Staat, Volk und Volk bestehen kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse. Ein reiner Handelsstaat, wie etwa seinerzeit die Republik Venedig, vermag die Staaten, denen er dient, ebenso auszuplündern wie etwa ein Krämer eine hilflose Kundschaft. Es kann ein reiner Gläubigerstaat seine Schützlinge genau so auszehren wie ein Wucherer seine Schuldner. Die jüngste Form dieser Art ist der Unternehmerstaat, der die Arbeiterschaft fremder Länder anlockt, ausbeutet und in die Krankenhäuser und Friedhöfe der Heimatstaaten zurücksendet, wie dies im großen ganzen die Vereinigten Staaten gegen Osteuropa praktizieren. Mit einem Worte: Die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse der Individuen wiederholen sich auf der höchsten Stufenleiter zwischen Staaten und Völkern. Die Staatengegensätze sind in diesem Lichte kapitalistische Klassengegensätze auf der höchsten Stufenleiter, und zwar ganz überwiegend Klassengegensätze zwischen den verschiedenen Abteilungen der Kapitalistenklasse, die selbst durch die Kapitalsarten dargestellt werden. Grundbesitz, Industriekapital, Handelskapital, Leihkapital: Agrarstaat, Industriestaat, Handelsstaat, Gläubigerstaat stehen in wirtschaftlichen Gegensätzen und in diesen Rivalitäten der Bourgeoisien sind Freihandel und Schutzzoll im landläufigen Sinne nichts als wie zwei ganz gleichwertige oder, wenn man will, gleich unwerte Mittel zum Zweck, bloße wirtschaftliche Waffen.

So waren die ostelbischen Junker zur Zeit der teuren und unsicheren Segelschiffahrt, wo sie in erster Linie England mit Brotfrucht versorgten, Freihändler. Sobald die Dampfschiffahrt die Ueberseezufuhren, die Eisenbahnen die Ueberlandfrachten verbilligten, Amerika und Rußland nicht nur den englischen Markt besetzten, sondern in Ostelbien selbst die

Arbeiterzeitung 6./I. 1916

II
81

Verkehrsgemeinschaft und Handelspolitik

Kornpreise drückten, wurden sie Schutzzöllner. Beide Parolen sind offensichtlich einfache Waffen im kapitalistischen Konkurrenzkampf und darin sicherlich gleichwertig.

Aber Freihandel ist doch „Freiheit". Er ist rechtliche Freiheit, aber diese rechtliche Freiheit kann zum Mittel der wirtschaftlichen Versklavung werden — genau so wie die Freiheit des Lohnvertrages.

Um dem Kern der Frage näher zu kommen, geben wir aus einem angrenzenden Falle ein Beispiel. Gesetzt den Fall, nach dem Kriege lägen in ganz Europa die Erwerbsverhältnisse arg darnieder, während Amerika zur Werkstatt der Welt würde. Unzählige europäische Auswanderer würden in die Vereinigten Staaten strömen und, um das Unglück zu vollenden, durch ein maßloses Ueberangebot von Arbeitskraft die Löhne tief herabsinken. Da in diesem Falle Menschenfleisch unendlich billig wäre, könnten die freien amerikanischen Unternehmer kraft des freien Arbeitsvertrages die Fremden schrankenlos ausbeuten bis zu Entkräftung und Siechtum, um sie dann als lästige mittellose Ausländer heimzuspedieren. „Freiheit auf der ganzen Linie."

Gesetzt den Fall, die betroffenen europäischen Staaten würden daraufhin die Auswanderung schlechthin verbieten. Dann würden bei der angenommenen Lage die Massen eben daheim verhungern. Wie aber, wenn diese Staaten so schlüssig würden: Wir wollen den Auswandererverkehr keineswegs unterbinden, wohl aber seine internationale Regelung erzwingen? Freiwillig folgen die Vereinigten Staaten nicht, also brauchen wir eine Waffe, um sie zu zwingen. Wir wollen also auf eine Zeit alle Kraft zusammenfassen, unsere Leute einstweilen in der Heimat zu ernähren, auf eine Zeit die Auswanderung verbieten und so Amerika nötigen, einen Vertrag zu schließen, wodurch den Arbeitern ein Minimallohn, eine Maximalarbeitszeit und konsularischer Rechtsschutz gewährleistet werden. Ist der Vertrag geschlossen, so ist die Wanderung frei.

Wenn sich also ein „Arbeiterstaat" in solcher Weise gegen einen „Unternehmerstaat" betrüge, so wäre das wohl formal und rechtlich wider die Freiheit, aber nimmermehr sachlich gegen den Grundsatz der geregelten Verkehrsgemeinschaft, das Ideal der sozialistischen Internationale, und nicht gegen den Sinn wahrer Verkehrsfreiheit zwischen den Völkern.

Dieses Beispiel soll uns veranschaulichen: Verbote und Einschränkungen aller Art und also auch Schutzzölle können von Staat zu Staat als Waffe wider kapitalistische Ausbeutung nötig werden und sind zulässig, wenn sie gehandhabt werden zur Begründung oder Sicherung der freien Verkehrsgemeinschaft, wie umgekehrt die Regellosigkeit und daher auch der Freihandel unter Umständen bloß eine tückische Waffe der Ausbeutung sein kann. Die bloße Freiheit aller, wenn sie als Ungeregeltheit, als Ordnungslosigkeit aufgefaßt wird, ist niemals ein sozialistisches Ideal. Ideal ist die Internationalität, das ist die Ordnung im Sinne und Interesse der Staaten- und Völkergesamtheit. So und in diesem Geiste nennen wir uns Internationale.

Wie alle anderen Schutzmaßregeln ist Schutzzoll berechtigt, wenn er fremde monopolistische Ausbeutung abwehrt und soweit er sich darauf beschränkt. Ein Schutzzoll aber, der das eigene „Hinterland" mit teuren Fabrikaten ausplündert, um fremde Märkte mit billigen zu erobern, ist ein Trutzzoll. Ein Schutzzoll aber, der die Verkehrsgemeinschaft um des Trugbildes einer Autarkie willen aufheben und eine chinesische Mauer um jedes Land ziehen will, dient nicht dem Schutz, auch nicht dem Trutz, sondern einer Unmöglichkeit.

Aber auch umgekehrt: Ein Freihandel, der das eigene Volk rettungslos dem Monopol eines fremden Industrie-, Handels- oder Bankkapitals preisgeben wollte, ist ebenso unerträglich und im Widerspruch zu der Idee einer Verkehrsgemeinschaft, deren Wesen die Gleichheit aller ihrer Glieder ist und nicht die Alleinherrschaft eines Gliedes über alle. Die Arbeiterklasse hat in allen Landen an der Ausbeutung durch die eigene Herrenklasse zu tragen, es kann ihr durchaus nicht erwünscht sein, noch überdies mit fremder Kapitalshörigkeit belastet zu werden — nicht unähnlich jenen indischen Parias, die den einheimischen Großen den Zehent leisten und außerdem dem englischen Kaufmann und Fabrikanten unermeßliche Profite.

Das lebendige Bedürfnis wie die Idee der internationalen Verkehrsgemeinschaft schließen daher die Regelung, das sind Einschränkungen da und dort, nicht aus, sondern ein, immer mit dem Vorbehalt, daß sie bestimmt und geeignet sind, die Dichtigkeit und Innigkeit des Verkehrs und die Allseitigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern. In dieser Zweckbestimmung liegt die Entscheidung.

Imperialistische Zölle, die den Wirtschaftskrieg bis zum Waffenkrieg steigern, haben das Gegenteil dieser Bestimmung erreicht, und darum die fast instinktive Furcht, die leidenschaftliche Abwehr des Proletariats gegen die Schutzzöllnerei überhaupt.

Und darum muß es, sobald der Friede und mit ihm die Friedensziele in den Kreis der Betrachtung rücken, sein ganzes internationales Gewicht in die Wagschale werfen, daß alle Waffen der Handelspolitik — Freihandel und Schutzzoll sind solche Waffen — dazu benützt werden, um die Trutzmauern zwischen den Staaten, die den Frieden schließen, ehrlich abzutragen bis auf das jedenorts unerläßliche Maß. Welches Maß aber unerläßlich ist, darüber zu urteilen darf nicht der Kartellgier noch dem Bauerngeiz und Krämerneid überlassen bleiben. Gegen sie müssen schon im Friedensvertrag Schutzwehren aufgerichtet werden und eine solche Wehr ist die Meistbegünstigung.

In diesem Sinne, meine ich, wird die Arbeiterklasse aller Länder bei der Erörterung der Friedensfrage mehr als je sich der Handelspolitik bemächtigen müssen.

K. R.

Fremdenblatt
12. I. 1916

43

Unsere Handelsbeziehungen zum Balkan und Orient.

Zur Erörterung aller jener Fragen, welche eine geeignete Organisation für die Verfolgung unserer wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan und im Orient betreffen, fand kürzlich im Niederösterreichischen Gewerbeverein eine Besprechung statt, an der teilnahmen: Für die Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Magistratsdirektor Doktor Nüchtern; der Ehrenpräsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines Geheimer Rat Herrenhausmitglied Dr. Exner; für das Oesterreichische Handelsmuseum die Geheimen Räte Dr. J. M. Baernreither und Ritter v. Kuczynski und Sektionsrat Dr. Karminski; für die Exportkommission des Handelsministeriums Sektionsrat Dr. Hochdorf; für den niederösterreichischen Landesausschuß Oberinspektor Heinl; für die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer Sekretär Dr. Pistor; für den Oesterreichisch-Bosnisch-Herzegowinischen Interessentenverband Dr. Fürth und Dr. Klofetz; für den Zentralverband der Industriellen Sektionschef Dr. Brosche und Sekretär Dr. Schneider; für den Bund Oesterreichischer Industrieller Abg. Friedmann und Generalsekretär Dr. Weiß; für den Industriellen Klub Generalsekretär Raunig; für das Gremium der Wiener Kaufmannschaft Dr. Müller; für den Verein reisender Kaufleute Vizepräsident Epstein; Adolf Bauer, Ignaz Deutsch, Oskar Goldschmied, Adolf Lemberger; für den Landesverband für Fremdenverkehr Oberkurator Steiner; für den Niederösterreichischen Gewerbeverein Präsident Schiel und die Vizepräsidenten kaiserl. Rat Krause und Stoll; für den Deutsch-österreichischen Gewerbebund Vizepräsident Pabst und Sekretär Hainzlmayr; für den Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverband Kammerrat Kandl und Bankier Schwarz.

Der Vorsitzende, Präsident Schiel, begrüßte die Erschienenen und betonte, daß es notwendig sei, wie in Ungarn auch in Oesterreich eine zweckentsprechende Organisation für unsere Balkan- und Orientinteressen zu schaffen. Es wäre nicht etwa ein neuer Verein zu gründen, sondern eine bestehende Einrichtung auszugestalten. Der Gewerbeverein wollte lediglich die so wichtige Frage zur Erörterung bringen und die Aufmerksamkeit aller berufenen Kreise neuerdings darauf lenken.

Der Generalsekretär des Gewerbevereines, Dr. Kobatsch, erstattete hierauf das Referat. Er verwies auf die bereits im Deutschen Reiche und in Ungarn gegründeten Organisationen für den wirtschaftlichen Verkehr mit den Balkanstaaten, mit Bulgarien, der Türkei usw. und betonte die wirtschaftliche Notwendigkeit, eine ähnliche Organisation auch in Oesterreich zu schaffen. Oesterreich-Ungarn nahm bisher an dem Handelsverkehr mit den Balkanstaaten die erste Stelle ein (mit 21 Prozent). Ihm folgten Großbritannien und in rasch steigendem Ausmaße das Deutsche Reich. Die Ausfuhr Oesterreich-Ungarns in die Balkanstaaten stieg von 245 Millionen Kronen auf über 400 Millionen Kronen im Jahre 1913, und wenn man die asiatische Türkei und Aegypten dazu nimmt, von 280 auf 500 Millionen Kronen. Die Ausfuhr Ungarns betrug hievon etwa 12 Prozent. Die Ausfuhr nach Bosnien stieg von 112 auf 136 Millionen Kronen. Auch unsere Einfuhr aus den Balkanstaaten war schon bisher eine beträchtliche. Es gelte nunmehr, diesen wichtigen Handel nicht bloß zu erhalten, sondern auszugestalten. Die Organisation würde hauptsächlich folgende Aufgaben zu erfüllen haben: Propaganda (Publizistik, Ausstellungen, Reisen); die Unterstützung des kommerziellen Verkehrs; Ausgestaltung des Berichterstatterdienstes u. a.; wichtige verkehrspolitische Fragen verschiedenster Art (Eiserne Tor-Gebühren, Verbesserung der Donauwege, Tarifpolitik, Fremdenverkehr u. a.); schließlich die handelspolitischen Fragen, insbesondere Betätigung im Rahmen der Idee der wirtschaftlichen Annäherung an die Mittelmächte und die Balkanstaaten.

Geheimer Rat Dr. Baernreither teilte mit, daß die allgemeine Exportsektion des Handelsmuseums beabsichtige, eine Balkan- und Orient-Sektion zu bilden, welche im Sinne der gemachten Vorschläge durch Vertreter der beteiligten Behörden und Körperschaften ausgestaltet werden könnte. Eine großzügige Propaganda sei unbedingt nötig, ebenso eine sorgsame Behandlung aller verkehrspolitischen Fragen. Besonders wichtig sei die unmittelbare geschäftliche Betätigung. Das wichtigste aber sei, daß Oesterreich und das Deutsche Reich in den Balkan- und Orientfragen einverständlich vorgehen, denn diese Frage hänge auf das innigste zusammen mit dem Plane der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich, mit dem Anschlusse Bulgariens und der Türkei, und damit es gelinge, an die Stelle der Staaten der Entente auf dem Balkan und im Orient zu treten; dann eröffnet sich eine große Perspektive für unsere Volkswirtschaft.

Sektionschef Brosche begrüßt die vom Gewerbeverein gegebene Anregung, spricht sich auch für das mitgeteilte Programm aus und schlägt vor, das Handelsmuseum mit der Durchführung der zu schaffenden Organisation zu betrauen.

Im gleichen Sinne spricht Herr Lemberger namens des Vereines reisender Kaufleute, welcher insbesondere die praktischen Fragen: intensive Bereisung; bessere Schiffahrtsverbindungen; entsprechende Konsularvertretungen u. a. erörtert, ferner Kammersekretär Dr. Pistor, welcher gleichfalls auf den Zusammenhang dieser Frage mit dem Plane der handelspolitischen Verständigung mit Deutschland hinweist und auch darauf, daß eine solche Verständigung von den deutschen Kaufleuten auch auf praktischem Gebiete, insbesondere in Bezug auf die einverständliche Regelung der Zahlungsbedingungen gewünscht werde. Auch sei in diesem Zusammenhange darauf zu verweisen, daß der Balkanexport wesentlich abhänge von der Investition der Kapitalien in den zu erschließenden Gebieten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner spricht sich gleichfalls für die Ausgestaltung der bestehenden Organisation des Handelsmuseums aus und erläutert die große Wichtigkeit des Balkan- und Orientverkehrs nicht bloß für Oesterreich, sondern gerade für Wien. Der Ernst der Lage erfordert ein rasches Handeln und das Zusammenfassen aller berufenen Kräfte, wenn wir das Ziel erreichen wollen. Die Gemeinde Wien wird gerne bereit sein, in der auszugestaltenden Orientsektion des Handelsmuseums mitzuwirken.

Abg. Friedmann begrüßt die Anregung namens des Bundes der Industriellen, sowie des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. — Schuhfabrikant Goldschmied stimmt den Vorschlägen ebenfalls zu und regt an, auch die industriellen und gewerblichen Fachorganisationen beizuziehen. — Dr. Müller berichtet über die bisherige Tätigkeit des Gremiums der Kaufmannschaft und erklärt sich für den Antrag Brosche.

Geheimer Rat Dr. Baernreither beantragt noch, daß ein engerer Ausschuß bestellt werde, in den die beteiligten Behörden und Körperschaften je einen Vertreter zu entsenden hätten. Dieser Ausschuß hätte der Orient-Sektion des Handelsmuseums angegliedert zu werden und die Durchführungsfragen, die Organisation, das Tätigkeitsprogramm u. a., zu beraten.

Der Vorsitzende, Präsident Schiel, leitet hierauf die Abstimmung ein, und es werden die von Geheimen Rat Dr. Baernreither und Sektionschef Brosche gestellten Anträge einstimmig angenommen.

Vossische Zeitung 12./V. 1916.

Die Berufsarbeit der Krieger.

Förderung der Erwerbstätigkeit nach dem Kriege.

Die Denkschrift der preußischen Staatsregierung betreffend Förderung der Erwerbstätigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, die den Oberpräsidenten zur Weitergabe an die nachgeordneten Behörden zugegangen ist, empfiehlt als Fürsorgemaßnahmen für sämtliche Kriegsteilnehmer die Einrichtung von Beratungsstellen und für die selbständigen Erwerbstätigen die Beschaffung von Betriebsmitteln. Die Denkschrift sagt: „Jeder auf seine Arbeitskraft angewiesene Kriegsteilnehmer wird darauf rechnen, daß ihm, wenn er in seine alte Tätigkeit nicht mehr zurückkehren und eine neue ohne erhebliche Mühe nicht finden kann, zur Wiedergewinnung einer Beschäftigung möglichste Unterstützung zuteil wird. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß in Fällen dieser Art die zurückkehrenden Krieger entweder von einer Stelle zur anderen geschickt oder gar der Armenverwaltung überwiesen werden sollten."

Für die Inanspruchnahme der Beratungsstellen, denen nur empfohlen werden kann, sich mit allen für Kriegsteilnehmer und Kriegsinvalide geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen in enger Fühlung zu halten, dürfen keinerlei Gebühren erhoben werden; jeder, der in Not geraten ist, soll sich an sie wenden dürfen. In den Landkreisen unter Mitwirkung der Landräte, in kreisfreien Städten unter Beteiligung der Gemeindevorstände werden die Beratungsstellen jeweils den besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen haben. Ueber die Grundsätze, nach denen dabei zu verfahren ist, sagt die Denkschrift:

> „Eine Hauptaufgabe werden die Stellen in der Beratung der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zu sehen haben, deren Betrieb durch die Abwesenheit des Inhabers zu erliegen droht oder schon stillgelegt ist. Hier handelt es sich zunächst darum, festzustellen, ob eine Fortführung oder die Wiederaufnahme des Betriebs wirtschaftlich gerechtfertigt ist oder nicht. Dies wird regelmäßig verneint werden müssen, wenn bereits vor dem Kriege eine Ueberschuldung oder mangelnde Lebensfähigkeit des Betriebs vorlag, oder wenn ein wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr zu erwarten ist. In solchen Fällen wird es im Interesse des Ratsuchenden selbst liegen, wenn er sich zur Aufgabe seines bisherigen Erwerbes entschließt und ihm die Uebernahme einer gesicherten, wenn auch unselbständigen Tätigkeit ermöglicht wird. Um einem bisher Unselbständigen die Gründung einer unabhängigen Existenz zu ermöglichen, können staatliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden."

Die Gewährung von Geldunterstützungen aus öffentlichen Mitteln an die selbständigen Erwerbstätigen (zur Beschaffung von Rohstoffen, Maschinen und sonstigen Betriebsmitteln) ist in der Weise gedacht, daß der Staat den Provinzen Vorschüsse gewährt, die von diesen mäßig zu verzinsen und in nicht zu lang bemessener Frist (10 Jahre) ratenweise zurückzuzahlen sind. Zur Begutachtung der Unterstützungsgesuche werden Vertreter der finanziell interessierten Kreiskommunalverbände oder auch der Gemeinden sowie der Berufsgenossen des Gesuchstellers zuzuziehen oder die Vertretungen der Kreise und Gemeinden sowie die Berufsvertretungen bzw. die von diesen bestimmten Vertrauensleute zu hören sein. Besondere Förderung wird man sich dabei von der Mitwirkung der über die Personalverhältnisse besonders gut unterrichteten Kreditgenossenschaften versprechen dürfen.

Der Zinssatz der aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen, die im Einzelfalle den Höchstbetrag von 3000 M. nicht überschreiten sollen, müßte zum mindesten 1 v. H. unter dem Reichsbankdiskont liegen. Die Gewährung öffentlicher Beihilfen wird bei Personen, die vor dem Kriege ein Einkommen über einen gewissen Betrag hinaus (4000 M.) bezogen haben, in der Regel nicht in Frage kommen. Was schließlich den Zeitpunkt für die Durchführung der geplanten Maßnahmen anlangt, so soll mit der Einrichtung der Beratungsstellen alsbald vorgegangen, mit der Bereitstellung öffentlicher Mittel als Notstandsdarlehen in der Hauptsache bis zum Friedensschluß gewartet, der bis dahin sich ergebende Bedarf tunlichst aus Mitteln gemeinnütziger und wohltätiger Einrichtungen beschafft werden.

Die Zeit
13./I. 1916

95

— **(Industrielle für die Einberufung des Industrierates.)** Gestern haben die Vorstände der zentralen industriellen Verbände, und zwar die Herren Sektionschef Dr. Brosche und Artur Kuffler (für den Zentralverband der Industriellen), Bergrat Max Ritter v. Gutmann und Felix Edler v. Heintschel (für den Klub der Industriellen) und Kommerzialrat Heinrich Vetter und Dr. Zetter (für den Bund österreichischer Industrieller) beim Handelsminister Dr. v. Spitzmüller vorgesprochen und um Einberufung einzelner Abteilungen des Industrierates ersucht, damit die Industrie bei der bevorstehenden Regelung der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen gehört werde. Der Handelsminister hat, wie wir vernehmen, diesen Wunsch sehr freundlich aufgenommen und versprochen, sich über die Modalitäten bald schlüssig zu werden, unter denen die Wünsche der Industriellen erfüllt werden können. Er lege jedenfalls großen Wert darauf, mit den industriellen Kreisen in enger Fühlung zu bleiben.

Vossische Zeitung 13./I. 1916.

Achtet auf Abfälle.

Der hohe volkswirtschaftliche Wert von alten Knochen und Lumpen ist weiten Kreisen unserer Bevölkerung noch unbekannt. In der jetzigen Kriegszeit sind die großen Mengen von Fett, Glyzerin und Leim, die die Industrie der Verarbeitung der Knochen entnimmt, für militärische Zwecke von unschätzbarem Werte. Die bei der Verarbeitung der Knochen noch übrig bleibenden Stoffe werden zur Verteilung von Düngemehl verwandt, das dank seinem starken Gehalt an Stickstoff und Phosphorsäure gerade in der Kriegszeit unserer Landwirtschaft die wichtigsten Dienste zu leisten bestimmt ist. Die alten Lumpen, die früher vornehmlich zur Herstellung von Papier gedient hatten, haben gleichfalls ungemein an Wichtigkeit gewonnen. Sie werden jetzt vorwiegend für militärische Zwecke, aber auch für die Anfertigung von Kleiderstoffen, wollenen Decken usw., also für Gegenstände, die ebenfalls zum notwendigen Kriegsbedarf gehören, verwendet. Unsere breiten Bevölkerungsschichten haben schon früher Knochen und Lumpen an die Sammler fleißig zu den jeweiligen Tagespreisen abgegeben. Weit weniger Entgegenkommen haben die Lumpensammler in den Häusern der besser bemittelten Stände gefunden. Allzuviele Hausfrauen und Dienstmädchen fanden die Aufbewahrung der Knochen und Lumpen unbequem und lästig, so daß sie die Sammler aus ihren Häusern verscheuchten; die Knochen wurden in den Küchen verbrannt oder zum Kehricht geworfen, die Lumpen sonstwie verschleudert.

Nicht viel anders steht es mit dem Altpapier. Welch außerordentlich große Massen von Papier, alten Zeitungen, Broschüren, Prospekten, Briefumschlägen, Pack- und Einwickelpapier werden täglich und stündlich ungenutzt wegeworfen und zum größten Teil in ganz sinnloser Weise im Ofen und auf dem Herde verbrannt! Gar mancher würde solche Vergeudung unterlassen, wenn er sich bewußt wäre, daß auch das Altpapier für unsere kriegswirtschaftliche Rüstung vom höchsten Wert ist. Wie wir aber sehen, finden die Lumpen, die in Friedenszeiten in ausgedehnteren Mengen zur Papierbereitung dienten, jetzt für wichtigere Zwecke des Heeresbedarfs Verwendung. Zugleich ist uns aber auch die außerordentlich große Zufuhr von Altpapier gesperrt, die vor dem Kriege namentlich aus England zu uns gelangte. Und ebenso sind andere für die Papierbereitung in Betracht kommende Stoffe (Holzschliff und Zellstoff) immer knapper geworden.

So gilt es, den Ausfall durch stärkere Heranziehung des Altpapiers auszugleichen und dessen unverständiger Vernichtung mit allen Mitteln zu steuern. Welche wertvollen Stoffe wir in den alten Lumpen und in dem Altpapier für unsere Kriegswirtschaft besitzen, geht am deutlichsten daraus hervor, daß man seitens unserer Feinde die von uns besetzten belgischen Gebiete mit vielen Tausenden von Flugblättern überschwemmt, in denen die Bevölkerung zur planmäßigen Vernichtung von Lumpen, Knochen und Altpapier aufgefordert wurde, um uns nicht aus diesen Stoffen Nutzen namentlich für unsere militärischen Bedürfnisse ziehen zu lassen. Auf solche planmäßige Verhetzung müssen unsere Bevölkerungskreise, besonders aber unsere Hausfrauen, die einzig richtige Antwort geben, daß sie sich die sorglichste Sammlung jeder bisher gering geachteten Abfälle zur vaterländischen Pflicht machen. In den Handelsgeschäften, in der Werkstatt, in den Kanzleien, in den Küchen muß die größte Sparsamkeit bei der Verwendung des Paviers geübt, namentlich aber die Zerstörung des Altpapiers aufs strengste verpönt werden!

Fremdenblatt
14./I. 1916

(Vorsorge für die Aufrechterhaltung gewerblicher Betriebe.) Da angesichts der bevorstehenden Einberufung älterer Landsturmpflichtiger zu befürchten steht, daß in weit höherem Maße als bisher gewerbliche Betriebe infolge Einrückung des Gewerbeinhabers eingestellt werden müssen, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner Schritte unternommen, damit Gewerbetreibende, die nur zu Hilfsdiensten geeignet befunden wurden und zu diesen oder Lokaldiensten herangezogen werden, diesen Dienst am Betriebsort des Gewerbes ableisten können. Der Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, das Gemeinderatspräsidium zu ersuchen, es möge persönlich bei den beteiligten Ministern vorsprechen, damit diese Begünstigung den Gewerbetreibenden nach Möglichkeit zugewendet werde.

Fremdenblatt Abendbl.
18. I. 1916

78

(Intervention für die einrückenden Gewerbetreibenden.) In Ausführung des am vorigen Donnerstag gefaßten einhelligen Stadtratsbeschlusses begab sich Samstag das Gemeinderatspräsidium, bestehend aus Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Hoß und Rain zum Landesverteidigungsminister Freiherrn v. Georgi, um namens der Gemeindeverwaltung die Bitte zu unterbreiten, daß jenen älteren Gewerbetreibenden, welche auf Grund der Musterung am 21. d. M. einzurücken haben, jedoch als frontdienstuntauglich und nur zu Diensten im Hinterlande geeignet befunden wurden, die Möglichkeit geboten werde, ihren militärischen Verpflichtungen im Wiener Gemeindegebiete nachzukommen, damit sie auf diese Weise in die Lage versetzt werden, doch noch einigermaßen den zurückgebliebenen Angehörigen in der Geschäftsführung behilflich zu sein. Der Bürgermeister bezeichnete es als eine große Gefahr, wenn infolge der Einberufung des Familienerhalters das Geschäft überhaupt geschlossen werden müßte, da hiedurch nicht nur die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse leiden würden, sondern auch für die Zukunft die wirtschaftliche Existenz erschwert würde, da es sehr fraglich wäre, ob eine Wiederaufrichtung des Geschäftes sich als ausführbar erweist. Der Minister nahm die Ausführungen des Gemeinderatspräsidiums mit großem Wohlwollen entgegen und sagte zu, daß er den Wünschen, soweit es die militärische Rücksicht gestatte, gerne nachkommen werde.

Neue Freie Presse
18./I. 1916

[Krieg und Luxus.] Ueber dieses Thema sprach gestern im Wiener Volksbildungsverein Frau Helene Granitsch. Die Vortragende führte zunächst aus, daß die Anschauung, ob der Luxus zu bejahen oder zu verneinen sei, in der Entwicklung der europäischen Geschichte sehr verschiedentlich zum Ausdruck gekommen ist und daß für die Stellungnahme der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Luxus je nach den verschiedenen geschichtlichen Epochen teils ethische, teils volkswirtschaftliche Motive maßgebend waren. Ueberall, wo der Luxus übertrieben wird, muß eine Selbstkorrektur entstehen, und die Frage drängt sich auf, ob die durch den Weltkrieg bedingte Umkehr nicht auch eine solche Selbstkorrektur darstellt. Das Luxusleben unserer Zeit, wie es vor Ausbruch des Weltkrieges die Großstädte beherrschte, hat tatsächlich vielfach den Grad ungesündester Uebertreibung erreicht. Der Tafelluxus, der allenthalben entfaltet wurde, hat der Geselligkeit einen höchst unerfreulichen Charakter gegeben, weil er dieselbe geradezu auf grob-sinnliche Genüsse aufbaute. Daneben der unsinnige Kleiderluxus. Hier zitierte die Vortragende einen Ausspruch Friedrich Naumanns, der mit Recht auf den Zusammenhang der rasch wechselnden Mode und der Gefahr des Wechselns auf dem Gebiete des Denkens und Wollens hinweist. In diesem steten Bestreben nach Wechsel und Abwechslung sieht Naumann einen moralischen Defekt des Individuums, während ihm das bleibende Verhältnis zu einigen wenigen wertvollen Gebrauchsgegenständen Symbol für die persönliche Haltung des Besitzers in ethischen und moralischen Fragen ist. Auch die Massenproduktion von billigem Luxus — jenem „Eintagsluxus", der die kleinbürgerlichen Kreise zum Schaden der Volkswirtschaft überschwemmte — hat zu ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen in unserem Vaterlande beigetragen. Wenn bürgerliche Familien bei dem Mieten einer Wohnung vorerst fragen: „Wie viele Personen kann ich setzen?" statt den Hauptwert darauf zu legen, daß die Kinder gesunde und sonnige Räume und die Hauswirtschaft gediegene Organisationsformen in der Wohnung findet, so muß dies als eine ebenso lächerliche wie weitverbreitete Verkennung des Wesentlichen bloßgestellt werden. Der Luxus, der das Gesellschaftsleben beherrschte, wird auch dadurch gekennzeichnet, daß viele Menschen von ihrem „Verkehr" und nicht von ihren Freunden sprechen. Das ist typisch für die ganze Verflachung des geselligen Lebens, und eine große Gefahr entwickelt sich daraus, daß das Streben nach ausgedehnter Geselligkeit epidemieartig auch jene erfaßte, die wirtschaftlich gar nicht in der Lage waren, solche Aufwendungen aus ihrem Einkommen zu bestreiten. Die überhandnehmenden Luxusgewohnheiten des öffentlichen Lebens haben auch die Eheschließungen allgemein in den Städten hinausgeschoben und verringert, den Willen zur Elternschaft abgetötet und alles ideale Streben, das zu ruhiger, beglückender Wertproduktion führt, dem einzigen, alles beherrschenden Gelderwerbstrieb, der sich ins Maßloseste entwickelte, untergeordnet. Der Krieg hat besonders unter dem ersten Eindruck des großen und unfaßbaren Ereignisses vielfach die Verhältnisse gewandelt. Im selben Maße, als der Markt infolge der großen Kriegsaufträge sich wieder festigte und neue Vermögen entstanden, trat aber auch die seelische Gewöhnung an den Krieg ein. Und wie es sich stets bei dem Emporklimmen einer neuen gesellschaftlichen Oberschicht bemerkbar macht, trat sogar gerade in den letzten Monaten ein merkliches Bestreben zutage, durch möglichst auffallenden äußeren Luxus den neu erworbenen Reichtum zu betonen. Wir bekämpfen den Luxus, der sich in dieser Zeit so auffallend geltend macht. Wir finden es nicht nur vom ethischen Standpunkte aus verwerflich, daß zu einer Zeit, wo der beste Teil unseres Volkes auf den blutigen Schlachtfeldern Not und Tod erleidet, die von diesen Braven Beschützten im Hinterlande ein üppiges Leben des Genusses führen. Wir halten es aber auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus für schädlich, wenn angesichts unserer Valuta Millionen ins Ausland wandern, um von dort Luxusgegenstände ins Inland zu bringen. Der Krieg steckt der heimischen Volkswirtschaft neue Ziele; das Durchhalten erfordert das Einsetzen aller verfügbaren Kräfte für die notwendige Gütererzeugung im Sinne einer Bedarfswirtschaft, und gerade die Vorbereitung für den Frieden wird diesen Zielen folgen müssen, um ein innerlich gefestigtes, unabhängiges, starkes Reich zu schaffen, das zur wirtschaftlichen Entwicklung in der nächsten Zeit vor allem anderen die Lösung eines Problems erfordert: Die Herstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Konsumtion und Produktion in Oesterreich!

Neues Wiener Tagblatt
18/I. 1916

80

(Intervention des Bürgermeisters für die einrückenden Gewerbetreibenden.) In Ausführung des am vorigen Donnerstag gefaßten einhelligen Stadtratsbeschlusses begab sich Samstag das Gemeinderatspräsidium, bestehend aus Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeister Hoß und Rain, zum Landesverteidigungsminister Freiherrn v. Georgi, um namens der Gemeindeverwaltung die Bitte zu unterbreiten, daß jenen älteren Gewerbetreibenden, welche auf Grund der Musterung am 21. d. einzurücken haben, jedoch als frontdienstuntauglich und nur zu Diensten im Hinterlande geeignet befunden wurden, die Möglichkeit geboten werde, ihren militärischen Verpflichtungen im Wiener Gemeindegebiete nachzukommen, damit sie auf diese Weise in die Lage versetzt werden, doch noch einigermaßen den zurückgebliebenen Angehörigen in der Geschäftsführung behilflich zu sein. Der Bürgermeister bezeichnete es als eine große Gefahr, wenn infolge der Einberufung des Familienerhalters das Geschäft überhaupt geschlossen werden müßte, da hiedurch nicht nur die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse leiden würden, sondern auch für die Zukunft die wirtschaftliche Existenz erschwert würde, da es sehr fraglich wäre, ob eine Wiederaufrichtung des Geschäftes sich als ausführbar erweist. Der Minister nahm die Ausführungen des Gemeinderatspräsidiums mit großem Wohlwollen entgegen und sagte zu, daß er den Wünschen, soweit es die militärische Rücksicht gestatte, gern nachkommen werde. Vizebürgermeister Hierhammer war durch ein Unwohlsein verhindert, an der Abordnung teilzunehmen.

Neues Wiener Tagblatt 18/I. 1916

Der Rohstoffbezug Oesterreichs nach Friedensschluß.

In der letzten, unter dem Vorsitz des Präsidenten Bergrat Max Ritter v. Gutmann stattgefundenen Monatsversammlung des Industriellen-Klubs bildete die Frage des Rohstoffbezuges nach Friedensschluß den Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Sie wurde vom Präsidenten des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs Sektionschef a. D. Dr. S. Brosche eingeleitet, welcher im wesentlichen ausführte:

Oesterreichisch-ungarisch-deutsche Verständigung über Rohstoff-Einfuhrkartelle.

Der Plan der Ententemächte, durch Absperrung der Zufuhr die verbündeten Kaiserreiche auszuhungern und die ihnen zur Ausrüstung ihrer Heere erforderlichen Rohstoffe zu entziehen, ist nach jeder Richtung fehlgeschlagen. Unser Heer ist und bleibt auf das ausgezeichnetste verpflegt, und wir im Hinterlande werden bei entsprechender Organisation und Sparsamkeit das Auslangen finden. Trotz Hemmung der Rohstoffzufuhr sind Oesterreich-Ungarn und Deutschland die einzigen kriegführenden Staaten, welche Dank der Anpassungsfähigkeit ihrer Industrie, ihre Heere aus eigener Kraft mit der erforderlichen Ausrüstung versehen. So sehr nun die Absperrung der Mittelmächte auf das Kriegsziel ganz ohne Einfluß geblieben ist, um so empfindlicher wird sich der Mangel an Rohstoffen nach dem Kriege geltend machen, wenn es sich darum handeln wird, in normale wirtschaftliche Verhältnisse zurückzukehren und die Produktion in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Die größte Schwierigkeit wird hier bei der Erlangung der überseeischen Rohstoffe eintreten, von denen viele in den wichtigsten Zweigen der Industrie die größte Rolle spielen. Dieser Rohstoffbedarf beziffert sich, wenn man das letzte Friedensjahr 1913 als Grundlage annimmt, auf 800 bis 900 Millionen Kronen. Die nach Friedensschluß zu erwartende Hochkonjunktur, das Bestreben der Industrie, ein dieser Hochkonjunktur entsprechendes Lagerquantum an Rohstoffen sich zu beschaffen, und schließlich die Valutadifferenz zwischen dem Jahre 1913 und der Zeit nach dem Friedensschluß lassen eine Preissteigerung der Rohstoffe in einer Höhe erwarten, die in Prozenten sich heute auch nicht annähernd voraussagen läßt. Hiezu kommt noch die Frage, ob die Schiffahrt dem großen Andrange der Transporte gewachsen sein wird. Die auswärtigen Schiffahrtsgesellschaften werden für den Bedarf ihrer Flaggenstaaten zunächst aufzukommen haben, und unsre heimische Schiffahrt wird überlastet sein, so daß man zweifellos mit einer Erhöhung der Frachtraten wird rechnen müssen, was für die Industrie eine neuerliche Erhöhung der Rohstoffpreise bedeutet. Für die Industrie entsteht nun die Aufgabe, die drohenden Schwierigkeiten und Gefahren einzudämmen, um ohne übermäßige Erschütterung in die Friedenswirtschaft hinüberzugleiten. Es entsteht nun die Frage, welcher Weg beschritten werden soll, um zu diesem Ziele zu gelangen. Manche Vorschläge sind da aufgetaucht, darunter auch der, die während des Krieges veranlaßte Art der Rohstoffbeschaffung auch noch in der ersten Zeit des Friedens fortzusetzen.

Heute liegt die Rohstoffbeschaffung ganz in der Hand des Staates; er beschafft die Rohstoffe durch die unter seiner Aufsicht stehenden Zentralen, er bestimmt deren Preise, nimmt auf die Preisbildung der Halb- und Ganzfabrikate weitgehenden Einfluß, er hat Produktion, Güterverteilung und Verkehr ganz in seinen Machtkreis gezogen. Dieses System ist durch die Kriegsnot zweifellos gerechtfertigt, jedes Nörgeln hieran muß als unpatriotisch auf das schärfste verurteilt werden, da jedes Privatrecht, jedes Privatinteresse hinter das große Ziel zurücktreten muß, dem Staate alle Mittel zu seiner Verteidigung und zu seiner Erhaltung zu die Hand zu geben. So während des Krieges. Ganz anders aber, wenn der Friede hergestellt sein wird, wenn wir wieder — und das wollen wir — in den freiheitlichen Rechts- und Wohlfahrtsstaat zurückkehren. Dann muß an dieses System, welches durch eine endlose Reihe von Verhandlungen geschaffen wurde, die kritische Sonde angelegt und untersucht werden, ob es sich in den Rechts- und freien Staat einfügt. Die Industrie wird nach dem Kriege wieder auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage stehen wollen, die Freiheit ihrer Betätigung sowie die Unbeeinflußtheit durch staatliche Organe als obersten Grundsatz ansehen und Wert darauf legen, daß ihr die Freiheit der Entschließung und die Selbstbestimmung vollständig gewahrt bleiben. Allerdings erfordern die außergewöhnlichen Verhältnisse auch Vorkehrungen, bei denen eine Unterstützung des Staates zweifellos notwendig sein wird. Aber im Wesen wird die Industrie in der Lage sein, durch Selbsthilfe, durch freiwillige Organisation hier Wandel zu schaffen. Gewiß wird der einzelne zu schwach sein, unter so außerordentlichen Schwierigkeiten seine Rohstoffbeschaffung allein zu bewerkstelligen, und die schrankenlose Konkurrenz muß auf diesem Gebiete jedenfalls ausgeschaltet werden. Aber es wird nicht notwendig sein, in den Grundprinzipien die staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es hat vielmehr das moderne Wirtschaftsleben hier eine Wirtschaftsform geschaffen, die diese Gefahr beseitigt: das Kartell.

Es ist daher für jeden einzelnen Rohstoff die Bildung von Einkaufskartellen zu empfehlen, welchen alle anzugehören hätten, die den betreffenden Rohstoff aus Uebersee beziehen. Bei gewissen Rohstoffzweigen wird sich auch die Heranziehung des Handels als notwendig erweisen. Es wird nun die Frage zu erwägen sein, ob freie Organisationen oder Zwangskartelle geschaffen werden sollen und ob für diese Kartelle ein Importmonopol bei der Regierung anzustreben ist. Da aber die österreichische Industrie allein auf dem Weltmarkte keine überragende Rolle spielt, ist es das allerwichtigste, daß in diesem Belangen ein vollständig harmonisches Vorgehen mit Ungarn und dem Deutschen Reich stattfindet. Ungarn müßte sich uns einfach anschließen, oder, wenn dort sich selbständige Kartelle bilden, müßten sie mit unsern in vollster Einstimmigkeit vorgehen. Ein Zusammenschluß mit Deutschland auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung wäre ein viel stärkeres Mittel der so viel besprochenen wirtschaftlichen Annäherung als die zahlreichen andern Vorschläge. Zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten der Kartelle wird ein Zentralorgan erforderlich sein, welches neben andern Agenden als wichtigste Aufgabe auch die geeigneten Vorarbeiten bezüglich der Beschaffung der Valuta zu leisten haben wird. Mit Rücksicht darauf wird eine Vertretung der Banken in diesem Zentralorgan notwendig sein. Ein solches schon bestehendes Organ wäre die Kontrollbank, in der sämtliche Großbanken vertreten sind. Redner schloß: Ich bin mir bewußt, daß der von mir vorgeschlagene Apparat ein komplizierter ist, der nur durch einmütiges Zusammenstehen, durch Selbstbeschränkung, durch Eingliederung der einzelnen industriellen Unternehmungen in den gemeinsamen Zweck konstruiert und in ersprießliche Tätigkeit versetzt werden kann. Aber die Schwierigkeit der Lage, die Größe der zu überwindenden Hindernisse rechtfertigen und fordern einen kräftigen Mechanismus. Die Industrie ist in der Lage, diesen Mechanismus zu schaffen durch Selbsthilfe, Organisation und Disziplin.

Neues Wiener Tagblatt 18. II. 1916

II

Der Rohstoffbezug Österreich-Ungarns

82

Die Finanzierung des Rohstoffeinkaufes.

Dr. Adolf Drucker, Sekretär des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums, befaßte sich ausschließlich mit der finanziellen Seite der Frage und erörterte zunächst die Maßnahmen, welche während des Krieges zur Beschaffung von Devisen und zur Besserung der Wechselkurse vorgekehrt werden können. Hinsichtlich der Zahlung steht die Rohstofffrage vor der Aufgabe, Methoden der Finanzierung zu schaffen, die die Herstellung der Valuta nicht stören, das heißt, den Goldschatz der Notenbank womöglich nicht oder nur wenig in Anspruch zu nehmen und den Notenumlauf nicht vergrößern, weiter die Mobilisierung der im Industriebesitz stehenden Bestände an Kriegsanleihe ohne den Weg des Lombards oder des Massenverkaufes ermöglichen. Zur Erfüllung auch dieser Aufgaben zeigt sich die Fortführung desselben Gedankens organisierter Selbsthilfe erwägenswert, die hier schon zur Sicherung der Rohstoffbezüge empfohlen wurde. Als finanzieller Ueberbau über die vorgeschlagenen Rohstoffkartelle soll eine von den Großbanken, großen Syndikaten und Rohstoffsyndikaten geschaffene Bank zur Finanzierung der Rohstoffbezüge ins Leben gerufen werden. Diese Bank übernimmt von den Rohstoffsyndikaten Obligationen, fundiert auf deren Besitz an Kriegsanleihe, und gibt auf der Basis dieser Obligationen sowie ihres eigenen Besitzes an Kriegsanleihe Goldobligationen im Ausland aus. Wenn die Rohstoffsyndikate die gesamte österreichische Industrie in verschiedenen Gruppierungen verkörpern, so würde die zu schaffende Bank, die auf diesen Rohstoffsyndikaten aufgebaut ist, kraft dieses Aufbaues und ihrer Entstehung aus der Beteiligung der österreichischen Großbanken und Syndikate dem Ausland gegenüber mit der ganzen Kraft der österreichischen Volkswirtschaft gegenüberstehen und für ihre Goldobligationen, denen ihre Fundierung überdies das Giro des Staates gibt, mindestens denselben Kredit beanspruchen und finden, den etwa der Staat für sein Valutaanlehen in Anspruch nehmen wird.

Mit den auszugebenden Goldobligationen beschafft die Bank die Devisen zur Zahlung der Rohstoffe ohne Inanspruchnahme des Goldschatzes der Notenbank und der Notenpresse. Indem sie die Möglichkeit hat, auf der Basis der pupillarsicheren Kriegsanleihe Obligationen auszugeben, ermöglicht sie es der Industrie und den Banken, ihre Bestände an Kriegsanleihe ohne Lombard und Verkauf zu mobilisieren. Dieser Vorschlag ist durch autonomen Entschluß der Privatwirtschaft zu verwirklichen, eröffnet aber valutarische Möglichkeiten, die eine derartige Gründung auch für den Staat wertvoll machen könnten, da die vorgeschlagene Bank seine Valutaaktion um den Bedarf der Industrie für Rohstoffe entlasten würde. Das Dazwischentreten einer derartigen Finanzgründung zwischen die österreichische Industrie und das ausländische Kapital ist auch sonst bedeutsam. Fehlt dieses Mittelglied, dann wird es der Kapitalsbedarf der Industrie nach dem Kriege voraussehbar dahin bringen, daß mit dem ausländischen Kapital auch der ausländische Kapitalist und sein Einfluß in die Leitung der österreichischen Industrieunternehmungen unmittelbar und in weit höherem Maße einziehen wird, als dies vor dem Krieg der Fall war. Besteht aber die vorgeschlagene, auf Effektensubstitution aufgebaute Bankgründung, die Vereinigung der großen Finanzkräfte Oesterreichs zum Zwecke der Finanzierung des Rohstoffbedarfes durch Ausgabe von Goldobligationen, dann werden die ausländischen Finanzgruppen, die zur Uebernahme der Obligationen in Betracht kommen, vielleicht in der Leitung dieser Bank eine Vertretung beanspruchen, nicht aber in den Industrieunternehmungen selbst. Die Vorsorge für den Rohstoffbezug und dessen Bezahlung ist dringend. Findet uns der Friedensschluß ungerüstet nach der einen oder andern Richtung, dann werden die Industrien der andern Staaten nicht bloß auf unsern Absatzmärkten im Auslande eher auftreten können als wir, sondern auch im Inlande auf den Markt dringen und uns im eigenen Hause Konkurrenz machen.

Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs in Halb- und Ganzfabrikaten.

Sektionschef R. Riedl führte aus, daß die Sicherung der nötigen Rohstoffe und die Beschaffung der Valuta von der Regierung ernstlich erwogen werde. Auch müsse der für den Transport erforderliche Schiffsraum nach dem Kriege gesichert werden. Es handle sich darum, unsern Bedarf an Rohstoffen den vorhandenen Bezugsmöglichkeiten entsprechend einzuschränken. Die Wiederaufnahme des jetzt unterbundenen Handelsverkehrs in Halb- und Ganzfabrikaten mit dem Auslande werde gleichfalls einer besonderen Regelung bedürfen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sei eine Organisation der Industrien notwendig, die nur unter Mitwirkung der Industriellen zustande gebracht werden könne. Hiebei müssen die administrativen und kaufmännischen Funktionen getrennt und die Organisationen den Bedürfnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden; der staatliche Zwang habe ergänzend einzugreifen. Die ganze Arbeit sei unter Vermeidung der Doppelverwaltung, doch unter Führung der Regierung zu vollbringen.

Die Industrieorganisation in der Uebergangszeit.

Generaldirektor Edgar Ritter v. Penzig-Franz vertrat die Anschauung, daß eine Geldbeschaffung für die Rohstoffbedürfnisse der Industrie nur auf dem Wege möglich sei, daß unsre Großbanken gemeinsam mit den großen deutschen Bankkonzernen uns Kredit in Amerika erwirken. Dies sei jetzt durch den Umstand erleichtert, daß Amerika durch den Krieg so enorm verdient habe. Auch müßte dort eine Stundung erreicht werden, bis wir durch den Export wieder zu Valuta gelangen, eventuell durch eine Valutaanleihe. Es wird auch ein Unterschied zwischen alten und neuen Valutaschulden zu machen sein. Was nun den Einkauf der Rohstoffe anlangt, so würden die hier gemachten Vorschläge zur Folge haben, daß alles unter Monopol gestellt werden muß, Halb- und Fertigfabrikate, alle Ersatzstoffe. Diese Verbote müßten dauern, bis alles in die letzte Hand des Publikums gelangt ist, in der Textilindustrie zum Beispiel bis zum fertigen Anzug, bis zum Taschentuch ꝛc. Diese Beschränkungen kann man noch aufrechthalten während der Friedensverhandlungen, vielleicht auch eine beschränkte Zeit nach dem Frieden, höchstens vier Monate. Dann wird es Reklamationen ohne Ende geben, und es wird deren Aufrechthaltung nicht mehr

Neues Wiener Tagblatt 18/I. 1916

III 85

über Rohstoffbeschaffung Österreich-Ungarns

möglich sein. Jede Durchlöcherung des Systems aber schafft ein Chaos. Sollen die Verbote ihren Zweck erreichen, müßten sie bis zwei Jahre nach Friedensschluß gelten. Wenn es Ausnahmen geben soll, ist deren Wirkung bei den feingestellten vieltausendfachen Fäden der Friedenswirtschaft nicht zu überblicken. Monopolstellungen seien nur für einfache Massenartikel denkbar, nicht aber bei Artikeln, die bereits im Rohmaterial zahllose Unterschiede aufweisen. Wenn wir solche Monopole haben, werden die einzelnen bei der betreffenden Einkaufsgesellschaft nicht bestellen können, sie bekommen ihren Bedarf je nach Möglichkeit zugewiesen. Dadurch wird dem einzelnen Industriellen jede Initiative genommen gerade in dem Zeitpunkte, wo er trachten wird, mit aller Energie seinen Betrieb wieder in Gang zu bringen. Wenn man den Industriellen aber die Initiative, welche die Grundlage jeden Erfolges ist, nimmt, so sinken diese zu Lohnarbeitern herab. Der oberste Grundsatz muß unter allen Umständen sein: baldigste Rückkehr zur freien Friedenstätigkeit.

Für die Dauer des Krieges teile er die Meinung des Herrn Sektionschefs Brosche; auch während der Uebergangszeit werde man sich gewissen Beschränkungen fügen müssen. Aber der oberste Grundsatz, alle Beschränkungen fallen zu lassen, müsse im Interesse der gesamten Volkswirtschaft möglichst bald wieder zur Geltung gelangen und auch maßgebend sein für alle Maßregeln der Uebergangszeit. Redner empfahl die Schaffung einer Friedensrohstoffabteilung im Handelsministerium, welche die großen Hauptfragen zu lösen, den wirklichen Rohstoffbedarf der jeweiligen Gesamtindustrie, zum Beispiel für ein Betriebsjahr, und damit den Valutabedarf, sowie die benötigte Tonnage festzustellen und die Kontingente festzusetzen hätte. Die daneben bestehenden Rohstoffzentralen werden zu Friedenswirtschaftsgesellschaften, welche die Einzelkontingente aufteilen und die Rohstoffkäufe wegen der notwendigen Kontrolle durchführen; die Auftragerteilung bleibt aber dem einzelnen überlassen. Die Gesellschaften werden dadurch zu erweiterten Registrierstellen, denen zum Ausgleich und zur Berücksichtigung der kleinen und eventuell mittleren Industrie noch weitere Rechte eingeräumt werden können. Man gebe den Gesellschaften das Beanspruchungsrecht bis zu einem Viertel der bestellten Menge und mit der Bedingung der Uebernahme zum Kostenpreis. Die Gesellschaften dürfen aber keine Zwangskartelle sein. Der Gefahr der Ueberschwemmung mit Halb- und Ganzfabrikaten müsse mit vorübergehender stärkerer Erhöhung der Zölle und auch Neuschaffung von Zöllen begegnet werden, die jedenfalls keine Komplikationen mit sich bringen, wie Verbote und Ausnahmen. Wohl aber wäre zu erwägen, ein Verbot des Verkaufes im Inland von Halb- und Ganzfabrikaten in ausländischer Valuta. Wenn die oberwähnte Friedensrohstoffabteilung geschaffen wird, werden wir auch einen Ueberblick über unsre gesamte vom Auslandsbezug abhängige Wirtschaft gewinnen, der uns heute gänzlich fehlt. Damit wäre eine Vorsorge, eine wirtschaftliche Organisation für die Zukunft ermöglicht und jener wirtschaftliche Generalstab geschaffen, den wir bisher nicht hatten und den wir uns immer wünschen.

Der Vorsitzende stellt in seinem Schlußwort fest die volle Einigkeit der Anwesenden über die Bildung von Einkaufskartellen für die Beschaffung von Rohstoffen nach Friedensschluß. Es seien jedoch schwerwiegende Bedenken erhoben worden gegen eine allzugroße Einflußnahme des Staates auf die Führung der Aktion, sowie insbesondere gegen die Fortdauer von Zwangsmaßnahmen über die Dauer des Krieges hinaus.

Fremdenblatt 19/I 1916

Der Rohstoffbezug nach dem Kriege.

In der letzten, unter dem Vorsitz des Präsidenten Bergrates Max Ritter v. Gutmann abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen Klubs bildete die Frage des Rohstoffbezuges nach Friedensschluß den Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Sie wurde vom Präsidenten des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs Sektionschef außer Dienst Dr. S. Brosche eingeleitet, der im wesentlichen ausführte:

Der Plan der Ententemächte, durch Absperrung der Zufuhr die verbündeten Kaiserreiche auszuhungern und ihnen die zur Ausrüstung ihrer Heere erforderlichen Rohstoffe zu entziehen, ist nach jeder Richtung fehlgeschlagen. So sehr nun die Absperrung der Mittelmächte auf das Kriegsziel ganz ohne Einfluß geblieben ist, um so empfindlicher wird sich der Mangel an Rohstoffen nach dem Kriege geltend machen, wenn es sich darum handeln wird, in normale wirtschaftliche Verhältnisse zurückzukehren und die Produktion in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Die größte Schwierigkeit wird hier bei der Erlangung der überseeischen Rohstoffe eintreten, von denen viele in den wichtigsten Zweigen der Industrie die größte Rolle spielen. Für die Industrie entsteht nun die Aufgabe, die drohenden Schwierigkeiten und Gefahren beim Bezug dieser Rohstoffe einzudämmen, um ohne übermäßige Erschütterung in die Friedenswirtschaft hinüberzugleiten. Manche Vorschläge sind aufgetaucht, darunter auch der, die während des Krieges veranlaßte Art der Rohstoffbeschaffung auch noch in der ersten Zeit des Friedens fortzusetzen. Heute liegt die Rohstoffbeschaffung ganz in der Hand des Staates, und dieses System ist durch die Kriegsnot zweifellos gerechtfertigt. Ganz anders aber, wenn der Friede hergestellt sein wird, wenn wir wieder — und das wollen wir — in den freiheitlichen Rechts- und Wohlfahrtstaat zurückkehren. Die Industrie wird nach dem Kriege wieder auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage stehen wollen, die Freiheit ihrer Betätigung sowie die Unbeeinflußtheit durch staatliche Organe als obersten Grundsatz ansehen und Wert darauf legen, daß ihr die Freiheit der Entschließung und die Selbstbestimmung vollständig gewahrt bleiben. Allerdings erfordern die außergewöhnlichen Verhältnisse auch Vorkehrungen, bei denen eine Unterstützung des Staates zweifellos notwendig sein wird. Aber im Wesen wird die Industrie in der Lage sein, durch Selbsthilfe, durch freiwillige Organisation hier Wandel zu schaffen. Es hat das moderne Wirtschaftsleben hier eine Wirtschaftsform gefunden, die diese Gefahr beseitigt: das Kartell. Es ist daher für jeden einzelnen Rohstoff die Bildung von Einkaufskartellen zu empfehlen, denen alle anzugehören hätten, die den betreffenden Rohstoff aus Uebersee beziehen. Bei gewissen Rohstoffzweigen wird sich auch die Heranziehung des Handels als notwendig erweisen. Es wird nun die Frage zu erwägen sein, ob freie Organisationen oder Zwangskartelle geschaffen werden sollen und ob für diese Kartelle ein Importmonopol bei der Regierung anzustreben ist. Da aber die österreichische Industrie allein auf dem Weltmarkt keine überragende Rolle spielt, ist es das allerwichtigste, daß in diesem Belang ein vollständig harmonisches Vorgehen mit Ungarn und dem Deutschen Reiche stattfindet. Ungarn müßte sich uns einfach anschließen, oder, wenn dort sich selbständige Kartelle bilden, müßten sie mit unseren in voller Einstimmigkeit vorgehen. Ein Zusammenschluß mit Deutschland auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung wäre ein viel stärkeres Mittel der so viel besprochenen wirtschaftlichen Annäherung als die zahlreichen anderen Vorschläge. Zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten der Kartelle wird ein Zentralorgan erforderlich sein, das neben anderen Agenden als wichtigste Aufgabe auch die geeigneten Vorarbeiten bezüglich der Beschaffung der Valuta zu leisten haben wird. Mit Rücksicht darauf wird eine Vertretung der Banken in diesem Zentralorgan notwendig sein. Ein solches schon bestehendes Organ wäre die Kontrollbank, in der sämtliche Großbanken vertreten sind. Redner schloß nach einer Erörterung der Schwierigkeiten, die dem Projekt entgegenstehen, mit den Worten: Die Industrie ist in der Lage, diesen Mechanismus zu schaffen durch Selbsthilfe. Organisation und Disziplin.

Dr. Adolf Drucker, Sekretär des Handelsmuseums, erörterte die Maßnahmen, die während des Krieges zur Beschaffung von Devisen und zur Besserung der Wechselkurse vorgekehrt werden können. Hinsichtlich der Zahlung steht die Rohstofffrage vor der Aufgabe, Methoden der Finanzierung zu schaffen, die die Herstellung der Valuta nicht stören, das heißt, den Goldschatz der Notenbank womöglichst nicht oder nur wenig in Anspruch nehmen und den Notenumlauf nicht vergrößern, weiter die Mobilisierung der im Industriebesitze stehenden Bestände an Kriegsanleihe ohne den Weg des Lombards oder des Massenverkaufes ermöglichen. Zur Erfüllung auch dieser Aufgaben zeigt sich die Fortführung desselben Gedankens organisierter Selbsthilfe erwägenswert, die hier schon zur Sicherung der Rohstoffbezüge empfohlen wurde. Als finanzieller Ueberbau über den vorgeschlagenen Rohstoffkartellen soll eine von den Großbanken, großen Syndikaten und Rohstoffsyndikaten geschaffene Bank zur Finanzierung der Rohstoffbezüge ins Leben gerufen werden. Diese Bank übernimmt von den Rohstoffsyndikaten Obligationen, fundiert auf deren Besitz an Kriegsanleihe und gibt auf der Basis dieser Obligationen sowie ihres eigenen Besitzes an Kriegsanleihe Goldobligationen im Auslande aus. Wenn die Rohstoffsyndikate die gesamte österreichische Industrie in verschiedenen Gruppierungen verkörpern, so würde die zu schaffende Bank, die auf diesen Rohstoffsyndikaten aufgebaut ist, kraft dieses Aufbaues und ihrer Entstehung aus der Beteiligung der österreichischen Großbanken und Syndikate dem Auslande mit der ganzen Kraft der österreichischen Volkswirtschaft gegenüberstehen und für ihre Goldobligationen, denen ihre Fundierung überdies das Giro des Staates gibt, mindestens denselben Kredit beanspruchen und finden, den etwa der Staat für sein Valutaanlehen in Anspruch nehmen wird. Mit den auszugebenden Goldobligationen beschafft die Bank die Devisen zur Zahlung der Rohstoffe, ohne Inanspruchnahme des Goldschatzes der Notenbank und der Notenpresse. Indem sie die Möglichkeit hat, auf der Basis der pupillar-[illegible] Kriegsanleihe Obligationen auszugeben, ermöglicht sie es der Industrie und den Banken, ihre Bestände an Kriegsanleihe ohne Lombard und Verkauf zu mobilisieren.

Sektionschef R. Riedl des Handelsministeriums führte aus, daß die Sicherung der nötigen Rohstoffe und die Beschaffung der Valuta von der Regierung ernstlich erwogen werde. Auch müsse der für den Transport erforderliche Schiffsraum nach dem Kriege gesichert werden. Es handle sich darum, unseren Bedarf an Rohstoffen den vorhandenen Bezugsmöglichkeiten entsprechend einzuschränken. Die Wiederaufnahme des jetzt unterbundenen Handelsverkehres in Halb- und Ganzfabrikaten mit dem Ausland werde gleichfalls einer besonderen Regelung bedürfen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sei eine Organisation der Industrien notwendig, die nur unter Mitwirkung der Industriellen zustande gebracht werden könne. Hierbei müssen die administrativen und kaufmännischen Funktionen getrennt und die Organisationen den Bedürfnissen der einzelnen Industrieen angepaßt werden; der staatliche Zwang habe ergänzend einzugreifen. Die ganze Arbeit sei unter Vermeidung der Doppelverwaltung, doch unter Führung der Regierung zu vollbringen.

Generaldirektor Edgar Ritter v. Penzig-Franz vertrat die Anschauung, daß eine Geldbeschaffung für die Rohstoffbedürfnisse der Industrie nur auf dem Wege möglich sei, daß unsere Großbanken gemeinsam mit den großen deutschen Bankkonzernen uns Kredit in Amerika erwirken. Auch müßte dort eine Stundung erreicht werden, bis wir durch den Export wieder zu Valuta gelangen, eventuell durch eine Valutaanleihe. Es wird auch ein Unterschied zwischen alten und neuen Valutaschulden zu machen sein. Was nun den Einkauf der Rohstoff anlangt, empfahl Redner die Schaffung einer Friedensrohstoffabteilung im Handelsministerium, die die großen Hauptfragen zu lösen, den wirklichen Rohstoffbedarf der jeweiligen Gesamtindustrie zum Beispiel für ein Betriebsjahr und damit den Valutabedarf sowie die benötigte Tonnage festzustellen und die Kontingente festzusetzen hätte. Die daneben bestehenden Rohstoffzentralen werden zu Friedenswirtschaftsgesellschaften, die die Einzelkontingente aufteilen und die Rohstoffkäufe wegen der notwendigen Kontrolle durchführen; die Auftragserteilung bleibt aber dem einzelnen überlassen. Die Gesellschaften werden dadurch zu erweiterten Registrierstellen, denen zum Ausgleich und zur Berücksichtigung der kleinen und eventuell mittleren Industrie noch weitere Rechte eingeräumt werden können. Man gebe den Gesellschaften das Beanspruchungsrecht bis zu einem Viertel der bestellten Menge und mit der Bedingung der Uebernahme zum Kostenpreis. Die Gesellschaften dürfen aber keine Zwangskartelle sein.

Der Vorsitzende stellte in seinem Schlußwort die volle Einigkeit der Anwesenden über die Bildung von Einkaufskartellen für die Beschaffung von Rohstoffen nach Friedensschluß fest. Es seien jedoch schwerwiegende Bedenken gegen eine allzu große Einflußnahme des Staates auf die Führung der Aktion sowie insbesondere gegen die Fortdauer von Zwangsmaßnahmen über die Dauer des Krieges hinaus erhoben worden.

Arbeiterzeitung
19./I. 1916

85 — 1

Die Rohstoffzufuhr in und nach dem Kriege.

Die Staaten Mitteleuropas sind in diesem Kriege wider das überlieferte Völkerrecht auf zweifache Weise bedroht worden: durch die physische Aushungerung infolge unterbundener Lebensmittelzufuhr und durch die industrielle Aushungerung im Wege der Abschneidung von überseeischer Rohstoffzufuhr. Während die erste Gefahr die gesamte Bevölkerung in ihrer Ernährung betrifft, ergreift die zweite zunächst die industrielle Arbeiterschaft in ihrem Arbeitsverhältnis. Denn sie bedroht sie mit Arbeitslosigkeit. Die Rohstoffeinfuhr beansprucht im Kriege wie im Frieden die volle Beachtung des Proletariats. Die Seeherrschaft, die England und Frankreich im Kriege über ganz Europa, über Kriegführende und Neutrale in gleicher Weise ausüben, scheint vielen weder auffällig noch unerwartet. Trotzdem ist ihr Maß ganz neu und unerhört, ihre Handhabung in der Geschichte beispiellos. Besonders jene, die den freien Verkehr nicht durch Waffen, sondern durch Verträge garantiert wissen wollen, können an der Zerstörung des bisherigen Völkerrechtes nicht achtlos vorübergehen.

Unseren Lesern eine Anschauung von der Verwüstung zu geben, die das Völkerrecht erfahren hat, diene eine einzige geschichtliche Erinnerung. Als England im achtzehnten Jahrhundert gegen seine amerikanischen Kolonien, die sich unabhängig erklärt und die „Vereinigten Staaten" begründet hatten, einen langwierigen Krieg führte, suchte es die amerikanischen Kolonisten in ihrem noch industrielosen Lande industriell auszuhungern und zu diesem Zwecke jede Zufuhr durch die Schiffahrt der neutralen Staaten zu unterbinden. Die Neutralen lehnten sich gegen eine solche völkerrechtswidrige Anmaßung auf; die damalige russische Kaiserin Katharina II. sendete am 10. März 1780 an alle Höfe Europas eine Erklärung über den wahren Rechtszustand zur See; die Erklärung fand allseitige Billigung und acht Seemächte (Rußland, Dänemark, Schweden, Niederlande, Preußen, Oesterreich, Portugal und Sizilien) schlossen ein Bündnis, um den Handel der Neutralen gegen die Uebergriffe der Kriegführenden, wenn nötig, mit Waffengewalt zu sichern und die Rechtssätze jener Erklärung durchzusetzen. Diese sogenannte „bewaffnete Seeneutralität" ließ die Handelsschiffe der Verbündeten zu kleinen Flottillen zusammenstoßen und durch Kriegsschiffe begleiten (Convoi) und behauptete tatsächlich die freie Schiffahrt. Von Interesse ist heute der Inhalt jener Erklärung, der uns verrät, was einmal Rechtens war und wieweit heute Gewalt das alte Recht beeinträchtigt, von dem nicht etwa bloß Ehren- und Fahnenfragen der Staaten, sondern Brot und Arbeit der Massen abhängen. Die Erklärung faßt das Recht des „freien Meeres" in vier Punkte zusammen:

1. Neutrale Schiffe können ungehindert von Hafen zu Hafen und die Küsten der kriegführenden Staaten entlang fahren — heute schleppt man neutrale Handelsschiffe von hoher See weg zur Untersuchung in Kriegshäfen und hält sie dort zurück nach Belieben. Nach dem alten Rechtszustand dürften neutrale Schiffe alle Rohstoffe der Welt ungestört in die Häfen der Ostsee verfrachten.

2. Waren und Güter, die den Untertanen der Kriegführenden gehören, sind auf neutralen Schiffen frei — ausgenommen Bannwaren (Konterbande). Es galt die Rechtsregel: Frei Schiff, frei Gut, auch für das feindliche Privateigentum, die neutrale Flagge deckte die feindliche Ware. Heute ist weder das Schiff der Neutralen noch die feindliche Ware auf ihm, ja nicht einmal die neutrale Ware frei. Ententeschiffe beschlagnahmen das griechische Getreide auf griechischen Schiffen und geben es nur nach Belieben frei.

3. Kriegskonterbande (Banngut) sind nur: Waffen, Munition mit Einschluß von Schwefel und Salpeter sowie fertige Ausrüstungsgegenstände für Soldaten. Heute wird alles als Banngut behandelt, was nur im entferntesten der Kriegführung nützen kann, nicht nur Salpeter, sondern so ziemlich alle Metalle, nicht nur Uniformsorten, sondern auch der letzte Rohstoff der Bekleidung, die Baumwolle, sowie Getreide, Vieh und Fleisch.

4. Nicht frei war bloß die Einfahrt in blockierte Häfen. Blockiert ist ein Hafen, wenn er durch nahestationierte Kriegsschiffe so abgeschlossen ist, daß die Durchfahrt mit augenscheinlicher Gefahr verbunden ist. Heute werden nicht bloß Häfen, nicht bloß Küstenstriche, die tatsächlich und wirksam mit Kriegsschiffen abgeschlossen sind, sondern ganze Meeresteile als blockiert erklärt. Im blockierten Gebiet kann eben auch das neutrale Schiff aufgebracht werden und diesen Vorteil erlistet man sich durch solche Blockadeerklärung.

Diese maßlose Ausdehnung des Begriffes Konterbande und der Blockade, die sofort nach Kriegsbeginn von England beliebt wurde, hat die Neutralen allmählich mürbe gemacht, zumal da die Vereinigten Staaten der Entente zuliebe ihre alte Ueberlieferung als Hüter des Seerechtes preisgaben. Zum Schluß willigten die neutralen Staaten Europas ein, ihren gesamten Außenhandel schlechtweg unter die Kontrolle und Polizei der Entente zu stellen: sie übernahmen die Verpflichtung, einer Zwangsorganisation heimischer Firmen, einem Einfuhrtrust, das Monopol der Einfuhr zu verleihen und die ganze Gebarung des Trusts durch englische Funktionäre überwachen zu lassen. Damit hat nicht nur aufgehört, daß das Schiff und die Ware auf hoher See, an der Küste, im Hafen frei ist, vielmehr ist die Ware auch dann, wenn sie schon auf Inlandsboden weilt, noch immer unter Kontrolle. Die Freiheit der Meere ist mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wenigstens für die neutralen Kleinstaaten Europas, außer etwa, man wollte auch in dem Sittenbuch kontrollierter Mädchen eine bloße Bescheinigung ihrer persönlichen Freiheit erkennen. Die Vereinigten Staaten allerdings genießen größere Freiheit; sie leiden hauptsächlich dadurch, daß auch Baumwolle als Banngut behandelt wird, und erstreben augenblicklich, daß von ihr der Bann genommen werde.

Auf den ersten Blick ist für den volkswirtschaftlich Geschulten zu erkennen, daß diese Verwüstung des Seerechtes alle Völker der Welt berührt, ihre lebendigsten Interessen der Ernährung wie der Erzeugung angreift und daß dabei mehr auf dem Spiele steht als bei bloßen Nachbarfragen des Völkerrechtes, die zunächst nur zwei Staaten und ihre künftige Grenze betreffen. Die Freiheit der Hochseeschiffahrt ist vielleicht das hervorragendste internationale Interesse der Gegenwart, der Punkt, wo sich die Internationalität vor allem praktisch zu bewähren hat. Bei allen großen Friedensschlüssen der Vergangenheit hat darum gerade diese Frage eine erste Rolle gespielt. Die Vertreter der Friedensbewegung wie die internationale Sozialdemokratie haben ihr die besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit Recht legt der Völkerrechtslehrer Franz v. Liszt in der neuesten Auflage seines Völkerrechtes (Seite 204) diesen Abschnitt „denjenigen Lesern besonders ans Herz, die für das Werden und Wachsen des Rechtes Sinn und Interesse haben".

Leider sind derjenigen noch sehr wenige, denen die Internationalität nicht bloß ein unbestimmtes Gefühl oder utopische Romantik, sondern die klare positive Aufgabe ist, über Staaten und Völkern eine verbindliche und erzwingbare Rechtsordnung aufzurichten, welche die einzige denkbare Garantie dauernden Friedens wäre.

Der für alle Staaten der Welt wachsende Bedarf an Einfuhr industrieller Rohstoffe läßt sich durch das Gerede von der anzustrebenden „Autarkie" nicht hinwegdisputieren. Das Phantom solcher Selbstgenügsamkeit des Vaterlandes, geboren aus den profitschwangeren Gehirnen zolltoller Urproduzenten, widerlegen nicht nur die toten Zahlen jeder Handelsstatistik.

Arbeiterzeitung
19/I. 1916

I

86

Die Rohstoffversorgung in nachkriegerischer Zeit.

sondern auch die täglichen Entbehrungen des Kriegszustandes, der Mangel an Brot und Arbeit, der der lebenden Arbeiterklasse auferlegt ist. Der gleiche Mangel bestätigt der Arbeiterklasse sonnenklar die Richtigkeit ihrer internationalen Politik, die seit jeher eine feste, durch willkürliche Gewalt nicht gestörte und nicht störbare internationale Ordnung gefordert hat.

Und derselbe Rohstoffmangel wird auch in den ersten Jahren nach dem Friedensschluß eine ihrer schwersten Sorgen sein. Alle Industrien werden der raschesten Einfuhr ungeheurer Mengen von Rohstoffen bedürfen, von Kupfer, Baumwolle, Kautschuk u. s. w. Solange sie nicht da sind, kann die Friedensarbeit nicht beginnen; damit sie ins Land kommen, müssen sie bezahlt werden und können im normalen Laufe der Dinge nur durch ausgeführte Waren bezahlt werden; zur Ausfuhr aber sind Waren nicht bereit und Goldschätze kaum verfügbar. Da in Oesterreich allein jährlich um 800 bis 900 Millionen Kronen Rohstoffe eingeführt wurden, dürfte der Bedarf nach zwei Kriegsjahren, die mit Rohstoffen gewüstet haben, rund zwei Milliarden ausmachen. Ihr Bezug gegen bar müßte die an sich geschwächte Valuta ganz aus den Fugen bringen. Dazu kommt, daß alle kriegführenden Staaten zugleich mit plötzlicher mächtiger Nachfrage auftreten und die Preise durch ihre Konkurrenz emportreiben werden. Mit Recht denkt man heute schon daran, wie diesen Gefahren zu entrinnen sei.

Es scheint, daß die völkerrechtlichen Mißbräuche der Entente wider Willen einen Ausweg gewiesen haben. Sie haben in neutralen Ländern Einfuhrtrusts erzwungen — den kriegführenden Ländern wird nach Friedensschluß nichts anderes übrigbleiben, als dasselbe aus freien Stücken zu tun. Eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wäre die Begründung eines einheitlichen Rohstoffeinfuhrtrusts unter Staatskontrolle, welcher verhütet, daß die beiden Reiche und innerhalb derselben die einzelnen Industriellen einander auf dem Weltmarkt überbieten und die Preise hinauftreiben, und der außerdem den Vorteil böte, daß ein Wirtschaftskörper von 120 Millionen Menschen als einziger Käufer auftritt. Ein solcher Käufer im Namen zweier Reiche besäße sicherlich auch mehrjährigen billigen Kredit, so daß der weiteren Verschlechterung der Valuta Einhalt geboten wäre. Um für zwei Milliarden Rohstoffe Zahlung zu leisten, müssen wir für mindestens ebensoviel Fabrikate ausführen, und nur wenn das gelingt, kann die Valuta in Ordnung kommen. Schon aus diesen Gründen brauchen wir eine Handelspolitik allseitiger Verkehrsfreiheit und muß das Hohenblumsche Kapitel österreichisch-ungarischer Handelspolitik endlich geschlossen werden; seine Fortsetzung würde uns in absehbarer Zeit zum Zusammenbruch der Währung wie der Staatsfinanzen führen. Nicht ungestraft führt ein Industriestaat Wirtschaftspolitik aus dem Gesichtswinkel eines verrotteten Ritterguts!

Vossische Zeitung
19./1. 1916.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Deutsch-österreichische Wirtschaftsfragen.

Wien, 17. Januar. (Drahtmeldung.) In der letzten Monatsversammlung des Klubs der Industriellen bildete die Frage des Rohstoffbezuges nach dem Friedensschluß den Gegenstand eingehender Erörterungen. Sektionschef a. D. Brosche erstattete einen ausführlichen Bericht, in dem er ausführte, in dieser Frage müsse auch ein enges Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Reiche stattfinden.

*

Kölnische Zeitung 21./I. 1916.

Oele und Fette zu technischen Zwecken.

Zu dem Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken hat der Reichskanzler besondere Ausführungsbestimmungen erlassen. Er stellt monatlich die Mengen und Arten pflanzlicher und tierischer Öle und Fette fest, deren Verarbeitung oder sonstige Verwendung zur Herstellung von Seife oder Leder jeder Art gestattet wird. Die Verteilung auf die einzelnen Betriebe erfolgt durch den Kriegsausschuß für Öle und Fette in Berlin. Für die Leder herstellenden Betriebe geschieht dies durch Vermittlung der Kriegsleder-Aktiengesellschaft, für die Seifenfabriken durch die Vermittlung der Kriegsabrechnungsstelle der Seifen- und Stearinfabriken in Berlin. Bis zum 31. Januar ist zur Herstellung von Leder jeder Art die Verarbeitung oder sonstige Verwendung von Ölen und Fetten, zur Herstellung von Seife die Verarbeitung von Palmöl, Sulfuröl, Abfallöl und Tranen mit Ausnahme von Sampfmedizinaltran, Waltran 0, 1 und 2 allgemein gestattet. Die Vergütung, die der Verpflichtete für die Aufbewahrung und pflegliche Behandlung vom Zeitpunkt des Gefahrübergangs zu erhalten hat, wird auf 10 Pfennig für jede angefangene Woche und für je 100kg Rohgewicht festgesetzt. Die pflegliche Behandlung schließt die notwendige Verböttcherung ein. Die Entnahme von Proben hat in Mengen von je ¼kg zu erfolgen. Sie sind zu versiegeln und aufzubewahren und auf Verlangen dem Kriegsausschuß einzusenden.

Die Zeit
21./I. 1916

89

Gewerbe- und Handeltreibende und der Krieg.
Aus Brünn wird uns gemeldet: Die Brünner Handels- und Gewerbekammer hat in ihrer letzten Plenarsitzung auf Grund eines eingehenden Berichtes des Kammersekretärs Regierungsrat Dr. Robert Mayer beschlossen, für Zwecke eines zu schaffenden Kriegsfürsorgefonds für aus dem Kriege heimkehrende Gewerbe- und Handeltreibende einen Betrag von je 50.000 Kronen als Bürgschaft für Darlehen an deutsche und an tschechische kleine und mittlere Gewerbe- und Handeltreibende ihres Bezirkes zur Verfügung zu stellen, sowie durch Tragung der Zinsendifferenz für die Bürgschaftsbeträge die Gewährung von mäßig verzinslichen Darlehen zu ermöglichen, endlich eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von je zehn Prozent der gedachten Summe zu übernehmen. Die Kammer ist überzeugt, daß in erster Linie die Beschaffung von Maschinen im Wege von Maschinenbezugsgenossenschaften, dann die Gewährung niedrig verzinslicher Darlehen im Wege der beiden zentralen Kreditverbände zu empfehlen wären. Mit der Organisation wären die beiden Sektionen des Landesgewerberates zu betrauen, in deren Ausschüssen die Kammer eine entsprechende Vertretung zu finden hätte. Vizepräsident Robert trat auch für die Einleitung einer Fürsorgeaktion für solche Gewerbetreibende, insbesondere auch für gewerbetreibende Frauen ein, die durch Einberufung ihrer Geschäftsführer und Angestellten Schädigungen erlitten haben. Kammerpräsident Baron Haupt berichtete, daß in den letzten Tagen der Kammer das Gesuch eines kriegsinvaliden Landwirtes um Dispens vom Befähigungsnachweise zur Uebernahme eines bestehenden Gemischtwarengeschäftes zur Aeußerung übermittelt wurde. Bisher war es nicht möglich, solche Ausnahmsfälle zu berücksichtigen. Die neue Ministerialverordnung vom 7. Dezember 1915, RGB. Nr. 364, habe hierin erfreulicherweise Wandel geschaffen. Die Kammer wies insbesondere darauf hin, daß hinsichtlich der Kriegsblinden die weitestgehenden Erleichterungen geboten sind.

Fremdenblatt 21./I. 1916

Gründung einer Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten.

Die großen Schwierigkeiten, welche sich für die bei industriellen Unternehmungen bestehenden Konsumeinrichtungen bei der Beschaffung der erforderlichen Mengen von Lebensmitteln besonders in der letzten Zeit ergeben haben, sowie das Bestreben zahlreicher Industrieunternehmungen, bei denen eigene Konsumanstalten nicht bestehen, durch Großeinkäufe ihre Arbeiterschaft mit ausreichenden Mengen von Lebensmitteln zu versorgen, haben den Zentralverband der Industriellen Oesterreichs veranlaßt, die Schaffung einer Organisation in die Wege zu leiten, durch welche den erwähnten Schwierigkeiten tunlichst abgeholfen und die Bestrebungen der Arbeitgeberschaft, die Lebensmittelversorgung ihrer Arbeiter möglichst klaglos zu gestalten, unterstützt werden sollen. Einen besonderen Anlaß, eine solche Organisation gerade jetzt ins Leben zu rufen, bot auch die Tatsache, daß die vom Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle („Miles") bekanntlich das ausschließliche Recht hat, aus dem Auslande Lebensmittel zu beziehen, diese Lebensmittel jedoch nur an als gemeinnützig anerkannte Organisationen abtreten darf. Da nun einzelne Firmen oder Konsumanstalten die Zuerkennung des gemeinnützigen Charakters nicht bekommen können, war die Schaffung einer Zentralorganisation notwendig, damit diese vom Ministerium des Innern den Charakter der Gemeinnützigkeit und damit die Befugnis zuerkannt erhalten, mit der „Miles" in unmittelbare Geschäftsverbindung zu treten.

Vor kurzem hat im Zentralverband eine Besprechung von Industriellen und Vertretern industrieller Konsumanstalten stattgefunden, in der die vom Zentralverband gegebene Anregung wärmstens begrüßt und beschlossen wurde, ohne Verzug eine solche Organisation ins Leben zu rufen; als rechtliche Form wurde die Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt, an der die industriellen Unternehmungen, beziehungsweise selbständigen Konsumvereine bei solchen Unternehmungen sich zu beteiligen hätten.

Die gründende Versammlung der Gesellschaft, welche den Namen „Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten Oesterreichs, Gesellschaft m. b. H." führen wird, soll zwischen dem 22. und 25. d. in Wien, Industriehaus, stattfinden.

Die Tätigkeit der Großeinkaufsstelle wird sich in kurzen Worten folgendermaßen gestalten: Die Großeinkaufsstelle wird sofort nach ihrer Konstituierung in den verschiedenen Industriegebieten die Bildung von Lokalausschüssen der Interessenten, die mehrere naheliegende Ortschaften umfassen können, veranlassen, die in ihrem Gebiete den Bedarf jeweils zusammenstellen, waggonweise Bestellungen an die Großeinkaufsstelle richten und die Aufteilung der von dieser zugewiesenen Lebensmittel und anderen Waren an die Lokalinteressenten veranlassen werden. Die selbständige Bildung solcher örtlichen oder kreisweisen Vertretungen kann nur begrüßt werden. Teilnehmer sind die in dem jeweiligen Bestellgebiete vorhandenen Mitglieder der Großeinkaufsstelle. Diese soll überdies nicht bloß von der vom k. k. Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle, sondern je nach Lage der Verhältnisse auch sonst aus dem freien Markte Lebensmittel und andere Waren im Großeinkauf zur Erleichterung der Beschaffung und Aufteilung für ihre Mitglieder aufnehmen.

Der Geschäftsverkehr zwischen der industriellen Großeinkaufsstelle und ihren Mitgliedern wird sich selbstverständlich in der einfachsten kaufmännischen Weise abspielen und im Barverkehr stattfinden. Zu den Einkaufspreisen wird ein tunlichst mäßig festzustellender Regiebeitrag zugeschlagen werden. Eine Gewinnabsicht liegt der industriellen Großeinkaufsstelle ferne. Etwaige Mehrerträge, bilanzmäßige Ueberschüsse sollen zur Hälfte einem Reservefonds, dessen Höhe mit dem halben Betrage der jeweiligen eingezahlten Stammeinlagen begrenzt ist, zugeführt werden und zur anderen Hälfte zur Herabsetzung des Regiezuschlages verwendet werden.

Mit der Durchführung der Gründungsarbeiten wurde ein Organisationsausschuß betraut, in welchen nachstehende Herren berufen wurden: Direktor Dr. Adolf Böhm (A.-G. Gebrüder Böhler u. Co.), Wilhelm Elters (Sekretär des Zentralverbandes der galizischen Fabriksindustriellen), Josef Glaser (J. Ginzkey), Hans Kosma (Kabelfabrik- und Drahtindustrie-A.-G.), Dr. Stephan v. Licht, Eduard Edler v. Oberleithner, Friedrich Pacher v. Theinburg, Generaldirektor Edgar Ritter v. Penzig-Franz, Generalsekretär A. G. Raunig (Industrieller Klub), Sekretär Doktor Theodor Schneider (Zentralverband der Industriellen Oesterreichs), Dr. S. M. Singer, Dr. Karl Stern (Wöslauer Kammgarnfabrik), Kommerzialrat Karl Thonet, Generalsekretär Dr. Gustav v. Weiß (Bund Oesterreichischer Industrieller).

Dieser Ausschuß hat bereits die Satzungen der Gesellschaft entworfen und jenen Unternehmungen, die den industriellen Organisationen gegenüber ihr Interesse an der geplanten Aktion erklärt haben, eine Einladung zum Beitritt zugehen lassen.

* * *

Die im vorstehenden angekündigte Gründung muß mit wirklich ungeteilter Befriedigung begrüßt werden. Vollends unter den jetzigen Verhältnissen ist diese Großeinkaufsstelle berufen, einem längst gefühlten Bedürfnis wirksam abzuhelfen. Ihre Organisation als gemeinnützige Organisation wird es ihr ermöglichen, mit der im Ministerium des Innern bestehenden Einkaufsstelle in unmittelbaren Verkehr zu treten. Der Gedanke dieser Gründung ist gesund und er kann auf um so größeren Erfolg rechnen, als die in den industriellen Verbänden und damit auch in der jetzt von diesen geschaffenen Großeinkaufsstelle vertretenen Großbetriebe an sich in der Lage sein werden, Waren ihrer Eigenerzeugung zu möglichst billigem Preise zu überlassen. Dieser Gedanke durchdringt ja auch die vor kurzem von der Allg. Oesterreichischen Bodenkreditanstalt geschaffene Vereinigung zur billigen Beschaffung von Lebensmitteln und anderen Waren, da dieser Vereinigung die Unterstützung all der großen zum Konzern des Instituts gehörigen Industrie-Unternehmungen (Montan-, Textil- und Zuckerindustrie 2c.) gesichert ist.

Schon die außerordentliche Größe dieser Vereinigung und ihres Tätigkeitsgebietes bietet die Voraussetzungen für die möglichste Erfüllung ihrer Aufgabe. Die ganze Geschichte der Einkaufsvereinigungen bei uns wie im Auslande zeigt ja, daß ihre Tätigkeit um so geringere Schwierigkeiten zu überwinden und um so bessere Ergebnisse zu erwarten hat, je größer sie vorweg angelegt sind. Vor allem schon deshalb, weil der prozentuelle Anteil der Regie und da wieder die Zentralleitung, sich zufolge der hohen Steigerung des Umsatzes sich in demselben Maße verringern muß, dann aber auch, weil eine solche Vereinigung des Einkaufes zu Millionen beträgen auch die Einkaufspreise entsprechend verbilligen muß. Eine der größten Anlagen dieser Art besteht bei unserer Staatsbahnen. Die für das Staatsbahnpersonal errichteten Lebensmittelmagazine haben einen Jahresumsatz von mehr als 32 Millionen Kronen. Die Staatseisenbahnverwaltung fördert deren Tätigkeit durch Gewährung von Frachtbegünstigungen, insbesondere für die Lebensmittelbeförderung und durch Hereinbringung der den Mitgliedern kreditierten Beträge im Wege des Gehalts- oder Lohnabzuges.

Welchen Umfang gut eingerichtete Großeinkaufsgesellschaften erlangen können, das zeigen die Erfahrungen vor allem Englands. Die Großeinkaufsgesellschaft in Manchester hat jetzt schon einen Jahresumsatz von mehr als 600 Millionen Kronen und die Großeinkaufsgesellschaft in Glasgow hat einen Umsatz von etwa 200 Millionen Kronen aufzuweisen. Bemerkenswert ist vielleicht auch, daß die Großindustriellen Nordamerikas seinerzeit große Einkaufsverbände (Sovereigns of Industry) errichteten, die dann in ihren Sektionen wieder Rohstoff- und Konsumvereine geschaffen haben.

Neues Wiener Tagblatt
21./I. 1916

91

Gründung einer Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten.

Die großen Schwierigkeiten, welche sich für die bei industriellen Unternehmungen bestehenden Konsumeinrichtungen bei der Beschaffung der erforderlichen Mengen von Lebensmitteln besonders in der letzten Zeit ergeben haben, sowie das Bestreben zahlreicher Industrieunternehmungen, bei denen eigene Konsumanstalten nicht bestehen, durch Großeinkäufe ihre Arbeiterschaft mit ausreichenden Mengen von Lebensmitteln zu versorgen, haben den Zentralverband der Industriellen Oesterreichs veranlaßt, die Schaffung einer Organisation in die Wege zu leiten, durch welche den erwähnten Schwierigkeiten tunlichst abgeholfen und die Bestrebungen der Arbeitgeberschaft, die Lebensmittelversorgung ihrer Arbeiter möglichst klaglos zu gestalten, unterstützt werden sollen. Einen besonderen Anlaß, eine solche Organisation gerade jetzt ins Leben zu rufen, bot auch die Tatsache, daß die vom k. k. Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle („Miles") bekanntlich das ausschließliche Recht hat, aus dem Auslande Lebensmittel zu beziehen, diese Lebensmittel jedoch nur an als gemeinnützig anerkannte Organisationen abtreten darf. Da nun einzelne Firmen oder Konsumanstalten die Zuerkennung des gemeinnützigen Charakters nicht bekommen können, war die Schaffung einer Zentralorganisation notwendig, damit diese vom Ministerium des Innern den Charakter der Gemeinnützigkeit und damit die Befugnis zuerkannt erhalten, mit der „Miles" in unmittelbare Geschäftsverbindung zu treten.

Vor kurzem hat im Zentralverband eine Besprechung von Industriellen und Vertretern industrieller Konsumanstalten stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, ohne Verzug eine solche Organisation ins Leben zu rufen; als rechtliche Form wurde die Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt, an der die industriellen Unternehmungen, beziehungsweise selbständigen Konsumvereine, bei solchen Unternehmungen sich zu beteiligen hätten. Die gründende Versammlung der Gesellschaft, welche den Namen „Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten Oesterreichs, Gesellschaft m. b. H." führen wird, soll zwischen dem 22. und 25. d. in Wien, Industriehaus, stattfinden.

Die Tätigkeit der Großeinkaufsstelle wird sich folgendermaßen gestalten: Die Großeinkaufsstelle wird sofort nach ihrer Konstituierung in den verschiedenen Industriegebieten die Bildung von Lokalausschüssen veranlassen, die in ihrem Gebiete den Bedarf jeweils zusammenstellen, waggonweise Bestellungen an die Großeinkaufsstelle richten und die Aufteilung der zugewiesenen Waren veranlassen werden. Die selbständige Bildung solcher örtlicher oder kreisweiser Vertretungen kann nur begrüßt werden. Teilnehmer sind die in dem jeweiligen Bestellgebiete vorhandenen Mitglieder der Großeinkaufsstelle. Diese soll überdies nicht bloß von der vom Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle, sondern je nach Lage der Verhältnisse auch sonst aus dem freien Markte Lebensmittel und andre Waren im Großeinkaufe zur Erleichterung der Beschaffung und Aufteilung für ihre Mitglieder aufnehmen.

Der Geschäftsverkehr zwischen der industriellen Großeinkaufsstelle und ihren Mitgliedern wird sich selbstverständlich in der einfachsten kaufmännischen Weise abspielen und im Barverkehr stattfinden. Zu den Einkaufspreisen wird ein tunlichst mäßig festzustellender Regiebeitrag zugeschlagen werden. Eine Gewinnabsicht liegt der industriellen Großeinkaufsstelle ferne. Etwaige Mehrerträge, bilanzmäßige Ueberschüsse, sollen zur Hälfte einem Reservefonds, dessen Höhe mit dem halben Betrage der jeweiligen eingezahlten Stammeinlagen begrenzt ist, zugeführt werden und zur andern Hälfte zur Herabsetzung des Regiezuschlages verwendet werden.

Mit der Durchführung der Gründungsarbeiten wurde ein Organisationsausschuß betraut, in welchen nachstehende Herren berufen wurden: Direktor Dr. Adolf Böhm (A. G. Gebrüder Böhler u. Co.), Wilhelm Elters (Sekretäer des Zentralverbandes der galizischen Fabriksindustriellen), Josef Glaser (J. Ginzkey), Hans Kosma (Kabelfabrik- und Drahtindustrie-A. G.), Dr. Stephan v. Licht, Eduard Edler v. Oberleithner, Friedrich Pacher v. Theinburg, Generaldirektor Edgar Ritter v. Penzig-Franz, Generalsekretär A. G. Raunig (Industrieller Klub), Sekretär Dr. Theod. Schneider (Zentralverband der Industriellen Oesterreichs), Dr. S. M. Singer, Dr. Karl Stern (Vöslauer Kammgarnfabrik), Kommerzialrat Karl Thonet, Generalsekretär Dr. Gustav von Weiß (Bund Oesterreichischer Industrieller).

Frankfurter Zeitung
25./1. 1916

93

Fürsorgemaßnahmen für das Handwerk nach dem Kriege.

Man schreibt uns: Je eindrucksvoller die militärische und wirtschaftliche Ueberlegenheit deutscher Waffen und deutscher Organisation der ganzen Welt vor Augen geführt wird, mit umso größerer Gründlichkeit faßt man der Reihe nach die schwierigen Fragen an, wie die schwersten Schäden des Krieges wieder ausgeglichen werden können.

Hierzu gehört auch die Fürsorge für die aus dem Felde Zurückkehrenden, denen mit allen Mitteln die Aufnahme ihrer früheren Tätigkeit ermöglicht werden muß. Die von verschiedenen Seiten in dieser Hinsicht aufgestellten Vorschläge fordern vor allem die Bereitstellung von Mitteln des Reiches oder Staates zur Gewährung barer Darlehen zu mäßigem Zinsfuß. Derartige Mittel können nur allgemein für die durch den Krieg Geschädigten aller Stände verwendet, aber naturgemäß auch nicht alsbald flüssig gemacht werden. Es ist daher verständlich, wenn die Vertretungen einzelner Berufe bestrebt bleiben, nebenher für ihre Angehörigen tätig zu sein.

Zu den Erwerbsständen, die mit am schwersten unter dem Krieg zu leiden haben, gehört auch das Handwerk. Außerordentlich groß ist die Zahl seiner Angehörigen, die dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten hatten. Kehren sie in ihre Heimat zurück, so werden sie vielfach die Werkstatt verödet finden und vor die Entscheidung gestellt sein, entweder von neuem zu beginnen oder in fremden Betrieben als unselbständige Personen ihr Brot zu suchen. Hier muß an der Ueberwindung der Schwierigkeiten mitgeholfen werden. Neben der zu erwartenden Reichs- und Staatshilfe fällt dabei der Selbsthilfe eine besondere Aufgabe zu. Die Handwerkskammern müssen für ihre Bezirke, unter Benutzung der bestehenden Handwerksorganisationen und sonstiger vorhandenen handwerksfördernden Einrichtungen, wirksame Hilfsmaßnahmen in die Wege leiten. Sie haben hierzu durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit eine gewisse Vorbereitung.

Seit mehreren Monaten hat sich auch die Handwerkskammer Darmstadt an der Vermittlung von Heeresaufträgen betätigt, deren geschäftliche Durchführung von der Hessischen Handwerker-Zentralgenossenschaft A. G. zu Darmstadt, die im Jahre 1901 auf Anregung der Handwerkskammer mit staatlicher Unterstützung ins Leben gerufen wurde, wahrgenommen wird. Dieses in Form einer Aktien-Gesellschaft errichtete Institut versorgte die Handwerksbetriebe mit Werkmaschinen, Motoren und dergl., ebenso wurde die Vermittlung verschiedener Betriebsstoffe aufgenommen.

Gerade die bisher gesammelten Erfahrungen berechtigen zu der Erwartung, daß die für die Zukunft noch wichtigere Frage der Fürsorge für die Zurückkehrenden mit Hilfe der Handwerker-Zentralgenossenschaft glücklich gelöst werden kann. Erste Voraussetzung bleibt dabei vor allem die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Es werden alle die Stellen, die öffentliche Arbeiten zu vergeben haben, ersucht werden müssen, die Handwerksvertretungen in erster Linie zu berücksichtigen. Werden der Kammer die Angebote rechtzeitig mitgeteilt, dann kann von dort Fühlung mit den örtlichen Handwerkszweigen genommen und versucht werden, deren Angebote durch gemeinsame Beschaffung der Rohstoffe mit Hilfe der Handwerker-Zentralgenossenschaft erfolgreich auszuarbeiten. Weiter wird bei Vergebung der zu erwartenden umfangreichen Wiederinstandssetzungsarbeiten der Heeresverwaltung die Vermittelung der Handwerkskammern zu erstreben sein. Dabei sollten die in eigener Regie von den örtlichen Militärbehörden teilweise noch vorgenommenen Unterhaltungs-Arbeiten zweckdienlich dem ortseingesessenen Handwerk zur Ausführung übertragen werden. Gar manchem Handwerker in den Truppenstandorten würde hierdurch Arbeits- und Verdienstgelegenheit geboten. Für die verschiedenen Zweige des Bauhandwerks lassen sich, abgesehen von der schwierigen Frage der Lage des Hausbesitzes und Hypothekenwesens, ebenfalls vorbereitende Maßnahmen treffen. Eine Rundfrage bei Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden über die nach dem Kriege vorgesehenen Neu- und Ergänzungsbauten kann eine wertvolle Uebersicht ergeben, auf Grund deren eine erfolgreiche Versorgung weiter Kreise vorbereitet werden kann. Ein Aufruf in der Oeffentlichkeit an die privaten Arbeitgeber muß endlich versuchen, auch diese zu veranlassen, nicht aus falsch angebrachter Sparsamkeit mit Aufträgen zurückzuhalten.

Die Handwerker-Zentralgenossenschaft kommt bei der Versorgung der Handwerksbetriebe mit Werkmaschinen, mit Rohstoffen für vorliegende Aufträge und dergleichen in Betracht. Sie kann weiter ein ständiges Lager der gangbarsten Rohstoffe für die verschiedenen Handwerkszweige unterhalten und diese auf Kredit an die Meister oder an die Organisationen abgeben. Derartige Abgaben sind als eine Form der Gewährung zinsloser Darlehen anzusehen, die dem Handwerker, der nach Friedensschluß voraussichtlich nur gegen bar wird kaufen können, von Vorteil sind, aber auch die Gewähr bieten, daß solche Darlehen nur zur Eröffnung oder Weiterführung von Betrieben verwendet werden. Freilich benötigt die Handwerker-Zentralgenossenschaft zur Bewältigung dieser umfangreichen Fürsorgemaßnahmen vermehrten Betriebskapitals. Hier bietet sich kapitalkräftigen Personen, insbesondere Handwerkern und Freunden des Handwerks, Gelegenheit, helfend einzugreifen durch Erwerbung von Aktien, die eine angemessene Verzinsung sichern, und so einem ganzen Berufsstande bei der schwierigsten Aufgabe, der Wiedererrichtung der früheren Existenzen, beizustehen. Ebenso erhofft man vom Staate, daß er, wie schon bei Gründung, so auch jetzt wieder mit einem rückzahlbaren Staatskredit eingreife.

Die Zeit
30./I. 1916

95

Reichsverband der Handelsgenossenschaften.

Im großen Saale der Wiener Handelskammer fand gestern die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Reichsverbandes der kaufmännischen Verbände und Handelsgenossenschaften Oesterreichs statt. In Vertretung des Magistrats waren Magistratsrat Dr. Karinger, der niederösterreichischen Handelskammer Kammerrat Vinzl erschienen. Aus dem vom Handelskammerrat Pabst erstatteten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Stellungnahme zu den durch den Krieg hervorgerufenen vielfachen wirtschaftlichen Fragen eingeengt war. Das Präsidium habe aber Gelegenheit gehabt, durch Vorstellungen bei der Regierung für die Interessen der Kaufmannschaft einzutreten. Der von England als Kriegsziel inszenierte Aushungerungsplan sei gescheitert. Wir werden bis zum siegreichen Ende aushalten. (Beifall.) Infolge der hohen Preise sei der Umsatz geringer. Hinsichtlich der Klagen wegen Preistreiberei habe das Präsidium an maßgebender Stelle empfohlen, derartige Anzeigen einer Vorprüfung zu unterziehen. Das Präsidium beschäftigte sich auch mit der wichtigen Frage, wie den aus dem Kriege heimkehrenden Kaufleuten, die ihre Geschäfte zu schließen gezwungen waren, wieder ihre frühere Existenz gesichert werden könne. Eine intensive Tätigkeit entfaltete das Präsidium auch durch Erstattung von Gutachten in kaufmännisch-rechtlichen Angelegenheiten. In der Debatte besprach Handelskammerrat Löscher (Ybbs) die Schwierigkeiten, mit denen die Kaufleute des flachen Landes infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse zu kämpfen haben. Gremialrat Ratz sprach über die schweren Verurteilungen wegen Preistreibereien, bei denen es sich oft nur um Differenzen von ein bis zwei Heller, um Kleinigkeiten, die kaum der Rede wert seien, handelte. Er sei für die strengste Verurteilung bei ernster Preistreiberei; aber Fälle, wo man erst nachrechnen müsse, ob der mehr verlangte Heller eine Preistreiberei beinhalte, seien nicht geeignet, einen rechtschaffenen Kaufmann als Preistreiber an den Pranger zu stellen. Der Punkt der Tagesordnung: „Kaufmännische Angelegenheiten der nächsten Zukunft" gab zu einer großen Debatte Anlaß. Insbesondere bildete die Gründung der „Miles", beziehungsweise deren Anschluß an die ins Leben gerufene Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten den Gegenstand lebhafter Erörterungen. In dem vom Verbandspräsidenten Pabst erstatteten Referat wurde der Vorteil eine zentralisierten Einkaufsstelle zum Bezug von Waren aus dem Ausland anerkannt, aber gegen die Ausschaltung des Handels durch diese Organisation Verwahrung eingelegt. Von der Industrie kann billigerweise erwartet werden, daß sie die Mitwirkung des Handels bei der Verwertung ihrer Erzeugnisse nicht unterschätzt. Da die Kaufmannschaft auf den Vertrieb aller Bedarfsartikel einschließlich der für den Lebensunterhalt besonders dienenden Lebensmittel angewiesen ist und beim Vertrieb von industriellen Erzeugnissen allein keine Bestandfähigkeit findet, würden mit ihrem Verschwinden auch die Vertriebsstätten industrieller Produkte eingehen. Präsident Ratz meinte, daß die Gründung der „Miles" den Zweck habe, bei Einkäufen im Auslande das Ueberbieten der einzelnen Einkäufer und die Preistreiberei zu verhindern. Klauber (Aussig) stellte den Antrag, Schritte zu unternehmen, daß die „Miles" verpflichtet werde, an kaufmännische Organisationen Waren abzugeben. Ein Zusatzantrag Ratz verlangt, daß die Detaillisten verpflichtet werden, die von der „Miles" festgesetzten Detailpreise einzuhalten. (Angenommen.) Die Wahlen in den Ausschuß ergaben folgendes Resultat: Es wurden gewählt: als Präsident Joh. Pabst, als Vizepräsidenten Friedr. Gall (Olmütz), Löscher (Ybbs), Beckert (Teplitz), Friedr. Leupold von Löwenthal, Schütz (Graz), Hofer (Linz), Nechwatal, Hollans, Scheidl, Hinner (Troppau), Mitreiter (Teplitz).

Kölnische Zeitung 31./I. 1916.

96

Vom preußischen Handwerkskammertag.

Die Handwerkskammern Preußens waren am 28. Januar in Berlin versammelt, um Stellung zu nehmen zu einigen wichtigen Fragen, die der Krieg hervorgerufen. Als das Ergebnis der langen Verhandlungen, die größtenteils vertraulicher Art waren, ist folgende Entschließung zu betrachten, die einmütig zustande kam:

Im Namen des preußischen Handwerks bekundet die heute, am 28. Januar 1916 zu Berlin tagende außerordentliche Konferenz der preußischen Handwerkskammern:

1. Das preußische Handwerk hat aus der Thronrede die ihm gewordene Anerkennung: „Aus eigener Kraft schafft Industrie und Handwerk, wessen wir zu unserer Verteidigung bedürfen" mit freudigem Danke und patriotischem Stolze vernommen; es gelobt erneut, in dem harten Kampfe treu und unerschütterlich auszuharren bis zum siegreichen Ende und in kraftvoller Einmütigkeit mit beizutragen zur Aufrechterhaltung unseres wirtschaftlichen Lebens.

2. Das preußische Handwerk erkennt in dem Ministerialerlasse vom 30. Dezember 1915, betreffend Fürsorgetätigkeit für zurückkehrende Kriegsteilnehmer, eine warmherzige, vorsorgliche Anbahnung einer Hilfsmaßnahme zur Abwehr und Linderung der dem selbständigen gewerblichen Mittelstande durch den Krieg verursachten wirtschaftlichen Hemmungen und Schädigungen. Es will durch seine gesetzlichen Berufsvertretungen, die Handwerkskammern, mit Rat und Tat mitarbeiten an dem Werke der Erhaltung oder Wiederaufrichtung handwerklicher Existenzen und dadurch einen Teil jener Riesenschuld abtragen, die das eherne Pflichtgefühl und der todesmutige Geist der im Felde stehenden Armeen von ihm zu fordern berechtigt ist. Gleichzeitig dankt das preußische Handwerk der Königlichen Staatsregierung für die Einleitung des Hilfswerkes, dem Reichstage für die in gleicher Richtung gehende Entschließung vom 25. August 1915 und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg sein warmes Eintreten für die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Soldaten und des Schicksals ihrer Frauen und Kinder.

3. Das preußische Handwerk richtet an den Landtag und die Königliche Staatsregierung die Bitte, den im Abgeordnetenhause eingebrachten „Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes" so auszugestalten, daß das Gesetz nicht nur eine Regelung des Realkreditwesens, sondern auch die Gesundung der gesamten Grundstückswirtschaft bringt, indem durch Ausbau der Schätzungsämter zu Bauschöffenämtern im Sinne des 6. Titels des II. Abschnitts des Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 dem Handwerk endlich die schon lange erstrebte dingliche Sicherung der Bauforderungen gewährt wird.

Reichspost 1./II. 1916

Ein Jahr niederösterreichische Landesgewerbeförderung.

Nahezu 4 Millionen Kronen für das Jahr 1915.

Der soeben dem niederösterreichischen Landesausschußreferenten Hermann Bielohlawek vorgelegte Gebarungsnachweis des Landesgewerbeförderungskredites für das Jahr 1915 zeigt in klarer Ziffernsprache den Umfang, welchen die Tätigkeit der Landesgewerbeförderung besonders während des Krieges genommen hat. Nach diesem wurden an Darlehen an gewerbliche Körperschaften, welche ihre Leistungsfähigkeit nachweisen konnten, unter den denkbar zuvorkommensten Bedingungen (3%ige Verzinsung, Entgegenkommen bei Rückzahlung der Raten usw.) neu vergeben: Kronen 581.728.01. Vom Vorjahre 1914 war die Rückzahlnng solcher Darlehen im Betrage von Kronen 260.859.83 noch ausständig. Während des Jahres 1915 wurden von dem Gesamtdarlehen Kronen 842.587.84 rückgezahlt Kronen 724.140.35, so daß sich heuer nur ein Rückstand von Kronen 118.447.49 ergibt, geringer also als selbst im Vorjahre, ein erfreuliches Zeichen für die Leistungsfähigkeit des Gewerbestandes, dem durch solche Darlehen die Uebernahme von Heeres- und anderen öffentlichen Lieferungen ermöglicht wurde (Zahlung der vorgeschriebenen Kautionen, Beschaffung der notwendigen Rohmaterialien, Maschinen und Werkzeuge, Zahlung der Arbeitslöhne usw. — Auf liquide Rechnungen (Lieferungsaufträge) wurden aus demselben Grunde bedeutende Vorschüsse (hauptsächlich gegen Deckung durch Wechsel, ebenfalls 3%ig zu verzinsen und gegen Rückerstattung aus den einlaufenden Lieferverdiensten) gewährt, in dem Gesamtbetrage von Kronen 2,819.900.—. Von den aus Vorjahre 1914 noch ausständigen Vorschüssen wurden rückgezahlt Kronen 2,705 182 77, so daß ein Rückstand von Kronen 114.717,23 verbleibt. Für weitere Gewerbeförderungszwecke wurden vom niederösterreichischen Landesausschusse Kronen 355.266.30 aufgewandt. Davon wurde unter andern die Gründung des Wiener Modellhauses durch namhafte Unterstützung ermöglicht, mit dem eine eigene Modellwerkstätte, eine Materialausstellung für Kleider- und Hutmode (Musterlager sämtlicher Bedarfsartikel für das Modegewerbe) und zeitweilige Modellschauen verbunden sind.

Ueberhaupt hat die Landesgewerbeförderung in der Schaffung einer eigenen Wiener Mode vielfach den Anfang gemacht, wie zum Beispiel die Vorführung der Modelle der Wiener Modezentrale auch in Berlin mit Unterstützung des Landesausschusses zur Tat wurde. Unter der Aegide der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung wurde 1915 ein Möbelmusterlager der Genossenschaft der Tischler Wiens im Zentralpalast auf der Mariahilferstraße eröffnet; zunächst für den Export nach Galizien bestimmt, soll dasselbe den Grundstock für ein großes Möbelmusterlager unserer Tischler bilden, deren Hauptexport dann in den Orient geleitet wird. Die Beschickung der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse wurde von der Landesgewerbeförderung dadurch begünstigt, daß sie auch in diesem Jahre Räume für ein Musterlager in Leipzig mietete, von den ausstellenden, einheimischen Firmen aber keine Platzmiete einhob und auch die Vertretungsgebühren, Zoll- und Frachtspesen von diesen nicht in Abrechnung brachte. Für die Unterstützung unfallversicherungspflichtiger kleingewerblicher Betriebsunternehmer wurden Kronen 30.000 gewidmet; ferner dem Nachwuchse des Gewerbestandes, dem Lehrlingswesen durch Zuwendung größerer Beträge Fürsorge bewiesen. Auch in charitativer Hinsicht hat die niederösterreichische Landesgewerbeförderung gewirkt und zur Linderung der höchsten Not an einzelne Gewerbetreibende und deren Familien Kronen 30.000, einen Teil jener Zinsen, welche die Lieferungsgenossenschaften für ihre Darlehen einzahlten, als Weihnachtsgabe gespendet. Während der Aufwand der n.-ö. Landesgewerbeförderung im Jahre 1914 Kronen 862.893.15 betrug, wurden infolge der zunehmenden Kriegsfürsorgetätigkeit im Jahre 1915 Kronen 756.894 40 diesem Zwecke zugeführt. Demnach hat der niederösterreichische Landesausschuß nicht weniger als Kronen 4,619 787.55 ziffernmäßig während der Kriegszeit bis jetzt für Gewerbeförderungszwecke verausgabt. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um eine Gewerbeförderung nur aus Landesmitteln und für das Kronland Niederösterreich und Wien handelt, wird man erst den ganzen Umfang dieser Tätigkeit, welche im ganzen Reiche an allererster Stelle steht, und deren rapide Zunahme richtig ein schätzen. Die Ziffern allein geben einen sehr klaren Rechenschaftsbericht.

Hamburger Fremdenblatt 4./II. 1916.

99

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Nachdem soeben erst auf Anregung des Kriegsministeriums von der Mehrzahl der deutschen stellvertretenden Generalkommandos ein Verbot aller Ausverkäufe in Web- und Wirkwaren erlassen worden war, wonach alle Sonderausverkäufe, wie Inventur- oder Saison-Ausverkäufe, ferner sogenannte weiße Wochen oder Tage, Propaganda- und Reklame-Wochen oder -Tage, überhaupt alle beschleunigten Verkäufe untersagt wurden, werden die beteiligten Kreise durch eine neue Verordnung der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums überrascht, die eine Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren verfügt. Die von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände sind in acht Gruppen eingeteilt und umfassen:

1. Stoffe zur Oberkleidung für Heer, Marine, Beamte und Gefangene; 2. Schlaf- und Pferdedecken, Wollache und Deckenstoffe; 3. Männertrikotagen; 4. farbige Wäschestoffe und farbige Stoffe für Krankenbekleidung; 5. farbige Futterstoffe; 6. rohe und gebleichte Wäsche- und Futterstoffe, Drillichanzugstoffe; 7. Segeltuche und Planstoffe; 8. Sandsackstoffe.

Die neue Maßnahme ist diesmal nicht nur für den Handel mit den in der Verordnung aufgeführten Stoffen und Waren von Wichtigkeit, wobei in erster Linie die Konfektionsbranche in Betracht kommt, sondern sie berührt auch alle Bevölkerungskreise, die als Abnehmer der der Beschlagnahme unterliegenden Artikel in Betracht kommen.

Gerade die Häufung der Ausverkäufe in Web- und Wirkwaren hat wohl die Ansicht Boden gewinnen lassen, daß vorhandene Vorräte gewissermaßen unter Hochdruck zum Verkauf gelangten, während es in den augenblicklichen Zeiten doch auch die Pflicht eines jeden Geschäftsmannes sein muß, haushälterisch mit den vorhandenen Waren umzugehen. Dazu kam, daß diese Verkäufe einseitig fast immer nur den kapitalkräftigeren Leuten Nutzen brachten, deren Geldbeutel ihnen gestattete, sich über das Maß des Notwendigen hinaus einzudecken, während die weniger bemittelten Bevölkerungskreise an diesen Gelegenheitskäufen nicht teilnehmen konnten, sondern abseits stehen mußten und der Gefahr ausgesetzt waren, daß sie später auch nicht einmal die notwendigsten Artikel bekamen, da diese eben schon durch die mit Glücksgütern mehr Gesegneten vorweg fortgekauft worden waren, wegen der Erschwerung der Rohstoffzufuhr aber verschiedene Waren sich jetzt nicht so schnell wie in Friedenszeiten herstellen lassen.

In der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums scheint man nun zu der Ansicht gekommen zu sein, daß das Verbot aller Ausverkäufe in Web- und Wirkwaren allein nicht den beabsichtigten Zweck, eine Streckung der für den Heeresbedarf notwendigen Rohstoffe herbeizuführen, erfüllen könne, zumal man bei der Ungewißheit, wie lange noch der Krieg dauern wird, auch die gebieterische Pflicht hatte, für eine unbedingte Sicherung unserer Kriegsvorräte zu sorgen. Aus diesem Grunde entschloß man sich, bald ganze Arbeit zu machen, und verfügte die Beschlagnahme einer ganzen Reihe von Web-, Wirk- und Strickwaren.

Unsere Gegner werden ja natürlich aus der neuesten Verordnung für ihre Zwecke Kapital zu schlagen suchen und durch ihre wohldressierte Presse aller Welt kund und zu wissen tun, daß wir auf dem letzten Loche pfeifen: „Alles wird dem armen deutschen Volke genommen!“ So werden sie sagen. „Nachdem man kein Geld für Kriegsanleihen mehr aus dem ausgepowerten Bürger herauspressen kann, nimmt man ihm jetzt noch die letzte Unterhose und das letzte Paar Strümpfe!“ „Und das noch bei der augenblicklichen Kälte!“

Es ist wohl nicht notwendig, hier besonders zu betonen, daß wir mit unsern Textilrohstoffvorräten keineswegs am Ende sind, sondern daß wir damit noch eine recht ansehnlich lange Zeit werden ausreichen können. Wenn jetzt für Zwecke der Heeresversorgung bei uns auch auf Fertigwaren zurückgegriffen wird, so verfolgen wir damit gleichzeitig den Zweck, die in reicher Menge bei uns noch vorhandenen Rohstoffe allmählich nach einem bestimmten Plan aufarbeiten zu lassen und damit einigermaßen die Arbeitsstetigkeit zu sichern. Man hat dann sozusagen ein Sammelbecken, aus dem die Heeresverwaltung fertige Waren nach Bedarf schöpfen kann, und man hat die Gewißheit, daß dieses Reservoir nicht leer wird. Für Ersatz an Rohstoffen wird aber auch gesorgt werden, denn zu diesem Zwecke haben wir uns den Weg Hamburg—Bagdad geschaffen.

Wir verkennen natürlich nicht, daß die neue Verfügung auch ihre Unzuträglichkeiten haben wird. Zunächst wird die Versorgung des Publikums mit den beschlagnahmten Artikeln erschwert werden, da immerhin eine geraume Zeit verstreichen wird, bis aus den vorhandenen Rohstoffen Ersatz hergestellt worden sein wird. In dieser Zwischenzeit werden wir uns eben in dem Bedarf einzelner Artikel etwas einschränken und weise Sparsamkeit üben müssen, da hinter der Befriedigung des Heeresbedarfs die persönlichen Bedürfnisse jedes einzelnen zurücktreten müssen. Hervorgehoben sei bei dieser Gelegenheit, daß trotz der angeordneten Beschlagnahmen eine Kleidungsnot bei uns nicht eintreten wird. Einmal bleiben gewisse Mindestmengen der beschlagnahmten Waren frei, und ein Teil von ihnen wird später wieder freigegeben, wenn sich ihre Beschlagnahme nicht mehr als notwendig erweisen wird. Gleichzeitig ist dafür Vorsorge getroffen worden, daß nicht etwa für die, die das Geld zum Bezahlen haben, Stoffe und Fertigwaren aufgestapelt werden, so daß einer wilden Preissteigerung vorgebeugt wird.

Wenn auch die neue Verordnung einen scharfen Eingriff in den Handel bedeutet, so dürfte doch die am meisten in Mitleidenschaft gezogene Konfektionsbranche keine allzu großen Verluste erleiden, da die Verordnung ihr Gelegenheit gibt, ihre Läger in einer bestimmten Zeit auch ohne Ausverkäufe zu angemessenen Preisen zu räumen.

Sollte bei einzelnen Konfektions- und Heimarbeiterinnen infolge der angeordneten Beschlagnahme eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintreten, so werden besondere Maßregeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit seitens der Generalkommandos getroffen werden. Man wird dabei hauptsächlich an die weiblichen Arbeitskräfte denken und für sie Nähstuben errichten; außerdem werden für Konfektionsarbeitsstuben gewisse Uebergangsbestimmungen getroffen werden. Auch sollen die Bekleidungsämter nach Möglichkeit Aufträge erteilen.

Es ist wohl anzunehmen, daß das durch die neueste Verordnung des Bundesrats aufgestellte, durch die Beschlagnahme von Fertigwaren erweiterte Programm der Streckung von Rohstoffen glatt durchgeführt werden wird. Trotz aller Eingriffe in den Handelsverkehr ist die neueste Verordnung durchweht von dem Geiste der Schonung und der Rücksichtnahme auf die minderbemittelte Bevölkerung. Anderseits können wir auch kein Zeichen der Schwäche dem Auslande gegenüber darin erblicken, daß wir mit freimütiger Offenheit Maßnahmen vornehmen, die den Willen des deutschen Volkes zur Sparsamkeit und damit zum Durchhalten bis zum vollständigen, entgültigen Siege unzweideutig zum Ausdruck bringen.

Dem uns feindlichen Auslande gönnen wir das Vergnügen, die neue Verordnung sich nach seinem Sinne und seinen Absichten entsprechend auszulegen. Da es unseren Gegnern doch nicht so ganz unbekannt sein dürfte, wie umfangreiche Vorräte an Wolle usw. wir in Belgien, Nordfrankreich und Polen vorgefunden haben, so werden sie sich selbst ausrechnen können, welchen Zuwachs an Material für die Befriedigung unseres Heeresbedarfs die neueste Verordnung mit sich bringen wird.

Kölnische Zeitung 4/II. 1916.

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege.

*** **Berlin**, 2. Febr. (Telegr.) Zur Rohstoffversorgung nach dem Kriege wurde in der Versammlung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie der Bericht des Syndikus Dr. Brandt [vgl. N. 118] in lebhafter Erörterung besprochen, an der sich aus dem Westen Geh. Rat Vorster-Köln und Abg. Dr. Beumer-Düsseldorf beteiligten. Schließlich wurde folgender, vom Abg. Regierungsrat Dr. Schweighoffer eingebrachter Schlußantrag einstimmig angenommen:

Die vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie auf heute einberufene Versammlung gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Frage des Rohstoffbezuges nach dem Kriege mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Interessen der Industrie, des Handels, der Schiffahrtsunternehmungen und der Großbanken am zweckmäßigsten in fachlich gegliederten Ausschüssen beraten und geklärt wird. Sie vertritt ferner den Standpunkt, daß diese Arbeit in engem Zusammenhang mit den staatlichen Instanzen zu leisten ist, und daß in Erwägungen darüber eingetreten wird, in welcher Weise man sich bei der Versorgung des deutschen Marktes mit Rohstoffen auf die bestehenden Rohstoffgesellschaften und Einkaufsorganisationen zu stützen haben wird. Sie beauftragt den Kriegsausschuß der deutschen Industrie, die zur Einberufung der Ausschüsse erforderlichen Vorarbeiten in die Hand zu nehmen und die vermittelnde Instanz zwischen sämtlichen interessierten Kreisen zu bilden.

Kleine Kriegschronik.

Kölnische Zeitung 5/II. 1916.

101

Der Krieg und die Industrie.

♀ **Berlin**, 4. Februar. (Telegr.)

Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses erörterte die Einwirkungen des Krieges auf die Industrie. Berichterstatter Abg. Hirsch (Essen) führte aus: So, wie im vergangenen Jahre das Gesamtbild unserer gewerblichen Tätigkeit von ihm dargestellt sei, zeige es sich auch heute noch. Der Krieg habe auch in seinem weitern Fortgang unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zu erschüttern vermocht. Wie auf dem Gebiete der Volksernährung, so sei auch auf industriellem Gebiete, auf dem Gebiet der Versorgung von Heer und Bevölkerung mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Bedarfsartikeln aller Art, dank der Leistungsfähigkeit unserer gewerblichen Tätigkeit, keine Lücke eingetreten. Der Versuch Englands, unsere Gewerbetätigkeit durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zum Erliegen und damit Heer und Volk in schwere Bedrängnis und Not zu bringen, sei dank dem deutschen Gewerbefleiß, der, auf Wissenschaft und Technik gestützt, alle Kräfte anspannte, zuschanden geworden. Selbstverständlich: ohne Schwierigkeiten und Schädigungen sei es nicht abgegangen. Mancher Einzelbetrieb, mancher Industriezweig habe schwer gelitten. Die Gewerbezweige aber, auf die es jetzt ankomme, hätten sich in ihrer Leistungsfähigkeit für Heer und Volk zu erhalten gewußt. Sie ständen da als feste wirtschaftliche Stützen unserer militärischen Kraft, die im Verein mit der Landwirtschaft, der Trägerin unserer Volksernährung, den militärischen Operationen denjenigen Rückhalt gäben, der die Durchführung des Krieges bis zum siegreichen Ende verbürgt. Daß diese Wechselbeziehungen beständen, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — im engsten Zusammenhang steht mit dem Durchhalten und den Erfolgen unserer Truppen im Felde, darüber dürfte heute völlige Übereinstimmung herrschen auch in solchen Kreisen, die für diese Auffassung früher weniger zugänglich gewesen waren. Wenn dem aber so sei, so ergebe sich daraus mit zwingender Notwendigkeit, daß bei allen Maßnahmen, die zur Weiterführung unserer kriegerischen Operationen getroffen werden sollen, erwogen werden müsse, ob sie nicht geeignet erschienen, die Leistungsfähigkeit oder gar die Aufrechterhaltung derjenigen Industriezweige zu gefährden, die im Interesse der Durchführung unserer militärischen Operationen einerseits und der Bevölkerung hinter der Front anderseits leistungs- und lieferungsfähig bleiben müßten. Mit andern Worten: was für die Landwirtschaft gelte, die für die Ernährung von Heer und Volk zu sorgen habe, nämlich, daß sie in der Lage bleiben müsse, die notwendigen Nahrungsmittel pflanzlicher und tierischer Art zu erzeugen, das gelte auch für die Gewerbetätigkeit. Auch ihr dürfe es nicht, direkt oder indirekt, unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, die ihr im Rahmen unserer Volks- und Kriegswirtschaft obliegenden Aufgaben zu erfüllen, und dasjenige an Waffen und Munition, an Ausrüstungs- und Bedarfsartikeln aller Art zu erzeugen, was für Heer und Volk notwendig ist. Daß dies alles unter den Hauptgesichtspunkt der Erhaltung der Kraft und Schlagfertigkeit unseres Heeres zu stellen sei, bedürfe keiner weitern Auseinandersetzung.

Die Dinge, um die es sich vorzugsweise für unsere Gewerbetätigkeit handle, seien Beschaffung der Rohstoffe, Fürsorge für die möglichste Aufrechterhaltung des Absatzes, insbesondere auch der Ausfuhr, und Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen, namentlich der für Kriegslieferungen beschäftigten Gewerbezweige bei Einziehung von Mannschaftsersatz. Der Redner erörtert die Maßnahmen, die zur sachgemäßen Einteilung und Verteilung der vorhandenen und herbeigeschafften Vorräte an Rohstoffen getroffen sind. Diese Maßnahmen seien in vielen Fällen, namentlich bei den Beschlagnahmen, für die beteiligten Kreise wenig bequem gewesen, hätten aber im großen ganzen zum Ziele geführt. Technik und Wissenschaft hätten dabei tatkräftig eingegriffen, so daß man heute sagen könne, daß wir in allen wirklich unentbehrlichen Rohstoffen versorgt seien und ein irgendwie bedenklicher Mangel nicht eintreten könne. Für manche Stoffe sei unter dem Druck der Zwangslage Ersatz geschaffen, der uns in Zukunft in verschiedenen Punkten vom Auslande unabhängiger stellen werde, als wir es vor dem Kriege gewesen seien.

Zu den Beschlagnahmen spricht der Redner den Wunsch aus, daß unnötige Härten vermieden werden möchten, insbesondere auch solche, die geeignet erschienen, die Wiederentfaltung der betreffenden Industriezweige nach dem Kriege zu beeinträchtigen oder gar unmöglich zu machen. Er äußerte ferner den Wunsch, daß bei den Beschlagnahmen für militärische Zwecke das Augenmerk in erster Linie gerichtet werden möge auf feindliche und besetzte Gebietsteile. Rücksicht möge, wo sie geboten erscheine, auch in Feindesland geübt werden, aber in keinem Falle auf Kosten des deutschen Volkes.

Zur Ausfuhr führte der Berichterstatter aus, daß, wenn auch unser ganzes Wirtschaftsleben sich unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr auf die Versorgung des Inlandsmarktes unter Einschluß des Heeres eingestellt habe, doch noch mancher Betrieb und Industriezweig vorhanden sei, für den zu seiner Aufrechterhaltung und zur Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit, eine, wenn auch beschränkte Arbeit, für den Auslandsmarkt von Bedeutung sei, von der politischen und finanzpolitischen Bedeutung der Erhaltung der Ausfuhr ganz abgesehen. Die Ausfuhrfrage sei nicht einfach damit abzutun, daß man sage, für die Ausfuhr zu arbeiten sei unter den heutigen Verhältnissen nicht notwendig, und wer das tue, der zeige damit, daß er noch Arbeiterüberfluß habe. Aber eins könne man sagen und müsse man sagen: daß die Ausfuhr von Erzeugnissen der deutschen Gewerbetätigkeit, soweit dadurch nicht dem feindlichen Auslande direkt oder indirekt Kriegsbedarf zugeführt werde, oder eine Beeinträchtigung des Inlandsbedarfs bzw. eine Verminderung der notwendigen Reservebestände stattfinde, nach Möglichkeit gefördert werden müsse, und zwar im Interesse der möglichst umfassenden Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowohl als auch der Besserung unserer notleidenden Valuta. Ausfuhr sollte, immer unter Beobachtung jener Gesichtspunkte, nach Möglichkeit auch da stattfinden, wo sie, z. B. bei der Versorgung der Neutralen mit gewissen Waren, uns politische Vorteile oder Vorteile allgemeiner Art einbringe. Bei der Erledigung von Ausfuhrgesuchen empfahl er den beteiligten amtlichen Stellen möglichste Beschleunigung. Im Zusammenhang mit der Ausfuhrfrage verwies der Berichterstatter auch auf die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Beschaffung von Transportmitteln ganz Außergewöhnliches zu tun, damit die deutsche Gewerbetätigkeit und der deutsche Handel in der Lage seien, den nach dem Kriege herantretenden Ansprüchen zu genügen.

Zur Arbeiterfrage betonte der Redner die Notwendigkeit, unbeschadet der Wahrung der rein militärischen Interessen der Gewerbetätigkeit und insbesondere den Zweigen, die für die Ausrüstung des Heeres wie für die Ernährung tätig sind, diejenigen Arbeitskräfte zu belassen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit jener Zweige notwendig sind. Hier müsse der Zusammenhang der Dinge, die an der Front vor sich gehen, und der Dinge, die hinter der Front sich abspielen, sowie das Verständnis für diesen Zusammenhang immer gewahrt bleiben. Das schließe nicht aus, daß scharf geprüft werde, ob nicht Verschwendung mit Menschenkraft stattfinde. Dringend erforderlich sei sowohl bezüglich der Beschlagnahme als auch bezüglich der Einziehung von Mannschaften, daß Maßnahmen ergriffen würden, welche Willkürlichkeiten vorbeugten und Einheitlichkeit des Vorgehens in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos verbürgten. Der Berichterstatter besprach alsdann die Verhältnisse in einigen Hauptindustriezweigen, insbesondere in dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie. An seine Ausführungen knüpfte sich eine ausgedehnte Erörterung, in der eine große Reihe von Einzelfragen besprochen wurde. Unter anderm wurde behandelt: Stand der Förderung und des Absatzes, Änderung der Zusammensetzung der Belegschaften unter der Einwirkung des Krieges, Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern, Arbeitszeit und Über- und Nebenschichten, Selbstkosten, Preis und Lohnfragen, Stellungnahme der Arbeiterorganisationen, Wiederbelebung der gewerblichen Tätigkeit nach dem Kriege. An den Erörterungen beteiligten sich Mitglieder sämtlicher Parteien wie auch Vertreter der Regierung. Übereinstimmend wurde der Ansicht und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die in der Zeit der kriegerischen Notwendigkeiten zugelassene und durch sie bedingte ausgedehntere Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, wie überhaupt die Vorschriften, durch welche die einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen gegen früher wesentlich erweitert worden sind, aufgehoben werden möchten, sobald die Ursachen in Fortfall gekommen sein werden.

Die Zeit 5./II. 1916

I
102

Die künftigen Aufgaben Triests.

Vortrag von Dr. Karl v. Frey.

Im Niederösterreichischen Gewerbeverein hielt gestern abends vor einem zahlreichen Publikum der bekannte Wirtschaftspolitiker und eifrige Vorkämpfer für die Interessen Triests, Dr. Karl Ritter v. Frey, einen Vortrag über die Aufgaben Triests in der künftigen Wirtschaftspolitik, unter besonderer Berücksichtigung des Handelsverkehrs Oesterreichs mit dem Orient, den wir in seinem wesentlichen Gedankengang im folgenden wiedergeben:

Ausgehend von der für den Vierbund gegebenen Notwendigkeit einer einheitlichen Wirtschaftsgenossenschaft von der Nordsee bis an den Persischen Golf, legt der Vortragende zunächst die ihn leitenden Ideen dar: Die Stellung des Vierbundes in der künftigen Weltwirtschaft hänge von dem Grade seines Sieges ab, danach richten sich auch die Aufgaben Triests und regle sich der Handelsverkehr Oesterreichs nach dem Orient. Weiter werde das künftige Wirtschaftsleben absehbare Zeit hindurch von Erfordernissen bestimmt werden, die sich in dem Zurückstehen der privatwirtschaftlichen Interessen gegen jene des allgemeinen Wohles äußern müßten. Gleichwohl müsse aber stets auf Freiheit von Verkehr, Handel und Industrie hingestrebt werden, je mehr wir uns an diese Erfordernisse halten, desto rascher werden wir zu dieser zurückgelangen.

In fünf Bildern werde er sein Thema zu lösen suchen, jedoch lege er gleich die ersten zwei Bilder zusammen. Das erste Bild stelle die zweigeteilte Weltwirtschaft dar mit den Binnenverkehrsstraßen, das zweite ergänze dieses durch eine beschränkte Seeverkehrsstraße von Triest nach dem Orient bei geschlossenem Mittelmeer. Beide seien nicht der Friede, sie könnten also auch nie Wirklichkeit werden, aber sie spiegeln fast genau den gegenwärtigen Zustand wider, und daher ließen sich gewisse Notwendigkeiten in ihrer Unabänderlichkeit am klarsten ableiten. Aus dem Gegenhalt des ersten Bildes gegenüber den vier anderen mit immer mehr sich öffnenden Meeren könnte sich aber ein starker Interessengegensatz ergeben, den er in seiner Wirkung zuerst hintanhalten müsse, bevor er Triest und Oesterreich Aufgaben stellen könne. An der Hand von Erfahrungen aus der Praxis kommt Dr. v. Frey zu dem Schluß, daß die Orientmission Oesterreichs nur im Verein mit den Bundesmächten und durch das Zusammenlegen mit der Orientmission Triests erfüllt werden könne. Triest solle daher seiner Zukunft ein um so volleres Vertrauen entgegenbringen, als der zweite Teil des Bildes die stärkste Ermutigung beinhalte. Die zweigeteilte Weltwirtschaft bedeute nämlich in der Wirkung, daß die Bundesmächte ihre gesamten Bedürfnisse aus eigenen Mitteln werden zu befriedigen haben. Da dies nur durch die Erschließung der reichen natürlichen Hilfsquellen der Türkei und Bulgariens ermöglicht werde, so erstünden daraus zunächst drei der Triest und auch Oesterreich zufallenden Aufgaben.

Die erste umfasse die Hebung der Bodenwirtschaft, die zweite die Industrialisierung und die dritte den Bau von Bahnen, so zum Beispiel den von Aleppo nach Alexandrette, dem künftigen Mittelmeerhafen der Bagdadbahn, dann den von Straßen, Bewässerungsanlagen und Hafeneinrichtungen in der Türkei und auch in Bulgarien. Triest habe daher rücksichtlich des Kapitalexports nach diesen Ländern die Initiative zu ergreifen und die Organisation der nötigen Kapitalverbindungen um so mehr mit den Kapitalkräften Zentraleuropas zu lösen, als sich nur dadurch ein gemeinsames Wirtschaftsleben von Dauer zu ergeben vermöge. Erst nach der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Türkei durch die Erfüllung dieser drei Aufgaben werde der Boden für eine gesteigerte Exporttätigkeit Oesterreichs und Triests vorbereitet. Zu dieser übergehend ruft der Vortragende zunächst Oesterreich und Triest auf, ihre Söhne, damit sie kaufmännische Erfahrung sammeln und sodann in der Heimat Vertrauen finden, nach dem Orient und nach den Ueberseeländern überhaupt zu entsenden, dort Handelsniederlassungen zu errichten und die Spezialisierung des Kreditwesens durch Errichtung von Orientbanken und Ueberseebanken zu organisieren. Als siebente Aufgabe falle es Triest dann auch zu, die Kolonisation der Türkei, insbesondere Mesopotamiens, in die Hand zu nehmen und sich damit auch für den Ausfall eines Teiles der Auswandererbeförderung nach Amerika Ersatz zu schaffen. Daran habe sich nach Innen die Ausdehnung und Schaffung eines in der Nähe gelegenen Hinterlandes für die Errichtung von Export- und Vorratsindustrien zu schließen; ferner muß die Einrichtung einer wirkungsvollen Reklame, einer eigenen selbständigen Presse und eines verläßlichen kaufmännischen Nachrichtendienstes in die Wege geleitet werden.

Mit wenigen Strichen werden sodann die Triest und Oesterreich hierfür zu gewährenden Mittel skizziert und insbesondere eine gemeinsame Eisenbahn- und Seeverkehrspolitik mit Deutschland gefordert, gleichzeitig aber auch die Forderung nach der intensivsten Ausbildung der raschen und regelmäßigen Verkehrsbedienung gestellt. Zu diesem Ende sei auch der Triester Umschlag durch Errichtung eines Verteilungsmagazins in Opcina erst auf die Höhe des Bedürfnisses zu heben und seien für die künftige Vorratspolitik große und billige Magazine in Monfalcone zu bauen. Gleichzeitig müsse aber auch durch Verleihung der Autonomie an die bereits bestehende Triester Verkehrskommission ein Organ geschaffen werden, das dem Geiste der raschen Bedienung der Triester Verkehrsbedürfnisse überall Rechnung trägt und die Verbindung mit den inländischen

Die Zeit 5./II. 1916

Die Wünschen Aufgaben Triest.

Organisationen herstellt. Käme mit den Bundesstaaten ein Gemeinschaftsvertrag nicht zum Abschluß, so müsse doch mit der Türkei ein Handelsvertrag geschlossen werden, der einerseits alle Hindernisse wegräumt, die einer solchen wirtschaftlichen Erschließung der Türkei noch im Wege stehen, andererseits unter der Voraussetzung des Wegfalles des bisherigen Wertzolles eine vollständig gleiche Behandlung aller Bundesstaaten gewährleistet.

In das dritte Bild, die zweigeteilte Weltwirtschaft mit offenen Meeren, noch immer nicht der Friede, aber das, was unsere Feinde uns bestenfalls einräumen würden und was sie höchst ungeschickt als die Fortsetzung des wirtschaftlichen Krieges bezeichnen, nimmt der Redner, wie auch in die folgenden, alle diese Aufgaben und Mittel sinngemäß hinüber und erweitert sie nur örtlich durch den Hinweis auf die in gleicher Weise vorzunehmende Erschließung Persiens und Afghanistans sowie durch eine enge wirtschaftliche Verknüpfung mit Holländisch-Ostindien als Lieferant der dem Bund noch fehlenden Bedürfnisse und als Umschlaggebiet von und nach dem anfonst — China mit seiner übrigens noch ungewissen Lage ausgenommen — noch verschlossenen Osten. Auf den Westen übergehend, fordert Dr. V. Frey, ohne auf Italiens wirtschaftliche Zukunft einzugehen, den Eintritt des Triester Holzhandels in die abzulösenden Holzgeschäfte der Reichsitaliener in den Alpenländern, vor allem aber die wirtschaftliche Anlehnung an Spanien, das Triest Italien voll ersetzen würde. Das vierte Bild, die einheitliche Weltwirtschaft, hergestellt durch Zwang, will der Vortragende, da es das Chaos bedeute, lieber nicht weiter enthüllen. Das fünfte Bild, die einheitliche Weltwirtschaft, hergestellt durch Kompromiß, mit offenen und freien Meeren, in das er gleichfalls alle Aufgaben und ihre Befriedigungsmittel hinübernimmt, jedoch natürlich den Kapitalexport nach den Vereinigten Staaten zurückstellt, bietet ihm, obwohl es den Frieden bedeutet, Anlaß zur Regelung des drohenden Ueberquellens von Angebot und Nachfrage mit allen seinen Folgen. Dies sei möglich durch die Fortsetzung der zentralen Einkaufsorganisation, an die sich eine einheitliche Verkaufsorganisation anschließen müsse, dann durch eine private oder staatliche Monopolwirtschaft, durch das systemlose Gehenlassen und die dadurch sich ergebende Selbstregelung und endlich durch das Konzessionssystem für jede Wirtschaftshandlung. Die ersten drei Systeme würden nie zur Freiheit von Handel und Verkehr führen, das letzte müsse sie automatisch wiederbringen. Die Aufgaben Triests seien rücksichtlich der ersten zwei Systeme organisatorischer Natur mit Einschluß der Beteiligung und der Verwaltung der auf dem Seeverkehr aufgebauten Mongpole, im dritten und vierten die intensivere Hingabe an die gestellten Aufgaben, für deren Erfolg allein das vierte eine sichere Gewähr biete. In allen Bildern und Fällen führt er schließlich eine durch gemeinsame Bedienung aller wichtigen Verkehre zum Ausdruck gelangende einheitliche Seeverkehrspolitik der Vierbundmächte vor, die um so notwendiger sei, als die zentraleuropäische Auswanderung mit ihrem östlichen und südlichen Anhang selbstredend nur mehr durch deren Reedereien wird bedient werden dürfen und Triest dann, wenn die gesetzliche Regelung der Auswanderung in Oesterreich einmal durchgeführt sein wird, auch eine weit höhere Quote erhalten muß.

Der Redner schließt mit einem warmen Aufruf zur Arbeit, Initiative, Unternehmungslust und Gemeinsinn seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Arbeiterzeitung 6./I. 1916

Handelspolitische Neugestaltungen.

Die imperialistische Umwälzung der Welt, die sich um die Jahrhundertwende durch mancherlei scheinbar zusammenhanglose Sturmzeichen wie die kanadischen Vorzugszölle, den Krieg um Kuba und die Annexion der Burenrepubliken angekündigt hat, vollstreckt sich in diesem Weltkrieg in furchtbarer Weise. Deutliche Anzeichen verraten, daß sich das englische Welthandelsimperium innen zusammen- und nach außen abschließt. Das britische Handelsamt, so wird gemeldet, veröffentlicht einen Bericht eines parlamentarischen Unterausschusses, der damit beauftragt ist, Schutzmaßregeln für Produktion, Handel und Schiffahrt der Heimat vorzuschlagen. Dem Schutze der Produktion sollen strengere Patentgesetze und Ursprungsmarken dienen. Dem nationalistischen Boykott soll die sichtbare Handhabe geliefert werden, indem jedem in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn hergestellten Artikel die Marke: Made in Germany, Made in Austria-Hungary (hergestellt in Deutschland, in Oesterreich-Ungarn) aufgeprägt wird. Noch andere Schutzmaßregeln werden für die britischen Erzeugnisse und außerdem Vorzugstarife für die britischen Besitzungen und für die jetzigen Verbündeten Großbritanniens vorgeschlagen. Die britische Schiffahrt soll gleichfalls geschützt werden. Das britische Handelsamt ergeht sich zudem in drohenden Andeutungen: Es werde von den Friedensbedingungen abhängen, mit welchen Häfen die deutsche Handelsflotte zu verkehren es für möglich halten werde. Das weist auf geplante Beschränkungen der mittelstaatlichen Handelsschiffe im Verkehr mit britischen Häfen hin. Da Großbritannien das Seerecht zum Kinderspott gemacht hat, ist nicht einzusehen, warum es nicht die Hafenpolizei zum Werkzeug der Monopolgelüste seines Reedereikapitals machen sollte. Noch liegt bloß ein Bericht eines Unterausschusses, kein Parlamentsbeschluß und kein Gesetz vor, aber hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich der imperialistische Abschluß Englands inmitten des Krieges auch rechtlich vollstreckt. Damit ist das handelspolitische Antlitz der Welt vollständig verändert und das Morgen mit dem Gestern nicht mehr vergleichbar. So gewiß uns diese Umwälzung aller handelspolitischen Grundlagen der Welt erscheint, so ungewiß, so bedrohlich sind ihre weiteren Folgen. Wie sehr sich unser ganzes überliefertes Denken dagegen auflehnt, man muß mit der handelspolitischen Abschließung des britischen Imperiums nicht bloß wie mit einer möglichen, sondern wie mit einer höchstwahrscheinlichen Tatsache rechnen.

Das System des Freihandels begreift nicht allein Zollfreiheit in sich, sondern die grundsätzliche Gleichheit der Behandlung fremder und eigener Waren in den Staaten, die in voller Verkehrsgemeinschaft stehen. England hat die deutsche Einfuhr schon im Jahre 1887 sehr benachteiligt, indem es den deutschen Fabrikaten das „Made in Germany“ aufzwang. Das französische Zolltarifgesetz vom Jahre 1892 gebot den Aufdruck der Bezeichnung „Importé“. England hat keine guten Erfahrungen damit gemacht. Wie die englischen Reeder als Verfrachter fremder Waren in fremden Häfen hohen Gewinn ziehen, so hat die englische Kaufmannswelt viel deutsche Ware vertrieben, am meisten in die überseeischen Besitzungen. Der Aufdruck denunzierte sie als bloßen Zwischenhändler und machte für das Ursprungsland Reklame. Die zollfreie Einfuhr ins englische Mutterland in Verbindung mit den kolonialen Vorzugszöllen für Waren englischer Herkunft, dieses System hinkenden Freihandels, funktionierte keineswegs bloß in selbstloser Weise und zu Ungunsten Englands, der englische Kaufmann erhielt dadurch eine äußerst wertvolle Vorrangsstellung! Der deutsche Kaufmann, der deutsche Ware direkt nach Kanada lieferte, hatte den vollen kanadischen Zoll zu zahlen, der englische Kaufmann, der dieselbe deutsche Ware nach Kanada vermittelte, hatte ein Viertel bis zu einem Drittel des Zolles weniger zu zahlen, der Vorzugszoll der Kolonien im Verein mit der zollfreien Einfuhr ins Mutterland wirkte wie eine Prämie zu Gunsten des britischen Zwischenhandels. Führt nun auch das Mutterland Schutzzoll ein, so geht dieser Vorteil dem britischen Kaufmann verloren, ohne daß heute schon gewiß wäre, ob der britische Fabrikant gleich viel gewinnen werde. Schlimmere Wirkungen aber wird eine streng durchgeführte Ursprungsmarke haben, denn die Boykottbewegung, zu deren Schürung im Frühjahr 1915 die Antigerman League begründet wurde, wird geraume Zeit nachwirken. Formen und Umfang des geplanten friedlichen Krieges gegen die Handelsschiffahrt der Mittelmächte lassen sich aus den bloßen Andeutungen, die bis jetzt vorliegen, nicht erkennen.

Es läßt sich nicht voraussehen, in welchem Maße der künftige Friede handelspolitischen Repressalien vorbeugen kann. Gelingt es, die Meistbegünstigung und die offene Tür als für alle friedenschließenden Teile bindende völkerrechtliche Verpflichtungen durchzusetzen, so wird eine wesentliche Bürgschaft dauernden Friedens gewonnen sein. Freilich wird immer klarer, daß die Beherrscher Englands geradezu darauf ausgehen, die deutschen Handelsschiffe von den Meeren und die deutsche Handelsware aus den Niederlagen der Welt zu verbannen, und daß der so begreifliche Einwand der englischen Kaufmannswelt, Deutschland sei ja doch auch Englands größte Kundschaft, auf die britischen Machthaber keinen tiefen Eindruck macht. Noch ist nicht zu erkennen, daß die starrsinnige Entschlossenheit, bei diesem Weltbrand England die Herrschaft über die Weltmeere und über den Welthandel dauernd zu sichern — und sei es mit noch so großen wirtschaftlichen Augenblicksopfern —, auch im Parlament Widerstand und Schranken findet, wie es in der englischen Gesellschaft wohl der Fall ist. Gewissenhafterweise muß man einbekennen, daß die Hemmungen des Imperialismus innerhalb des englischen Parlaments, auf das alles ankommt, unendlich schwach sind.

Und so gebietet das Gewissen, angesichts solcher möglicher Bedrohung im eigenen Lande rechtzeitig vorzusorgen und handelspolitisch bereit zu sein. Wir in Oesterreich-Ungarn sind angesichts solcher Ungewißheit in kläglicher Lage. Die Volkswirtschaft der Monarchie ruht bisher auf einem höchst gebrechlichen „Ausgleich“, der noch dazu von zehn zu zehn Jahren zu erneuern ist. Ein solches System ist weit entfernt, irgend einen Nachbar bedrohen zu können, es reicht nicht einmal aus, uns selbst vor nachbarlicher Willkür zu schützen. Angesichts der handelspolitischen Umwälzungen in der Welt kann nur kurzsichtige Engherzigkeit in diesem System irgend eine Bürgschaft, irgend einen Vorteil sehen. Man darf darum die Nachricht als erwünscht begrüßen, daß erwogen wird, den Ausgleich langfristig zu gestalten und Vereinbarungen auf fünfundzwanzig Jahre abzuschließen. Vorbehalten bleibt natürlich das Urteil über die Einzelheiten der Vereinbarung und schlimm wäre es wahrhaftig, wenn Unvernunft oder Unrecht auf fünfundzwanzig Jahre festgelegt würde. Unter diesem Vorbehalt muß gewünscht werden, daß unsere Volkswirtschaft zu dem Werke der wirtschaftlichen Erneuerung, die nach dem Kriege alle Kraft und alle Begabungen in Anspruch nehmen wird, eine geraume Zeit der Ruhe und Ständigkeit vor sich habe und sich von den nervenzerrüttenden und den Wohlstand untergrabenden Ausgleichskrisen befreit sehe. Unter den Ausgleichskrisen, die uns von 1897 bis 1907 gepeinigt haben, ist unsere handelspolitische Stellung auf dem Balkan verloren gegangen — wir können einen zweiten solchen Zyklus heraufzubeschwören nicht mehr wagen, wenn wir nicht von dem Wettbewerb der Welt ausgeschaltet werden wollen. Und ebenso zu begrüßen wäre es, wenn sich die Nachricht bewahrheiten sollte, daß die Monarchie mit dem Deutschen Reiche auf fünfundzwanzig Jahre ein wirtschaftliches Verbandsverhältnis eingehen soll, zu begrüßen unter dem Vorbehalt, daß ein solcher Wirtschaftsverband rein abwehrender Natur ist, der Wiedergewinnung der Verkehrsfreiheit dient und selbst nicht auf Bedrohung der Nachbarn ausgeht. Bei den handgreiflichen, offenkundigen Bestrebungen des größeren Britannien und des gesamten Amerika bleibt den beiden Volkswirtschaften der Zentralstaaten kaum etwas übrig, als zum Selbstschutz zusammenzustehen. Tun sie das ohne schutzzöllnerischen Abschluß nach außen, so beeinträchtigen sie niemandes Recht oder rechtliches Interesse.

Neue Freie Presse 6./II. 1916

Die Aussichten der Industrie nach dem Kriege.

Von Martin Münzesheimer.
Generaldirektor der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke.

Gelsenkirchen, 28. Januar.

Sehr geehrte Redaktion!

Ihrem wiederholt geäußerten Wunsche, Ihnen meine Ansicht über das Thema „Der Wiederaufbau des Handels nach dem Kriege" mitzuteilen, kann ich infolge starker Beschäftigung erst heute nachkommen. Eine erschöpfende Behandlung dieses Themas ist mir aus naheliegenden Gründen nicht möglich. Ich möchte mich vielmehr darauf beschränken, im Rahmen meiner Erfahrungen und Beobachtungen einige mir wichtig erscheinende Gesichtspunkte über „die Aussichten der Industrie nach dem Kriege" hervorzuheben.

Bei meinen Betrachtungen gehe ich von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß die vereinigten Mittelmächte siegreich aus diesem Ringen hervorgehen werden und daß der kommende Friede neben einer entsprechenden Kriegsentschädigung uns auch den engeren Anschluß der besetzten feindlichen Landesteile zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiete verbürgt. Aber auch dann, wenn ich beides zunächst nicht in den Kreis meiner Betrachtungen ziehe, komme ich zu der Ueberzeugung, daß die Aussichten der vereinigten Mittelmächte nach dem Kriege ungleich günstiger sein werden als die unserer Gegner, und zwar hauptsächlich, weil unsere Industrie die überlegenere ist.

Die Leistungsfähigkeit unserer Eisenindustrie zum Beispiel hat sich im Kriege auf das glänzendste bewährt; wir waren in der Lage, unseren umfangreichen Heeresbedarf klaglos zu decken. In der Geschoßherstellung hatten sich unter anderm in Deutschland in ganz kurzer Zeit neben mehr als hundertfünfzig Stahlgießereien nicht weniger als zweiundachtzig Werke auf die Herstellung von Preßstahlgranaten neu eingerichtet. Die Beschäftigung darin wird auch nach dem Kriege noch anhalten. Denn nach den Erfahrungen, die man im Herbst des ersten Kriegsjahres gemacht hat, sind gewaltige Vorräte erforderlich. Es gilt aber nicht nur, den deutschen Markt zu decken, auch die Türkei und Bulgarien sind auf unsere Herstellung angewiesen, und ebenso werden die von seiten einiger neutraler Staaten schon längst gewünschten umfangreichen Lieferungen an die Reihe kommen müssen. Europa wird nach dem Kriege mit einem großen Arsenal zu vergleichen sein, in dem jeder Staat entsprechend den im Kriege gemachten Erfahrungen starke Munitionsvorräte aufstapelt. Es wird wohl ganz bei uns stehen, inwieweit wir unsere Lieferungen auch auf fremde Staaten ausdehnen wollen. Die Qualität und exakte Ausführung der Geschosse dürfte uns angesichts unserer unbegrenzten Leistungsfähigkeit darin überall da die Aufträge verbürgen, wo wir auf ihre Zuteilung Wert legen. England wird zu seinem Erstaunen nach dem Kriege die bittere Erfahrung machen müssen, daß die industrielle Leistungsfähigkeit seines Hauptgegners inzwischen gewaltig zugenommen hat und damit der eigentliche Zweck des Krieges in sein Gegenteil verkehrt worden ist.

Der Krieg hat aber anderseits auch die ungünstigen Verhältnisse der Eisenindustrie Englands der Welt in ihrer wahren Bedeutung gezeigt. Wie kläglich heben sich gegenüber der geräuschlos arbeitenden deutschen Munitionsindustrie alle die Versuche Englands ab, seine den vaterländischen Interessen gleichgültig gegenüberstehende Industrie zur Munitionsherstellung zu bewegen. Qualität und Quantität waren ungenügend. Das älteste Industrieland ist heute nach anderthalbjähriger Kriegsdauer noch nicht in der Lage, seinen Bedarf an Kriegsmaterial selbst herzustellen. Die Regierung mußte zu allerlei Mitteln greifen und große Opfer bringen, um die Munitionsherstellung zu heben. Nachdem dies alles nichts half, mußte ein Munitionsministerium eingerichtet werden, der Munitionsminister mußte Rundreisen machen und Reden halten, Arbeiter mußten aus der Front geholt und die Fabriken zum Teil gezwungen werden, ihre Einrichtungen zu dem Zwecke zu ändern und dem Staat zur Verfügung zu stellen. Trotz alledem reicht auch jetzt noch Englands Leistungsfähigkeit nicht annähernd aus, um den gesteigerten Heeresbedürfnissen gerecht zu werden. Es muß weiter die Hilfe der Vereinigten Staaten in Anspruch nehmen, die dafür in Amerika bezahlten Milliarden sind dauernd für Englands Volkswirtschaft verloren. Was früher schon teilweise bekannt war, daß die englische Industrie technisch und organisatorisch von der deutschen überflügelt worden ist, der jetzige Krieg dürfte jeden Zweifel an dieser Kenntnis beseitigt haben. Englands Industrie krankt an veralteten Einrichtungen und Arbeitsmethoden und nicht zuletzt an dem auch im Kriege nicht abgenommenen Terrorismus der Gewerkschaften. Arbeiterfragen beherrschten schon vor dem Kriege in viel stärkerem Maße als bei uns das öffentliche wirtschaftliche und politische Leben und an der Haltung der englischen Gewerkschaften wird wohl auch jede grundlegende Aenderung an den Arbeitseinrichtungen und Produktionsmethoden nach dem Kriege scheitern. Drücken doch Streiks und übertriebene Lohnforderungen oft die englische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit stark herab und hemmen die industrielle Entwicklung, obgleich die Bezugs- und Absatzbedingungen für die englische Industrie vielleicht noch günstiger sind als für die deutsche. Die Rohstoffe stehen dem Inselreiche zu niedrigen Preisen in ausreichendem Maße zur Verfügung und in bezug auf die Frachtverhältnisse wird es durch seine bevorzugte Lage besonders begünstigt. Was eben fehlt, ist die intensive Arbeitsleistung moderner Technik in Verbindung mit einer straffen Organisation, die die Massenerzeugung begünstigt. Erklärte doch ein so guter Kenner der englischen Verhältnisse, wie der Munitionsminister Lloyd-George, über die Lage der englischen Eisenindustrie in einer Ansprache: „Unsere systemlosen, vom Zufall geformten, veralteten Methoden würden uns, glauben Sie mir das, meine Herren, auch im Frieden die Behauptung unserer Stellung als Nation nicht mehr lange

Kölnische Zeitung 8./II. 1916.

Handel und Geldverkehr im Hauptausschuß.

♀ **Berlin**, 7. Febr. (Telegr.) Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet über Handel und Geldverkehr. Der Berichterstatter Lippmann (Stettin) führte dazu aus, dem Handel seien durch den Krieg schwerste Wunden geschlagen, man müsse ernstlich daran denken, sie möglichst schon jetzt zu heilen. Der deutsche Handel habe vor dem Kriege seine Aufgabe glänzend erfüllt, er habe die Verteilung der Vorräte und Industrieerzeugnisse im Lande befriedigend geleitet, für Beschaffung der nötigen Rohstoffe und Waren aus dem Auslande in angemessener Weise gesorgt und im Verein mit der Industrie den Weltmarkt für die deutschen Waren erobert. Durch die Kriegsnotwendigkeiten sei er von fast allen diesen Aufgaben verdrängt, und nur wenig sei ihm geblieben. Insbesondere müsse es der Handel schwer empfinden, daß seine Tätigkeit im Inlande durch die großen Monopolgesellschaften so gut wie ausgeschaltet werde. Soweit hier dem Handel Erleichterungen gewährt werden könnten, müßten sie ihm gewährt werden. Das sei besonders der Fall bezüglich der Frage der Einfuhr und Ausfuhr. Besonders bei der Einfuhr seien die Verhältnisse gegen früher für den Handel dadurch verschlechtert worden, daß neuerdings auch die eingeführten Waren im großen und ganzen der Beschlagnahme durch die Monopolgesellschaften verfielen. Die Preise, die dann der Handel bei der Beschlagnahme erhalte, seien nicht dazu geeignet, sein Interesse an der Einfuhr wachzuhalten. Sie seien meistens viel geringer als die Anschaffungspreise. Jedenfalls müsse aber verlangt werden, daß die Monopolgesellschaften die beschlagnahmten Waren dann nicht mit erheblichem Gewinn weiterverkauften. Dies sei verschiedentlich beobachtet worden. Vielmehr müßten die Monopolgesellschaften die beschlagnahmten Waren zu möglichst billigen Preisen weiterverkaufen. Das Gegenteil würde dazu führen, daß die Verbraucher eine Erleichterung nicht erführen; daß aber der dem Handel zu gönnende Gewinn dem Handel zu Unrecht entzogen und den Monopolgesellschaften zugeführt würde. Wenn auch letztes Endes das Reich einen Vorteil davon haben könnte, so müßte doch die Art der Besteurung einzelner zugunsten des Reiches, die in der Beschlagnahme von Waren zu niedrigen Preise und deren Weiterverkauf zu hohem Preise liege, mißbilligt werden. Bei der Verwaltung der großen Kriegsgesellschaften, insbesondere der Zentral-Einkaufsgesellschaft, vermisse er ferner eine Zusammensetzung, die den verschiedenen Interessen des Handels und seinen örtlichen Beziehungen entspräche. Wenn auch zunächst die Zentral-Einkaufsgesellschaft die vorhandene Organisation der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt A.-G. hätte übernehmen müssen, so mache sich doch nach und nach fühlbar, daß diese Zusammensetzung einseitig sei. Auch sonst sei eine größere Beteiligung des preußischen Ostseehandels an der Verwaltung der einschlägigen Gesellschaften erwünscht, insbesondere hätten die Verhältnisse der vom Reiche neu gegründeten Seeversicherungsgesellschaft von 1914 in Hamburg zu Klagen des Ostseehandels Veranlassung gegeben.

In bezug auf die Einkäufe der Heeresverwaltung empfahl der Berichterstatter engere Beziehungen zu den Firmen derjenigen Warenbranchen, deren Waren benötigt würden. Die Heranziehung nichtbranchekundiger Kaufleute zu Lieferungen führte nur zu einer Verteurung des betreffenden Artikels für die Heeresverwaltung, da die nichtbranchekundigen Kaufleute auf den Bezug der Waren bei den zuständigen Firmen angewiesen seien, also ein unnötiger und verteuernder Zwischenhandel durch ihre Zuziehung entstände. Der Berichterstatter schilderte sodann bei der Besprechung des Geldverkehrs die zeitige Lage der Reichsbank. Es müsse zugegeben werden, daß die Golddeckung der Reichsbank trotz des anerkennenswerten Sammeleifers aller Volkskreise im Zurückgehen begriffen sei. Allerdings sei die Golddeckung der Reichsbank noch immer so gut wie die der Bank von England, und weit besser als die der Bank von Frankreich und der russischen Staatsbank. Trotzdem sei aber dafür Sorge zu tragen, daß die Golddeckung nicht weiter verschlechtert würde. Das habe in zwei Richtungen zu geschehen: Einmal dadurch, daß die Einfuhr möglichst auf das Notwendigste beschränkt werde und die Einfuhr von Luxusartikeln unterbleibe, zweitens dadurch, daß unsere Ausfuhr in das neutrale Ausland möglichst gefördert und verstärkt würde, damit wir möglichst viele Forderungen gegen das neutrale Ausland erwerben könnten. Ein solches Vorgehen würde auch den Kurs unserer Valuta im Auslande stärken. Zur Hebung des Kurses unserer Valuta diene auch unzweifelhaft die bundesrätliche Verordnung vom 20. Januar 1916. Durch diese werde der An- und Verkauf ausländischer Zahlungsmittel und von Forderungen an das Ausland monopolisiert und zentralisiert. Dadurch käme man in die Lage, die Einfuhr zu beaufsichtigen und zu beschränken, auch ungehörige Spekulationen in fremden Devisen zu verhindern und den Kurs unserer Valuta im Auslande möglichst hoch zu halten. Allerdings sei das Hauptmittel, diesen Kurs zu heben, die Förderung der Ausfuhr, die es uns gestatte, unsere Einfuhr mit den so im Auslande erworbenen Forderungen zu bezahlen. Hier sei es Pflicht der Zivil- und Militärbehörden, in eine nochmalige Prüfung darüber einzutreten, wo und wie diese Ausfuhr vergrößert werden könne. Durch die Verordnung vom 20. Januar 1916 sei es, wie schon gesagt, ermöglicht, die Einfuhr künftig von der Beschlagnahme zugunsten der Monopolgesellschaften zu befreien. Dann würden die Intelligenz des deutschen Kaufmanns und seine guten Verbindungen im Auslande schon dafür sorgen, daß die Menge der uns zur Verfügung stehenden notwendigen Waren im Inlande vergrößert werde. Einen Gewinn dürfe man ihm dabei aber auch nicht versagen. Bei der Ausfuhr müsse man den deutschen Kaufmann ebenfalls fördern, insbesondere durch Beschleunigung der Ausfuhrbewilligung. Auch der sogenannte Kompensationsverkehr, bei dem es sich um Einfuhr fremder Waren im Austausch mit einheimischer Ware handle, müsse dem deutschen Kaufmann erleichtert und er müsse von dem jetzigen Monopol der Kriegsgesellschaften befreit werden.

Es müsse in jeder Beziehung jetzt und später dafür gesorgt werden, daß der deutsche Handel erhalten bleibe und allen kriegerischen und wirtschaftlichen Anfeindungen der Gegner zum Trotz nach dem Krieg wieder zu seiner alten Blüte gelange. Es lag zu diesem Punkt ein Antrag vor: die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß während des Krieges die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, um nach Friedensschluß die volle Wiederbelebung des deutschen Handels sicherzustellen.

In der Erörterung, an der Vertreter der sämtlichen größern Parteien des Hauses teilnahmen, herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Schädigungen des Handels, soweit wie möglich, schon während des Krieges beseitigt, jedenfalls aber nach dem Kriege für die völlige Wiedereinsetzung des Handels gesorgt werden müsse, und daß insbesondere auch die „Surrogate des Handels", die Kriegsgesellschaften, nur als vorübergehend zu betrachten seien. Allseitig wurde auch die Bedeutung des Handels für unser Wirtschaftsleben sowie seine wertbildende Kraft anerkannt und seine großen Verluste durch den Krieg, insbesondere auch die Verluste der Schiffahrt bedauert. Allseitig wurde auch eine erneute Prüfung der Ausfuhrmöglichkeiten befürwortet und der Freigabe der Einfuhr und des Kompensationsverkehrs das Wort geredet. Der Handelsminister sagte erneute Prüfung der Ausfuhrmöglichkeiten im Interesse unserer Valuta zu.

Aus der Kommission wurde u. a. noch angeregt, daß Erleichterungen im Handelsverkehr, insbesondere auch im Postverkehr nach Österreich, wünschenswert seien. Über die Wirkung der neuerlichen Beschlagnahme der Web- und Wirkwaren wurde Klage geführt. Der Minister sagte möglichste Abhilfe zu.

Drei Bittschriften von Badeorten der Ostseeküste um Gewährung von Hilfe an ihre Gemeindeverwaltungen und Einwohner, die mit dem fast völligen Fortfall des Badeverkehrs in diesen Orten begründet waren, wurden nach entgegenkommenden Erklärungen des Finanzministers und des Ministers des Innern der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Vossische Zeitung

9./II. 1916.

Das Handwerk im Kriege.

Der letzte Teil der Beratungen des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses über wirtschaftliche Kriegsfragen bezog sich auf die Lage des Handwerks.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Boenisch führte als Berichterstatter aus, daß es natürlich unmöglich sei, ein für alle Verhältnisse zutreffendes Bild darüber zu entwerfen, wie sich die Lage des deutschen Handwerks während des Krieges gestaltet habe. Im allgemeinen könne gesagt werden, daß das Handwerk von so stürmischen Beeinflussungen wie beispielsweise die Reederei und verschiedene Zweige des Handels verschont geblieben sei. Besonders betroffen aber werde dafür das Handwerk aus dem Grunde, daß seine einzelnen Betriebe vielfach allein auf der Person des Meisters beruhen, so daß mit dessen Einberufung der Betrieb in vielen Fällen einfach eingestellt werden müsse. Hier lägen Schädigungen des Handwerks vor, wie wohl bei keinem anderen Berufszweige; erschreckend sei in einzelnen Gegenden die Zahl der einstweilen völlig zum Erliegen gekommenen Handwerksbetriebe. Es wird eine besonders wichtige Aufgabe sein, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, um den aus dem Felde heimkehrenden Handwerkern die Wiedererrichtung dieser Betriebe zu ermöglichen. Zurzeit würden viele Handwerksbetriebe von den zurückgebliebenen Frauen recht und schlecht weitergeführt; vielleicht würde es späteren Geschlechtern dereinst zur Kennzeichnung des ungeheuren Weltringens dienen, daß damals

Frauen am Amboß

des Dorfes standen und Frauen die Pferde beschlugen. — Dieser Mangel an Handwerkern führe übrigens zu einer einstweilen zwar wenig hervortretenden, dafür aber um so sicherer nachwirkenden Erschwerung besonders des landwirtschaftlichen Betriebes; es möge bloß auf die Verschlechterung des toten Inventars hingewiesen werden. Das Handwerk seinerseits habe bei seinem Betriebe namentlich durch die Verteuerung und teilweise durch den Mangel an Rohstoffen zu leiden; nicht minder durch den Mangel an Gehilfen und namentlich auch an Lehrlingen. Die jungen Leute fänden überall lohnende Beschäftigung und mieden das Handwerk.

Schließlich besprach der Berichterstatter die Forderungen, die sich aus den parlamentarischen Verhandlungen des Vorjahres ergeben. Er stellte dabei fest, daß die Regierung zur Vorsorge für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Handwerks nach dem Kriege bereits in weitem Umfange zweckmäßige Maßnahmen in die Wege geleitet habe, daß dagegen hinsichtlich der Fürsorge für die kriegsverletzten Handwerker sowie für das Lehrlingswesen noch viel zu tun bleibe. Im Hinblick hierauf stellte der Berichterstatter folgenden Antrag:

> Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um a) die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zur weiteren Ausübung ihres Handwerks untauglich geworden sind, nach Tunlichkeit wieder der produktiven Tätigkeit in geeigneten Wirtschaftszweigen zu erhalten; b) um schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß dem Handwerk wieder geeigneten und genügenden Lehrlingsersatz zuzuführen.

Der Handelsminister erklärte, daß allgemeine Zahlen über die Beteiligung des Handwerks an den Heereslieferungen ihm für den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung ständen. Immerhin sei aber die Heranziehung des Handwerks eine recht erfreuliche gewesen; so habe allein die Feldzeugmeisterei durch Vermittlung des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages für rund

37 Millionen Mark Aufträge dem Handwerk

zugewandt. Diese Heranziehung sei ermöglicht durch den stärkeren Zusammenschluß des Handwerks zu Lieferungsverbänden und -Genossenschaften, die auch um deswillen den Vorzug vor der gesetzlich nicht zulässigen Beteiligung der Handwerkskammern und Zwangsinnungen verdiene, weil in ihnen auch kaufmännisch erfahrene Persönlichkeiten an der Leitung beteiligt seien. Eine umfassende Organisation sei auf Anregung des Handwerks- und Gewerbekammertages, der die großen genossenschaftlichen Verbände dabei zu beteiligen gewußt habe, im Werke

Ein Kommissar des Handelsministers ging im einzelnen näher auf die Organisation der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und besonders auf die Erlasse vom 10. Mai und 8. September 1915 ein. Er legte die Umstände dar, welche für die Heranziehung der Lehrwerkstätten zur Fortbildung der im dritten Lehrjahre stehenden Handwerkslehrlinge geführt haben.

In der Aussprache wurde hervorgehoben, die Bestrebungen, das Handwerk zu erhalten und zu fördern, müßten sich in dreifacher Richtung betätigen:

1. Es müßte den heimkehrenden Meistern ermöglicht werden, den Betrieb wieder zu eröffnen; es müßten Veranstaltungen getroffen werden, die kriegsverletzten Handwerker in ihren früheren Beruf zurückzuführen und, soweit das nicht möglich sei, in einen leichteren Beruf überzuführen, und es müßte für Lehrlingsnachwuchs gesorgt werden.
2. Die Organisationen des Handwerks müßten ausgebaut und ausgebreitet werden, und
3. müßte diesen Organisationen der nötige Kredit zur Verfügung gestellt werden.

Das letztere würde um so leichter sein, je größer und leistungsfähiger sich die Organisationen gestalten. Wie schwer das Handwerk getroffen sei, gehe daraus hervor, daß im Bezirk der Handwerkskammer zu Hildesheim 1654 selbständige Handwerker zum Heeresdienste eingezogen worden seien, und daß von diesen 893 ihren Handwerksbetrieb hätten stillegen müssen. Im Handwerkskammerbezirk Kassel hätten sogar von 2368 eingezogenen selbständigen Handwerkern

1635 ihre Betriebe schließen

müssen. Anzuerkennen sei das Bemühen der Heeresverwaltung, Handwerker mit lohnenden Aufträgen zu versehen. Hierbei wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, daß die Vergebung direkt an das Handwerk und nicht, wie das in einzelnen Fällen geschehen sei, durch Vermittlung von Agenten erfolge. Besondere Notstände herrschten im Baugewerbe. Hier müßten alle Beteiligten, Staats- und Gemeindebehörden, ihr Augenmerk darauf richten, soweit wie möglich Neubauten, Umbauten und Reparaturen während des Krieges vorzunehmen, um so die notleidenden Handwerksbetriebe zu beschäftigen. Von allen Seiten wurden die Leistungen der Frauen der Handwerksmeister in dieser Zeit rühmend hervorgehoben. Die Beschäftigung der Lehrlinge leide daran, daß die ausbildenden Meister leider fehlten. Der Ersatz, den der Handelsminister dadurch finden wolle, daß sie zu Meisterkursen zugelassen würden, sei für ihre praktische Ausbildung nicht genügend. Für die lederverarbeitenden Handwerke müßte Verbilligung des Materials angestrebt werden. Die beim Wiederaufbau Ostpreußens beteiligten Handwerker müßten seitens der Eisenbahnverwaltung durch Gewährung schneller und billiger Beförderung ihrer Materialien unterstützt werden. Auch das Gastwirtsgewerbe leide unter den verschiedenen Kriegsmaßnahmen, die Gastwirte an der preußisch-böhmischen Grenze litten besonders unter den verschärften Paßvorschriften.

Von verschiedenen Seiten wurden Anträge gestellt, die die Bildung von Handwerkerorganisationen, die Bildung von Kreditinstitutionen für Zwecke des Handwerks und die Förderung der heimkehrenden Handwerker bezweckten.

Reichspost Abendbl.
9. II. 1916

111

Versammlung im Bezirke Neubau.

Gegen die Preistreiber und die französische Mode in Wien.

Im Rahmen einer von der Pfarrgruppe „St. Laurenz" des Katholischen Schulvereines am Schottenfeld letzten Sonntag in Kaukals Gartensaal in der Burggasse abgehaltenen Vereinsversammlung besprach GR. Franz Ullreich die verschiedenen Erscheinungen des Krieges, besonders die Gewissenlosigkeit und Profitgier mancher Kreise, welche die Kriegskonjunktur des Krieges nur zur eigenen mühelosen Bereicherung benützen, wodurch oft ehrliche, bodenständige Geschäftsleute auf Grund ihrer reellen bescheidenen Bemühungen von den frarischen Lieferungen ausgeschlossen werden. Jene sind es, die der Bevölkerung das Notwendigste zum Leben verteuern. So kommt es trotz der schärfsten Gesetze zu fortwährenden Preistreibereien. Redner führt das Beispiel einer „Handelsfrau" an, die von der Aktion Kälteschutz Strickarbeit für Socken übernommen hatte. Die Aktion ist zwar nicht in der Lage, mehr als 1 Krone für ein Paar Socken zu zahlen, immerhin können sich aber fleißige Frauen einige Kronen verdienen, um mit ihrer Familie leichter durchzuhalten. Diese Handelsfrau hat nun eine Lieferung Strickarbeit mit dem üblichen Stücklohn von 1 Krone per Paar übernommen, gab die Arbeit einfach außer Haus und zahlte nur mehr 60 Heller für ein handgestricktes Paar Socken!

Die ekelhafteste Erscheinung des gegenwärtigen Weltkrieges im Hinterlande ist aber der Unfug mit den französischen Toiletten. Englischer Krämergeist und französische Beutelust haben diesen furchtbaren Weltkrieg heraufbeschworen und mit ihrem Gelde schon so viele Opfer von uns gefordert. Da ist es immer noch ein Teil der oberen Zehntausend, der auf neutralem Umwege sich für schweres Geld Roben und Hüte aus dem Lande bringen läßt, aus dem Lande, das uns mit jedem Heller dieses Geldes aufs neue angreift und so die Furchtbarkeiten dieses gigantischen Ringens verlängert, den Frieden immer weiter hinausschiebt. Es ist ein seltsames Gefühl, das einen beschleicht, wenn man bedenkt, daß Tausende und Abertausende kämpfen, bluten und sterben, ihre Familien im Hinterlande kaum das Notwendigste zum Leben haben, während es einer kleinen Oberschicht gegönnt ist, sich mit teuren französischen Toiletten zu putzen. Wir haben anfänglich, das Schamverletzende nicht ahnend, die weiten Röcke der Damen, die pelzverbrämten eng geschnürten Röcke, die kleinen schief aufs Haupt gepreßten Hütlein für die im Aufschwung begriffene Wiener Mode gehalten, während es zu uns eingeschmuggelte Pariser Mode ist. In dankenswerter Weise hat sich die „Reichspost" gegen den französischen Modeunfug eingesetzt. Sie hat aus einer ihr zugekommenen Zuschrift gezeigt, daß sich einige Damen der Wiener Gesellschaft sogar die Unverschämtheit leisteten, dem Herrscher unseres verbündeten Reiches, Kaiser Wilhelm, bei der großen Wiener Geburtstagsfeier im Konzerthaus in französischen Toiletten zu huldigen: ich frage: Haben diese Damen, von denen mehrere sogar im offiziellen Komitee der Veranstaltung waren, nur einen Funken Schamgefühl? Dem deutschen Kaiser in Toiletten zu huldigen, die aus jenem Lande stammen, das ihm die größte Schmach der Weltgeschichte angetan hat? Diese Damen gehören in ein Konzentrationslager nach Frankreich gesteckt, um französische Kultur, als deren Trägerinnen sie sich durch ihre Toiletten bezeugen, studieren zu können. Und nun kommt die wirtschaftliche Seite. Abgesehen von Modegeschmack und Herkunft dieser Kleidungsstücke hat der französische Modeunfug noch den für uns besonders zur Kriegszeit schwer empfindlichen Nachteil, daß durch die gesteigerte Einfuhr und naturgemäß verringerte Ausfuhr über die Schweiz ein Sinken unseres Kurses, eine Herabminderung des Geldwertes eintritt; wenn wir daher auch Lebensmittel aus der neutralen Schweiz zu teuren Preisen beziehen müssen, so haben dies einzig und allein diese Modeweiber am Gewissen!

Redner schloß mit einer gründlichen Darlegung der Ziele des Katholischen Schulvereines, die Vertiefung der religiösen Grundsätze schon in der Schule. Wenn wir die Schäden am Volkswohl, die Mißachtung der staatlichen Anordnungen und Gesetze ausmerzen wollen, muß der Schulunterricht so erteilt werden, daß die Achtung vor den göttlichen Geboten gelernt werde, dann werden auch die weltlichen gehalten werden. (Großer Beifall.)

Abg. Nepustil zeigte in längerer glänzender Rede, die Ursachen und Erscheinungen des Weltkrieges in der Nichtbefolgung des P. Abelschen Aufrufes „Zurück zum praktischen Christentum" und schilderte in anschaulicher Weise die systematische Entsittlichung der Jugend und damit der Zukunft des Volkes durch Theater und Kinos. Wenn wir bessere Verhältnisse zeitigen wollen, müssen wir trachten, daß Leute aus der Schule herauskommen, die gute christliche Männer werden, die ihren Herrgott kennen und lieben und das Vaterland schätzen gelernt haben. Redner schloß mit dem Wunsche, daß der katholische Schulvereinsgedanke besonders in der Kriegszeit recht erstarken und die Christenheit erkennen möge, daß ihre größten Feinde die sind, die uns die christliche Jugenderziehung nehmen wollen. (Lebhafter Beifall.) Mit herzlichen Dankesworten schloß hierauf Obmann BR. Bittner die interessante Versammlung.

Arbeiterzeitung 9./II. 1916

Stahl und Korn.

Ein Wort an die österreichischen Industriellen und Staatsmänner.

Die Prager Handelskammer, aus der diesmal wie meist die Prager Eisenindustriegesellschaft und das Eisenkartell spricht, hat eine Kundgebung gegen ein Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche veranstaltet, worin sie über eine lange Reihe höchst anfechtbarer Begründungen zu dem sehr richtigen Schlusse kommt: „Für alle Fälle müssen wir deshalb den unzweideutigen Wunsch und die dringende Forderung aussprechen, daß die wirtschaftlichen Interessen dieses Reiches ausschließlich nach seinen eigenen Bedürfnissen, zu seinem eigenen Nutz und Frommen wahrgenommen werden."

Diesen Wunsch teilen wir ganz, aber eben weil wir von ihm ganz und gar durchdrungen sind, stehen wir nicht an und zögern keine Sekunde, zu behaupten, daß das, was im Interesse der um ihre Zollprämien besorgten Herren des Eisenkartells und der mit ihnen verbündeten Großagrarier liegt, heute in unüberbrückbarem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen des Reiches wie zu den Existenzbedingungen der österreichischen wie der ungarischen Staatswirtschaft nach dem Kriege steht. Die Interessen, die von der Prager Kammer angerufen werden, sind für die Volks- wie für die Staatswirtschaft dies- und jenseits der Leitha der Hauptfeind und wir werden keinen Augenblick ohne den entschiedensten Einspruch über uns ergehen lassen, daß sich dieser Feind das Gewand des Patriotismus borge, um sich in die Herzen der Gedankenlosen einzuschleichen.

Ueber die Gründe des Prager Kammerpräsidenten wird noch im einzelnen zu reden sein. Hier sei zunächst die Färbung aufgezeigt, die er der Annäherungsfrage zu geben beliebt, als handle es sich um einen dienenden „Anschluß" der Monarchie an Deutschland, obschon kein Verständiger anderes im Sinne hat als ein freies Bündnis zweier Gleicher, in dem jeder durch den Zusammenschluß seine eigene Kraft verstärkt und mit den unleugbaren Opfern, die er bringt — jede Gemeinschaft fordert auch Opfer —, die überragenden Vorteile des großen Ganzen erkauft. So bringen auch Oesterreich und Ungarn einander Opfer und sind doch beide durch die Wirtschaftsgemeinschaft auch einzeln stärker und reicher, als sie jemals als isolierte kleine Volkswirtschaften sein könnten. Der Hinweis, daß die Volkswirtschaften des Reiches und Oesterreich-Ungarns Konkurrenten sind, ist wahr und besagt doch nicht, daß sie immer Konkurrenten bleiben müssen, daß sie nicht auf der Grundlage eines verständigen Ausgleichs ihre Wirtschaftskräfte zum Segen aller Teile vereinigen können. Und ebensowenig, als ich dem Manne, den ich auffordere, in einen Verein, in eine Genossenschaft, in eine Handelsgesellschaft einzutreten, darum allein seine persönliche, bürgerliche und wirtschaftliche Eigenherrlichkeit absprechen, ebensowenig beeinträchtigt ein freies Bündnis Gleicher die staatlichen und ökonomischen Interessen eines Reiches, es stützt und fördert sie vielmehr im vorliegenden Falle. Die Beklemmungen der Prager Kammer werden bei niemandem den Eindruck machen, den sie sich verspricht.

Aber die Kammer ruft auch das volkswirtschaftliche Interesse an, sucht die agrarischen Produzenten mit dem Gespenst ungeheuren Verdienstentganges und die österreichische Industrie mit der Angst vor der überlegenen deutschen Industrie zu schrecken; als ob ein Wirtschaftsbündnis nicht auch die Möglichkeit böte, berechtigte Interessen in jedem Grade zu schützen! Die wahre Ursache aber, warum unsere Landwirtschaft rückständig ist und unsere Industrie ihren Rang in der Welt verloren hat, verschweigt sie.

Mit zwei Hilfsmitteln arbeitet die Industrie der Hauptsache nach: die bürgerliche Oekonomie nennt sie die belebte und die leblose Maschinerie. Die belebte Maschinerie ist die Arbeiterschaft und ihre Arbeitskraft geht als Hilfsstoff ein in die Erzeugung. Die Arbeitskraft hat ihre wirtschaftlichen Kosten, und diese sind ausgedrückt in den Lebensmittelpreisen: das Korn ist der eine Hilfsstoff der Industrie. Die leblose Maschinerie aber ist im wesentlichen Eisen, der Stahl ist der zweite! Die Preise von Korn und Stahl, die in einem Lande herrschen, drücken den Grad der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt aus.

Wir hatten im letzten Jahrzehnt zeitweise den höchsten Getreidepreis der Welt, wir hatten die höchsten Eisenpreise aller derjenigen Länder, die auf dem Weltmarkt als Verkäufer erscheinen. Wir fragen jeden Menschen von gesunden Sinnen: Wie soll der österreichische Fabrikant draußen bestehen, wenn sein Produkt schon daheim durch überteuerte Rohstoffe belastet ist?

Alles Gerede von der Minderwertigkeit unserer Industriellen und Arbeiter, selbst von verminderter Organisationsfähigkeit, ist sinnlos. Woher soll denn die Ueberlegenheit kommen? Wie soll der österreichische Erzeuger bestehen neben dem Amerikaner, der im Lande die billigsten Rohstoffe, Brotfrucht und Fleisch in fast unerschöpflichen Mengen zur Verfügung hat? Das ist an sich schon schwer, wird aber in geradezu verheerender Weise noch erschwert durch die Zölle auf Brotfrucht und auf Roheisen!

Die Erzeuger von Halb- und Ganzfabrikaten haben sich durch die Eisenkartellherren bisher über die Gefahr der Rohstoffverteuerung hinwegtäuschen lassen durch Ausgleichszölle: man hat in dem Maße, als die Rohstoffzölle erhöht worden sind, auch ihnen Zollerhöhungen für ihr Fabrikat zugestanden. Man hat ihnen so vorgespiegelt, daß sie dadurch in gleicher Weise gegen die ausländische Konkurrenz geschützt seien.

Daß sie diesen Trost hingenommen haben, ist zu ihrem Verderben ausgefallen. Ihr erhöhter Einfuhrzoll hält freilich zunächst die reichsdeutsche, französische und englische Einfuhr ins Inland ab, schützt sie eine Zeitlang im Inland: nicht so im Ausland. In der Schweiz, auf dem Balkan, überall draußen steht nun erst recht der österreichische Erzeuger mit künstlich verteuerter Ware neben dem Wettbewerber, der seine Ware von der Heimat her billiger in der Hand hat — der Ausgleichszoll verhütet nicht, erbewirkt den Verlust des Auslandsmarktes!

Arbeiterzeitung 9. II. 1916

II

113

Stahl und Korn.

Und er schützt auch auf die Dauer nicht den Inlandsabsatz. Der erhöhte Preis des Fabrikats macht es auch im Inland weniger verkäuflich. Der Inlandsmarkt, das ist die gesamte wirksame und zahlungsfähige Nachfrage, sie stellt in jedem Lande zu jeder Zeit eine bestimmte Geldsumme dar, sagen wir zwei Milliarden.

Wenn die Käufer diese zwei Milliarden zum allergrößten Teile benötigen, um verteuerte Brotfrucht zu kaufen, bleibt ihnen zum Ankauf von Industrieerzeugnis nur sehr wenig übrig; sagen wir, nur um eine Zahl zu nennen, eine Viertelmilliarde. Die Agrarzölle verengern den inneren Markt der Industrie.

Für die restliche Viertelmilliarde sollen nun Industrieprodukte gekauft werden. Da alle Produkte durch Rohstoff- und Ausgleichszölle verteuert sind, so können nur der Masse nach viel weniger Artikel erstanden werden. Es kann wenig verkauft, also wenig erzeugt werden. Auch die Ausgleichszölle verengern den inneren Markt, wie sie die Ausfuhr auf den Weltmarkt untergraben.

Dadurch halten sie die Produktion in engen Schranken und verschütten die wichtigste Quelle industriellen Fortschritts. Je größer die Produktion, um so reichere Arbeitsteilung und Spezialisierung ist möglich; je spezialisierter die Erzeugung, je massenhafter ein einfaches Produkt hergestellt wird, um so billiger kommt es zu stehen. Unser bisheriges Zollsystem hat gerade diese Entwicklung unterbunden; in anderen Ländern, in Deutschland vor allem, hat die Spezialisierung so große Fortschritte gemacht, die Erzeugnisse so verbilligt, daß sie nunmehr in die Lage gekommen sind, selbst die durch Ausgleichszölle erhöhte Zollmauer leicht zu überspringen. Trotzdem also unsere Zölle scheinbar die Inlandsfabrikation in hohem Maße schützen, sind gerade sie es, die durch Erschwerung der Ausfuhr und durch Verengung des Inlandsmarktes den Fortschritt der Produktion verkümmern und je länger, desto mehr die überlegene Auslandszufuhr ins Land rufen.

Und um welchen Preis verkaufen wir dieses beklagenswerte Ergebnis? Von der Landwirtschaft hier und diesmal abgesehen, hat davon das Eisenkartell den Nutzen gehabt. Zugestanden werden muß, daß die Schwereisenindustrie — zum Unterschied von unserer Landwirtschaft — die Zollbegünstigung wenigstens technisch zur Vervollkommnung des Betriebes benützt hat. Darin wie in der Betriebskonzentration hat sie wahrhaftig zu wünschen nichts übrig gelassen, kaufmännisch aber ist das Eisenkartell geradezu zum Diktator der weiterverarbeitenden Gewerbe geworden, ein Zustand, der auch für die Industriellen unerträglich ist. Das Eisenkartell ist stark genug geworden, den freien Auslandswettbewerb zu tragen, und ist zu stark geworden, als daß es ohne die Korrektur des Auslandswettbewerbs ertragen werden könnte.

Volkswirtschaftlich ist das Schwergewicht nicht auf die Rohstoff-, sondern auf die Fabrikatenindustrie zu legen; volkswirtschaftlich haben jene Industrien den Vorzug, die mehr und qualifiziertere Arbeitskräfte um höheren Lohn auf dasselbe Kapital beschäftigen. Denn sie ernähren die größere Masse der Staatsbürger, erhalten auch eine breite Schicht mittlerer Industrieller und erweitern durch ihre Blüte den inneren Markt. Ein paar Dutzend Kartellherren als Gebieter ungeheurer Maschinerien mit verhältnismäßig wenigen, in sklavischer Abhängigkeit gehaltenen Arbeitern bilden keinen Staat, sondern bloß das der gemäßigten Zone angepaßte Abbild der tropischen Plantagenwirtschaft!

Unsere Handelspolitik kann nicht gesunden, wenn sich die große Zahl der mittleren und kleineren Industriellen, der Halb- und Ganzfabrikaterzeuger, nicht aus der Gefolgschaft der gesättigten Schwerindustrie löst: Kornzoll und Eisenzoll müssen fallen, anders kann der innere Markt nicht wieder aufgerichtet, der Weltmarkt nicht erschlossen werden. Ohne beides zugleich aber kann weder die österreichische noch die ungarische Staatswirtschaft die gewaltigen Lasten aufbringen, die nach dem Kriege zu tragen sein werden. Der Finanzkünstler muß noch gefunden werden, der imstande ist, was not tut und not tun wird — es handelt sich um Beträge, die in die Tausendmillionen gehen —, aus den Taschen der Kartellherren und der Agrarier zu holen. Das ist undenkbar. So erkenne man denn auch von Staats wegen, daß eine volle handelspolitische Ab- und Umkehr unvermeidlich ist, daß die Leitidee staatlicher Fürsorge die Aufrichtung des inneren und die Erschließung des Weltmarktes sein muß und daß zu beiden Zielen die innigste, noch ohne Ueberstürzung heute erreichbare Zollgemeinschaft beider Reiche führt. Denn sie schafft allen Wirtschaftszweigen sogleich einen doppelt so großen inneren Markt mit all den neuen Möglichkeiten spezialisierten und konzentrierten Betriebes und führt auf den Weltmarkt eine Wirtschaftsmacht von 120 Millionen Menschen, mit der jeder mit Achtung verkehren und mit Nutzen verhandeln wird.

Das ist das „wahre Bedürfnis", das die Lösung „zu Nutz und Frommen des Staates", und nicht der bequeme Monopolprofit von Kartellherren, die die Sorge um die Aufrechterhaltung ihrer Uebergewinne in patriotische Redensarten einzukleiden belieben. Es war vorauszusehen, daß die enge Entente von Schwerindustrie und feudalem Grundeigentum, der wir unsere bisherige Wirtschaftspolitik danken, sich mit allen Mitteln wider die unerläßliche Erneuerung unserer Volkswirtschaft zur Wehr setzen wird. Die Allianz von Eisen, Korn und Rübe war es, die unser Staatswesen in die schlimmste Bedrängnis gebracht hat. Eine Zeitlang hat sie sich auf die Intriguen hinter den Kulissen beschränkt, mit dem Prager Pronunziamiento betritt sie den Boden der Oeffentlichkeit. Sie spricht im Namen der Industrie, aber niemand hat mehr Grund, sich vor ihr zu hüten, als die Industriellen selbst. Soviel man sieht, sind sie bisher auf richtigem Wege; es ist zu erwarten, daß sie die Sirenenklänge derer um und hinter dem Eisenkartell nicht irremachen.

Frankfurter Zeitung
9. II. 1916

M14

Die Lage des Handwerks.

N Berlin, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat sich mit der Lage des Handwerks beschäftigt. Der Berichterstatter setzte auseinander, daß namentlich die Handwerksbetriebe unter dem Kriege zu leiden hätten, die ohne Gesellen arbeiteten. Aber vielfach hätten es Frauen verstanden, den Betrieb fortzuführen. In den Dörfern hätten Frauen die Pferde beschlagen. Der Berichterstatter beantragte: Die Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um a) die als Kriegsverletzte zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zu weiterem Handwerk untauglich sind, nach Tunlichkeit wieder produktiver Tätigkeit zuzuführen; b) um schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß dem Handwerk wieder geeigneten und genügenden Lehrlingsersatz zuzuführen.

Der Handelsminister erklärte, daß allgemeine Zahlen über die Beteiligung des Handwerks an den Heereslieferungen ihm zur Zeit nicht zur Verfügung ständen. Immerhin sei aber die Heranziehung des Handwerks recht befriedigend gewesen; so habe allein die Feldzeugmeisterei durch Vermittelung des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages für rund 37 Millionen Mark Aufträge dem Handwerk zugewandt. Diese Heranziehung sei ermöglicht, durch den stärkeren Zusammenschluß des Handwerks zu Lieferungsverbänden und Genossenschaften, die auch um deswillen den Vorzug vor der gesetzlich nicht zulässigen Beteiligung der Handwerkskammern und Zwangsinnungen verdienen, weil in ihnen auch kaufmännisch erfahrene Persönlichkeiten an der Leitung beteiligt seien. Eine umfassende Organisation sei auf Anregung des Handwerks- und Gewerbekammertages, der die großen genossenschaftlichen Verbände dabei zu beteiligen gewußt habe, im Werke; Erfahrungen über ihre Tätigkeit lägen indessen noch nicht vor. Die Staatsregierung bringt diesen Bestrebungen Interesse entgegen, das auch gelegentlich durch die Gewährung von Beihilfen ausgedrückt werde.

In der Debatte wurde hervorgehoben, die Bestrebungen des Handwerks zu erhalten und zu fördern, müßten sich in dreifacher Richtung betätigen:

1. Den heimkehrenden Meistern müsse ermöglicht werden, den Betrieb wieder zu eröffnen; es müßten Veranstaltungen getroffen werden, die kriegsverletzten Handwerker in ihre früheren Berufe zurück und, soweit das nicht möglich sei, in einen leichteren Beruf überzuführen. Auch müßte für Lehrlingsnachwuchs gesorgt werden. 2. Die Organisationen des Handwerks sollen weiter ausgebaut und ausgebreitet werden und 3. diesen Organisationen müsse der nötige Kredit zur Verfügung gestellt werden. Wie schwer das Handwerk getroffen sei, gehe daraus hervor, daß im Bezirk der Handwerkskammer zu Hildesheim 1654 selbständige Handwerker zum Heeresdienste eingezogen wurden und daß von diesen 893 ihren Handwerksbetrieb hätten stillegen müssen. Im Handwerkskammerbezirk Kassel hätten sogar von 2388 eingezogenen selbständigen Handwerkern 1635 ihren Betrieb schließen müssen. Anzuerkennen sei das Bemühen der Heeresverwaltung, Handwerker mit lohnenden Aufträgen zu versehen. Hierbei wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, daß die Vergebung direkt an das Handwerk und nicht, wie in einzelnen Fällen geschehen, durch Vermittlung von Agenten erfolge. Besondere Notstände herrschten im Baugewerbe. Hier müßten alle Beteiligten, Staats- und Gemeindebehörden, ihr Augenmerk darauf richten, soweit wie möglich Neubauten, Umbauten und Reparaturen während des Krieges vorzunehmen, um so die notleidenden Handwerksbetriebe zu beschäftigen. Von allen Seiten wurden die Leistungen der Frauen der Handwerksmeister in dieser Zeit rühmend hervorgehoben. Die Beschäftigung der Lehrlinge leide darunter, daß die ausbildenden Meister leider fehlten. Der Ersatz, den der Handelsminister dadurch finden wolle, daß sie zu Meisterkursen zugelassen würden, sei für ihre praktische Ausbildung nicht genügend. Auch das Gastwirtsgewerbe leide unter den verschiedenen Kriegsmaßnahmen. Die Gastwirte an der preußisch-böhmischen Grenze litten besonders unter den verschärften Paßvorschriften.

Es wurden von verschiedenen Seiten Anträge gestellt, die die Bildung von Handwerkerkorporationen, die Bildung von Kreditinstituten für Zwecke des Handwerks und die Förderung der heimkehrenden Handwerker bezwecken.

Neues Wiener Tagblatt
12. III. 1916

115

(Eine Zentralstelle für die Rohstoffbeschaffung in Ungarn.) Aus Budapest, 11. d., wird uns telegraphiert: Nach einer Meldung des „Az Ujsag" werden die verschiedenen, zum Einkauf von Rohmaterialien gegründeten Zentralen demnächst eine neue Vereinigung, die „Zentrale der Zentralen", schaffen. Die wichtigste Aufgabe der neuen Vereinigung werde darin bestehen, die Einkäufe gemeinsam abzuwickeln und die Aufteilung der eingekauften Materialien einheitlich durchzuführen. Neben der neuen Vereinigung werde jede einzelne Zentrale auch wie bisher ihren Wirkungskreis aufrechterhalten. Der neuen Zentrale gehören bereits die Leder-, Woll- und Metallzentralen an. Jede einzelne Zentrale wird in der neuen Zentrale durch drei Mitglieder, und zwar den Präsidenten, den geschäftsführenden Direktor und ein Mitglied vertreten sein. — Aus Budapest, 11. d., meldet das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau: Am 15. d. wird die gründende Generalversammlung der Wollzentrale-Aktiengesellschaft der Länder der ungarischen Krone in den Räumen des Landesverbandes der ungarischen Textilfabrikanten stattfinden. Die Aktiengesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Kronen gegründet werden und alle Posten Wolle, in erster Reihe für Zwecke der Armee und der Marine, besorgen, auf Anordnung der ungarischen Regierung verteilen und in den Verkehr bringen, im allgemeinen aber solche Geschäfte entrieren und vermitteln, welche den Zweck haben, Armee und Marine mit Wolle und Wollwaren zu versorgen. In der Aktiengesellschaft werden sowohl landwirtschaftliche als auch industrielle Interessenten und die Wollhändler vertreten sein. Die Direktion wird im Verhältnis 2:2:1 zusammengesetzt werden. Dementsprechend werden je zwei Drittel des Aktienkapitals den landwirtschaftlichen Interessen und den Wollindustriellen und ein Drittel den Interessenten des Wollhandels zur Verfügung gestellt werden. Die Subskription auf die Aktien erfolgt beim Landesverband der ungarischen Agrarier, dem Landesverband der ungarischen Kaufleute und dem Landesverband der ungarischen Textilfabrikanten bis zum 15. d., 10 Uhr vormittags.

Kölnische Zeitung 14./II. 1916.

M6

Der Deutsche Handelstag über die Kriegsorganisationen.

WTB **Berlin**, 13. Febr. (Telegr.) Der Ausschuß des Deutschen Handelstages beschäftigte sich am 10. Februar mit der Ausschaltung des Handels durch die Kriegsorganisationen auf dem Gebiete der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs. Der Ausschuß gab einstimmig folgende Erklärung ab:

Die aus den Verhältnissen des Krieges entstandene Zwangsregelung auf weiten Gebieten des Warenverkehrs durch eine unübersehbare Fülle von behördlichen und behördenähnlichen Stellen bedeutet eine schwere Last für Industrie und Handel. Sie wird von ihnen in opferwilligem Verständnis für die Not der Zeit getragen. Aber diese Stände betrachten es anderseits als ihr Recht und ihre Pflicht, sich gegen Auswüchse und Übertreibungen eines solchen Systems zu wenden.

Sie warnen insonderheit davor, die gemeinwirtschaftliche Regelung in wachsendem Umfang ohne zwingende Gründe auch auf den Einfuhrhandel auszudehnen, dessen Anforderungen an kaufmännische Regsamkeit und Anpassungsfähigkeit öffentliche Stellen nicht genügend gewachsen sind. Der Beschluß des Reichstags vom 14. Januar d. J., der der Zentral-Einkaufsgesellschaft ein Monopol für den gesamten Einfuhrhandel in Lebensmitteln zugewiesen sehen will, entbehrt in dieser Verallgemeinerung der zureichenden Begründung und kann nicht gebilligt werden.

Sowohl zum Zwecke der Aufrechterhaltung des privaten Einfuhrgeschäftes wie zum Schutz des Kaufmannes gegen unverdiente Verluste bedarf es einer richtigern Ausgestaltung des Verfahrens der Beschlagnahme und Enteignung. Die Übernahmepreise müssen so bemessen werden, daß sie, ohne Preistreibereien zu unterstützen, doch dem ordentlichen Handel den Ersatz seiner Gestehungskosten und einen angemessenen Gewinn gewähren. Zur Festsetzung und dauernden Überwachung dieser Preise sind Sachverständige aus den betroffenen Gewerbszweigen heranzuziehen. Streitfälle sind durchweg von Sachverständigen-Schiedsgerichten zu entscheiden; ihnen ist das Recht zu geben, in Ausnahmefällen über etwaige Höchstpreise hinauszugehen. Erfolgt Enteignung und Übernahme erst längere Zeit nach der Beschlagnahme, muß dem Lagerhalter ein Anspruch auf Entschädigung für Zinsverlust und Aufbewahrung zugestanden werden.

In ihrer eigenen Preispolitik dürfen die öffentlichen Organisationen niemals den gemeinnützigen Zweck, dem sie ihre Daseinsberechtigung verdanken, aus dem Auge verlieren, und sind zu entsprechendem Verhalten erforderlichenfalls von den Aufsichtsbehörden zu veranlassen.

Ihre bevorzugte Stellung dürfen sie nicht benutzen, um im geschäftlichen Verkehr Rechte und Pflichten einseitig zu ihren Gunsten festzusetzen.

Bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben haben sie den freien Handel nicht nur so wenig wie möglich zu behindern, sondern unter Zuziehung der amtlichen Handelsvertretungen nach Möglichkeit zu fördern und heranzuziehen. — Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kann die Bildung besonderer kommunaler Einkaufs- und Verteilungsstellen, wenn in ihnen Behörden und Handel gemeinnützig zusammenwirken, ein geeignetes Mittel dafür bilden.

Die Form einer Interessentenvereinigung, wie sie die Rohstoff-Gesellschaften darstellen, erscheint für eine mit erheblichen öffentlichen Zwangsbefugnissen ausgestattete Organisation nicht geeignet. Zum wenigsten müßte Sorge getragen werden, daß ihr Vertreter aller beteiligten Interessen angehören.

Die mehr in behördlicher Form aufgebauten Organisationen bedürfen dagegen der stärkern Durchdringung mit sachverständigen Persönlichkeiten, und sollten sich in größerm Umfange des Rates und der Unterstützung der Beteiligten bedienen.

Eine völlige Beseitigung aller mit den Kriegsorganisationen verbundenen Unzuträglichkeiten und Schäden wird niemals gelingen; den freien Handel wirklich zu ersetzen, sind sie ihrer Natur nach außerstande. Sie finden ihre einzige Begründung in den Verhältnissen dieses Krieges, und sind nach seiner Beendigung so rasch wie möglich wieder zu beseitigen.

Arbeiterzeitung
15. II. 1916

117

Die direkte Versorgung der Konsumvereine.

Bei der Begründung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt war die Art der Zuteilung des Mehles Gegenstand eingehender Beratung. Die Regierung ging von der Erwägung aus, daß es nicht Aufgabe der staatlichen Brotfruchtfürsorge und nicht von Vorteil sein kann, die bestehenden Wege des Handels zu verlegen und dort, wo organisierte Vorsorge besteht, sie zu zerstören. Die Broterzeugung und der Mehlverschleiß haben in den letzten Jahrzehnten vielfach neue Bahnen eingeschlagen. Brotfabriken arbeiten nicht bloß für einzelne Gemeinden, sondern für ganze Gebiete, oft für das Gebiet ganzer Länder. Die Konsumvereine, die ursprünglich zumeist Ortsvereine waren, haben sich zu Bezirksgenossenschaften zusammengeschlossen. Durch die Verschmelzung und Vereinheitlichung werden nicht bloß die Verwaltungsspesen vermindert, sondern die Mitglieder auch besser versorgt. Sinnlos wäre es, die Versorgung künstlich auf den Umfang unserer Ortschaften, die sehr häufig bloße Zwerggemeinden sind, zurückzuschrauben und etwa eine große genossenschaftliche oder auch kapitalistische Brotfabrik zu nötigen, erst ihr Mehl von einigen Dutzend Bürgermeistern einzuholen, um das Brot wieder in ebensoviele Ortschaften auszuführen. Dazu kommt noch, daß leider sehr viele Gemeindeverwaltungen in den Händen der Lebensmittelgewerbe und Lebensmittelhändler sind, die nur zu leicht in Versuchung geraten, ihre autonome Macht zu unlauteren Konkurrenzmanövern auszubeuten. Fast überall dort, wo die Arbeiterschaft keine Verbrauchsorganisation besitzt, hat sie die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Bei dem Mangel an Ware befriedigt der private Geschäftsmann vorweg die zahlungsfähigste Kundschaft, und die Arbeitermassen, die die schwere Kriegsarbeit leisten, geraten in Gefahr, sich nicht versorgen zu können. Hiezu kommt noch, daß die Konsumvereine Anstalten getroffen haben, was sie an Ware besitzen, gleichmäßig auf alle Mitglieder aufzuteilen — in dieser Art haben sie die Mehl- und Milchkarten erfunden und bei sich eingeführt, bevor man von staatlicher Seite noch an eine solche Möglichkeit überhaupt dachte. Diese Umstände zusammen haben die Regierung, beziehungsweise den früheren Minister des Innern Heinold dazu bewogen, anzuordnen, daß die Konsumvereine wie die Brotfabriken, wo immer das möglich ist, ihren Mehlbedarf ohne Vermittlung der Gemeinde direkt durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt beziehen.

Nur mit größter Mühe wurde die Durchführung dieser Bestimmungen in Böhmen erreicht. Und gerade dort sind die bürgerlichen Mittelständler die grimmigsten Widersacher der Arbeiterklasse und setzten der Anwendung dieser Vorschriften auf ihre Gemeinden den beharrlichsten Widerstand entgegen, so daß die Bezirkshauptmannschaften und die Statthalterei Mühe hatten, die arbeiterfeindlichen Pläne einer beträchtlichen Zahl von Gemeindevertretungen zu vereiteln. Erst in den letzten Wochen ist die direkte Zuweisung mit dankenswerter Hilfe der Statthalterei für eine Reihe von Bezirken durchgesetzt und schon melden sich die „Interessenten" des Zwischenhandels! Die Prager Blätter melden nämlich:

> Die Statthalterei hat den Konsumvereinen in den Bezirken Gablonz, Trautenau, Warnsdorf, Tetschen, Karlsbad und Elbogen die Selbstversorgung ihrer Mitglieder mit Brot und Mehl eingeräumt und die Zuweisung des notwendigen Mehles durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zugesichert. Die Gemeinden befürchten, daß durch diese Trennung in der Versorgung eine Benachteiligung der nicht den Konsumvereinen angehörenden Bevölkerung eintreten wird, und haben gemeinsam einen Protest bei der Statthalterei überreicht, welchem durch eine Abordnung aus allen beteiligten Bezirken der nötige Nachdruck verliehen wurde. Die Abordnung hat gestern unter der Führung des Abgeordneten Schreiter bei der Statthalterei in Prag vorgesprochen.

Es ist bezeichnend, daß sich ein deutschvölkischer Abgeordneter dazu hergegeben hat, den Anschlägen der Zwischenhändler Vorspann zu leisten. Es ist unseres Wissens die erste Abgeordnetenintervention in einer solchen Sache; nicht einmal von einem Christlichsozialen, die doch wahrlich auf Gewerberetterei eingerichtet sind, ist ein solcher Schritt unternommen worden. Die Begründung, daß die übrige Bevölkerung schlechter versorgt sein könnte, ist angesichts der absolut gleichmäßigen Verteilung durch die Brotkarte und der Tatsache, daß die Besitzenden immerhin noch Fleisch genießen können, während besonders Deutschböhmens Arbeiter ganz überwiegend auf Brot und Kartoffeln angewiesen sind, der windigste Vorwand, den die Zwischenhändler erfinden konnten. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Behörde die böhmische Arbeiterschaft gegen diese Anschläge pflichtgemäß beschützt.

Frankfurter Zeitung

15./II. 1916

118

Der Deutsche Handelstag über die Kriegsorganisationen.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages beschäftigte sich am 10. Februar mit der Ausschaltung des Handels durch die Kriegsorganisationen auf dem Gebiete der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs. Der Ausschuß gab einstimmig folgende Erklärung ab:

Die aus den Verhältnissen des Krieges entstandene Zwangsregelung auf weiten Gebieten des Warenverkehrs durch eine unübersehbare Fülle von behördlichen und behördenähnlichen Stellen bedeutet eine schwere Last für Industrie und Handel. Sie wird von ihnen in opferwilligem Verständnis für die Not der Zeit getragen. Aber diese Stände betrachten es andererseits als ihr Recht und ihre Pflicht, sich gegen Auswüchse und Uebertreibungen eines solchen Systems zu wenden. Sie warnen in Sonderheit davor, die gemeinwirtschaftliche Regelung in wachsendem Umfang ohne zwingende Gründe auch auf den Einfuhrhandel auszudehnen, dessen Anforderungen an kaufmännische Regsamkeit und Anpassungsfähigkeit öffentliche Stellen nicht genügend gewachsen sind. Der Beschluß des Reichstags vom 14. Januar d. J., der der Zentral-Einkaufsgesellschaft ein Monopol für den gesamten Einfuhrhandel in Lebensmitteln zugewiesen sehen will, entbehrt in dieser Verallgemeinerung der zureichenden Begründung und kann nicht gebilligt werden.

Sowohl zum Zwecke der Aufrechterhaltung des privaten Einfuhrgeschäftes wie zum Schutz des Kaufmannes gegen unverdiente Verluste bedarf es einer richtigeren Ausgestaltung des Verfahrens der Beschlagnahme und Enteignung. — Die Uebernahmepreise müssen so bemessen werden, daß sie, ohne Preistreibereien zu unterstützen, doch dem ordentlichen Handel den Ersatz seiner Gestehungskosten und einen angemessenen Gewinn gewähren. Zur Festsetzung und dauernden Ueberwachung dieser Preise sind Sachverständige aus den betroffenen Erwerbszweigen heranzuziehen. Streitfälle sind durchweg von Sachverständigen-Schiedsgerichten zu entscheiden; ihnen ist das Recht zu geben, in Ausnahmefällen über etwaige Höchstpreise hinauszugehen. Erfolgt Enteignung und Uebernahme erst längere Zeit nach der Beschlagnahme, muß dem Lagerhalter ein Anspruch auf Entschädigung für Zinsverlust und Aufbewahrung zugestanden werden.

In ihrer eigenen Preispolitik dürfen die öffentlichen Organisationen niemals den gemeinnützigen Zweck, dem sie ihre Daseinsberechtigung verdanken, aus dem Auge verlieren. Sie sind zu entsprechendem Verhalten erforderlichenfalls von den Aufsichtsbehörden zu veranlassen. Ihre bevorzugte Stellung dürfen sie nicht benutzen, um im geschäftlichen Verkehr Rechte und Pflichten einseitig zu ihren Gunsten festzusetzen. Bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben haben sie den freien Handel nicht nur so wenig wie möglich zu behindern, sondern unter Zuziehung der amtlichen Handelsvertretungen nach Möglichkeit zu fördern und heranzuziehen. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kann die Bildung besonderer kommunaler Einkaufs- und Verteilungsstellen, wenn in ihnen Behörden und Handel gemeinnützig zusammenwirken, ein geeignetes Mittel dafür bilden.

Die Form einer Interessenvereinigung, wie sie die Rohstoff-Gesellschaften darstellen, erscheint für eine mit erheblichen öffentlichen Zwangsbefugnissen ausgestattete Organisation nicht geeignet. Zum wenigsten müßte Sorge getragen werden, daß ihr Vertreter aller beteiligten Interessen angehören. Die mehr in behördlicher Form aufgebauten Organisationen bedürfen dagegen der stärkeren Durchdringung mit sachverständigen Persönlichkeiten und sollten sich in größerem Umfange des Rates und der Unterstützung der Beteiligten bedienen.

Eine völlige Beseitigung aller mit den Kriegsorganisationen verbundenen Unzuträglichkeiten und Schäden wird niemals gelingen; den freien Handel wirklich zu ersetzen, sind sie ihrer Natur nach außerstande. Sie finden ihre einzige Begründung in den Verhältnissen dieses Krieges und sind nach seiner Beendigung so rasch wie möglich wieder zu beseitigen.

*

Der Ausschuß des Deutschen Handelstags beschäftigte sich am 10. Februar mit einigen Zweifelsfragen, die hinsichtlich der Auslegung und Anwendung der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 entstanden sind. Der Ausschuß gab einstimmig folgende Erklärung ab:

„Der nach § 5 Abs. 1 Ziff. 1 der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 unter Strafe gestellte Tatbestand der übermäßigen Preisforderung ist als nicht gegeben zu betrachten, wenn der geforderte Preis sich innerhalb der Grenzen des Marktpreises hält. Durch entsprechende Abänderung der Bekanntmachung ist dies zweifelsfrei festzustellen. Es verstößt nicht gegen Sinn oder Wortlaut der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915, wenn ein Kaufmann bei knappem Warenvorrat ausschließlich an seine Kunden verkauft, Fremden aber die Verabfolgung verweigert, sofern die Absicht der Erzielung höherer Preise fehlt."

Kölnische Zeitung 16./II. 1916.

Wirtschaft und Recht.

Die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege.

♀ **Berlin**, 16. Febr. (Telegr.) Zur Wiederauffüllung der durch den Krieg erheblich verminderten deutschen Rohstoffvorräte wird ohne Zweifel nach Beendigung des Krieges eine lebhafte Einfuhr von Rohstoffen erfolgen. Im Hinblick hierauf ist in den beteiligten Kreisen die Befürchtung ausgesprochen worden, daß eine planlose Einkaufstätigkeit im Auslande die deutsche Volkswirtschaft durch Steigerung der Einkaufspreise, Erhöhung der Schiffsfrachten und Schwächung des deutschen Kapitalmarktes und der deutschen Währung schwer schädigen würde. Um dies zu vermeiden, sei erforderlich, die Einfuhr während einer gewissen Zeit gemäß den tatsächlichen Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Geldmarktverhältnisse einheitlich zu regeln. Diese Frage wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstags eingehend erörtert. Wie der Berichterstatter Dr. Brandt (Düsseldorf) ausführte, gehen in den Kreisen von Industrie und Handel die Meinungen über die Größe dieser Gefahr und die Mittel zu ihrer Bekämpfung gegenwärtig noch sehr auseinander. Durch seinen Vortrag und die sich daran anknüpfende Aussprache zog sich aber der Grundgedanke hindurch, daß anstelle der in der Not des Krieges geschaffenen Kriegsorganisationen sobald wie möglich der freie Handel in seine Rechte eingesetzt werden müsse, der infolge seiner vielseitigen Kenntnis der Bezugsquellen und Beschaffungsmöglichkeiten für die zweckmäßige Versorgung der Industrie mit den erforderlichen Rohstoffen unentbehrlich sei. Der Ausschuß des Deutschen Handelstags gab dementsprechend einstimmig folgende Erklärung ab:

Der Ausschuß des Deutschen Handelstags hält die schnellste Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs nach dem Kriege für geboten, soweit das nicht dringende Interessen der deutschen Volkswirtschaft verhindern. Solche Interessen stehen vermutlich bei der Rohstoffeinfuhr für die Industrie aus dem Auslande auf dem Spiele. In welchem Umfange aber Hemmungen der Rohstoffeinfuhr eintreten und zu ihrer Beseitigung eine besondere Einfuhrregelung stattzufinden hat, ist noch nicht klar zu übersehen. Diese Frage ist daher sofort zu untersuchen.

Besonders zu prüfen bleibt, ob es trotz der großen entgegenstehenden Bedenken möglich und zweckmäßig ist, die Einfuhr von Rohstoffen nach ihrer allgemein volkswirtschaftlichen Wichtigkeit derart abzustufen, daß vorerst die notwendigsten Rohstoffe herangeschafft und die verfügbaren Schiffsräume nur zu ihrer Beförderung benutzt werden dürfen. Erweist sich eine Einfuhrregelung als notwendig, so ist sie, möglichst unter Beschränkung auf die wichtigsten Rohstoffe, von den einzelnen Industriezweigen mit Hilfe ihrer Fachvereinigungen oder durch besondere Zweckverbände in engster Fühlung mit dem Handel und unter Beteiligung des Handels selbständig durchzuführen. In jedem Falle sind die Einkaufsverbände unabhängig von den Behörden zu verwalten. Dabei müssen sie aber mit den maßgebenden Reichsbehörden und Verkehrsanstalten entweder unmittelbar oder durch eine eigene Hauptstelle, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Regelung unserer Währung jedenfalls mit der Reichsbank, in Fühlung bleiben. Die Einfuhr solcher Rohstoffe, die uns vom Auslande nach dem Frieden vorenthalten werden, um unsere industrielle Erzeugungsfähigkeit zu schädigen, ist durch Gegenmaßregeln zu erzwingen.

Frankfurter Zeitung
16. II. 1916

120

Die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege.

Zur Wiederauffüllung der durch den Krieg erheblich verminderten deutschen Rohstoffvorräte wird ohne Zweifel nach Beendigung des Krieges eine lebhafte Einfuhr von Rohstoffen erfolgen. Im Hinblick hierauf ist in den beteiligten Kreisen die Befürchtung ausgesprochen worden, daß eine planlose Einkaufstätigkeit im Auslande die deutsche Volkswirtschaft durch Steigerung der Einkaufspreise, Erhöhung der Schiffsfrachten und Schwächung des deutschen Kapitalmarktes und der deutschen Währung schwer schädigen würde. Um dies zu vermeiden, sei erforderlich, die Einfuhr während einer gewissen Zeit gemäß den tatsächlichen Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Geldmarktverhältnisse einheitlich zu regeln. Diese Frage wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstags eingehend erörtert. Wie der Berichterstatter Dr. Frandt (Düsseldorf) ausführte, gehen in den Kreisen von Industrie und Handel die Meinungen über die Größe dieser Gefahr und die Mittel zu ihrer Bekämpfung gegenwärtig noch sehr auseinander. Durch seinen Vortrag und die sich daran anknüpfende Aussprache zog sich aber der Grundgedanke hindurch, daß an Stelle der in der Not des Krieges geschaffenen Kriegsorganisationen sobald wie möglich der freie Handel in seine Rechte eingesetzt werden müsse, der infolge seiner vielseitigen Kenntnis der Bezugsquellen und Beschaffungsmöglichkeiten für die zweckmäßige Versorgung der Industrie mit den erforderlichen Rohstoffen unentbehrlich sei. Der Ausschuß des Deutschen Handelstags gab dementsprechend einstimmig folgende Erklärung ab:

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hält die schnellste Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs nach dem Kriege für geboten, soweit das nicht dringende Interessen der deutschen Volkswirtschaft verhindern. Solche Interessen stehen vermutlich bei der Rohstoffeinfuhr für die Industrie aus dem Auslande auf dem Spiele. In welchem Umfange aber Hemmungen der Rohstoffeinfuhr eintreten und zu ihrer Beseitigung eine besondere Einfuhrregelung stattzufinden hat, ist noch nicht klar zu übersehen. Diese Frage ist daher sofort zu untersuchen. Besonders zu prüfen bleibt, ob es trotz der großen entgegenstehenden Bedenken möglich und zweckmäßig ist, die Einfuhr von Rohstoffen nach ihrer allgemeinen volkswirtschaftlichen Wichtigkeit derart abzustufen, daß vorerst die notwendigsten Rohstoffe herangeschafft und die verfügbaren Schiffsräume nur zu ihrer Beförderung benutzt werden dürfen.

Erweist sich eine Einfuhrregelung als notwendig, so ist sie, möglichst unter Beschränkung auf die wichtigsten Rohstoffe, von den einzelnen Industriezweigen mit Hilfe ihrer Fachvereinigungen oder durch besondere Zweckverbände in engster Fühlung mit dem Handel und unter Beteiligung des Handels selbständig durchzuführen. In jedem Falle sind die Einkaufsverbände unabhängig von den Behörden zu verwalten. Dabei müssen sie aber mit den maßgebenden Reichsbehörden und Verkehrsanstalten entweder unmittelbar oder durch eine eigene Hauptstelle, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Regelung unserer Währung jedenfalls mit der Reichsbank in Fühlung bleiben. Die Einfuhr solcher Rohstoffe, die uns vom Auslande nach dem Frieden vorenthalten werden, um unsere industrielle Erzeugungsfähigkeit zu schädigen, ist durch Gegenmaßregeln zu erzwingen.

Tägliche Rundschau
18. II. 1916
122

Die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege.

Zur Wiederauffüllung der durch den Krieg erheblich verminderten deutschen Rohstoffvorräte wird nach Beendigung des Krieges eine lebhafte Einfuhr von Rohstoffen erfolgen. Im Hinblick hierauf ist die Befürchtung aufgetaucht, daß eine planlose Einkaufstätigkeit im Auslande die deutsche Volkswirtschaft durch Steigerung der Einkaufspreise, Erhöhung der Schiffsfrachten und Schwächung des deutschen Kapitalmarktes und der deutschen Währung schwer schädigen würde. Um dies zu vermeiden, sei erforderlich, die Einfuhr während einer gewissen Zeit gemäß den tatsächlichen Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Geldmarktverhältnisse einheitlich zu regeln. Eine eingehende Erörterung dieser Frage im Ausschuß des Deutschen Handelstages führte zu folgender Erklärung:

„Der Ausschuß des Deutschen Handelstags hält die schnelle Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs nach dem Kriege für geboten, soweit das nicht dringende Interessen der deutschen Volkswirtschaft verhindern. Solche Interessen stehen vermutlich bei der Rohstoffeinfuhr für die Industrie aus dem Auslande auf dem Spiele. In welchem Umfange aber Hemmungen der Rohstoffeinfuhr eintreten und zu ihrer Beseitigung eine besondere Einfuhrregelung stattzufinden hat, ist noch nicht klar zu übersehen. Diese Frage ist daher sofort zu untersuchen.

Besonders zu prüfen bleibt, ob es trotz der großen entgegenstehenden Bedenken möglich und zweckmäßig ist, die Einfuhr von Rohstoffen nach ihrer allgemeinen volkswirtschaftlichen Wichtigkeit derart abzustufen, daß vorerst die notwendigsten Rohstoffe herangeschafft und die verfügbaren Schiffsräume nur zu ihrer Beförderung benutzt werden dürfen.

Erweist sich eine Einfuhrregelung als notwendig, so ist sie, möglichst unter Beschränkung auf die wichtigsten Rohstoffe, von den einzelnen Industriezweigen mit Hilfe ihrer Fachvereinigungen oder durch besondere Zweckverbände in engster Fühlung mit dem Handel und unter Beteiligung des Handels selbständig durchzuführen. In jedem Falle sind die Einkaufsverbände unabhängig von den Behörden zu verwalten. Dabei müssen sie aber mit den maßgebenden Reichsbehörden und Verkehrsanstalten entweder unmittelbar oder durch eine eigene Hauptstelle, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Regelung unserer Währung jedenfalls mit der Reichsbank, in Fühlung bleiben.

Die Einfuhr solcher Rohstoffe, die uns vom Auslande nach dem Frieden vorenthalten werden, um unsere industrielle Erzeugungsfähigkeit zu schädigen, ist durch Gegenmaßregeln zu erzwingen."

Frankfurter Zeitung 19. II. 1916 123

Preußischer Landtag.

N Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.)

Die allgemeine Besprechung des Etats im Abgeordnetenhause wird bei der Frage der

Lage der Industrie

fortgesetzt. Ueber die Verhandlungen der Kommission berichtet ausführlich

Abg. Hirsch-Essen (ntl.), der hervorhebt, daß der Krieg die Leistungsfähigkeit unserer Industrie nicht habe erschüttern können. In der Versorgung des Heeres durch die Industrie sei noch keine Lücke entstanden und die Abschnürung von der Rohstoffzufuhr durch England habe diese nicht lahmlegen können. Industrie und Landwirtschaft hätten ihr Bestes gegeben, damit unser Heer draußen die prächtigen Erfolge habe erzielen können.

Abg. v. Hassel (kons.): Die Leistungen unserer Technik und Industrie stehen unerreicht in der Welt da, und über alle Schwierigkeiten, die das Ausland uns zugedacht hat, haben sie uns hinweggeholfen, auch über den Mangel an Kupfer, der nach dem Wunsche unserer Gegner bald bei uns eintreten sollte. Die Lage der Industrie war auch so, daß die Löhne der Arbeiter während des Krieges gewaltig in die Höhe gehen konnten. Das Einvernehmen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern war auch im Allgemeinen gut, und wenn die Geschichte des Krieges geschrieben werden wird, dann wird es von der Industrie heißen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben im Kriege ihr Bestes geleistet, was für das Vaterland zu leisten vermochten. (Beifall.)

Abg. **Hué** (Sozdem.) weist auf den Wagenmangel hin, der sich zunächst bemerkbar machte, und deshalb dürfe in der Beschaffung von rollendem Material nicht nachgelassen werden. Große Dienste hätte unter diesen Umständen auch der Mittellandkanal leisten können. Davon werden sich jetzt wohl auch die Gegner des damaligen Kanalprojektes haben überzeugen können. Die Arbeiterorganisation hat sich glänzend bewährt, namentlich auch durch ihre Arbeitsnachweise. Die Förderung der Zechen hat erfreulicherweise wieder zugenommen, sodaß der Kohlenbedarf sicher gestellt wurde und wir erheblich besser stehen als unsere Feinde. Auf Grund meiner Kenntnisse der Montanindustrie möchte ich sagen und zwar mit besonderem Nachdruck, daß, wenn Elsaß-Lothringen aus irgend einem Grunde vom Deutschen Reiche getrennt würde, das für unsere Stahlindustrie einen tödlichen Schaden bedeuten würde. Dann bespricht der Redner die Arbeiterforderungen und die Notwendigkeit, in der Sozialpolitik und in der Arbeiterfürsorge nicht stillzustehen. Die Arbeiterorganisation sei bereit zu einer Verständigung zwischen den beiderseitigen Organisationen; leider sei diese Bereitwilligkeit bei den Arbeitgeberorganisationen nicht vorhanden.

Abg. **Rosenow** (Fortschr. Vp.): In der Geschichte ist es ohne Beispiel, daß sich unsere Industrie so rasch auf den Krieg einstellte. Nicht nur die Kriegsbedürfnisse sind befriedigt worden, auch die heimischen Anforderungen haben nicht notgelitten. Unsere Industrie hat sich völlig unabhängig vom Auslande gemacht. Unsere Billigung findet es nicht, wenn einzelne Teile den Krieg zu egoistischen Gewinnen benutzt haben. Aber das sind Ausnahmen. Die Industrie hat ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber durchaus getan. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß man den Arbeiterorganisationen von industrieller Seite aus entgegenkommen sollte. Das würde die Freudigkeit in den Schützengräben erhöhen und den Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sehr fördern. Bei der Hergabe von Gefangenen sollten Erleichterungen geschaffen werden. Kaufmannschaft und Industrie können stolz darauf sein, mitgewirkt zu haben, daß der Krieg bisher so glücklich für uns geführt werden konnte.

Abg. **Röchling** (natl.) verteidigt gegenüber dem Abg. Hué die Arbeitgeber, die ihre soziale Pflicht durchaus erfüllt hätten. Die Industrie sei über schwere Sorgen hinweggekommen und neue Sorgen, die sich gezeigt hätten, würden ebenfalls überwunden werden, wenn die Behörden die nötige Unterstützung auf allen Gebieten erkennen ließen. An Opferwillen lasse es die deutsche Industrie nicht fehlen.

Abg. **Vorster** (freikons.) bittet die Regierung, bei industriellen Maßnahmen ebenso wie bei der Landwirtschaft Sachverständige aus den Berufen mehr als bisher zu hören.

Abg. **Giesberts** (Ztr.) rühmt die Verdienste der Industrie um die Kriegsführung und die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und hebt besonders die Leistungen der Arbeiter und Angestellten und auch der Frauen lobend hervor. Die Sozialpolitik habe uns in diesem Kriege große Erfolge verschafft, und der Krieg habe bewiesen, wie notwendig die Fortführung auch im Frieden sei.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Es werden eine ganze Reihe von Kommissionen vorgeschlagene Resolutionen angenommen, die wir früher bei Mitteilung des Kommissionsberichtes schon erwähnt haben und die auf eine Förderung des industriellen und wirtschaftlichen Lebens hinauslaufen.

Samstag 11 Uhr: Handels- und Gewerbeetat.

Fremdenblatt
19. II. 1916
124

Die Rohstoffbeschaffung in Deutschland nach dem Kriege.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hat folgende Erklärung angenommen: „Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hält die schnellste Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs nach dem Kriege für geboten, soweit das nicht dringende Interessen der deutschen Volkswirtschaft verhindern. Solche Interessen stehen vermutlich bei der Rohstoffeinfuhr für die Industrie aus dem Auslande auf dem Spiele. In welchem Umfange aber Hemmungen der Rohstoffeinfuhr eintreten und zu ihrer Beseitigung eine besondere Einfuhrregelung stattzufinden hat, ist noch nicht klar zu übersehen. Diese Frage ist daher sofort zu untersuchen.

Besonders zu prüfen bleibt, ob es trotz der großen entgegenstehenden Bedenken möglich und zweckmäßig ist, die Einfuhr von Rohstoffen nach ihrer allgemeinen volkswirtschaftlichen Wichtigkeit derart abzustufen, daß vorerst die notwendigsten Rohstoffe herangeschafft und die verfügbaren Schiffsräume nur zu ihrer Beförderung benützt werden dürfen.

Erweist sich eine Einfuhrregelung als notwendig, so ist sie, möglichst unter Beschränkung auf die wichtigsten Rohstoffe, von den einzelnen Industriezweigen mit Hilfe ihrer Fachvereinigungen oder durch besondere Zweckverbände in engster Fühlung mit dem Handel und unter Beteiligung des Handels selbständig durchzuführen. In jedem Falle sind die Einkaufsverbände unabhängig von den Behörden zu verwalten. Dabei müssen sie aber mit den maßgebenden Reichsbehörden und Verkehrsanstalten entweder unmittelbar oder durch eine eigene Hauptstelle, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Regelung unserer Währung jedenfalls mit der Reichsbank, in Fühlung bleiben.

Die Einfuhr solcher Rohstoffe, die uns vom Auslande nach dem Frieden vorenthalten werden, um unsere industrielle Erzeugungsfähigkeit zu schädigen, ist durch Gegenmaßregeln zu erzwingen."

Da eine amtliche Kursnotiz nicht vorliegt, so wird die Bildung des Preises täglich auf Grund freier Vereinbarung der in Betracht kommenden Stellen erfolgen. Diese aber haben die Verpflichtung übernommen, den Verkehr in ausländischen Zahlungsmitteln — von den oben erwähnten Ausnahmen abgesehen — in Toto, d. h. nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kunden durch die Zentrale abzuwickeln, bei der Eingang und Bedarf in Evidenz gehalten werden. Durch ihre Funktionen wird die Zentrale zu jener Stelle, bei der man möglichst authentisch über die Preisbewegung der Zahlungsmittel Mitteilungen erhalten wird.

Eine Sonderstellung ist nach allem, was verlautet, der Postsparkasse eingeräumt worden. Diese Sonderstellung ist vollkommen begründet durch den Ueberweisungsverkehr des Institutes, der einen Ueberblick über den notwendigen Bedarf nach dem jährlichen Durchschnitt gestattet.

Da nur Eine Meinung darüber herrscht, daß die unruhige Entwicklung der Devisenkurse nicht zuletzt durch die bisherigen ungeklärten Verhältnisse des Marktes bedingt war, so muß sich die Konzentration des Valutenhandels als überaus vorteilhaft für unsere Währung erweisen. Anderseits dürfte man deshalb von einer allzustarren Formu-

Vossische Zeitung

18./II. 1916.

125

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Freitag, 18. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Staatsministeriums, und zwar kommt an die Reihe die Erörterung der

Lage der Industrie.

Abg. **Hirsch**-Essen (Nat.) erstattet Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Die Kommission hat ihre Anschauungen in einer Reihe von Beschlüssen niedergelegt, die der Redner eingehend begründet: bei der Beschlagnahme von Rohstoffen unnötige Härten, die Lebensinteressen der beteiligten Gewerbezweige und Unternehmungen schwer schädigen können, zu vermeiden und das Augenmerk in erster Linie auf die in den besetzten Gebieten etwa vorhandenen Vorräte zu richten und nicht heimische Interessen hinter den Interessen jener Gebiete zurückzusetzen; im Interesse unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Besserung unserer Valuta, die deutsche Ausfuhr nach Möglichkeit zu fördern, soweit dadurch nicht direkt oder indirekt eine militärische oder wirtschaftliche Stärkung unserer Feinde herbeigeführt wird; bei der weiteren Einziehung von Mannschaften den Verhältnissen besonders der Gewerbezweige Rechnung zu tragen, von deren Leistungsfähigkeit die Nachhaltigkeit unserer Kriegsführung abhängt; ein möglichst einheitliches Vorgehen bei der Beschlagnahme von Materialien und der Einziehung von Arbeitern in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos herbeizuführen; unbeschadet der Einziehung wucherischer Gewinne durch die Staatskasse bei der Revidierung geschlossener Verträge nicht unter Anwendung unzulässiger Druckmittel vorzugehen; die Erfahrungen mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in Industrie und Gewerbe zu sammeln; die in Staats- und Privatbetrieben während des Krieges eingeführte Frauenarbeit baldmöglichst wieder zu beseitigen oder zu beschränken und schließlich nach Kriegsende baldmöglichst alle außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzvorschriften wieder in Kraft zu setzen.

Abg. **v. Hassell** (Kons.): Verglichen mit den Industrien der feindlichen Länder nimmt unsere Industrie eine überragende Stellung ein. Das ist um so höher zu veranschlagen, als der englische Arbeiter nicht im Schützengraben zu liegen braucht, während unsere Arbeiter mit den anderen Volksgenossen zusammen das Vaterland verteidigen. Frankreichs Industrie aber leidet unter der Besetzung des industriellen Nordfrankreich durch unsere Truppen, Italien unter den hohen Frachten und Rußlands Industrie ist desorganisiert. Bei uns aber rauchen mit wenigen Ausnahmen alle Schlote, wir exportieren nach wie vor Kohle, weil wir das kohlenreichste Land Europas sind, und unsere Schwerindustrie ist voll beschäftigt. Einzelne Industriezweige leiden natürlich auch bei uns, vor allem die Textilindustrie, der aber hoffentlich durch vermehrten Anbau von Flachs ein Ersatz für die Baumwolle gegeben werden kann. Die feindlichen Hoffnungen auf Erschöpfung unserer Kupfervorräte sind zu Schanden geworden. Wir reichen für Jahre. Immerhin ist es vielfach nicht verstanden worden, daß der

letzte Kupferkessel

von den Haushaltungen hier abgeliefert werden mußte, während im besetzten Belgien z. B. noch erhebliche Kupfervorräte vorhanden sein sollen. (Hört! hört! rechts) Für die Arbeiter, die in der Front kämpfen, sind Frauen und Gefangene eingestellt worden. Gewiß haben diese die geschulten Arbeiter nicht voll ersetzen können. Aber dank der Einsetzung aller Kräfte bis zum Aeußersten wurde Großartiges geleistet. Die Arbeiterlöhne in der Kriegsindustrie sind zum Teil gewaltig gestiegen. Darüber sind wir alle einig und freuen uns wohl auch darüber. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob die Steigerung mit der Teuerung gleichen Schritt gehalten hat. Das Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat sich unter der Kriegszeit dauernd gebessert. Hoffentlich wird dieser Geist in die Friedenszeit mit hinübergenommen. Den Wünschen der Industrie nach Zurückstellung geschulter Arbeitskräfte sollte so weit als möglich entsprochen werden. Hier muß weitherzig verfahren werden, ebenso bei der Erteilung von Ausfuhrerlaubnissen. Schon jetzt im Kriege muß sich die Industrie auf den Frieden vorbereiten. Was im einzelnen hier geschehen kann, darüber jetzt schon Betrachtungen anzustellen, ist müßig. Aber wir hoffen, daß es der deutschen Industrie nach dem Kriege gelingen wird, sich die Stellung in der Welt zu sichern, die ihr gebührt, denn sie hat unter den schwierigsten Verhältnissen geradezu Uebermenschliches geleistet. Auch der befangenste Neutrale muß das schließlich einmal einsehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Hue** (Soz.): Auch wir meinen, daß die Leistungen unserer Industrie in der Kriegszeit glänzend waren. Von dem Sieg des deutschen Organisationsgeistes entfällt ein beträchtlicher Teil auf das Wirken der deutschen Arbeiterorganisationen. Wären bei Kriegsausbruch statt 30 bis 40 Prozent etwa 80 Prozent der deutschen Arbeiter organisiert gewesen, die Ueberführung des deutschen Erwerbslebens in den Kriegszustand wäre noch schneller vor sich gegangen. Daher fort mit aller gemeinschädlichen kleinlichen Behandlung der Gewerkschaften. (Zust. links.) Wir haben große Mengen an Eisen, Stahl, Koks und Kohle, so daß wir eine Erschöpfung nicht zu befürchten brauchen. Freilich, würde Elsaß-Lothringen durch irgend einen Umstand vom Reiche getrennt werden, so würde damit unsere gesamte Eisen- und Stahlindustrie mit ihren Millionen von Arbeitern einen geradezu tödlichen Stoß erleiden. (Hört! Hört! rechts.) Heute aber herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie, die sich ganz auf Heereslieferungen eingestellt hat, kein Arbeiterüberfluß, wohl aber ein Arbeitermangel. Daher möglichste Zurückhaltung bei neuen Einziehungen! In einem direkten Gegensatz hierzu steht der wirtschaftliche

Niedergang des städtischen Mittelstandes,

der zu den Heereslieferungen nur sehr wenig herangezogen wurde. Viele dieser selbständigen Existenzen sind dadurch in das Proletariat gestoßen worden und arbeiten jetzt als unselbständige Arbeiter in den Fabriken. Diese wirtschaftliche Verschiebung kann noch weittragende Folgen haben. Für die notleidende Textilindustrie und auch für die Konfektions- und Wäscheindustrie, der es durchaus nicht so glänzend geht, wie es äußerlich scheint, muß bald etwas geschehen. Gewiß werden die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kriegsindustrie durchaus angemessen bezahlt. Aber es gibt doch auch andere Arbeiterkreise und für diese gilt das nicht. Diese Arbeiter können bei den heutigen Teuerungsverhältnissen nicht bestehen. Entweder eine Lohnerhöhung, die natürlich die Produktionskosten steigern würde, oder billige Lebensmittel, ein drittes gibt es nicht. Zweifellos müssen heute weite Volkskreise Not und Entbehrungen leiden. Recht bedauerlich ist die schon jetzt beobachtete schlechte Entlohnung kriegsbeschädigter Arbeiter auch bei gleichen Leistungen. Selbst in Staatsbetrieben soll das vorgekommen sein. Ist das der Dank des Vaterlandes? Wir haben zweifellos eine geringere Kohlenpreiserhöhung als England, von den italienischen Phantastepreisen gar nicht zu reden. Aber trotzdem ist in der Preisbildung allerlei vorgekommen, was untersucht werden sollte. Und was sagt der Minister zu der ungeheueren Kohlenverteuerung in Oberschlesien, die doch auch den Haushalt und die landwirtschaftliche Produktion kostspieliger macht. Auch die Eisenverteuerung bedarf der Aufklärung. Die Teuerung des Leders, der Textilwaren, des Zuckers ist unberechtigt angesichts der Riesengewinne der Industrien. Die Betriebsgewinne in der Eisen- und Stahlindustrie gehen weit über einen angemessenen Verdienst hinaus. Man sagt, sie bleiben im Lande. Aber bekommen sie denn die Arbeiter? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Ganz besonders aber muß gegen die Braunkohlenherren scharf gemacht werden, die dank der billigen Gefangenenarbeit ihre Riesengewinne auch im Kriege weiter beziehen. Bei der Gefangenenarbeit sind natürlich allerlei Unzuträglichkeiten vorgekommen. Bei unseren Bemühungen, sie zu beseitigen, haben wir bei allen Behörden das größte Entgegenkommen gefunden. Im allgemeinen sind die Ernährungs- und Unterkunftsverhältnisse der Kriegsgefangenen bei uns vielfach besser als die Lebensverhältnisse für viele freie Arbeiter Oberschlesiens. Die gesundheitsgefährliche Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage sollte verboten werden.

Fremdenblatt 19.II.1916

126

Die Kriegshilfsaktion der n. ö. Landesgewerbeförderung für den Handwerker- und Kaufmannsstand.

Bekanntlich hat der niederösterreichische Landesausschuß die Einleitung einer Kriegshilfsaktion für den Handwerker- und Kaufmannstand in Niederösterreich beschlossen.

Hiezu ist folgendes zu bemerken:

Der niederösterreichische Landesausschuß hat schon vor längerer Zeit eine derartige Aktion geplant. Die Bestrebungen im verbündeten Deutschen Reiche — im Morgenblatt vom 13. v. M. haben wir hier über sie genauer berichtet — sind auch in Oesterreich auf fruchtbaren Boden gefallen. Diese Aktionen können aber für die Verhältnisse in Niederösterreich nur teilweise als Muster gelten. Nach amtlichen Zusammenstellungen beträgt die Anzahl der Industrie- und Gewerbebetriebe in Niederösterreich einschließlich Wien insgesamt 77.988, davon in Wien (ausschließlich der weiblichen Betriebsunternehmen) 49.535 und im Kronlande 28.435, im Handel und Verkehre einschließlich der Gast- und Schankwirtschaften (wieder ausgenommen die weiblichen Betriebsunternehmer) in Wien 42.024, im Kronlande 13.705, also insgesamt 55.729. Es gibt also überhaupt in Wien und Niedrösterreich 119.717 männliche gewerbliche Betriebsunternehmer. Wird nun die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Betriebsunternehmen mit nur 10 Prozent des gesamten Gewerbestandes angenommen, so ergibt sich eine Zahl von Darlehenswerbern von 10.000 in Wien und 3000 im Kronlande. Bewegt sich ferner das Ausmaß der einzelnen Darlehen zwischen 100 und höchstens 3000 Kronen und nimmt man die durchschnittliche Höhe der Darlehen mit je 1500 Kronen an, so stellt sich der gesamte Geldbedarf auf 15 Millionen Kronen für die Darlehenswerber in Wien und 4,500.000 Kronen für das Kronland, also rund zwanzig Millionen Kronen.

Aus diesen hohen Ziffern geht hervor, daß für unsere Verhältnisse in Wien und Niederösterreich die früher genannten Anregungen nur teilweise als Muster gelten können. Weiters folgert der niederösterreichische Landesausschuß Hermann Bielohlawek, dessen Ausführungen wir hier auszugsweise wiedergeben, daraus, daß die Darlehenssummen nicht wie im Königreich Sachsen aus öffentlichen Mitteln allein aufgebracht werden könnten und daß vielmehr die Inanspruchnahme eines Bankkredits geboten erscheint. Hier soll nun die öffentliche Unterstützung nach dem Vorschlage des niederösterreichischen Landesausschusses eintreten, indem ein Teil der zu entrichtenden Zinsen aus einem für diesen Zweck neu zu schaffenden Fonds zu bestreiten wäre. Die Inanspruchnahme des Bankkredits bedingt aber eine gewisse Sicherstellung der Darlehenssummen, welche, wie vielfach in Deutschland schon festgestellt ist, durch eine gänzliche oder zumindest teilweise Garantieleistung der Aufenthaltsgemeinden geleistet werden könnte.

Die Verhandlungen mit der Regierung, mit der Gemeinde Wien, der niederösterreichischen Handelskammer und einem Bankinstitute wurden seitens des niederösterreichischen Landesausschusses bereits in die Wege geleitet.

* * *

Zu diesen Ausführungen des Herrn Landesausschusses Bielohlawek möchten wir speziell hinsichtlich seiner Erklärung, daß so große Mittel, wie sie für Niederösterreich nötig wären — schätzungsweise 20 Millionen Kronen — nicht aus öffentlichen Mitteln allein aufgebracht werden könnten, bemerken, daß in dem preußischen Staatsvoranschlag für diese Unterstützungen ein um sehr Vieles größerer Betrag eingestellt worden ist. Den Gemeinden sind schon bisher 220 Millionen Mark als Beihilfen für ihre Kriegswohlfahrtspflege zugesichert und hieraus wird ein Teil auch dieses Bedarfes bedeckt werden. In Deutschland nimmt man offenbar den Standpunkt ein, daß es sich auch da um Herstellung von Kriegsschäden handelt, eine Aufgabe, die vor allem der öffentlichen Verwaltung zufallen müsse. Und logisch ganz richtig wäre es, wenn man auch für dieses Erfordernis Bedeckung im Erfolge der Kriegsgewinnsteuer suchen, also diese Schäden des Krieges aus den Gewinnen des Krieges gutmachen würde.

Vossische Zeitung

19./II. 1916.

128

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung, Sonnabend, 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: **Sydow.**

Das Andenken des verstorbenen Abg. **Neumann**-Großenborau (kons.) ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt bei der Besprechung über

Handel und Geldverkehr.

Die Frage der Notlage der Bäder wird später in einer besonderen Aussprache erörtert werden.

Abg. **Lippmann** (Vpt.) erstattet Bericht über die Verhandlungen der Haushaltskommission. Sie beantragt, die leitenden Stellen bei den Kriegsgesellschaften aus kaufmännischen Kreisen zu besetzen; nach stattgefundener Regelung des Devisenverkehrs die Einfuhrbeschränkung zugunsten der Kriegsgesellschaften möglichst zu beseitigen; die Ausfuhr nach dem neutralen Ausland, soweit es das militärische Interesse erlaubt, zu vergrößern und zu erleichtern und schon während des Krieges die nötigen Vorbereitungen für die Wiederbelebung des deutschen Handels nach dem Kriege zu treffen. — Abg. Lippmann führt aus: Nachdem die Behauptung, Deutschland habe Europa überfallen wollen, sich als lächerliche Lüge herausgestellt hat und nicht mehr aufrechterhalten werden kann, sind unsere Feinde offener geworden. Sie wollen den deutschen Handel vernichten, weil ihnen der deutsche Handel an Tüchtigkeit und Zähigkeit überlegen ist. Nun, auch dieses Kriegsziel wird unseren Feinden nicht gelingen. Unser Handel hat die ihm während des Krieges gestellten Aufgaben glänzend erfüllt. Die Verteilung einer Reihe von Waren ist ihm ja entzogen worden. Man hat die in Betracht kommenden Waren Monopolgesellschaften zur Verfügung gestellt. Die Zentralstelle für Beschaffung des Heeresbedarfs hat 1150 Millionen umgesetzt, die Zentral-Einkaufsgesellschaft im ersten Jahre 600 Millionen. Dazu kommt die Beschränkung der Ausfuhr. Das alles waren natürlich große Erschwernisse für den Handel. Von den Monopolgesellschaften muß verlangt werden, daß sie gemeinnützig verwaltet werden und das Monopol niemals privaten Interessen dienstbar machen. In beiden Hinsichten sind in der Kommission lebhafte Klagen erhoben worden. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die sog. Tochtergesellschaften der Monopolgesellschaften auch lediglich gemeinnützigen Zwecken dienen. Bis zu den Verhandlungen der Kommission darüber ist von der Zentraleinkaufsgesellschaft keine Aufsicht über ihre Tochtergesellschaften in dieser Hinsicht geübt worden. (Hört! Hört!) Wir müssen erwarten, daß das in Zukunft unbedingt geschieht. Die Monopolgesellschaften müssen auch darauf achten, daß die Konsumenten die Waren möglichst billig erhalten. Die Gersteneinkaufsgesellschaft z. B. verdient an jedem Doppelzentner 18 Mark. (Hört! Hört!) Was nützen unter diesen Umständen diese Gesellschaften den Konsumenten? Beschlagnahmte Pferde wurden mit 100 v. H. Aufschlag verkauft. (Hört! Hört!) Der Großhandel klagt schwer über seine Ausschaltung, die

eine ungerechtfertigte Schädigung

für ihn und die Beseitigung einer nützlichen Kontrolle der Monopolgesellschaften bedeutet. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft vertraut die Leitung des ganzen preußischen Ostseehandels Hamburger Kaufleuten an, obwohl jetzt der ganze Seehandel Ostseehandel ist, wird nur höchst selten mal ein Schwede über Hamburg handeln. Es ist zu befürchten, daß der Hamburger Handel die so erworbenen Kenntnisse der Geschäftsgeheimnisse des Ostseehandels auch später nicht vergessen wird. In Stettin beaufsichtigt ein Hamburger Kaufmann den Heringshandel; er hat seine Erfahrungen in Westindien gesammelt. (Heiterkeit.)

Nachdem am 3. Januar die Kaufleute nach erheblichen Ausgaben und Vorberitungen ihre Ausverkäufe begannen, schloß die Militärbehörde plötzlich diese Ausverkäufe; hatte sie diese Absicht, so konnte sie doch den Geschäften die Vorbereitungskosten sparen! Auch bei der Beschlagnahme der Web- und Wirkwaren wurden die kaufmännischen Interessen unberücksichtigt gelassen.

Unser Geldverkehr ist ungestört und wirksam weitergegangen. Die Reichsbank ist die Stelle allgemeinsten Vertrauens; ihr Goldschatz beträgt 2.456 Milliarden gegen 1,5 Milliarden bei Kriegsbeginn (Hört! hört!), und das trotz der Abgabe von Gold ins Ausland. Sachverständige meinen, was der Reichsbank an Goldmünzen zufließen konnte, sei ihr zugeflossen. Die der Reichsbank anvertrauten fremden Gelder sind im Durchschnitt auf 1800 Millionen gegen 1200 Millionen vor dem Kriege gestiegen. Kurz, ein Bild, wie es schwerlich in einem anderen Lande sich zeigt. Die Golddeckung ist von 43,1 auf 38,5 Prozent gesunken, in Frankreich von 72 Prozent auf 33,8 Prozent am 31. Oktober 1915, in Rußland von 98,2 Prozent auf 31 Prozent. (Hört! hört!) Leider ist

unsere Valuta im neutralen Auslande

stark gesunken. Den holländischen Gulden, der im Frieden 1,70 M. kostete, mußten wir Anfang Januar mit 2,53 M. bezahlen, die schwedische Krone statt mit 1,12 M. mit 1,54 M. und den Schweizer Franken statt mit 80 Pf. mit 1,05 M. Das war ein ungeheuerlicher Zustand. Die Monopolisierung und Zentralisierung des Devisenhandels wird den Import auf die unbedingt notwendigen Produkte beschränken und volkswirtschaftlich von großem Segen sein. Glücklicherweise sind die Devisenkurse auch schon gesunken. Aber das alles sind nur kleine Mittel. Die Hauptsache sind Ausfuhrerleichterungen, soweit das militärische Interesse es zuläßt. Es müssen mehr Ausnahmen von den Ausfuhrverboten bewilligt und die Ausfuhrerlaubnisse selbst schneller erteilt werden, sonst wird uns der Handel unserer Feinde, der unter günstigeren Bedingungen arbeitet, immer voraus sein. Das Ausland ist auf einzelne deutsche Produkte direkt angewiesen und im Kriege ist der Gedanke durchaus nicht abwegig, diese Waren im Preise zu erhöhen, um wenigstens einigermaßen einen Ausgleich für die gesunkene Valuta zu finden. Allerdings zu hoch dürfen die Preise auch nicht gesteigert werden, sonst zwingen wir das Ausland geradezu, mit allen Mitteln Ersatz für die deutschen Produkte zu finden. Mit den Einkäufen im Ausland sollte man unsere tüchtigen Kaufleute beauftragen. Mit der Zentraleinkaufsgesellschaft brauchen die Neutralen für die Zeit nach dem Kriege nicht mehr zu rechnen, wohl aber wollen sie dann mit unseren Kaufleuten zusammenarbeiten. Daher werden sie den Kaufleuten viel weiter entgegenkommen als einem Vertreter der ja nur vorübergehend bestehenden Zentraleinkaufsgesellschaft. Man sollte auch nicht vergessen, was vielfach persönliche Beziehungen vermögen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung sagt, in Rumänien hätten die deutschen Kaufleute nichts erreicht. Ja, hat denn die Zentraleinkaufsgesellschaft dort etwas erreicht? Erst als Mackensens serbischer Vorstoß gelungen war, gaben die Rumänen nach, nicht wegen der schönen Augen der Zentraleinkaufsgesellschaft. Auch die Konservativen haben unserem Handel höchstes Lob gezollt. Sie werden nun hoffentlich auch daran mitarbeiten, daß der Handel nach dem Kriege seine alte Stellung wiedergewinnen kann. Er darf vom Weltmarkt nicht abgedrängt werden, sondern muß und wird seine alte Größe wiederbekommen. (Beifall.)

Vossische Zeitung

22./II. 1916.

132

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung, Dienstag, 22. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die Aussprache über

die Lage des Handwerks

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Wagner**-Breslau (frk.): Ich werde nicht alles wiederholen, was die Vorredner schon gesagt haben. (Heiterkeit.) Für die kleinen Mühlen muß nach Möglichkeit gesorgt werden. Den Ausführungen über die Lieferungsverbände und Handwerkergenossenschaften stimmen wir zu. Das Handwerk muß wieder goldenen Boden erhalten. Die Beihilfen, die jetzt dem Handwerk mit Fug und Recht gewährt werden, müssen dem Zugriff der Gläubiger entzogen werden. Selbstverständlich sollen auch kriegsbeschädigte Gesellen und Arbeiter unterstützt werden. (Beifall.)

Abg. **Haase** (Vpt.): Das Handwerk leidet von allen Berufen am meisten unter dem Kriege. Bei Kriegsbeginn war alles niedergeschlagen, niemand wußte, was geschehen sollte, nur einige wenige Betriebe setzten ihre Arbeit fort. Die Behörden ließen es an Aufträgen fehlen, nur einige Großstädte und die Eisenbahnen ließen Arbeiten herstellen. Im Bezirk der Handwerkskammer Niederschlesien waren die Einwirkungen des Krieges besonders fühlbar, gerade auch im Bauhandwerk. Es sollten unbedingt jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden, damit

die Beschäftigung des Bauhandwerks

mit seinen zahlreichen Handwerkern nach dem Kriege gesichert ist, und ich bitte, mit der Projektierung von Neubauten schon jetzt vorzugehen. Wenn, wie uns gestern gesagt wurde, der Arbeitsminister bereits in diesem Sinne tätig ist, so können wir dafür nur dankbar sein. (Zustimmung.) — Den Bemühungen der Innungen, Handwerkskammern usw. gelang es, nach einigen Kriegsmonaten die handwerkliche Arbeit wieder zu beleben. Dadurch wurde es den Innungen auch möglich, den Frauen der eingezogenen Kollegen das Durchhalten zu ermöglichen, indem sie ihnen zu Arbeit verhalfen. Wer hätte allerdings gedacht, daß der Krieg eine solche Ausdehnung annehmen würde! Daß nun bei den Handwerkslieferungen an die Bekleidungsämter verschiedene Ausstellungen vorkommen, ist begreiflich, es ist aber merkwürdig, daß das eine Bekleidungsamt oft etwas ausstellt, woran das andere Bekleidungsamt nichts zu tadeln findet. Auch ist der Grad der Beschäftigung des Handwerks für Heereslieferungen in den einzelnen Landesteilen verschieden. Durchweg wäre eine schnellere Abrechnung dieser Lieferungen zu wünschen, so z. B. mit Gastwirten, die Soldaten im Quartier haben und mitunter so lange auf die Abrechnung warten müssen, daß sie dies schon sehr stark empfinden. Obgleich die Vorschrift besteht, daß beschränkt Garnisondienstfähige entlassen werden können, wenn sie nachweisen, daß sie eine Beschäftigung haben, ist es doch vorgekommen, daß manche Truppenteile derartige Reklamationen nicht bewilligt haben. Es scheint also hier eine ganz verschiedenartige Handhabung stattzufinden. Die Regierung in Frankfurt a. O. hat verschiedene Verfügungen erlassen, die im Interesse des Handwerks bedauerlich sind. Wenn z. B. angeordnet wurde, daß alle Läden abends um 7 Uhr zu schließen sind — was übrigens die Regierung in Potsdam nicht angeordnet hat —, so kann man über eine solche Verfügung verschiedener Meinung sein; manche Geschäftsleute wären vielleicht damit zufrieden, weil sie Beleuchtung sparen, aber das trifft nicht überall zu, und in den Städten Frankfurt und Guben sind wiederholt dagegen Einwendungen erhoben worden. Das Handwerk wünscht, die ihm erteilten Aufträge direkt zu erhalten, ohne daß sich Mittelspersonen dazwischen schieben, die niemals Hobel oder Hammer in der Hand gehabt haben und auch nicht dem legalen Handel angehören. In Hannover hat man mit derartigen Mittelspersonen sogar recht schlechte Erfahrungen gemacht. Im Anfang war die Heranziehung derartiger Vermittler noch sehr häufig, jetzt hat sie nachgelassen und hoffentlich wird sie ganz verschwinden. — Ein großer Uebelstand ist, daß

das Handwerk viel zu wenig organisiert

ist. Es ist ja eine Eigentümlichkeit der Handwerksmeister, daß sie sich nicht entschließen können, sich in Verbänden, Genossenschaften und drgl. zusammenzuschließen. Man muß es dem Handwerk offen ins Gesicht sagen, daß es durch eine gewisse Engherzigkeit und durch Mißtrauen gegen den einzelnen Kollegen verhindert wird, gedeihliche Entschlüsse zu fassen. Da ist der Krieg ein guter Lehrmeister; die Handwerker werden sich zusammenschließen, und zwar in immer größeren Bezirken, und dadurch werden sie auch bei Vergebung größerer Arbeiten die Vermittlung Außenstehender fernhalten. (Sehr richtig!)

Auch in die Reihen der Handwerksmeister reist der Krieg Lücken, so mancher handwerkliche Betrieb verschwindet und darum sollte in den Schulen auf die Schüler eingewirkt werden, damit sie als Lehrlinge ins Handwerk gehen. Wenn solche Meister, die sich ganz besonders zur Ausbildung von Lehrlingen eignen, einen Lehrling mehr nehmen, als sonst vielleicht gut wäre, so ist das kein Schade. Selbstverständlich soll die Kriegsbeschädigtenfürsorge den Arbeitern genau so zuteil werden, wie den selbständigen Handwerkern. Da aber die Kriegsereignisse zweifellos manchen Handwerker um seine Selbständigkeit gebracht haben, so stellen wir zu dem Zentrumsantrag den Zusatzantrag, daß die Anstellung von Kriegsbeschädigten in freien Stellen staatlicher und gemeindlicher Betriebe auch solchen Handwerkern zuteil werde, die ihre Beschäftigung wegen des Krieges haben aufgeben müssen. (Zustimmung.)

Besonders Günstiges über die Fürsorge für die Kriegsverletzten habe ich aus Breslau gehört. Dort werden die Kriegsverletzten aus dem Handwerk nicht nur in den bestehenden Schulen ausgebildet, sondern es ist auch eine eigene Hausverwalterschule eingerichtet worden, in der Kriegsverletzte, die sich durch Ausübung ihres Handwerks nicht mehr werden vollständig ernähren können, in solchen Verrichtungen ausgebildet werden, die für die Verwaltung eines Hauses notwendig sind. Das Umlernen von Kriegsverletzten auf andere Berufe ist jetzt schon in die Wege geleitet, es werden erhebliche Mittel dafür aufgewendet werden müssen. Bei den Krediten, die nach der Zusage der Staatsregierung Angehörigen des Mittelstandes in liberaler Weise zur Verfügung gestellt werden sollen, damit sie ihre Existenz wieder aufbauen können, sollte man möglichst entgegenkommend vorgehen und auch von Sicherheitsleistung absehen, denn es wird sich dabei zumeist um Leute handeln, die keine Barmittel besitzen. (Zustimmung.)

Der Abg. Dr. Roesicke hat letzthin gesagt, wir haben das größte Interesse, mit einer gesunden und leistungsfähigen Landwirtschaft in den Frieden hineinzugehen. Das gleiche gilt doch zweifellos auch vom Handwerk. (Sehr wahr!) Wenn das Handwerk heute auch unter dem Krieg, wie von allen Seiten anerkannt ist, sehr zu leiden hat, so verzagen die Handwerker doch nicht. Sie sind vielmehr ihrer Pflicht bewußt und entschlossen, arbeitsfreudig mitzuarbeiten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege, in der Gewißheit, daß

ein kräftiger Mittelstand das Rückgrat des Staates

ist. Es handelt sich beim Handwerk, wenn man die Angehörigen mitzählt, um nicht weniger als 9 Millionen Menschen. (Hört! hört!) Bei dem Wohlwollen, das den Interessen des Handwerks und des Mittelstandes von allen Seiten entgegengebracht wird, haben wir die Sicherheit eines neuen Aufblühens nach dem Kriege! (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Leinert** (Soz.): Der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege sollte man durch Einführung einer Arbeitslosenversicherung steuern. Sie muß jetzt vorbereitet werden, nach dem Kriege wird es zu spät sein. Natürlich dürfen nur lebensfähige Handwerksbetriebe unterstützt werden. Betriebe, die schon vor dem Kriege nicht existenzfähig waren, an deren Zusammenbruch der Krieg also nicht Schuld ist, dürfen keine Kriegsbeihilfen erhalten. Aber wer durch den Krieg in Not geraten ist, seien es Handwerker, Gesellen oder Arbeiter, muß staatlich unterstützt werden. Das ist einfach eine Forderung der Gerechtigkeit. Die Lehrlingsausbildung muß von Grund auf geändert werden. Bei besserer Bezahlung und kürzerer Arbeitszeit werden sich auch Lehrlinge finden. Vor allem muß die Lehrlingszüchterei verschwinden. Von den Lieferungsverbänden versprechen wir uns für die Friedenszeit nicht allzu viel. Großes Aufheben ist gemacht worden von den 60 Mark Tagelohn für Schlächtergesellen. Ich weiß nicht, ob solche Löhne tatsächlich gezahlt worden sind. Wenn man aber sagt, man sollte diese Gesellen einmal in die Schützengräben schicken und sie durch eingezogene und bescheidenere Gesellen ersetzen, so fragen wir: seit wann ist die Einziehung zum Heer eine Strafe?

Vossische Zeitung

I. 133

22./II. 1916

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung, Montag, 21. Februar. (Fortsetzung.)

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt mit der Besprechung von

Handel und Geldverkehr.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (frk.): Die Anregung auf Erweiterung des bargeldlosen Scheckverkehrs, die Abg. Oeser in seiner gehaltvollen Rede gegeben hat, ist sehr nützlich. Möge der Minister auf die Behörden, die gern etwas zu sehr am Alten hängen, entsprechend einwirken. Die Privaten werden dann schon folgen. Unsere Ausfuhr müssen wir nach Mözlichkeit zu stärken suchen. Dann können wir auch einführen, ohne befürchten zu müssen, daß unsere Valuta sich weiter verschlechtert. Die sog. Kriegsgesellschaften müssen auf die Einfuhr naturgemäß lähmend wirken. Der Erwerbssinn ist nun einmal ein ganz anderer Antrieb, als es die Gemeinnützigkeit einer Zentraleinkaufsgesellschaft sein kann. Die Behörden können schon glauben, daß unnütze Dinge jetzt bei der schlechten Valuta nicht eingeführt werden. Die Erweiterung unserer Ausfuhr nach den Neutralen liegt auch im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Handels. Liefern wir nicht, dann liefern unsere Feinde, und zwar nur gegen langfristige Verträge. (Hört! hört!) Deshalb ist die heutige schleppende Art der Erteilung von Ausfuhrerlaubnissen höchst bedauerlich. England hat jetzt seine Maske fallen lassen und die Vernichtung des deutschen Handels als sein eigentliches Kriegsziel bezeichnet. Daher müssen wir alles tun, um diesen Handelskrieg durchzuführen. (Beifall.) Wenn wir ihn führen mit einem in sich gefestigten Mitteleuropa als einer geschlossenen Phalanx, so wäre das hocherfreulich. Aber dieses Problem kann nicht nach Art Naumannscher Stimmungsbilder (Sehr richtig! rechts.) gelöst werden, sondern nur unter Anwendung größter Vorsicht und mit nüchterner Klarheit. Die Dinge sind äußerst schwierig. Sie müssen von einem wirklichen Staatsmann, einem diplomatischen Künstler gelöst werden, denn viele Köche verderben den Brei. Natürlich muß die Verständigung bei Friedensschluß erfolgen, später wird sie überhaupt nicht mehr gemacht werden können. (Sehr richtig!) Es wird dann auch geprüft werden müssen, ob der Verzicht auf Kriegsentschädigungen nicht vorzuziehen wäre einem Verzicht auf weitgehende Sicherungen für unseren Handel. Auch zur siegreichen Durchführung des Handels- und Wirtschaftskrieges bedarf es des Zusammenwirkens aller Volksschichten. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Lippmann** (Vpt.) führt als Berichterstatter in seinem Schlußwort aus: Bei der Kritik der großen Monopolgesellschaften habe ich erwähnt, daß die Gersteverwertungsgesellschaft die Gerste mit einem Nutzen von 18 M. für den Doppelzentner weiterverkauft. Ich habe mich dabei gestützt auf den Bericht, den Graf Westarp im Reichstag über Ernährungsfragen erstattet hat Nun wird mir mitgeteilt, daß die Gesellschaft keine Erwerbsgesellschaft ist und daß ein sich am Jahresschluß ergebender Ueberschuß nach einem Abzug von 5 v. H. den kontingentierten Betrieben im Verhältnis ihrer Gerstenbezüge überwiesen wurde. Also trifft auf die Gersteverwertungsgesellschaft zu, daß sie ihre Ueberschüsse an die Konsumenten wieder abführt man kann ihr also nicht vorwerfen, daß sie auf Kosten der Konsumenten Gewinne macht. Ihre inländische Gerste soll sie außerdem nicht mit 18 M. pro Doppelzentner, sondern mit 18 M. pro Tonne weiterverkaufen, also ein großer Unterschied. Anderseits aber soll die Zentraleinkaufsgesellschaft die ausländische Gerste allerdings mit einem Nutzen von 18 M. weiterverkaufen und demgegenüber bleibt alles bestehen, was ich gesagt habe. Wenn Frhr. v. Zedlitz gesagt hat, die Kommission habe sich mit den Verhältnissen des Kleinhandels weniger beschäftigt, weil sie ihr Augenmerk auf den Außenhandel gerichtet habe, so ist das nicht ganz richtig. Die Kommission hat sich vielmehr sehr eingehend mit dem Kleinhandel beschäftigt und auch einen Beschluß zugunsten des Kleinhandels gefaßt. Die Gemeindebehörden sollen danach den Kleinhandel in jeder Beziehung unterstützen, es sollen Kleinhandelsverbände gegründet werden, und mit ihnen zusammen sollen die Gemeindebehörden den Nahrungsmittelhandel betreiben. Ueber die Not des Keinhandels besteht ja keine Meinungsverschiedenheit, auch darüber nicht, daß diese Not gelindert werden muß. Wir können daher den Zentrumsantrag auf größere Vertretung der Kleinhändler in den Preisprüfungsstellen unbedenklich annehmen. Die Militärverwaltung hat ihrerseits dem Kleinhandel eine solche Vertretung bereits eingeräumt, und wir sollten diesem Entgegenkommen der Militärverwaltung nacheifern. Die Regelung braucht nicht nach der Schablone zu erfolgen. Die Einwände des Ministers sind von den Antragstellern schon dadurch berücksichtigt worden, daß eine Beteiligung der Kleinhändler nur „in der Regel" erfolgen soll. Wenn die Produzenten und Großhändler in den Preisprüfungsstellen sitzen, so ist das auch für die Kleinhändler unendlich wichtig. Werden sie doch gerade von den Folgen der Preisfestsetzung aufs tiefste getroffen, und in den Augen des Publikums lastet gerade auf ihnen jede Verantwortung für eine Preiserhöhung. Auch die Festsetzung von Höchstpreisen müßte möglichst gleichzeitig für Groß- und Kleinhandel erfolgen, und auch insofern empfehle ich den Antrag des Zentrums zur Annahme.

Wenn man die Auseinandersetzungen über die Frage, wie Groß- und Kleinhandel sich in den Gewinn teilen sollen, dem Großhandel einerseits und dem Kleinhandel andererseits überläßt, so wird die wirtschaftlich stärkere Kraft, also der Großhandel, sich natürlich den größeren Anteil am Gewinn sichern und der Kleinhandel wird das Interesse am Handel überhaupt verlieren, weil er nicht auf seine Kosten kommt. Davon wird wiederum das Publikum betroffen werden, weil es keine Ware bekommt. Der Ministerialdirektor hat gesagt, eine gleichzeitige Preisfestsetzung könne nicht erfolgen. Wenn sich Mißstände ergäben, würde schon die Regierung dazwischenfahren. Weshalb sollen aber schlechte Verhältnisse erst überhaupt eintreten. Großhandel und Kleinhandel sollten sich von vornherein auf angemessene Preise einigen. Gegen die Kommissionsbeschlüsse hat kein Redner Widerspruch erhoben. Das Haus ist also mit seiner Kommission einstimmig der Ansicht, daß bei der Organisation der großen Gesellschaften noch Aenderungen zugunsten des Kaufmannsstandes erforderlich sind, daß Import und die sogen. Kompensationsgeschäfte dem Handel wieder freigegeben werden können und daß der Handel nach dem Frieden in alle seine Rechte wieder einzusetzen ist. Unser Heer und unsere tapfere Marine werden nicht nur unsere Grenzen für Gegenwart und Zukunft sichern, sie werden auch dafür sorgen, daß die Welt dem Tüchtigen frei bleibt, und wir wollen hoffen, daß dann der Tüchtigste der Deutsche sein möge. (Lebh. Beif.)

Der Antrag Dr. Porsch u. Genossen (Zentr.) wird angenommen, ebenso die Resolutionen der Kommission.

Es folgt die Besprechung über

die Lage des Handwerks.

Abg. **Boenisch** (Ztr.) gibt den Bericht der Haushaltskommission. Die Kommission beantragt in einer Entschließung, daß die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker tunlichst der produktiven Tätigkeit erhalten bleiben, daß schon während des Krieges für genügenden Lehrlingsersatz gesorgt, die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk gefördert, daß bei Vergebung öffentlicher Arbeiten das Handwerk mehr berücksichtigt und daß endlich die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit zur Wiedereröffnung der stillgelegten Handwerksbetriebe mit allen Mitteln erstrebt wird.

Ein Antrag Dr. Porsch u. Gen. (Ztr.) will die von der Kommission beantragte Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker ausdehnen auch auf „andere Mitglieder des Gewerbestandes", ein Antrag Braun (Soz.) u. Gen. auch auf Arbeiter.

Handelsminister Sydow: Die Regierung stimmt allen vorliegenden Anträgen zu. Es sind bereits in 7 Provinzen unter Gewährung erheblicher staatlicher Zuschüsse Hilfskassen gegründet worden, aus denen selbständige Handwerker in weitgehendem Maße unterstützt werden. Auch für die kriegsinvaliden Handwerker wird schon jetzt gesorgt, um sie ihrem Beruf wieder zuzuführen. Die Berufsberatung beginnt bereits in den Lazaretten. Die Kriegsinvaliden sollen möglichst in ihrer Heimat und in ihrem Beruf angestellt werden. Handwerker vom Lande werden der Landwirtschaft zugeführt. Gewarnt wird überall vor der Uebernahme reiner Schreiberposten. Immer herrscht das Bestreben vor, angesichts des unleugbaren Mangels an Handwerkern sie schon jetzt während des Krieges in das Handwerk einzuführen. Für die Schwerverletzten sind besondere Kurse für Feinmechanik eingerichtet worden. Es ist also die Erwartung berechtigt, daß die Handels- und Gewerbeverwaltung alles tut, was in ihren Kräften steht. Die Lehrlingsfrage freilich ist schwer zu lösen. Es fehlen die Ausbildungskräfte, und die jungen Leute verdienen jetzt anderswo so viel, daß sie vielfach der Lehre entlaufen. Wir werden der Frage unsere größte Aufmerksamkeit schenken. (Bravo!)

Abg. **Hammer** (kons.): Man sollte die jetzige Zeit, wo sich Lieferungsverbände und Handwerkergenossenschaften als unbedingt notwendig erweisen, dazu benutzen, diese segensreichen Einrichtungen überall ins Leben zu rufen und sie in den Frieden mit hinüberzunehmen. An der Spitze dieser Verbände und Genossenschaften müssen kaufmännisch und technisch geschulte Kräfte stehen. Einzelnen Handwerkszweigen ging und geht es gewiß gut, aber andere Zweige liegen stark darnieder. Ueber jedes Lob erhaben ist die Tätigkeit der Handwerkerfrauen, die an die Stelle ihres eingezogenen Mannes getreten sind, die Werkstatt aufrecht erhalten und Uebermenschliches leisten. (Beifall.) Das wohlhabende Privatpublikum sollte auch während des Krieges an einem bescheidenen Luxus festhalten, damit

Vossische Zeitung

II.

134

22./II. 1916.

Abgeordnetenhaus.

auch diese Handwerkerzweige über Wasser gehalten werden. Die Mißstimmung gegen die Bäcker und Fleischer vor allem bei den Frauen ist unberechtigt. Die Fleischer sind in den Händen der Viehkommissionäre und stehen unter den Höchstpreisen, und die Bäcker backen doch ein wahrhaft schmackhaftes Kriegsbrot. Beide Handwerkszweige haben ungeheure Verluste erlitten. Also keine übereilten Vorwürfe! (Zustimmung.) Man sollte erwägen, ob man die Lehrlingsausbildung nicht nach dem badischen Vorbild durch Staatsbeihilfen an Handwerksmeister fördern sollte. Bei Quedlinburg hat ein Lagerkommandant einem Lieferungsverband die Brotlieferung entzogen und sie einer Brotfabrik übertragen. Wie für die Arbeiter, so sollten wir auch alle ausnahmslos für die Handwerker eintreten. Die Häuteverwertungsgenossenschaft des Regierungsbezirks Oppeln beschwert sich über eine falsche qualitative Klassifizierung ihrer Häute. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Unterstützung auch der kriegsbeschädigten Arbeiter stimmen wir zu.

Die sogenannten Kriegs-Bezugsvereinigungen könnten großen Nutzen stiften. Sie verdienen die Förderung der Regierung. Die kleinen Gewerbetreibenden und Kleinkaufleute sind mit Recht erbittert über den ungerechten Vorwurf des Wuchers, der ihnen von einem Teil der Presse und des Publikums gemacht worden ist. Tatsächlich mußten die Kleinkaufleute hier nur dafür büßen, daß die Fabrikanten und Grossisten die Preise über Gebühr erhöht hatten. Dem Kleinkaufmann bleibt jetzt ein so geringer Verdienst, daß er kaum existieren kann. Der „Wucher mit Gemüsen" ist viel besprochen worden. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß z. B. dem Erzeuger ein Preis von 2,50 M. für Weißkohl vorgeschrieben war, während die Großhändler Preise von 6 M. und 7,50 M. nahmen. Dem Kleinhändler wurde aber nachher der Vorwurf des Wuchers gemacht. In den Berliner Marktberichten wurden viel zu niedrige Preise notiert. Das lag daran, daß dem Berliner Statistischen Amt falsche Preisangaben von der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin gemacht worden waren. Der Gewerbetreibende hat große Verluste, aber der Berliner Straßenhandel kann italienische Apfelsinen feilbieten. Der Krieg hat bewiesen, daß der Kleinhändler ein unentbehrlicher Faktor in unserem Wirtschaftsleben ist. Darum muß auch für ihn gesorgt werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Grunenberg** (Ztr.): Dem sozialdemokratischen Antrag, der auf die Arbeiter die im Kommissionsantrag verlangte Kriegsverletztenfürsorge ausdehnen will, stimmen auch wir zu. Wir begrüßen es, daß die Regierung schon gute Einrichtungen zu dieser Fürsorge geschaffen hat. In erster Linie sollten die Kriegsverletzten in den Berufen untergebracht werden, die sie vorher ausgeübt haben. Bei den Heereslieferungen, die dem Handwerk übertragen worden sind, ist bei der Festsetzung der Preise und Lieferungsbedingungen nicht immer genügend Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse genommen worden. Hoffentlich wird durch die Lieferungsverbände manche Besserung in diesen Fragen erzielt werden. (Beifall.)

Abg. **Fürbringer** (ntlb.): Mit dem Zentrumsantrag, der die Kriegsbeschädigtenfürsorge ergänzen will, sind wir einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag fällt eigentlich aus dem Rahmen der jetzigen Besprechung heraus. Wir verhandeln die Arbeiterfragen nicht besonders, weil die Forderung uns allen schon in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter mindestens wieder dieselbe wirtschaftliche Stellung haben müssen, wie vor dem Kriege. Wir haben aber keine Bedenken, auch diesen Antrag anzunehmen. In den Schulen sollte den Jungen gesagt werden, daß das Handwerk immer noch einen goldenen Boden hat. (Sehr richtig!) Auch durch die obligatorische Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in die Schulen könnte dazu beigetragen werden, dem Handwerk mehr Lehrlinge zuzuführen. Die Lieferungsverbände und Handwerksgenossenschaften sind eine sehr gesunde und notwendige Ergänzung der Innungs-Organisation des Handwerks, die auch nach dem Kriege Segen stiften kann. Es ist damit ein schöner Anfang gemacht, der hoffentlich dazu führt, daß auch später dem Handwerk Lieferungen ohne Submission übertragen werden. Vorschüsse aus öffentlichen Mitteln, wie sie ein Zentrumsantrag für solche Lieferungsverbände verlangt, könnten natürlich nur von den Behörden gezahlt werden, die als Besteller beim Lieferungsverband auftreten. Nur in diesem Sinne wären wir mit dem Antrag einverstanden. Die vollständige Aufhebung der Submissionen wird ja jetzt auch nicht verlangt werden. Die Worte Hindenburgs, das Handwerk muß vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, dieses Wort wollen wir auch zu dem unsern machen. (Beifall.)

Ein Regierungskommissar weist gegenüber einer Bemerkung des Abg. Hammer (kons.) darauf hin, daß die einzelnen Ministerien während des Krieges sich bemüht hätten, durch staatliche Aufträge das Bauhandwerk zu fördern.

Das Haus vertagt die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß nach 5 Uhr.

Reichspost Abendbl.
22./II. 1916

135

*** Zuwachs im Wiener Gewerbe und Handel.** Trotz des Krieges wurden bei dem Wiener Magistrat nicht weniger neue Gewerbeunternehmungen angemeldet als in den Vorjahren, wobei zu bemerken ist, daß noch immer ein großer Prozentsatz der Neuanmeldungen dem Lebensmittelhandel gilt. So haben, wie wir den eben veröffentlichten Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster vom Jänner entnehmen beispielsweise am 13. Jänner d. J. angemeldet: Wadler Feiwel das Kleidermachergewerbe, Fürkicz Feiwel den Pferdehandel, Fleischer Lea den Gemischtwaren- und Flaschenbierverschleiß, Deligdisch Golde Guste den Handel mit Roßhaar und Ochsenhaar, Herling Gulde Feige den Handel mit Galanterie-, Wirk-, Wäsche- und Manufakturwaren. Bienstock Feige die Erzeugung von Spirituosen, Likör, Essig und Senf auf kaltem Wege, Kikes rekte Schwam Abraham das Schuhmachergewerbe. Am 22. Jänner finden wir in der Eintragungsliste die Namen des Teppel Hersch Leib, der den Handel mit Textilwaren aller Art, den Schönberger Wolf, der eine Handelsagentie anmeldete und ferner in den Listen der Tage um den 15. Jänner (wir haben zufällig die Mitte des Monats gewählt. D.R.!) Die Namen Drommelschläger Ephraim Isaak Weintraub Josef Leib, Ableser Ulrich recte Aron, Dywer Saal Leib, Lutwak Jakob Chajem, Verständig Bleilech Salomon, Herling Golde Feige und so fort mit Grazie. Wobei zu bemerken ist, daß es sich hier nur um selbständige Gewerbetreibende handelt und nicht um die gewissen Sublieferanten, Vermittler, Zwischenhändler und Dazwischentreter . . . Aus den bekannten Rücksichten enthalten wir uns selbstverständlich jeder Bemerkung zu dieser Namenliste!

Neues Wiener Tagblatt
23./IV. 1916

Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes.*)

Von Hofrat Albert Frankfurter, Generaldirektor des Oesterreichischen Lloyd.

Der Gedanke, daß es notwendig erscheint, das wirtschaftspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich zu vertiefen und die beiden Staaten in einem Wirtschaftsbündnis zu einen, scheint einer weiteren Begründung kaum zu bedürfen; ebensowenig wie der andre Gedanke, daß dieses Bündnis durch den Anschluß unsrer derzeitigen militärischen Bundesgenossen, die Türkei und Bulgarien, eine Ergänzung finden sollte. Nur über die Wege, welche zu dem fast allseits angestrebten Ziel führen sollen, ist eine Verständigung noch nicht erfolgt, was bei der Schwierigkeit des ganzen Komplexes von Fragen, die mit der Aufgabe verknüpft sind, gewiß nicht wundernehmen kann.

Meiner Ansicht nach ist die Vergrößerung der Wirtschaftsgebiete unter allen Umständen als ein Vorteil zu betrachten. Mit den Wirtschafsgebieten geht es wie mit gewissen wirtschaftlichen Berufszweigen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Handwerk dort, wo es für Massenkonsum arbeiten will, der Industrie mit ihrem arbeitsteiligen Verfahren, mit ihren Maschinen, ihren Einkaufs- und Verkaufsorganisationen im Wettbewerb nicht standhalten kann, und wie es dem Handwerk gegenüber der Industrie, so geht es der Kleinindustrie gegenüber der Großindustrie. Der Zug der Zeit geht eben nach Expansionen, und dieser Tendenz können sich auch die großen Wirtschaftskörper, welche die Staaten repräsentieren, nicht entziehen. Man kann vielleicht eine solche Auffassung als eine freihändlerische beschuldigen, man wird aber mit nichten leugnen können, daß ein großes Konsumgebiet der industriellen Produktion Anregung gibt und daß sich bei Handelsverträgen mit dritten Staaten das Schwergewicht einer vergrößerten handelspolitischen Individualität fühlbar machen muß.

Ich habe aus der öffentlichen Erörterung der Frage den Eindruck gewonnen, daß der Annäherungsgedanke hauptsächlich durch die Besorgnisse hervorgerufen wurde und propagiert wird, daß sich auch nach dem Kriege die wirtschaftliche Abschließung der gegenwärtig im Kriege befindlichen Mächte fortsetzen werde und daß man daher dem Block der Gegner einen Block der Zentralmächte inklusive der Verbündeten im nahen Osten entgegenstellen müsse. Ich meinerseits glaube an eine längere, dauernde Abschließung dieser Art keineswegs und gehe von der Ueberzeugung aus, daß der Handel sich praktisch in Bälde als das bewähren wird, als was er bisher theoretisch galt: als einen Kulturträger und Friedensstifter ersten Ranges. Deshalb betrachte ich die Frage der Annäherung auch nicht von diesem eher negativen Standpunkt aus und erachte, daß, auch wenn die Abschließungsbefürchtungen sich nicht realisieren sollten, die Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes ein großer Gewinn sein wird.

Die Form desselben wird gefunden werden und sicher so, daß keiner dem andern Nachteil zufügt, sondern jeder sich von dem Bestreben erfüllt erweisen wird, den andern Vertragsteil zu begünstigen. Speziell jener Teil der österreichischen Industrie, welcher die durch eventuelle Zollherabsetzungen begünstigte Konkurrenz der deutschen Industrie befürchtet, sollte sich vor Augen halten, daß das Deutsche Reich, dem es für alle Zeit politisch und wirtschaftlich angewiesen bleibt, nicht schwächen, sondern im Gegenteil in jeder Weise stärken muß.

Auch vom Standpunkte der österreichisch-ungarischen Schiffahrt scheint mir die Vereinheitlichung der Handelspolitik der beiden großen Reiche ein besonderer Vorteil zu sein. Die Erstellung möglichst gleicher Frachtraten, womit auch auf diesem Gebiete die Konkurrenz gemildert würde, wäre sicher ein Faktor von großer Bedeutung. Die hiebei auf mancher Seite auftauchenden Besorgnisse vor Kartelltarifen müssen gegenstandslos werden gegenüber der Erwägung, daß für Industrie und Handel die Stabilität der Tarife und geordneter Verhältnisse, bezüglich Itineräre usw., von entschieden größerer Bedeutung sind, als etwa eine fallweise geringere Höhe der Tarife.

Die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte", welche sich zur Aufgabe stellt, ein Forum für die sachliche und unparteiische Diskussion des Annäherungsgedankens zu schaffen, ist wärmstens zu begrüßen und wird sicherlich ein gewichtiges Instrument für die Lösung aller hiebei in Betracht kommenden Fragen bilden.

---

* Der Wiener Verlag der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte" (Herausgeber Geheimer Rat Dr. Wilhelm Exner, Schriftleiter Professor Doktor Rudolf Kobatsch), dem wir diesen Artikel entnehmen, befindet sich 1. Bezirk, Rotenturmstraße Nr. 19.

Vossische Zeitung
24./II. 1916.

Handel- und Gewerbeverwaltung.

Die verstärkte Staatshaushalts-Kommission des Abgeordnetenhauses erledigte gestern abend den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Berichterstatter Abg. Oeser (Vp.) referierte über die

Kriegshilfskassen

im Zusammenhang mit den Beratungsstellen. Die Kriegshilfskassen sollen in den einzelnen Provinzen errichtet werden, um den aus dem Kriege heimkehrenden Angehörigen des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, Kleinkaufleuten, kleinen Landwirten und Angehörigen der freien Berufe durch Darlehen die Wiedererrichtung einer wirtschaftlichen Existenz zu ermöglichen. Die Kassen sollen aus öffentlichen Mitteln von den Provinzen dotiert werden und der Staat verpflichtet sich, seinerseits dazu die gleichen Beträge zuzuschießen. Von den staatlichen Mitteln sind 15 Prozent nicht rückzahlbar, die übrigen Gelder sollen in zehn Jahren nach Friedensschluß in Raten zurückgezahlt werden. Die Darlehen sind zu mäßigen Zinsen zu geben und zwar dürfen die Provinzen die Gelder nicht zu lästigeren Bedingungen ausleihen, als sie selbst die Beträge vom Staate empfangen. Als Zinssatz wird ein Prozent unter Reichsbankdiskont vorgesehen. Die Darlehen dürfen 3000 Mark nicht übersteigen. In Verbindung mit den Kriegshilfskassen sind Beratungsstellen zu errichten, in denen alle Kriegsteilnehmer Rat und Hilfe in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten finden sollen. Die Beratungsstellen können auch mit Schuldnern und Gläubigern verhandeln und werden der Regel nach auch die Vorprüfung etwaiger Darlehnsgesuche übernehmen können. In der Kommission wurde die Errichtung der Kriegshilfskassen als ein bedeutungsvolles Werk wirksamer Hilfe für den Mittelstand begrüßt und es wurde insbesondere betont, daß diese Kassen alsbald zu errichten sind und daß bei ihrer Errichtung den Provinzen in der Ausgestaltung möglichst freie Hand gelassen werde. Die örtlichen Verhältnisse sollen dabei möglichste Berücksichtigung finden. Die Kassen werden untergegliedert für die einzelnen Kreise und Städte.

Der Minister erklärte sich damit einverstanden, daß die Selbstständigkeit der Selbstverwaltungsinstanzen nach Möglichkeit gewahrt werde. Ein Kommissar des Finanzministeriums erklärte, daß die staatlichen Gelder pari passu mit den Aufwendungen der Provinzen gegeben würden und daß sie sich in der gleichen Höhe halten werden, wie die von den Provinzen beigestellten Beträge. Für besonders leistungsschwache Provinzen sei in Aussicht genommen, die Beteiligung des Staates auf zwei Drittel zu erhöhen. Die in der Kommission weiter vertretenen Wünsche, die Hilfskassen auch auszudehnen auf die Angestellten und auf solche Existenzen, die nicht durch Einberufung, sondern durch mittelbare Kriegsfolgen geschädigt seien, wurden zwar als berechtigt anerkannt, es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß diese Hilfsaktion nicht mit den Kriegshilfskassen vereinigt werden könne, es bestünde sonst die Gefahr, daß dann die Mittel bis zum Friedensschluß erschöpft seien und dadurch die Kriegsteilnehmer geschädigt werden könnten. Der Minister gab zu, daß auch diese Fürsorge eine Aufgabe der Regierung sei, aber es müßten für ihre Lösung andere Wege gefunden werden. — Sodann brachte der Berichterstatter die Bewegung zur Sprache, die eine

deutsche Modenindustrie

ins Leben rufen will. Er wies auf die wirtschaftliche Bedeutung hin und vertrat die Meinung, daß wir jetzt in diese Bestrebungen mit Aussicht auf Erfolg eintreten; das deutsche Kunstgewerbe habe sich seit 20 Jahren außerordentlich gehoben und die Leistungen unserer Textilindustrie und der bestehenden Konfektionsbetriebe seien derartige, daß bei geeigneter Förderung hier ein Erfolg, wenn auch allmählich, sicher zu erwarten sei. Er empfahl dem Minister, diese Bewegung zu fördern und verwies insbesondere auf die schon zu einer gewissen Grundlage gediehenen Bestrebungen in Frankfurt a. M. Der Minister versprach die gewünschte Förderung und behielt sich vor, nach einer Prüfung der Frankfurter Schulpläne hierzu eine wohlwollende Stellung zu nehmen.

Es gelangte sodann ein Erlaß des Handelsministers zur Sprache, der die

Ausbildung der Handelslehrerinnen in zwei Privatinstituten

betrifft. Diese Erlasse haben in den Kreisen der Diplom-Handelslehrer und -lehrerinnen insofern Beunruhigung hervorgerufen, als danach ein dreisemestriges Studium an den Privatanstalten gleichgesetzt werde mit einem fünfsemestrigen Studium an den Handelshochschulen. Der Minister berief sich darauf, daß eine Reihe von Handelskammern seinen Standpunkt teile und daß die von ihm angeordnete Vorbildung in der Praxis sich bewährt habe. Im übrigen erklärte er, daß besondere Vorschriften über die Heranbildung der Handelslehrer demnächst ergehen werden.

Außerdem wurde noch die Frage der

hohen Löhne jugendlicher Arbeiter

erörtert, wobei lebhaft darüber geklagt wurde, daß die jugendlichen Arbeiter diese Löhne für sich verbrauchten und nicht ihren Eltern zugute kommen ließen. Es wurde eine einheitliche Regelung für die ganze Monarchie verlangt, da die Möglichkeit der ortsstatutarischen Regelung in der Praxis zu Unzuträglichkeiten führe. Der Minister gab zu, daß diese Frage ernste Erwägung verdiene, es sei aber darin das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung wurde bewilligt, am Freitag berät die Kommission kleinere Etats und den Bauetat.

Neue Freie Presse
27. III. 1916

Die ungarische Industrie über die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege.

Budapest, 25. Februar.

Der Ausschuß des Bundes ungarischer Fabriksindustrieller beschäftigte sich in seiner gestern abgehaltenen Sitzung mit der Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege. Der Ausschuß nahm folgenden Antrag an: Da sich die Vorräte an ausländischen Rohstoffen im Laufe des Krieges vermindert haben, ist vorauszusehen, daß sich nach Beendigung des Krieges eine starke Nachfrage zeigen wird. Da sie in Verbindung mit der voraussichtlichen Teuerung der Schiffsfrachten den Preis der in Betracht kommenden Rohstoffe stark hinaufschrauben wird, hält es der Ausschuß für notwendig, daß die Rohstoffbeschaffung für die notwendigste Uebergangszeit nach dem Kriege von den Interessenten im voraus organisiert und nach einem gewissen, unter Berücksichtigung der auf dem Spiele stehenden volkswirtschaftlichen Interessen festgesetzten einheitlichen Plan abgewickelt werde, und zwar, wo dies unvermeidlich ist, wie beispielsweise bei den mit der Frage der ausländischen Zahlungsmittel und des Schiffsraumes zusammenhängenden Verfügungen, mit Unterstützung der Regierung. Gleichzeitig spricht der Ausschuß aus, daß der Bund ungarischer Fabriksindustrieller in dieser Frage ein gleichmäßiges Vorgehen mit den österreichischen und deutschen Industriellenorganisationen anstrebe.

Neues Wiener Tagblatt 27. II. 1916

140

(Mitwirkung von Vertretern des Industrierates, Gewerberates und Arbeitsbeirates bei der Vorberatung wirtschaftlicher Gesetzesmaßnahmen.) Das Handelsministerium ist, wie wir erfahren, im Begriff, aus dem Industrierat, dem Gewerberat und dem Arbeitsbeirat zwei Ausschüsse zu konstituieren, welche berufen sein werden, sich mit den aktuellen wirtschaftlichen Fragen zu befassen, und auf diese Weise Gelegenheit erhalten werden, als Vertreter der Produktion an den Vorarbeiten für Gesetzesmaßnahmen und dergleichen mitzuwirken. Dem einen Komitee sollen speziell die auf die handelspolitischen Fragen, den Ausgleich, das wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland sowie den Balkanländern bezüglichen Maßnahmen zugewiesen werden, während das zweite die Organisation des Rohstoffbezuges nach dem Krieg und damit zusammenhängend die Valutafrage beraten wird. Da die Handelspolitische Zentralstelle, die als Repräsentant der Handelskammern und des Zentralverbandes der Industriellen fungiert, durch ihre Vorarbeiten auf allen einschlägigen Gebieten bereits wertvolles Material gesammelt und verarbeitet hat, werden die Sekretäre der Handelskammern, die das Exekutivkomitee der Handelspolitischen Zentralstelle bilden, als Sachverständige den beiden neuen Komitees beigezogen werden. Wie aus früheren Mitteilungen bekannt, haben die drei zentralen industriellen Verbände, der Industrielle Klub, der Zentralverband österreichischer Industrieller und der Bund österreichischer Industrieller, wiederholt Kundgebungen beschlossen, dahinzielend, daß auch den Vertretern der Industrie Gelegenheit gegeben werde, sich mit den beabsichtigten wirtschaftlichen Maßnahmen der Gesetzgebung während des Krieges und mit den Vorarbeiten für die Zeit nach dem Krieg zu befassen und sich hierüber gutächtlich zu äußern. Durch die in naher Zeit bevorstehende Konstituierung der beiden Komitees des Industrierates, des Gewerberates und des Arbeitsbeirates wird nunmehr diesen Wünschen der industriellen Korporationen Rechnung getragen.

Pester Lloyd 1./III. 1916

I.

142

Die Plenarsitzung der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Leo Lánczy eine Plenarsitzung. Dieselbe wurde mit einer längeren Rede des Präsidenten eingeleitet, die sich mit den jüngsten wichtigen Ereignissen auf wirtschaftlichem Gebiete befaßte. Die Rede des Präsidenten lautet wie folgt:

Die Eröffnungsrede des Präsidenten:

Seit der Tagung der letzten Plenarsitzung hat sich eine Reihe außerordentlich freudiger Ereignisse abgespielt, namentlich auf den Balkankriegsschauplätzen, wo sich unsere tapferen Armeen wieder unvergänglichen Ruhm erworben haben. (Lebhafte Eljenrufe). Unsere Helden haben wichtige Taten vollbracht, deren weitausreichende Wirkung tiefe Spuren im Leben dieser Monarchie hinterlassen wird. Insbesondere wichtig ist die Eroberung von Montenegro, aber vielleicht noch viel wichtiger sind unsere in Albanien erreichten Erfolge, denn diese bilden ein Unterpfand dafür, daß die Adria auch für die Zukunft das Meer der Monarchie bleiben und gegenüber den heimtückischen Angriffen der übrigen benachbarten Staaten für unseren Handelsverkehr einen ungestörten Verkehrsweg bilden wird.

Im Inlande bleibt die Frage der Teuerung auch weiterhin das dominierende Problem. Die Diagnose desselben wurde mit großer Gründlichkeit, aber auch mit vielen irrigen Anschauungen durchsetzt, festgestellt. So viel ist jedoch gewiß, daß man allgemein darauf gekommen ist, daß die Symptome und Konsequenzen der Teuerung nicht den Fehlern einzelner Individuen zuzuschreiben und nicht auf diese zurückzuführen sind, sondern auf die Gesamtheit jener unglücklichen Umstände, welche jedem Krieg anhaften. Es geht nicht an, die Fehler einzelnen zuschreiben zu wollen, was die Verhältnisse unausweichlich mit sich bringen. Wir können unsere Beruhigung darin finden, daß die Regierung und die Lokalbehörden mit dem größten Ernst, der größten Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, wenn auch etwas verspätet, daran sind und sich darum bemühen, durch Milderung der Symptome, durch gesteigerte Kraft- und Machtmittel diesen Uebeln zu steuern. Es kann auch festgestellt werden, daß in manchen Beziehungen tatsächlich bereits Erfolge erzielt wurden. In einzelnen Fällen und bei einzelnen primären Lebensmitteln ist es tatsächlich gelungen, die Preise einigermaßen herabzudrücken, der Preissteigerung einen Damm zu setzen und namentlich durch eine entsprechende Verteilung der Waren, den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechend, für jedermann jenes Existenzminimum zu sichern, worauf jedermann mit Recht Anspruch erheben darf.

Während des Krieges zeigt sich übrigens auch ein anderes sehr wichtiges Moment, welches insbesondere uns Kaufleute einschneidend und sehr naheliegend berührt. Ich verstehe hierunter die sozusagen vollständige Ausschaltung des Handels von den wichtigsten Gebieten. Das hat natürlich nicht nur der unglückliche Umstand mit sich gebracht, daß gerade die Ernte der beiden letzten Jahre derart mißlungen und lückenhaft war, sondern es ist das auch auf den Umstand zurückzuführen, daß unsere Produktion sich überhaupt nicht als ausreichend erwies, um diesen großen Krieg durchkämpfen zu können. Die außerordentlichen Verhältnisse zwingen den Staat geradezu dazu, sozusagen das ganze kommerzielle Leben unter seine eigene Kontrolle zu stellen. So sehen wir auch, daß die in den wichtigsten Artikeln errichteten sogenannten „Zentralen" die Aktionsfreiheit des Handels vollständig lahmgelegt, die natürlichen Erwerbsquellen des Handels auf ein Minimum reduziert haben. Wir akzeptieren wohl diesen Zustand als eine unausweichliche Folge des Krieges, wir müssen aber unbedingt der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß mit Eintritt des Friedens ehestens jene Schranken niedergerissen werden, in welche man den Handel gezwängt hat, und daß jene Atmosphäre wiederkehren möge, in der allein Handel und Industrie sich zu entwickeln und emporzublühen, die persönliche Initiative aber sich Geltung zu verschaffen vermag.

In den jüngsten Wochen ist auch eine sehr wichtige staatliche Aktion begonnen worden, ich meine den Beginn der Ausgleichsverhandlungen. Das ist ein Thema, mit welchem uns zu beschäftigen wir noch eingehend Gelegenheit finden werden. Ich will jetzt nur darauf hinweisen, daß wir sehr auf der Hut sein müssen, damit unsere wichtigen wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben und möglichst jene Fehler repariert werden, welche sich in unser Verhältnis mit Oesterreich anläßlich jenes Ausgleiches eingeschlichen, den wir im Jahre 1907 abgeschlossen haben und den wir als den schlechtesten Ausgleich bezeichnen müssen, seitdem unser Verhältnis mit Oesterreich überhaupt besteht. Ich hoffe, daß unsere Regierung im vollen Bewußtsein dessen ist, welche Wichtigkeit es insbesondere für die Zukunft besitzt, daß wir, die wir Oesterreich gegenüber stets die Schwächeren, sie aber die Stärkeren sind, demselben Oesterreich gegenüber unsere Entwicklungsfähigkeit bewahren und daß jene Schranken und jene Zurücksetzungen, die wir von Oesterreich zu erleiden haben, eliminiert werden.

Wir wissen wohl, daß den Hintergrund des Ausgleiches unsere Vereinbarung mit Deutschland und die Form dieser Vereinbarung bildet. Wir alle sind davon durchdrungen, daß wir hinsichtlich der Zukunft mit unserem, in den großen Kämpfen erprobten Verbündeten zu solchen Vereinbarungen gelangen müssen, daß jenes intime Verhältnis, welches auf politischem und militärischem Gebiete besteht und in diesem Kriege so erstarkt ist, auch auf wirtschaftlichem Gebiete Wurzel fasse und sich entwickle. Ich will damit keineswegs sagen, daß wir einen extremen Standpunkt einnehmen sollen. Auch will ich nicht von jenen verschiedenen, von mir für utopistisch gehaltenen Plänen sprechen, wie sie die Zollunion, die Vorzugszölle oder insbesondere die Errichtung von Zwischenzöllen darstellen. Wir sind jedoch der Ueberzeugung, daß wir mit Deutschland in ein so intimes wirtschaftliches Verhältnis gelangen müssen, daß wir nicht nur in der Frage der Zolltarife, die übrigens nur ein Element unserer wirtschaftlichen Einrichtungen bilden, sondern auch auf vielen sonstigen wirtschaftlichen Gebieten ein intimes und inniges Verhältnis schaffen müssen, das für beide Reiche in gleicher Weise nützlich und erfolgreich sein kann. Von der Art und Weise der Feststellung dieses Verhältnisses hängt es meiner Auffassung nach ab, auf welcher Grundlage wir imstande sein werden, Oesterreich gegenüber unser wirtschaftliches Verhältnis zu perfektionieren. Davon wird es abhängen, wie und für welchen Zeitraum jener viel betonte sogenannte langfristige Ausgleich mit Oesterreich abgeschlossen werden soll. Wir sind von der Ueberzeugung

Pester Lloyd 1/III. 1916 I
144

Denkschrift der Budapester Handelskammer über den volkswirtschaftlichen Ausgleich mit Oesterreich.

Budapest, 29. Februar.

In der heutigen Vollversammlung der Budapester Handels- und Gewerbekammer ist eine umfangreiche Denkschrift der Kammerleitung über die Erneuerung des Handels- und Zollvertrages zwischen Ungarn und Oesterreich zur Verteilung gelangt. Die Denkschrift umfaßt das gesamte Ausgleichsmaterial in drei Hauptabschnitten. Der erste Abschnitt befaßt sich mit der Frage des Zollgebietes, der zweite erörtert die im Ausgleiche zu regelnden Angelegenheiten, der dritte die Fragen der gemeinsamen Kriegswirtschaft.

Die Denkschrift, die in der nächsten Vollversammlung der Kammer verhandelt werden wird, gipfelt in dem folgenden

Beschlußantrag:

1. Die Budapester Handels- und Gewerbekammer gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine in rascherem Rhythmus sich vollziehende Entwicklung der vaterländischen Industrie in erster Reihe vom selbständigen Zollgebiet zu erwarten wäre, dessen zollpolitische Struktur sie nicht allein aus dem Gesichtspunkte der ungarischen, sondern auch aus demjenigen der österreichischen Wirtschaftsinteressen für entsprechender hält als die Einführung eines Zwischenzollsystems bei Aufrechthaltung der Gemeinsamkeit des Zollgebietes. Für dergleichen gibt es nicht bloß kein Präzedens in der Vergangenheit der Zollpolitik, sondern es könnte auch die zu einem solchen Versuche erforderliche österreichische Zustimmung durchaus nicht erhofft werden. Die Verwirklichung könnte auch im Falle gewisser Lösungsmodalitäten bloß den bereits bestehenden ungarischen Industrien von Nutzen sein, eine Fortentwicklung der Industrie könnte sie jedoch nur um den Preis der Heraufbeschwörung jener Gefahr — und zwar gleichfalls nur im Falle der Einwilligung Oesterreichs — zur Folge haben, daß vorteilhafte Handelsverträge mit dem Ausland nicht erzielbar wären. Die Verwirklichung einer solchen Zwischenlösung würde der ungarischen Landwirtschaft ebenso sehr schaden und die gleichen staatsrechtlichen Schwierigkeiten hervorrufen wie der Uebergang auf das selbständige Zollgebiet, ohne jedoch mit all den Vorteilen einherzugehen, die nach entsprechender Vorbereitung und bei entsprechender Industriefreundlichkeit der Gesetzgebung und der Regierung von dem selbständigen Zollgebiet zu erhoffen wären.

2. Die Kammer ist sich auch der Tatsache bewußt, daß es aus dem Gesichtspunkte der landwirtschaftlichen Interessen keine günstigere Zollkonstruktion gibt, als die Gemeinsamkeit des Zollgebietes und die Zollfreiheit des sich nach Oesterreich richtenden freien Verkehrs; und sie verschließt sich auch nicht der Erkenntnis, daß die industrielle Produktion auch auf dem gemeinsamen Zollgebiet sich in unerwartetem Maße entwickelt hat, obzwar für ihre Förderung nicht all das, was in unserer Macht stand, aufgeboten worden ist, gleichwie auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion nicht die Stagnation hätte eintreten müssen, die eine der hauptsächlichsten Ursachen der Passivität unserer Zahlungs- und Handelsbilanz, unserer Enttäuschungen über die Vorteile der bestehenden Handelsverträge, unserer Auswanderung, unserer Teuerung, unserer Verschuldung und anderer größerer Gebrechen unseres Wirtschaftslebens ist.

3. Die Kammer ist der Ansicht, daß die Sanierung unserer im Kriegsverlauf erschütterten Valuta eine mit Oesterreich gemeinsame Aufgabe bildet, die lediglich im Falle der Verlängerung des Privilegs der Oesterreichisch-Ungarischen Bank gelöst werden kann. Andererseits ist sie der Ansicht, daß im Falle der Verlängerung der Bankgemeinschaft auch die Gemeinsamkeit des Zollgebietes nicht aufgelöst werden kann. Wichtige staatspolitische Gründe — mit dem Problem Bosniens und der Herzegovina, sowie mit allfälligen neuen Gebietserwerbungen zusammenhängende und anderweitige staatsrechtliche Fragen — werden es auch nach dem Kriege wünschenswert machen, daß zwischen den beiden Staaten der Monarchie keinerlei Band, also auch das wirtschaftliche nicht gelockert werde. Nach Ansicht der Kammer wäre im Verlaufe einer längeren Reihe von Jahren nach dem Kriege ohnedies nicht zu hoffen, daß von der heimischen und ausländischen Kapitalbildung entsprechende Beträge für solche ungarische Industriegründungen erlangt werden könnten, deren Zustandekommen sich vom selbständigen Zollgebiete erhoffen ließe. Alldies berücksichtigend, hält die Kammer die Auflösung des gemeinsamen Zollgebietes in den Jahren nach dem Kriege weder für wünschenswert noch für zeitgemäß.

4. Die Kammer ist daher der Ansicht, daß der mit Ende 1917 ablaufende ungarisch-österreichische wirtschaftliche Ausgleich ehestens erneuert und bei dieser Gelegenheit alle jene wirtschaftlichen Forderungen verwirklicht werden sollen, die zu einer billigen und gerechten Lösung des Ausgleichsproblems gehören, namentlich:

a) soll der wirtschaftliche Ausgleich in vertraglicher Form erneuert werden;

b) die Ablaufsfrist des Vertrages soll mit der Ablaufsfrist der mit den auswärtigen Staaten gemeinsam abzuschließenden Handelsverträge zusammenfallen;

c) auf dem Gebiete der Verkehrspolitik sollen Vereinbarungen getroffen werden, die die wechselseitige volkswirtschaftliche Benachteiligung auf dem Gebiete der Eisenbahn- und Schiffahrttarife abschaffen, wobei auf die Erwirkung des Annaberger Anschlusses besonders Gewicht gelegt wird;

d) auf dem Gebiete der Konsumsteuern und Monopole soll schon im Interesse der auch aus staatswirtschaftlichen Gesichtspunkten erwünschten Möglichkeit unserer Verselbständigung die freie Hand angestrebt werden. Da jedoch die Politik der freien Hand den Schmuggelhandel ermöglichen würde, so wäre hinsichtlich der dem Monopolgefälle oder den Konsumsteuern unterliegenden Waren das während des Krieges in vielerlei Hinsicht bewährte System der Transportzertifikate beizubehalten und derart zu regeln, daß dadurch der heimische Konsum in diesen Artikeln für die heimische Industrie gesichert wird. Dies wäre aber auch auf die aus Alkohol und aus Zucker erzeugten Industrieartikel zu erstrecken;

e) auf dem Gebiete des Wandergewerbes ist unser Recht auf selbständige Verfügung geltend zu machen;

f) der Mahlverkehr soll in der Form von Einfuhrscheinen unbedingt reaktiviert werden;

g) in der Frage der Tiroler Getreidezölle, der dalmatinischen Mahlsteuer und des die Zollinie berührenden Binnenverkehrs ist den ungarischen Forderungen Geltung zu verschaffen;

h) den wichtigeren Konsulatsämtern sollen besondere österreichische und besondere ungarische Konsuln zugeteilt werden;

i) die gemeinsame Außenverkehrsstatistik soll dem Dualismus entsprechend redigiert werden;

j) die ungarischen und die österreichischen Lebensmittel- und Weingesetze und diejenigen über den unlauteren Wettbewerb sollen homogen gestaltet werden;

k) die Einrichtung der Depeschenbriefe soll auch auf den Verkehr mit Oesterreich erstreckt werden;

l) die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegovina soll endgültig geregelt werden;

m) der Zollkonferenz sollen auch praktische Fachleute beigezogen werden;

n) die Quote soll auf Grund eines mit gerechter Sachlichkeit berechneten Schlüssels festgestellt werden;

o) es soll ein Uebereinkommen betreffend die Unfallversicherung mit Oesterreich geschlossen werden;

p) eine Kartellgemeinschaft soll geschaffen werden, damit nicht in Oesterreich auf das ganze Verbrauchsgebiet der Doppelmonarchie sich erstreckende Kartelle, von denen die ungarischen Unternehmungen ausgeschlossen sind, entstehen können.

Pester Lloyd 1./III. 1916

II

Denkschrift der Budapester Handels-Kammer über den volkswirtschaftlichen Ausgleichsweg.

145

Schließlich gibt die Kammer der Auffassung Ausdruck, daß in dem neuen Ausgleiche die volkswirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges tunlichst gezogen und daher auch die durch den Krieg aufgeworfenen neuen Ausgleichsprobleme gelöst werden sollen. Diese Probleme sind die folgenden:

a) im Falle einer eventuellen Wiederholung des Krieges sollten die jetzt zur Waffengenossenschaft verbündeten Staaten sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft vereinigen;

b) zum Zwecke der Vorbereitung der hiemit zusammenhängenden Fragen der Kriegswirtschaft sollten im Einvernehmen mit Oesterreich und Deutschland und mit gleichem Wirkungskreis kriegswirtschaftliche Generalstäbe organisiert werden;

c) in Friedenszeiten soll Ungarn mit Oesterreich bloß in einer Gemeinsamkeit des Zollgebietes, nicht auch in einer solchen des Wirtschaftsgebietes leben;

d) die Doppelmonarchie geht mit dem Deutschen Reiche einen tunlichst gegenseitig günstigen Handelsvertrag ein und im Rahmen des letzteren werden die Vertragsstaaten die zulässigen Zollnachlässe sozusagen den wechselseitigen Interessen auf den Leib zuschneiden; auch soll auf dem Gebiete der Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts und der Verkehrspolitik die wirtschaftliche Annäherung gefördert werden, ohne die ausländischen Staaten von dem Genusse der Meistbegünstigung auszuschließen;

f) mit Oesterreich sollen Abkommen getroffen werden über Aufteilung der aus der Ansammlung von Kriegsvorräten, aus der Förderung der nichtrentablen, aber im Falle der Wiederholung unserer kriegswirtschaftlichen Isolierung notwendigen Produktionszweige entstehenden Ausgaben, der Ausgaben für die Ersetzung von Kriegsschäden, für die Invalidenversorgung, für die Wiederherstellung der Valuta usw.;

g) von den gemeinsamen Einrichtungen soll einiges auch an Ungarn kommen; der Rechtsgrundsatz über die quotenmäßige Aufteilung der gemeinsamen öffentlichen Lieferungen soll in den Ausgleichsvertrag aufgenommen werden usw.

Schließlich erhebt die Kammer in der energischesten Weise Einspruch gegen den von österreichischer Seite aufgeworfenen Gedanken, daß die Zollgemeinschaft als ein aus der Pragmatischen Sanktion sich ergebendes, auf der Gemeinsamkeit beruhendes ewiges Band betrachtet werde; dagegen würde die Kammer im äußersten Falle den Versuch einer über die zehnjährige Vertragsfrist hinausgehenden Verlängerung der Ausgleichsdauer nicht opponieren, wofern die Erfüllung unserer sämtlichen Ausgleichsforderungen auf anderem Wege nicht zu erhoffen wäre.

Budapest, am 20. Februar 1916.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Dr. Rudolf Krejcsi, Sekretär. — Leo Lánczy, Präsident.

Josef Vágó, Hilfssekretär, Referent.

Arbeiterzeitung
3. III. 1916

Zur Vorbereitung der Handelsverträge.

Es verlautet, daß das Handelsministerium in Ermanglung der zuständigen Körperschaft zur Vorberatung der künftigen Handelspolitik eine Kommission berufen wolle, die aus Vertretern des Industrierates, des Gewerbeförderungsbeirates und des Arbeitsbeirates bestehen soll. Wir finden, daß eine solche Kommission den tatsächlichen Interessen nicht gerecht wird. Der Industrierat steht viel zu sehr unter dem Einfluß der Schwerindustrie, die breite Schicht der mittleren Industrie, auf die volkswirtschaftlich am meisten Gewicht zu legen ist, hat dort niemals den ihr gebührenden Einfluß besessen. Der Arbeitsbeirat stellt eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft keineswegs dar, da in ihm die Unternehmerschaft, die schon über den Industrierat verfügt, ein zweitesmal mit reichlichem Einfluß bedacht ist. Es kommt so nicht einmal das Produzenteninteresse der Arbeiterschaft voll zur Geltung, das Konsumenteninteresse jedoch, das heute für die überwältigende Volksmehrheit, weit über die Industriearbeiterschaft hinaus, vorwiegt und handelspolitische Berücksichtigung wahrhaftig beanspruchen kann, scheint auf diese Weise gar nicht gewahrt. Ob es gesondert aufgerufen werden soll, ist noch unbekannt.

Neues Wiener Tagblatt
4./III. 1916

147

(Die Studienreise der Badischen Handwerkskammern.) Die in Wien weilenden Mitglieder der Badischen Handwerkskammern und Handwerkervereinigungen besichtigten gestern das Rathaus. Den Gästen hatten sich angeschlossen: Hofrat Dr. Vetter, Oberbaurat Kunze und Regierungsrat Dr. Herz vom Gewerbeförderungsamt, Handelskammerrat Richter, erster Kammersekretär Regierungsrat Dr. v. Thayental und Professor Dr. Wrabetz von der Handelskammer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Herren in seinem Empfangssalon; in seiner Ansprache sagte er, daß die Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem deutschen Gewerbestande immer die besten waren; durch gegenseitiges Einvernehmen haben wir uns bemüht, die Interessen des Gewerbes zu fördern. Wir begrüßen alle Bestrebungen, welche geeignet sind, den Gewerbestand zu kräftigen. Die Wiener Gemeindevertretung hält einen blühenden Gewerbestand für das Städteleben für unbedingt notwendig. Insbesondere jetzt, da der Krieg große Lücken auch in den Gewerbestand gerissen hat, erwächst die heilige Pflicht, für die gewerbliche Jugend, für einen tüchtigen Nachwuchs zu sorgen. Der Bürgermeister schloß mit den besten Wünschen, daß der bürgerliche Erwerbsfleiß in den deutschen Städten gesegnet sei und daß das Handwerk blühe und gedeihe. Der Vorsitzende der Handwerkskammer Mannheim Stadtrat Groß dankte dem Bürgermeister, der Gemeindevertretung und der gesamten Wiener Bevölkerung für den außerordentlich liebenswürdigen Empfang und bezeichnete es als ein Glück für jede Stadt, wenn einsichtsvolle und gewerbefreundliche Männer an ihrer Spitze stehen, so wie es in Wien der Fall sei. Unter der Führung des Vizebürgermeisters Hierhammer begaben sich die Herren sodann in den Rathauskeller, wo sie kurze Zeit beisammen blieben.

Reichspost
6. III. 1916

148

*** Das Versagen der Konsumvereine im Kriege.** Aus Wiener Kaufmannskreisen wird uns geschrieben: In der Sonntagnummer vom 27. v. Ihres geschätzten Blattes finde ich eine Erwiderung des „Ersten Wiener Konsumvereines" (Direktor Zipser), in welcher dieser seine Mitglieder sichtlich darauf vorzubereiten sucht, daß für das laufende Jahr keine (im Jahre 1917 fällige) Rückvergütung mehr in Aussicht genommen wird. Dabei ruft er Kaufleute als Zeugen an, was festgehalten zu werden verdient. 1. weil er bisher, alles das, was Kaufleute vom Ersten Wiener Konsumverein behaupteten, entschieden dementierte und als Konkurrenzmanöver hinzustellen suchte und 2. darum, weil er zugibt, was Kaufleute immer und immer wieder mit Recht behaupten, daß eine Rückvergütung bei den hauptsächlichsten Lebensmitteln eine reine Kalkulationssache ist, indem einfach die in Aussicht genommene Rückvergütung perzentuell auf den Verkaufspreis aufgeschlagen wird. — Der Krieg, der keine Empfindlichkeiten kennt und alle Fehler lückenlos aufdeckt, hat uns nicht nur gezeigt, daß die Konsumvereine in der Approvisionierung vollständig versagten, sondern er hat auch das System der Rückvergütung, das stets auf Selbsttäuschung berechnet war, bloßgestellt.

Fremdenblatt 9./III. 1916

Handelspolitisches Komitee und Rohstoffkomitee der Beiräte des Handelsministeriums.

Das Handelsministerium hat im Sinne eines von den zentralen industriellen Organisationen gestellten Ansuchens zwei aus Mitgliedern des Industrierates, des Arbeitsbeirates und des Gewerberates gebildete Komitees, und zwar ein handelspolitisches Komitee und ein Rohstoffkomitee, eingesetzt.

Dem **handelspolitischen Komitee** wurde die Beratung der zoll- und handelspolitischen Fragen, der Fragen des Ausgleiches mit Ungarn und des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland und zu den Balkanstaaten, dem **Rohstoffkomitee** die Beratung der Fragen der Rohstoffversorgung nach dem Kriege, insbesondere auch der Valutafragen und der Verkehrsfragen (Bereitstellung des notwendigen Schiffsraumes u. dgl.) zugewiesen.

In das handelspolitische Komitee wurden berufen die Mitglieder des Industrierates: Doktor Brosche, Ginzkey, Günther, v. Gutmann, Josephy, Dr. Kolischer, Krause, Kuffler, Dr. Malinsky, Mühlig, Regenhart, Robitsek, Singer, Vetter, Geheimer Rat Dr. Weiskirchner, Dr. Zetter; ferner die Mitglieder des Arbeitsbeirates: Geheimer Rat Dr. Baernreither, Beer, Dr. Hainisch, Doktor Karpeles, Geheimer Rat Dr. Klein; schließlich die Mitglieder des Gewerberates: Brener, Cech, Einspinner, Kaltenbrunner, Pabst.

In das Rohstoffkomitee wurden berufen die Mitglieder des Industrierates: Sektionschef a. D. Dr. Brosche, Freiherr v. Economo, Fischer, Dr. Grab, Grünfeld, Dr. Janatka, Dr. Kahlenberg, Dr. Kolischer, Kuffler, Dr. Landesberger, Freiherr v. Liebieg, Morawetz, Neurath, v. Noot, Ritter v. Penzig-Franz, Vetter; ferner die Mitglieder des Arbeitsbeirates Geheimer Rat Dr. Baernreither, Beer, Dr. Karpeles, Spalowsky, Widholz und die Mitglieder des Gewerberates Arminger, Hueber, Kraus, Loser, Weil.

Außerdem gehören die Ersten Sekretäre der Handelskammern in Wien (Dr. v. Tayenthal), Prag (Dr. Horowetz), Reichenberg (Dr. Carus), Brünn (Doktor Mayer), Triest (Dr. Moscheni) und Lemberg (Dr. Stieslowicz) als Delegierte der Handelspolitischen Zentralstelle beiden Komitees als ständige Sachverständige an.

Die Komitees traten gestern im Handelsministerium zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Handelsminister Dr. v. Spitzmüller begrüßte die Mitglieder und erklärte, daß er es für notwendig und zweckmäßig erachtet habe, den Vertretern der wirtschaftlichen Kreise Gelegenheit zu bieten, an der Lösung der gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehenden großen Wirtschaftsfragen mitzuwirken und zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Der Minister erörterte sodann in einer längeren Rede den Zweck und die Aufgaben der zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen eingesetzten Komitees. Geheimer Rat Dr. Baernreither dankte dem Minister für die Einsetzung der Komitees und reflektierte unter Hervorhebung der für die Beratungen der Komitees hauptsächlich in Betracht kommenden Gesichtspunkte in ausführlicher Weise auf die Ausführungen des Ministers.

Am Schlusse der Sitzung erfolgte die Konstituierung der beiden Komitees. Das handelspolitische Komitee wählte zu seinem Obmanne das Mitglied des Industrierates Dr. Brosche, zu Obmannstellvertretern das Mitglied des Arbeitsbeirates Dr. Hainisch und das Mitglied des Gewerberates Einspinner. Das Rohstoffkomitee wählte zu seinem Obmanne das Mitglied des Industrierates Direktor Neurath, zu Obmannstellvertreter das Mitglied des Arbeitsbeirates Dr. Karpeles und das Mitglied des Gewerberates Arminger.

Arbeiterzeitung 9./III. 1916

150

Am Tage danach...

In den „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlicht Professor Ernst Francke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis", eine Betrachtung, wie sich die industriellen Verhältnisse in Deutschland nach dem Kriege gestalten werden. Es ist für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung, zu erfahren, wie sich selbst ein Wortführer der nationalen Gewerkschaften die Lage der Arbeiter am Tage nach dem Kriege vorstellt. Hören wir, was er zu sagen hat.

Die Frauenarbeit.

„Die Frauenarbeit hat während des Krieges einen bisher ungesehenen Umfang angenommen. In den an das kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen — also bei weitem nicht in allen vorhandenen — stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder vom 1. Februar bis zum 1. September 1915 um rund 600.000; in Groß-Berlin allein sind es fast 12.000 Frauen mehr... Sie haben sich eingelebt und eingearbeitet; viele Arbeitgeber bekunden unverhohlen ihre Zufriedenheit mit der Frauenarbeit; maßgebende Unternehmerorgane erklären bereits, daß die niedrigen Frauenlöhne ein Vorzug seien, den man auch im Frieden nicht missen wolle. So wird voraussichtlich auch künftig an vielen Arbeitsplätzen die Frau stehen, wo früher der Mann allein stand... Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau wird verschärft, sie macht ihm nicht nur den Platz streitig, sondern sie drückt auch den Lohn. Denn der selbstverständliche Grundsatz, daß für gleiche Leistung gleicher Lohn zu zahlen sei, wird in den weitesten Kreisen nicht befolgt. Frauenarbeit wirkt regelmäßig lohndrückend, und zwar nicht nur auf Frauenlöhne, sondern auch darüber hinaus auf die Männerlöhne."

Die Arbeit der Kriegskrüppel.

„Hunderttausende von Kriegsbeschädigten, die dauernd Renten beziehen, werden wieder in eine Gewerbstätigkeit geführt. Jedes Bemühen, diese Braven wieder in den Strom des Lebens zu stellen, ihnen nutzbringende Arbeit zu verschaffen, ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie wertvolle Glieder des Volksganzen sind, verdient bewundernde Zustimmung. Und wenn viele Arbeitgeber sie freudig aufnehmen, so wird es doch häufig vorkommen, daß die Rente den Lohn, den eigenen zunächst, dann aber auch den der Arbeitskameraden, drückt. Anzeichen für diese Entwicklung treten jetzt schon hervor. Verstärkt wird sie noch durch das Arbeitsangebot von Kriegerwitwen und Kindern. Mag dies vielleicht in Fabrik und Werkstatt weniger zu bedeuten haben, umsomehr wirkt es auf die Heimarbeiter; wer die Hälfte seines Unterhalts in Form einer Reichsrente bezieht, der kann ja leicht, um einen Zusatzverdienst zu bekommen, die ohnehin so kläglichen Löhne der nur auf ihre Handarbeit angewiesenen Heimarbeiterinnen unterbieten. Schon jetzt nehmen Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen mit ihren Kindern Zuflucht in der Hausindustrie; das wird in Zukunft noch weit stärker der Fall sein. Niedrige Löhne in der Hausindustrie führen aber zur Verkümmerung ihrer Arbeiter und drücken auch auf die Fabriks- und Werkstättenlöhne in denjenigen Gewerbszweigen, die nebenbei mit Hausindustrie arbeiten."

Die Teuerung.

„Die in der Kriegszeit wirksamen lohnsteigernden Faktoren, von denen manche, wenn auch weitaus nicht alle Arbeiterkreise profitiert haben, werden wegfallen, die lohnsenkenden Einflüsse voll zur Geltung kommen. Keineswegs aber werden die Löhne nach dem Kriege dieselbe Kaufkraft haben wie vor dem 1. August 1914. Die Kosten auch der bescheidensten Lebenshaltung werden noch lange die Wirkung der Kriegsteuerung verspüren... Man wird die ernste Befürchtung nicht unterdrücken können, daß auch nach Friedensschluß die Preise der unentbehrlichen Gegenstände des Lebensbedarfes hoch bleiben. Nahrungsmittel, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Wäsche, Schuhe werden nur langsam von ihrer Preishöhe herabsinken. Verschärfen wird sich der Mangel an Kleinwohnungen... Schon jetzt sehen wir eine Abwanderung aus großen und mittleren in kleinere Wohnungen."

Die Stärkung der Unternehmerverbände.

„Die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände sind an innerer Geschlossenheit und an Einfluß im Laufe des Krieges gewachsen. Die Opfer an Mitgliedern können ihre Stärke nicht vermindern, die in der Zahl ihrer Betriebe ruht. Diese aber haben vielfach, wenn auch natürlich nicht durchwegs, sich gekräftigt, mit gutem Nutzen gearbeitet, sich enger konzentriert. Bisher im Streite liegende Gruppen haben sich zusammengeschlossen; der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen haben sich im Kriegsausschuß der Industrie einträchtig vereint, sie gehen in wichtigen, für die künftige Richtung unserer Politik entscheidenden Fragen Hand in Hand mit dem Bunde der Landwirte und den Mittelstandsverbänden... Die führenden Männer der schweren Industrie und ihre Preßorgane bekunden stolz, daß sie die alten geblieben sind. Wenn sie für die Erhaltung des Burgfriedens eintreten, sprechen sie offensichtlich als die Herren der Burg. Sie fordern zwar, daß die Arbeiter, namentlich die sozialdemokratischen, ganz ausgiebig unter dem großen Meister Krieg umlernen sollen, sie selbst aber lehnen jedes Umlernen auf das entschiedenste ab. Gewiß ist es nur ein Teil der Arbeitgeber, der sich so unentwegt bekennt, zahlenmäßig sogar nur ein kleiner, der führenden Bedeutung nach in der Industrie aber ein sehr mächtiger. Mag es gewagt erscheinen, von ihnen zu sagen, sie würden sich niemals zu Verhandlung und Vertrag mit der organisierten Arbeiterschaft bequemen — auch in der Sozialpolitik gibt es kein Niemals —, so ist eine Wandlung aus freien Stücken und offener Ueberzeugung bei ihnen für die nächsten Friedenszeiten doch ausgeschlossen. Das legt Besorgnisse vor schweren Arbeitskonflikten nahe, vor allem im Bergbau."

Neue Freie Presse 10./III. 1916

151

Die wirtschaftlichen Ausschüsse für die Handelspolitik und die Rohstoffbeschaffung.

Wien, 9. März.

Heute wurde gemeldet, daß Handelsminister Doktor v. Spitzmüller aus Vertretern der Interessentenkreise ein handelspolitisches und ein Rohstoffkomitee ins Leben gerufen hat. Die Fragen der Handelspolitik und der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege sind von einer so weittragenden Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft Oesterreichs, daß es schon aus diesem Grunde von Interesse ist, die Vorgeschichte der Entstehung der beiden Komitees kennen zu lernen. Wie auf allen anderen Gebieten, so hat der Krieg auch die Tätigkeit des Industrie-, des Gewerberates und des Arbeitsbeirates sehr beeinflußt. Der Staat hat im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen fast überall in den Gang des Wirtschaftslebens eingegriffen, alle Maßregeln unter eigener Verantwortung getroffen und die genannten wirtschaftlichen Körperschaften sind seit Kriegsbeginn zu keiner Wirksamkeit gelangt. Anderseits haben die Interessenten den begreiflichen Wunsch vertreten, bei der Behandlung der Fragen, durch die ihr Schicksal und ihre Zukunft entschieden wird, mitwirken zu können.

Hiefür wurden verschiedene Formen vorgeschlagen, von denen jene ausgeschaltet worden sind, bei welchen der zu erreichende Zweck, sei es infolge der Kompliziertheit der in Aussicht genommenen Einrichtung, sei es aus anderen Gründen, in Frage gestellt worden wäre. Der Handelsminister Dr. v. Spitzmüller hatte offenbar den Wunsch, eine Organisation zu schaffen, welche nicht nur eine unmittelbare und intensive, sondern auch eine möglichst rasche Fühlungnahme mit den Interessentenkreisen in der Frage der Handelspolitik und der Rohstoffversorgung ermöglicht, und es dürfte wohl auf diese Absicht zurückzuführen sein, daß die beiden Komitees unter Heranziehung der schon bestehenden Organisationen ins Leben gerufen worden sind. Aus dem Industrie-, Arbeits- und Gewerberat werden unter Mitwirkung der ersten Sekretäre der Handels- und Gewerbekammern Wien, Prag, Reichenberg, Brünn, Triest und Lemberg je zwei Ausschüsse gebildet, von denen jeder aus 26 Mitgliedern, respektive unter Einbeziehung der ersten Sekretäre der genannten Handelskammern, die als ständige Sachverständige beiden Komitees angehören, aus je 32 Mitgliedern besteht. Ebenso wie die gesamte Mitgliederzahl im handelspolitischen und im Rohstoffkomitee die gleiche ist, so gilt dies auch von der gruppenweisen Zusammensetzung, da in jedem Komitee je 16 Mitglieder dem Industrierate, je 5 dem Arbeitsbeirate und je 5 dem Gewerberate entnommen sind. Die beiden Komitees werden die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen zu erörtern haben, da das handelspolitische Komitee die Probleme der Zoll- und Handelspolitik, des Ausgleiches mit Ungarn, des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland und den Balkanstaaten, das Rohstoffkomitee die Versorgung mit Rohmaterialien nach dem Krieg, die Valuta- und Verkehrsfragen beraten wird.

Der Handelsminister Dr. v. Spitzmüller hat in der ersten gemeinsamen Sitzung der Komitees erklärt, daß er es für notwendig und zweckmäßig erachtet habe, den Vertretern der wirtschaftlichen Kreise Gelegenheit zu bieten, an der Lösung der gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehenden großen Wirtschaftsfragen mitzuwirken und zu denselben Stellung zu nehmen. Dieser Standpunkt ist von den Vertretern der wirtschaftlichen Kreise mit allgemeiner Anerkennung aufgenommen worden, der Geheimer Rat Dr. Baernreither in einer Rede Ausdruck gab, in welcher er dem Minister für die Schaffung der beiden Komitees den Dank aussprach.

Vossische Zeitung
11./III. 1916.

Der Erfolg der Messe.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Leipzig, 10. März.

Was dem Beobachter schon vom ersten Tage an klar war, kann jetzt, da die Messe zu Ende geht, mit Sicherheit ausgesprochen werden: Die Messe, die vierte im Kriege, war nicht nur ein moralischer . . . sondern ein großer faktischer Erfolg.

Die ständige Stärkung unseres Wirtschaftslebens im Kriege hat dieses Ergebnis vorbereitet. Wie sich bei Kriegsausbruch unsere Industrie den neuen Verhältnissen angepaßt hat, so hat sie auch für die ihr durch die Beschlagnahme der verschiedenen Rohmaterialien entzogenen Fabrikationsmöglichkeiten. Ersatz geschaffen, so daß kaum eine Stockung zu bemerken war. Der Markt nahm die neuen Artikel sofort auf, da sie in ihren Mustern gefällig und auch nicht teuer waren, und so griff eins ins andere, um die Lage der Industrie und des Handels zu heben. Hinzu kam, daß die Detaillisten durch ihre anfängliche Zurückhaltung im Einkauf ihre zum Teil sehr großen Läger geräumt hatten und nun an einem gewissen Warenmangel litten.

Da die Verhältnisse im neutralen Auslande nicht anders lagen, dieses vielmehr infolge von Lieferungen an das uns feindliche Ausland noch knapper an Waren war, war es natürlich, daß in absehbarer Zeit ein verstärkter Bedarf sich geltend machen mußte. Deutschland aber saß bereits zu fest im Sattel des Welthandels, als daß es durch die Machenschaften unserer Feinde herausgehoben werden konnte.

Das hat die jetzige Messe in Leipzig klar erwiesen. Wir sahen, außer unseren Bundesgenossen, 2500 neutrale Ausländer als Einkäufer in Leipzig. Sie haben gekauft, was sie bekommen konnten, fast ohne nach dem Preise zu fragen. Zunächst drohten große Schwierigkeiten wegen der Valutafrage, da unsere Verkäufer an die Ausländer nur nach ihrer eigenen Landeswährung verkauften, was zu erheblichen Preisaufschlägen führte. Aber auch dieses wurde seitens des Auslandes schließlich zugestanden. Zu erwähnen ist, daß hierdurch auch Feinde getroffen werden, denn ein Teil der von den Neutralen gegebenen Aufträge dürfte von dem feindlichen Auslande herrühren.

Die größten Umsätze wurden in Luxus-, Wirtschaftsartikeln und Spielwaren erzielt. Besonders letztere waren ein stark gefragter Artikel. Kriegserzeugnisse waren nicht mehr so stark auf dieser Messe zu sehen wie auf den beiden vorangegangenen. Es sei hierbei bemerkt, daß auch in diesen Artikeln große Aufträge vom Ausland erteilt wurden. Sehr lebhaft wurden sogar Bildnisse des Kaisers, Kronprinzen und unserer Heerführer gekauft.

Wie schon erwähnt, sind alle Branchen gut mit Aufträgen versehen worden, so daß diesmal wohl niemand enttäuscht von der Messe zurückgekehrt ist. Nur eine Hoffnung wurde überall ausgesprochen: daß nämlich diese vierte die letzte der Kriegsmessen sein und bald wieder die erste Friedensmesse stattfinden möge.

E. G.

Arbeiterzeitung 11. III. 1916

153

Ein „Ersatz".

Der Weltkrieg, der die Mittelmächte von den Lagerstätten vieler wichtiger Rohstoffe abschneidet, hat zur Erfindung mannigfacher Ersatzstoffe geführt; was man im Augenblick nicht aus der Natur holen kann, wird sozusagen in der Retorte chemisch erzeugt. Tatsächlich hat die Ersatzindustrie einen großen Aufschwung zu verzeichnen ... Nun ist die Methode, die nämlich, ein Surrogat zu nehmen, weil das natürliche Produkt nicht zur Hand ist, auf das politische Gebiet übertragen worden: die zwei Kommissionen, die der Handelsminister aus dem Industrierat, dem Gewerberat und dem Arbeitsbeirat zur Vorberatung der das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn betreffenden Fragen eingesetzt hat, sollen der „Ersatz" für das fehlende Parlament sein. Da die berufene Körperschaft fehlt, aus der Anregungen hervorgehen könnten, die die Wünsche und Forderungen der Bevölkerungsklasse auszusprechen hat, wird nach einem Ersatz gesucht, der die fühlbare Lücke auszufüllen vermöchte. Wir wissen nicht, wie es um die industriellen Ersatzstoffe steht, von deren Erfindung und Entdeckung jetzt nicht selten die Rede ist. Aber wir hoffen, daß sie das natürliche Produkt in höherem Maße zu ersetzen geeignet sind, als jene Kommissionen die fehlende Volksvertretung zu ersetzen vermögen.

Wie der Handelsminister angibt, hat er sich zu der Einsetzung der zwei Comités entschlossen, nachdem und weil die zentralen industriellen Organisationen das Verlangen gestellt haben, bei der Vorberatung aller auf die künftige Wirtschaft sich beziehenden Fragen gehört zu werden. Dazu haben die Unternehmer natürlich volles Recht; aber ebenso selbstverständlich ist es, daß nicht bloß die Unternehmer zu hören seien, sondern auch die Vertreter der anderen an dem Produktionsprozeß beteiligten Klasse, also die Vertreter der Arbeiter. Und daß darüber hinaus überhaupt die ganze Bevölkerung zu Wort kommen muß: weil doch in dem wirtschaftlichen Verhältnis zu Ungarn und zu Deutschland auch die Zollfrage eingeschlossen ist und an deren Lösung, da jedermann verbraucht, eben jedermann beteiligt ist. Nun sind die drei Körperschaften, aus deren Mitte die Comitémitglieder zu berufen der Handelsminister sich entschloß, durchaus in Hinsicht anderer Zwecke und Dinge zusammengesetzt, als es die Sache ist, die sie nun vorberaten sollen. Zum Beispiel hat der Arbeitsbeirat die Aufgabe, Fragen des Arbeiterschutzes zu beraten: indem er Reformen anregt oder zu gestaltende Gesetze begutachtet. Nun soll er Zoll- und Handelsfragen, die Valutafrage, Verkehrsfragen, die Frage des Bezuges von Rohstoffen beraten: durchaus Dinge, die an ihn nie herangetreten sind, für die er nicht zusammengesetzt wurde und an die bei der Auswahl und Berufung seiner Mitglieder niemand gedacht hat! Nun ist selbstverständlich, daß sich die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Dingen nicht auf Fachfragen beschränkt, vielmehr einen allgemeinen Ueberblick bedingt: weshalb in allen drei Körperschaften auch Kenntnis der Dinge vorhanden sein wird, die zu beraten sind. Aber trotzdem bleibt diese Zusammensetzung, wo fünfzehn Mitgliedern aus dem Industrierat je fünf aus dem Arbeitsbeirat und Gewerberat zugesellt werden, recht wunderlich. Wir wollen das an einem Beispiel dartun, das vor jedem Mißverständnis gesichert ist. In das Comité zur Beratung der zoll- und handelspolitischen Fragen ist auch Herr Dr. Franz Klein berufen worden. Wir wissen, daß Klein einer unserer erlesensten Geister ist, und beklagen es schon lange, daß ein so schöpferischer Kopf, dabei eine so starke Arbeitskraft, um den sich die Staatslenker in anderen Ländern reißen würden, zu allerlei Nebenbeschäftigungen verurteilt ist, wogegen sich mancherlei Unzulängliche, unbedeutend in Talent und Charakter, in Amt und Würden spreizen können. Aber wem würde einfallen, gerade den früheren Justizminister in eine Beratung über Handelsverträge zu berufen? Er wird wirklich nur berufen, weil er im Arbeitsbeirat ist. Dagegen folgendes: Vielleicht einer der besten Kenner dieser Dinge, ein Mann, der sich mit ihnen zeitlebens beschäftigt hat, ist der Dr. Lecher. Da er aber in den drei Comités nicht sitzt, kann sein fachmännischer Rat nicht zur Geltung kommen ... Wir könnten in den Beispielen fortfahren, aber sie reichen aus, um darzutun, daß es mit dem „Ersatz" durch solche Comités recht windig bestellt ist. Den fünfzehn Industrievertretern und den fünf Gewerbevertretern jedes Comités hat der Handelsminister noch fünf Handelskammersekretäre beigefügt. Die Arbeiterschaft ist insgesamt durch drei Mitglieder vertreten. Die Konsumenten sind überhaupt nicht vertreten. Das scheint uns keine „Mischung" zu sein, die den richtigen Rat verbürgt.

Doch soll dagegen, daß sich die Regierung eines fachmännischen Rates versichert, nichts eingewendet werden. Aber fast wichtiger als derlei „Vorberatung" will uns scheinen, daß die Erörterung dieser Fragen in der Oeffentlichkeit endlich wirklich freigegeben werde. Man sage nicht, daß der Spielraum jetzt größer sei; das wäre eine Spiegelfechterei. Es ist wohl möglich, sich, ohne daß einem der Zensor ins Wort fällt, in Allgemeinheiten zu ergehen; es ist aber nötig, wenn die Erörterung ein fruchtbares Ergebnis zeitigen soll, in den Kern der Fragen einzudringen. Ueberdies wissen wir aus einer Rede des Grafen Tisza, daß der Umfang der Beschäftigung mit gemeinsamen Angelegenheiten von ihm auch für Wien bestimmt wird. Und mit dem größten Nachdruck muß erklärt werden, daß diese Vorberatung durch die Comités nur ein Ersatz in Hinsicht der Vorberatung, unter gar keinen Umständen in Hinsicht der Entscheidung sein darf. Daß in der Regelung der wirtschaftlichen Fragen, in denen geradezu Wohl und Wehe jedes Staatsbürgers eingeschlossen ist, die verfassungsmäßige Mitwirkung der Volksvertretung voll eintreten muß, darf niemandem im geringsten zweifelhaft sein. Ueberhaupt, da man den Ersatz sieht, tritt die Notwendigkeit des Wiederaufbaus des Parlaments noch deutlicher und schärfer hervor.

Neues Wiener Tagblatt

13./III. 1916

154

Die deutsche Industrie im Kriege.

Berlin, 12. März. Das Wolffsche Bureau meldet aus Düsseldorf: Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hielt heute in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die stark besuchte diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende Dr. Ing. Springorum stellte fest, daß alle Anstrengungen unsrer Feinde, die zur Ausrüstung unsrer Kämpfer und zur Aufrechterhaltung unsres Wirtschaftslebens unentbehrliche Industrie zum Erliegen zu bringen, an der inneren Kraft unsrer Industrie und der Tüchtigkeit ihrer Mitarbeiter scheiterten. Sie wisse alle neu auftretenden technischen Schwierigkeiten mit der ruhigen Sicherheit, die auf wissenschaftlichen Grundsätzen und auf der Stärke unsrer Organisationskraft beruhe, zu überwinden. Durch harte unablässige Arbeit alle von Heer und Marine gestellten Forderungen zu erfüllen, das sei jene Arbeit, woran das deutsche Volk aus der Friedenszeit gewöhnt ist, die im Kriege mit vervielfältigter Kraft, getragen von einem unbeugsamen Willen, einsetzte, und die uns in diesem Völkerringen für den endgültigen Sieg bürge.

Die Karl Lueg-Denkmünze, die höchste Auszeichnung des Vereines, wurde für 1916 dem Kommerzienrat Niedt-Gleiwitz verliehen. Sie ist nicht wie sonst aus Gold, sondern aus Stahl verfertigt.

Ueber die Kriegsaufgaben des Vereines sprach der stellvertretende Geschäftsführer Dr. Petersen. Seine Ausführungen zeigten, wie günstig unsre Eisenerzversorgung jetzt gestellt ist und wie alle Hemmungen nach und nach durch gemeinsames Zusammenwirken mit den behördlichen Stellen beseitigt werden konnten. Erfreulich waren die ausführlichen Mitteilungen darüber, daß wir jeder Länge des Krieges hinsichtlich unsrer Manganversorgung trotzen könnten und daß die englische Voraussage, der Krieg müsse schon wegen unsres Mangels an Mangan vorzeitig zu Ende gehen, gänzlich zuschanden wurde. Dieselben erfreulichen Feststellungen konnte Redner für alle andern Hilfsstoffe der Eisenindustrie machen. Auch hier zeitigte die Not der Zeit im stillen manche Großtat des deutschen Erfindungsgeistes, von der zu sprechen naheliegende Gründe verbieten.

Im Anschluß hieran bedauerte der Geschäftsführer des Vereines Dr. Ingenieur Schrödter, daß besonders auch ein Teil der amerikanischen Fachgenossen, mit welchen wie mit so vielen andern der Verein früher so freundschaftliche Beziehungen unterhielt, sich von der, wie „Libre Parole" sie dieser Tage zutreffend bezeichnete, „blödsinnigen und gefährlichen Phrase" vom preußischen Militarismus fangen ließ. Einen preußischen Militarismus gebe es überhaupt nicht, einen deutschen Militarismus kennen wir nur so weit, als damit die Organisation unsrer zur Abwehr feindlicher Angriffe bestehenden militärischen Kraft bezeichnet werde. Der Militarismus sei ja auch nicht der wahre Kriegsgrund Englands, denn wir wissen aus den sowohl von englischen Fachblättern, als auch vom französischen Minister des Aeußern gemachten Geständnissen, daß die Zerstörung der deutschen industriellen Unternehmungen der Zweck des Krieges ist. Aber unsre Methoden, unsre Anpassungsfähigkeit setzen unsre Industrie instand, unsern Feldtruppen aus eigener Kraft die Ausrüstung zu liefern, womit sie ihren rückständigen, auf die amerikanische Hilfe angewiesenen Gegnern siegreich widerstehen. Wir können mit ruhiger Zuversicht erfüllt sein, daß den erteilten Schlägen weitere nicht minder harte folgen werden, bis unsre Feinde genug haben und das deutsche Volk künftig in Ruhe lassen.

Ueber die Eisenindustrie in Belgien und Nordfrankreich sprach Dr. Kind, Düsseldorf.

Die ganze Veranstaltung des große Vereines war getragen von starkem Mute un felsenfester Siegeszuversicht. Stimmungen, di auch bei der nachfolgenden gesell gen Vereinigung starken Ausdruck fanden.

Fremdenblatt
14. III. 1916

155

Handelspolitisches Komitee des Landwirtschaftsrates.

In der gestern abgehaltenen Beratung des Handelspolitischen Komitees des Landwirtschaftsrates widmete zunächst der Vorsitzende Obmannstellvertreter Dr. v. Seidl dem verstorbenen Generalreferenten Abg. Povse einen warmen Nachruf, worauf der Präsident der Wiener Landwirtschaftsgesellschaft Freiherr v. Ehrenfels einstimmig zum Generalreferenten gewählt wurde. Ackerbauminister Dr. Zenker legte die Aufgaben dar, die das Komitee bei seiner Aeußerung über die Neugestaltung der handelspolitischen Verhältnisse zu erfüllen haben wird. Nachdem ferner Sektionschef Dr. Ritter v. Seidler die hiebei in Betracht kommenden Gesichtspunkte besprochen hatte, wurden je ein engeres Komitee für den Ausgleich und für die auswärtige Handelspolitik eingesetzt. Diese Komitees traten sofort zu einer ersten Beratung zusammen, wobei das Verhandlungsmaterial nach den einzelnen Materien konkretisiert wurde.

Tägliche Rundschau
19./III. 1916

Nachweis der Bestandsmeldung von Kriegsrohstoffen.

Amtlich wird bekanntgegeben:

Durch verschiedene Bekanntmachungen der Militärbehörden ist für Vorräte von Rohstoffen und Erzeugnissen aus ihnen eine Meldepflicht vorgeschrieben. Bei den ständig von den Behörden vorgenommenen Nachprüfungen der Lager hat sich gezeigt, daß in vielen Fällen die Meldepflichtigen, auch wenn die vorgeschriebene Meldung an die bestimmte Meldestelle von ihnen erstattet war, keine zweite Ausfertigung der erstatteten Meldung in ihrem Besitz hatten. Um den Nachweis einer ordnungsmäßigen Meldung jederzeit erbringen zu können, wird deshalb allen Meldepflichtigen im eigenen Interesse dringend empfohlen, eine zweite Ausfertigung der erstatteten Meldung (Durchschlag, Kopie, Abschrift) zurückzubehalten und zur ständigen Verfügung aufzubewahren.

Die Zeit
19./III. 1916

158

Aktuelle Konsumfragen.

In der dieswöchigen Sitzung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen wurde eine Zuschrift des Handelsministeriums zur Kenntnis gebracht, der zufolge Vertreter der Kriegskommission als Experten des handelspolitischen und des Rohstoffkomitees des Handelsministeriums zugezogen werden sollen. Die Verhandlungen mit dem Allgemeinen Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften haben sowohl in bezug auf direkte Geschäftsverbindung als auch in bezug auf gemeinsame ernährungs- und handelspolitische Beratungen zu einem günstigen Erfolg geführt. In bezug auf die Zuckerkarte wurde unter der Voraussetzung, daß die Vorräte der Kampagne ausreichen, für Niederösterreich eine Erhöhung der Quote pro Kopf und Monat auf 1·5 Kilogramm gewünscht, ferner eine unübertragbare Zusatzkarte für Haushaltungen während der Obst-, beziehungsweise Einsiedezeit (Juni bis September), lautend auf 1 Kilogramm pro Kopf und Monat; weiter, daß Zusatzkarten für Nachtarbeiter, lautend auf 50 Prozent der gewöhnlichen Karte, ausgegeben werden, ebenso daß die Kopfquote für jene Teile der Bevölkerung, die unter besonders ungünstigen Ernährungsverhältnissen leiden, zur Erleichterung des Kaffeegenusses erhöht werde, und schließlich, daß Saccharin für die Kriegsdauer freigegeben werde, da wissenschaftlich nachgewiesen wurde, daß Saccharin nicht gesundheitsschädlich ist und als Ersatzsüßstoff verwendet werden kann. Im Interesse einer besseren Lederversorgung wurde eine Eingabe an das Handelsministerium beschlossen, in der verlangt wird: Anordnung von Maßnahmen zur Zwangserzeugung von Sohlenleder; Reorganisation der Häute- und Lederzentrale, planmäßige Verteilung des Leders durch eine eigene Lederzentrale unter Zuziehung von Vertretern des Handels und der Verbraucher; Hintanhaltung einer Erhöhung der Preise für Sohlenleder und der Umgehung der Höchstpreise sowie deren Abbau. Höchstpreise für Stravazschuhe und Reparaturen; Errichtung von Preisprüfungsstellen für Leder und fertiges Schuhwerk; Ausgabe von Schuhmarken an solche Erzeuger, die sich der Preiskontrolle freiwillig unterziehen und den Anordnungen der Preisprüfungsstellen fügen; Entziehung der Materialabgabe an die der Preistreiberei überwiesenen Leder- und Schuhfabrikanten sowie Lederhändler; Requisition des älteren und nicht mehr modernen Schuhbestandes und deren Abgabe an die Kriegshilfsaktionen. Zur Milderung der Kaffeeknappheit soll die Regierung ersucht werden, Valorisationskaffee an die Gemeinde Wien zwecks Weiterleitung an die Konsumentenorganisationen, abzugeben, ferner soll ein namhafter Teil gebrannter Gerste statt zur Malzbereitung zur Bereitung von Surrogatkaffee verwendet werden. Schließlich wurden krasse Fälle der Preissteigerung und der ungerechtfertigten Zurückhaltung von Surrogatkaffee, insbesondere von Feigenkaffee, bekanntgegeben und beschlossen, die entsprechenden Anträge zu erstatten.

Pester Lloyd 21/III. 1916

Oesterreich-Ungarns Rohstoffbedarf.

Von **Béla Balkányi.**

Budapest, 20. März.

Ein dichter Wolkenschleier verbirgt noch die Zukunft unserer Handelspolitik. Es schweben noch ungelöste Fragen, es bleibt unentschieden, ob die großen Umwandlungen auch kommen werden, die wir inmitten des Krieges bestimmt erwarten. Mit Sicherheit können wir vielleicht nur auf eine einzige Folgeerscheinung des Krieges rechnen, auf die ungemein erhöhte Wichtigkeit der Rohstoffrage, der Versorgung der Monarchie mit Lebensmitteln und Rohmaterialien für Landwirtschaft und Industrie.

Die Wareneinfuhr der Monarchie erreichte im Jahre 1913 (im letzten Jahre, dessen statistische Daten wir besitzen) ohne Edelmetalle und Münzen 3406 Millionen, die Ausfuhr bezifferte sich auf 2769 Millionen Kronen. In der Ausfuhr der Monarchie beteiligten sich Rohstoffe mit 918 Millionen Kronen, Halbfabrikate mit 527 Millionen, Ganzfabrikate mit 1323 Millionen. Dagegen war in der Einfuhr die der Rohstoffe mit 1996 Millionen Kronen überwiegend, der Import der Halbfabrikate erreichte 498 Millionen, der Ganzfabrikate 911 Millionen Kronen.

Einem Rohstofferport von 900 Millionen gegenüber importierten wir im Jahre 1913 beinahe für zwei Milliarden Rohstoffe. Unsere Handelspolitik wird nach dem Kriege stark beeinflußt werden durch die Größe unseres Rohstoffbedarfes, durch die Herkunft der importierten Waren, durch die Art ihrer Besorgung, durch die Möglichkeit, Ersatzstoffe im Inlande herzustellen. Der Rohstoffimport der Monarchie von rund zwei Milliarden bestand aus Nahrungs- und Genußmitteln im Werte von 333 Millionen, aus Rohmaterialien für Landwirtschaft und Industrie im Werte von 1238 Millionen und aus Bergwerks- und Hüttenprodukten im Werte von 425 Millionen.

Vielfach steht der Einfuhr der einzelnen Nahrungs- und Genußmittel eine ebenso große oder noch bedeutendere Ausfuhrziffer gegenüber. Einem Schlachtviehimport von 18 Millionen Kronen stand ein Export von 32 Millionen gegenüber, dem Geflügelimport von 6 Millionen Kronen ein Export von 16 Millionen Kronen, dem Eierimport von 68 Millionen ein Export von 142 Millionen Kronen. Unter den Importwaren, in welchen wir keine bedeutende Aus- und Durchfuhr hatten, sind Kaffee (mit 90 Millionen) und Südfrüchte (mit 60 Millionen Kronen) zu nennen.

Die wichtigsten Rohmaterialien, die für Landwirtschaft und Industrie importiert werden, sind Baumwolle für 336, Flachs für 42, Hanf für 11, Jute für 40 Millionen Kronen, Wolle mit einem Einfuhrüberschuß von 125 Millionen, Oelsaaten mit einem solchen von 91 Millionen, Mais (84 Millionen), Rohtabak (52 Millionen), Rohhäute (30 Millionen), Kautschuk (27 Millionen), ungeschälter Reis (18 Millionen Kronen). Die Einfuhr von Steinkohle und Koks bezifferte sich auf 268 Millionen Kronen, hingegen wurden Braunkohle und Steinkohle für 105 Millionen Kronen ausgeführt. Unser Erzimport hatte einen Wert von 50 Millionen (hievon Eisenerze für 27 Millionen), der Mineralimport betrug 32 Millionen Kronen (darunter Rohphosphate für 12 Millionen), der Import von Chilisalpeter 25 Millionen, von Kalidüngern 8 Millionen, von Schwefelpulver 4 Millionen Kronen.

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Textilrohstoffe (Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute und Wolle) den größten Wert und die größte Bedeutung in der Einfuhr der Monarchie besitzen. Der Import dieser Stoffe repräsentiert einen Wert von 600 Millionen. Dann folgen Oelsamen, Mais, Rohtabak, Reis insgesamt im Werte von 250 Millionen, Kaffee, Südfrüchte mit 150 Millionen, ein Einfuhrüberschuß an Steinkohle von 160 Millionen, Mineralien und Erze mit zirka 100 Millionen Kronen. Endlich sind noch die importierten unedlen Metalle: Kupfer (63 Millionen Kronen), Blei, Zinn (20 Millionen Kronen), Zink (18 Millionen Kronen) zusammen in einem Werte von 100 Millionen Kronen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach den Rohstoffen gleichzustellen. Was nun die Länder betrifft, aus denen wir unseren Rohstoffbedarf decken, so ist es allgemein bekannt, daß in Baumwolle die Vereinigten Staaten, Aegypten, Indien, in der Zukunft wahrscheinlich noch Kleinasien, Mesopotamien und Persien, in Jute Indien, in Wolle Argentinien und Australien, auch die asiatische Türkei, in Mais und Oelsamen Rumänien und Argentinien, in Rohtabak Amerika, Holländisch-Indien, die Türkei und Bulgarien, in Kaffee Südamerika, in Kautschuk die englischen und holländischen Kolonien in Afrika, in Kupfer die Vereinigten Staaten, in Zinn Britisch-Indien, in Zink Deutschland unsere Hauptlieferanten sind.

Nach der herrschenden handelspolitischen Auffassung soll man die Einfuhr der Rohstoffe möglichst fördern. Nur einzelne Agrarprodukte, die wir überwiegend im Lande selbst erzeugen, werden mit Zoll beschützt. Die auf Kaffee und in geringerem Maße auf Südfrüchte entfallenden Zollsätze sind ihrer Natur nach reine Finanzzölle. Der überwiegende Teil der aufgezählten Artikel kommt zollfrei herein. Der Staat begnügte sich jedoch damit, den meisten Rohstoffen Zollfreiheit zu gewähren, er kümmerte sich weiter nicht darum, ob und wie die Kaufleute ihren Bedarf an Rohmaterialien decken werden. Die neue Handelspolitik des Staates kann sich aber in der Zukunft nicht mehr damit bescheiden, daß sie die Einfuhr von Auslandsrohmaterialien freistellt, sie muß auch die tatsächliche Lieferung von seiten der Vertragsstaaten sicherstellen. Auch soll die Errichtung neuer Bahn- und Schiffahrtverbindungen die Deckung des Rohstoffbedarfes in der Zukunft erleichtern.

Die Rohstoffsorgen zwingen uns ferner zu Maßnahmen, welche die Produktion von Rohmaterialien oder die Erzeugung der Surrogate derselben im Inlande erleichtern. Die der Landwirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik harrende große Aufgabe ist, die Produktion in solche Bahnen zu lenken, wo Ersatzmittel für ausländische Rohmaterialien entstehen können. Auch die technischen Wissenschaften sehen in der Erzeugung industrieller Ersatzstoffe gewaltigen Problemen entgegen. Außer der Erzeugung von Inlandsrohmaterialien muß unsere ganze Wirtschaftspolitik mit dem Gedanken der Vorratswirtschaft gesättigt werden. Unter den Mitteln, die im Lande befindlichen Gesamtvorräte zu erhöhen, sind zu nennen: die Gewährung eines weiten Wirkungsfeldes an den Handel, damit dieser die bei uns garnicht oder in nicht genügender Menge erzeugten Produkte einführe; die Entwicklung unserer Verkehrs- und Zollpolitik in der Richtung, daß es sich dem Kaufmann verlohne, auswärtige Waare ins Land zu bringen, sie hier längere Zeit lagern zu lassen, und sie dann von hier aus je nach Bedarf entweder dem In- oder dem ausländischen Verbraucher zukommen zu lassen; die Entwicklung einer aufarbeitenden Industrie auf unserem eigenen Gebiete, welche großen Verbrauch von auswärtigen Rohstoffen erfordert, so daß auch die Industrie im Interesse der Kontinuität ihrer eigenen Produktion größere Vorräte aufhäufen wird; endlich die Erleichterung der zur Besorgung der Vorräte nötigen Kapitalsbeschaffung.

Die theoretische und praktische Leitung der Rohstoffbesorgung untersteht in Oesterreich, sowie in Ungarn während des Krieges den Rohstofforganisationen, die unseres Erachtens auch nach Friedensschluß in irgendwelcher Form aufrecht bleiben müssen, um die Kraft und die Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft der beiden Staaten unserer Monarchie weiter zu fördern.

Tägliche Rundschau
24. III. 1916

24
160

Ein großer Orient-Wirtschaftsverband.

In vertraulicher Sitzung von etwa 100 führenden Männern aus Deutschlands Handel, Industrie und Finanz wurde gestern abend im Hotel Adlon ein neuer großer Wirtschaftsverband ins Leben gerufen: „Der Deutsche Levante-Verband".

Wir haben bereits eine Anzahl von Vereinen, die auf kulturellem, ethischem Gebiet die Förderung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Orient sich zur Aufgabe gestellt haben oder für Einzelländer auch auf kommerziellem Gebiete ähnliches erstreben. Der D. L. V., Zentralgeschäftsstelle Berlin NW. 7, Unter den Linden 56 (im Zollerhof), schafft dagegen, ohne jede Zersplitterung der Kräfte, in einem machtvollen Organismus eine Gesamtvertretung des deutschen Handels, der Industrie und Finanz, ein praktisches Werkzeug, das in nüchterner, tatkräftiger Arbeit deren Ziele im Orient vertritt und fördert, kurz, eine einfache, direkte Interessenvertretung „ohne alles dekorative Beiwerk". Die Berichte des Organisationsausschusses ließen darüber keinen Zweifel. Als Redner traten auf Gen.-Dir. Berg- und Hütten-Ing. Caro, Gen.-Dir. Kaulitz, Reg.-Rat Prof. Dr. Leidig vom Hansabund, Stadtverordn. Handelsrichter Eisenberg, D. Tietsch, der bekannte Herausgeber des Levante-Handbuches, Syndikus Krauß u. a. Aus ihren Berichten ging hervor, daß der D. L. V. nicht nur bereits wertvolle Beziehungen in Konstantinopel, Sofia, Bukarest, Athen usw. zu deren maßgebenden Stellen und wirtschaftlichen Faktoren besitzt, sondern daß er auch bereits durchaus geeignete Männer, die sowohl mit Land und Leuten dort wie auch mit der deutschen Wirtschaft und ihren Bedürfnissen und Interessen vertraut sind, entsandt hat. Der D. L. V. unternimmt schon jetzt, inmitten des Krieges, alles Nötige im Orient in die Wege zu leiten und eine zuverlässig arbeitende Organisation zu schaffen.

Die Versammlung, die äußerst anregend war, beschloß, im ganzen Reich gleiche Versammlungen zwecks Ausbau der Organisation des D. L. V. abzuhalten und selbständige Bezirksausschüsse in allen Hauptstädten und Industriemittelpunkten zu bilden und Geschäftsstellen zu errichten.

Fremdenblatt

24./III. 1916

161

Handelspolitisches Komitee der Beiräte des Handelsministeriums.

Gestern hat unter dem Vorsitze des Obmannes Doktor Brosche, in Anwesenheit des Handelsministers Doktor v. Spitzmüller, eine Sitzung des Handelspolitischen Komitees des Handelsministeriums stattgefunden, in der das Arbeits- und Beratungsprogramm und die Art und Weise der Durchführung der weiteren Beratungen erörtert und festgesetzt wurde. Das Arbeitsmaterial wurde zunächst in drei große Beratungsgruppen geteilt und es wurden hiefür Hauptreferenten bestellt, die unter Fühlungnahme mit der Regierung und unter Beiziehung von Fachmännern das Material zu bearbeiten und dem Komitee Berichte und Anträge zu erstatten haben. Zu Referenten für die Fragen der Zollpolitik und des Zolltarifes wurden die Mitglieder Dr. Carus und Kuffler, für die Verkehrsfragen die Mitglieder Dr. Kolischer und Singer, für die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Deutschen Reiche die Mitglieder Exzellenz Dr. Baernreither und Generaldirektor Günther gewählt.

Fremdenblatt
24. III. 1916

Die wirtschaftlichen Friedensbedingungen Frankreichs.

In einer Zuschrift an den „Temps" macht der Direktor der französischen Staatsfabriken Emile Belot Vorschläge, wie die deutsche Industrie für immer zu vernichten sei:

Wenn keine Gegenmaßregeln getroffen werden, würde nach dem Friedensschluß die unnatürliche Lage entstehen, daß das besiegte Deutschland mit seinen unbeschädigten Fabriken und großen Lagern von unverkauften Waren sofort den Welthandel wieder an sich reißt, während Frankreich und Belgien infolge der Verwüstungen und des Mangels an Maschinen ein Jahr brauchen würden, um ihre Industrie wieder in Gang zu bringen. Wir müssen daher ein ganzes industrielles Verteidigungssystem vorbereiten, um das Gleichgewicht zu unserem Gunsten wieder herzustellen.

Einige Maßregeln zur Erreichung dieses Zieles wären folgende: Alles, was an Material und Maschinen aus Frankreich und Belgien fortgeführt worden ist, muß zurückbeschafft werden. Als Ersatz für die zerstörten Maschinen muß man Deutschland alle ähnlichen Maschinen fortnehmen, ohne sie auf die Kriegsentschädigung anzurechnen. Der Feind muß gezwungen werden, selbst die zum Wiederaufbau unserer Industrie nötigen Arbeitskräfte zu stellen, wenn nötig, militärisch organisiert, eine Maßregel, die zugleich den Vorzug hätte, die Wiederaufnahme der Industrietätigkeit in Deutschland zu verzögern. In Deutschland müssen hohe Einfuhrzölle für Rohmaterialien und Ausfuhrzölle für Fertigfabrikate eingeführt werden, so lange die Verbündeten die Zölle als Garantien beherrschen. Der Ausfuhrzoll auf Farbstoffe würde zugleich uns Zeit geben, diesen Fabrikationszweig bei uns auszugestalten. Ein bedeutender Teil der Kriegsentschädigung muß in wissenschaftlich-industrielle Laboratorien gesteckt werden.

Frankreich, das so reich an Bodenschätzen ist, schuldet sich selbst, daß es den Sieg der Waffen durch einen unerhörten Sieg seiner Industrie ergänzt.

Die Zeit 24. III. 1916

163

Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Zentralmächten.

Interessante türkische Zeitungsstimmen.

Die türkische Presse befaßt sich in letzter Zeit sehr eingehend mit den Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Zentralmächten. Diese Aeußerungen sind um so bedeutungsvoller, als die Blätter unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicherlich die Ansichten der maßgebenden Konstantinopeler Kreise widerspiegeln. Die Kölnische Zeitung lenkt die Aufmerksamkeit auf zwei in letzter Zeit erschienene Artikel der türkischen Presse. Der eine stammt aus dem Blatt Taswir-i-Efkiar. Er führt aus, daß die in Konstantinopel angekommene Kommission, die in der Türkei gewisse Artikel kaufen und sie nach Deutschland und nach Oesterreich-Ungarn ausführen will, nicht recht einzusehen vermöge, warum manche Sachen in der Türkei so teuer sind und warum man zum Beispiel für eine Ware, die in Smyrna 2½ Pfund kostet, in Konstantinopel 4 Pfund verlangt. Die Kommission habe daher nicht nur einen Schritt bei der türkischen Regierung unternommen, um die Einkaufspreise herabzusetzen, sondern auch angeboten oder verlangt, daß die von Deutschland benötigten Waren erst an der Landesgrenze gekauft und daß dort erst der Preis festgesetzt werden solle; bis zur Grenze sollen die Waren von den Verkäufern selber geliefert werden, und es stünde ihnen frei, wenn sie den von der deutschen Kommission gebotenen Preis nicht annähmen, die Ware zurückzuschaffen. Diese auf Unkenntnis der Landesverhältnisse beruhenden, preisdrückenden Vorschläge weist das türkische Blatt im Auftrag der Regierung natürlich zurück und fügt hinzu, der richtige Weg sei nicht die Monopolisierung durch eine Einkaufskommission, sondern Handelsfreiheit und freie Konkurrenz, und es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Tausende von deutschen und österreichisch-ungarischen Handelsfirmen, die seit langem die besten Beziehungen zu der Türkei unterhielten und das Land besser kennen als eine neu angekommene deutsche Kommission, vorziehen werden, diesen Weg zu beschreiten.

Das Wichtige im Artikel ist keineswegs die Meinungsverschiedenheit über die Preisbildung. Die Sache dürfte nach Ansicht des Rheinischen Blattes wohl einen tieferen Grund haben. Vielleicht macht sich jetzt schon leise eine gewisse Sorge bemerkbar, was nach dem Kriege sein wird. Der Vorrat an Produkten und an Rohmaterialien, die für die Industrie und die Volkswirtschaft der beiden Verbündeten sofortige Abnehmer finden, ist gerade in der Türkei alles andere als unbegrenzt. Gewiß bedenkt die Türkei auch, daß ihre durchaus nicht unerschöpflichen Vorräte auch einmal für die eigenen Bedürfnisse notwendig werden könnten, und daß sie, namentlich in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wenn alle kriegführenden Staaten und nicht zuletzt die Türkei tief verschuldet sein werden, und niemand mehr Lust hat, Geld zu verleihen, einmal ihre einzige Geldquelle bilden werden. In dem dauernden Abfluß aller irgendwie brauchbaren, jetzt aufgestapelten Erzeugnisse liegt daher sowohl für die türkische Volkswirtschaft wie für die türkischen Finanzen so lange eine gewisse Gefahr, als der endgültige Ausgang des Weltkrieges noch nicht ganz feststeht. Die Türkei wird Geld gewinnen aus solchen Kriegsverkäufen, aber doch niemals genug, um den gewaltigen Ausgaben des Krieges und der Schuldentilgung gerecht zu werden; sie will daher einen gewissen Vorrat an später im Bedarfsfalle zu Geld zu machenden Waren so lange zurückbehalten, bis einerseits jede politische Gefahr für sie geschwunden, andererseits die neue, intensivere Produktion eingeleitet ist. Und bei alledem wollen wir nicht vergessen, daß der Zeitpunkt, wo wirklich die Türkei in großem Maßstabe den Zentralmächten als Rohstofflieferant von Nutzen sein kann, noch in weiter Ferne liegt. Daß die Türkei das wird, wird eine Frage großzügiger, jahrelanger Arbeit sein.

Ein zweiter in der Sabah erschienener Aufsatz zieht eine weitere Perspektive. Mit deutlichen Worten spricht er sich gegen den auf der Dresdener Wirtschaftskonferenz vertretenen Gedanken eines engen zollpolitischen Anschlusses der Zentralmächte unter sich und mit der Türkei aus, soweit dieser Zukunftsplan die Türkei anlangt. Die Sabah gibt zu, daß der Zollverein sicher eines der wirkungsvollsten Mittel sein würde, die Freundschaft und das Bündnis festzukitten, aber sie hebt hervor, daß zunächst Freundschaft und militärisches Bündnis die Hauptsache seien und an alles andere noch nicht gedacht werden könne. Kluge Zurückhaltung in dieser Frage sei sogar notwendig zur Wahrung des eigenen Ansehens, und ohne solches und vorsichtige Wahrnehmung der eigenen Interessen werde auch die Freundschaft wertlos und verliere die Türkei die Möglichkeit, ihren Freunden zu nützen. Die Grundlage, von der das türkische Blatt ausgeht, ist aber weder mangelnde Wärme für die Verbündeten, noch Egoismus, sondern die Ueberzeugung, daß die Türkei wirtschaftlich sich in ganz besonderer Lage befinde. Länder wie Bulgarien und Rumänien, genügend vorgeschrittene Ackerbauländer mit guten Verkehrsverhältnissen, können natürlich — nach der Auffassung des türkischen Blattes — den Ueberschuß ihrer Erzeugung höchst vorteilhaft verkaufen und dadurch reich werden. Die Türkei sei dagegen nicht imstande, diesen Vorteil genügend auszunützen. In Jahren des Ueberflusses an Getreide verfaule ein Teil der Ernte an Ort und Stelle infolge der mangelhaften Verkehrsverhältnisse. Und solange diese alte, vererbte „Krankheit" nicht geheilt sei, könne sich das Land nicht als ein ausgesprochenes Ackerbau-, daß heißt Getreideland betrachten. Denn es habe keinen Zweck, Getreide, Leder, Wolle, Seide und ähnliches auszuführen, dafür aber Mehl, Biskuits, Bier und Gewebe zu importieren. So werde es kommen, wenn die Türkei im Zollverein mit industriell hochentwickelten Ländern die Rolle eines reinen Ackerbaugebietes übernehme. Ein solches sei dann gezwungen, immer sein Allerbestes herzugeben, und das sei verhängnisvoll. Im Zollverein mit Industrieländern könne die Türkei nur verlieren.

Frankfurter Zeitung
24. III. 1916

Bundesratsbeschlüsse.

N Berlin, 23. März. (Priv.-Tel.) Dem Reichstag ist heute eine Uebersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschließungen zugegangen.

Darnach soll die Versorgung der unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern durch eine Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz geregelt werden. Bis dahin sind einmalige Zuwendungen bereitgestellt.

Dem Antrag, Eltern, die mehrere Söhne im Felde haben, auch für mehrere Söhne die Kriegsunterstützung zu geben, hat nicht entsprochen werden können. Die schuldlos geschiedene Ehefrau erhält die Unterstützung. Dem Antrage, ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit Familienunterstützung zu gewähren, hat nicht stattgegeben werden können. Die Berücksichtigung der unehelichen Kinder ist erfolgt. Die Vaterschaft wird auch als nachgewiesen angesehen, wenn sie nicht gerichtlich anerkannt ist. Es werden formlose Nachweise als ausreichend erachtet. Die Angehörigen von Mannschaften, deren aktive Dienstzeit während des Dienstes eigentlich erfüllt war, erhalten von diesem Zeitpunkt ab die Unterstützung bereits seit längerer Zeit. Im übrigen ist in Aussicht genommen, die Unterstützung auch den Angehörigen aller aktiv dienenden Mannschaften im Falle der Bedürftigkeit zu gewähren.

Eine ganze Reihe von

Eingaben

wird für erledigt erklärt durch inzwischen getroffene Bestimmungen und Verordnungen.

Eine Einschränkung des Tabakbaues, wie sie in einer Eingabe des Bundes deutscher Tabakgegner in Dresden durch gesetzliche Maßnahmen verlangt wurde, um die Anbaufläche freizumachen für andere Zwecke wird als nicht angezeigt abgelehnt. Die dazu für andere Früchte freiwerdenden Kulturflächen können im Vergleich zu dem gesamten Kulturland des Reiches kaum in Betracht kommen: außerdem haben zur Deckung des Bedarfs der Heeresverwaltung das Reich ein nicht unerhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung der inländischen Tabakerzeugung.

Alle gegen die Lohndrückerei gerichteten Bestrebungen, wie es in einer Petition verlangt worden war, hat die Heeresverwaltung seit jeher unterstützt und ganz besonders in der letzten Zeit. Der Anregung, bei Lohnfragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu hören, wird entsprochen. Es wird Vorsorge getroffen, daß fortan in den Lieferungsverträgen den an der Auftragsausführung beteiligten Arbeitern bestimmte Zusagen gemacht und Strafbestimmungen und Klagerechte zu Gunsten der Arbeiter festgesetzt werden.

Ueber weitere Verbesserungen des Arbeitsnachweiswesens wird zur Zeit verhandelt. Die bestehenden Arbeitsnachweis-Organisationen sollen die Vermittelung von Arbeit auch für die heimkehrenden Krieger übernehmen. Maßnahmen zur besonderen Förderung dieser Vermittelung sind getroffen. Auf die allmähliche Ausmerzung der entbehrlichen Fremdworte in dem Reichshaushaltsetat soll Bedacht genommen werden.

Der Entwurf eines neuen Kriegsleistungsgesetzes wird nicht vor Beendigung des Krieges vorgelegt werden können, da die sich während des Krieges ergebenden Erfahrungen verwendet werden müssen. Der Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegszuschlägen ist in Vorbereitung.

Ein Bedürfnis von dem bisher eingenommenen Standpunkt bezüglich der Zulassung zum Einjährigendienst abzugehen, wird verneint. Die Zulassung sei schon wesentlich erweitert und erleichtert worden. Außerdem sei auf Grund des § 50 der Heeresordnung die Möglichkeit gegeben, im Kriege den Bedarf an Offizieren unabhängig vom Besitz der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung zu decken. Gesetzentwürfe über Aenderungen und Ergänzung des Offizierpensions- und des Mannschaftsversorgungsgesetzes sind vorbereitet worden.

Von der Einführung einer Stellenlosenfürsorge der Angestelltenversicherung ist als zur Zeit unausführbar Abstand genommen worden.

Wegen Unterbringung von Kriegsinvaliden unbeschadet der Vorrechte der Militäranwärter sind entsprechende Weisungen durch das Reichsamt des Innern erteilt worden. Es geschieht alles Erforderliche in dieser Hinsicht.

Dem Reichstage wird voraussichtlich in der gegenwärtigen Tagung noch ein Gesetzentwurf zugehen über die Kapitalisierung der Renten Kriegsbeschädigter und Kriegerwitwen zum Zwecke der Ansiedlung auf eigner Scholle.

Zahlreiche, auf die Lebensmittelversorgung gerichtete Anträge des Reichstags sind inzwischen durch Verordnungen berücksichtigt worden, oder es wird in der Praxis nach diesen verfahren.

Der Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers wird fortan die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Namentlich wird geprüft, in welcher Weise die Produktion der Reichswerke gesteigert werden kann. Auch die Frage der rechtzeitigen Ueberlassung an die Landwirte und Vermittler wird von der Heeresverwaltung unausgesetzt im Auge behalten.

Berlin, 23. März. (W. B. Amtlich.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung über die Vornahme einer Viehzwischenzählung am 15. April, die Entwürfe zu den Gesetzen betreffend eine vorläufige Regelung des Reichshaushaltes und des Haushaltes der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend eine Aenderung der Bestimmungen über Fachausschüsse für Hausarbeit vom 18. Juni 1914, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Höchstpreise usw. und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Sperre und die Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen.

Berlin, 23. März. (W. B. Amtlich.) In seiner Sitzung vom 23. März hat der Bundesrat eine Verordnung beschlossen, durch die die Strafvorschriften des Höchstpreisgesetzes und der Preiswucherung so umgestaltet werden, daß Ueberschreitungen von Höchstpreisen und Preistreibereien wirksamer verhindert werden können. Insbesondere soll eine fortan zu erkennende Geldstrafe grundsätzlich auf das doppelte der erzielten Gewinne bemessen werden. Um einen Ueberblick über die vorhandenen Viehbestände zu haben, ist ferner die Veranstaltung einer Viehzwischenzählung am 15. April vom Bundesrat beschlossen worden.

Frankfurter Zeitung
25./III. 1916

165

Ein Reichsausschuß der Detaillistenverbände.

N Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Ein Reichsausschuß der Detaillistenverbände soll wie der „Konfektionär" mitteilt, demnächst begründet werden. Die Bestrebungen zur Gründung dieser den gesamten deutschen Detailhandel umfassenden Organisation gehen von dem Vorsitzenden der Detailhandelsberufsgenossenschaft Reichstagsabg. Astor aus und finden in den weitesten Kreisen des deutschen Detaillistenstandes lebhafte Zustimmung. Die „Interessengemeinschaft großer Detaillistenverbände", Vorsitzender Kommerzienrat Schmahl-(Mainz), der einer Anzahl der größten deutschen Detaillisten-Organisationen angehört, beschäftigte sich in einer gestern hier in Berlin abgehaltenen Versammlung eingehend mit diesem Projekt und beschloß einstimmig, sich an dieser Gründung zu beteiligen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 30./III. 1916

166

(Einheitliche Organisation der Rohstoffbeschaffung in Ungarn.) Aus Budapest, 30. d., wird uns telegraphiert: Im ungarischen Handelsministerium wird demnächst nach einer Information des „Az Ujsag" eine Kommission ins Leben gerufen werden, deren Zweck nach österreichischem Muster die Beschaffung von Rohmaterialien bilden soll. In diese Kommission werden Vertreter der hervorragendsten Industriezweige einbezogen werden. Gelegentlich der letzten Verhandlungen in Budapest wurde auch die Frage der Beschaffung von Rohmaterialien eingehend besprochen, wobei ein einheitliches Vorgehen beschlossen worden ist.

Arbeiterzeitung 1./IV. 1916 168

Der ungarische Industrie-kapitalismus und Mittel-europa.

Von **Josef Diner-Dénes** (Budapest).

I.

Man denkt „in Erdteilen". Wie hübsch klingt das am heimlichen Herde. Man sitzt in enger Stube und erzählt dem lauschenden Frauenvolk, wie das einst gewesen (nur wir Alten sind ja mehr daheim), und wie jetzt eine Schlachtfront sich dehnt über Länder und Meere, ja Erdteile hinweg, und wie die vereinigten Völker aus vier Erdteilen gegen uns anstürmen. Und dann zeigt man, wie in diesem Kriege alle „unsere Quantitätsbegriffe sich gewaltig verändert" haben und von nun ab nur noch ganz große Mächte, Heere, Wirtschaften etwas Eigenes zu bedeuten haben werden.

Könnte man aber nicht ebenso hübsch dem lauschenden Frauenvolk etwas ganz Gegenteiliges erzählen? Wie sich alle fünf Erdteile gegen uns erhoben, gegen die beiden Mittelmächte, die ganz klein sind im Vergleich zu Völkerzahl, Gebietsgröße und Wirtschaftsumfang der Feinde. Und doch habe sich, wie vor Jahrtausenden, der kleine David dem großen Goliath überlegen erwiesen. Also nicht die Größe, nicht die Masse, nicht die Quantität sei das Entscheidende, sondern die individuelle, völkische Tüchtigkeit.

Mich aber dünkt es, beide Kriegslehren seien falsch oder doch nur Frauenlehren, weil sie an den Oberflächen haften und nicht nach den weiteren Hintergründen und den tieferen Untergründen forschen. Denn daß sich unsere Quantitätsbegriffe gewaltig verändert haben und daß die Weltpolitik nur die Großmächte machen, hätte Naumann auch schon vor fünf und zehn Jahren entdecken können (besser allerdings spät, als nie), ganz ebenso hätte er auch entdecken können, daß der Einfluß auf die Weltpolitik ganz und gar nicht im Verhältnis stand mit der Volkszahl, der Gebietsgröße und dem Wirtschaftsumfang, und selbst auch nicht mit der Heeresgröße der verschiedenen Großmächte, sondern daß hiefür ganz andere Faktoren entscheidend waren, und nicht an letzter Stelle die individuelle Tüchtigkeit in ihrer noch ganz altväterlichen Spielart: diplomatische Geschicklichkeit. Er hätte sogar entdecken können, daß zuweilen auch eine Kleinmacht in der Weltpolitik nicht Mitläufer, nicht Statist sein muß, sondern erster Akteur sein kann. Belgien und Bulgarien waren es, andere hätten es sein können.

Zum Verwundern ist das auch nicht. Im kapitalistischen Wirtschaftsleben der Einzelstaaten ist ein Zustand erreicht, in dem die Kapitalsgröße, die kapitalistische Geschicklichkeit, die Organisation das Einzeltalent auf den zweiten Plan geschoben hat. Hier werden deshalb auch die großen Industrie- und Kapitalseroberer, die Captains of industry, die im vorigen Jahrhundert die Regel waren, zur Ausnahme. Im zwischenstaatlichen Leben ist aber noch keine Spur von Organisation (alle bisherigen Mächteverbände sind noch nicht einmal Anläufe hiezu), hier herrscht noch unbeschränkt der freie Wettbewerb und es haben deshalb politisches und diplomatisches Talent der Einzelstaaten so weiten Spielraum, daß selbst ein Kleinstaat noch die Möglichkeit hat, ein großes Los zu ziehen.

Daß diese Verhältnisse aber der Krieg mit einem Schlage gewandelt hätte, dafür sehe ich keinerlei Anzeichen. Ich lese wohl Tag um Tag allerlei krause Zeitungsnachrichten, daß sich die Ententemächte jetzt schon für die Zeit nach dem Kriege enger zusammenschließen und organisieren, um nach Beendigung des Schützengrabenkrieges den Zoll- und Handelskrieg gemeinsam zu beginnen, meine aber, daß, wenn sie den engen Zusammenschluß und die gemeinsame Organisation für die Zeit des Krieges nicht gefunden, sie diese für die Zeit nach dem Kriege nicht einmal suchen werden. Hat doch auch bei den Zentralmächten trotz der viel innigeren militärischen Gemeinsamkeitsarbeit, trotzdem bei ihnen die Schützengrabengemeinschaft keine Phrase, sondern eine Tatsache ist, der Krieg nach vielen anderen Richtungen hin keine Gemeinschaft erzeugt. Die drei Staaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn haben auch während des Krieges keine Wirtschaftsgemeinsamkeit gehabt weder in kriegswirtschaftlicher Hinsicht noch in der Volksernährung. Vielmehr war die Tendenz vorhanden für eine gesteigerte wirtschaftliche Abschließung voneinander, und zwar nicht bloß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch zwischen Oesterreich und Ungarn trotz aller Zoll- und sonstigen Gemeinsamkeit.

•

Daß sich mitten in dem allgemeinen Werben und Locken für die eigenen Interessen der ungarische Industriekapitalismus nicht verschämt zur Seite stellt, ist selbstverständlich. Er beruft sich auf seine Kriegsleistungen, die auch tatsächlich ganz ansehnlich waren, wie sehr er dem österreichisch-ungarischen Heere gefehlt hätte, und macht ganz folgerichtig die Sünden, in denen er geboren und die man ihm bei allen Gelegenheiten vorgeworfen, zu einem Ruhmestitel, ja mehr, fordert ihre Erneuerung und Verdoppelung.

Eine ganz und gar künstliche Treibhauspflanze, stark unökonomisch, vielfach krank, ohne jede Aussicht auf eine gesunde Weiterentwicklung: so urteilt man vielfach in Deutschland und auch in Oesterreich über die ungarische Industrie, und die ungarischen Agrarier sowie unsere mitteleuropafreundlichen Sozialwissenschaftler denken auch nicht viel anders; manche von ihnen sind sogar bereit, diese Industrie hinzuopfern, in der Erwartung, daß Mitteleuropa uns hiefür vollauf entschädigen wird, weil es uns eine rasche und mächtige Hebung der Landwirtschaft bringen wird.

Diesem Urteil kann ich nicht beistimmen und bin darin einer Meinung mit den besten Wirtschaftsfachmännern unserer Partei. Daß bei der Züchtung unserer Industrie sehr oft allerlei unsaubere Machenschaften mitliefen, habe ich seinerzeit in diesem Blatte genugsam gegeißelt; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß jetzt die ungarische Industrie ein bedeutsamer Faktor unseres Wirtschaftslebens ist.

Unsere Zollgemeinschaft mit Oesterreich baute sich auf dem Gedanken auf, daß die beiden Staaten einander derart ergänzen sollen, daß Ungarn die landwirtschaftlichen, Oesterreich aber die gewerblichen Produkte liefern soll. Also Kolonialverhältnis. Daß dies aber kein Verhältnis auf lange Dauer sein konnte, bedarf keiner Erörterung. Bald nach seiner neuen staatlichen Gestaltung im Jahre 1867 betrat denn auch Ungarn den Weg der Industrialisierung. Mit der Aera der Schutzzölle kam diese Entwicklung ins Stocken. Das Uebergewicht der in Ungarn zollfreien österreichischen Industrieprodukte war zu groß. Dem zu begegnen, griff die Regierung zur künstlichen Züchtung. In bunter Reihenfolge wurde die ungarische Industrie durch Bevorzugungen bei öffentlichen Lieferungen, günstigere Tarifstellungen, Steuernachlässe, forcierte staatliche Bestellungen und auch direkte Subventionen gegenüber der österreichischen Konkurrenz geschützt. Zu wieviel Streit und Zank zwischen Oesterreich und Ungarn dies Anlaß gegeben, wissen ja alle Kenner unserer Ausgleichskrisen sowie auch daß hiedurch die Wirtschaftsgemeinschaft der beiden Staaten immer mehr eingeengt und schließlich in Wirtschaftsgegnerschaft gewandelt wurde, die eben im Kriege ihre absonderlichsten Blüten gezeitigt hat.

Und wer kann glauben, daß sich bei Zollgemeinsamkeit zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zwischen diesen nicht mit der Zeit ebenfalls statt einer Wirtschaftsfreundschaft eine Wirtschaftsgegnerschaft [illegible] gelegentlich [illegible] Zwist mit den Brüdern ernstlich [illegible] [illegible] [illegible]

Arbeiterzeitung 4./IV. 1916

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Mittelstandsindustrie und Rohstoffkartelle.

Im Niederösterreichischen Gewerbeverein sprach der Vizepräsident der Fiumaner Handelskammer Lazarus darüber, wie unsere mittlere Industrie durch die Kartelle mit Rohstoffen nicht entsprechend versorgt wird. Dies bewirke eine Rückständigkeit unseres industriellen Mittelstandes gegenüber dem des Auslandes, die im Export und daher auch in der Handelsbilanz, nicht minder aber in der Steuerkraft ihren Ausdruck finde. Der polnische Teil Rußlands allein erzeugt jährlich Fabrikate um zwei Milliarden Kronen, ganz Ungarn jedoch bloß um 1·7 Milliarden. Diese Rückständigkeit kommt daher, daß wir unsere Industrie auf der engen Basis einer Kartellaristokratie aufgebaut haben, der ganze Norden und Westen Europas hingegen hat seine Industrie auf breitester Basis demokratisiert. Diese Ausführungen berühren einen Hauptpunkt unserer verkehrten Zoll- und Wirtschaftspolitik, der für die Masse der österreichischen Industriellen höchst beachtenswert ist.

Die Preisnachlässe, welche unsere Kartelle der Mittelstandsindustrie bloß gegen Nachweis von Exportzertifikaten gewähren, sind nach Lazarus' Darlegungen nicht imstande, unsere Handelsbilanz zu verbessern, weil unsere Inlandspreise für Rohstoffe höher gehalten sind als die unserer ausländischen Konkurrenten. Was aber mehr ist: Handelsbilanz und Valuta werden direkt verschlechtert durch unseren Rohstoffexport, der unter dem Niveau des Inlandspreises erfolgt. Denn der Heimatsmarkt ist die primäre — der Export die sekundäre Erscheinung. Es wurden Friedrich Naumanns Worte zitiert: „Wer fest im Export sein will, muß den Heimatsmarkt fest in der Hand haben. Eine böhmische Textilfabrik kann nicht in Rumänien Erfolge haben, wenn ihr indessen der Wiener Markt von der ausländischen Konkurrenz weggenommen wird." Den Heimatsmarkt kann aber bloß derjenige fest in der Hand haben, der sein Rohmaterial billiger bezieht als alle Ausländer. Jeder Preisnachlaß für Rohmaterial, welchen unsere Kartelle (unterhalb des Niveaus des Inlandspreises) den ausländischen Fabrikanten gewähren, ist letzten Endes ein valutarisches Unrecht, denn es provoziert sofort ein Hereinströmen von ausländischen Fertigfabrikaten als Ueberschuß des ausländischen, durch unsere billigen Rohstoffe gekräftigten Marktes in unseren durch teure Rohstoffe geschwächten Heimatsmarkt. An zahlreichen Beispielen erweist Lazarus, daß durch eine solche unrichtige Kartellpolitik zum Schaden unserer Valuta dreimal so viel Gold für hereinkommende Fertigfabrikate hinausgeflossen, als für exportiertes Rohmaterial hereingekommen ist. Der jetzige rücksichtslose Hungerkrieg führt uns vor Augen, was richtige Rohstoffpolitik bedeutet. Selbst im Interesse der Banken, des Fiskus und der Kartelle empfehle sich das Umsatteln von unserem landläufigen: „Wenig, aber teuer" auf das nordische und westliche Intensivwirtschaftssystem: „Billig — aber viel." Lazarus nennt das „die Macht der kleinen Ziffer". Man fühlt sie auch in der Landwirtschaft: die ausländischen Landwirte sind bei billigen Nahrungsmittelpreisen reicher als die unsrigen; diese jedoch bei teureren Lebensmittelpreisen ärmer als die ausländischen. Die Lösung dieses Rechnungswunders beruht eben auf dem Einfluß der „kleinen Ziffer" auf das Multiplikationsprodukt: Preis mal Umsatz. Es trägt der Durchschnittshektar im Norden und Westen 23 bis 27 Meterzentner Weizen, in Oesterreich bloß 15, in Nord- und Westeuropa 22 bis 24 Meterzentner Hafer, in Oesterreich bloß 13, in Nord- und Westeuropa 150 bis 190 Meterzentner Kartoffeln, in Oesterreich bloß 100. In der Industrie heißt das: „Macht des kleinen Preises bei großem Umsatz." Man kann sich ein armes Spanien vorstellen, mit einigen großen Unternehmungen darin, die Riesengewinne einheimsen können; man kann sich aber unmöglich ein Land als arm vorstellen, falls in jedem Dorfe eine kleine Fabrik arbeitet. Fiskalisch gesprochen, kann man sich vorstellen, daß nach dem Theorem der „Macht der kleinen Ziffer" der Staat ein größeres Einkommen haben wird von allen großen und kleinen Fabriken eines durch und durch industrialisierten Landes als von der Beteiligung an einigen Riesenwerken eines industriearmen Reiches."

Der Vortrag Lazarus' ist unseren Industriellen und noch mehr den Verwaltern unseres Handelsamtes zu ernster Beachtung empfohlen. Denn er deckt die ganze Fehlerhaftigkeit unserer bisherigen Wirtschaftspolitik an dem Punkte auf, an den es am meisten ankommt.

In Italien erging ein Dekret vom 21. November 1915, das neben anderen Umlagen und Steuern auch eine „Steuer auf die vom Kriege abhängigen Gewinne" vorsieht. Es unterwirft die in der Kriegszeit neu hervorgetretenen Einkommen sowie die über die Friedenseinkommen hinausgehenden Mehreinkommen einer „außergewöhnlichen Kriegszuschlagssteuer". Für Kaufleute und Industrielle mit einer Gewinnquote von 8 bis 10 Prozent des investierten Kapitals beträgt die Steuer 10 Prozent; sie steigt bei einer Gewinnquote von mehr als 20 Prozent auf 30 Prozent. Für Vermittler bestehen geringere Sätze. Von der Zuschlagssteuer befreit sind neue Einkommen oder Mehreinkommen unter 2500 Lire (2000 Mark). Norwegen erließ unterm 17. August 1915 ein Gesetz über die Erhebung einer Staatssteuer vom Mehreinkommen infolge der Kriegskonjunktur. Die Steuer wird erlegt von Steuerzahlern, die bei der gewöhnlichen Staatssteuerveranlagung auf ein Einkommen von 10.000 Kronen (etwa 11.200 Mark) oder darüber eingeschätzt worden sind, und von Gesellschaften, die Schiffsreederei, Fang auf dem Meere oder Bergbau betreiben. Die Steuer wird von dem Teile der festgestellten Einkommenzunahme berechnet, der auf den herrschenden europäischen Kriegszustand zurückzuführen ist. Sie beträgt 5 Prozent bei den ersten 5000 Kronen und steigt auf 15 Prozent bei 20.000 Kronen und mehr. Für das Steuerjahr 1916/17 ist die Steuer verschärft worden. Schließlich hat noch Schweden ein Kriegsgewinnsteuergesetz vom 11. Juni 1915 erlassen. Die Steuer wird nur unter der Voraussetzung erhoben, daß das jetzige Einkommen das frühere übersteigt und der Steuerpflichtige mit mindestens 50.000 Kronen veranlagt ist. Aktiengesellschaften sind steuerpflichtig, wenn sie mehr als 5 Prozent des Gesellschaftskapitals als Gewinn erzielen. Bei einem Mehreinkommen von 1000 bis 4900 Kronen beträgt die Steuer 12 Prozent. Sie steigt auf 18 Prozent bei einem Mehreinkommen von 320.000 Kronen und darüber.

Neue Freie Presse
4/IV. 1916

170

[Die Insolvenzen im Kriege.] Heute fand die 47. ordentliche Generalversammlung des Kreditorenvereines zum Schutze der Forderungen bei Insolvenzen in Wien unter dem Vorsitze des Präsidenten dieses Vereines Herrn Felix Pollack v. Parnegg statt. Nach Begrüßung der erschienenen Vertreter von kaufmännischen Organisationen, und zwar der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, der Troppauer Handels- und Gewerbekammer, des Greminms der Wiener Kaufmannschaft, des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute, der Wirtschaftlichen Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie, des Niederösterreichischen Gewerbevereines, des Vereines Reisender Kaufleute Oesterreich-Ungarns, des Wiener kaufmännischen Vereines, des Prager Kreditorenvereines, des Vereines der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen, des Vereines für kaufmännische Interessen, des Vereines der Baumwollweber Oesterreichs, des Verbandes der Edelmetall- und Uhrenbranchen, des Kreditorenvereines der österreichischen Möbelindustriellen und Möbelinteressenten, der Baugewerblichen Kreditschutzstelle, der Vereinigung der Baumwollwarenerzeuger und Manipulanten Oesterreich-Ungarns, des Greminms der Wiener Handelsagenten, wurde vom Direktor des Vereines Dr. Hermann Oppenheim der Jahresbericht vorgetragen, der ein ausführliches Bild über die weitausgreifende Tätigkeit dieser Gläubigerorganisation gibt. Zunächst werden die veränderten gesetzlichen und rechtlichen Voraussetzungen, ferner das auch in Ungarn eingeführte gerichtliche Ausgleichsverfahren einer Besprechung unterzogen, wobei hervorgehoben wird, daß bei Schaffung und Durchführung der Verordnungen gerade der Kreditorenverein durch Anteilnahme seiner Organe an den betreffenden Beratungen und bei Einführung der Gesetze in die Lage kam, den Wünschen der Kaufmannschaft Geltung zu verschaffen. Auch die Verbesserung der Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht konnte — allerdings nicht in dem erstrebten Maße — erreicht werden. Mit teilweisem Erfolg hat sich der Kreditorenverein für einen Abbau der gesetzlichen Stundung in Galizien und der Bukowina, soweit diese Länder nicht engeres Kriegsgebiet sind, eingesetzt. Aus den statistischen Daten geht hervor, daß im Jahre 1915 1743 Fälle mit 20·33 Millionen Kronen Beteiligung der Mitglieder in Behandlung genommen wurden. An gerichtlichen Ausgleichen sind 318 Fälle mit einer Beteiligung von 6·2 Millionen Kronen angefallen. Dieses neue Verfahren hat Böhmen, Mähren und Schlesien am stärksten in Anspruch genommen. Aus dem Vergleich mit den Ziffern früherer Jahre ergibt sich die interessante Folgerung, daß die Krisen der Jahre 1912 und 1913 die österreichische Volkswirtschaft, soweit heute ziffermäßig feststellbar ist, mehr in Mitleidenschaft gezogen haben, als die Störungen der Kriegsjahre 1914, 1915. Erledigt hat der Kreditorenverein im ganzen 1345 Fälle mit einer Beteiligung der Mitgliedschaft von zirka 17 Millionen, wobei auch heute noch der außergerichtliche Ausgleich mit 682 Fällen und einer Beteiligung von 10·7 Millionen weitaus an der Spitze steht. Die Durchschnittsquote in der Höhe von 49·6 Prozent blieb zwar um 2·8 Prozent hinter der Durchschnittsquote des Vorjahres zurück, überstieg aber doch bedeutend die in 285 gerichtlichen Ausgleichsverfahren mit einer Beteiligung der Vereinsmitglieder von 4·3 Millionen Kronen erzielte Durchschnittsquote von 41·2 Prozent. Die Zahl der außergerichtlichen Ausgleiche im Konkurse ist auf 31 Fälle mit einer Gesamtbeteiligung von 370.000 Kronen wohl zum größten Teil infolge der Einführung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens zurückgegangen und aus dem gleichen Grunde sind nur 212 Konkursmassen mit einer Durchschnittsquote von 8·7 Prozent und einer Beteiligung von 1·5 Millionen Kronen zur Verteilung gebracht worden. Der Jahresbericht acht sodann auf die neugegründete internationale Rechtshilfe- und die Inkassoabteilung ein, die sich beide in der kurzen Zeit ihres Bestehens als äußerst zweckmäßig und kaufmännisch organisierte Einrichtungen zur Vermittlung der gerichtlichen, beziehungsweise außergerichtlichen Eintreibung von Forderungen darstellen. Schließlich wird die von dem Kreditorenverein ausgegangene Anregung der Schaffung einer internationalen Union der Gläubigerschutzverbände besprochen und festgestellt, daß sich die maßgebenden österreichischen Verbände bereits mit der angeregten Einrichtung einer österreichischen Zentralstelle einverstanden erklärt haben und auch mit einer großen Anzahl der deutschen Verbände Abmachungen wegen eines künftigen engen Zusammenarbeitens getroffen wurden. Nachdem hierauf der Rechnungsabschluß genehmigt worden war, wurden in den Vorstand die Herren Ignaz Deutsch, Leo Kalmus, Richard Klaubert, Franz Knobloch, Artur Lemberger, Dr. Gisbert Freiherr v. Liebieg, Moritz Löwy, Robert Perutz, Karl Prazl, Otto Schäffler, Eduard Schmolka, Moritz Silberknopf, Paul Stiaßny, Felix Wolf, Otto Emil Wolfrum wieder- und Herr Ernst Hochmuth neugewählt. Die Herren Franz Xaver Mayer, Salomon Rosenzweig, Friedrich Elsinger, Dr. Lothar Weiß wurden zu Schiedsrichtern designiert und die Herren Ignaz Frank, Karl Kohn und Max Weiner zu Rechnungsrevisoren gewählt.

Die Zeit 4./IV. 1916

Die zukünftige Handelspolitik Deutschlands.

Von Prof. Dr. Bernhard Harms (Kiel).*)

Der deutsche Außenhandel hat im letzten Friedensjahre 20 Milliarden Mark überschritten. 10 Milliarden Mark entfielen davon auf die Ausfuhr. Hiervon waren 63 Prozent Fertigware. Es ist ganz selbstverständlich, daß hinter diesen Zahlen eine gewaltige industrielle Tätigkeit steht, die durch die Befriedigung bloß an Inlandsbedarf dauernd nicht ersetzt werden kann, ganz abgesehen davon, daß zahlreiche Industriezweige sich in Bezug auf die Richtung ihrer Produktion bestimmten Auslandsbedürfnissen völlig angepaßt haben und das starke Ausfuhrbedürfnis Deutschlands sowieso zu aktiven Auslandsbeziehungen drängt. Gelänge es nicht, den früheren Anteil am Welthandel in absehbarer Zeit zurückzuerobern, so wäre, nach anfänglicher Konjunktur, mit Bestimmtheit ein schwerer krisenhafter Zustand des deutschen Wirtschaftslebens zu erwarten. Deshalb kommt alles darauf an, daß beizeiten die Voraussetzungen für die neue weltwirtschaftliche Betätigung Deutschlands geschaffen werden.

Man darf sich nun aber keinem Zweifel darüber hingeben, daß künftig bei der Bearbeitung des Weltmarktes auf weiten Gebieten mit erheblich größeren Schwierigkeiten gerechnet werden muß, als sie vor dem Kriege schon bestanden. Mit gewissem Recht kann behauptet werden, daß der jetzige Krieg ausgesprochen merkantilen Charakter hat. Die Nachwirkungen dürften sich deshalb gerade auf merkantilischem Gebiet noch lange zeigen. Es wird das Bestreben unserer heutigen Feinde sein, sich nach dem Krieg wirtschaftlich von Deutschland möglichst unabhängig zu machen und darüber hinaus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Deutschland zu verhindern,

[illegible]

sich beizeiten darauf zu besinnen, daß die deutsche Einfuhr aus überseeischen Ländern seit 1889 von 20·5 auf 42·2 Prozent der gesamten deutschen Einfuhr gestiegen ist, daß andererseits der Anteil der deutschen Ausfuhr, der auf nichteuropäische Länder entfällt, sich seit 1889 fast nicht verändert hat. Wir müssen versuchen, unsere Ausfuhr in überseeische Gebiete entsprechend unserem von dort her gestiegenen Bezug zu vermehren, um so einen Ausgleich zu schaffen für das, was uns nach menschlichem Ermessen in etlichen der wichtigsten europäischen Länder zunächst verloren geht.

In diesem Zusammenhang sei auf eine Ideenverbindung hingewiesen, die heute eine große Rolle spielt und vielfach über alle Befürchtungen hinwegtröstet: ich meine die zollpolitische Annäherung an Oesterreich-Ungarn. Ueber die Möglichkeit und die Tragweite der Durchführung dieses Projekts kann heute ein endgültiges Urteil noch nicht abgegeben werden, weil es bisher an den nötigen Voruntersuchungen überwiegend fehlt und man sich hüten muß, eine so schwerwiegende Frage bloß gefühlsmäßig zu betrachten, wie es heute nicht selten geschieht. Auf eines kann aber schon heute das Augenmerk gerichtet werden: Einer vollständigen Zollunion stehen die österreichisch-ungarischen Industrieinteressenten entgegen; eine bloße zollpolitische Vorzugsbehandlung aber bietet der deutschen Ausfuhrindustrie keinen Ersatz für Verluste in anderen europäischen Ländern, weil Deutschland den weitaus größten Teil der in Oesterreich-Ungarn aus dem Ausland bezogenen Industrieerzeugnisse sowieso schon liefert! Nehmen wir an, daß, was unwahrscheinlich ist, die Kaufkraft Oesterreich-Ungarns nach dem Kriege die frühere Stärke wiedererhält, so würden unter Berücksichtigung der Einfuhr, die aus zwingenden Gründen auch künftig aus dem nichtdeutschen Ausland nach Oesterreich-Ungarn gelangen muß, für etwa 200 Millionen Mark mehr deutscher Waren dorthin exportiert werden können, als es bisher geschehen ist. Das ist für absehbare Zeit die günstigste Rechnung, die aufgemacht werden kann. Es erhellt ohne weiters, daß die deutsche Ausfuhrindustrie darin das Heil nicht erblicken darf. Selbstverständlich ist mit solcher Berechnung nicht etwa die ganze Frage erledigt, denn es können nationalpolitische, weltpolitische und andere Gründe sehr wohl den Zollanschluß an Oesterreich-Ungarn nahelegen. Dabei mag allgemein bemerkt werden, daß das ganze Problem überhaupt ein überwiegend politisches Gesicht hat und wirtschaftliche Momente erst sekundär in Betracht kommen. Im Rahmen der Untersuchungen, die uns hier beschäftigt haben, spielt die Frage der zollpolitischen Annäherung

[illegible]

ist nur recht und billig, daß deshalb die Gegenseite beteiligt. Hier liegt ein nationales und staatliches Interesse offen zutage, und es können nationalpolitische, weltpolitische und andere Gründe sehr wohl den Zollanschluß an Oesterreich-Ungarn nahelegen. Dabei mag allgemein bemerkt werden, daß das ganze Problem überhaupt ein überwiegend politisches Gesicht hat und wirtschaftliche Momente erst sekundär in Betracht kommen. Im Rahmen der Untersuchungen, die uns hier beschäftigt haben, spielt die Frage der zollpolitischen Annäherung

[illegible]

in der Kaiserallee belegenen Restaurants Mittwoch Abend 8 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Bernhard Harms über „Deutschlands Handelspolitik nach dem Kriege“. Eintritt frei.

* [Gerbs Glaskasten Wein für 585 Mark.] Bumpen des Roten Kreuzes wurden, dem Vernehmen nach, in Anfage, im Kurhaus zu Wiesbaden Tausende Flaschen Steinberger Kabinett aus dem Privatbesitz des Herrn Gustav zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg versteigert. Das Jahr 1893 war eines der besten Weinjahre im Rheingau. Es hatte einen strahlend heißen Sommer, den heißesten und trockensten, den es seit Jahrzehnten gegeben hat, und einen Herbst, der die Trauben am Reben der Sonne kochte, die Tag für Tag vom hochsteilen Himmel herabglühte. Jenes der Stadt, durch all die traumverlorenen Orte, hinabschmiegt an die Abhänge, klimmen die breiten „Staaten“, und jauchzend schütteten die Mädchen die goldene Flut der Trauben in die

[illegible]

schätzen: Nichts hat das deutsche Volk zu Beginn des Krieges so stark und so peinlich überrascht, wie die Erkenntnis von der vollständigen Unzulänglichkeit des deutschen Nachrichtenwesens und der dadurch verschuldete katastrophale Zusammenbruch unseres vermeintlichen kulturellen und staatlichen Vorranges im feindlichen und im neutralen Auslande. Man ist sich einig, daß das künftig anders werden muß. Von sachkundiger Seite ist seitdem mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen worden, daß zu solcher Aenderung nicht nur der Ausbau unseres Nachrichtenwesens und Einflußnahmen nach und vom Ausland gehört, daß hier auch die Frage der Gebühren für die telegraphische und telephonische Uebermittlung der Presse entscheidend eine leider bisher nicht genügend beachtete bedeutsame Rolle spielt. Zu klarer Erkenntnis dieser Bedeutung der Presse gehört vor allem die Forderung, daß Telegramme und Ferngespräche einerseits und Briefe, Karten und Telegramme andererseits im Verkehr mit dem Ausland und mit den Kolonien gleichmäßig behandelt werden. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Telegramme und Ferngespräche im Verkehr mit den Kolonien und mit dem Ausland, soweit sie Nachrichten für die Presse enthalten, nur etwa ein Zehntel der Briefe und Karten betragen, daß also die Gebühren für Telegramme und Ferngespräche nicht ins Gewicht fallen, wenn sie für Briefe und Karten ermäßigt werden. Diese Forderung ist nun auch in der Tat erfüllt worden. Vom 1. April ab gelten für Telegramme und Ferngespräche nach den Kolonien und nach dem Ausland die gleichen Gebühren wie für Briefe und Karten. Damit ist ein Hindernis beseitigt, das bisher der Entwicklung des Nachrichtenwesens im Wege stand.

Reichspost Abendblatt
4. III. 1916

Hauptversammlung des Kreuzer-Vereines.

Sonntag den 2. d. fand im Gemeinderatssitzungssaale die 72 ordentliche Hauptversammlung des Kreuzer-Vereines statt, die sehr gut besucht war. Präsident GR. Langer konnte begrüßen: VBgm. Hierhammer, LA. Bielohlawek, als Vertreter der Handels- und Gewerbekammer kais. Rat Engel, vom niederösterreichischen Gewerbeverein in Wien kais. Rat v. Bachmann, Kurator der Zentralsparkasse Kainz, Vorstand des Kreditvereines Pilz, die GR. Baxa, Penz und Pichler sowie Handelskammerrat Hollaus. Präsident GR. Langer hielt in seinem Berichte dem verstorbenen Bezirksdirektor Johann Stadtherr einen warmempfundenen Nachruf, der stehend angehört wurde, und berichtete, daß weit über 500 Mitglieder zur Kriegsdienstleistung eingerückt seien. Im verflossenen Jahre seien 8070 Kronen an Spenden eingelaufen, so vom niederösterreichischen Landtag 1000 Kronen, Gemeinderat der Stadt Wien 1000 Kronen, durch Bgm. Weisskirchner aus dem Kriegsfürsorgefonds der Gemeinde Wien 5000 Kronen (Lebhafter Beifall), von der Handels- und Gewerbekammer 600 Kronen, von der Ersten österreichischen Sparkasse 200 Kronen und von dem regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein 100 Kronen (Beifall). Im abgelaufenen Jahre wurden 27 Verwaltungsrats- und 5 Aufsichtsratssitzungen sowie 2 Bezirksdirektorenkonferenzen abgehalten. 263 Geschäftsstücke, darunter 251 Darlehensgesuche wurden erledigt, wobei 26 Gesuche abgewiesen werden mußten. Zu Verlassenschaften wurden 5 Anmeldungen vorgenommen, in einem Falle war eine Konkursanmeldung notwendig; an Mahnungen mußten 4382 abgesendet werden. Zum Schlusse dankte der Präsident allen Vereinsfunktionären für ihre wackere Mitarbeit und bat auch in Zukunft dem Vereine Wohlwollen zu bewahren. (Lebhafter Beifall.) Den Spendern, besonders dem Bgm. Doktor Weisskirchner wurde der Dank durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck gebracht.

Von der Verlesung der Aufnahmeschrift der letzten Hauptversammlung wurde abgesehen, ebenso über Antrag des GR. Baxa von dem Vortrag des Rechenschaftsberichtes. Nachdem Rechnungsprüfer Anger erklärt hatte, die Bücher und Belege in Ordnung gefunden zu haben, wurde über Antrag der Aufsichtsräte Grünauer und Novotny dem Verwaltungsrat die Entlastung erteilt. Ueber Antrag des GR. Goldeband und Herrn Levy wurden zum Zeichen des besonderen Vertrauens zur bisherigen Verwaltung die Wahlen zu Aufsichts-, beziehungsweise Verwaltungsräten per acclamationem einstimmig vorgenommen. Hiebei wurden zu Aufsichtsräten gewählt die Herren: K. Anger, L. Braun, J. Forner, A. Friester, J. Grünauer, P. Hartmann, S. Ketskemeti, O. Prochaska, A. Rohrwasser, F. Schiller, K. Schönauer, Fl. Stadler, H. Turinsky, Fr. Wesely und H. Winkler; zu Verwaltungsräten: L. Filipi, J. Fritschek, A Gades, T. Hörnisch, Fr. Tirges, Fr. Langer, J. Seidl, J. Schelz und Dr. P. Wackernell v. Rechtenthurn. Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren K. Anger und GR. Pichler gewählt; zur Beglaubigung der Aufnahmeschrift wurden Direktor Hermann und GR Goldeband bestimmt.

LA. Bielohlawek gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es durch die Umwandlung des Vereines vor drei Jahren gelungen sei, ihn zu sanieren, und daß der Verein seinem Zweck, den Kleingewerbetreibenden zu helfen, treu geblieben sei. (Zustimmung.) Der Krieg habe gezeigt, wie notwendig derartige Einrichtungen seien und wie sehr es sich bewähre, daß die Gewerbetreibenden beizeiten daran denken, etwaige Unfälle, die sich im Leben ergeben können, zu paralysieren. Zum Schlusse bat Redner um rege Agitation für den Verein. (Lebhafter Beifall.)

VBgm. Hierhammer meinte, daß die Gewerbetreibenden nach Friedensschluß vor die schwierigsten Aufgaben gestellt sein werden. Die eingerückten Geschäftsleute, die bei ihrer Einrückung den Laden sperrten oder den Betrieb ihrer Frau übergeben haben, werden, führt der Redner aus, neu aufbauen müssen. Man solle nicht sofort denjenigen, der um fünf oder zehn Heller aufschlägt, in den Arrest führen; die großen Preistreiber erreicht man nicht oder will sie nicht erreichen. (Zustimmung.) Es wird aber eine Zeit kommen, wo darüber gesprochen werden darf und muß. (Beifall.) Eines steht fest, daß die Gewerbetreibenden — die wenigen, die bei den Heereslieferungen mitarbeiten, ausgenommen — schwere Zeit mitmachen. Es wird Aufgabe der Gemeinde sein, diesem Stande zu helfen, dadurch, daß sie alle Einrichtungen wie die ihrigen unterstützt und anderseits die Mittel, die ihr gegeben sind, dazu benützt, mit Notstandsarbeiten zu beginnen. (Beifall.) Schließlich dankte Redner dem Vorstande für seine hervorragende Tätigkeit. (Großer Beifall.)

Ueber Antrag des Präsidenten Langer wurde folgendes Telegramm an den Monarchen abgesendet: „Die heute im Gemeinderatssitzungssaale tagende 72. ordentliche Generalversammlung des Kreuzer-Vereines zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten entbietet Eurer Majestät Glück- und Segenswünsche und bittet zu Gott dem Allmächtigen, er wolle Eurer Majestät Kraft und Gesundheit in dieser schweren Zeit verleihen. Gott erhalte, beschütze und segne Euere Majestät!"

Hierauf schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Monarchen die Versammlung.

Tägliche Rundschau
5./IV. 1916

174

* **Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand.** Durch den jüngst veröffentlichten Erlaß der Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand ist die kgl. Eisenbahndirektion Berlin angewiesen worden, unter Berücksichtigung des staatlichen Interesses an der Erhaltung eines leistungsfähigen Handwerkerstandes, besonders auch auf die Heranziehung von Handwerkervereinigungen zur Ausführung von Arbeiten und Lieferungen Bedacht zu nehmen. Die kgl. Eisenbahndirektion Berlin hat sich bereits an die Berliner Handwerkskammer mit dem Ersuchen gewendet, sie über den wirtschaftlichen Zusammenschluß des Handwerks auf dem laufenden zu erhalten, insbesondere ihr jeweilig bekanntzugeben, welche und wo Lieferungsvereinigungen sich gebildet haben. Auch die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse hat einen derartigen Wunsch geäußert. Selbstverständlich wird die Kammer diese Ersuchen mit Vergnügen erfüllen.

Neue Freie Presse 6./IV. 1916

175

Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereines.

Unveränderte 5prozentige Dividende.

Wien, 5. April.

In der heute nachmittag im Musikvereinssaale unter dem Vorsitze des Präsidenten Alois Traut, Generaldirektors des „Janus", abgehaltenen diesjährigen Generalversammlung der Delegierten des Ersten Wiener Konsumvereines erstattete der Vorstand den Geschäftsbericht für das Jahr 1915, der ein ausführliches Bild der Lebensmittelversorgung und des Lebensmittelmarktes bot. Das Geschäftsjahr 1915 ist nach dem Geschäftsberichte während seiner ganzen Dauer im Zeichen des Weltkrieges gestanden. Trotz der vielfachen Schwierigkeiten hatte der Verein vielfach Mehrleistungen gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen, und die gesteigerte Barlosung hat ihre Ursache nicht ausschließlich in der starken Erhöhung der Preise, sondern ist auch auf den Umstand zurückzuführen, daß der Verein in einzelnen wichtigen Artikeln seinen Mitgliedern nennenswerte größere Mengen beschaffen konnte als in normalen Zeiten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte die Umsatzziffer infolge des starken Rückganges im Verbrauche von Artikeln, die nicht zu den unbedingten Lebenserfordernissen gehören, eine Erhöhung um rund 3·8 Millionen auf 28,176.767 Kronen kaum erfahren können. An Brot hat der Konsumverein seinen Mitgliedern über ein Drittel mehr als in anderen Jahren zur Verfügung gestellt. In Kartoffeln hat der Verein in der Zeit seiner unmittelbaren Bezüge um ungefähr 70 Waggons mehr als im Vorjahre abgegeben. Das Geschäft war seit Einführung der Höchstpreise zumeist verlustbringend. In Hülsenfrüchten waren die Bezugsmöglichkeiten im Berichtsjahre nur gering, und der Konsumverein verdankte es hauptsächlich seinen Vorräten aus dem Jahre 1914, daß er einzelne Sorten während des ganzen Jahres zur Verfügung hatte. Reis war infolge des Ausfuhrverbotes, das Italien schon lange vor seinem Eingreifen in den Krieg erlassen hatte, und infolge der Schwierigkeiten überseeischer Bezüge ebenfalls nur mit großer Mühe erhältlich und fehlte zeitweise vollständig auf dem Markte. Durch die Knappheit in den anderen wichtigen Nahrungsmitteln ist der Verbrauch an Zucker, der zum Teile infolge von Vorratskäufen schon im Vorjahre beträchtlich gestiegen war, neuerdings gewachsen, und auch der Konsumverein hat um etwa 45 Waggons mehr abgesetzt als im Jahre 1914. Der Konsumverein konnte seine Mitglieder infolge eines größeren Vorrates auch nach der Erhöhung der Zuckerpreise durch mehrere Monate hindurch mit altpreisigem, noch billigerem Zucker versorgen. Milch konnte der Verein nur in verringertem Maße beschaffen; der Rückgang betrug etwa ein Siebentel der vorjährigen Vertriebsmenge. Der Umsatz an Butter hat sich infolge Rückganges der heimischen Produktion, der durch die Einfuhr nicht aufgewogen wurde, um ein Sechstel der Vorjahres vermindert.

Nicht ein Mangel an Voraussicht war es daher, wenn der Umsatz in einer Reihe wichtiger Lebensmittel zurückging, sondern es lag dies in Verhältnissen, deren Ueberwindung außer der Macht des Konsumvereines stand. Daß der Verein trotzdem bemüht war, auf jenen Gebieten, wo Erfolge möglich waren, seinen Mitgliedern jede Hilfe zu leisten, beweist außer der Mehrerzeugung von Brot und der Beschaffung weit größerer Mengen von Kartoffeln und Zucker als in normalen Jahren auch der Umstand, daß er neben einer trotz aller Schwierigkeiten ungefähr gleichgebliebenen Versorgung in Kaffee und Kakao in einzelnen wichtigen Artikeln, so Käse und Teigwaren, um mehr als die Hälfte, beziehungsweise mehr als ein Drittel — in Teigwaren um 9 Waggons — größere Mengen beschaffte als in Friedenszeiten.

Der Konsumverein war auch bestrebt, seinen Mitgliedern die Haushaltsführung durch Beschaffung wichtiger, bisher nur wenig bekannter ausländischer Ersatznahrungsmittel zu erleichtern. Die Einfuhr von Gemüsen aus dem Auslande hat vielseitige Zustimmung gefunden. Um die Warenvorräte allen Mitgliedern zugute kommen zu lassen, mußte der Verein die Aufnahme neuer Mitglieder beschränken. Nach einer sehr eingehenden Darlegung über die Schwierigkeiten bei der Erstellung der Verkaufspreise betont der Bericht, daß die Preispolitik des Konsumvereines auf die möglichste Verbilligung gerichtet war. Um den Mitgliedern die Schwierigkeiten des Wirtschaftens in der gegenwärtigen Zeit zu erleichtern, hat der Konsumverein 21 Kriegskochkurse veranstaltet, an denen 2042 Frauen teilnahmen. An Kriegsfürsorgeaktionen hat sich der Verein unter anderm auch durch die ununterbrochene Ausspeisung von 250 bedürftigen Kindern in Ottakring auf eigene Vereinskosten beteiligt.

Der Konsumverein zählte am Schlusse des Jahres 1110 Angestellte, 16 wurden dem Vereine durch den Heldentod fürs Vaterland entrissen. Den Angehörigen der eingerückten verheirateten Angestellten wurden 84.631 K. freiwillig zugewendet, außerdem hat der Verein Kriegsteuerungszulagen im Gesamtbetrage von 84.524 K. gewährt. In warmen und ehrenden Worten gedenkt der Bericht des 40jährigen Dienstjubiläums des Direktors des Ersten Wiener Konsumvereines, kaiserlichen Rates Otto Zipser, dem aus diesem Anlasse besondere Ehrungen von seiten des Vorstandes und der Angestellten zuteil wurden. Der Geschäftsbericht bezeichnet schließlich das Geschäftsjahr 1915 als das schwierigste der gesamten bisherigen Tätigkeit. Daß der Konsumverein trotz der vielen Schwierigkeiten auch in diesem Jahre dieselbe Rückvergütung wie im Vorjahre, nämlich 5 Prozent, zur Ausschüttung beantragen könne, sei gewiß ein günstiges Ergebnis seiner Geschäftstätigkeit, zumal diese Rückvergütungsquote die anderer großer Wiener Konsumvereine übersteigt. Nach dem Berichte über das Ergebnis der abgelaufenen Geschäftsperiode beziffert sich der Bruttovertrag mit 3,652.382 K., dem an Regiekosten 1,946.220 K. gegenüberstehen. Der Gebarungsüberschuß beträgt 1,706.162 K. Als Rückvergütung für die Genossenschafter kommen 1,350.305 K. zur Auszahlung. Aus dem Gebarungsüberschuß werden dem Reservefonds 85.308 K. zugewiesen, welcher nunmehr 1,557.349 K. beträgt. Der Pensionsfonds der Angestellten, dem 70.000 K. zugewiesen wurden, beziffert sich mit 1,408.059 K. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 60.094 gegen 59.076 im Vorjahre.

Zu Beginn der Versammlung gedachte der Vorsitzende des knapp vor Schluß des Berichtsjahres verschiedenen Präsidenten Dr. Friedrich Hönig, an dem der Vorstand einen pflichttreuen, von allen geschätzten Führer und Mitarbeiter verlor.

Nach dem vom Vorstandsmitglied Rudolf Hofmann erstatteten Bericht beantragte Aufsichtsrat Dr. Ernst v. Obermayer, den Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen und dem Vorstand die Entlastung auszusprechen, was auch geschah.

Hamburger Fremdenblatt

6./IV. 1916

177

Preisaushang.

Es besteht Veranlassung, die Vorschriften der Preisprüfungsstelle über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels vom 13. Dezember 1915 nochmals in Erinnerung zu bringen. Die Bestimmungen beziehen sich auf Brot- und Backwaren, Fleisch und Fleischwaren, Kolonialwaren, Kartoffeln, Obst und Gemüse, Milch und Eier, Butter- und Fettwaren, Feuerungsmaterialien, Fische und Bier, soweit diese Waren im Kleinhandel verkauft werden. Die erwähnte Bekanntmachung schreibt vor, daß ein Verzeichnis der feilgehaltenen Waren in den Verkaufsräumen und auch im Schaufenster anzubringen ist, und zwar durch auffälligen und gut lesbaren Anschlag. Die Preise müssen mit den zurzeit verlangten Preisen in Einklang stehen.

Bei Abänderung der geforderten Preise ist das Preisverzeichnis gleichzeitig zu berichtigen. Die Berichtigung muß so deutlich vorgenommen werden, daß kein Zweifel über den zurzeit geforderten Preis obwalten kann. Werden innerhalb der einzelnen Warengattungen verschiedene Sorten zu abweichenden Preisen verkauft, so muß auch dies im Anschlag bekanntgegeben werden. Bei dem Verkauf von ausländischem Gemüse, ausländischem Käse und dergleichen muß der Charakter der Ware als Auslandsware sowohl im Schaufenster wie im Laden und an der Ware selbst ersichtlich gemacht werden.

In Warenhäusern sind die Preisverzeichnisse in der Nähe der Haupteingänge an möglichst sichtbaren Stellen und außerdem für die betreffende Warengattung an dem einzelnen Stand anzubringen.

Auch für den Straßenverkauf sind diese Bestimmungen zu beachten.

Abdrücke der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1915 sind auf dem Büro der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe kostenlos erhältlich.

Fremdenblatt 7. IV. 1916

178

Zentralverband der Industriellen Oesterreichs.

Das leitende Komitee des Zentralverbandes hat sich in seiner letzten Sitzung mit den für die gesamte österreichische Industrie hochwichtigen Fragen der Rohstoffversorgung, des Ausgleiches mit Ungarn und der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich befaßt und ist hiebei zu nachstehendem Beschlusse gekommen:

Der Beschluß.

Für die Rohstoffversorgung nach Friedensschluß erscheint eine auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung fußende Organisierung aller in Betracht kommenden Industriezweige unerläßlich. Die für die einzelnen Rohstoffe zu schaffenden Einkaufsorganisationen sollen in einer Zentralstelle vereinigt werden, welcher die Durchführung der notwendigen Verhandlungen mit der Regierung, den Schiffahrtsgesellschaften und einer Bankenorganisation obliegen wird. Für die Rohstofforganisation wäre die weitestgehende Unterstützung seitens der Regierung, nötigenfalls auch die Bewilligung von Einfuhrmonopolen in Anspruch zu nehmen, für die das auch sonst gebotene Einvernehmen mit Ungarn und dem Deutschen Reiche unerläßlich ist.

Bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn sieht das leitende Komitee nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die grundsätzliche und bindende Einigung der beiden Regierungen über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen, die endgiltige Vereinbarung über die in den Bereich des Ausgleiches gehörigen Einzelfragen jedoch der Wiederkehr des Friedenszustandes vorbehalten bleiben muß — ein Standpunkt, welcher schon in der von der Delegiertenversammlung am 22. November 1915 angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erklärt sich das leitende Komitee vollinhaltlich mit den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn in Wien, 20. November 1915, einverstanden, die folgenden Wortlaut haben:

1. Schon vor Eintritt in die Friedensverhandlungen wären zwischen dem Deutschen Reiche und den beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Grundlagen für ihre möglichst umfassende wirtschaftliche Annäherung zu schaffen.

2. Die wirtschaftliche Annäherung soll in der Form wechselseitiger Vorzugsbehandlung erfolgen und möglichst das gesamte Wirtschaftsleben ins Auge fassen. Hiefür käme in Betracht nicht bloß die Vereinheitlichung des Zollwesens (siehe Nr. 3), sondern auch die Verbesserung und der Ausbau des wechselseitigen Verkehrssystems im weitesten Sinne des Wortes.

3. Für den zollpolitischen Teil der wechselseitigen Vorzugsbehandlung hätte als Grundsatz zu gelten, daß bei voller Wahrung des notwendigen Schutzes der heimischen Produktion, aus der in Ausnahmsfällen auch die Erhöhung einzelner Zollsätze folgen könnte, neben den gegenseitig zu gewährenden Zollbegünstigungen, die Freiliste der Zolltarife tunlichst zu erweitern und eine periodische Revision von im wechselseitigen Verkehre geltenden Zollsätzen, geleitet von der Tendenz der Annäherung, vorzunehmen wäre. Ebenso wäre anzustreben die Schaffung eines einheitlichen Zolltarifschemas und Warenverzeichnisses sowie eine tunlichst gleichmäßige Zollgesetzgebung.

4. Voraussetzung der zollpolitischen Vorzugsbehandlung ist, daß — insbesondere in den Friedensverträgen — der Grundsatz zur Geltung gelangt, daß diese Vorzugsbehandlung anderen Staaten auf Grund der Meistbegünstigung nicht zukommt.

5. Die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten sollen von den verbündeten Reichen unter Wahrung der handelspolitischen Hoheitsrechte, im Einvernehmen, unter gegenseitiger Unterstützung und gleichzeitig geführt werden; die Verträge sind gleichzeitig abzuschließen.

6. In den drei Wirtschaftsgebieten sollen mit tunlichster Beschleunigung alle Maßnahmen gesetzlicher und verwaltungstechnischer Natur, die zur Entwicklung der Produktion, des Handels, des Verkehrs und der Finanzwirtschaft ihrer Länder notwendig erscheinen, im Sinne der Annäherung und Vereinheitlichung durchgeführt werden, um eine möglichst einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung und Finanzpolitik zu erreichen.

7. Die im Sinne dieser Vorschläge erfolgenden Abmachungen der verbündeten Reiche sollen auf eine Dauer getroffen werden, welche die bisher übliche zeitliche Begrenzung der Handelsverträge wesentlich übersteigt.

8. Die Gewährung einer handelspolitischen Vorzugsbehandlung an andere Staaten darf nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Staaten und in ihrem wechselseitigen Einvernehmen erfolgen.

Das leitende Komitee hält schließlich auch eine Einbeziehung der Balkanmächte in die gemeinsame wirtschaftliche Interessensphäre für wünschenswert, wobei eine besondere innige Gestaltung der Beziehungen unserer Monarchie zu diesen Staaten schon mit Rücksicht auf deren geographische Lage in den Vordergrund zu stellen wäre.

Arbeiterzeitung 7./IV. 1916

174

Anschauungen und Wünsche der Industriellen.

Das leitende Comité des Zentralverbandes hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Rohstoffversorgung, mit dem Ausgleich mit Ungarn und mit der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich befaßt und ist hiebei zu nachstehendem Beschluß gekommen:

Für die Rohstoffversorgung nach Friedensschluß erscheint eine auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung fußende Organisierung aller in Betracht kommenden Industriezweige unerläßlich. Die für die einzelnen Rohstoffe zu schaffenden Einkaufsorganisationen sollen in einer Zentralstelle vereinigt werden, der die Durchführung der notwendigen Verhandlungen mit der Regierung, den Schiffahrtsgesellschaften und einer Bankenorganisation obliegen wird. Für die Rohstofforganisation wäre die weitestgehende Unterstützung der Regierung, nötigenfalls auch die Bewilligung von Einfuhrmonopolen in Anspruch zu nehmen, für die das auch sonst gebotene Einvernehmen mit Ungarn und dem Deutschen Reiche unerläßlich ist.

Bezüglich des Ausgleichs mit Ungarn steht das Comité nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die grundsätzliche und bindende Einigung der beiden Regierungen über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und über eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen, die endgiltige Vereinbarung über die in den Bereich des Ausgleichs gehörigen Einzelfragen jedoch der Wiederkehr des Friedenszustandes vorbehalten bleiben muß — ein Standpunkt, der schon in der von der Delegiertenversammlung am 22. November 1915 angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erklärt sich das leitende Comité vollinhaltlich mit den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn in Wien, 20. November 1915, einverstanden, welche folgenden Wortlaut haben:

1. Schon vor Eintritt in die Friedensverhandlungen wären zwischen dem Deutschen Reiche und den beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Grundlagen für ihre möglichst umfassende wirtschaftliche Annäherung zu schaffen.

2. Die wirtschaftliche Annäherung soll in der Form wechselseitiger Vorzugsbehandlung erfolgen und möglichst das gesamte Wirtschaftsleben ins Auge fassen. Hiefür käme in Betracht nicht bloß die Vereinheitlichung des Zollwesens (siehe Nr. 3), sondern auch die Verbesserung und der Ausbau des wechselseitigen Verkehrssystems im weitesten Sinne des Wortes.

3. Für den zollpolitischen Teil der wechselseitigen Vorzugsbehandlung hätte als Grundsatz zu gelten, daß bei voller Wahrung des notwendigen Schutzes der heimischen Produktion, aus der in Ausnahmsfällen auch die Erhöhung einzelner Zollsätze folgen könnte, neben den gegenseitig zu gewährenden Zollbegünstigungen die Freiliste der Zolltarife tunlichst zu erweitern und eine periodische Revision von im wechselseitigen Verkehr geltenden Zollsätzen, geleitet von der Tendenz der Annäherung, vorzunehmen wäre. Ebenso wären anzustreben die Schaffung eines einheitlichen Zolltarifschemas und Warenverzeichnisses sowie eine tunlichst gleichmäßige Zollgesetzgebung.

4. Voraussetzung der zollpolitischen Vorzugsbehandlung ist, daß — insbesondere in den Friedensverträgen — der Grundsatz zur Geltung gelangt, daß diese Vorzugsbehandlung anderen Staaten auf Grund der Meistbegünstigung nicht zukommt.

5. Die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten sollen von den verbündeten Reichen unter Wahrung der handelspolitischen Hoheitsrechte im Einvernehmen unter gegenseitiger Unterstützung und gleichzeitig geführt werden; die Verträge sind gleichzeitig abzuschließen.

6. In den drei Wirtschaftsgebieten sollen mit tunlichster Beschleunigung alle Maßnahmen gesetzlicher und verwaltungstechnischer Natur, die zur Entwicklung der Produktion, des Handels, des Verkehrs und der Finanzwirtschaft ihrer Länder notwendig erscheinen, im Sinne der Annäherung und Vereinheitlichung durchgeführt werden, um eine möglichst einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung und Finanzpolitik zu erreichen.

7. Die im Sinne dieser Vorschläge erfolgenden Abmachungen der verbündeten Reiche sollen auf eine Dauer getroffen werden, welche die bisher übliche zeitliche Begrenzung der Handelsverträge wesentlich übersteigt.

8. Die Gewährung einer handelspolitischen Vorzugsbehandlung an andere Staaten darf nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Staaten und in ihrem wechselseitigen Einvernehmen erfolgen.

Das leitende Comité hält schließlich auch eine Einbeziehung der Balkanmächte in die gemeinsame wirtschaftliche Interessensphäre für wünschenswert, wobei eine besonders innige Gestaltung der Beziehungen unserer Monarchie zu diesen Staaten schon mit Rücksicht auf deren geographische Lage in den Vordergrund zu stellen wäre.

Neues Wiener Tagblatt
7./IV. 1916

180

(Eine Kundgebung der Industrie zur Rohstoffversorgung, zum Ausgleich und zur Annäherung an Deutschland.) Das leitende Komitee des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs hat sich in seiner letzten Sitzung mit den für die gesamte österreichische Industrie hochwichtigen Fragen der Rohstoffversorgung, des Ausgleiches mit Ungarn und der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich befaßt, und ist hiebei zu nachstehendem Beschluß gekommen: „Für die Rohstoffversorgung nach Friedensschluß erscheint eine auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung fußende Organisierung aller in Betracht kommenden Industriezweige unerläßlich. Die für die einzelnen Rohstoffe zu schaffenden Einkaufsorganisationen sollen in einer Zentralstelle vereinigt werden, welcher die Durchführung der notwendigen Verhandlungen mit der Regierung, den Schiffahrtsgesellschaften und einer Bankenorganisation obliegen wird. Für die Rohstofforganisation wäre die weitestgehende Unterstützung seitens der Regierung, nötigenfalls auch die Bewilligung von Einfuhrmonopolen in Anspruch zu nehmen, für die das auch sonst gebotene Einvernehmen mit Ungarn und dem Deutschen Reich unerläßlich ist. Bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn steht das leitende Komitee nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die grundsätzliche und bindende Einigung der beiden Regierungen über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen, die endgültige Vereinbarung über die in den Bereich des Ausgleiches gehörigen Einzelfragen jedoch der Wiederkehr des Friedenszustandes vorbehalten bleiben muß. Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erklärt sich das leitende Komitee vollinhaltlich mit den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine vom 20. November 1915 einverstanden, die sich insbesondere schon vor Eintritt in die Friedensverhandlungen für eine möglichst umfassende wirtschaftliche Annäherung durch wechselseitige Vorzugsbehandlung aussprachen, ohne daß diese Vorzugsbehandlung andern Staaten auf Grund der Meistbegünstigung zukommt. Handelsvertragsverhandlungen wären gleichzeitig und im Einvernehmen zu führen, weiter wäre eine möglichst einheitliche wirtschaftliche Gesetzgebung und Finanzpolitik anzustreben. Das leitende Komitee hält schließlich eine Einbeziehung der Balkanmächte in die gemeinsame wirtschaftliche Interessensphäre für wünschenswert, wobei eine besonders innige Gestaltung der Beziehungen unsrer Monarchie zu diesen Staaten schon mit Rücksicht auf deren geographische Lage in den Vordergrund zu stellen wäre.

Österr. Volkszeitung
8/IV. 1916

181

Papier.

Aus Fachkreisen wird uns gemeldet: Die Preise aller Papiersorten gehen unaufhaltsam höher nicht nur infolge der sich täglich verteuernden Rohmaterialien und Arbeitslöhne sondern auch durch den immer zunehmenden Bedarf. Nicht nur einzelne Sorten, insbesondere Pack- und fast alle Umschlagpapiere zeigen einen bisher ungekannten Konsum, sondern auch Druck- und Schreibpapiere. Letztere sind heute fast doppelt so teuer als in Friedenszeiten, andere stiegen um weitere 25 bis 50 Prozent gegen die jüngste Preiserhöhung. Auch Altmaterial ist ungemein lebhaft gefragt und es werden seitens der Reflektanten immer höhere Preise angelegt.

Kork.

Dieser sonst wenig beachtete Artikel hat, wie uns geschrieben wird, seit Kriegsbeginn eine große Bedeutung erlangt. Den Rohstoff beziehen wir meist aus Spanien, dessen Zufuhren schon früher immer schwieriger wurden und in letzter Zeit nahezu ganz unterbunden worden sind. In Friedenszeiten werden verschiedene andere Materialien als Flaschenverschluß verwendet, welche jetzt gesperrt sind. Als Weinverschluß kann eben nur Kork genommen werden. Die Korkpreise sind seit Beginn eines Jahres fast auf das Doppelte gestiegen und kosten heute ab neutralen Stationen 35 bis 38 Franken per 1000 Stück, lassen sich aber selbst so nur schwer beschaffen und dürften weiter stark steigen, nachdem die Vorräte im Inlande nahezu erschöpft sind.

Eisen.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Eine abermalige Steigerung der Sätze gegenüber den jüngsten Mindestpreisen ist zu verzeichnen insbesondere für Grobbleche. Das Geschäft in diesen Eisensorten ist ganz außergewöhnlich lebhaft, denn die Kessel- und Behälterfabriken sind sehr stark beschäftigt, ebenso herrscht dringende große Nachfrage für Schiffsbaumaterial. Der Bedarf ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen neutralen Staaten, welche von England derzeit nur gar wenig oder gar nichts beziehen können. Auch der sonstige Eisenwarenhandel liegt in der Monarchie wie in Deutschland sehr fest. Die Landwirte machen bei ihren reichen Geldmitteln große Anschaffungen, um die Felder noch intensiver bebauen zu können und die Preise aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte weisen bedeutende Preiserhöhungen auf. Der Teuerungszuschlag für

Kölnische Zeitung
8/IV. 1916

182

WTB **Wien**, 6. April. (Telegr.) Das leitende Komitee des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs faßte in seiner gestrigen Sitzung in der Frage der Versorgung der Großstädte den Beschluß, daß nach dem Friedensschluß eine auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung fußende Organisierung aller in Betracht kommenden Industriezweige unerläßlich erscheine. Die für die einzelnen Rohstoffe zu schaffenden Einkaufsorganisationen sollen in einer Zentralstelle vereinigt werden. Für die Rohstofforganisationen sei die weitestgehende Unterstützung durch die Regierung, nötigenfalls auch für die Bewilligung von Einfuhrmonopolen, in Anspruch zu nehmen, für die das auch sonst gebotene Einvernehmen mit Ungarn und dem Deutschen Reiche unerläßlich sei. Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erklärte sich das leitende Komitee vollinhaltlich mit den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Österreich und Ungarn in Wien, 20. November 1915, einverstanden. Auch eine Einbeziehung der Balkanmächte in die gemeinsame wirtschaftliche Interessensphäre sei wünschenswert.

Neues Pester Journal
8/IV. 1916
183

‡ **(Industrielle Fragen im Bunde der Fabriksindustriellen.)** Die Direktion des Bund ungarischer Fabriksindustrieller hielt gestern unter dem Vorsitz Roland v. Hegedüs' eine Sitzung, in welcher beschlossen wurde, daß der Bund seine diesjährige Generalversammlung am 21. Mai, Vormittags 11 Uhr, abhalten wird. Die Direktion erörterte sodann die Entwürfe jener Denkschriften, welche der Bund über die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege, über die Kriegsgewinnsteuer, über die mit den seinerzeitigen Friedensverhandlungen zusammenhängenden Wünsche der ungarischen Industrie und endlich über einzelne in den Rahmen des wirthschaftlichen Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn gehörende wichtigere Fragen der Regierung demnächst zu überreichen gedenkt. An dem Gedankenaustausch über diese Entwürfe betheiligten sich Vizepräsident Roland v. Hegedüs, Heinrich Fellner, Baron Moriz Kornfeld, Alfred Schwartz, Dr. Franz Chorin jun., Baron Adolf Kohner und Alexander Wolf. Auf Grund dieser Erörterung werden nun die Entwürfe einer Neubearbeitung unterzogen werden. Der geschäftsführende Direktor Dr. Gustav Gratz schildert hierauf die Ergebnisse seiner nach Belgrad unternommenen Informationsreise und berichtete über jene Möglichkeiten, die sich auf dem besetzten serbischen Gebiete der ungarischen Industrie erschließen. Im Zusammenhang mit seinem Bericht sprach die Direktion aus, daß sie, wenngleich sie den dem Belgrader militärischen Generalgouvernement in den wirthschaftlichen Angelegenheiten zugetheilten Offizieren sowohl was ihre Sachkenntniß als auch was ihre Unbefangenheit Ungarn gegenüber betrifft, das vollste Vertrauen entgegenbringt, es doch für wünschenswerth halten würde, wenn bei der voraussichtlichen Erweiterung des Personalstandes der Wirthschaftsgruppe besonders Gewicht darauf gelegt würde, daß dieser Abtheilung, und zwar auch in den leitenden Stellungen, in größerer Zahl solche Offiziere beigeordnet werden, die die besonderen volkswirthschaftlichen Interessen Ungarns aus eigener praktischer Erfahrung vollkommen beherrschen. Besonders machte der Direktor darauf aufmerksam, daß die gegenwärtige militärische Besetzung Serbiens von der ungarischen Industrie zu einem eingehenden Studium der Möglichkeiten einer industriellen Ausnützung der Rohprodukte Serbiens benützt werden könnte, was früher wegen der feindseligen Haltung der serbischen Behörden auf viele Hindernisse stieß. Baron Moriz Kornfeld verwies auf die Anomalie, daß während die österreichischen Zeitungen die Fragen des langfristigen Ausgleichs ganz offen behandeln, die ungarischen Zeitungen, offenbar in Folge einer Verfügung der Censur, sich mit den Ausgleichsfragen nicht beschäftigen dürfen und auf die österreichischerseits angeführten Argumente nicht reflektiren können, was zu einer vom Standpunkt der ungarischen Interessen nicht wünschenswerthen einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung führt. Die Direktion betraute den geschäftsführenden Direktor, diese Angelegenheit an kompetenter Stelle zur Sprache zu bringen.

Vossische Zeitung
8. IV. 1916

184

Zur Lage des Kleinhandels.

Von allen Seiten wird der Kleinhandel jetzt auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen. Das preußische Abgeordnetenhaus und auch der Reichstag haben die Bildung von Vereinen des Kleinhandels zur Verteilung von Lebensmitteln gefordert. Der Gedanke der wirtschaftlichen Organisation bricht sich auch in den Kreisen des Kleinhandels langsam Bahn. Es sind bisher nach den Feststellungen des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes 12 Handelsgenossenschaften ins Leben gerufen, die den Zweck haben, mit Unterstützung der Kommunalverbände die Versorgung der Bevölkerung des Kreises bei tunlichster Erhaltung des eingesessenen Handels oder Gewerbes durchzuführen. Mit Recht macht der Anwalt des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes im Jahrbuch dieses Verbandes darauf aufmerksam, daß bei der jetzigen allgemeinen Organisation der Kleinhandel vollständig aus aller Fühlung käme, wenn er sich nicht auch seinerseits zusammenschließe. Die gegenwärtige Versorgung mit Lebensmitteln ist in der Hauptsache eine Sache gerechter und zweckmäßiger Verteilung der vorhandenen Vorräte. Diese Verteilung läßt sich nur ermöglichen, wenn Organisationen vorhanden sind, die eine Verbindung von der obersten Verteilungsstelle bis zu dem letzten Verbraucher herstellen. Hierzu ist es aber nicht nur notwendig, daß Organisationen ins Leben treten, wie sie in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, der Grieß- und Graupen-Zentrale usw. geschaffen sind, sondern daß auch der Handel, insbesondere der Kleinhandel, dem ja die letzte Verteilung der vorhandenen Mengen unmittelbar an den Verbraucher obliegt, organisiert wird. Es kann selbstverständlich der Z.-E.-G. und den sonstigen Organisationen nicht zugemutet werden, daß sie mit jedem einzelnen Kleinhändler in Verbindung treten. Wohl aber ist es möglich, daß dies mit Organisationen des Kleinhandels geschieht, die ihrerseits die Weiterverteilung auf die einzelnen Kleinhändler und damit auf die Verbraucher, die bei diesen Kleinhändlern ihren Bedarf zu decken gewohnt sind, vornehmen. Versäumt der Kleinhandel die jetzige, gewiß wohl nie wiederkehrende Gelegenheit, sich zu organisieren, so darf er sich nicht wundern, wenn er nicht nur während des Krieges, sondern auch später sich beiseite geschoben sieht.

Neue Freie Presse
9./IV. 1916

185

Kundgebung des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Wien, 8. April.

In der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines kam der Präsident Adolf Schiel auf die Rede des deutschen Reiskanzlers, insoferu sie sich auf das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis bezog, zu sprechen. Er führte aus:

In Oesterreich wird man diese Worte mit ungeteilter Sympathie begrüßen, um so mehr, als diese Worte an der höchsten verantwortungsvollen Stelle der deutschen Reichsregierung gefallen sind, während hierzulande von ähnlich hohem Forum aus kaum so klar und deutlich von unseren wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft bisher gesprochen wurde. Gewiß werden wir daran festhalten müssen, daß auch in Zukunft der notwendige Schutz den in der Tat schutzbedürftigen Produktionszweigen erhalten bleibe, und daß für unsere Ausfuhr handels- und verkehrspolitischer Raum geschaffen werde. Wir verkennen aber nicht, daß die wirtschaftliche, kommerzielle Besserstellung unseres Reiches im Bündnisse mit dem Deutschen Reiche ungleich besser vor sich gehen würde und daß dieses Bündnis auch im wohlverstandenen politischen Interesse der Mittelmächte gelegen ist. Der Bündnisgedanke enthalte keine aggressiven Absichten gegen unsere Feinde, ähnlich wie der von England propagierte Handelskrieg nach dem Kriege. Wir streben nur ein Schutz- und Trutzbündnis an, eine Sicherung unserer friedlichen wirtschaftlichen Arbeit. Und wie die Rede des deutschen Kanzlers den auch bei uns gehegten felsenfesten Glauben an das glorreiche Ende des Krieges neu gestärkt hat, so werden seine Worte und die Worte der übrigen Redner im deutschen Reichstage über die wirtschaftlichen Fragen hier lebhaftesten Widerhall finden und gewiß dazu beitragen, daß das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis auch zur Tat werde. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Kölnische Zeitung 15./IX. 1915

70000
39
1915-16
15/IX.-9./IV.
Handel u. Verk. allgem.
2

2

Zeitung

...n-Ausgabe

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich. Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 ℳ

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J.P. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Rh.) H. Kleiser. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied W. Bierbrauer. Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck, Markt 16. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret. in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wilker. Wilh. Scheller.

...irtschaftliche Kämpfe nach dem Weltkrieg.

Probleme des zukünftigen Welthandels.

Vom Standpunkt nüchterner volkswirtschaftlicher Berechnung hätten wir ein Interesse daran, den Krieg gegen die starken Mächte so bald wie möglich beendet zu sehen, den gegen die schwachen Mächte hingegen möglichst in die Länge zu ziehen. In dem ersten Fall wird im großen und ganzen das Interesse an einem nicht allzufernen Kriegsende von unsern Hauptgegnern geteilt, weil sie mit uns wünschen müssen, alsbald nach Friedensschluß in der Lage zu sein, den Güteraustausch kraftvoll wiederaufzunehmen, wobei dem Sieger naturgemäß beim Abschluß neuer Handelsverträge auf einige Zeit hinaus Vorteile vor dem Besiegten erwachsen. Solche Vorteile, die später durch die Macht der Verhältnisse im Interesse möglichst langdauernder guter Beziehungen in höherm oder geringerm Grade sich allmählich abschleifen dürften, bilden zunächst eine der „Früchte des Krieges". Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich nicht vor allem in England immer mehr die Erkenntnis bahnbreche, wie dieses am Ende aller Enden die innere Auflösung des europäischen Gesamthandels zugunsten der Vereinigten Staaten bei der gegenwärtigen Art der Kriegsführung fördert, die schon jetzt bewirkt hat, daß, während die europäischen Währungssysteme mehr oder minder scharf durch eine Überproduktion von Bons angegriffen werden, die Amerikaner sich in einem Geldzustand befinden, wie er so günstig noch niemals vorhanden war und wohl auch nie wieder werden wird. Konnte doch der verwegene, zum Glück unausführbare Gedanke in den Vereinigten Staaten aufkommen, dadurch, daß Nordamerika zum Bankier auch der lateinischen Länder des Erdteils werde, eine Art finanzielle Monroe-Doktrie zu proklamieren. So ungefähr sieht es, in wenige Worte gekleidet, mit dem wechselseitigen Interesse der stärksten Mächte aus, und an diesen Weltmaximen muß auch der englische Plan einer Verdrängung des deutschen Handels über See schließlich scheitern.

Schwache Mächte zwingt der Sieger ohne weiteres in mehr oder minder ausgeprägte wirtschaftliche Abhängigkeit. Zu den schwachen Mächten gehören Serbien und Italien, die beide durch einen langen Krieg automatisch, d. h. auch ohne große eigentlich kriegerische Aktionen, derartig geschwächt werden, daß darunter ihre wirtschaftliche Selbständigkeit die größte Gefahr laufen müßte. Es soll hier nicht untersucht werden, ob Österreich nicht vor dem Kriege und ohne den Krieg Serbien in seinen Machtkreis hätte zu zwingen vermocht, sagen wir durch das Zugeständnis eines adriatischen Hafens an Serbien, dessen dieser Ackerbaustaat unbedingt bedurfte, und worin keine Gefahr für die habsburgische Monarchie gelegen wäre, sobald sie Serbien aus der russischen Schrittmacherrolle herausgerissen haben würde. Italiens Eintritt in den Krieg, schon an sich ein gegen die wirtschaftlichen Lebensinteressen des Landes gerichteter Entschluß, beruhte immerhin auf der Voraussetzung, daß er das Ende des Krieges im Sinne eines Sieges der Mächtegruppe des Vierverbandes ganz wesentlich beschleunigen würde. Es ist tief beklagenswert, daß es einsichtigen In- und Ausländern nicht geglückt ist, die maßgebenden italienischen Kreise von dem Irrtum dieser Voraussetzung rechtzeitig zu überzeugen. Man könnte dieses Urteil freilich zu der allgemeinen Betrachtung erheben, daß heute die Politik nicht mehr, wie in frühern Jahrhunderten, ein Ding an sich, sondern die Kunst ist, den wirtschaftlichen Anwartschaften der Nation die Bahn freizumachen, ihr Antrieb und, das höchste an ihr, ein Führer zu sein. Wirtschaftliche Interessen hätten die Angelpunkte auch bei den deutschösterreichisch-italienischen Verhandlungen bilden sollen. Männer wie Generaldirektor Otto Joel von der Banca Commerciale Italiana u. a. wären berufen gewesen, vielleicht unter persönlicher Teilnahme an den schließlich leider mißglückten Verständigungsverhandlungen, die wirtschaftlichen Probleme zu beleuchten, die durch eine Veränderung des italienischen Bündnissystems berührt und im wesentlichen ungünstig beeinflußt werden mußten. Aber vor allem sollte unsere Diplomatie über eine umfassendere volkswirtschaftliche Schulung verfügen. Haben wir doch alle erkannt und auch anderswo, zumal in dem am schwersten vom Kriege betroffenen Frankreich wird man es längst fühlen und wissen, daß dieser ganze Weltkrieg im Grunde ein von Eduard VII. sorgfältig vorbereiteter Wirtschaftskrieg gegen Deutschland ist, in dem freilich noch einige andere Anwartschaften hineinspielen. Aber Auslandspolitik ist zu zwei Dritteln und mehr Wirtschaftspolitik.

Es ist noch nicht lange her, da es leichter war, Waren zu verkaufen als zu erzeugen, wogegen es heute leichter ist, Waren hervorzubringen als sie zu verkaufen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, über den einheimischen Bedarf hinaus immer neue Absatzmärkte zu erobern, und dieser Kampf um die Märkte hinwiederum gebar Eifersucht, Neid und schließlich Haß und beeinflußte die Politik der Staaten zueinander. Seltsam mag heute die Erinnerung daran anmuten, daß einmal Deutschland und die Vereinigten Staaten von der gleichen werktätigen Sorge erfüllt waren, den englischen Wettbewerb in der Welt, der beinahe zum Handelsmonopol geführt hatte, einzuschränken. Heute stehen aus ganz gleichen Beweggründen England und die Vereinigten Staaten Schulter an Schulter gegen das immer kühner und erfolgreicher vordringende Deutsche Reich, dessen Handelsmacht nach halbwegs siegreich überstandenem und nicht mehr allzu lange währenden Krieg einen weitern Vorschub erringen würde durch die Einführung einer gewissen Gemeinsamkeit der Kriterien des Auslandshandel zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

Von geradezu ungeheurer Schwierigkeit erscheint dabei schon heute die Arbeit des Abschlusses neuer Handelsverträge unter dem Gesichtspunkte, daß dabei unsere Interessen gewahrt, zugleich aber auch die Gefahr vielleicht naher zukünftiger kriegerischer Konflikte auf das erreichbare Mindestmaß herabgedrückt werden. Schwierig ist allein schon die Vereinbarung gemeinsamer Handelsgrundsätze seitens der Mächtegruppen. Denn nicht nur in Deutschland und Österreich denkt man an einen derartigen wirtschaftlichen Kampfzusammenschluß, sondern, worauf an dieser Stelle wiederholt hingewiesen wurde, auch unsere Gegner tun es. Hat doch der ehemalige französische Minister Cruppi in Turin von der Notwendigkeit gesprochen, neben der militärischen Handlung einen wirtschaftlichen Ring der Vierverbandsmächte gegen Deutschland und Österreich zu gründen. Freilich wird diesem durch Cruppi zunächst einmal die Aufgabe zugedacht, während der Dauer des Krieges das zu erreichen, was nach Cruppis Ansicht auf dem Wege kriegerischer Gewalt wohl erst nach einem langen Kriege, und auch nur dann zu erzielen wäre, wenn Englands Freiwillige und Munitionsarbeiter erst einmal ihren Einfluß auf den Kriegsgang geltend gemacht haben würden. Von den Italienern sagte der höfliche Schwerenöter nur, daß man sie, sobald man ihnen nur rote Hosen anziehe, von Franzosen nicht würde unterscheiden können. Das nebenbei; aber es beleuchtet doch auch die Wichtigkeit, die man bei unsern Gegnern allgemein der wirtschaftlichen Waffe beilegt. Es ist männiglich bekannt, daß Zollverbände nichts Neues sind, aber auch, daß ihre Verwirklichung schwierig und manchmal kaum erreichbar ist. So scheiterte ein derartiges von Frère-Orbaan und Torbecke angestrebtes Bündnis zwischen Holland und Belgien an der Unmöglichkeit, bei den Kapiteln Zucker und Alkohol, eine Verständigung zu erzielen. Und hinsichtlich Österreichs weiß man, zu wie viel Kampf schon bisher die Zollfragen zwischen Österreich und Ungarn Anlaß gegeben haben. Anderseits lehren die frühern Zollvereinigungen in Preußen-Deutschland, was ein starkes gemeinsames Interesse auf diesem Gebiet ermöglicht. Daß aber dieses gemeinsame Interesse heute zwischen den Verbündeten ganz anders zur Geltung kommt als vor dem Kriege, liegt zu sehr auf der Hand, als daß es nachgewiesen werden brauchte. Ganz anders und weit weniger günstig liegen die Verhältnisse bei der Vierverbands-Mächtegruppe. Wir haben bei anderm Anlaß an dieser Stelle, so z. B. in Nr. 601 vom 16. Juni (Finanzlage und wirtschaftliche Aussichten Italiens), dargelegt, wie beispielsweise Deutschland und Italien einander wirtschaftlich ergänzten, wogegen Italien und Frankreich einander ausschließen, was in noch stärkerm Maße als bisher der Fall sein wird, wenn Italien erst einmal des textilen Veredelungsverkehrs mit Frankreich besser als heute wird entraten können. Dabei vermag aber Italien z. B. bei den Anilinfarben und Chemikalien, sowie manchen Maschinenteilen usw. Deutschland nicht zu umgehen, wohl aber Deutschland bei wohl allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Italien und es wird dies, wie es zu kleinem Teil bereits vor dem Weltkriege geschah, später mit um so größerm Vorteil sein, je günstiger die Ergebnisse der oben erwähnten Politik der Vorzugs-Zollbehandlung mit gewissen andern Staaten, wie Spanien und Griechenland sich gestalten würden. Wenn vor dem Weltkriege England, Frankreich und Rußland gegenüber einer Einfuhr nach Italien von 1112 Millionen Lire nur Waren im Werte von 552 Mill. Lire bezogen, so wird sich das Verhältnis später eher noch verschlechtern, denn auch Rußland ist ein Ackerbaustaat, und Italien besitzt weder Eisen noch Kohle, noch eine maschinenindustrielle Überlieferung, um Deutschland und Österreich-Ungarn gefahrdrohenden Wettbewerb auf dem dafür in Betracht kommenden Gebieten zu machen. Dazu kommt, daß alle halbprimitiven Länder wie Rußland und eben Italien selbst im Handel sehr konservativ sind. Man bedenke, daß in Italien heute noch Wagen, Stricke, gewisse Gefährte im Süden, nach den Modellen des doch so viele Jahrhunderte verschüttet gewesenen Pompeji angefertigt werden, ebenso wie manche deutsche Fabriken für Rußland Waren (Tapeten elektrische Körper, Stoffe usw.) fort und fort erzeugen müssen, die vor 20 Jahren eingeführt wurden und von denen der Russe nicht abgeht. Sensen werden aus Steiermark, Mistgabeln aus Westfalen bezogen, und keine Überredungskunst eines Vierverbändlers wird namentlich den russischen provinziellen Kaufmann von diesen Bezugsquellen weglocken.

Und sowohl in Rußland und Italien als fast überall anderswo spielt zudem die Kreditfrage eine große Rolle. Engländer werden das deutsche Beispiel nicht befolgen wollen, und Franzosen oder Italiener werden dazu nach dem Kriege auf absehbare Zeit nicht imstande sein, zumal auch der französische Ausführer sehr konservativ ist. Luigi Luzzatti, der sich gern an die Spitze neuer italienischer Handelsvertrags-Pläne gegen uns stellen möchte, er, der bisher immer mit Stolz darauf hinwies, ein Schüler deutscher

Tägliche Rundschau
3./XII. 1915

Nachdruck der Originalaufsätze verboten.

D. K.-R.-A. / Von Otto v. Gottberg.

I.

Die heute wohl geschwundene Siegeszuversicht der feindlichen Brandstifter des Kriegsfeuers fußte weniger auf Vertrauen in ihre Waffen als auf der Hoffnung, Deutschland „aushungern" zu können. Durch Sperrung der Zufuhr dachten die Gegner unseren Frauen das Brot, unseren Kindern die Milch und unserer Industrie das für Herstellung von Heeres- und Volksbedarf nötige Rohmaterial zu nehmen. Deutschlands Speisekammern zu leeren, war unmöglich, weil die Heimaterde 90 v. H. unserer Nahrung trägt. Aber die Rohstoffe für Fabrikation von Volks- und namentlich Heeresbedarf sind nur zum Teil oder überhaupt nicht Produkt unserer Scholle. Wir kauften davon alljährlich so große Mengen vom Ausland, daß eine Sperrung unserer Küsten und Grenzen in der Tat die Fabriken zwingen konnte, ihre Tore zu schließen. Dann war ein Volk mit unbewaffneten Soldaten und ungelöhnten Arbeitern von feindlichem Haß mühelos zu überwältigen. Der Kriegsplan schien nicht schlecht. Nur Kenner unserer Wirtschaft konnten ihn entwerfen und im August 1914 das Versagen deutscher Kampfkraft für Ende Mai 1915 prophezeien. Die Rechnung hätte fast gestimmt. Aber die Organisationskunst unseres Kriegsministeriums machte einen Strich durch sie.

Der Krieg überraschte uns. In Deutschland lag nicht mehr Rohmaterial als sonst aufgestapelt. Die Heeresverwaltung hatte nur auf dem Feld ihres Wirkens gerüstet. Ihre Lieferanten waren durch Verträge verpflichtet, Herstellungsmaterial auf Lager zu halten. Von staatlichen Betrieben hatte sie namentlich die Munitionsfabriken für vermehrte Produktion eingerichtet. Da sie im Frieden ferner schon nach Fabriken ausschaute, die sich schnell auf Munitionsfertigung umstellen konnten, dürfte unseren Artilleristen immerhin ein Ahnen von der überraschenden Steigerung des Munitionsverbrauchs gekommen sein.

Sonst plante das Kriegsministerium natürlich, die deutsche Wirtschaft während eines Krieges mit leitender und regelnder Hand in den Dienst des Feldheeres zu stellen, aber praktische Vorbereitungen durfte es nicht treffen. Das Reich hätte kaum Millionen für Anhäufung von Rohstofffen geopfert. Auch schien es nicht ratsam, das Bild eines Krieges mit den unvermeidlichen Härten und Schäden für den Wirtschaftskörper an die Wand zu malen.

Als die Kriegserklärung Englands die Blockade Deutschlands zur Gewißheit und die staatliche Regelung des Wirtschaftslebens zur Notwendigkeit machte, ließ sich beim Direktor des Zentraldepartements der Träger eines der großen Namen unserer Industrie melden. Er kam ohne Ruf und Amt, ein Deutscher in Sorge um das Vaterland. Wie wenige ein Kenner unserer Wirtschaft, fühlte Dr. Walter Rathenau, daß Deutschland einen längeren Krieg siegreich nur überdauern könne, wenn der Staat ohne Säumen zu organisiertem Sparen, Sammeln und Mehren der für die Kriegführung nötigen Rohstoffe schritt. Dem quälenden Zweifel, ob die Heeresverwaltung dazu entschlossen sei, Ausdruck leihend, fand er einen aufmerksamen Zuhörer, und schon als er von dem Gang nach Hause kam, ein Telegramm. Der Kriegsminister lud ihn für den nächsten Vormittag zur Besprechung. In einstündiger Unterhaltung standen General und Industrieller vor einem einstweilen noch unübersehbaren Problem, dessen Lösung eine wahrhaft umstürzende Neugestaltung unserer Wirtschaft bringen mußte.

Der Kriegsminister sah den Mann, den er gesucht hatte. Sankt Bürokratius schlug wohl unter Protest die Hände über dem Kopf zusammen, als der General den Zivilisten, Doktor und Ingenieur mit höflicher Geste beim Kragen nahm und im Allerheiligsten der Heeresverwaltung in einen Stuhl setzte mit dem Auftrag, die Kriegs-Rohstoffabteilung ins Leben zu rufen. Die Art, wie Rathenau die Aufgabe in achtmonatlichem Wirken löste, sichert ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte des Wirtschaftskrieges. Das rasch entschlossene Zugreifen des Kriegsministers blieb vorbildlich für die Kriegs-Rohstoffabteilung, in der Mut der Verantwortung und Freude an schnellem, ja tapferem Entschluß sitzen. Der Krieg duldet kein Zaudern. Die schlagende Front schreit mit dem Recht einer allgebietenden Herrin nach Bedarf und läßt für nachdenksame Erwägungen keine Zeit. Gesunder Instinkt muß ohne Besinnen Wege finden, die Menschen noch nie betraten. Wer lange nach dem gangbarsten sucht, kommt zu spät.

In einem kleinen Zimmer des Kriegsministeriums wurde schnell, aber durch mühsames Suchen und Sieben ein Stab von Mitarbeitern aus Wehr-, Lehr- und Handelsstand, von Männern mit Verständnis für die deutsche Wirtschaft versammelt und mit den Aufgaben der Abteilung ihr vorläufiger Arbeitsplan zu Papier gebracht. Da Mangel an den der Herstellung, namentlich von Waffen, Munition und Bekleidung dienenden Rohstoffen die Niederlage bringen mußte, hatte die Abteilung zunächst das Deckungsverhälnis für das der Heeresindustrie nötige Material zu ermitteln, also festzustellen, welche Mengen von Chemikalien, Metallen und Wolle verfügbar waren und wie lange dem Bedarf der Armee damit genügt werden konnte. Befragte Sachverständige der Statistik äußerten, die Erkundung sei auf manchem Gebiet unausführbar und würde auf anderen Feldern Monate heischen. Die Abteilung beschloß die benötigte Antwort durch Schätzung zu suchen. Ausgeschickte Formulare fragten 900 Heereslieferanten nach ihren vorhandenen oder erreichbaren Beständen und ihrem Bedarf an Rohmaterial. Die schnell einlaufenden Auskünfte stellten die Abteilung vor ihre Aufgaben. Sie mußte:

1) Vergeudung verhindern, nämlich der Kriegführung unentbehrliche Rohstoffe nach Möglichkeit nur noch der Heeresfabrikation überweisen.

2) Einströmen von Rohstoffen aus der neutralen Fremde und dem bald wohl besetzten Feindesland sichern.

3) Ersatz für vermutlich bald aufgebrauchte Stoffe schaffen und staatliche Betriebe wie private Lieferanten zur Verwendung des Ersatzes nötigen.

4) Neue Fabrikanlagen zum Erzeugen bisher nur im Ausland gewonnener Stoffe bauen.

Wenn Zulauf vieler Kunden des Blühen neuer Geschäfte verspricht, dürfte die K. R. A. schon in den Tagen ihres Werdens zuversichtlich sein. Ihre Besucher fanden in den Korridoren des Kriegsministeriums nicht Platz und füllten die Wege des Gartens hinter dem Haus. Fast durchweg Lieferanten der Heeresverwaltung, kamen sie jedoch im irrigen Glauben, die neue Abteilung vergebe Rohstoffe. Noch war das nicht möglich, aber der Wahn sollte Wahrheit werden! Der Musketier, der seit 2. August 1914 alles und neuerdings Balkanpolitik wie ein Bismarck macht, füllte des Reiches Vorratskammern, sobald die Grenze hinter ihm lag.

In der K. R. A. mehrte sich die Zuversicht, aber auch die Arbeitslast. Als der durch wichtige Pflichten beanspruchte Gründer sein Ausscheiden erbat, war die Zahl der vom ständig vermehrten Stab bewohnten Zimmer schon auf 20 gewachsen. Seitdem räumte die Abteilung ihre Stuben in der Leipziger Straße. An Ausdehnung und Personal ein eigenes, riesiges Ministerium, wirkt sie in vier Häusern der Hedemannstraße. An einer Wand hängt dort eine Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs. Blauköpfige Nadeln stecken in den Abfangsstellen, nämlich Städte nahe der Landesgrenze, die Ausschiffungshäfen der in der Fremde erworbenen Stoffe sind. Der Abtransport von mehr als 40 000 Doppelladungen herrenloser Güter allein aus Belgien schien fast schwieriger als der Erwerb durch den Musketier. Schnelles Handeln war geboten, weil auch siegreiche Heere mit Rückschlägen rechnen müssen, aber die Schienenstränge Belgiens lagen zerstört und die Bahnbrücken in Trümmern. Auf mühsam dann ausgebesserten Stahlwegen rollten westwärts Bedarf und Nachschub des Heeres. Ostwärts trugen lange Züge Verwundete ins Lazarett und Gesunde zur Befreiung Ostpreußens. Einfädeln mußten sich die Wagenketten mit Gütern, die kein Weiser in Wolle oder Textilien, sondern der Unteroffizier der Truppe verladen hatte. Es war ihm kaum zu verübeln, daß er reine Wolle mit Garnen zusammenwarf.

Der Erwerb und die Verwaltung importierten Rohmaterials im Werte von einer runden Milliarde bot erste Gelegenheit, unsere neue kommunistische Volkswirtschaft einzuleiten. Auf Stahl- oder Wasserstraßen fuhren die Güter über die Abgangsstellen in 250 Lagerstädte, die auf der Wandkarte eine Nadel mit weißem Kopf tragen. Als größtes Handelshaus aller Zeiten vergab die K. R. A. jetzt in der Tat Rohstoffe, wenn Lieferanten einen Auftrag der Heeresverwaltung vorlegen konnten. Das größte Hauptbuch aller Zeiten eröffnete sie zur Abrechnung mit ihren Kunden und mit dem Reich, das für die erworbenen Güter bezahlt. Kolonnen von Revisoren bereisen ihre Lagerplätze, um die Bestände zu prüfen. Als größtes kommerzielles Unternehmen der Wirtschaftsgeschichte gründete sie ihre eigene Speditions- und Treuhandgesellschaft. Der Rockefellersche Petroleumtrust scheint neben ihr ein Lehrbube.

ffischen Zeitung.

...rtwrtl. Redakteur:
g Münch in Berlin. 15. Dezember 1915

57

Tagung des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie.

Eine gemeinsame Tagung der in dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie vereinigten Ausschüsse des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen hat gestern unter dem Vorsitze des Landrats a. D. Rötger, im Gasthaus Adlon zu Berlin stattgefunden. Der Vorsitzende begrüßte, auch im Namen des Vorsitzenden des Bundes der Industriellen Kommerzienrat Friedrichs, die äußerst zahlreiche Versammlung, besonders die Vertreter der Reichsregierung und die sonst als Gäste erschienenen Teilnehmer.

Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Beratung der zur Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen nötigen Maßnahmen und Besprechung des Entwurfs einer der Reichsregierung einzureichenden Denkschrift, erstattete den einleitenden Bericht Kommerzienrat Dr. Guggenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Der Vortragende, der seinen Ausführungen den Entwurf der Denkschrift zugrunde legte, wies einleitend darauf hin, daß es vergeblich wäre, sich um den Außenhandel nach dem Kriege zu kümmern, wenn man die Frage vernachlässigt, wie die Exportindustrie über die Schäden des Krieges hinweggebracht werden soll, und daß es viel zu spät sein würde, wenn die ungemein komplizierte Frage der Wiederherstellung der Privatforderungen im Auslande dann erst zur Erörterung gestellt werden würde, wenn der Friedensvertrag selbst Behandlung finde. Unerläßlich sei daher eine beschleunigte Prüfung der Angelegenheit gemeinsam mit denjenigen Kreisen, welche auf Grund praktischer Erfahrungen die zu wählenden Mittel vorzuschlagen in der Lage sind.

Es folgten darauf Darlegungen von Dipl.-Ing. Fr. Frölich, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, alsdann solche des Geh. Legationsrats Dr. Simons vom Auswärtigen Amt über die Gedanken und Arbeiten, die die Reichsregierung auf diesem Gebiete gegenwärtig beschäftigen. Der Vorsitzende, Landrat Rötger, faßt den Inhalt dieser Ausführungen dahin zusammen, daß durch sie das Verlangen des Kriegsausschusses, Behandlung der Angelegenheit in gemeinschaftlicher Arbeit der Interessenten mit der Regierung, unterstützt und unterstrichen werde. So stehe zu hoffen, daß die von der deutschen Industrie einmütig ausgesprochenen Wünsche, wie sie in dem nachstehenden, einstimmig angenommenen Beschlußantrag niedergelegt sind, nicht ungehört verhallen.

Der Beschlußantrag lautet:

„Der Kriegsausschuß der Deutschen Industrie" hat sich in seiner heutigen Versammlung nachdrücklich dahin ausgesprochen, daß neben der bereits durch die Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 angeordneten Anmeldung der feindlichen Vermögenswerte im Inlande alsbald auch eine Feststellung der deutschen Auslandsforderungen stattfinden muß.

Die von der Regierung bisher gegebene Zusicherung, daß sie bemüht sein wolle, den Eingang dieser Forderungen durch Wiederherstellung der früheren Rechtsbehelfe zu sichern, wird nach der Ueberzeugung des „Kriegsausschusses" keineswegs ausreichen, den rechtzeitigen und vollständigen Eingang derartiger — für den Bestand mancher Einzelunternehmungen ausschlaggebenden Werte — zu gewährleisten.

Angesichts der Tatsache, daß die behördlichen Stellen vor dem Kriege die deutsche Industrie mehrfach aufgefordert haben, dem deutschen Gewerbefleiße neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkte zu erschließen, erscheint es als eine der wichtigsten Pflichten der verbündeten Regierungen, nunmehr auch für einen wirksamen Schutz der in Frage stehenden Interessen Sorge zu tragen, um damit gleichzeitig die Grundlage für die spätere ungestörte Weiterentwicklung von Industrie, Handel und Schiffahrt zu geben.

Auch die Rücksicht auf die Erholung der deutschen Valuta fordert gebieterisch eine Ordnung der deutschen Auslandsforderungen." Der nach dem Kriege notwendige Bezug von Rohstoffen wird ohnedies den ungünstigen Einfluß auf den Stand des Markwechsels noch verschärfen.

Der „Kriegsausschuß" unterbreitet daher in einer von ihm vorbereiteten Denkschrift der Regierung den Antrag, daß unter ihrer Führung aus den auf diesem Gebiete erfahrenen Kreisen eine Kommission zur Beratung der zu ergreifenden Maßnahmen eingesetzt werde."

Der Vorsitzende erhielt die Befugnis, für die endgültige Gestaltung der Denkschrift eine Kommission zu bilden, in die außer dem Referenten Kommerzienrat Dr. Guggenheimer die Herren Frölich, Jordan, Dr. Wandel, Dr. Spitzer berufen werden sollen.

Alsdann folgte ein Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über den vorbereitenden Gesetzentwurf zur Besteuerung der Kriegsgeschäftsgewinne und die künftige Kriegsvermögenszuwachssteuer. Zu dem allgemein anerkannten Grundgedanken dieser Steuer vertritt Referent die Forderung, daß bei der Veranlagung der Steuer auch nach der Quelle gesehen werden müsse, aus der der Vermögenszuwachs erfolgt, und daß der daraus sich ergebende innere Wertunterschied bei der Staffelung der Steuersätze Berücksichtigung zu finden habe. Es sei danach zu streben, daß die Steuer nicht in schematischer Form und nach einheitlichen Maßstäben von dem Mehrgewinn erhoben wird, sondern daß bei der steuerlichen Erfassung die Quelle des Ertrages als entscheidender Maßstab für die Höhe der künftigen Steuersätze zur Anwendung gelangt. Nicht früh genug kann mit der Vorbereitung auf eine auf dieser Grundlage aufgebaute Kriegsgewinnsteuergesetzgebung begonnen werden. Aufgabe und Ziel einer solchen Gesetzgebung müssen sein, daß auf der einen Seite dem Reiche die nötigen Einnahmen zufließen (wobei jedoch keineswegs etwa die Annahme aufkommen darf, als könne der Geldbedarf des Reiches nach dem Kriege lediglich durch die Erträge einer Kriegsvermögenszuwachssteuer gedeckt werden), und daß auf der anderen Seite das industrielle Leben so wenig wie möglich in seiner Elastizität geschädigt werde. Ueber die Höhe der Steuersätze lasse sich zurzeit nur soviel sagen, daß die Staffelung eine vielleicht nach dem Verhältnis vom Mehrgewinn zum Kapital- oder durchschnittlichen Friedensgewinn durchgeführte Progression aufweisen wird, bei der wahrscheinlich 50 v. H. des Mehrgewinnes das Höchstmaß des Steuersatzes sein werde. Der umstrittenste Punkt sei die Festlegung des Begriffs „Geschäftsgewinn", weil damit auch die Streitfrage, was als „stille Reserven" anzusehen ist, eng verbunden erscheine. In Zukunft werde die Aufstellung einer Steuerbilanz neben der Geschäftsbilanz die Regel sein müssen, nachdem in der Vorlage (§ 3) zum Ausdruck gebracht worden

Vossische Zeitung 4./I. 1916.

69

ng. 1916 4. Januar

Das Ausverkaufs-Verbot.

In den beteiligten Kreisen hat das vom Oberkommando in den Marken nunmehr erlassene Verbot, das die Veranstaltung von Sonderausverkäufen in Web- und Wirkwaren untersagt, eine begreifliche Erregung hervorgerufen, zumal, wie wir feststellen konnten, die amtlichen Vertretungen der Berliner Kaufmannschaft vor dem Erlaß des Verbotes nicht gehört worden sind. So wird uns sowohl von der Berliner Handelskammer als auch von der Korporation der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin auf Anfrage erklärt, daß sie bei den Verhandlungen, die zu dem jetzigen Verbot geführt haben, nicht hinzugezogen worden sind. Aus einer Umfrage, die wir bei den Leitern unserer großen Berliner Konfektionsgeschäfte und Warenhäuser veranstaltet haben, geht hervor, daß man allgemein durch den Umfang des Verbots überrascht worden ist. Allerdings gehen die Meinungen über seine Wirkungen auseinander. So weist man besonders darauf hin, daß es sich namentlich bei den Sonderausverkäufen in der Damen- und Mädchenkonfektion immer um die Abstoßung solcher Artikel handelt, die sehr stark der Mode unterworfen sind. Gelingt es nun jetzt nicht, diese Modewaren preiswert abzustoßen, so befürchtet man, sie als später unverwertbar am Lager zu behalten. Es wird ferner betont, daß die einmal konfektionierten Stoffe keine anderweitige Verwendung finden können, so daß man durch ihre Zurückhaltung eine Streckung der Rohstoffe nicht herbeiführen könnte.

Recht interessant sich die sich widersprechenden Auffassungen, die man in den Kreisen unserer Berliner Warenhausbesitzer über die Zweckmäßigkeit des neuen Verbots vertritt. So wird uns von einer Seite erklärt, daß das Verbot viel zu spät kommt, immerhin wird es auch jetzt noch den Erfolg haben, daß das Publikum nicht durch die Billigkeit der Gegenstände angelockt Einkäufe über seinen Bedarf hinaus macht. Die Waren- und Konfektionshäuser werden somit ihre Artikel jetzt nicht mehr in großen Mengen, sondern allmählich abstoßen können. Das gleiche gilt auch für die „Weißen Wochen", zumal das Publikum wirkliche Bedarfsartikel an Wäsche nach wie vor zu kaufen pflegt. Im Gegensatz zu diesen Ausführungen erklärte uns der Inhaber eines anderen großen Berliner Warenhauses, daß das Verbot sowohl von der Kaufmannschaft als auch von der Kundschaft außerordentlich unangenehm empfunden werden dürfte; sowohl hinsichtlich der Ausverkäufe in Modeartikeln als auch im Hinblick auf die Weiße Woche befürchtet er Schäden für die Kaufmannschaft, da es nicht gelingen wird, konfektionierte Artikel, die der Mode unterworfen sind, zu beliebiger Zeit abzustoßen. Sogenannte Stapelware, die beim Publikum immer beliebt ist, wurde an und für sich schon in die jetzigen Saisonausverkäufe nicht miteinbezogen.

*

In rechtlicher Beziehung ist die Tragweite des Verbots des Oberkommandos nicht ganz unzweifelhaft. Zu einem Ausverkauf gehört nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, daß der Verkauf sich auf das ganze Warenlager oder einen abgegrenzten Teil davon erstreckt, daß er beschleunigt sein soll und dadurch aus dem Rahmen des laufenden Geschäftsganges heraustritt. Ein Bestandteil dieses Verfahrens ist die Ankündigung unter der Bezeichnung eines Ausverkaufs, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese in Zukunft nicht mehr stattfinden darf. Nicht nur die Zeitungsanzeigen fallen fort, sondern auch die Ankündigungen innerhalb der Geschäftsräume, soweit sie z. B. auf den Unterschied des gegenwärtigen und des früheren Preises hingewiesen. Nach unseren Erkundigungen haben die Kaufhäuser, die einen Ausverkauf angekündigt hatten, sich beeilt, solche Bezeichnungen von ihren Schaufenstern und Waren zu entfernen. Hingegen kann dem Verbot nicht die Anordnung entnommen werden, die billigen Preise, die zum Zwecke des Ausverkaufs festgesetzt

Freitag, 7. Januar 1916

Zeitung

nd gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690

n die Regierung.

Uebermäßige Gewinne.

Von

Rechtsanwalt Dr. Erich Eyck.

Der Reichstag hat den verbündeten Regierungen eine recht schwierige und dornenvolle gesetzgeberische Aufgabe gestellt, indem er in seiner Sitzung vom 20. Dezember Maßnahmen forderte, „um unter voller Wahrung der Interessen des reellen Geschäftsbetriebes eine Untersuchung und Feststellung von Fällen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, ihre vorbereitende Vermittlung oder Beschaffung, oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßiger unlauterer Gewinn erzielt worden ist." Daran schloß sich die Forderung eines Gesetzentwurfes, durch den für den Reichsfiskus eine auf Herausgabe solcher Gewinne begründet werden soll.

Daß übermäßige und unlautere Gewinne bei Kriegslieferungen erzielt worden sind, daran kann freilich kein Zweifel sein. Jeder Berliner Richter wird in der Lage sein, Prozesse, in denen er zu entscheiden hatte, anzuführen, wo der vielleicht nach geltendem Recht begründete Anspruch nichts weniger als erfreulich war. Namentlich die Provisionsprozesse, die sich an Heereslieferungen angeschlossen haben, machen manchmal einen wenig sauberen Eindruck. Wenn somit wohl das Ziel der Antragsteller von allen Seiten gebilligt werden wird, so sind doch erhebliche Zweifel vorhanden, ob sich eine Gesetzesform finden läßt, durch welche man diesem Ziele näher kommt, ohne, wie die Resolution andererseits hervorhebt, „das Interesse des reellen Geschäftsbetriebes zu schädigen." Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat deshalb nicht ohne Grund „von vornherein etwas Wasser in den hoffnungsvollen Wein gegossen".

Die Schwierigkeit liegt in den beiden Begriffen „übermäßig" und „unlauter". Beide Begriffe sind zwar, wie die Abgeordneten Schiffer und Gröber zutreffend hervorhoben, auch dem geltenden Recht nicht ganz fremd. So muß z. B. nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts bei der Frage, ob Submissionskartelle den guten Sitten zuwiderlaufen, geprüft werden, ob die erstrebten Preise als übermäßig zu bezeichnen sind. Aber auf der andern Seite ist eines nicht zu übersehen: im allgemeinen bürgerlichen Rechtsverkehr läßt sich eine mehr oder minder zuverlässige Norm dafür ermitteln, was sachgemäß, angemessen, üblich ist. Der tägliche Verkehr führt zu gewissen Durchschnittssätzen. Ein Sachverständiger ist auf Grund seiner Erfahrung imstande, zu beurteilen, welche Provisionen im allgemeinen auf Geschäfte dieser Art gefordert werden, welche Preise der Handel für einen bestimmten Artikel, mit dem er täglich zu tun hat, nimmt, mit welchen durchschnittlichen Unkosten die Fabrikation rechnet und dergleichen. Solche Normen, solche für den Sachverständigen erkennbare Durchschnittssätze fehlen aber bei Kriegslieferungen. Es ist ohne weiteres klar, daß eine Fabrik, die sich erst auf eine neue Fabrikation einrichten muß, andere Preise zu verlangen genötigt ist, als eine alt eingeführte. Niemand aber wird bestreiten, daß gerade diese Umgestaltung der Industrie eine der hervorragendsten Leistungen in diesem Kriege gewesen ist. Dazu kommen die Befürchtungen, daß Arbeiter eingezogen, Lieferungen wegen eintretender Verkehrsstockung nicht rechtzeitig ausgeführt, Rohmaterialien beschlagnahmt oder nicht freigegeben werden. Vielleicht nimmt eine Fabrik angesichts dieser Unsicherheit einer Kalkulation einen Preis, bei dem sie, wie sich nachträglich herausstellt, einen ganz enormen Gewinn macht. Die Gefahr liegt hier doch sehr nahe, daß der Richter, der ein Jahr später die Frage zu entscheiden hat, ob der Preis übermäßig war, vom Erfolg aus urteilt, und sich beim besten Willen nicht in die Lage des Kaufmanns zu versetzen vermag, wie sie bei der Uebernahme der Lieferung war, zumal diese typischen Einwände voraussichtlich zur Rechtfertigung eines jeden Preises vorgebracht werden würden. Stellt man den Richter da nicht vor eine unlösbare Aufgabe, wenn er die Fälle, in denen eine solche Begründung stichhaltig ist, von den andern unterscheiden soll.

Den Begriff „unlauter" finden wir im geltenden Recht im § 12 des Wettbewerbsgesetzes, der sich gegen das Schmiergelderunwesen richtet. Strafbar ist hier derjenige, der einem Angestellten Geschenke anbietet oder gewährt, um durch „unlauteres" Verhalten des Angestellten eine Bevorzugung zu erlangen. Das Reichsgericht hat in einem Erkenntnis, welches in dem neuesten Band der Entscheidungen in Strafsachen abgedruckt ist, hierüber an Hand der Entstehungsgeschichte folgendes ausgeführt: „Unter unlauterem Verhalten ist ein Handeln gegen Treu und Glauben zu verstehen, das sich aber nicht mit Rücksicht auf das allgemeine Volksbewußtsein bestimmt, sondern im Rahmen des Wettbewerbsverhältnisses zu betrachten ist." Auch hier ist also die Norm einem bestimmten Sachverhalt zu entnehmen. Gleichwohl ist sie nicht leicht mit Sicherheit erkennbar. Die angeführte Entscheidung richtet sich gegen einen Sektfabrikanten, der den Kellnern sogenannte „Korkengelder" gewährte, damit sie seine Marke den Gästen empfehlen; und zwar geschah dies mit Wissen des Dienstherrn. Die Strafkammer hatte bei diesem Sachverhalt eine Unlauterkeit nicht annehmen wollen, das Reichsgericht hat sie aber bejaht und dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß entscheidend sei „das Anstandsgefühl aller Billig- und

Neue Freie Presse
22./I. 1916

92

Der Economist.

Die Regelung der Rohstoffbezüge nach dem Kriege.

Wien, 21. Januar.

Eine der wichtigsten Fragen für die gesamte wirtschaftliche Produktion ist die Regelung der Rohstoffbezüge nach dem Kriege. Eine Aktion von so weittragender Bedeutung muß rechtzeitig vorbereitet werden und wird daher jetzt schon im Kreise der Regierung und der Industrie in Erwägung gezogen. Ueber die Pläne, welche die Staatsverwaltung hat, gab eine Darstellung Aufschluß, die der Sektionschef des Handelsministeriums Richard Riedl kürzlich in einer Monatsversammlung des Industriellen Klubs gab, in der sich über diesen Gegenstand eine eingehende Debatte entspann. Nachstehend lassen wir die wichtigen Mitteilungen des Sektionschefs Riedl folgen. Der Gedankengang seiner Rede war der folgende:

Die Rohstofffrage bildet, wie ich versichern kann, bei uns den Gegenstand ernstester Erwägung. Die erste Aufgabe ist die Sicherung der nötigen Rohstoffe. Es ist gewiß anzunehmen, daß infolge der starken Zurückdrängung des Bedarfes durch die Seesperre große Rohstofflager in Uebersee vorhanden sind; aber ebenso sicher ist es, daß wir zumindest bei gewissen Rohstoffen mit einer absichtlichen Zurückhaltung derselben werden rechnen müssen. Es liegen bereits Berichte von neutralen Handelsplätzen vor, welche von Ringbildungen in England und Amerika sprechen zu dem Zwecke, nach Eintritt des Friedens den Mittelmächten die Rohstoffversorgung zu erschweren oder unmöglich zu machen. Damit müssen wir rechnen, wie auch mit der weiteren Wahrscheinlichkeit, daß der Wettbewerb der Käufer nach Oeffnung der Seewege außerordentlich lebhaft sein und gleichfalls eine Erschwerung oder Verteuerung des Rohstoffbezuges bewirken wird. Auf eine derartige Beurteilung der Lage ist es zurückzuführen, daß einzelne Industrien bei uns wie in Deutschland heute schon an die Vorausdeckung ihres Bedarfes nach Eintritt des Friedens geschritten sind. Der letzte große Kurssturz der Mark wurde auf solche Rohstoffkäufe, lieferbar nach Friedensschluß, zurückgeführt. Die erste Aufgabe ist also, daß die Rohstoffe mit Eintritt des Friedens parat sind. Die zweite Aufgabe ist die Beschaffung der Valuta. Zur Befriedigung der ungeheuren Bedürfnisse nach dem Frieden werden wir — das ist sicher — nur über eine beschränkte Menge ausländischer Zahlungsmittel verfügen. Bisher hat man im Auslande Rohstoffe und Waren gekauft und hat sich dann umgesehen, wie man die notwendigen Zahlungsmittel beschafft. Dieses Verhältnis werden wir nun umkehren müssen, wenn wir nicht unsere Valuta schwer schädigen wollen. Wir werden den Bedarf an Waren nach der Menge der zur Verfügung stehenden Valuta richten müssen. Wir werden uns auf irgendeinem Wege ausländische Zahlungsmittel beschaffen müssen und werden ein Hinausschwellen des Bedarfes über diese Mittel verhindern müssen. Daraus folgt die Notwendigkeit planmäßiger Einschränkung unserer Bedürfnisse. Dies setzt eine weitgehende Organisation in der Warenbeschaffung voraus. Ich möchte dies jetzt nur andeuten, ich komme später noch darauf zurück. Die dritte Sache, die man braucht, sind die Transportmittel, namentlich der Schiffsraum. Wie es mit dem Schiffsraum heute bestellt ist — während des Krieges — mögen Ihnen einige Ziffern über die Steigerung der Frachtraten auf dem englischen Markt zeigen. So betrug die Fracht beispielsweise für Reis vor dem Krieg 14 sh., heute 120 sh.; La Plata-Weizen 11 sh., jetzt 110 sh.; Kohle von Cardiff nach Italien vor dem Krieg 6 sh. 7 d., heute 60 sh.; für Baumwolle von Nordamerika nach England früher 25 sh., jetzt 250 sh. In dieser Steigerung der Fracht auf das Zehnfache kommt die Bindung eines großen Teiles der Welttonnage für kriegerische Zwecke zum Ausdruck. Wir dürfen uns nicht denken, daß nach dem Kriege alle diese Tonnage plötzlich frei sein wird. Sie wird zum großen Teile auch nach Beendigung des Krieges gebunden sein durch die nachwirkenden Bedürfnisse des Krieges. Wenn zum Beispiel heute Frieden geschlossen wird, müssen Truppen und Kriegsmaterial aus Saloniki, Aegypten, Indien usw. transportiert werden, und jedes Schiff, das mit der Demobilisierung beschäftigt ist, setzt ein zweites Schiff in Bewegung, das es mit Kohle versorgt, so daß ein großer Teil der Tonnage nach dem Kriege noch für den Krieg und nicht für den Handel beschäftigt sein wird. Dazu kommen die Schiffsverluste, die allerdings zum Teil durch Neubauten ausgeglichen werden. Die Werften arbeiten ja sowohl in Deutschland wie in England. Bei uns fällt noch als Sondernachteil ins Gewicht, daß nicht jedes Schiff, das erhalten geblieben ist, fahrtbereit ist. In dieser Beziehung sind die Deutschen uns gegenüber im Vorteil. Die Zufluchtsstätten ihrer Schiffe sind die weit ins Land hineinreichenden Flußhäfen der Elbe und Weser, gesichert gegen jeden Ueberfall und ausgerüstet mit modernen Werften und Docks betrieben, so daß die Dampfer, die in Hamburg und Bremen in Sicherheit liegen, auch bereit sind — technisch wenigstens — für den Beginn des Betriebes. Dagegen wird man auch in Deutschland, anfangs wenigstens, mit Schwierigkeiten bei der Bemannung und der Kohlenversorgung zu rechnen haben. Bei uns wird von der Oeffnung der Häfen bis zum Auslaufen der Schiffe eine gewisse Zeit verstreichen. Dazu kommt noch die Unmöglichkeit der Kohlenversorgung in der bisher üblichen Weise — nämlich mit englischer Kohle — die durch unsere eigene, auf dem weiten Landwege heranzubringende wird ersetzt werden müssen. Auf der anderen Seite hat unsere Handelsflotte einen kleinen Vorteil: Den verhältnismäßig geringen Rohstoffbedarf unserer Industrie gegenüber dem deutschen und den geringeren Umfang unserer Tonnage. Wir haben hier eine Größe, die der planmäßigen Organisation leichter zugänglich ist als eine bedeutende Flotte. Naturgemäß ist auch eine kleinere Industrie für die Organisation zugänglicher als eine große. Es wird nun unsere Aufgabe sein, diesen beschränkten Schiffsraum auf jeden Fall für unsere Transporte sicherzustellen. Das ist das Einzige, worüber wir mit Sicherheit verfügen können. Auf eine Aushilfe durch Schiffe fremder Flaggen ist nicht oder nicht mit Bestimmtheit zu rechnen. Daher wird wohl ein Eingreifen des Staates zur Verhinderung von Fahrten zwischen fremden Häfen notwendig werden, wie dies in England schon geschehen ist. Diese schwierige Aufgabe ist nicht ohne Hilfe der Industrie und ihrer Organisation zu lösen. Unsere Handelsmarine ist heute vergleichbar einer Industrie in einem von feindlicher Invasion heimgesuchten Gebiete. Sie ist in derselben Lage wie eine Fabrik im Kriegsgebiet, ihre Anlage ist vernichtet oder im günstigsten Falle stillgelegt und sie hat Anspruch darauf, daß der Schaden ihr ersetzt oder doch die Wiederherstellung erleichtert werde. Das wird bis zu einem gewissen Grade bewirkt werden können durch die Teilnahme an der internationalen Frachtkonjunktur nach dem Kriege. Wenn man sie nun im Interesse unserer Volkswirtschaft daran hindert, von der internationalen Frachtkonjunktur schrankenlos Gebrauch zu machen, so muß man ihr als Ersatz dafür die Beschäftigung für den heimischen Bedarf sichern. Es ist infolge-

Frankfurter Zeitung 27.II.1916

Oesterreichische Industrie- und Versorgungsfragen.

W. Wien, 28. Januar.

Der Absatz der österreichischen Eisenwerke im Dezember erreicht zwar nicht ganz die Rekordhöhe des Jahres im Oktober, war aber in allen Artikeln bis auf Grobbleche erheblich höher als im November und im Dezbr. des vorausgegangenen Jahres. Welche Schwankungen der Eisenabsatz in Oesterreich durchmacht, möge die Tatsache illustrieren, daß der Dezemberabsatz in Stab- und Fassoneisen allein heuer größer war als der aller vier in den Ausweisen enthaltenen Artikel im Dezember 1913. Für das ganze Jahr 1915 überstieg der Absatz in Stab- und Fassoneisen die Vorjahrshöhe um 33 pCt., in Grobblechen um 25 pCt., in Schienen um 15 pCt und nur in Trägern blieb er infolge der stockenden Bautätigkeit um gegen 20 pCt. zurück. Gegenüber dem Rekordjahr der österreichischen Eisenindustrie 1912 ist der Absatz in den vier Artikeln allerdings um noch etwa 22 pCt. zurückgeblieben, außerdem war der Absatz nur im Jahr 1911 um 6 pCt. höher als im Kriegsjahr, weil damals die Bautätigkeit lebhaft und der Trägerabsatz daher hoch war. Für den Geschäftsgang in der Eisenindustrie ist es bezeichnend, daß obwohl die Kartellpreise für das erste Vierteljahr im wesentlichen unverändert geblieben sind, nach und nach alle Werke um K 10–20 pro Tonne höhere Preise berechnen können; das hängt offenbar auch mit der Kurssteigerung der Marknoten zusammen, die die deutsche Importparität erhöht. So wie die Eisenindustrie bis an die äußerste Grenze ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, sind es auch weite Zweige der Maschinen- und Metallindustrie, die Kohlenproduktion und viele andere. Aber es gibt selbstverständlich auch manche Eisenindustriezweige, die vor allem unter Rohstoffmangel schwer leiden. Das hohe Agio der Marknoten hat zur Folge gehabt, daß die Preise für die oberschlesische Kohle für Hausbrand in Wien heute um 20 Heller pro Mctr. erhöht worden sind. Während die Preise der oberschlesischen Kohle in Oesterreich im allgemeinen auch im Krieg durch freie Vereinbarung der Händler und Abnehmer festgesetzt werden, hat für Hausbrand in Wien die Regierung seit Kriegsausbruch auf die Preisbestimmung Einfluß genommen. Seit September ist der Preis mit K 4.14 pro Mctr. loko Bahnhof Wien festgesetzt worden, er ist damals auf Basis eines Marknotenkurses von etwa K 135 errechnet worden, inzwischen ist aber der Marknotenkurs fortgesetzt gestiegen, und so haben die Kohlenhändler schon seit Ende November Verhandlungen mit der Regierung wegen Erhöhung des Verkaufspreises eröffnet mit Hinweis darauf, daß sie bei dem festgesetzten Preis einen effektiven Verlust erleiden, der sich auch aus den Fakturen der Postsparkassa, die bis vor kurzem die Kohlenhändler mit Valuta versorgt hat, errechnen ließ. Sie verlangten einen Aufschlag von 84 Heller pro Mctr., was dem gegenwärtigen Valutastand Rechnung tragen und einen Ersatz für den in den vergangenen Monaten erlittenen Verlust, aufgeteilt bis zum Monat August, ermöglichen sollte. Künftig sollte der Preis monatlich festgesetzt werden. Die Regierung zögerte begreiflicherweise, der Wiener Bevölkerung, die unter der allgemeinen Teuerung so schwer leidet, noch eine so bedeutende Verteuerung der Kohle aufzuerlegen. Die Kohlenhändler drohten aber, entweder den Preis selbständig festzusetzen oder das Wiener Geschäft, das für die großen Händler ohnedies nur eine geringe Rolle spielt, aufzugeben, und so tauchte der Vorschlag auf, daß die Regierung oder die Gemeinde Wien einen Teil des Schadens auf sich nimmt. Das hat die Regierung abgelehnt und schließlich haben sich die Händler mit einem Aufschlag von 20 Hellern begnügt, bei dem sie den Verlust der vergangenen Monate nicht hereinbringen können. Dabei ist es von prinzipiellem Interesse, daß unmittelbar, nachdem die Regierung sich entschlossen hat, die am Neujahrstag erfolgte Erhöhung der Mehlpreise zurückzuziehen und den sehr großen Verlust, den die Kriegsgetreideverkehrs-Anstalt bei der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl erleidet, selbst zu tragen, bereits wieder ein ähnlicher Vorgang in Erwägung stand. Mit dem Augenblick, wo die Regierung der öffentlichen Meinung einmal nachgab, war zu erwarten, daß sie immer wieder ähnlichen Forderungen begegnen werde, die ja im Krieg nicht von vornherein auszuschließen sind. Nicht nur die Versorgung selbst, sondern auch die Erschwinglichkeit der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikel für die großen Volksmassen ist ein Faktor der Erreichung des Kriegszieles und daher kann man es wohl vertreten, daß in gewissen Fällen die Regierung ein Opfer bringe, um die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel zu verhüten, und sie auf Kriegskostenkonto buche. Das war besonders beim Mehl am Platz, wo eine staatliche Monopolanstalt die Preise festgesetzt hatte und man erwarten durfte, daß sie annähernd bis zum Schluß des Erntejahres in Geltung bleiben würden. Nun wurde plötzlich eine Verteuerung in so bedeutendem Maß verfügt, daß sie für die minder bemittelten Schichten kaum erschwinglich gewesen wäre. Und der einmütige Widerspruch der öffentlichen Meinung veranlaßte die Regierung, die Preiserhöhung sofort zurückzuziehen. Daß aber die Regierung die Undurchführbarkeit nicht früher erkannt hat und sich durch den Widerstand der öffentlichen Meinung zur Rückziehung zwingen hat lassen, bewirkt natürlich, daß man auch bei anderen Bedarfsartikeln mit dem Ansinnen an die Regierung herantritt, eine drohende Verteuerung dadurch abzuwenden, daß der Staat ein Opfer auf sich nimmt Mit Recht hat die Regierung dies bei der Hausbrandkohle abgelehnt, weil es sich nicht um eine staatlich organisierte Versorgung, sondern nur um einen lokalen Notstand handelt, bei dem es, wenn öffentliche Mittel in Frage kommen, Sache der Gemeindeverwaltung wäre, einzuspringen.

Dagegen könnte früher oder später die gleiche Frage an die Regierung für Zucker herantreten. Die Versorgung mit Zucker ist in die Hand der Zuckerzentrale gelegt, welche zwar nur die Fortbildung des alten Zuckerkartells ist, aber unter staatlicher Ueberwachung steht. Die Zuckerpreise sind im Sommer vorigen Jahres bis Ende der Kampagne 1915/16 festgesetzt worden und die Bevölkerung darf darauf rechnen, daß innerhalb dieser Zeit keine Erhöhung eintritt. Unsere Zuckerversorgung ist bis ans Ende der Kampagne vollständig gesichert, da ein etwaiges Defizit in der für das Inland reservierten Menge infolge des sehr hohen Konsums — in den ersten fünf Kampagnemonaten überstieg der Verbrauch zur menschlichen Nahrung die Vorjahrshöhe um 50 000 t — aus den für den Export bestimmten Vorräten gedeckt werden kann Doch werden die sichtbaren Vorräte zu Ende der Kampagne wohl sehr gering sein. Umso wichtiger ist es, daß der Anbau, der im vorigen Jahr um 30 pCt. vermindert worden ist, nicht weiter eingeschränkt wird. So wie in Deutschland sind in Oesterreich und in Ungarn Verhandlungen mit der Landwirtschaft im Zuge, um eine Erhöhung des Anbaues zu bewirken. Die Landwirtschaft verlangt aber auch bei uns so wie in Deutschland wesentlich höhere Preise, und man wird sie, um den Anbau zu sichern, jedenfalls, wenn auch vielleicht nicht im vollen Ausmaß — verlangt werden K 4 pro Mztr. gegen 2.70 bis 2 80 im Vorjahr — befriedigen müssen. Dann ist natürlich eine Preiserhöhung des Zuckers unvermeidlich. Die Frage wird aber auch dadurch aktuell, daß die ungarische Regierung beabsichtigt, um die Kosten für die Rübenprämien, die sie gewähren will, hereinzubringen, schon jetzt eine Erhöhung des Zuckerpreises zu bewilligen. Der Zuckerpreis ist schon jetzt in Ungarn um K 8 höher als in Oesterreich. Wenn die Differenz sich noch vermehren würde, so wäre es schwer, zu verhindern, daß von Oesterreich Zucker aus zweiter und dritter Hand in größeren Mengen nach Ungarn ginge und unsere Versorgung beeinträchtigte. Wahrscheinlich wird man behördliche Transportbewilligungen einführen, ohne welche man Zucker nicht nach Ungarn wird bringen dürfen. Eine Erhöhung des Preises vor Ende der Kampagne ist aber aus sozialen und wegen der Zusage der Regierung aus politischen Gründen sozusagen undiskutabel. Hier ist der Ausweg wohl vertretbar, daß die Regierung das Defizit durch Ermäßigung der ohnedies in Oesterreich-Ungarn unvergleichlich hohen Zuckersteuer von K 88 pro Mztr. auf sich nehme. Das wäre umso eher in Erwägung zu ziehen, als die gewaltige Steigerung des Verbrauches im Krieg der Regierung eine sehr beträchtliche Mehreinnahme der Zuckersteuer zugeführt hat, von der sie einen Teil opfern könnte, um die Preiserhöhung bis zum Ende der Kampagne zu verschieben und dann in mäßigen Grenzen zu halten. Die Maßnahme hätte denselben Charakter wie die fast durchgängig erfolgte Aufhebung der Zölle für die Lebensmittel. Die Regierung dürfte sich nicht leicht dazu entschließen, und so darf man vielleicht schon in nächster Zeit, spätestens aber zu Ende der Kampagne, wieder einem heftigen Meinungsstreit wegen der Zuckerpreise entgegensehen.

Eine durch den Krieg schwer betroffene Industrie ist die **Brauindustrie**. Für die abgelaufene Kampagne haben die großen Brauerei-Aktiengesellschaften zumeist befriedigende Dividenden erzielt, mehrere große Brauereien haben sogar Rekordgewinne ausgewiesen und die im Vorjahr vorsichtshalber reduzierte Dividende wieder auf das Niveau vor dem Krieg erhöht. Aber diese Gewinne entstanden dadurch, daß diese Brauereien noch bedeutende alte Biervorräte hatten, sich mit Gerste und Malz noch ausreichend zu billigen Preisen decken und daher die Erhöhung der Gestehungskosten durch die Steigerung der Bierpreise mehr als ausgleichen konnten. Die zahlreichen kleinen Brauereien haben schon im Vorjahr den Betrieb viel stärker reduzieren müssen und ungünstig gearbeitet, viele Landbrauereien haben den Betrieb schon ganz eingestellt. Heuer liegen die Dinge aber auch für die großen Brauereien ganz anders. Ihre Biervorräte sind sehr reduziert und Gerste und Malz konnten sie nicht mehr einkaufen. Die Gerste wird den Brauereien und Mälzereien durch die K. G. V. A. zugewiesen. Ursprünglich sollten sie 55 bis 60 pCt. der normalen Erzeugung herstellen können. Vor Weihnachten wurde aber die Gerstenzuweisung vollständig gesperrt, und kurz darauf auch die Malzzuweisung. Infolgedessen müssen alle Brauereien ihren Betrieb ganz wesentlich einschränken, sie werden kaum den vierten Teil der Vorjahrserzeugung erreichen können. Der dadurch bewirkten enormen Verteuerung der Selbstkosten ist in den letzten Tagen durch eine Preiserhöhung um K 5 bis 8 pro hl Rechnung getragen worden. Mit großen Schwierigkeiten arbeitet auch die Papierindustrie infolge der Knappheit der verschiedenen Rohstoffe, doch ist es gerade in letzter Zeit wieder gelungen, einzelne fehlende Stoffe zuzuführen, so daß der dringendste Bedarf befriedigt werden kann, wenn auch manche Betriebe stehen und alle mit sehr reduziertem Betrieb arbeiten. Am unangenehmsten sind die Verhältnisse in der Textilindustrie, wo man lange Zeit nicht daran gedacht hat, die Rohstoffvorräte, die ja seit langem zum weitaus überwiegenden Teil für den Militärbedarf vorbehalten sind, auch in der Weise zu strecken, daß eine möglichst weit ausgedehnte Arbeitsperiode ermöglicht wird, was ohne Schaden für die Heeresversorgung hätte geschehen können. Für die Ausrüstung der Armee ist nicht die geringste Sorge, weil die Vorräte an Fertigware für jede denkbare Zeit ausreichen. Aber aus Mangel an Verarbeitungsmaterial muß nach und nach der größte Teil der Fabriken zum Stillstand gelangen und dadurch wird eine sehr große Anzahl von Arbeitern erwerbslos. Im allgemeinen ist ja so wie in Deutschland auch bei uns nicht Arbeitslosigkeit, sondern eher Arbeitermangel für die Kriegswirtschaft charakteristisch. Trotzdem wird es schwer fallen, die freiwerdenden Arbeiter zu beschäftigen, vor allem weil es sich überwiegend um Arbeiterinnen handelt. In den Industriestädten dürfte das Problem allmählich der Lösung zugeführt werden. Viel schwieriger ist es bei den Textilfabriken am Land, wo die Arbeiterfamilien zum großen Teil winzige landwirtschaftliche Betriebe besitzen, die sie nicht verlassen wollen und können und die doch für ihre Lebenshaltung nicht ausreichen. Es ist eine großangelegte Hilfsorganisation in Erwägung derart, daß die Unternehmer einen Teil des Lohns fortzahlen und der Staat einen Zuschuß leistet.

Die Rohölproduktion in Boryslaw und Tustanowice hält sich ziemlich konstant auf 200—220 Zisternen im Monat. Die Bohrtätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf die Rekonstruktion beschädigter Anlagen und auf die Beendigung der Bohrungen jener Schächte, die vor der Invasion nahe an den Rohölhorizont herabgelangt waren. Neubohrungen werden kaum in Angriff genommen. Der Preis des Rohöls, der nach der Befreiung des Rohölgebietes K 13—14 betrug, ist auf kaum K 10 gesunken, also unter jenen Preis von K 10, zu dem die österreichische Regierung das Rohöl für die staatliche Ratfinerie beschlagnahmt hat. Man erinnert sich, daß die Interessenten diesen Preis als bei den gestiegenen Selbstkosten der Produzenten nicht ausreichend bekämpft haben, aber es hat sich herausgestellt, daß die Raffinerien trotz der durch die Beschlagnahme eines Teiles der Neuproduktion verminderten Mengen, die ihnen zur Verfügung stehen, kaum einen höheren Preis bewilligen, als die Regierung getan hat. Dazu hat allerdings die Festsetzung des Höchstpreises für Petroleum, Benzin und andere Rohölprodukte beigetragen. Doch ist kein Zweifel, daß bei dem Höchstpreis von K 36 ohne Faß, aber einschließlich K 13 Verbrauchsabgabe und den entsprechenden Preisen der Nebenprodukte auch die Raffinerien reichlich ihre Rechnung finden. Allerdings wird die Zurückhaltung der Raffinerien auch dadurch bewirkt, daß der Abtransport des Rohöls unbefriedigend ist. Die Dezember-Produktion betrug 6598, weggeführt wurden per Bahn nur 2709 Tonnen, 2831 übernahm die staatliche Raffinerie, 1274 die Raffinerien im Rohölgebiet. Vom 1. bis 12. Januar wurden etwa 1800 Tonnen weggeführt Davon entfällt aber ein großer Teil auf die alten Vorräte. Uebrigens halten sich die Raffinerien für die Verminderung ihrer Gewinne an Produktion, für die Höchstpreise festgesetzt sind, an jenen schadlos, die dieser Preisregelung noch entbehren, also vor allem an Paraffin und den verschiedenen Schmierölen, von denen nur einzelne bisher Höchstpreise erhalten haben. Paraffin, das früher K 42 gekostet hat, wird mit mehr als K 200 gehandelt. Schmieröle genießen Phantasiepreise. Es wird daher erwogen, auch für diese Artikel Höchstpreise festzusetzen, was seinerzeit hauptsächlich wegen der zahlreichen im Handel vorkommenden Sorten und Marken unterblieben ist. Gegenwärtig finden, wie schon gemeldet, Verhandlungen zwischen der staatlichen Raffinerie und der deutschen Regierung wegen Erneuerung des nach der Befreiung Galiziens vereinbarten Schlusses auf 60 000 t Petroleum lieferbar bis Ende Januar statt. Für Februar und März sollen je 15 000 t, in den folgenden Monaten bis Ende Juni je 11 000 t geliefert werden. Während die staatliche Raffinerie die ersten 60 000 t vollständig geliefert hat, beabsichtigt sie von den weiteren Schlüssen den anderen Raffinerien einen Teil zu überlassen und sich für Januar 9000, für Februar 7000 und in den folgenden Monaten je 5000 t zur Lieferung vorzubehalten, um auch am Inlandsgeschäft teilnehmen zu können. Infolgedessen wird sie auch von der Rohölneuproduktion größere Mengen freigeben. Der Preis des Petroleums nach Deutschland war K 24, was einem Inlandspreis von K 37 (einschließlich K 13 Verbrauchsabgabe) entspricht. Die staatliche Raffinerie ist bestrebt, bei der Erneuerung einen etwas höheren Preis zu erzielen Die Verhandlungen gestalten sich aber sehr schwierig, sowohl zwischen der staatlichen und den privaten Raffinerien als auch zwischen den österreichischen Interessenten und den deutschen Abnehmern. Die Regierung bemüht sich auch die Rohölproduktion, deren Organisation, der Landesverband, schon lange nur ein Scheindasein geführt hat, das im Kriege ganz aufgehört hat, neu zu organisieren. Doch sind die ganzen Verhältnisse in der Rohöl- und Petroleum-Industrie so unklar und unsicher, durch die Kriegsverordnungen und die Vorzugsstellung der staatlichen Raffinerien sind sie noch schwieriger geworden, daß Organisationsbestrebungen in beiden Produktionsstufen sehr erschwert sind.

Neues Wiener Tagblatt 2. IV. 1916

98

Walter Rathenau über die Organisation der Rohstoffversorgung.

Von Ministerialrat Prof. Dr. Arnold Krasny.

Dr. Walter Rathenau hielt am 20. Dezember 1915 in der Deutschen Gesellschaft in Berlin einen Vortrag über die Organisation der Rohstoffversorgung im Kriege. Der Leiter einer der größten Privatunternehmungen der Welt, ein tiefgründiger Kenner und Kritiker des zeitgenössischen Lebens, berichtet über einen der größten und nachhaltigsten Erfolge des Weltkrieges, die Vereitlung des von den Feinden wohlvorbereiteten und mit allen Mitteln seemännischer und kaufmännischer Macht unternommenen Planes, die mitteleuropäischen Verbündeten nicht nur durch Nahrungsnot, sondern vor allem auch durch Abschneidung der unentbehrlichen Rohstoffe zu Boden zu zwingen.

Rathenau schildert, wie er am 4. August 1914, als mit der Kriegserklärung Englands Deutschland zur belagerten Festung wurde, dem Kriegsministerium seine Besorgnisse und Pläne vortrug und wie bereits am 13. August 1914 eine Organisation, die Deutsche Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, gegründet war zur Bewältigung der vorbildlosen und unerhört schwierigen Aufgabe, einem Notstande der Kriegführung und Volkswirtschaft an Rohstoffen vorzubeugen. An die Spitze der Deutschen Kriegsrohstoffabteilung trat Rathenau selbst mit einem militärischen Kollegen. Hervorragende Männer aus allen Gebieten der Technik, der Industrie, des Handels und der Wissenschaften stellten sich ihnen als Berater und Leiter der Teilverbände zur Seite, ein immer größerer Stab von Mitarbeitern wurde aus den geleerten Personalbeständen der Volkswirtschaft herangezogen, die Schwierigkeiten der Unterbringung, der Verschmelzung des bureaukratischen Apparates mit dem kaufmännischen Geschäftsgang, des Mißtrauens und der Verständnislosigkeit weiter Kreise wurden mit Energie, Selbstvertrauen und Aufopferung überwunden. In wenigen Monaten war die Deutsche Kriegsrohstoffabteilung zur größten kommerziellen Unternehmung der Wirtschaftsgeschichte emporgewachsen, die einen Umsatz von Milliarden Werten in rund 100 Warengruppen bewältigt, eine grundstürzende Neugestaltung des deutschen Wirtschaftslebens durchgeführt hat.

Vorerst war die Vorfrage des Verhältnisses von Bedarf und vorhandener Deckung an Rohstoffen zu beantworten. Nicht auf dem langwierigen Wege statistischer Erhebungen, sondern auf Grund der Hilfshypothese, daß die Größenverhältnisse zwischen Erfordernis und Vorrat im Durchschnitt der ganzen Wirtschaft annähernd die gleichen seien wie bei einer größeren herausgegriffenen Verarbeitergruppe, wurden durch eine Rundfrage bei rund 900 Lieferanten des Kriegsministeriums innerhalb drei Wochen die Deckungsziffer, die Versorgungsdauer und die hauptsächlichsten Lager von Rohstoffen im Inlande in großen Zügen ermittelt.

Ein geschlossenes System von Maßregeln war nun in Wirksamkeit zu setzen, um die Gesamtwirtschaft der Rohstoffe dem angestrebten Ziele anzupassen. Rathenau gliedert die Tätigkeit der Deutschen Kriegsrohstoffabteilung in vier Hauptaufgaben. Zunächst war die „Zwangsläufigkeit" aller Rohstoffe des Landes zu sichern, das Abfließen in nebensächlichen oder Luxusbedarf zu verhindern und dem Heeresbedarf den Vorzug vor allen andern Bedürfnissen zu gewährleisten. Des weiteren war mit allen Mitteln eine Vermehrung der Rohstoffvorräte durch Käufe aus dem neutralen Auslande sowie Heranziehung der im besetzten Feindeslande vorgefundenen Lager herbeizuführen, gleichzeitig aber drittens die heimische Fabrikation durch neue Erzeugungsmethoden und neue Anlagen zu steigern, und schließlich die Verwendung von Ersatzstoffen im weitesten Umfange zu ermöglichen und durchzusetzen.

Alles dies war ohne starke staatliche Eingriffe in die industrielle und kommerzielle Freiheit nicht zu erreichen; hiefür fehlten jedoch vorerst die rechtlichen Grundlagen. Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, namentlich das Kriegsleistungsgesetz (vom 13. Juni 1873), nach den Erfahrungen des Deutsch-französischen Krieges entstanden und auf diese zugeschnitten, bot für die neuen umfassenden Ansprüche und Leistungen keine genügende rechtliche Handhabe. Es kannte im wesentlichen nur den Begriff der individuellen Requisition, nicht aber den der allgemeinen Dienstbarmachung von Sachgütern bestimmter Art für Kriegszwecke. So mußte durch die Gesetzgebung ein neuer Rechtsbegriff, der der Beschlagnahme, geschaffen werden. Sie unterscheidet sich von der Enteignung rechtlich und wirtschaftlich dadurch, daß die beschlagnahmten Gegenstände nicht in das Eigentum des Staates übergehen, der ja sonst ungeheure Werte in seinen Händen angesammelt hätte, diese hätte beaufsichtigen, einlagern, verwalten, ihre Bezahlung sicherstellen müssen. Die beschlagnahmten Güter werden vielmehr nur mit einer gesetzlichen Zweckbeschränkung des Inhaltes belastet, daß sie nur für Kriegszwecke oder von der Staatsverwaltung zugelassene andre Zwecke verwendet werden dürfen; insoweit ist auch ihre Veräußerung, Verarbeitung und Versendung gehemmt.

Auf Grund der Beschlagnahme der Rohstoffvorräte konnte sich sodann die Umsteuerung der Industrie von der Friedens- zur Kriegswirtschaft allmählich und in möglichst schonender Weise vollziehen. Eine Zeitlang wurde noch in gewissem Umfang eine geringere Menge des Rohmaterials teils generell, teils auf besonderes Ansuchen für die Befriedigung des Bedarfes der Zivilbevölkerung freigegeben und damit die Fortführung der Betriebe und die Weiterbeschäftigung der Arbeiter bis zur Umstellung auf die Kriegsarbeit ermöglicht. Innerhalb zwei Monaten hatte die Industrie diese Neugestaltung bewirkt, wie Rathenau sagt, „ohne einen Zusammenbruch, schweigend, großzügig, selbstbewußt, mit höchster Tatkraft und Schaffenslust."

Nun trat an die Deutsche Kriegsrohstoffabteilung die schwierigste ihrer Aufgaben heran, die Verteilung der Rohstoffe. Hauptgrundsatz war, in erster Linie jenen Betrieben die erforderlichen Produktionsmittel zuzuführen, welche Kriegsgüter herzustellen geeignet und der Heeresverwaltung gegenüber verpflichtet waren, wobei überdies die verschiedenartigsten Verhältnisse, Arbeiterfragen, der Schutz der Kleinbetriebe u. a. m. mit zu berücksichtigen waren. Zu diesem Zwecke mußten in den einzelnen Industrien besondere Organisationen geschaffen werden, um die Waren aufzusaugen, aufzuspeichern und in die Verarbeiterbetriebe zu verteilen. Verschiedene Möglichkeiten waren vorhanden: Rein behördliche Verteilungsstellen hiemit zu betrauen, anderseits diese Aufgabe autonom der Industrie zu überlassen. Es wurde ein Mittelweg gewählt in ganz neuartigen „Kriegsrohstoffgesellschaften", Selbstverwaltungskörpern der Industrie in der Rechtsform, zumeist der Aktiengesellschaften, jedoch mit straffer behördlicher Aufsicht durch Kommissäre der Behörden mit unbeschränktem Vetorecht. Der Erwerbscharakter der Gesellschaften ist dadurch ausgeschlossen, daß sie weder Dividenden noch Liquidationsgewinne verteilen dürfen. Der Geschäftsleitung der Aktiengesellschaft wird ein neues Organ beigegeben, eine unabhängige, zum Teil von neutralen Personen (Handelskammermitgliedern und Beamten) geführte Schätzungs- und Verteilungskommission, die eine gerechte Aufteilung unter den Interessenten, gleichviel, ob Aktionäre oder Nichtaktionäre der Rohstoffgesellschaft, verbürgen soll. Ein Verarbeitungsmonopol ist den verschiedenen Rohstoffgesellschaften nicht eingeräumt. So stellen diese Kriegsrohstoffgesellschaften eine jener schon durch die Entwicklung der Friedenszeit angebahnten, noch mehr aber durch die Bedürfnisse des Krieges in den Vordergrund gerückten Mischformen der öffentlichen und privaten Unternehmungen oder „kommerzialisierter" öffentlicher Unternehmungen dar, in denen die unentbehrliche öffentlich-rechtliche Zwangsbefugnis und der ausgleichende staatliche Interessenschutz mit kaufmännischer Geschäftsführung und Tatkraft sich erfolgreich vereinigen — gleichweit entfernt von einseitiger, jeden staatlichen Einfluß, nicht aber seine Beihilfe ablehnender Selbstgenügsamkeit des Privatunternehmertums wie von einem voreilig als Evangelium der Zukunft verkündeten Staatssozialismus in der ganzen Linie.

Die Besetzung Belgiens, des industriell wichtigsten Teiles von Frankreich sowie von Teilen russischen Gebietes brachten der Deutschen Kriegsrohstoffabteilung neue Arbeit. Der Rohstoffbesitz dieser drei Ländergebiete war der heimischen Kriegswirtschaft nutzbar zu machen, namentlich die in den Zentren des kontinentalen Wollhandels vorgefundenen Vorräte, ebenso wie die beträchtlichen Lager an Kautschuk und Salpeter in der heimischen Fabrikation zu verwerten. Die rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten der Inanspruchnahme nach Kriegsrecht wurden überwunden, ein Netz von Sammelstellen, Lagerplätzen, Verteilungsorganen gelegt, die Transportschwierigkeiten behoben, neues Blut der heimischen Industrie zugeführt, das ihre Lebenskraft vergrößert und verlängert.

Die Erweiterung der inländischen Produktion an Rohstoffen wurde mit Aufwand gewaltiger Kapitalien auf der Grundlage der bahnbrechenden Erfindungen der deutschen Wissenschaft auf den Gebieten der Metallraffination, des Bergbaues, der elektrochemischen (Luftstickstoff), elektrolytischen und elektrothermischen und vieler andern Industrien in größtem Maßstab unternommen, teils durch unmittelbares Eingreifen der Kriegsrohstoffabteilung, teils durch Vermittlung der Kriegsrohstoffgesellschaften.

Die Beschaffung und Einführung von Ersatzstoffen und Surrogaten setzte ebenso auf dem Gebiet der Uniformierung als auf dem des Munitionswesens, der Elektrotechnik, der chemischen Industrie usw. ein. Nur wenige Industriezweige arbeiten heute in Deutschland durchweg mit dem gewohnten Rohmaterial. In manchen Industrien ist man gerade dadurch zur Erkenntnis der Ueberflüssigkeit des Festhaltens an gewissen eingelebten Gewohnheiten und Arbeitsarten, vielfach zur Verbilligung der Erzeugung gelangt.

Die Wirkung der Tätigkeit der Deutschen Kriegsrohstoffabteilung war eine durchgreifende. Die englische Blockade des Rohstoffes ist, sagt Rathenau, wirkungslos geworden. Noch mehr als das, ihre Wirkung hat sich gegen England selbst gewendet, das durch seine notgedrungenen Käufe im Ausland seine Zahlungsbilanz fortwährend verschlechtert, ohne, weil auch die Exportindustrie zum großen Teil auf Munitionsarbeit umgestellt ist, die Zahlungen wie gewohnt voll in Ware leisten zu können. „Unsre gezwungene Binnenwirtschaft, mit der wir uns abgefunden haben, hat manche Sorge gekostet und manchen Nachteil gehabt, aber die Kraft hat sie uns gegeben, daß wir nun auch den vollen Kreislauf der Mittel für uns in Anspruch nehmen können. Unsre Güter erzeugt das Inland und das Inland verzehrt sie; aus unsern Grenzen kommt nur das hinaus, was unsre Kanonen hinausschleudern; das genügt, um unser Dasein bemerkbar zu machen. Den Gegenwert seines Verzehrens zahlt der Staat bar; das bare Geld kehrt zu ihm zurück als Darlehen und tritt von neuem in den Kreislauf ein. Unsre Wirtschaft ist die geschlossene eines geschlossenen Handelsstaates."

Rathenau fügt seiner Darstellung einen Ausblick in die Zukunft an. Er vermeidet es wohl, die Frage zu erörtern, wie weit auf die Gesamtwirtschaft, die Wirtschaftsordnung und ihre mögliche Reform die kriegswirtschaftlichen Arbeitsweisen einwirken werden. Eine Wirkung in die Ferne der Zeiten hält er aber für sicher; das ist eine neue Auffassung vom Rohstoffe. „Vieles wird ersetzt bleiben, was man für unersetzlich hielt, die deutsche Wirtschaft wird in doppeltem Sinne unabhängiger werden, nicht mehr abhängig sein vom Wohlwollen des Verkäufers, noch vom Wohlwollen des Gläubigers, der es unter Umständen in der Hand hat, durch Erhöhung seiner Zollmauer das Zahlungsmittel unsrer Ware zu entwerten."

Ein neuer Begriff im Wirtschaftsleben wird auftauchen, der des Rohstoffschutzes. Zügellose und überflüssige Käufe im Auslande, die durch unfreiwillige Ausfuhren gezahlt werden müssen, werden einzudämmen sein. Der Zahlungs- und Handelsbilanz wird größere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. „So entsteht ein neuer Merkantilismus, nicht

Neue Freie Presse 6.II.1916

II
106

Die Aussichten der Industrie nach dem Kriege.

ermöglicht haben." Solange aber zwischen den deutschen und englischen Arbeitsmethoden diese Unterschiede bestehen bleiben, hat meines Erachtens die deutsche Industrie den Weltbewerb der englischen auf dem Weltmarkte nicht mehr zu fürchten. Sie wird ihn auch nach dem Kriege wieder mit Erfolg aufnehmen können. Bezog doch England, um nur ein Beispiel zu erwähnen, jährlich über 600.000 Tonnen Rohstahl und mehr als 500.000 Tonnen Walzwerksprodukte von uns. Diese fehlen ihm jetzt schon und können ihm von keiner anderen Seite geliefert werden, wie die Versuche beweisen, das Material durch Vermittlung Hollands von uns zu beziehen. In Verbindung damit ist bemerkenswert, daß vor dem Krieg der Schwerpunkt unseres Außenhandels in Europa lag. Von der gesamten deutschen Ausfuhr in der Höhe von etwa zehn Milliarden gingen im Jahre 1913 rund 75 Prozent, also drei Viertel, nach europäischen Ländern, der Rest nach Uebersee. Unsere europäische Handelsbilanz weist einen Ausfuhrüberschuß von etwa 20 Prozent gleich zwei Milliarden auf und ist somit in bedeutendem Umfange aktiv. Der Unterschied zwischen dem englischen Außenhandel in seiner Gesamtheit gegenüber dem deutschen Außenhandel vor dem Kriege besteht hauptsächlich darin, daß die englische Handelsbilanz passiv, die deutsche auch in ihrer Gesamtheit aktiv ist. England wird auf Grund seines Außenhandels mit rund drei Milliarden Schuldner des Auslandes, während wir mit einer Milliarde Gläubiger sind. Die stärkste Passivität für England ergibt sich aus seinem Handel mit dem europäischen Festland. Dies Verhältnis hat sich während des Krieges noch bedeutend verschlechtert. Einer Einfuhr von rund 1707·5 Millionen Mark steht trotz der „Beherrschung der Meere" eine Ausfuhr von nur 769·2 Millionen Mark im Jahre 1915 gegenüber, so daß sich eine Unterbilanz von rund 938 Millionen Mark ergibt.

Auch unsere übrigen Feinde waren bisher mehr oder weniger für die industriellen Erzeugnisse von uns abhängig und als Wettbewerber nicht ganz ebenbürtig. Vielleicht werden sie nach dem Kriege versuchen, uns in ihren Bezügen da, wo es möglich ist, zu umgehen. Eine Reihe von Erzeugnissen können sie jedoch nur auf unseren Märkten kaufen. Italiens wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann, ist erst durch die deutsche Unterstützung möglich geworden. Ihr weiterer Ausbau wird in der Folge an dem Mangel von Rohstoffen und Kapital seine natürliche Grenze finden. Auf dem Weltmarkte hat die italienische Industrie noch kaum eine Rolle gespielt, und Italien wird nach wie vor auf viele deutsche Erzeugnisse angewiesen sein. In Rußland wird der Krieg zweifellos starke Umwälzungen zur Folge haben. Der voraussichtliche Verlust Polens wird es seines besten Industriebezirkes berauben und seine ohnehin noch beschränkte Leistungsfähigkeit nach dem Kriege mindern. Auch wird Rußlands finanzielle Lage eine recht prekäre sein. Es wird große Mühe haben, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, zumal Frankreich nicht in der Lage und bereit sein wird, auch ferner den russischen Bankier zu spielen und für seine mißglückten Revancheideen seinen geopferten Milliarden noch weitere folgen zu lassen. Nach den schweren Opfern aller Art, die der Krieg von Frankreich forderte, wird seine Rolle als Bankier der Welt ohnehin für absehbare Zeit ausgespielt sein und es wird zunächst versuchen müssen, seine eigenen Finanzen in Ordnung zu bringen.

Von welchem Gesichtspunkte aus man auch unsere Aussichten betrachten mag, die wirtschaftliche Situation eröffnet für die Zentralmächte günstige Perspektiven, nicht nur in ihrer Gesamtstellung gegenüber ihren heutigen Feinden, sondern auch in ihrem Verhältnisse zueinander. Neben dem deutschen eröffnen sich ganz besonders dem österreichisch-ungarischen Markte erhöhte Absatzmöglichkeiten nach den Balkanstaaten und dem Orient. Der bisherige englische Einfluß in der Türkei wie in der islamitischen Welt überhaupt wird, das unterliegt keinem Zweifel, durch diesen Krieg sehr erschüttert und wenn auch nicht unmittelbar, so doch nach und nach stark zurückgehen. Die Türkei selbst wird zuversichtlicher und gestärkt aus diesem Kriege hervorgehen. Sie wird wieder mehr Selbstvertrauen erlangen und zur wirtschaftlichen Betätigung geneigter sein. Die deutsch-österreichische Industrie wird also ihren bisherigen Export nach dem Balkan und Orient noch weiter ausdehnen, wie wir anderseits uns in stärkerem Maße als bisher von dort aus mit Lebensmitteln und Rohstoffen werden versorgen können.

Haben wir so auf dem Balkan und im Orient eine Ausdehnung unseres wirtschaftlichen Einflusses und unserer Handelsbeziehungen nach dem Kriege zu erwarten, so vermag ich nicht einzusehen, weshalb uns die anderen überseeischen Märkte nach dem Kriege nicht ebenso offen stehen sollen wie vor demselben. Die süd- und mittelamerikanischen Staaten sowie Nordamerika und andere Länder haben nach den Erfahrungen, die sie mit England während des Krieges machten, gar keinen Anlaß dazu, Englands Handel zu bevorzugen und ihm zuliebe uns von ihren Märkten auszuschließen oder unserem Export durch zollpolitische Maßnahmen Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn auch der Handel im allgemeinen der Politik folgt und politischer Einfluß auch wirtschaftlichen Einfluß bedeutet, so dürften doch auf die Dauer praktische Gesichtspunkte im wirtschaftlichen Leben immer den Ausschlag geben. Leistungs- und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Absatzgebiete auf der einen Seite, Preise und Verdienstmöglichkeiten auf der anderen Seite pflegen auch bei dem Wettbewerb der Völker schließlich zu entscheiden. In dieser Hinsicht hat sich bisher unsere Industrie, sowie jene Oesterreich-Ungarns als besonders konkurrenzfähig erwiesen und größte Erfolge zu verzeichnen gehabt. Zum Beispiel haben die Skoda-Werke, lange bevor sie die Waffenfabrikation aufnahmen, als eine der führenden Stahlgießereien auf dem europäischen Markt unter anderm große Lieferungen in Stahlformguß nach England, Frankreich und Italien ausgeführt trotz Frachten und hoher Zölle, die zum Beispiel in Frankreich über 25 Prozent des Wertes betrugen. Es würde also unseren heutigen Feinden wenig nützen, wenn sie versuchen wollten, durch Schutzzölle unseren Export in ihre Länder zu hemmen. Die Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Industrien ist so groß, daß sie auch diese eventuellen Hindernisse überwinden wird.

Der Krieg hat uns nicht nur militärisch, er hat uns in noch viel höherem Maße in der inneren Organisation unseres Wirtschaftslebens, in Ernährungs- und Versorgungsfragen große und bedeutungsvolle Erfahrungen gebracht, Erfahrungen, die wir eigentlich nur dem englischen Absperrungs- und Aushungerungsplan zu verdanken haben. Denn ohne denselben wären wir vermutlich gar nicht in die Lage gekommen, so sorgfältig hauszuhalten und uns bis ins kleinste zu organisieren. Nach anderthalbjähriger Kriegsdauer wissen wir, daß wir in unseren Rohstoffbezügen und unserer Lebensmittelversorgung vom Ausland viel unabhängiger sind, als wir vor dem Kriege angenommen hatten. Unser sparsames Wirtschaften hat uns unendliche Vorteile gebracht und uns die Wege gewiesen, wie wir uns in Zukunft noch unabhängiger vom Ausland zu machen vermögen. Die Kapitalsbildung ist dabei so stark gefördert worden, daß sie uns instand setzte, die vielen Milliarden Kosten, die der Krieg erforderte, im eigenen Lande aufzubringen. Nach einem Vortrage des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Vereines deutscher Eisenhüttenleute, Herrn Dr. Schrödter, betrug unser Verbrauch an Brotgetreide in Friedenszeiten rund eine Million Tonnen monatlich und ist durch die im Februar vorigen Jahres erfolgte Einführung der Brotkarten auf zirka 405.000 Tonnen gesunken. Unsere Brotkarten haben uns demnach eine jährliche Ersparnis von rund sieben Millionen Tonnen Brotgetreide gebracht. In vielen anderen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens sind verhältnismäßig ähnliche Ersparnisse gemacht worden. So setzte uns der perfide englische Aushungerungsplan infolge der erzwungenen großen Sparsamkeit eigentlich erst recht in den Stand, durchzuhalten und bewirkte das Gegenteil von dem, was seine Urheber beabsichtigt haben. Grey-Mephisto: „Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft."

Das Ende des Krieges wird natürlich eine Fülle von Problemen und Fragen nicht nur bei uns in Deutschland, sondern bei allen kriegführenden Staaten auslösen, auf die die Friedensbedingungen von großem Einfluß sein werden. Für uns kommt es zunächst darauf an, unsere überseeische Ausfuhr, die nur ein Viertel unseres gesamten Exportes ausmacht, zu steigern, um einen Ausgleich für den vielleicht geringer werdenden Absatz in Europa zu finden und unsere Zahlungsbilanz aktiver zu gestalten. Dadurch würde sich unsere gesunkene Valuta am raschesten heben. Neben der Valuta wird für unsere ausländischen Handelsbeziehungen der Abschluß günstiger Handelsverträge von besonderer Wichtigkeit sein. Die Position unserer Unterhändler bei Abschluß derselben ist infolge unserer militärischen und kriegswirtschaftlichen Erfolge fraglos günstiger geworden. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, schon beim Friedensschluß in die grundsätzliche Regelung der Handelsverträge einzutreten, damit dem militärischen Erfolge der verbündeten Mächte auch unmittelbar der wirtschaftliche Aufschwung folgen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Martin Münzesheimer,

Generaldirektor der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke.

Bezugspreis: in Köln 7 ℳ, in Deutschland 8 ℳ vierteljährlich.
Anzeigen 80 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 3 ℳ
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verbindlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 288.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S Ana 9. New York B. Steiger & Co., 49 Murray Street. Rotterdam H. Nijgh & van Ditmar. Wien M. Dukes Nachf. A.-G., I., Wollzeile 16; H. Goldschmiedt, I., Wollzeile 11.

ndwerks.

Krieges auf einen so harten und langwierigen Kampf gefaßt gemacht, wie er in der Folge entstanden sei. Nur eine Regierung, die an eine leichte Überwindung Österreichs in mindestens sechs Monaten gedacht habe, habe die Fehler begehen können, die die Regierung Salandras gemacht habe. Die verschwommene Sprache der Regierung sei nicht geeignet, die Krisis zu lösen; vielmehr brauche die gegenwärtige Lage eine starke Hand, und auch das Volk selbst verlange danach, von einer solchen regiert zu werden.

Die Lage des Handwerks.

♔ **Berlin**, 8. Februar. (Telegr.)

Der letzte Teil der Beratungen der Staatshaushalts-Kommission über wirtschaftliche Kriegsfragen bezog sich auf die Lage des Handwerks. Der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Bönisch, führte aus, daß es natürlich unmöglich sei, ein für alle Verhältnisse zutreffendes Bild darüber zu entwerfen, wie sich die Lage des deutschen Handwerks im weitern Fortgange des Krieges gestaltet habe. Im allgemeinen könne vorausgeschickt werden, daß das Handwerk von solch stürmischen Beeinflussungen, wie sie der Krieg beispielsweise der Reederei und verschiedenen Zweigen des Handels gebracht habe, verschont geblieben sei. Besonders betroffen aber werde dafür das Handwerk in der Richtung, daß seine einzelnen Betriebe vielfach allein auf der Person des Meisters beruhten, so daß mit dessen militärischer Einberufung der Betrieb in vielen Fällen einfach eingestellt werden müsse. Hier lägen Schädigungen des Handwerks vor, wie wohl bei keinem andern Berufszweige; erschreckend sei in einzelnen Gegenden die Zahl der einstweilen völlig zum Erliegen gekommenen Handwerksbetriebe. Es werde eine besonders wichtige Aufgabe sein, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, um den aus dem Felde heimkehrenden Handwerkern die Wiedererrichtung dieser Betriebe zu ermöglichen. Zurzeit würden viele Handwerksbetriebe von den zurückgebliebenen Frauen recht und schlecht weitergeführt; vielleicht würde es spätern Geschlechtern dereinst zur Kennzeichnung des ungeheuern Weltringens dienen, daß damals Frauen am Amboß des Dorfes standen und Frauen die Pferde beschlugen. Dieser Mangel an Handwerkern führe übrigens zu einer einstweilen zwar wenig in Erscheinung tretenden, dafür aber um so sicherer nachwirkenden Erschwerung besonders des landwirtschaftlichen Betriebes; es möge bloß auf die Verschlechterung des toten Inventars hingewiesen werden. Das Handwerk seinerseits habe bei seinem Betriebe namentlich durch die Verteurung und teilweise durch den Mangel an Rohstoffen zu leiden; nicht minder durch den Mangel an Gehilfen und besonders auch an Lehrlingen. Die jungen Leute fänden überall lohnende Beschäftigung und mieden das Handwerk. Der Berichterstatter behandelt hierauf eingehender die Organisationen, die gerade der Krieg zum Zwecke der Beteiligung des Handwerks an Heereslieferungen erfreulicherweise ins Leben gerufen habe. Er ersucht den Minister um weitere Angaben über den Umfang, in welchem solche Lieferungen an Handwerkerorganisationen vergeben worden seien. Der Ausbau derartiger Lieferungsorganisationen sei dringend erwünscht. Schließlich bespricht der Berichterstatter die Forderungen, die sich aus den parlamentarischen Verhandlungen des Vorjahres ergeben. Er stellt dabei fest, daß hinsichtlich der Vorsorge für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Handwerks nach dem Kriege die königliche Staatsregierung bereits in weitem Umfange zweckmäßige Maßnahmen in die Wege geleitet habe, daß dagegen hinsichtlich der Fürsorge für die kriegsverletzten Handwerker sowie für das Lehrlingswesen noch viel zu tun bleibe. Im Hinblick hierauf stellt der Berichterstatter folgenden Antrag: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um a) die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zur weitern Ausübung ihres Handwerks untauglich geworden sind, nach Tunlichkeit wieder der produktiven Tätigkeit in geeigneten Wirtschaftszweigen zu erhalten; b) um schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß, dem Handwerk wieder geeigneten und genügenden Lehrlingsersatz zuzuführen.

Der Handelsminister erklärte, daß allgemeine Zahlen über die Beteiligung des Handwerks an den Heereslieferungen ihm für den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung ständen. Immerhin sei aber die Heranziehung des Handwerks eine recht erfreuliche gewesen; so habe allein die Feldzeugmeisterei durch Vermittlung des deutschen Handwerks und Gewerbekammertages für rund 37 Millionen Mark Aufträge dem Handwerk zugewandt. Diese Heranziehung sei ermöglicht durch den stärkern Zusammenschluß des Handwerks zu Lieferungsverbänden und Genossenschaften, die auch um deswillen den Vorzug vor der gesetzlich nicht zulässigen Beteiligung der Handwerkskammern und Zwangsinnungen verdienten, weil in ihnen auch kaufmännisch erfahrene Persönlichkeiten an der Leitung beteiligt seien. Eine umfassende Organisation sei auf Anregung des Handwerks- und Gewerbekammertages, der die großen genossenschaftlichen Verbände dabei zu beteiligen gewußt habe, im Werke, Erfahrungen über ihre Tätigkeit lägen indes noch nicht vor. Die Staatsregierung bringe diesen Bestrebungen ein teilnehmendes Interesse entgegen, das auch gelegentlich durch die Gewährung von Beihilfen zum Ausdruck komme.

Ein Kommissar des Handelsministers ging im einzelnen näher auf die Organisation der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und besonders auf die Erlasse vom 10. Mai und 8. September 1915 ein. Er legt des weitern im einzelnen die Umstände

Der Staatshaushaltsausschuß über die Lage des Handwerks.

Der letzte Teil der Beratungen des Staatshaushalts-Ausschusses über wirtschaftliche Kriegsfragen bezog sich auf die

Lage des Handwerks.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Boenisch, führte aus, daß es natürlich unmöglich sei, ein für alle Verhältnisse zutreffendes Bild darüber zu entwerfen, wie sich die Lage des deutschen Handwerks im weiteren Fortgange des Krieges gestaltet habe. Im allgemeinen könne vorausgeschickt werden, daß das Handwerk von solch stürmischen Beeinflussungen, wie sie der Krieg beispielsweise über die Reederei und verschiedene Zweige des Handels gebracht habe, verschont geblieben sei. Besonders betroffen aber werde dafür das Handwerk in der Richtung, daß seine einzelnen Betriebe vielfach allein auf der Person des Meisters beruhen, so daß mit dessen militärischer Einberufung der Betrieb in vielen Fällen einfach eingestellt werden müsse. Hier lägen Schädigungen des Handwerks vor, wie wohl bei keinem anderen Berufszweige; erschreckend sei in einzelnen Gegenden die Zahl der einstweilen völlig zum Erliegen gekommenen Handwerksbetriebe. Es wird eine besonders wichtige Aufgabe sein, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, um den aus dem Felde heimkehrenden Handwerkern die Wiedererrichtung dieser Betriebe zu ermöglichen. Zurzeit würden viele Handwerksbetriebe von den zurückgebliebenen Frauen recht und schlecht weitergeführt; vielleicht würde es späteren Geschlechtern dereinst zur Kennzeichnung des ungeheuren Weltringens dienen, daß damals

Frauen am Amboß des Dorfes standen

und Frauen die Pferde beschlugen. Dieser Mangel an Handwerkern führe übrigens zu einer einstweilen zwar wenig in Erscheinung tretenden, dafür aber um so sicherer nachwirkenden Erschwerung besonders des landwirtschaftlichen Betriebes; es möge bloß auf die Verschlechterung des toten Inventars hingewiesen werden.

Das Handwerk seinerseits habe bei seinem Betriebe namentlich durch die Verteuerung und teilweise durch den Mangel an Rohstoffen zu leiden; nicht minder durch den Mangel an Gehilfen und namentlich auch an Lehrlingen. Die jungen Leute fänden überall lohnende Beschäftigung und mieden das Handwerk.

Der Berichterstatter behandelt hierauf eingehender die Organisationen, die gerade der Krieg zum Zwecke der Beteiligung des Handwerks an Heereslieferungen erfreulicherweise ins Leben gerufen habe. Er ersucht den Minister um weitere Angaben über den Umfang, in welchem solche Lieferungen an Handwerkerorganisationen vergeben worden seien. Der tunlichste Ausbau derartiger Lieferungsorganisationen sei dringend erwünscht.

Schließlich bespricht der Berichterstatter die Forderungen, die sich aus den parlamentarischen Verhandlungen des Vorjahres ergeben. Er stellt dabei fest, daß hinsichtlich der Vorsorge für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Handwerks nach dem Kriege die königliche Staatsregierung bereits in weitem Umfange zweckmäßige Maßnahmen in die Wege geleitet habe, daß dagegen hinsichtlich der Fürsorge für die kriegsverletzten Handwerker, sowie für das Lehrlingswesen noch viel zu tun bleibe. Im Hinblick hierauf stellt Berichterstatter

folgenden Antrag:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um

a. die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zur weiteren Ausübung ihres Handwerks untauglich geworden sind, nach Tunlichkeit wieder der produktiven Tätigkeit in geeigneten Wirtschaftszweigen zu erhalten;

b. um schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß dem Handwerk wieder geeigneten und genügenden Lehrlingsersatz zuzuführen.

Der Handelsminister

erklärte, daß allgemeine Zahlen über die Beteiligung des Handwerks an den Heereslieferungen ihm für den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Verfügnug ständen. Immerhin sei aber die Heranziehung des Handwerks eine recht erfreuliche gewesen; so habe allein die Feldzeugmeisterei durch Vermittlung des deutschen Handwerks und Gewerbekammertages für rund 37 Mill. M. Aufträge dem Handwerk zugewandt. Diese Heranziehung sei ermöglicht durch den stärkeren Zusammenschluß des Handwerks zu Lieferungsverbänden und -Genossenschaften, die auch um deswillen den Vorzug vor der gesetzlich nicht zulässigen Beteiligung der Handwerkskammern und Zwangsinnungen verdiene, weil in ihnen auch kaufmännisch erfahrene Persönlichkeiten an der Leitung beteiligt seien. Eine umfassende Organisation sei auf Anregung des Handwerks- und Gewerbekammertages, der die großen genossenschaftlichen Verbände dabei zu beteiligen gewußt habe, im Werke, Erfahrungen über ihre Tätigkeit lägen indes noch nicht vor. Die Staatsregierung bringe diesen Bestrebungen ein teilnehmendes Interesse entgegen, das auch gelegentlich durch die Gewährung von Beihilfen zum Ausdruck komme.

Ein Kommissar des Handelsministers ging im einzelnen näher auf die Organisation der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und besonders auf die Erlasse vom 10. Mai und 8. September 1915 ein. Er legte des weiteren im einzelnen die Umstände dar, welche für die Heranziehung der Lehrwerkstätten zur Fortbildung der im dritten Lehrjahre stehenden Handwerkslehrlinge geführt haben.

In der Aussprache

wurde hervorgehoben, die Bestrebungen, das Handwerk zu erhalten und zu fördern, müßten sich in dreifacher Richtung betätigen:

1) Es müßte den heimkehrenden Meistern ermöglicht werden, den Betrieb wieder zu eröffnen; es müßten Veranstaltungen getroffen werden, die kriegsverletzten Handwerker in ihren früheren Beruf zurückzuführen und, soweit das nicht möglich sei, in einen leichteren Beruf überzuführen, und es müßte für Lehrlingsnachwuchs gesorgt werden.

2) Die Organisationen des Handwerks müßten weiter ausgebaut und ausgebreitet werden, und

3) müßte diesen Organisationen der nötige Kredit zur Verfügung gestellt werden.

Das letztere würde um so leichter sein, je größer und leistungsfähiger sich die Organisationen gestalten.

Wie schwer das Handwerk getroffen sei, gehe daraus hervor, daß im Bezirk der Handwerkskammer zu Hildesheim 1654 selbständige Handwerker zum Heeresdienste einge-

Vossische Zeitung

19./II. 1916.

127

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Freitag, 18. Februar. (Fortsetzung.)

Am Ministertisch: Sydow.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Staatsministeriums. Es wird die

Lage der Industrie

weiter erörtert.

Abg. **Hué** (Soz.) fortfahrend: Nach dem Aderlaß dieses Krieges müssen wir die heranwachsende Generation nach Möglichkeit schonen. Auch wenn der Krieg zu Ende ist, werden wir noch eine schwere Zeit durchmachen müssen. Es wird eine Arbeitslosigkeit herrschen, von der wir uns noch gar keine Vorstellung machen können. Die Teuerung wird anhalten und die Arbeiter werden versuchen, in Lohnkämpfen sich die notwendigen Lohnerhöhungen zu erringen. Hoffentlich brauchen wir diese Kämpfe nicht, die Arbeiter jedenfalls sind zu einer Verständigung bereit. Sie haben niemals den Kampf um des Kampfes willen geführt, sondern immer nur als letztes Mittel von ihm Gebrauch gemacht. Verweigern die Arbeitgeber die verlangten berechtigten Erhöhungen, dann freilich werden Millionen heimkehrender Kämpfer aus den Schützengräben ihren Kampfeseifer auch in den wirtschaftlichen Kämpfen zeigen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Rosenow** (Vpt.): Den anerkennenden Worten über Deutschlands Industrie können wir uns nur anschließen. Auch die Thronrede hat ja der Industrie ihre Anerkennung nicht versagt. Uns scheint, diese Anerkennung durchaus berechtigt zu sein, denn — beispiellos in der Geschichte — hat es die deutsche Industrie nach einer kurzen Erschütterung zu Kriegsanfang verstanden, sich auf die Bedürfnisse des Tages einzustellen. Ein späterer Geschichtsschreiber wird der deutschen Industrie dafür das ihr gebührende Denkmal setzen. Die deutsche Industrie hat geholfen, daß wir den Krieg durchhalten können, und das wird ihr niemals vergessen werden. Sie hat sich damit als

eine der festesten Säulen des Staates

gezeigt und wir Industrielle sind stolz darauf, einem solchen Stande angehören zu können. Die Industrie hat aber nicht nur sich auf Kriegslieferungen eingestellt, sondern sie hat es auch unter den größten Schwierigkeiten zuwege gebracht, die Bedürfnisse des heimischen Marktes zu befriedigen. Sie hat durch Erfindungen technischer und wissenschaftlicher Art uns die Rohstoffe geschaffen, die wir bisher einführen mußten, und wenn unsere Feinde nach dem Kriege sehen werden, was deutsche Intelligenz hier vollbracht hat, um sich vom Ausland unabhängig zu machen, sie werden darüber nicht sehr erfreut sein. (Sehr richtig! links.) Aber sogar dem Export ist unsere Industrie, wenn auch natürlich im geringen Umfange, gerecht geworden. Das Kriegsziel unserer Feinde liegt klar zu Tage. Neben der Niederwerfung der militärischen Macht Deutschlands ist ihr Hauptziel auf die Niederwerfung unseres Handels, die Ausschaltung der deutschen Industrie vom Weltmarkt. Man kann ohne weiteres sagen, daß England der große Schieber in diesem Bestreben ist. (Sehr richtig!) Freilich sehen wir es nicht erst seit gestern. Schon vor Jahren wurde beschlossen, daß jede deutsche Ware in England den Stempel „made in Germany" tragen muß, womit die Engländer sagen wollten, diese Ware ist in Deutschland gemacht, also ist sie schlecht. Mit diesem Gesetz hat England kläglich Schiffbruch gemacht, denn das Publikum hat gerade diese Waren gern gekauft, und das Gesetz mußte beseitigt werden. Die deutsche Industrie eroberte sich den Weltmarkt und ich hoffe, daß sie auch nach dem Kriege sich wieder ihre alte Stellung erringen wird. (Beifall.) Daß es England auf die wirtschaftliche Niederringung Deutschlands ankomm, das haben der englische Handelsminister Runciman und Lloyd George offen ausgesprochen. Nun sind dieser Tage in London die englischen Handelskammern zusammengetreten, um über die Ausschaltung der deutschen Industrie zu verhandeln. Man kann zwischen den Zeilen schon eine gewisse Ohnmacht lesen, daß es England nicht gelingen wird. Aber mögen die Engländer auch noch weiter erklären, daß Deutschland vom Weltmarkt verschwinden müsse, so schnell schießen die Engländer nicht,

der Weltmarkt läßt sich nicht betrügen,

sondern kauft die Waren da, wo sie am besten und billigsten zu kaufen sind. Im allgemeinen kann man sagen, daß die deutsche Mark sind im ersten Kriegsjahre an solchen freiwilligen Zuwendungen der Industrie zu verzeichnen gewesen. Diese Ausgaben übernimmt die Industrie gern. Sie würde das nicht tun, wenn sie nicht felsenfest überzeugt wäre, daß der Sieg in diesem Weltkriege Deutschland zufallen wird. (Bravo!)

Abg. **Vorster** (fk.): Auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen gehe ich im Zeichen des Burgfriedens nicht ein. (Abg. Hue: Hört! Hört!) Die Ausfuhrbewilligungen werden in sehr bedauerlicher Weise verzögert, erst jetzt aber hat die Regierung in der Kommission Erleichterungen zugesagt. Auch die Industrie leidet unter der Ungleichmäßigkeit des Vorgehens der einzelnen Generalkommandos. Sehr wichtig ist die auch von unserer Kommission erhobene Forderung, daß bei den Kriegsgesellschaften, insbesondere bei der Zentraleinkaufsgesellschaft, die leitenden Stellen unter entsprechender Heranziehung der örtlich und sachlich beteiligten kaufmännischen Kreise besetzt werden. Ebenso wie bei der Landwirtschaft sollte doch auch die Industrie vor Erlaß wichtiger Maßnahmen gehört werden. Ich betrachte die Zukunft ernst. Die Ausfuhr wird uns wohl durch Zollschranken erschwert werden. Aber deutsche Tüchtigkeit und Intelligenz werden sich durchsetzen. Die Kriegsgewinnsteuer sollte möglichst bald veröffentlicht werden, damit die Beteiligten Stellung nehmen können. Ich bitte die Staatsregierung, bei der Reichsregierung stets die Interessen unserer Industrie zu vertreten. (Bravo!)

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Auch auf dem Gebiete der Industrie kann ich, wie gestern von der Landwirtschaft, sagen, daß unser Durchhalten gesichert ist. Wie stünden wir ohne eine solche Industrie da; wären unsere technischen Leistungen im Felde möglich ohne ein so einzigartig geschultes Arbeiter- und Angestelltenpersonal? Die Regierung verdient im Interesse der Textilarbeiterschaft Dank für die von ihr verfügte Streckung der Vorräte an Webmaterial und Stoffen. Finanzielle Unterstützung notleidender Industrien, ihrer Arbeiter und Angestellten, ist nicht nur augenblickliche Hilfe, sondern dient auch der Erhaltung dieser qualifizierten Arbeitskräfte für die Wiederkehr normaler Zeiten. Warme Anerkennung gebührt auch den Frauen, die mit heldenmütiger Bereitwilligkeit und bewunderungswürdiger Anpassungsfähigkeit in der Industrie tätig sind. Die gesundheitlichen und sozialen Folgen dieser Erscheinung müssen festgestellt, die nötige Fürsorge bereitgestellt werden. Der volle Arbeiterschutz muß möglichst bald wieder hergestellt werden. Anerkennenswert ist das Verhalten der Militärbehörde, die Lohndrückereien bei Kriegslieferungen nicht geduldet hat. Dieser Krieg hat bewiesen, welche große Bedeutung unserer Sozialpolitik zukommen. Den Erfolg dieser Sozialpolitik haben wir im Kriege voll geerntet. Wir hätten nicht so kräftige und tüchtige Soldaten, wenn die Sozialpolitik dem Raubbau der Arbeitskräfte nicht eine Schranke gesetzt hätte.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend elf Uhr. (Handel und Geldverkehr.)

Schluß 4 Uhr.

Ivo Puhonny's **Marionetten**
Kantstr 12. Dir.: E Ehert. Kantstr. 12.
5 Uhr **Dr. Sassafras.** Kind. halbe Pr.
½9 Uhr **Dr. Faust** ½9 Uhr
Solo-Marionetten.
Sonntag 3 Uhr **Faust.** 5 Uhr **Sassafras.** ½9 Uhr **Rache d. Hakim.**
Kart. Theaterkasse 12-2, Wertheim.
Telefon: Steinplatz 11116 u. 974.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise): Kurland und die Dünafront.
8 Uhr: Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Heute Philharmonie (Oberlichtsaal) abends 8¼ Uhr:
Geh. Reg.-Rat Univ.-Prof. D. Dr. **Adolf Lasson**
„Die Stellung des deutschen Volkes unter den Völkern der Kulturwelt".
Karten M. 2, 1,50, 1 Bote u. Bock, Wertheim u. Abdk.


Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91
Wein-Terrasse!

Vossische Zeitung

20./II. 1916.

130

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung, Sonnabend, 19. Februar. (Fortsetzung.)

Am Ministertisch: Handelsminister Sydow.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt mit der Besprechung über

Handel und Verkehr.

Abg. **v. Werder** (Kons.): Die Beschwerden des Handels sind nicht unbegründet, aber es handelt sich ja nur um Kriegseinrichtungen, die man allgemein nicht zu dauernden Friedenseinrichtungen machen soll; Ausnahmen werden sorgfältiger Prüfung bedürfen. Die großartige Entwickelung unseres Welthandels war gewiß einer der Kriegsgründe unserer Feinde, seine Vernichtung eines ihrer Kriegsziele. Es wird Aufgabe unserer Friedensverhandlungen sein, den jetzt schon angestrebten Beschränkungen unseres Handels auf das Entschiedenste entgegenzutreten. Die von einzelnen Kommandierenden Generalen verfügten Handelsabsperrungen einzelner Bezirke sollten von diesen Herren doch aufgehoben werden; Deutschland ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Die Einfuhr von Luxuswaren sollte verboten werden, auch im Interesse unserer Währung. Die Sicherheit unserer Geldverhältnisse hat der Reichsschatzsekretär in seinen Antworten auf die bekannten englischen Fragen genügend klargestellt. Um die Zukunft braucht uns nicht bange sein. (Beifall.)

Abg. Dr. **Bell**-Essen (Ztr.): Gegenüber den feindlichen Behauptungen, daß Deutschland den Krieg gewollt habe, genügt es, auf die ständige Zunahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und seinen jetzigen Hauptgegnern hinzuweisen; diese guten Beziehungen hätten eigentlich auch unsere Feinde bestimmen können, sie beizubehalten, statt sie zu zerstören. Trotzdem fürchtete England um seine Monopolstellung, und darum sein allerdings fehlgeschlagener Versuch, Deutschland auszuhungern und finanziell zu ruinieren. Kein Land der Welt kann so wenig Ursachen zum Krieg gehabt haben als Deutschland mit seinem blühenden Gewerbe und Außenhandel. Wir erkennen gern das entschiedene Eingreifen der Regierung bei der Regelung des Devisenhandels an. Die kleinen Privatbanken haben durch den Krieg sehr gelitten. Man sollte ihre schwierige Lage nach Möglichkeit zu erleichtern suchen. Aus dem Felde sind Wünsche laut geworden, den Geldverkehr zwischen der Front und der Heimat an den Postscheck- und den Reichsbankgiroverkehr anzuschließen und so den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern. Der Finanzpolitik unserer Reichsbank zollen wir höchste Anerkennung. Die Kommunalverbände haben vielfach den Handel unnötigerweise ausgeschaltet und anderswo teurer gekauft, als wenn sie direkt beim Handel gekauft hätten. Die Kriegsgesellschaften dürfen keine Konkurrenzunternehmen für den Handel sein und nicht spekulative Gewinne einheimsen. Dem Kleinhandel sollte durch Kreditgewährung geholfen weren. Schon jetzt muß für den Handel nach dem Kriege vorgesorgt werden gegenüber den Vernichtungsgelüsten der skrupellosen Engländer, die die energischeste Anwendung der schärfsten Kampfmittel notwendig macht. (Beifall.) Ein wichtiges Mittel der Abwehr ist die Herbeiführung einer engen wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. Dafür muß beizeiten vorgearbeitet werden. Ich begrüße die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte". Die Anstrengungen unserer Feinde müssen bei uns jede Befehdung der einzelnen Stände verschwinden machen. Unsere Volkswirtschaft hat die Feuerprobe bestanden, sie wird sich den Weltmarkt wiedererobern. (Beifall.)

Handelsminister **Sydow**: Mit Genugtuung stelle ich die einstimmige Anerkennung dieses Hauses für Industrie und Handel fest, insbesondere die Anerkennung der werterzeugenden und wertsteigernden Tätigkeit des Handels durch Kreise, die ihre Wurzeln in der Landwirtschaft haben. Ich hoffe, daß die Betrachtung des Handels als eines notwendigen Uebels der Vergangenheit angehört. (Beifall.) Die Ursache der Verschlechterung der deutschen Valuta liegen in der Abnahme der Ausfuhr und darin, daß wir über die deutschen Guthaben im Ausland zu großem Teil nicht verfügen können. Will man helfen, so muß versucht werden, die Ausfuhr zu heben, die Einfuhr zu regeln. Es wird voraussichtlich bald vom Reiche die Einfuhr von Luxuswaren eingeschränkt (Bravo!) und geprüft werden, ob die Ausfuhrverbote in vollem Umfang bestehen bleiben sollen. Dabei wird natürlich auch die Kalifrage berücksichtigt werden. Auch das Verfahren bei Ausfuhrbewilligungen soll weniger schwerfällig gemacht werden. Die Uebertragung der Einfuhr an die Kriegsgesellschaften war eine notwendige Folge der sprunghaften Preistreiberei, die infolge der freien Konkurrenz der Händler z. B. in Rumänien und Schweden entstand und die auch zur Verschlechterung unserer Valuta beitrug. Es war aber auch nötig, auf diese Art zur Regelung des Verbrauchs der eingeführten Waren im Inlande beizutragen; diese Rücksicht bleibt bestehen. — Die Zentraleinkaufsgesellschaft untersteht nicht der preußischen Regierung, die dort nur vertreten ist; ich werde die hier vorgebrachten Beschwerden an den Staatssekretär des Innern leiten, der sie gewiß berücksichtigen wird. Die Preisfestsetzung bei der Web- und Wirkwarenbeschlagnahme hat in der Tat die Kalkulation für die vom 1. Februar bis zur Beschlagnahme beschafften Waren nicht berücksichtigt. Es wird augenblicklich eingehend über diese Schwierigkeiten verhandelt, und ich hoffe, daß ein den berechtigten Wünschen des Handels entsprechendes Ergebnis erreicht werden wird. — Für den Kleinhandel und gewerblichen Mittelstand sollen prinzielle Darlehenfonds mit günstigen Bedingungen geschaffen werden.

Es ist psychologisch interessant, daß man sich in England jetzt eingehend mit der Frage befaßt, wie man

den deutschen Handel nach dem Kriege

totmachen kann. Man ist also offenbar von dem Glauben abgekommen, daß der deutsche Handel während des Krieges totzumachen ist. Wie steht es denn mit den Erfolgen des englischen Handels? Wir sehen einen starken Rückgang der englischen Ausfuhr und ein rapides Wachsen der Einfuhr. In der amtlichen Einfuhrstatistik aber kommt die Einfuhr an Kriegsmaterial nicht einmal zum Ausdruck. Würde das geschehen und würden wir dann diese Ziffer vergleichen mit der Einfuhrziffer, der völlige Zusammenbruch des englischen Handels würde offenbar werden. England hatte sich mit kühler Berechnung ganz richtig gesagt, daß eine Anzahl unserer Rohstoffe z. B. zur Herstellung von Explosivstoffen nach einer gewissen Zeit ein Ende nehmen würde. Seine Zahlen waren richtig, aber dennoch hatte seine Rechnung ein Loch. Es hatte die Männer unterschätzt, die in kurzer Zeit durch eine Fülle wertvoller und glücklicher Erfindungen alle Hoffnungen Englands zuschanden gemacht haben. (Lebh. Beifall.) Diesen Männern müssen wir unsere Bewunderung aussprechen. (Beifall.) Wir haben eine ganze Anzahl wertvoller Aktivposten: unsere Landwirtschaft, unsere Industrie mit ihrer Arbeiterschaft, die die erste der Welt ist (Beifall), und unseren Handel. Bismarck hat gesagt, den jungen Leutnant macht uns niemand nach. Das Ausland kann uns auch

den jungen Kaufmann nicht nachmachen.

Wir können getrost in die Zukunft sehen. Noch immer hat der Erfolg die ausschlaggebende Bedeutung gehabt. Das Ausland sieht, wie Deutschland sich erfolgreich nicht nur militärisch, sondern auch technisch gegen eine Welt von Feinden wehrt, und daß es allein mehr leistet als seine Feinde, einschließlich Amerika, zusammen. Das sind Tatsachen, die auf das Ausland eine starke Wirkung ausüben müssen, und die sich in einer Würdigung und Achtung vor unseren wirtschaftlichen Erfolgen ausdrücken werden. Unser Außenhandel war beträchtlich nicht wegen eines Uebermaßes an Freundschaft und Wohlwollen, das wir im Ausland besaßen, sondern weil das Ausland nirgends besser kaufen konnte als bei uns. Freilich wird die Ausfuhr nach dem Kriege nicht den Umfang haben können wie vorher, und die volle Bedeutung des inneren Marktes wird sich dann erst recht zeigen. Wenn unsere Feinde glauben, daß wir sie bitten müßten, uns unsere Güter abzunehmen, sie werden sich täuschen. Eine solche Notwendigkeit wird nach dem Kriege nicht vorliegen. Wir werden genug damit zu tun haben, den inneren Markt zu befriedigen. Ich glaube, man überschätzt in England die deutsche Entgläubigkeit. (Sehr richtig!) Wir werden keinen Frieden schließen, der weiter nichts ist als die Ueberleitung in den Wirtschaftskrieg. Wir vertrauen fest darauf, daß wir alle Schwierigkeiten überwinden werden. Der frische Geist des deutschen Kaufmanns wird nach dem Friedensschluß zeigen, daß wir auch wirtschaftlich keinen dauernden Schaden gelitten haben, wir werden nach dem Kriege noch mehr als bisher das unsrige tun, um der Welt zu zeigen, daß wir die alten geblieben sind. (Lebh. Beifall.)

Ministerialdirektor **Lusensky**: Auf den Wunsch des Vorredners, daß bei der Regelung des Devisenverkehrs auch die Interessen der Arbitrageure in höherem Umfang berücksichtigt werden mögen, kann ich Ihnen mitteilen, daß wir diesen Wunsch erfüllen werden. Es schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Reichsbank über diese Frage. — Der Zentrumsantrag wünscht bestimmte Regelung der Vertretung des Kleinhandels in den Preisprüfungsstellen. Die Preisprüfungsstellen werden in allen Gemeinden mit über zehntausend Einwohnern von der Gemeinde so zusammengesetzt, daß die Hälfte der Mitglieder aus den Warenerzeugern, Groß- und Kleinhändlern, die andere Hälfte aus unbeteiligten Sachverständigen der Verbraucher genommen werden. Weder das Gesetz noch die Ausführungsbestimmungen enthalten eine bestimmte Vorschrift über die Verteilung dieser Vertreter. Man ist davon ausgegangen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden so außerordentlich verschieden sind, daß eine zahlenmäßige Festsetzung des Verhältnisses zwischen den Vertretern des Großhandels, des Kleinhandels und der Produktion kaum möglich ist. Wollte man dem Kleinhandel eine bestimmte Zahl von Vertretern geben, so würde der Großhandel und die Produktion mit Recht dasselbe verlangen. Wir haben auch das Vertrauen, daß die Kommunalverbände genügendes Verständnis haben werden, um für eine richtige Besetzung der Preisprüfungsstellen Sorge zu tragen. Es besteht kein Bedürfnis, den Kommunalverbänden besondere Vorschriften darüber zu machen und dem Kleinhandel ein Vorschlagsrecht einzuräumen, das dann dem Großhandel und der Produktion billig sein würde. Die Kommunalverbände sollten sich darüber mit den Kleinhandelsorganisationen in Verbindung setzen. Beschwerden sind an uns bisher nicht gelangt, sollte dies geschehen, so würde mit Hilfe des Ministeriums des Innern auf dem Kommunalaufsichtswege einzuwirken sein. — Der weitere Wunsch des Antrages auf möglichst gleichzeitige Festsetzung der Groß- und Kleinhandelshöchstpreise mit den Produzenten- und Kleinverkaufshöchstpreisen steht in ziemlich starkem Widerspruch zu der bisherigen Praxis (Rufe im Zentrum: Leider!). Die Spannung zwischen Produzenten- und Kleinverkaufspreis soll groß genug sein, daß die Händler ihre besonderen Aufwendungen vergütet erhalten und einen entsprechenden Gewinnanteil haben. Eine Abgrenzung bestimmter Teile dieser Spannung für den Groß- und Kleinhandel würde die allergrößten Schwierigkeiten haben, denn die Zahl der Zwischenhändler ist durchaus ungleich, besonders auch dort, wo ein Produkt von einem Gebiet des Staates in ein anderes übertragen werden muß, wie z. B. bei den Kartoffeln. Jedenfalls ist es möglich, den Großhandelshöchstpreis festzustellen; die Zwischenglieder sind ungleich zahlreich, haben auch zu verschiedene Funktionen auszuüben. Der Antrag verlangt also hier etwas Unmögliches. Wenn an uns Beschwerden darüber kamen, daß der Großhandel einen zu großen Teil der Spannung für sich behalte und dadurch der Verdienst des Kleinhandelns zu gering werde, so sind wir diesen Beschwerden stets nachgegangen und haben wohl fast immer auch Erfolg gehabt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag, den 21. d. M., mittags 12 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

SPANDAUERSTR.
ECKE KAISER-WILHELMSTRASSE 10
Perser Teppiche
50

Aureol-Haarfarbe
seit 21 Jahren anerkannt beste Haarfarbe, färbt echt und natürlich blond, braun, schwarz usw. Mark 4.—, Probe Mark 1.40.
J.P. Schwarzlose Söhne, Königl. Hoflief., Berlin
Markgrafenstr. 26, zwischen Schützen- u. Kronenstr.

Frankfurter Zeitung

22./II. 1916

136

Preußischer Landtag.

N Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.)

Im Abgeordnetenhaus wurde die Debatte über die

Handels- und Gewerbefragen

fortgesetzt.

Abg. Hué (Soz.): Wir sollten doch wissen, daß große Schichten des Händlertums nicht mehr sind als die Verschleißer und Agenten von Waren für die großen Produzentenkonzerne. Bedeutende Teile des Händlertums haben dadurch ihre Selbständigkeit fast völlig verloren. Ebenso ist es in dem Gebiet der Schiffahrt, wo die kleine Schiffahrt fast gänzlich lahm gelegt worden ist. Wir würden durch den Antrag Porsch nur noch die Agenten der Produzenten in die Preisprüfungsausschüsse hineinbekommen. Dorthinein sollte man im Gegenteil als Sachverständige Vertreter der verschiedenen Konsumgenossenschaften und ähnlicher Vereinigungen heranziehen. Eine andere Frage ist die, wo der legale Handel anfängt. Im Kohlenhandel z. B. beträgt der Unterschied zwischen dem Produktionspreis und dem Konsumentenpreis Mk. 20 pro Tonne. Die Einrichtung der Brotkarten, die nicht nach dem Vermögen der Empfänger verteilt werden, begrüßen wir. Wir hoffen, daß diese und ähnliche sozialistische Einrichtungen auch nach dem Kriege Geltung haben werden. Wir treten für die Verbesserung der Verkehrseinrichtungen, Ausbau der Wasserstraßen, Erleichterung der Schiffahrt ein. Wir fordern auch die Beseitigung privatkapitalistischer Handelsmonopole. Wir verurteilen die handelspolitischen Maßnahmen des feindlichen Auslandes gegen Deutschland. Ein ehrlicher Männerkampf ist schließlich noch zu ertragen. Aber wenn der Kampf dahin ausgedehnt wird, ein ganzes Volk um den Erwerb zu bringen, so ist solcher handelspolitischer Vernichtungskrieg nichts anderes mehr als Piraterie.

Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Sozialisten wünschen gleichfalls eine innigere und freundschaftliche Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Hineinziehung der Balkanstaaten und der Türkei in das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet macht die Schwierigkeiten allerdings größer, ist aber deshalb doch nicht weniger erstrebenswert. Die Forderung eines lückenlosen Zolltarifs in Deutschland macht bei der Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn die allergrößten Schwierigkeiten. Der Handelsminister hat sich am Sonnabend mit der gebotenen Vorsicht über die Schwierigkeiten ausgesprochen und bemerkt, daß durch dieses wirtschaftliche Bündnis der Handel mit den Neutralen und auch mit den jetzt feindlichen Staaten nicht unmöglich gemacht werden dürfe, weil unsere Industrie und unser Handel den Weltmarkt nicht entbehren können. Das muß man unterschreiben. Wir sind an weltbürgerlichen Unternehmungen in vielen Ländern beteiligt. Gerade jetzt im Kriege haben wir erfahren, in welchem Umfange der Kapitalismus international organisiert ist, in Transportunternehmungen, Bankunternehmungen, Kartellen u. s. w. Auch die Interessen der Arbeiterschaft sind in allen Ländern identisch. Man stellte die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft als Landesverrat hin. Heute sieht man, wie die Masse der Arbeiterschaft in jedem Lande als Vaterlandsverteidiger auftritt. Unsere internationalen Beziehungen haben nicht zum Ziele gehabt, das eigene Vaterland im Falle eines Krieges im Stiche zu lassen. Diese Beziehungen standen auf durchaus nationalen Boden. Auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in Düsseldorf 1910 hat der Handelsminister Sydow sich in ganz ähnlichem Sinne für die gemeinsame Kulturarbeit der ganzen Welt ausgesprochen. (Beifall.)

Der in der letzten Sitzung mitverhandelte Antrag des Zentrums:

1) An den Preisprüfungsstellen den Kleinhändlern in der Regel die gleiche Anzahl von Vertretern wie dem Großhandel und den Warenerzeugern einzuräumen und den Kleinhandelsorganisationen einer Gemeinde, bezw. eines Kommunalverbandes ein Vorschlagsrecht für die Vertreter des Kleinhandels zu gewähren.

2) Die Festsetzung von Höchstpreisen möglichst gleichzeitig für Groß- und Kleinhandel erfolgen zu lassen,

sollen auf Antrag des Abgeordneten v. Zedlitz dahin geändert werden, daß statt „Anzahl von Vertretern" gesagt wird „Vertretung" und statt „ein Vorschlagsrecht" gesetzt werden soll „eine Mitwirkung".

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Den Wunsch des Abg. Oeser, daß der bargeldlose Verkehr tunlichst gefördert werde, kann ich nur auf das entschiedenste unterstützen. Auf diese Anregung sind der Minister und sein Vertreter nicht eingegangen. Bei unseren Reichs- und Staatsbehörden besteht ein gewisses Beharrungsvermögen. Es soll daher der Minister Gelegenheit nehmen, auch hier auf die Bedeutung der Durchführung des bargeldfreien Handelsverkehrs hinzuweisen. (Sehr gut! rechts.) Es ist schon richtig bemerkt worden, daß auch hinsichtlich der Behandlung der Einfuhr der Satz gilt: „Der Buchstabe tötet!" In der Kommission wurde gesagt, bei der Einfuhr müsse das Prinzip gewahrt werden, daß sie lediglich durch die Einkaufsstelle gehe. Richtiger hätte man hier statt von „Prinzipien" von „Schablonen" oder „Schema" gesprochen. (Zustimmung rechts.) Die Ausfuhr müssen wir im Interesse unseres Handels wie unserer Valuta möglichst zu fördern suchen. Wir haben aber dagegen Vorsorge zu treffen, daß nicht in den neutralen Ländern unsere bisherigen Handelsbeziehungen von den Gegnern übernommen, und wir so dauernd von unserem Handelsmarkt ausgeschlossen werden. Schon jetzt werden dort, wo wir nicht mehr hinkommen, von den Gegnern Lieferungen nur übernommen unter der Bedingung, daß langjährige Lieferungsverträge geschlossen werden. Die formelle Erteilung der Erlaubnis der Ausfuhr zu vereinfachen, ist ein wirklich dringendes Bedürfnis. Darüber hinaus wird in ernstliche Prüfung der Frage eingetreten werden müssen, wie eine Erweiterung der Ausfuhr möglich ist. Wir wissen aus den englischen Meldungen, daß tatsächlich England in erster Linie den deutschen Außenhandel zerstören und vernichten will, daß dies sein wirkliches Kriegsziel ist. Das haben Abgeordnete und Minister dort mit dürren Worten erklärt, ein Gedanke hat diese Erklärung sogar schon zur Grundlage seines Spruches gemacht. (Hört! Hört!) Von der Verletzung der belgischen Neutralität als der Ursache der englischen Kriegserklärung ist nicht mehr die Rede. Es ist ja auch längst festgestellt, daß die belgische Neutralität nicht entfernt die Unverletzlichkeit des belgischen Staatsgebietes in sich schließt, daß Preußen sogar ein Besetzungsrecht der Maasfestungen zugestanden worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß England letzten Endes die Vernichtung unseres Handels im Auge hat, und ebenso daß wir umgekehrt daran denken müssen, nach Friedensschluß wieder mit unseren Gegnern in Handelsbeziehungen zu treten. Ich bedauere, daß dieser Gedanke nicht bis zu Ende durchdacht worden ist, sonst hätte das Ergebnis sein müssen, daß wir erst dann wieder zu Handelsbeziehungen zu unseren Gegnern kommen können, wenn wir den Handelskrieg durchgeführt haben. Um das aber zu können, muß der Handelskrieg sorgfältig vorbereitet sein. Wir wissen aber alle, daß unser Wirtschaftskrieg nicht so vorbereitet war wie der Krieg mit Waffen. Diesen Fehler müssen wir jetzt, noch während des Krieges, auszubessern zu suchen, um den nach dem Kriege kommenden Handelskrieg siegreich bestehen zu können. Eine Aenderung unseres Verhältnisses zu unseren Waffengenossen auch in wirtschaftlicher Beziehung wird uns zweifellos die Durchführung dieses Handelskrieges erleichtern, wenn wir mit ihnen zusammen eine geschlossene Front nach außen, unseren Gegnern gegenüber bilden. Diese Aufgabe ist aber von der größten Schwierigkeit und ist nicht mit Stimmungsoildern zu lösen. Sie erfordert größte Vorsicht und Nüchternheit. (Sehr richtig!) Eine Wirtschafts-Verständigung mit Oesterreich-Ungarn kann nur auf der Basis möglich sein, daß alle Teile dabei ihren Vorteil finden. Der Minister hatte recht, als er meinte, wir wollen ruhig die Entwicklung abwarten. Es ist eine schwere Aufgabe, von hier Anweisungen zu geben. Das ist auch nach der Richtung hin bedenklich, weil viele Köche den Brei verderben. Diplomatie ist die Kunst, mit genauer Kenntnis der Menschen und der Verhältnisse die Sache richtig zu behandeln. Wir haben ja in der Kommission ein Schulbeispiel gehabt, wie man solche Sachen nicht macht. (Heiterkeit.) Es werden sich zur geeigneten Zeit schon Leute finden, die diese Kunst verstehen, und die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn so fördern können, daß wir bei Friedensschluß die wirtschaftliche Verständigung mit unseren Waffengenossen zur Tat werden lassen können. Bei den Friedensbedingungen ist es wichtig, daß dafür gesorgt wird, daß wir mit unseren jetzigen Gegnern unter denselben Bedingungen Handel treiben können wie bisher. Ich halte dies für so wichtig, daß, wenn es fraglich ist, ob wir eine Geldentschädigung erhalten wollen oder Handelsverträge, ich vorschlage, auf die Geldentschädigung zu verzichten. Darüber kann aber kein Zweifel sein, daß wir zum Wiederaufbau unseres Handels nach dem Kriege dieselbe Grundlage nötig haben, die sich in diesem Kriege so bewährt hat, nämlich den Schutz aller Zweige der schaffenden Arbeit.

(Die Sitzung dauert fort.)

Hamburger Fremdenblatt 28/II. 1916. 141

Auch die deutschen Rohstoffe — unerschöpflich!

Für die deutsche Rohstoffwirtschaft im Kriege war und ist natürlich die entscheidende Aufgabe, die gewaltig hohe Friedenseinfuhr, die gerade auch für die Herstellung von Kriegsmaterial — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — erforderlich war, jetzt, in allen wesentlichen Einzelheiten, entbehrlich zu machen. Nur wenn das restlos gelingt, kann das Bestreben unserer Feinde, uns von der Rohstoffzufuhr abzuschneiden, ohne Einfluß auf das Kriegsergebnis bleiben.

Dieses Ziel zu erreichen, dient in erster Linie die Einfuhr der früheren Jahre. Es liegt im Wesen einer so hoch entwickelten Verarbeitungsindustrie, wie sie für Deutschland charakteristisch ist, daß der Gesamtgang der Fabrikation, von der ersten Verarbeitung des Rohstoffes bis zur Herstellung der unmittelbar konsumbereiten Waren, in eine große Zahl von einzelnen Stationen zerfällt, die jede für sich selbständige Unternehmungen bilden und nur von dem vorgehenden Betriebe das vorgearbeitete Stück empfangen, um es nach einer weiteren Umgestaltung an den Betrieb der nächsten Stufe weiterzugeben. Eben hierdurch häuft sich ganz gewaltig die Zahl der Unternehmungen, die zur Sicherung gleichmäßigen Arbeitens wiederum jede für sich, stets gewisse Vorräte halten müssen, die Multiplikation der verhältnismäßig kleinen Einzelvorräte aber ergibt für jede Stufe zu jeder beliebigen Zeit ganz erhebliche Gesamtmengen.

Man bedenke etwa, was an Kupfer in den verschiedenen Formen des Rohprodukts und der Halbfabrikate in einem Lande jederzeit vorhanden sein muß, das eine so reiche und bis in die letzten Fabrikationsstufen durchgeführte Kupfer- und Messingindustrie sein eigen nennt. Es lagern in den Seehäfen beim Einfuhrhandel also große Mengen von Erzen und Rohkupfer; die deutschen Metallbörsen in Hamburg und Berlin, die in den letzten Jahren vor dem Kriege zur Entfaltung gekommen sind, bringen ja nur zum Ausdruck, daß der deutsche Metallhandel kräftig genug geworden war, die Preisbildung in die eigene Hand zu nehmen. Die Erzvorräte wiederholen sich dann bei den Hütten, da die modernen Riesen von Hochöfen nicht der Gefahr mangelnder oder unregelmäßiger Zufuhr ausgesetzt werden dürfen. Diese Vorräte sind aber im ganzen um so beträchtlicher, als Deutschland in der ganzen Metall-Hüttenindustrie — man denke an Kupfer, Blei, Zink, Nickel — schon seit langem an der Spitze der Welt marschiert, und als die ebenfalls sehr reich entwickelte, auf Zink zum Beispiel zu höchster Leistungsfähigkeit emporgehobene Metallindustrie Belgiens dank unseren Waffenerfolgen und gemäß dem internationalen Recht, alle die Rohstoffe, die für die Deckung des Heeresbedarfes wichtig sind, zur Auffüllung unserer eigenen Vorräte hat hergeben müssen. Das auf den Hütten erblasene Rohkupfer findet aber auch nicht gleich in vollem Umfange seinen Weg zu den Raffinerien; wiederum tritt eine Lagerung und eine Vorratshaltung ein. Das wiederholt sich dann auf den Raffinerien und geht so fort, bis schließlich der Kaufmannsladen jene mannigfaltige Fülle von fertigen Kupfer- und Messinggegenständen vorrätig hält, auf die nur irgendein Wunsch der Kundschaft sich vielleicht richten könnte. Zieht man selbst in diesem Stadium von den Gesamtvorräten alles das ab, was eine ganz bestimmte individuelle Form — etwa die einer Schüssel oder einer Lampe oder was sonst — erhalten hat, so bleibt in Gestalt von Blechen, Röhren, Stäben, Drähten, Haken, Nägeln usw. eine große Menge übrig, die ohne nennenswerte Neuarbeit leicht in die Form des Rohkupfers zurückzubringen ist.

Genau dasselbe gilt aber von den anderen Industriezweigen, die sich mit der Verarbeitung ausländischer Rohstoffe befassen. Man denke etwa an die hochentwickelte Textilindustrie, die mit allen ihren Zweigen in Deutschland selbst und in den besetzten Gebieten, Belgien und Polen, stark vertreten ist, oder auch an die reiche Lederindustrie aller dieser Länder, an Deutschlands und Belgiens Gummiwarenindustrie, und was der Beispiele mehr sind, die nach allen Richtungen hin uns große Vorräte aus der Friedenswirtschaft heraus für die Herstellung von Kriegsmaterialien zur Verfügung gestellt haben. Ein Zentrum des Baumwollhandels, wie es Bremen für ganz Mittel- und Osteuropa in seiner Baumwollbörse entwickelt hat, muß notwendig als Unterlage seiner Weltbedeutung in jedem beliebigen Zeitpunkt große Vorräte des Rohstoffs Baumwolle aufstapeln. Jedermann weiß, welche Rolle ein Antwerpen im internationalen Wolle-, Häute- und Kautschukhandel im Frieden innegehabt hat. Und Hamburg ist erst recht in mannigfachsten Zweigen des internationalen Handels von führender Bedeutung gewesen. Von allen Seiten her sind also reichlich Vorräte zu uns gekommen.

So muß also aus Art und Aufbau der deutschen Industrie heraus, allein bei der Industrie selbst, in jedem Augenblick in Deutschland sich ein Gesamtvorrat befunden haben, der — wenn auf die verhältnismäßig wenigen Kriegsmaterialien konzentriert — selbst einen sehr großen Bedarf auf lange Zeit hinaus zu decken vermag. Da war also das erste, was man tun mußte und natürlich getan hat: die Vorräte aller Art, die für die Herstellung von Kriegsobjekten überhaupt in Betracht kamen, herauszunehmen und für den Kriegsbedarf zu reservieren. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben: für lange Zeit ist der Bedarf, trotz seiner gewaltigen und in diesem Umfang von keinem vorauszusehenden Größe, vollkommen und allein aus den Fabrikationsvorräten in seiner Deckung gesichert.

Hierzu kommt ein zweites. Die Statistik schon zeigt uns jahraus jahrein, daß die ausgeführten Fabrikat-Mengen nicht annähernd eine Höhe erreichten, die der Einfuhr und der Eigengewinnung an Rohstoffen entsprach. Sehr große Mengen fertiger Waren sind alljährlich endgültig in deutschem Besitz verblieben. Hiervon wird nur ein kleiner Teil wirklich verbraucht, verschlissen. Allein schon der hochentwickelte Handel in Altmetallen, in Lumpen und sonstigen Abfällen beweist uns, daß vieles von diesen Konsumartikeln sogar den Verbrauch nur als ein Durchgangsstadium betrachtet; ein größerer Teil läßt sich offenbar wieder verwerten, nachdem er einem Konsumbedürfnis genügt hat. Alles das, was hierfür in Betracht kommt, steht dann aber im Krieg für die Deckung des Heeresbedarfs auch noch zur Verfügung. Und sicher wird man lieber so manche Stücke aus dem Konsum herausziehen, ehe man aus der industriellen Arbeit jene anderen Materialien entnimmt, die wieder Produktionsmittel sind. Nur für den äußersten Notfall — aber dafür sind sie nicht unerheblich — kommen schließlich auch noch diese Produktionsmaterialien, wie etwa Maschinenteile aus knapp gewordenen Metallen, die kupfernen Drähte der Elektrizitätsleitungen, Gummiapparate usw. in Betracht. Jedenfalls steht uns aus all diesen Vorräten ein ganz gewaltiges Material zur Verfügung, aus dem wir unsere Heeresbedürfnisse auf lange, ja schlechthin unabsehbare Zeit zu decken vermögen.

Trotz alledem muß natürlich zugegeben werden, daß selbst die größten Vorräte nicht für jede beliebige Zeit auszureichen vermögen; wäre Deutschland auf sie allein angewiesen, so müßte schließlich einmal, wenn auch nach sehr langer Zeit, der Augenblick einer Erschöpfung eintreten, und man könnte verstehen, daß die Feinde mit dieser Möglichkeit immerhin rechnen. Anderseits ist es natürlich volkswirtschaftlich teuer und unvorteilhaft, solche Gegenstände, die schon aus dem ersten Verarbeitungsstadium herausgekommen sind und bestimmte Formen angenommen haben, zur Vorbereitung der Kriegsverwendung wieder in den Stand des Rohstoffes zurückzubringen. Beides kann vermieden werden, wenn es Deutschland gelingt, hinter dem Schutzwall, den die Vorräte zunächst bilden, in die Stoffbeschaffung selber solche Methoden einzuführen, daß es wie die Einfuhr so auch die Vorräte schließlich entbehren kann. Und das ist der zweite Weg, den man in der Tat in Deutschlands Rohstoffwirtschaft eingeschlagen hat: die neuen Bestimmungen der Produktion.

Dieser Weg ist ebenfalls ein zweifacher. Da nämlich, wo Deutschland neben der Einfuhr eine eigene Gewinnung des Rohstoffes aufzuweisen hat, da mußte an eine entsprechende Steigerung der heimischen Produktion gedacht werden. Das war bei den meisten Metallerzen möglich, sobald nur die hohen Gestehungskosten der weniger ergiebigen oder ungünstig liegenden Erzgruppen durch höhere Kriegspreise gedeckt werden. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß Deutschland die größte Zinkerzproduktion der Welt aufzuweisen hat und deshalb leicht durch intensivere Ausnutzung der schon längst betriebenen Gruben die ganze Einfuhr überflüssig machen kann; es handelt sich nur darum, den Raumunterschied von Oberschlesien nach Rheinland-Westfalen zu überwinden und in Westdeutschland die ausländischen Erze durch oberschlesische Produkte zu ersetzen. Ebenso kann Deutschland seine Eisenerzgewinnung auf jeden beliebigen Grad steigern, und die Technik ist ja längst so weit vorgeschritten, daß die Qualitätsunterschiede der Roherze durch die besondere Anpassung der Verarbeitung so gut wie vollkommen ausgeglichen werden. Ja, der Krieg hat sogar die Möglichkeit gegeben, den Rohstoff der Aluminiumherstellung, die Tonerde, in jedem beliebigen Maße in Deutschland zu gewinnen. Endlich sei nur kurz angedeutet, was uns gerade unter diesem Gesichtspunkt der riesige Besitz an Steinkohle und an Braunkohle bedeutet: die Steinkohle als Ursprungsprodukt von Teer, Benzol und anderen wichtigen Dingen, die Braunkohle Mitteldeutschlands als Rohstoff von Oelen aller Art.

Fast bedeutsamer ist es jedoch, daß sich Stoffverschiebungen herbeiführen lassen. Da werden ausländische Rohstoffe, die wir nicht selbst zu gewinnen vermögen, oder endgültig nicht in erforderlichem Umfange durch solche Materialien ersetzt, bei denen wir unsere eigene Erzeugung beliebig steigern können. Als Beispiel sei etwa die allgemein bekanntgewordene Erscheinung angeführt, daß wir den chilenischen Salpeter durch den Luft- und den Kalkstickstoff in so hohem Grade ersetzen, daß wir weit mehr Stickstoff produzieren, als wir für die Munitionsherstellung gebrauchen, und sogar bereits der Landwirtschaft wieder eine ausreichende Menge an Düngerstickstoff zur Verfügung stellen können. Ebenso ist allgemein bekannt, daß wir einen großen Teil des Kupferbedarfs durch die Verwendung von Zink und erst recht durch die von Aluminium hinfällig gemacht haben; technisch steht nichts mehr im Wege, die elektrischen Luftleitungen durch Aluminiumdrähte zu ersetzen, die noch trotz größeren Querschnittes den Vorteil erheblich geringeren Gewichts für sich haben. Für die Munition brauchen wir keine Baumwolle mehr, seitdem der Holzstoff — wie schon längst für die Kunstseide —, so jetzt für die Herstellung von Schießbaumwolle ganz eintreten kann. Und was wird nicht alles aus dem Steinkohlenteer und aus dem Benzol gewonnen, wofür früher andere Stoffe benutzt werden mußten; der Mangel an Benzin vor allem, das wir nicht in genügender Menge herstellen können, hat dank dem Benzol seine schreckhafte Bedeutung ganz verloren. Was vor Jahrmillionen aufgestapelt ist, kann moderne Technik heute aus der Kohle herausziehen; da wird der tropische Urwald der Vergangenheit in seiner technischen Bedeutung gleichsam für die Gegenwart wieder lebendig gemacht.

Alles das erfordert freilich vielfach (keineswegs immer) gegenüber der Einfuhr im Frieden höhere Produktionskosten. Aber das Geld, das der Staat dafür ausgibt, bleibt ja im Lande, und bedeutet deshalb nicht eine Schwächung der heimischen Volkswirtschaft. Eine ganze Anzahl der Kriegserfindungen aber wird sicherlich — das ist heute schon zu erkennen — in den Frieden mit hinübergenommen werden und uns ein für allemal mit unserem Rohstoffbedarf wesentlich unabhängiger gegenüber dem Ausland stellen.

Große Organisationen sind geschaffen worden, um Staat und privates Unternehmertum miteinander zu verbinden und alle Notwendigkeiten des Krieges zu erfüllen. Immer wird dabei darauf Bedacht genommen, bei aller Betonung der Heeresbedürfnisse doch auch den Bedarf des bürgerlichen Lebens zu befriedigen. Das feindliche Lied von der bevorstehenden Rohstofferschöpfung Deutschlands wird deshalb ebenso verklingen müssen, wie das von der Nahrungsmittelerschöpfung bereits im Verklingen ist.

Pester Lloyd

1./III. 1916

II

die Plenarsitzung

und

durchdrungen, daß der sogenannte kurzfristige, zehnjährige Vertrag unseren Interessen am besten entspricht. Es ist jedoch auch nicht ausgeschlossen, daß wenn man mit Deutschland jenes freundschaftliche intime Verhältnis, das uns vorschwebt, nur auf einer anderen Grundlage wird schaffen können, die Rückwirkung dieses Umstandes auch auf die Dauer der Vereinbarung mit Oesterreich von entscheidendem Einfluß sein könnte.

Geehrte Kammer! Auf dem Kriegsschauplatze entwickeln sich die Ereignisse derart, daß wir mit Recht glauben dürfen, daß je vehementer und je kraftvoller sich dort die Situation gestaltet, das zugleich auch das Herannahen des Friedens kennzeichnet. (So ist's!) Wir sind berechtigt zu glauben, daß der Krieg mit unserem vollständigen Siege enden wird, wir wissen aber auch, daß der Krieg mit diesem militärischen Sieg allein noch nicht abgeschlossen ist. Nach Abschluß des Friedens beginnt ein neuer Krieg, der wirtschaftliche Krieg. Und daß wir auch dort unseren Platz behaupten und auch in diesem Kriege Sieger bleiben, hängt vollständig davon ab, mit welcher Kraft und welcher Vorbereitung das ungarische Wirtschaftsleben sich zu entwickeln und seinen Platz zu behaupten imstande sein wird. In der sicheren Hoffnung, daß wir auch hierin Sieger bleiben werden, eröffne ich die Plenarsitzung. (Lebhafter Beifall und Eljenrufe.)

Die Tagesordnung.

Nach dieser oft durch lebhaften Beifall unterbrochenen Präsidialrede referierte Sekretär Dr. Rudolf Krejesi über die folgenden Gegenstände: Er teilte mit, daß an Stelle des jüngst verblichenen eifrigen Kammermitgliedes Josef Fazekas (Nagykörös), dessen Andenken protokollarisch verewigt wird, der Gewerbetreibende Ambros Gál als externes Mitglied einberufen wird.

Auf Grund des Reskripts des Finanzministers hat die Kammer die interessierten Kreise bezüglich der Einlieferung der Valuta für ausländische Forderungen an die Oesterreichisch-Ungarische Bank mit entsprechenden Instruktionen versehen.

Bezüglich der Sicherstellung der in Serbien ausstehenden Forderungen der heimischen Firmen hat die Kammer bereits im Vorjahre an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in welcher sie nach dieser Richtung hin geeignete Maßnahmen, insbesondere die Ernennung von Vermögensinspektoren beantragt. Nunmehr hat die Kammer noch weitergehend die Schaffung eines Organs urgiert, dessen Aufgabe es wäre, die Verhältnisse und die Vermögenslage der serbischen Schuldner zu erheben und den berufenen Faktoren zur Kenntnis zu bringen. Bisher wurden bei der Kammer mehr als vier Millionen Kronen an serbischen Forderungen angemeldet. Bezüglich der in Montenegro außenstehenden Forderungen wurde in der Kammer eine Konferenz abgehalten, in welcher die entsprechenden Maßnahmen durchberaten wurden. Als Ergebnis der Konferenz ist an den Handelsminister eine entsprechende Eingabe gerichtet worden.

Die bezüglich der Herstellung von Handelsverbindungen mit den okkupierten russisch-polnischen Landesteilen eingeleitete Aktion der Kammer, hat unter anderem zur Folge gehabt, daß in Lemberg im Palais der Handels- und Gewerbekammer die kaiserlich und königliche Auskunftsstelle (Akademicka-ulica 17) errichtet wurde, deren Wirkungskreis sich auf die Bezirke Cholm, Tomasow, Grubjeßow, Luck, Kovel und Wladimir-Volinsk erstreckt. Es werden auch ungarische Zuschriften angenommen, jedoch mangels entsprechender Hilfskräfte zumeist deutsch beantwortet.

Die Tätigkeit der Kammer gelangt nunmehr auch auf neuen Gebieten zur Entfaltung. Das k. u. k. Kriegsministerium hat nämlich im Einvernehmen mit den Regierungen Oesterreichs und Ungarns angeordnet, daß die Vorräte an Militärtuchen, Stoffen aus reiner Schafwolle, Halbwolle und manipulierten Zeugen, ferner die aus diesen Stoffen hergestellten Mäntel, Männerkleider und Decken konskribiert werden. Der Handelsminister hat die Handels- und Gewerbekammern mit der Durchführung der Konskription betraut und der Kammer fiel die Aufgabe zu, die nötigen Drucksorten im ganzen Lande zu verbreiten und die interessierten Parteien zu verständigen. Es wurden nahezu siebentausend Briefe in dieser Angelegenheit erledigt.

Außerdem ist als neuer Wirkungskreis die Mitwirkung der Kammer bei der Erhebung und Evidenzhaltung der Ledervorräte, welche für Militärzwecke geeignet erscheinen, zu bezeichnen. Die Kammer hat in diesem Wirkungskreise sämtliche Schwesterkammern des Landes mit den nötigen Drucksorten versehen und sammelt die Anmeldungen der Parteien, um dieselben der Regierung zu unterbreiten. In dieser Angelegenheit wurde auch im Schoße der Kammer eine Fachkonferenz abgehalten, in welcher verschiedene Wünsche und Beschwerden zur Sprache gebracht wurden.

Im Zusammenhange mit der Bemessung der provisorischen Einkommensteuer für Einkommen über k 20.000 hat die Kammer an den Handelsminister eine dringliche Eingabe gerichtet, mit welcher sie mit Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche sich jetzt bekanntermaßen hinsichtlich der Aufstellung von Geschäftsbilanzen ergeben, die Verlängerung des Einreichungstermines um einige Wochen beantragte.

Ueber Aufforderung des Handelsministers wählte die Plenarversammlung in die Steuerreklamationskommissionen: In die Kommission für den I.—III. Bezirk Max Hauer, als ordentliches und Ladislaus Szolnoky als Ersatzmitglied. In die Kommission für den IV., IX. und X. Bezirk Alexander Holzer als ordentliches und Ludwig Herz als Ersatzmitglied. In die Kommission für den V. Bezirk Alexander Brachfeld als ordentliches und Emil Bing als Ersatzmitglied. In die Kommission für den VI. Bezirk Heinrich v. Biró als ordentliches und Akos Zwack als Ersatzmitglied. Schließlich für den VII. und VIII. Bezirk Ludwig Gerlei als ordentliches und Julius Farkas als Ersatzmitglied.

In die ständigen Fachausschüsse der Kammer wurden für das Jahr 1916 die vorjährigen Mitglieder wieder gewählt.

Es folgte nun eine Reihe von Interpellationen. Kammermitglied Max Weiß (Székesfehérvár) legte die Nachteile dar, die durch die Beschränkung des Verkehrs in Schaffellen sich ergeben. Kammermitglied Hugo Engel bemängelt die vielfach ganz offen betriebene Ueberschreitung der Maximalpreise für Spiritus und urgierte die Errichtung einer Spirituszentrale behufs proportioneller Verteilung der Bestände.

Präsident Láncz erklärt, die interessierten Kreise in beiden Fällen zu Fachberatungen einladen und sodann die notwendigen Verfügungen treffen zu wollen.

Volkswirtschaft.

Technik und Kultur.

Von Hofrat Prof. Dr. E. Schwiedland.

Wien, 13. März.

Technik ist stets Mittel zum Zweck, Dienst menschlicher Absichten. Diese sind in jedem der großen Lebensgebiete verschieden: sie sind andere in der darstellenden Kunst als in der Medizin; die Ziele des Naturforschers sind divergent von denen des Theologen, die des Juristen ungleich jenen wirtschaftlich tätiger Unternehmer oder Arbeiter. Und verschieden, wie alle Daseinszwecke, ist auf jedem Gebiet die ihnen sich widmende Technik.

Rationalisierte Naturbeherrschung erweitert nun gegenwärtig unser Können und Streben. Damit gewinnt die Technik ungeheure Bedeutung; ihre Abhängigkeit von wirtschaftlichen Umständen tritt aber umso schärfer hervor.

Das Kennzeichen und die Folge eines zweckentsprechenden Verhaltens ist der technische Erfolg. Dieser ist jedoch nicht allein entscheidend, vielmehr wird die technische Praxis von der wirtschaftlichen gelenkt und beherrscht. Die technischen Möglichkeiten reichen eben weiter als die wirtschaftlichen, deren Beachtung den Bestand des Haushaltes oder des Unternehmens bedingt.

Nur in wenigen Gebieten kann aber unbekümmert danach gestrebt werden, eine ins Auge gefaßte Aufgabe möglichst vollkommen zu lösen: als solche Gebiete nannte Hermann die Kunst, die Wissenschaft, Liebhabereien und Sporte; die Kriegstechnik ließe sich hier füglich anreihen. Insgemein muß dagegen die Mehrheit der Menschen die Kosten erwägen und kann vollendete Wirkungen nur vom Standpunkte ihrer Einträglichkeit einschätzen. Einzelne Verbraucher können technische Gesichtspunkte höherstellen als Rücksichten auf die Kosten; aber die große Masse der Käufer ist dazu nicht imstande; der Techniker wird daher „durch die Wirtschaft gedrückt, gehemmt, gekettet"; er muß sich mit einer weniger geeigneten Leistung, mit geringwertigen Ausführungsmitteln begnügen und geduldig diesem Joch sich fügen, denn die Wirtschaft ist es, die in ihrer auf Einschränkung, Sparsamkeit, Wertansammlung und Fondsbildung bedachten Weise allein die Mittel besitzt und zur Verfügung stellt, um dem Techniker die Lösung seiner Aufgabe zu ermöglichen. Und so stehen Technik und Wirtschaft nach einem sinnigen Ausspruch in dem Verhältnis wie der Ruderer zum Steuermann.

Der Unternehmer im besonderen muß, um für seine Waren Käufer zu finden und um wohlfeiler zu sein als Mitbewerber, oder auch nur um seinen entsprechenden Unternehmergewinn zu behalten, sich nach den Kosten seiner Waren, beziehungsweise seiner sonstigen Darbietungen richten. Er sucht wirtschaftliche Erfolge, die seinen Gewinn verbürgen, fordert eine ergiebige, gewinnverheißende Technik, um seinem Werke — seinen Erzeugnissen und Dienstleistungen — auf dem Markte, inmitten der Mitbewerber wie Kunden, eine Stellung zu erobern und zu behaupten. Er sucht im Unternehmen seinen wirtschaftlichen Bestand, gesellschaftlichen Aufstieg, persönliches Schaffen, Inhalt für sein Wirken und Dasein, ist sich, seinen Gläubigern und Mitarbeitern für den Bestand des Unternehmens verantwortlich und erstrebt zudem möglichst hohe Gewinne. Aus diesem Gesichtspunkte haben die Werke und Möglichkeiten der Chemiker, Elektrotechniker, Maschinenbauer, Bauingenieure für ihn Bedeutung; daher ist für ihn vor allem maßgebend, daß die Opfer, die ein Vorgang erfordert, wirtschaftlich aufwendbar, d. i. nutzbringend seien. Die Technik erstrebt infolgedessen möglichste Vollendung im Rahmen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, und die wirtschaftliche Bedeutung einer Erfindung oder Neuerung bestimmt sich nur durch ihre Folgen für die Unternehmung. Der Leiter eines Erwerbsunternehmens ist darauf angewiesen, technische Verbesserungen ziffermäßig auf ihre Einträglichkeit zu prüfen; demgemäß erfolgen im Betriebe beständig sachliche Auseinandersetzungen zwischen den technischen und den kaufmännischen Beamten — dem Ingenieur und dem Buchhalter im kleineren, dem technischen und dem kommerziellen Bureau im großen Unternehmen. Jenes verfolgt das Ideal einer sicher-eleganten Leistung, dieses das Ziel der Einträglichkeit.

Für den Unternehmer ist eine Erfindung ein neues Verhältnis von Kosten zu einem Erlös, und dieses Verhältnis wird er stets beachten: ein technisch verführerischer Einfall ist an sich für ihn keineswegs maßgebend; die Ergiebigkeit der technischen Künste allein interessiert ihn, sie müssen wirtschaftlich bestehen. Daher wird er im Angesicht einer neuen Maschine, die einen technischen Gedanken glänzend verwirklicht, zunächst berechnen, ob sie sich unter seinen Verhältnissen bezahlt macht; wird prüfen, ob die dargebotene Ausrüstung bei Berücksichtigung aller Marktverhältnisse im Betriebe wohlfeiler kommt als eine ältere, technisch unschöne, unvollkommene, oder als Handarbeiter, die sie ersetzen könnte, und was sonstige wirtschaftliche Rücksichten — seine verfügbaren Mittel, der zu Gebote stehende Raum, die vorhandenen Arbeitskräfte, die Zeit, zu der seine Ware den Markt erreichen muß, und dergleichen — als zweckmäßig erscheinen lassen. Und ebensowenig wird der Händler bedingungslos auf die Vorzüglichkeit der Stoffe sehen, sondern auf ihre durch Geschmack, Zahlungsfähigkeit und Kauflust der Käufer bedingte Absatzfähigkeit.

So sorgt der gewerbliche Unternehmer für die ökonomische Grundlage des Betriebes; für billige Beschaffung der Rohstoffe, Gebäude, Maschinen, Hilfsstoffe, Arbeiter und Kapitalien, sowie für vorteilhaften Verkauf der gewonnenen Produkte und entscheidet über die Anwendung der einen oder anderen Technik, sowie über den Maßstab ihrer Ausübung. Der technische Leiter aber müht sich um die Durchführung des Herstellungsprozesses, um

216

156

Reichspost
31./III. 1916
167

Erfolgreicher Fliegerangriff auf Vlora.

Wien, 30. März.

Amtlich wird verlautbart:

Am 29. vormittags haben vier Seeflugzeuge unter Führung des Linienschiffsleutnants Konjovic Vlora (Valona) bombardiert und mehrere Treffer in den Batterien und Unterkünften, einem Flugzeughangar, einem Magazin und auf dem französischen Flugzeug-Mutterschiffe „Foudre" erzielt.

Trotz heftiger Beschießung sind alle unversehrt eingerückt.

Flottenkommando."

Wirtschaftsbund und Balkankonkurrenz.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger. Klagenfurt.

Einleitend möchte ich erinnern an die heftigen Kämpfe beim Abschlusse der letzten Balkanhandelsverträge, wo sich die österreichischen und ungarischen Agrarier einmütig und mit Erfolg dagegen wehrten, daß der agrarischen Balkankonkurrenz die Tore allzu weit aufgetan werden. Die agrarischen Zugeständnisse an unsere industrielle Balkanausfuhr waren eng begrenzt. Es handelte sich vor allem um Schutz gegen die balkanische Viehproduktion, gegen die Getreidekonkurrenz hielt man sich durch die erhöhten Getreidezölle für genügend gesichert. Als dann mehrfach die zugestandenen Kontingente gar nicht einmal voll von den Balkanstaaten ausgenützt wurden, hieß es triumphierend: Seht, sie können ja gar nichts liefern, während man ihnen früher geradezu amerikanische Konkurrenzkraft nachgesagt und man sich dagegen durch eherne Schutzmauern sichern zu müssen geglaubt hatte. Gerade kein übermäßiges Aufgebot von Logik und Folgerichtigkeit!

Unsere Industrien wiederum klagten über die Unmöglichkeit, bei derartiger agrarischer Abschließung zu guten und vorteilhaften Handelsverträgen mit den Balkanstaaten zu gelangen. Tatsächlich verzögerte sich deren Abschluß jahrelang. Man wies darauf hin, wie infolgedessen die fremde Konkurrenz, vor allem die deutsche, am Balkan vordringe und wir ins Hintertreffen kämen. Auch diese Klagen waren vielfach übertrieben, teils ganz unrichtig. Ganz tiefgründige Wirtschaftler, staatsmännisch geltend angehaucht, aber nicht ganz durchgebacken, sahen das Um und Auf unserer nicht immer sehr erfreulichen Beziehungen zu den Balkanstaaten in unserer agrarischen Abschlußpolitik, die sogar unsere Außenpolitik durchkreuze. Schließlich wurde der auch gegen uns gerichtete Balkanbund von 1912 unseren großen agrarischen Sündern aufs Schuldkonto geschrieben.

Tatsache ist, daß die Haltung der Agrarier den Abschluß von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten (dabei dachte man vornehmlich an Serbien, Rumänien und Bulgarien, weniger an die handelspolitisch bis vor wenigen Monaten ganz unfreie und durch die Kapitulationen gebundene Türkei) nicht gerade erleichterte und die industrielle Eroberung nicht förderte, obwohl andere Gründe dabei den Ausschlag gaben. Tatsache ist ferner, daß die politischen Freundschaften durch Handelskriege nicht gerade wachsen, wenngleich es ein naives, kindliches Gemüt verrät, die politische Feindschaft Serbiens und die Erkaltung der Beziehungen zu Rumänien der agrarischen Handelspolitik zuzuschreiben. Seit der scharf umrissenen politischen und wirtschaftlichen feindseligen Gruppierung der Mächte im Weltkriege, der die engsten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen unter den Kampfgenossen schuf, wird dies allerdings für absehbare Zeit anders werden.

Das Angeführte deutet schon an, daß besondere Umstände in der Vergangenheit der Ausgestaltung unserer Handelsbeziehungen zum Balkan, dem „natürlichen und althergebrachten Absatz- und Bezugsgebiete für beide Staaten der Monarchie", wie der Handelsminister in seiner Programmrede ausführte, hinderlich waren. Balkanhandelspolitik und österreich-ungarische Agrarpolitik erschienen als unvereinbare Gegensätze. Man muß nicht gerade mit dieser Agrarzollpolitik in allem und jedem einverstanden sein. Aber ich nehme unsere Landwirtschaft gegenüber obigen Vorwürfen nachdrücklich in Schutz. Ueber das Ausmaß der agrarischen Zugeständnisse mag man streiten, über die Richtung nicht, sie war durch die leidigen Verhältnisse vorgezeichnet. Wir werden, wenn wir in den alten Geleisen unserer Handelspolitik weitertrotten, auch in Zukunft zu keiner Ordnung unserer Balkanhandelspolitik kommen, da hilft nur eine großzügige Neuorientierung und diese liegt im vorhergegangenen Handelsbündnis mit Deutschland.

Das wäre die erste Voraussetzung, die unseren Agrariern der Ausbau der Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten annehmbar machen kann. Die Agrarkonkurrenz des Balkans ist für unsere Landwirtschaft nur erträglich, wenn sie sich verteilt auf das vergrößerte Konsumgebiet Deutschland — Oesterreich — Ungarn. Wir allein können den Balkanexport nicht verdauen, da wir uns erfreulicherweise nahezu im Stande der agrarischen Selbstgenügsamkeit befinden und nur geringen Bedarf an Agrarzufuhren haben. Das erklärt den selbstverständlichen Widerstand der Agrarier gegen Balkanzufuhren, womit freilich handelspolitische Erschwerungen für die Industrie verbunden waren und nicht geringer Aerger unserer Außenminister. Es ist dies nur ein Gebiet, wo sich die viel größere Aktionsfähigkeit so machtvoller Wirtschaftskörper zeigt, wie ihn die beiden Mittelmächte vorstellen. Betrachten also unsere Staatsmänner die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der Mittelmächte auf dem Balkan und im türkischen Vorderasien als eines unserer Hauptkriegsziele, dann mögen sie zuerst den Wirtschaftsbund zwischen Deutschland und unserer Monarchie zustandebringen.

Es wird der „Ausbau unserer Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten" noch größere Schwierigkeiten machen wie der Wirtschaftsbund mit Deutschland. Liegt letzterer im agrarischen Interesse, das sogar eine reine Zollunion vertrüge, so werden umgekehrt durch die Einbeziehung des Balkans die agrarischen Interessen sehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Agrarier fürchten, dadurch würden die Vorteile des Bündnisses mit Deutschland zunichte gemacht. Freilich muß man auch unserer In-

Neues Wiener Tagblatt 4./IV. 1916

172

Der Volkswirt.

Amerika und der internationale Handel nach dem Kriege.

Von Dr. B. Farlan, Privatdozent an der Universität Basel.

Die von der National Association of Manufacturers im Verein mit Bank- und Transportfirmen organisierte International Trade Conference, welche kürzlich im Hotel Astor in New-York stattfand, hat, obwohl internationalen Charakter tragend, doch in erster Linie amerikanischen und panamerikanischen Zwecken gedient. Die Tätigkeit der Konferenz gipfelt in den beiden folgenden Hauptgegenständen: 1. Die Notwendigkeit der Schaffung einer Handelsmarine unter amerikanischer Flagge; 2. die wirtschaftliche und kommerzielle Ausnützung der Vorzugsstellung, in welche die Vereinigten Staaten infolge des europäischen Krieges ohne eigenes Zutun vorgerückt sind. Mit andern Worten ausgedrückt: Was müssen die Vereinigten Staaten tun, um New-York bleibend zum Welthandelszentrum zu machen und den Dollarwechsel in Auslandsmärkten einzuführen und gangbar zu machen?

Was die Frage einer amerikanischen Handelsmarine anlangt, so wurde allgemein die Notwendigkeit von genügenden amerikanischen Transportschiffen anerkannt, und die Ansichten der Referenten, welche dasselbe Ziel im Auge hatten, waren nur hinsichtlich der Mittel und Wege verschieden, welche zu diesem Ziel führen sollen. Die Frage einer amerikanischen Handelsmarine wird gegenwärtig bereits vom Kongreß in Washington geprüft.

Von größerem Interesse für den Kontinent dürfte der zweite Hauptgegenstand der Konferenz sein: der amerikanische Auslandshandel und die für eine erfolgreiche Exportpolitik aufgestellten Prinzipien. Dr. Pratt, der Direktor des Bureau of Foreign and Domestic Commerce des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten, machte auf die Absatzmöglichkeiten in den verschiedenen Ländern, besonders auf diejenigen in Rußland, aufmerksam. Der Referent hat Vertrauen in die Zukunft und ist der Ansicht, daß es möglich sein sollte, den gegenwärtigen großen Außenhandel nach dem Kriege mit wenigen Ausnahmen aufrechtzuerhalten. Dazu aber ist es unerläßlich, daß die Exporteure direkte Auslandsverschiffungen finanzieren, und zwar auf 90 Tage Sicht oder länger. „Sie finden sich mit diesem Grundsatz," erklärte der Redner, „besser schon jetzt ab, als erst später nach bitteren Erfahrungen; denn Sie können den Außenhandel nie entwickeln, indem Sie Barzahlung in New-York oder Zahlung gegen Verschiffungsdokumente verlangen."

Dieser Standpunkt wurde von mehreren Referenten am entschiedensten eingenommen. M. Gonzales, Bankratgeber der National Association of Manufacturers, äußerte sich unter anderm ungefähr wie folgt: „Die einzige erwähnenswerte Tat, die wir bis jetzt vollbracht haben, ist die Gewährung einer großen Anleihe an zwei kriegführende Nationen. Wenn Kredit an Regierungen, welche in Krieg verwickelt sind, gut ist, ist nicht Kredit an ehrenhafte Kaufleute in Friedensländern viel besser? Wir haben mit wenigen Ausnahmen die härtesten Zahlungsbedingungen gestellt: Barzahlung in New-York gegen Verschiffungsdokumente, wenn wir nicht sogar in unüberlegter Weise Vorausbezahlung verlangten. In zahlreichen Fällen ist man unsern strengen Forderungen nachgekommen. Aber obschon dadurch unsre Geldkisten gefüllt wurden, hat uns ein solches Vorgehen keine Freunde erworben. Manche fremde Kunden, gezwungen, unsre Forderungen zu erfüllen, sind mit Rachegefühl heimgekehrt, fest entschlossen, mit uns zu brechen, sobald Europa wieder auf eigenen Füßen steht. Wir haben so den künftigen europäischen Handel gegen unsern eigenen gefördert und uns selbst durch fette Zahlen der Gegenwart täuschen lassen. Es geht oft die Meinung, daß Kredit, welcher in diesem Lande gewährt wird, sicherer sei als Kredit, welcher fremden Kunden gewährt wird. Dies ist der größte Irrtum. Kredit, welcher ehrenhaften und zuverlässigen Kaufleuten in irgendeinem Lande gewährt wird, ist gerade so sicher als der Kredit, welcher einem gleich ehrenhaften und zuverlässigen Kaufmann von New-York ge-

Neues Wiener Tagb

Generalversammlung des Ersten Wiener Konsumvereines.

Ueber 28,000,000 Kronen Umsatz.

In der gestern nachmittag im Musikvereinssaal unter dem Vorsitz des Präsidenten Alois Traut abgehaltenen diesjährigen Generalversammlung der Delegierten des Ersten Wiener Konsumvereines erstattete der Vorstand den Geschäftsbericht für das Jahr 1915, der ein ausführliches Bild der Lebensmittelversorgung und des Lebensmittelmarktes bot. Das Geschäftsjahr 1915 ist nach dem Geschäftsberichte während seiner ganzen Dauer im Zeichen des Weltkrieges gestanden. Die Geschäftstätigkeit vollzog sich im beständigen Kampfe mit Hindernissen, von denen nicht wenige unüberwindlich waren. Durch diese Umstände war auch der Konsumverein nicht imstande, den Ansprüchen seiner Mitglieder voll zu entsprechen. Trotzdem hatte er vielfach Mehrleistungen gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen, und die gesteigerte Parlosung hat ihre Ursache nicht ausschließlich in der starken Erhöhung der Preise, sondern ist auch auf den Umstand zurückzuführen, daß der Verein in einzelnen wichtigen Artikeln seinen Mitgliedern nennenswerte größere Mengen beschaffen konnte als in normalen Zeiten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte die Umsatzziffer infolge des starken Rückganges im Verbrauche von Artikeln, die nicht zu den unbedingten Lebenserfordernissen gehören, eine Erhöhung um rund 3·8 Millionen auf 28,176,767 K. kaum erfahren können. Die Schwierigkeiten, welche der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfes im letzten Jahre entgegenstanden, sind hinlänglich bekannt. Die Situation verbesserte sich erst nach der Sicherstellung der neuen Ernte. Der Konsumverein wurde von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in ausgiebiger Weise — wenn auch nicht immer ausreichend — mit Mehl bedacht. Das dem Vereine übergebene Mehl und auch das von ihm erzeugte Brot hat er durch Monate hindurch bedeutend unter den behördlich festgesetzten Höchstpreisen an seine Mitglieder abgegeben.

An Brot hat der Konsumverein seinen Mitgliedern über ein Viertel mehr als in andern Jahren zur Verfügung gestellt. Die Höchstpreise für Kartoffeln, die vom Dezember 1914 bis Ende Juli des Berichtsjahres in Kraft waren, haben die Beschaffung wesentlich erschwert und waren unwirksam. Der Konsumverein hat in diesem Artikel in der Zeit seiner unmittelbaren Bezüge um ungefähr siebzig Waggons mehr als im Vorjahre an die Mitglieder abgegeben. Das Geschäft war seit Einführung der Höchstpreise zumeist verlustbringend. In Hülsenfrüchten waren die Bezugsmöglichkeiten im Berichtsjahre nur geringe, und der Konsumverein verdankte es hauptsächlich seinen Vorräten aus dem Jahre 1914, daß er einzelne Sorten während des ganzen Jahres zur Verfügung hatte. Reis war infolge des Ausfuhrverbotes, das Italien schon lange vor seinem Eingreifen in den Krieg erlassen hatte, und infolge der Schwierigkeiten überseeischer Bezüge ebenfalls nur mit großer Mühe erhältlich und fehlte zeitweise vollständig auf dem Markte. Durch die Knappheit in den andern wichtigen Nahrungsmitteln ist der Zuckerverbrauch, der zum Teil infolge von Vorratskäufen schon im Vorjahre beträchtlich gestiegen war, neuerdings gewachsen, und auch der Konsumverein hat um etwa 45 Waggons mehr abgesetzt als im Jahre 1914. Der Konsumverein konnte seine Mitglieder infolge eines größeren Vorrates auch nach der Erhöhung der Zuckerpreise mehrere Monate hindurch mit altpreisigem, noch billigerem Zucker versorgen. Milch konnte der Verein nur in verringertem Maße beschaffen; der Rückgang betrug etwa ein Siebentel der vorjährigen Vertriebsmenge. Der Butterumsatz hat sich infolge Rückganges der heimischen Produktion, der durch die Einfuhr nicht aufgewogen wurde, um etwa ein Sechstel des Vorjahres vermindert. Nicht ein Mangel an Voraussicht war es daher, wenn der Umsatz in einer Reihe wichtiger Lebensmittel zurückging, sondern es lag dies in Verhältnissen, deren Ueberwindung außer der Macht des Konsumvereines stand. Daß der Verein trotzdem bemüht war, auf jenen Gebieten, wo Erfolge möglich waren, seinen Mitgliedern jede Hilfe zu leisten, beweist außer der schon erwähnten Mehrerzeugung von Brot und der Beschaffung weit größerer Mengen von Kartoffeln und Zucker als in normalen Jahren, auch der Umstand, daß er neben einer trotz aller Schwierigkeiten ungefähr gleich gebliebenen Versorgung in Kaffee und Kakao in einzelnen wichtigen Artikeln, so Käse und Teigwaren, um mehr als die Hälfte, beziehungsweise mehr als ein Drittel — in Teigwaren um 9 Waggons — größere Mengen beschaffte als in Friedenszeiten.

Der Konsumverein war auch bestrebt, seinen Mitgliedern die Haushaltsführung durch Beschaffung wichtiger, bisher nur wenig bekannter ausländischer Ersatznahrungsmittel zu erleichtern. Die Einfuhr von Gemüsen aus dem Auslande hat vielseitige Zustimmung gefunden. Um die Warenvorräte allen Mitgliedern zugute kommen zu lassen, mußte der Verein die Aufnahme neuer Mitglieder beschränken. Nach einer sehr eingehenden Darlegung über die Schwierigkeiten bei der Erstellung der Verkaufspreise betont der Bericht, daß die Preispolitik des Konsumvereines auf die möglichste Verbilligung gerichtet war. Um den Mitgliedern die Schwierigkeiten des Wirtschaftens in der gegenwärtigen Zeit zu erleichtern, hat der Konsumverein 21 Kriegskochkurse veranstaltet, an denen 2042 Frauen teilnahmen.

In warmen und ehrenden Worten gedenkt der Bericht des vierzigjährigen Dienstjubiläums des Direktors des Ersten Wiener Konsumvereines kaiserlichen Rates Otto Zipser, dem aus diesem Anlaß besondere Ehrungen von seiten des Vorstandes und der Angestellten zuteil wurden. Der Geschäftsbericht bezeichnet schließlich das Geschäfts-